

Bildung und Öffentlichkeit

Eine strukturtheoretische Perspektive auf Bildung im Horizont
digitaler Medialität

Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades

Doctor philosophiae (Dr. phil.)

genehmigt durch die

Fakultät für Humanwissenschaften
der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

von Dan Verständig
geb. am 18. Juni 1983 in Elsterwerda

Gutachter:
Prof. Dr. Winfried Marotzki
Prof. Dr. Stefan Iske

Eingereicht am: 7. Juni 2017
Verteidigung der Dissertation am: 9. August 2017

Danksagung

Auf dem Weg zur Fertigstellung dieser Dissertationsschrift habe ich von vielen Personen in meinem Umfeld in ganz unterschiedlicher Weise Unterstützung erfahren, weshalb ich dieser Arbeit eine Danksagung voranstellen möchte.

Mein Dank geht an die Betreuer dieser Arbeit, Prof. Dr. Winfried Marotzki und Prof. Dr. Stefan Iske. Beide haben mir nicht nur einen Weg in die Wissenschaft aufgezeigt, sie haben mich stets in meinem Vorhaben bestärkt und mir in vielen Gesprächen wertvolle Anregungen gegeben.

Dank gilt selbstverständlich auch allen Kolleginnen und Kollegen sowie Freunden, die sich mit meinen Textentwürfen auseinandergesetzt haben und sich die Zeit für Anmerkungen, Kommentare und konstruktive Kritik genommen haben. Stellvertretend dafür möchte ich an dieser Stelle Jens Holze und Dr. Ralf Biermann erwähnen. Ihnen danke ich herzlich für die vielen Anregungen und spannenden Diskussionen und dafür, dass sie nicht müde geworden sind, sich mit meinen Überlegungen zu befassen.

Diese Arbeit wäre nicht ohne den unermüdlichen und liebevollen Zuspruch von Elisa Steinfeldt entstanden, ihr möchte ich diese Arbeit in tiefer Verbundenheit widmen.

Magdeburg, 14. September 2017

Übersicht

1	Einleitung	1
I	Bildungstheorie	17
2	Bildungstheoretische Grundlagen: Zum Bildungsbegriff	19
3	Das Konzept der Strukturalen Medienbildung	53
II	Konzeptionen von Öffentlichkeit	83
4	Zur Konzeption von Öffentlichkeit	85
5	Der Öffentlichkeitsbegriff bei Habermas	117
III	Bildung und digital vernetzte Öffentlichkeiten	157
6	Das Netz und Öffentlichkeit	159
7	Code und gesellschaftliche Transformationsprozesse	213
	Schlussbemerkungen	235
8	Zusammenfassung und Ausblick	237
	Literatur	245

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Zum Verhältnis von Bildung und Öffentlichkeit	3
1.1.1	Bildung im Horizont digitaler Medialität	3
1.1.2	Öffentlichkeit und die Beobachtung von Gesellschaft	5
1.1.3	Code in strukturtheoretischer Perspektive	7
1.2	Zielstellung und Format	10
1.3	Zum Stand der Forschung	10
1.4	Zum Aufbau der vorliegenden Arbeit	14
I	Bildungstheorie	17
2	Bildungstheoretische Grundlagen: Zum Bildungsbegriff	19
2.1	Die Bildungstheorie nach Wilhelm von Humboldt	22
2.1.1	Die Ausprägung der menschlichen Kräfte	22
2.1.2	Das Wechselverhältnis von Selbst und Welt	26
2.1.3	Zur Bedeutung von Sprache bei Humboldt	28
2.2	Zur Aktualisierung des klassischen Bildungsbegriffs	30
2.2.1	Das Konzept der Allgemeinbildung bei Klafki	32
2.2.2	Bildung und Pluralität bei Koller	38
2.2.3	Entwurf einer strukturalen Bildungstheorie nach Marotzki	42
2.3	Zwischenfazit	49
3	Das Konzept der Strukturalen Medienbildung	53
3.1	Krisen und die Differenz von Lernen und Bildung	54
3.2	Dimensionen der Medienbildung	56
3.3	Medien und Medialität	61
3.4	Medienbildung als Analyseschlüssel für Bildungspotenziale im Internet	68
3.5	Positionen zur Strukturalen Medienbildung im medienpädagogischen Diskurs	72
3.6	Zwischenfazit	81

II	Konzeptionen von Öffentlichkeit	83
4	Zur Konzeption von Öffentlichkeit	85
4.1	Ein erster Zugang zum Begriff der Öffentlichkeit	86
4.1.1	Das Öffentliche und Private bei Hannah Arendt	87
4.1.2	Das Prinzip der Publizität vor dem Hintergrund der Aufklärung	92
4.1.3	Zum Verhältnis von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung	95
4.2	Öffentlichkeit in diskurstheoretischer Perspektive	99
4.3	Zum Konzept der agonistischen Öffentlichkeit	103
4.4	Ein systemtheoretischer Blick auf Öffentlichkeit	108
4.5	Zwischenfazit	111
5	Der Öffentlichkeitsbegriff bei Habermas	117
5.1	Vorentwicklungen und Grundannahmen	118
5.2	Zum Strukturwandel der Öffentlichkeit	123
5.3	Normativität des zu Grunde liegenden Öffentlichkeitskonzepts	129
5.4	Die Konzeption von Lebenswelt und der rationale Diskurs	131
5.4.1	Kommunikative Rationalität	132
5.4.2	Die ideale Sprechsituation	133
5.4.3	Lebenswelt und kommunikative Rationalität	137
5.5	Aktualisierungen des Öffentlichkeitskonzepts	142
5.6	Bezugspunkte zur Bildungstheorie	151
5.7	Zwischenfazit	155
III	Bildung und digital vernetzte Öffentlichkeiten	157
6	Das Netz und Öffentlichkeit	159
6.1	Netzwerke und Vernetzung	160
6.1.1	Netzwerk als technologisches Konzept	161
6.1.2	Vernetzung als Beschreibung des Sozialen bei Castells	165
6.1.3	Soziale Netzwerke als Praktiken der Deliberation	171
6.1.4	Identität und Vernetzung	178
6.2	Das Prinzip der Offenheit	180
6.2.1	Dezentralität und Redundanz	180
6.2.2	Die Zugangsproblematik	182
6.3	Diskursivität und Gleichberechtigung der Teilnehmenden	186
6.3.1	Selbstbeschreibung und Entgrenzung	187
6.3.2	Zur Konstitution des kommunikativen Prozesses	192
6.3.3	Herstellung von Sichtbarkeit	195
6.4	Publizität im Netz	201

6.4.1	Individualität und persönliche Öffentlichkeiten	202
6.4.2	Ausdifferenzierung und Entkopplung	205
6.5	Zwischenfazit	209
7	Code und gesellschaftliche Transformationsprozesse	213
7.1	Zwischen Disruption und Synthese	214
7.2	Die Abhängigkeiten der Werte und Normen	216
7.3	Die Aporien der Unabgeschlossenheit	223
7.3.1	Neutrale Netzwerke	224
7.3.2	Zum Zero-level-digital divide	229
	Schlussbemerkungen	235
8	Zusammenfassung und Ausblick	237
8.1	Konsequenzen für Bildung im Horizont digitaler Medialität	237
8.2	Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?	241
8.3	Ausblick	243
	Literatur	245

1 Einleitung

Es ist keine neue These, dass komplexe Gesellschaften sich über den technologischen Fortschritt selbst beschreiben (vgl. McLuhan 1964). Das Internet kann dabei als zeitgenössische Technologie begriffen werden, die maßgeblich auf diese Selbstbeschreibungsprozesse einwirkt. Das Netz macht es den Menschen heute erstaunlich leicht, sich selbst mitzuteilen, miteinander und losgelöst von Raum und Zeit zu diskutieren sowie auf eine unüberschaubare Menge an Informationen zurückzugreifen. Informationen werden nicht mehr nur konsumiert, sondern immer stärker auch selbst und durch die Unterstützung unterschiedlicher Technologien produziert.

Dabei werden verschiedenartige Daten um das Soziale herum bewusst und unbewusst erstellt. Diese Daten sind schließlich das Resultat algorithmischer Prozesse und Mechanismen. Sie nehmen in diesen Gefügen eine entscheidende Rolle ein, sie strukturieren nicht nur den Daten- und Informationsfluss, sondern sie bereiten die Daten ebenso auf und machen sie uns dadurch erst wieder sichtbar (vgl. Stalder 2016, S. 13). Doch Algorithmen bringen nicht nur neue Daten hervor, sie sind gewissermaßen ebenfalls das Resultat von Daten selbst, indem sie erst die Grundlage für unterschiedliche algorithmische Perspektivsetzungen ermöglichen. Aus den Daten werden neue Algorithmen entwickelt, die andere Perspektiven eröffnen und schließlich gleichzeitig neue Daten hervorbringen. Dieser Kreislauf hat mit zunehmender Verbreitung digitaler Technologien eine gewisse Aufladung erfahren, weshalb die Bezeichnung von der „Gesellschaft der Daten“ (Süssenguth 2015) treffend auf die tieferliegenden Transformationsprozesse verweist, die das soziale Gefüge berühren. Mit der Beschreibung des Sozialen über Daten wird das Versprechen der objektiven Beobachtung zumindest implizit mitgetragen.

Hierdurch werden neue Möglichkeitsräume eröffnet, die weit über Fragen der Informationsbeschaffung und -verarbeitung hinausgehen, da sie soziale Aushandlungen bedingen und damit die Wahrnehmungsweisen und Muster zur Herstellung und Veränderung von Verfügungsrahmen über die Welt in besonderer Qualität berühren. Dies beginnt schon bei der pädagogischen Grundfrage nach der Verbesserung des Menschen (vgl. Damberger 2012) durch technologische Einflüsse, wie sie entlang der Vermessung des Selbst diskutiert werden kann (vgl. Damberger und Iske 2017). Die Selbstbeschreibung der Gesellschaft unterliegt aktuell verschiedenen sozialen, kulturellen und medialen Transformationsprozessen, die sich in unterschiedlichen Punkten überschneiden und in sich hochgradig komplex sind. Algorithmen und Daten sind dabei nur einzelne Bestandteile im Gesamtgefüge von komplexen codebasierten Architekturen (vgl. Lessig

1999, 2010), die es ohne die Hardware der technologischen Infrastruktur des Internet so nicht gäbe.¹

Ökonomische Einflüsse sind aus diesen Transformationsprozessen ebenfalls nicht wegzudenken. Das Netz basiert heute zu einem großen Teil aus kommerziellen Angeboten, die einerseits Entscheidungsprozesse beeinflussen und andererseits Teilhabeprozesse vordstrukturieren. Zwar werden den Menschen immer mehr Möglichkeiten zur Partizipation an gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen gegeben, jedoch wird es damit gleichzeitig umso schwieriger, Fragen nach der zu Grunde liegenden Infrastruktur oder den technologischen Rahmenbedingungen überhaupt erst zu stellen. In einem Essay über die Bedeutung sozialer Beziehungen hat Zadie Smith (2011) dies sehr treffend unter Rückbezug auf Jaron Lanier (2010) und dem von ihm beschriebenen technologischen *lock-in*² wie folgt formuliert:

„Different software embeds different philosophies, and these philosophies, as they become ubiquitous, become invisible.“ (Smith 2011, S. 194)

Code durchdringt die Lebenswelt und strukturiert Freundschaftsbeziehungen, Tagesabläufe und wirkt sich somit in ganz unterschiedlichen Bereichen auf menschliche Wahrnehmungsweisen aus. Die besondere Qualität ergibt sich dabei aus der zunächst unsichtbaren Durchdringung rechenbasierter Systeme und ferner der Entkopplung ihrer Ausprägung und eigentlichen Wirkmacht. Diesen Bereich halte ich bildungstheoretisch für hoch spannend. Die Mechanismen von Code entziehen sich zumeist den Blicken und Sichtbarkeiten der Menschen, weshalb eine Gesellschaft der Daten, unter Berücksichtigung der kommerziellen Entwicklungen um das Internet, dann auch eine „Black Box Society“ (Pasquale 2015) ist.

Meine These ist daher, dass Code einen tiefgreifenden Einfluss auf jene gesellschaftlichen Veränderungsprozesse besitzt und dadurch grundlegend die Art und Weise, wie Menschen die Welt wahrnehmen, in einer neuen Qualität beeinflusst wird. Daher gilt es für mich danach zu fragen, wie diese scheinbar unsichtbaren aber durchaus spürbaren Mechanismen von Code die Herstellung von Verfügungsrahmen über die Welt berühren oder Anlässe zur Transformation von Selbst- und Weltverhältnissen geben. Die These basiert auf der Annahme, dass mit den neuen digital vernetzten Technologien neue Qualitäten für ein zeitgemäßes Bildungsverständnis einhergehen, die sich entlang des Öffentlichkeitstopos identifizieren und im Hinblick auf Reflexivitätslagerungen beschrei-

¹Im Rahmen dieser Arbeit beziehe ich mich auf das Internet, wenn ich in kurzer Form und umgangssprachlich vom *Netz* spreche. Trotz dieser Wendung werde ich die Komplexität der Netzwerke, die das Internet beschreiben, in unterschiedlichen Aspekten einholen (vgl. Kapitel 6).

²Lock-in beschreibt die steigende Tendenz, dass sich Softwaresysteme herausbilden, die Verhaltensweisen bereits durch das Design vorwegnehmen und strukturieren. Auch kleine und zunächst unbedeutende Entscheidungen zum Design von Software können sich langfristig auf die Gesetzmäßigkeiten des Sozialen auswirken (vgl. Lanier 2010, S. 9).

ben lassen. Wie lässt sich Bildung also vor dem Hintergrund der digital vernetzten Technologien und im Hinblick auf öffentliche Aushandlungsprozesse fassen?

Ich interessiere mich dabei für Bildungspotenziale, die in den digitalen Strukturen der vernetzten Architekturen eingeschrieben sind und sich unter einem global aufgespannten Netz von Netzwerken in ganz unterschiedlicher Ausprägung bestimmen lassen. Zur Bearbeitung des dargestellten Problemfeldes gilt es daher zunächst ganz grundlegend zu klären, wie sich das Verhältnis von Bildung und Öffentlichkeit beschreiben lässt.

1.1 Zum Verhältnis von Bildung und Öffentlichkeit

Die vorliegende Arbeit widmet sich dem Verhältnis von Bildung und Öffentlichkeit. Beide Begriffe verweisen für sich genommen auf eine lange Tradition wissenschaftlicher Auseinandersetzungen und sind keineswegs als gesetzt zu verstehen. Sie oszillieren zwischen wissenschaftlicher Prägung und alltagsweltlichem Verständnis und sind somit meist nicht nur normativ, sondern auch semantisch aufgeladen. Sie lassen sich jedoch vor dem Hintergrund der digitalen Strukturen des Netzes bereits aufgrund verschiedener Grundmerkmale aufeinander beziehen. Dabei soll es nicht darum gehen, Öffentlichkeit in Bildung oder umgedreht zu überführen, sondern unter Zuhilfenahme der öffentlichkeitstheoretischen Perspektivsetzung auf unterschiedliche Reflexivitätsgehalte der digitalen Technologien hinzudeuten.

Die digitalen Strukturen des Netzes durchdringen immer mehr Bereiche des gesellschaftlichen Alltags und tragen somit in ganz unterschiedlicher Weise zur Weltwahrnehmung und Herstellung von Öffentlichkeit bei. Hieraus verändern sich die Muster der Herstellung von Verfügungsrahmen über Welt. Darüber hinaus entstehen neue Formen der medialen Artikulation, die sich entlang von Lern- und Bildungsprozessen insofern erfassen lassen, als dass die individuelle Positionierung, also Prozesse der Willens- und Meinungsbildung, im öffentlichen Raum eng verwoben mit der Reflexion über Welt und die eigene Verortung in eben dieser stattfindet. Bildungsprozesse können damit auch als Teilhabeprozesse an deliberativen Öffentlichkeiten verstanden werden, bei denen die Partizipation an gesellschaftlichen Diskursen die Artikulation eigener Sichtweisen im öffentlichen Raum erfordert (vgl. Marotzki 2008, S. 12).

1.1.1 Bildung im Horizont digitaler Medialität

Wenn ich mich dem Verhältnis von Bildung und Öffentlichkeit zuwende, dann müssen zunächst zweierlei Aspekte geklärt werden. Erstens stellt sich die Frage, was ich in dieser Arbeit unter Bildung fasse und welche Referenztheorien mir dabei geeignet erscheinen. Den Bildungsbegriff lege ich dabei strukturtheoretisch aus. Ich beziehe mich dabei auf die Konzeption von Medienbildung nach Jörissen und Marotzki (2009). Diese basiert auf dem Entwurf einer strukturalen Bildungstheorie nach Marotzki (1990) und

weist neben der bildungstheoretischen Schwerpunktsetzung zentrale medientheoretische Bezüge auf. Bildung wird hier im komplexen Gefüge der Medialität verortet, also dem Zusammenspiel unterschiedlicher Medien, deren Strukturen bereits zur Konstitution von Selbst- und Weltverhältnissen beitragen und in individueller aber auch kultureller und gesellschaftlicher Hinsicht prägen. Medialität wird in dieser Perspektive, wie Jörissen (2014a) unter Rückbezug auf Wiesing (2008) festhält, „als Möglichkeitsbedingung der Entstehung symbolischer Welten“ (Jörissen 2014a, S. 504) begreifbar. Medialität erscheine in dieser Hinsicht nicht selbst, sondern verberge sich in der Hervorbringung von Erscheinungen (vgl. ebd.).

Im Anschluss daran und vor dem Hintergrund der vernetzten Architekturen lassen sich diese Überlegungen entlang der digitalen Medialität aus mindestens zwei Gründen weiterführen und spezifizieren. *Erstens* impliziert der Begriff die binäre Logik eines technologischen digitalen Systems, das zugleich auf die quantifizierende Qualität der Kommunikation hindeutet und so auch die infrastrukturelle Dimension von Code betont, um die es mir in der vorliegenden Arbeit geht. Mir dient diese Wendung hier als geeignetes Beschreibungsmerkmal zur Eingrenzung des Problembereichs der vorliegenden Arbeit. Digitale Medialität stellt somit einen durch Digitalisierung geprägten Entwicklungsschritt im größeren Metaprozess der Mediatisierung dar, wie Jörissen unter Bezugnahme auf Mersch (2002) herausstellt. *Zweitens* – und das ist wohl die wesentliche Begründungsfigur – verweist das Begriffsverständnis digitaler Medialität auf eine neue Qualität der Auseinandersetzung mit Welt. Das besondere und historisch neue Moment liege in der Form des Materiellen begründet: „Digitalität de- und recodiert das materielle Moment von Mediatisierungsprozessen“ (Jörissen 2014a, S. 506). Digitalität bedeute damit die „Mediatisierung von Mediatisierungen“ (Mersch 2002, S. 69 zitiert nach ebd., S. 506). Jörissen macht überdies darauf aufmerksam, dass es keineswegs genüge, digitale Medialität als Simulation der analogen zu begreifen, da sie eben durch die neuen Qualitäten der Materialität erst neue Möglichkeitsräume hervorbringe:

„Digitale Medialität stellt daher (im Vergleich zur analogen Medialität) neue mediale Rahmungen mit völlig anders gelagerten Emergenzen her, die vor allem aus der Ermöglichung jener universalen Kommunikationsmöglichkeiten (im technischen Sinne) resultieren, durch die globale Netzwerke (wie etwa das Internet) entstanden sind.“ (ebd., S. 504)

Die dahinterstehende Logik wird dann klar, wenn man sie entlang von kulturellen Praktiken, wie Memes, Remix und Mashups, im Anschluss an die digitalen Architekturen betrachtet. Diese sind geprägt durch die ständige De- und Rekontextualisierung bestehender digitaler Objekte, zugleich werden neue Objekte erst in der Praktik hervorgebracht. Digitale Medialität offenbart sich in ihrer ganzen Komplexität jedoch erst dann, wenn man sich den Strukturen von Code zuwendet, da dieser einerseits die Grundlage der medialen Artikulationen ist, jedoch selbstreferenziell in Form unterschiedlicher

Ausprägungen, wie beispielsweise der Open-Source-Bewegung oder unterschiedlichen Praktiken des Hackings, thematisiert wird. Code wird dabei nicht nur thematisierbar und somit de- oder rekonstruierbar. Durch Code wird die infrastrukturelle Grundlage berührt, denn durch verschiedene soziale und kulturelle Praktiken unterliegt die jeweilige Plattform, über die sich artikuliert wird, selbst der Aktualisierung. Code ist somit weniger als Produkt zu verstehen, sondern vielmehr als Prozess oder Praktik. Das Internet als öffentliche Sphäre ist somit besonders geeignet, um diese Prozesse entlang unterschiedlicher Ausprägungen im Rahmen der strukturtheoretischen Ausrichtung zu verdeutlichen.

1.1.2 Öffentlichkeit und die Beobachtung von Gesellschaft

Den Menschen werden durch die hochgradig ausdifferenzierten digital vernetzten Architekturen, wie sie sich durch das Internet aufspannen, vielfältige Anlässe geboten, sich mit der Welt auseinanderzusetzen und die Erfahrungsmuster zugleich in die Öffentlichkeit zurückspiegeln. Dies verändert, wie Benkler (2006) treffend festhält, die Wahrnehmung der jeweiligen Umwelten:

„In a complex modern society, where things that matter can happen anywhere and at any time, the capacities of people armed with the means of recording, rendering, and communicating their observations change their relationship to the events that surround them. Whatever one sees and hears can be treated as input into public debate in ways that were impossible when capturing, rendering, and communicating were facilities reserved to a handful of organizations and a few thousands of their employees.“ (ebd., S. 219)

Es ist heute recht unstrittig, dass die Ausprägungsformen der individuellen Artikulationsweisen unter den Bedingungen der digitalen Technologien ebenfalls verändert werden. Nach Jörissen (2014b) ist die Herstellung „von strukturierter Sichtbarkeit(en), die ein zusehen-Geben von Artikulationen“ ermöglichen, „eine der vordringenden Signaturen der immer stärker medialisierten Gesellschaften des 20. und 21. Jahrhunderts“ (ebd., S. 18). Dies sei nicht so zu denken, „dass Medien etwas in einen *vorab* als medientranszendente Öffentlichkeit bereits vorhandenen Raum hineinstellten. Vielmehr *erzeugen* mediale Architekturen erst Öffentlichkeiten unterschiedlichster Struktur, von den Einweg-Sichtbarkeiten der audiovisuellen Massenmedien bis zu den partikularisierten, vernetzten und hochkomplexen Sichtbarkeiten des Social Web“ (ebd.). Letztere sind für die vorliegende Arbeit von gesteigertem Interesse. Daneben geht es mir aber auch um jene Sichtbarkeiten, die sich nicht ausschließlich im Social Web verorten lassen, sondern über die technologische Infrastruktur von Code hergestellt werden. Hieraus ergeben sich wiederum neue Implikationen für die Auseinandersetzung mit dem Öffentlichkeitsbegriff. Ich halte mich dabei an Wallner und Adolf (2011), die feststellen, dass sich Theorien

zur Öffentlichkeit „in sofern auf neue Räume der Öffentlichkeit übertragen“ lassen, „als die zentralen Merkmale, die sich in verschiedenen Öffentlichkeitstheorien finden, ebenso für ‚neue Öffentlichkeiten‘ untersucht werden können“ (Wallner und Adolf 2011, S. 422f.).

Ausgehend davon, dass eine zeitgemäße Konzeption von Öffentlichkeit heutzutage nicht mehr ohne Berücksichtigung der digitalen vernetzten Architekturen auskommt, gilt es zu klären, in welchem Verhältnis Internet und Öffentlichkeit in der vorliegenden Arbeit beschrieben werden können. Hierfür bediene ich mich zunächst einer historischen Perspektive, um überhaupt zu klären, was Öffentlichkeit ausmacht und welche Merkmale sich strukturell herausstellen lassen, um dann schließlich einen Abgleich mit dem Netz vorzunehmen. Durch ein solches Vorgehen kann eine analytische Distanz aufgebaut werden, die sich dann als nützlich erweist, wenn es um die Betrachtung einzelner Praktiken vor dem Hintergrund struktureller Eigenschaften geht. Der Strukturwandel der Öffentlichkeit nach Habermas (1990) dient mir hier als Anhaltspunkt zur Beschreibung der historischen gesellschaftlichen Transformationsprozesse.

Die zunächst historisch-phänomenologische Analyse wird von Habermas durch verschiedene Arbeiten weitergeführt und systematisiert, sodass der Öffentlichkeitsbegriff seine Einbettung in eine umfassende Gesellschaftstheorie erfährt. Somit kann der Strukturwandel der Öffentlichkeit entlang der Massenmedien als Referenzrahmen gesehen werden, um der Frage nach einem neuen Strukturwandel der digitalen Technologien nachzugehen. Ich möchte nicht behaupten, dass es sich bei einem solchen Versuch der Bezugnahme um eine isomorphe Struktur handelt, da ich grundlegend davon ausgehe, dass die digitalen vernetzten Architekturen, die gesellschaftliche Ordnung beeinflussen und zugleich auch individuelle Wahrnehmungsmuster prägen, mit einer ganz bestimmten Charakteristik gezeichnet sind, die es im Rahmen dieser Arbeit hervorzuheben gilt. Anders formuliert, basiert die relationale Betrachtung neuer und massenmedialer Strukturen auf der Annahme, dass insbesondere das Internet neue Möglichkeiten der Partizipation, Interaktion und vor allem Meinungsbildung hervorgebracht hat und diese sich nicht (nur) auf inhaltlicher Ebene abbilden lassen, sondern bereits in der Gestalt und Architektur des Netzes verhaftet sind.

Wenn ich hier von Öffentlichkeit spreche, dann meine ich nicht die politische Sphäre im engeren Sinne, sondern beziehe mich in erster Linie auf kulturelle Ausprägungen, die sich zwar auch auf das Politische auswirken, jedoch in erster Linie aus sozialen Aushandlungen und unterschiedlichen sozialen und kulturellen Praktiken im Internet hervorgehen. Diese Perspektivsetzung korreliert mit dem hier verwendeten Bildungsverständnis und soll vor allem eine offene Sichtweise auf Bildungspotenziale im Netz in ihrer Heterogenität und strukturellen Beschaffenheit ermöglichen. Die von Stalder (2016) beschriebene Algorithmizität dient mir dabei als wichtiger Bezugspunkt, sie ist jedoch keineswegs ein neuartiges Phänomen, sondern hat weitaus tiefere Wurzeln im gesellschaftlich-kulturellen Gefüge, da sie grundlegend auf den Umgang mit

Zahlensystemen, Quantifizierbarkeiten und Normierungsprozessen basiert. Gleichwohl sind durch die digitalen Technologien mehr Menschen in Handlungsprozesse und Bedeutungszuweisungen eingebunden, die sich freilich nicht nur auf die digitale Infrastruktur beschränken lassen, sondern sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche ziehen.

1.1.3 Code in strukturtheoretischer Perspektive

Algorithmen strukturieren die Informationen und machen sie durch Selektion, Filterung und Präsentation von Daten der menschlichen Wahrnehmung erst zugänglich. Es sind die Algorithmen, die in dem Verhältnis von Öffentlichkeit und digitaler Medialität eine zentrale Position einnehmen, schließlich wäre das Individuum angesichts der riesigen von Menschen und Maschinen generierten Datenmengen ohne Algorithmen blind (vgl. ebd., S. 13). Ein Algorithmus für sich mag ein strikter Prozess von Berechnungen sein, der eine Reihe von Anweisungen und Abfolgen abarbeitet und dann ein Ergebnis ausgibt. Doch es genüge nicht, dies allein als einen mechanistischen Prozess zu begreifen, wenn man ein umfassendes Verständnis der Auswirkungen auf das Soziale entwickeln wolle, wie Crawford (2015) unter Rückbezug auf Gillespie (2014) konstatiert. Ausgehend davon plädiert sie dafür, eine Betrachtung von Algorithmen unter Berücksichtigung politikwissenschaftlicher Theorien zu entwickeln, um die Veränderungsprozesse in ihrer Komplexität zu erfassen:

„By looking beyond algorithms as fetishized objects, we can account for a wider range of actors: be it developers in cubicle farms, Twitter bots, Amazon book buyers, 4channers and Redditors. And we can also look to the ways people reverse engineer algorithms, acting in direct contestation, where the troll, the artist and the hacker become key players in an agonistic system. Theories of agonism prompt us to consider in greater depth the many spaces of dispute where humans and algorithms engage.“ (Crawford 2015, S. 90)

In der von Crawford entwickelten Perspektive werden Algorithmen unter einer radikaldemokratietheoretischen Perspektivsetzung auf ihren agonalen Gehalten befragt und die sich in den unterschiedlichen sozialen Sphären entwickelten Praktiken genauer beschrieben. Eine solche Perspektivsetzung erlaubt einen umfassenderen Blick auf die sozio-technologischen Gefüge. In der vorliegenden Arbeit wird auf den Code-Begriff verwiesen. Ich beziehe mich damit auf ein von Lessig (1999) geprägtes Begriffsverständnis, das eine weite Auslegung digitaler Architekturen des Cyberspace beschreibt. Darunter wird recht allgemein Hard- und Software, also in diesem Sinne auch Quellcode und Algorithmen gefasst. Wenngleich ich den Begriff des Cyberspace nicht übernehmen werde, halte ich eine weite Auslegung für die Beschreibung der digitalen Architekturen für angebracht, da es mir um die Komplexität und das Zusammenspiel dieser Gefüge

geht und ich mir damit die Möglichkeit der analytischen Eingrenzung an gegebener Stelle offenhalten kann.

Lessig gibt mit seiner recht provokanten These „Code Is Law“ schon recht früh wichtige Hinweise auf die Implikationen einer von digitalen Technologien durchdrungen Gesellschaft, bei denen er das Internet als Dreh- und Angelpunkt für die Herausbildung neuer Gesetzmäßigkeiten beschreibt, was auch gesellschaftliche Veränderungs- und Selbstbeschreibungsprozesse berührt. Dies ist nicht nur im Hinblick auf das Verhältnis von nationalen und transnationalen Öffentlichkeiten und den jeweiligen funktionalen, stratifikatorischen und segmentären Differenzierungsprozessen von Bedeutung (vgl. Imhof 2011, S. 17f.), sondern verweist grundlegend auch auf eine machttheoretische Perspektive.

Wenn Code Gesetz ist³, dann heißt, die Kontrolle über den Code zu haben, auch die Kontrolle über die sozialen Normen sowie Aushandlungsprozesse zu haben und folglich auf die Gestalt des Netzes aktiv einwirken zu können. Die Qualität dieser Perspektivsetzung ergibt sich in erster Linie nicht aus der prägnanten These, sondern aus dem Framework, das Lessig liefert, um die Herausforderungen zur demokratischen Regulierung von Code unter den Einflüssen kommerzieller Entwicklungen zu verstehen und dabei die Architektur des Netzes als offenes und freies System anzuerkennen. Die Offenheit stellt dabei ein normatives Kriterium dar, was für Lessig hinsichtlich demokratischer Forderungen von grundlegender Bedeutung ist, da er in dieser Architektur des Netzes einen Raum sieht, dessen demokratisierende Potenziale es für die Gesellschaft zu entfalten gilt. Zugleich fordert er dazu auf, die Arbeit an der Beschaffenheit des Netzes und die Sicherung von Freiheit und Offenheit als demokratischen Prozess selbst zu verstehen.

Hier sehe ich direkte Anknüpfungspunkte an das von Habermas vertretene Öffentlichkeits- und Demokratieverständnis. Für beide stellt die Verbindlichkeit von Recht und Normen eine fundamentale Säule für das Gelingen der Gesellschaft dar. Während sich Habermas jedoch auf die Frage nach der Legitimierung von Recht durch die staatliche Konstitution bezieht, stellt Lessig die Vereinbarkeit von Rechtsstaatlichkeit und dem Internet in Frage und verweist damit auf die Entkopplung eines globalen technologischen Netzwerks von staatlichen Einflüssen und somit grundlegend auf die Herausforderungen administrativ-regulatorischer Eingriffe in das Netz, das aus ganz eigenen Gesetzmäßigkeiten sowie Kontrollmechanismen besteht. Lessig begründet seine Position damit, dass Unternehmen und Interessensgruppen verschiedenartige Soft- und Hardware entwickeln, Interessen verfolgen und nationalstaatliche Regierungen dabei

³Eine These, die Lessig selbst eher metaphorisch aufgreift und zugleich selbst Differenzen zwischen der Auslegung von Gesetzen und der Ausführung von Code einräumt. Eine analytische Trennung findet sich auch bei Chun (2011), die sich ausgehend von einer analytischen Perspektive der Critical Code Studies gar gegen den von Lessig genutzten offenen Codebegriff wendet (vgl. ebd., S. 27).

weitestgehend ausgeklammert seien (vgl. Lessig 1999, S. 5f.).⁴ Wie im Hinblick auf die digitale Medialität schon deutlich wurde, geht es also nicht nur um die Ebene der Repräsentation von Software und somit einzelner Anwendungen, sondern vielmehr um die zu Grunde liegende technologische Infrastruktur des Netzes. Code umfasst dabei Hard- und Software und bezieht sich auf die Gesamtheit der digitalen Architekturen. Dies schließt folglich Algorithmen mit ein, geht jedoch auch darüber hinaus, da Auszeichnungssprachen wie HTML oder XML beispielsweise selbst keine Algorithmen sind, sondern nur eine strukturierende Funktion einnehmen. Gleichwohl stellen sie zur Interaktion im Horizont digitaler Medialität einen unersetzlichen Baustein dar. Code ist für mich gleichbedeutend mit dem Quellcode, da sich im Prozess der Übersetzung zur Maschinensprache einige Dynamiken entwickeln, die bei einer synonymen Verwendung zu analytischer Unschärfe führen würden. Indem Software immer von Hardware abhängt, kann eine solche Trennung von Soft- und Hardware in dieser Perspektive ohnehin nur auf analytischer Ebene stattfinden, da Software immer in Abhängigkeit zu Hardware steht. Software kann ohne Hardware nicht ausgeführt werden.

Wenn ich in dieser Arbeit von Code spreche, dann meine ich damit in erster Linie Algorithmen, die beispielsweise über Softwareanwendungen Interaktion ermöglichen oder in Hardware eingeschriebene Prozesse, die zwar nicht zur direkten Interaktion einladen, jedoch trotzdem eine Funktion der Komplexitätsreduktion ausüben, indem durch automatisierte Entscheidungs- und Informationsverarbeitungsprozesse die menschliche Wahrnehmung beeinflusst wird.

Während der Codebegriff bei Lessig sehr breit angelegt ist und somit zwar Spielraum für die Abstraktion der Codestrukturen entlang gesellschaftlicher Prozesse bietet, haben sich mit den Software Studies (vgl. Fuller 2008; Manovich 2001), insbesondere im Rahmen der Critical Code Studies, weitere Positionen, meist ausgehend von einer poststrukturalistischen Perspektivsetzung, entwickelt, die einen differenzierten Einblick in Funktionsweisen von Code und dessen soziale Implikationen untersuchen (vgl. Chun 2011; Manovich 2013). Die Konsolidierung der Software Studies oder Critical Code Studies, die im interdisziplinären Diskurs verortet sind, kann als ein Signum für den Klärungsbedarf zur Bedeutung von Code für individuelle, kollektive aber auch politische Prozesse gedeutet werden (vgl. hierzu Jörissen und Verständig 2017). Auch wenn in der hier vorliegenden Arbeit nicht primär mit den Thesen der Critical Code Studies beziehungsweise Software Studies operiert wird, bilden sie einen wichtigen Anhaltspunkt für die Auseinandersetzung, die über die fachdisziplinären Grenzen der Informatik hinausgeht und geistes- sowie kulturwissenschaftliche Einblicke auf Code ermöglicht.

⁴Der Entkopplungsprozess der Ökonomie von politischer Regulierungen, wie er hier mit Blick auf das Internet angesprochen wird, lässt sich ausgehend von einer nationalstaatlichen Perspektivsetzung in unterschiedlichen Ausprägungen auch bei Imhof (2011) als Bedingung für spätere Ausdifferenzierungen des Mediensystems vom politischen System vor dem Hintergrund eines neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit vorfinden (vgl. ebd., S. 93f.).

1.2 Zielstellung und Format

Wenn sich nun Bildungs- und Subjektivierungsprozesse grundsätzlich auch in medienkulturellen Interaktionszusammenhängen vorfinden lassen, gilt es zu fragen, wie sich die Koordinaten von Lern- und Bildungsprozessen unter den Bedingungen von Code verändern und welche Konsequenzen hieraus für die Erforschung von Bildungsprozessen thematisiert werden können. Dabei soll nicht der Versuch unternommen werden, eine neue Bildungstheorie zu entwerfen. Ein solches Vorhaben würde das Format der vorliegenden Arbeit nicht nur maßgeblich verändern, sondern müsste zudem nach anderen Einflussfaktoren fragen, die sich im Gefüge von gesellschaftlichen Wandlungsprozessen, individuellen Prozessen der Subjektivierung und bildungstheoretischen Überlegungen mitgedacht werden müssen. Es geht hier vielmehr darum, ausgehend von einem strukturtheoretischen Ansatz der Frage nachzugehen, welche Bildungspotenziale sich entlang der digitalen vernetzten Architekturen aufzeigen lassen und inwieweit diese bereits in den Code eingeschrieben sind. Öffentlichkeit stellt hierbei eine mögliche Perspektivsetzung dar, durch welche diese Prozesse erfasst werden können.

Bei dem Format der Arbeit handelt es sich um eine theoriegeleitete Konzeption, bei der Bildung vor dem Hintergrund einer öffentlichkeitstheoretischen Perspektive im Horizont digitaler Medialität verhandelt wird. Ausgehend von einer strukturtheoretischen Perspektive auf Bildung beziehe ich somit einen Theorierahmen der Öffentlichkeitsforschung in die Arbeit ein. Dabei sollen mir vor allem deren Kongruenzen, die ich herausarbeiten werde, den Blick auf den formulierten Problembereich eröffnen. Allein daher ist diese Arbeit nicht genuin im Feld der Bildungstheorie beheimatet, sondern spannt in Abhängigkeit zum hier formulierten Erkenntnisinteresse einen Bogen über klassische Objektbereiche der Kommunikationswissenschaft unter Berücksichtigung politikwissenschaftlicher und soziologischer Entwicklungslinien auf, um so die Verbindung der beiden Bereiche Öffentlichkeit und Bildung in ihrer Wechselhaftigkeit und unter Berücksichtigung struktureller Ausprägungen herzustellen und schließlich die Implikationen für aktuelle bildungstheoretische Überlegungen zu formulieren. Es erscheint mir notwendig, die Konzeption der Arbeit so anzulegen, da eine Betrachtung einzelner Teilbereiche nur einen sehr eingeschränkten beziehungsweise verzerrten Blick auf die hochdynamischen Entwicklungen und strukturellen Lagerungen von Bildung unter den Bedingungen digitaler Medialität eröffnet.

1.3 Zum Stand der Forschung

Die Arbeit schließt an einige vorhergehende Auseinandersetzungen zur Struktur des Netzes unter den Bedingungen von Öffentlichkeit an. Neben der von Lessig (1999, 2010) entwickelten Perspektivsetzung lässt sich hier in erster Linie die Arbeit von Yochai Benkler (2006) hervorheben. In „The Wealth of Networks“ geht er der Frage nach,

inwiefern das Netz zur Herstellung einer deliberativen Öffentlichkeit gewendet werden kann. Hierfür entwickelt er verschiedene Prinzipien, die zum Gelingen von Deliberation im Netz notwendig sind. Es handelt sich um die Sicherstellung des allgemeinen Zugangs zum Diskurs, Selektionsmechanismen für politische Relevanz sowie Strukturen zur Synthese der öffentlichen Meinung und schließlich um die Unabhängigkeit von Regierungen. Das Netz stellt all diese Voraussetzungen bereit und bietet somit grundsätzlich einen geeigneten Rahmen zur Herstellung einer deliberativen Öffentlichkeit, wie Benkler an der Betrachtung von Strukturveränderungsprozessen und den sich daraus herausbildenden Praktiken aufzeigt. Zwar bezieht sich Benkler hier ebenso auf die sozialen und kulturellen Praktiken, jedoch ohne weitergehende Schlüsse für reflexive Gehalte der Strukturen vertiefend zu thematisieren.

Einen weiteren wertvollen Anhaltspunkt stellt die Studie von Schmidt (2011) dar. Ausgehend davon, dass die Hürden für die Nutzenden des Netzes sinken, selbst aktiv zu werden, sich in unterschiedlichen Weisen zu artikulieren oder Informationen mit anderen zu teilen, untersucht er aus einer kommunikationssoziologischen Perspektive die Praktiken des „neuen Netzes“ und entwickelt dabei das Konzept der persönlichen Öffentlichkeit. Neben der Untersuchung einzelner Praktiken zur Beschreibung der sozio-technologischen Verflechtungen werden auch Konsequenzen für die Herstellung von professionellen Öffentlichkeiten gezogen.

Mich interessieren in diesem Zusammenhang die Überlegungen zur persönlichen Öffentlichkeit. Ich halte sie für aufschlussreich, um hier mit einer bildungstheoretischen Interpretation anzuknüpfen, da die beschriebenen Praktiken des Identitätsmanagements und der Wissensarbeit direkte Bezüge zu Bildungsprozessen zulassen. Für mich heißt das zunächst, dass ich mich auf die Praktiken, die Schmidt beschreibt, beziehen kann und bereits einen ersten Zugang zu möglichen Fragen der Informationsbeschaffung vorfinde. Gleichzeitig ist die Studie ein Anhaltspunkt zur komplexen Beschreibung eines Strukturwandels durch die digitalen Strukturen, hier in Gestalt der Praktiken, die sich entlang des Web 2.0 herausgebildet haben. Auch Schmidt stellt bereits die Bedeutung von Code heraus. Wenngleich die Betrachtungen von Code und Algorithmen hierbei keine Vertiefung erfahren, da es in erster Linie um anschließende Praktiken an die digitalen Architekturen geht, so wird schon allein bei der Berücksichtigung der infrastrukturellen Fragen deutlich, dass soziale Praktiken keineswegs losgelöst vom technologischen Aspekt zu denken sind (vgl. ebd., S. 63).

Als eine weitere relevante Arbeit kann die Dissertation von García Leguizamón (2009) gesehen werden. Er beschäftigt sich in seiner Arbeit mit der Frage nach der Transformation von Öffentlichkeit im Zeitalter des Internet. Dabei bezieht er sich auf die theoretische Konzeption von Öffentlichkeit nach Habermas und fragt nach der Qualität der Transformation. Nach einer umfangreichen Diskussion zur theoretischen Begründung von Öffentlichkeit identifiziert er dabei vor allem unter Rückbezug auf sprachtheoretische Positionen einige Merkmale, die er entlang unterschiedlicher

Ambivalenzen des neuen öffentlichen Raums verdeutlicht. Zwar werden hierbei auch Aspekte, wie die Repräsentation des Selbst sowie jene der Aushandlungen, unter den digitalen Bedingungen in einer strukturtheoretischen Perspektive verhandelt, jedoch werden die identitätstheoretischen Perspektivsetzungen dabei als Auswirkungen der Transformation von Öffentlichkeit diskutiert und nicht bildungstheoretisch gewendet.

Eine, wie in der vorliegenden Arbeit, entwickelte Perspektivsetzung auf die Bedingungen von Bildung findet vor dem Hintergrund von Öffentlichkeit bisher wenig Beachtung. Zwar gibt es einige Bestrebungen, die sich dem Topos der Öffentlichkeit vor dem Hintergrund pädagogischer Fragestellungen widmen, jedoch wird dabei, abgesehen von den zuvor genannten Arbeiten, meist ein qualifikatorischer Bildungsbegriff vorausgesetzt und aufgrund der fachlichen Einordnung keine bildungstheoretische Position eingenommen (vgl. Casale 2007; Kojima 2015).

Einen interessanten Einblick, mit einigen Überschneidungen zum hier vorliegenden Erkenntnisinteresse, geben die Beiträge zur 11. Jahrestagung der Kommission *Erziehung und Bildungsphilosophie* der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE). Mit dem Tagungsband „Öffentlichkeit und Bildung in erziehungsphilosophischer Sicht“ (Oelkers, Peukert und Ruhloff 1989) werden unterschiedliche bildungsphilosophische Positionen entwickelt, die sich entlang des Strukturwandels von Öffentlichkeit (vgl. Meyer-Drawe 1989), dem Verhältnis von Sprache und Datenbanken (vgl. Meder 1989) oder der Ermöglichung von Öffentlichkeit aufgrund neuer Technologien und deren bildungstheoretische Implikationen (vgl. Vogel 1989) widmen. Auch wenn diese Beitragssammlung nun mehr als ein viertel Jahrhundert zurückliegt, werden darin verschiedene Aspekte aufgezeigt, die unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungslinien von hoher Relevanz sind. Ich werde mich daher in einzelnen Argumentationspunkten an diesen hier genannten Beiträgen orientieren und einen Aktualitätsbezug herstellen.

Als eine aktuelle Bestrebung zur zeitgemäßen Konzeption von Bildung kann die Strukturelle Medienbildung nach Jörissen und Marotzki (2009) angeführt werden. Ausgehend von einer bildungstheoretischen Grundlage werden Lern- und Bildungsprozesse dabei konsequent unter Einfluss medialer Strukturen diskutiert und im Hinblick auf die digitalen Technologien sowie vernetzten Architekturen auch in Beziehung zur internationalen Internetforschung gesetzt. Es handelt sich dabei um eine strukturanalytische Betrachtung, bei der Bildung nicht als Zustand, sondern als Form komplexer Lern- und Orientierungsprozesse verstanden wird, die sich grundsätzlich in medial geprägten kulturellen Lebenswelten ereignen (vgl. Jörissen und Marotzki 2009; Marotzki und Jörissen 2008b). Ausgehend davon, dass sich durch gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die modernisierungstheoretisch begründet werden, neue Herausforderungen für die Herstellung von Orientierung einhergehen, nehmen die Autoren eine Perspektive ein, die Medien als strukturierende Komponenten zur Sichtbarmachung und Wahrnehmung von Welt versteht. Genau darin liegt auch die besondere bildungstheoretische Qualität, denn wenn Medien für die Wahrnehmung von Welt eine strukturierende Bedeutung

zukommt, dann gilt es zu fragen, wie die reflexiven Gehalte der unterschiedlichen Medien zu betrachten sind. Dieser systematisch entwickelte Ansatz dient mir in der vorliegenden Arbeit als Grundlage, um Bildung im Verhältnis zu den digital vernetzten Architekturen zu verhandeln. Ich werde daher eine ausführliche Betrachtung der Strukturalen Medienbildung vornehmen und dabei den fachdisziplinären Diskurs in den Blick nehmen.

Als eine bildungstheoretisch fundierte Arbeit, die der Frage nachgeht, wie Bildung im Netz konzipiert werden kann, lässt sich die von Koenig (2011) vorgelegte Studie anführen. Koenig untersucht ausgewählte soziale Praktiken im Netz entlang der Phänomene um Freie und Open Source Software, Wikis und der Blogosphäre, die er schließlich aus einer postmodernen sowie aus der Perspektive der Kritischen Bildungstheorie kontrastierend interpretiert. Diese Arbeit stellt einen wichtigen Bezugspunkt im aktuellen bildungstheoretischen Diskurs dar. Es werden die verschiedenen (sub-)kulturellen Praktiken im Hinblick auf ihre komplexen sozialen Aushandlungsprozesse an konkreten Ausprägungen systematisch sichtbar gemacht. Damit werden Reflexivitätsangebote thematisierbar, die bislang nur wenig Berücksichtigung fanden und von gestalterisch-instrumentellen Perspektiven auf Bildung überlagert wurden. Koenig macht hierbei auf die Emergenz der vernetzt-kollaborativen Praktiken aufmerksam, die als Träger jener Transformationen von Selbst- und Weltverhältnissen gesehen werden könne (vgl. ebd., S. 282). Der Autor entwickelt in seiner Perspektivsetzung einen emphatischen Bildungsbegriff, „der eine eigene normative oder kritische Position einbringt“ (ebd., S. 12). In seiner bildungstheoretischen Analyse geht er also von den Praktiken selbst aus und fragt, „wie sie die Potenziale der Neuen Medien verwirklicht haben“ (ebd.). Eine emphatische bildungstheoretische Analyse müsse sich demzufolge über die Praktiken nähern.

Ein Zugang über die Analyse des Mediums und dessen strukturimmanente Bildungspotenziale sei dabei nicht ausreichend. Damit fokussiert er seine Studie auf jene Anschlusspraktiken, die im Netz unter verschiedenen Bedingungen stattfinden und zeigt hochspannende Implikationen für die bildungstheoretische Diskussion auf, ohne freilich das Subjekt vor den Technologien zu verorten oder andersherum eine technologiedeterministische Position einzunehmen. Für Koenig werden die Bildungspotenziale erst durch die Praktiken verwirklicht. An ein solches Verständnis schließe ich grundlegend an, da ausgehend von meiner hier gewählten Perspektivsetzung Bildungsprozesse immer auch als Subjektivierungsprozesse zu verstehen sind. Subjektivierung ist dabei immer im Kontext sozialer Praktiken und somit im Kontext der Intersubjektivität zu verorten. Nur im Erkennen des Anderen gelingt es dem Individuum, eine freie Perspektive auf sich selbst zu entwickeln und sich so der Selbstverwirklichung anzunähern. Mein Ansatz unterscheidet sich von Koenigs Perspektive jedoch genau in diesem Zugang zur bildungstheoretischen Diskussion. Da es mir, wie zuvor dargelegt, um eine strukturtheoretische Perspektivsetzung geht und ich nach den Reflexionsgehalten frage, die in die jeweiligen

Architekturen des Netzes eingeschrieben sind. Demzufolge wird auch die Beantwortung der Frage nach der Qualität, wie diese Prozesse bildungstheoretisch zu wenden sind, andere und ergänzende Einblicke eröffnen.

1.4 Zum Aufbau der vorliegenden Arbeit

Die vorliegende Arbeit ist in drei Teile untergliedert. Zunächst werde ich mich im ersten Teil der bildungstheoretischen Begründung widmen. Dabei geht es mir in einem ersten Schritt um die Anerkennung einer historischen Entwicklung, weshalb ich mich dem klassischen Bildungsbegriff nach Humboldt als Ausgangspunkt hierbei zuwenden werde. Aufbauend darauf geht es mir um die jüngeren Bestrebungen bildungstheoretischer Arbeiten, bei denen ich die Linie der formalen Bildungstheorie grundlegend nachzeichne, indem ich mich einerseits auf die Arbeiten Klafkis (1959, 1985) und andererseits auf die Arbeiten von Marotzki (1990) und Koller (1999) als zentrale Vertreter der biographischen Bildungsforschung beziehe. Relevant ist für mich dabei die von Marotzki entworfene strukturelle Bildungstheorie, die zugleich die Grundlage für die von Jörissen und Marotzki (2009) entwickelte Strukturelle Medienbildung darstellt. Dieses Konzept der Medienbildung erscheint mir als geeignet, da es einen Bildungsbegriff zu Grunde legt, der die Betrachtung von sozialen Praktiken im Netz auf strukturlogischer Ebene erfassbar macht.

Mit dem zweiten Teil der Arbeit wird die theoretische Konzeption von Öffentlichkeit in den Blick genommen. Auch dieser Teil ist in zwei Bereiche untergliedert, einen allgemeinen und einen vertiefenden. Zunächst werde ich die unterschiedlichen theoretischen Linien der Öffentlichkeitsforschung grob nachzeichnen und für die Fragestellung relevante Aspekte herausstellen. Für mich sind dabei zwei Punkte von Bedeutung. Einerseits geht es mir um eine Offenlegung des umfangreichen Forschungsfeldes und andererseits dient mir eine zunächst offene Betrachtung der Abgrenzung und Spezifizierung, um dargelegte Erkenntnisse zu folgen. Im Anschluss an die Thematisierung unterschiedlicher Öffentlichkeitstheorien und ihren jeweiligen Implikationen gehe ich vertiefend auf die theoretische Perspektivsetzung von Habermas (1990, 1992, 2008, 2013) ein. Mit seiner Analyse zum Strukturwandel der Öffentlichkeit bietet er eine geeignete Basis, um verschiedene Dimensionen zu erfassen, die sich für Transformationsprozesse des gesellschaftlichen Wandels herausheben lassen. Gleichzeitig können aus der von Habermas entwickelten Theorie grundlegende Kriterien für die Konzeption von Öffentlichkeit abgeleitet werden, die mir als Folie für die Betrachtung kultureller Praktiken in Verbindung zu den digitalen Technologien des Netzes dienen sollen.

Diese doppelte theoretische Rahmung soll die Grundlage sein, mit der ich im dritten Teil das Verhältnis von Bildung und Öffentlichkeit auf das Internet beziehe. Dies geschieht, indem ich verschiedene Phänomene aufzeige und deren Ausprägungen bildungstheoretisch interpretiere. Da ich hierbei eine strukturanalytische Perspektivsetzung

aufbaue, verstehe ich diese kulturellen und sozialen Praktiken nicht von der Technologie losgelöst. Andererseits soll kein technologiedeterministischer Blick eingenommen werden. Es geht mir vor dem Hintergrund von Reflexivitätslagerungen und Bildungspotenzialen vor allem darum, das sozio-technologische Gefüge in einer Weise zu verhandeln, die Aufschluss über das wechselseitige Zusammenspiel beider Bereiche geben kann. Dabei fokussiere ich zunächst Anschlusspraktiken, die sich auf der Ebene der Anwendung verorten lassen und werde davon ausgehend eine infrastrukturelle Perspektivsetzung entwickeln, um die tiefgreifenden und komplexen Verflechtungen von Code und sozialen Prozessen offenzulegen. Es geht mir also auch darum, aufzuzeigen, dass Algorithmen in ihrer Wirkmacht die menschliche Wahrnehmung nicht nur beeinflussen, sondern durch tiefgreifende in der Gesellschaft verankerten Mechanismen zu einer Vorstrukturierung von Wahrnehmungsweisen beitragen, die schließlich im Zusammenhang der sozialen Interaktion somit bildungstheoretisch von großer Bedeutung sind und hierdurch die Koordinaten von Subjektivierungs- und Bildungsprozessen verändert werden.

Abschließend werden die Ergebnisse zusammengefasst und entlang der hier ausgearbeiteten strukturtheoretischen Perspektivsetzung thematisiert. Neben einer bildungstheoretischen Interpretation der Erkenntnisse werden verschiedene Konsequenzen für die Konzeption von Öffentlichkeit unter den Bedingungen digitaler Medialität diskutiert.

Teil I
Bildungstheorie

2 Bildungstheoretische Grundlagen: Zum Bildungsbegriff

Wenn man heute von Bildung spricht, dann geschieht dies meist in höchst unterschiedlichen Kontexten mit verschiedenen Schwerpunktsetzungen und zu Grunde liegenden Intentionen (vgl. Dörpinghaus, Mietzner und Platzer 2015; Ehrenspeck 2009; Hentig 1996; Koller 2012). Neben den administrativen Bemühungen zur formalen und institutionalisierten Schaffung aber auch Weiterentwicklung von Bildungsangeboten sowie der Gestaltung wünschenswerter Rahmenbedingungen und Zielsetzungen gibt es weitere Akteure, die sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern bemühen, die jeweils eigenen Vorstellungen von Bildung einzubringen. Geprägt von einem inflationären Gebrauch finden aktuelle Diskussionen über Bildung in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit meist unter gewissen Zielvorstellungen statt, bei denen man Bildung als ein wünschenswertes Ergebnis beschreibt und weniger als Prozess sieht. Dies führt zu einer eingeschränkten Perspektive auf das, was eigentlich unter dem Bildungsbegriff versammelt wird. In Verschränkung mit politischen Diskursfeldern lasse sich, so Tenorth (1997), eine solche Begriffswendung vor allem dann diagnostizieren, wenn es um die Erfüllung politischer Forderungen gehe, also im instrumentellen Sinne (vgl. ebd., S. 971). Da sich solche Komplexitätsreduktionen meist dann aufzeigen lassen, wenn es um die Herstellung von Handlungsfähigkeit, also der Herbeiführung solider und dennoch zufriedenstellender Lösungen, geht, kann man den Akteuren die Verkürzung des Bildungsgedankens nur schwer zu einem Vorwurf machen. Schließlich findet eine differenzierte Betrachtung und theoretische Weiterführung in der fachdisziplinären Auseinandersetzung statt.

Nach Tenorth lässt sich der Umgang mit dem Bildungsbegriff in der Erziehungswissenschaft grundlegend in zwei Linien unterteilen. Einerseits in die der Bildungstheorie, welche durch einen philosophischen Zugang Fragen zur Subjektkonstitution und dem Selbst thematisiert und somit in einer (re-)konstruktiven Perspektive ebenso normative Gehalte des Bildungsbegriffs einbezieht. Andererseits benennt er die Bildungsforschung, die sich über empirische, zumeist auch deskriptiv-analytische Zugänge der Frage nach Bildung widmet. Wenngleich eine solche Differenzierung hinsichtlich der Abgrenzung nicht unstrittig ist, steht diese Unterscheidung nicht losgelöst im Raum, sondern lässt auf einen anhaltenden Diskurs schließen, der sich am Verhältnis von Bildungsforschung und Bildungstheorie abzeichnet. So sei das Verhältnis beider Perspektiven nach Poe-

nitsch von Nähe und Distanz gekennzeichnet (vgl. Poenitsch 2004, S. 442). Ein solch ambivalentes Verhältnis konstatiert auch Wigger (2004). Es geht bei der Bestimmung eines solchen Verhältnisses vor allem um die jeweiligen Abgrenzungsversuche beider Forschungsrichtungen, deren Tendenzen zumindest von Seiten der Bildungsforschung Wigger daran festmacht, dass Vorhaben im Sinne der empirischen Bildungsforschung häufig ohne bildungstheoretische Referenzrahmen auskämen (vgl. ebd., S. 481ff.). Demgegenüber konnten jedoch auch verschiedene Bestrebungen festgehalten werden, die sich gegen eine diesbezügliche Trennung beider Forschungsperspektiven richten und somit eine Annäherungsbewegung beobachten lassen. So hebt Wigger beispielsweise die bildungstheoretische Rahmung der PISA-Studie durch Benner (2002) hervor.

Ich möchte mich im Rahmen dieser Arbeit auf jene Bemühungen beziehen, die den Versuch unternommen haben, Bildungstheorie und Bildungsforschung gemeinsam zu denken und damit eine Differenzlinie in der wissenschaftlichen Ausrichtung beschreiben. In erster Linie sind da zunächst die Arbeiten um Rainer Kokemohr, Winfried Marotzki und Hans-Christoph Koller aus den 90er Jahren zu nennen, deren Arbeiten von einer Verschränkung von Bildungstheorie und Bildungsforschung geprägt waren. Im Anschluss daran haben sich unterschiedliche Zugänge verfestigt und ausdifferenziert, indem an jene paradigmatischen Konzepte angeknüpft wurde. Mit einer solchen Schwerpunktsetzung sollte zumindest die bildungstheoretische Entwicklungslinie, um die es mir in dieser Arbeit geht, grob eingeholt werden. Es entspricht dabei einer langen Tradition bildungstheoretischen Denkens, sich an dichotomen Begründungsfiguren beziehungsweise Dualismen entlang abzuarbeiten. So ist die Frage nach der inneren Freiheit und Autonomie im Spannungsfeld gesellschaftlicher Einflüsse nur ein Motiv neben anderen. Dieses ist aber vor dem Hintergrund der hier gelagerten Fragestellung nicht ganz unwesentlich, da insbesondere durch die voranschreitende Automatisierung und Algorithmisierung gesellschaftlicher Prozesse auch gefragt werden muss, wie individuelle Entscheidungsprozesse davon direkt und indirekt beeinflusst werden. Bevor ich mich einem derartigen Dualismus jedoch ausführlich widmen kann, scheint es zunächst notwendig, den Bildungsbegriff entlang historischer Bezüge sowie den davon ausgehenden Argumentationsfiguren zu entfalten und hierüber die Referenzpunkte zu bestimmen, an welchen sich beispielsweise der Freiheitsgedanke auf zeitgemäße Umstände abbilden lässt.

Ich möchte daher im folgenden Abschnitt zunächst auf das klassische Bildungsverständnis eingehen, um so die Linie des deutschen Idealismus hervorzuheben und den Anschluss an aktuelle Bildungskonzepte zu gewährleisten. Mit der folgenden Herleitung und Rekonstruktion des zu Grunde gelegten Bildungsbegriffs werde ich auf die Bestrebungen zur Verschränkung von Bildungstheorie und Bildungsforschung hinweisen und so Anschlusspunkte hinsichtlich der digital vernetzten Strukturen schaffen, die dann vertieft diskutiert werden. Im Rahmen der Abhandlung werde ich mich zudem auf einzelne, für die Forschungsfrage zentrale Punkte hinsichtlich der Bedeutung des

Bildungsbegriffs in der Erziehungswissenschaft allgemein und der Medienpädagogik im Speziellen beziehen.

Da es mir um die Grundlegung eines modernen und vor allem den aktuellen Bedingungen medialer Strukturen angemessenen Konzepts von Bildung geht, werde ich nicht auf die frühen Überlegungen eingehen, wie man sie beispielsweise an Platons Begriff der Paideia entlang der antiken Kultur und dem Verhältnis zur Erziehung herausarbeiten. Mir geht es um eine andere Lagerung des Bildungsbegriffs, der sich gewissermaßen im Schnittfeld von Bildungstheorie und Bildungsforschung befindet, dabei jedoch medientheoretische Aspekte mit einbezieht.

Als Ausgangspunkt dient mir Humboldts Bildungstheorie, da sie einerseits den Menschen als Individuum in den Mittelpunkt der Überlegungen stellt und andererseits aufgrund ihrer sprachtheoretischen Perspektiven die Anschlussfähigkeit zu öffentlichkeits-theoretischen Überlegungen vor dem Hintergrund des Netzes zulässt. Es geht mir bei Humboldt vor allem darum, drei wesentliche Aspekte seiner Konzeption von Bildung herauszuarbeiten. Dies ist zum ersten die Bestimmung des Verhältnisses von Selbst und Welt und die darin liegende Wechselwirkung, durch die der Prozess der Menschwerdung ganz grundlegend umfasst wird. Zweitens geht es mir um die Entfaltung der Kräfte und die Eigentümlichkeit des Individuums im Verhältnis zur Gesellschaft und drittens möchte ich auf die Bedeutung und Reichweite der Sprache bei Humboldt hinweisen, um die komplexen und umfangreichen Überlegungen in einem ersten Ansatz zu erfassen. Die Bildungstheorie Humboldts scheint mir vor allem hinsichtlich dieser drei Aspekte von großer Ergiebigkeit, um eine erste Verortung des Bildungsbegriffs vorzunehmen.

Darüber hinaus stellt Humboldts Konzeption von Bildung keine losgelöste Theorie dar, die historisch gesehen abgeschlossen ist, obwohl sie im 18. Jahrhundert formuliert wurde und sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen maßgeblich verändert haben. Vielmehr wurde sie von späteren Bestrebungen unterschiedlicher bildungstheoretischer Auseinandersetzungen berücksichtigt und unter verschiedenen Gesichtspunkten aufgegriffen. Nicht zuletzt wird daher in jüngeren Arbeiten zumindest implizit häufig Bezug auf maßgebliche Gedanken Humboldts genommen. Bei der hier angesetzten Rekonstruktion eines solch klassischen Bildungsbegriffs kann ich mich also auf verschiedene Arbeiten beziehen, die sich in unterschiedlichen Perspektiven auf Humboldt beziehen (vgl. Benner 1989; Koller 1999; Nieser 1992). Die von mir vorgenommene Konturierung stellt damit auch eine erste Befragung hinsichtlich der Reichweiten und Grenzen des klassischen Verständnisses von Bildung dar.

Im Anschluss an den klassischen Bildungsbegriff geht es mir darum, die Problembe-
reiche jüngerer Theorieströmungen insofern nachzuzeichnen, dass eine Grundlegung für einen modernen Bildungsbegriff geschaffen wird. Ich frage also danach, wie sich formale Bildungstheorien mit den Herausforderungen einer zeitgemäßen Konzeption von Bildung diskutieren lassen. Dabei verfolge ich weiterhin die Linie eines formalen Bildungsbegriffs, indem ich mich einerseits auf Klafkis Arbeiten aus den 80er Jahren

beziehe, bei welchen es mir in erster Linie um den Begriff der Allgemeinbildung geht. Als letzten Schritt soll der jüngere Diskurs um die transformatorische Bildung, wie er maßgeblich von Winfried Marotzki und Hans-Christoph Koller geprägt wurde, in den Blick genommen werden. Mir ist dabei der von Marotzki entwickelte Entwurf einer strukturalen Bildungstheorie wichtig, da hierbei unter anderem auf jene Prozesse der Individualisierung und Orientierung in komplexen Gesellschaften hingedeutet wird.

Ich werde mich daher im Anschluss an Humboldt auf einige für mich zentral erscheinende Punkte beziehen, die in den bildungstheoretischen Diskussionen aufgegriffen wurden und der vorliegenden Arbeit zu einer differenzierten und historisch begründeten Grundlegung des Bildungsgedankens verhelfen, dessen weiterführende Verortung im späteren Verlauf vor dem Hintergrund digital vernetzter Strukturen vorgenommen wird (vgl. Kapitel 3).

2.1 Die Bildungstheorie nach Wilhelm von Humboldt

Einer der wohl bekanntesten Vertreter des klassischen Bildungsbegriffs ist Wilhelm von Humboldt, der sich in seiner Bildungstheorie dem Verhältnis von Ideal und Wirklichkeit gewidmet hat. Geprägt vom deutschen Idealismus, jene Strömung, die heute als Blütezeit der deutschsprachigen Philosophie während des 18. und 19. Jahrhunderts gilt und ganz maßgeblich von Kant eingeleitet wurde, wird das Individuum in den Mittelpunkt gerückt und nach dem Ideal des Humanismus und ganz im Sinne der Aufklärung entfaltet.

In diesem Abschnitt soll es um eine Rekonstruktion der von Humboldt entwickelten Bildungstheorie gehen, um so unter Berücksichtigung historischer Einflüsse eine erste Verortung des Bildungsbegriffs vornehmen zu können. Es geht mir dabei in erster Linie um die Aspekte der Eigentümlichkeit sowie der Wechselwirkung von Mensch und Welt, die in Humboldts Programm auch die Rolle des Staates und somit partizipatorische Aspekte einbezieht. Daneben werde ich cursorisch auf die sprachphilosophische Ausrichtung Humboldts Bezug nehmen, um so die Grundlage für Fragen der medialen Artikulation zu erarbeiten.

2.1.1 Die Ausprägung der menschlichen Kräfte

Der aufgeklärte Mensch soll sich nicht mehr nach dem Abbild Gottes richten, sondern sich selbst verwirklichen. Humboldt entwickelte eine Bildungstheorie, die sich im Zuge der Aufklärung zunächst von einem Vernunftanspruch an den Menschen beschreiben lässt. In einem sehr prägnant ausformulierten und seither viel beachteten Zitat lässt sich Humboldts Idee von Bildung wie folgt zusammenfassen:

„Der wahre Zweck des Menschen – nicht der, welchen die wechselnde Neigung, sondern welche die ewig unveränderliche Vernunft ihm vor-

schreibt – ist die höchste und proportionirlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen.“ (Humboldt 1851, S. 9)

Bildung wird hierbei nicht als die spezifische Ausbildung oder die Spezialisierung in Form einer differenzierten Expertenhaltung gesehen, sondern vielmehr in der Ausgewogenheit und damit der allgemeinen Form als erstrebenswert verstanden. Die hier beschriebene Kräftebildung und deren daraus resultierendes Spannungsverhältnis lassen sich besonders gut verdeutlichen, wenn man einen Blick auf aktuelle Arbeitsbedingungen im Bereich der Informationstechnologie legt. Geprägt von Teamarbeit und der Notwendigkeit von Expertinnen und Experten ergibt sich das Spannungsfeld der Fachkräfte, die in ihrem Gebiet exzellent sein können, jedoch aufgrund der Spezialisierung im Zusammenspiel mit komplexen Aufgaben der Problemlösung und auf der Suche nach innovativen Konzepten nur eine spezifische Perspektive einnehmen können. Die Perspektivübernahme wird durch das Zusammenspiel mit versierten Teammitgliedern aus anderen Bereiche begünstigt. Je höher die Komplexität also wird, desto notwendiger ist es, sich einerseits in einem Gebiet auszubilden und weiterzuentwickeln und andererseits eben jene Offenheit zur Perspektivübernahme entwickeln zu können. Mit der Spezialisierung steigt das Potenzial einer unproportionierlichen Ausprägung der Kräfte naturgemäß an. Dieser Logik folgend ist die Ausprägung der Kräfte⁵ immer auch mit der kritischen Selbstvergewisserung verbunden und keineswegs als harmonische Entwicklung zu sehen. Insbesondere dann nicht, wenn äußere Einflüsse der Welt auf das Individuum wirken.

Es zeigt aber vor allem, dass Humboldt mit dem Bildungsgedanken folgendes Interesse verfolgte: die Menschen untereinander zusammenzubringen, also ein gesellschaftliches Miteinander zu stärken. Dadurch kann dann die Pluralität, die den Menschen durch ihre individuelle Eigentümlichkeit zugeschrieben ist, individuell erkannt und anerkannt werden. Auch wenn Humboldt in erster Linie die Ausprägung der Persönlichkeit fokussierte, so gelang es ihm mit dieser Akzentuierung ebenso gesellschaftliche Rahmenbedingungen in den Blick zu nehmen und deren Abhängigkeiten für das Gelingen von Bildung zu formulieren. Die allgemeine Bildung wird in dieser Perspektive, wie Humboldt sie entwickelt, entgegen der speziellen Bildung in einzelnen Bereichen oder Kontexten hervorgehoben. Dem Allgemeinen wird hier zwar längst nicht die gleiche Bedeutung zugeschrieben, wie dies bei Hegel der Fall ist, jedoch erkennt Humboldt an, dass die spezielle Form der Ausbildung eben nicht der Individualisierung und Ausprägung der Eigentümlichkeit zuträglich ist. Während der Mensch durch die allgemeine Bildung in seinen (reflexiven) Kräften gestärkt werden soll, dient die spezielle Bildung eher

⁵ Anders als Kant sieht Humboldt in der Kraft das wahre Apriori des Menschen. Diese Differenzierung ist deshalb von nicht zu unterschätzender Bedeutung, da sie hilft, Humboldt in der Linie des deutschen Idealismus einzuordnen, und mit Blick auf bildungsphilosophische Fragen dazu beitragen kann, das Verhältnis von Humboldt zu anderen Denkern seiner Zeit – hier im Besonderen Kant – einzuordnen.

funktionalen Ansprüchen, da sie lediglich Handlungsabläufe durch die Ausprägung von Fertigkeiten strukturieren und damit erleichtern soll.

Damit wird die Ausbildung von speziellen Kenntnissen relativiert und somit entgegen utilitaristischen Strömungen des 18. Jahrhunderts gestellt. Diese Kontrastierung findet sich auch dann, wenn man das Augenmerk auf Humboldts Formulierung „vom wahren Zweck des Menschen“ (Humboldt 1851, S. 9) legt. Der Negation dieser Zweckorientierung des Menschen liegen zwar funktionale Gehalte zu Grunde, jedoch wendet sich Humboldt damit gegen die damals vorherrschende Idee, dass die Funktion der Menschen einzig darin besteht, der Gesellschaft zu nutzen, indem sie dem Zweck dienen. Damit entfaltet er in dieser Formulierung ein klares Bezugsfeld zwischen Gesellschaft, Politik und Individuum. Dies ist insofern nicht trivial, als dass Bildung eben nicht nur die Formung des Menschen umfasst, sondern vor allem die Selbstbestimmung des Menschen betont, der sich selbst unter den Einflüssen von Welt verhält und sich somit selbst aktiv in die Beziehung zur Welt setzen kann, um so zudem auf gesamtgesellschaftliche Veränderungsprozesse einzuwirken.⁶ Nach Benner sei es dabei wichtig zu bedenken, dass Humboldt „nicht etwa die Bildung als ein Mittel der von den Fürsten geforderten freisetzen- den Politik begreift, sondern die politische Begrenzung der Wirksamkeit des Staates und die Möglichkeit auf ein und dasselbe Mittel, die Mannigfaltigkeit der Situationen gründet“ (Benner 1989, S. 118). Damit wird deutlich, dass der Staat den Fortschritt der Gesellschaft nur durch die „Gewährung von Freiheit“ (ebd.) verwirklichen kann. Dieser Aspekt ist insofern von Bedeutung, als dass Bildung und Politik bei Humboldt nicht in einer hierarchischen Ordnung zu verstehen sind, sondern im dialektischen Verhältnis zueinanderstehen. Das ist vor dem Hintergrund der historischen Einordnung – genauer der französischen Revolution – relevant, da die Idee einer harmonischen Verbindung beider Bereiche nicht durch revolutionäre Bemühungen, sondern in erster Linie durch die Reformierung von Strukturen gelingen kann. Die Rolle des Staates kann dabei so verstanden werden, als dass er die Geschehnisse zwar lenken, wohl aber nicht selbst herausbilden kann, das ist nur der Gesellschaft in ihren sozialen Verflechtungen selbst vorbehalten. Somit sind die Bürgerinnen und Bürger⁷ für sich und ihr Zusammenle-

⁶Sich selbst zu entwickeln, heißt mit Kant gesprochen, auch die Entwicklung von Moralität und folgt demnach der Idee, dass der Mensch zu vernünftiger Selbstbestimmung fähig ist, sich diese jedoch nur selbst auferlegen kann und sich somit im Dualismus von Freiheit und Unmündigkeit befindet. Die Hervorbringung von Moralität ist dabei ein entscheidendes Prinzip, weshalb gerade diese Form der Menschwerdung dann in besonderer Qualität als Prozess der Bildung verstanden werden kann, denn Bildung wäre so einerseits die stete Arbeit an sich selbst und die Herstellung von Moralität, die sich als ein nicht abgeschlossener Prozess beschreiben lässt, und andererseits ist der Prozess „sich zu bilden“ gleichermaßen der Ausdruck von Selbstbestimmung.

⁷In Anbetracht der historischen Rahmenbedingungen lassen sich hier klare Unterscheidungen der Rollenmodelle vorfinden. Wenn also von Bürgerrechten und der Bürgerschaft die Rede ist, dann vor dem Hintergrund der damals vorherrschenden Rollenkonzepte, bei dem der Mann eine andere gesellschaftliche Stellung als die Frau innehatte und somit auch über anderen Zugang zu gesellschaftlichen und politischen Ressourcen verfügte.

ben zumindest dann selbst verantwortlich, wenn es um das eigene Gelingen und den Wohlstand geht. Der Staat könne nach Humboldt gar nicht für den Wohlstand der Nation sorgen, da ihm hierfür die Mittel fehlen, denn je mehr sich der Staat einmische, desto mehr wird der moralische Charakter der Bürgerschaft in Mitleidenschaft gezogen (vgl. Humboldt 1851, S. 16ff.). Gerade letzter Aspekt ist dahingehend interessant, als dass er sich zu Fragen der Allgemeinheit verhält, denn eine stärkere Verflechtung des absolutistischen Staatssystems in die Belange der Bürgerinnen und Bürger führt zur verminderten Partizipationsbereitschaft in der Gesellschaft, was sich dann schließlich auf die Verhandlung von Fragen des öffentlichen Interesses ebenso nachteilig auswirkt wie auf die Entfaltung der Kräfte allgemein.

Neben der individuellen Selbstverantwortung wird damit indirekt auf die Bewusstwerdung und Verantwortung der Bürger für die *res publica* verwiesen, schließlich kann hierdurch auch jene Offenheit gestaltet werden, die dann staatliche Horizonte erweitert und kulturelle Vielfalt zulässt. Dem Menschen kommt also nicht nur die Rolle des Individuums zu, sondern zugleich ebenso die des Bürgers in der arbeitsteiligen Gesellschaft. Letztere und der Staat bilden dabei gewissermaßen die zwei Bezugspunkte, zwischen denen sich der Mensch einfindet und bildet. Daher hängt das Gelingen der individuellen Entfaltung des Menschen davon ab, wie die Gesellschaft ihre Konflikte und Anschlussfragen in einer reflektierenden Öffentlichkeit verhandelt und inwiefern Entscheidungsprozesse den Bürgern zugänglich gemacht werden können. Vor dem Hintergrund dieser Funktionssysteme kann Bildung im Sinne von Pluralität und unter dem Ideal der Freiheit bearbeitet werden. Der Zweck selbst wird dann zum idealen Kern hinsichtlich der Menschwerdung erhoben und transzendiert somit die reine Materialität. Der Vernunftgebrauch zielt dabei einerseits auf die Möglichkeitsräume im menschlichen Handeln ab, andererseits ergibt sich hieraus auch das Spannungsverhältnis von äußerer Grenzziehung und innerer Freiheit, wie es Humboldt insbesondere an der Rolle des sich emanzipierenden Bürgertums festgeschrieben hat, was in direkter Beziehung zu den Entwicklungen der Französischen Revolution und somit in einem historisch-politischem Kontext steht. Die emanzipatorische Kraft lässt sich jedoch nicht allein auf den Vernunftgebrauch festschreiben, da die gleichförmige Ausbildung der Kräfte auch die sinnliche Wahrnehmung einschließt.

Mit Freiheit geht ebenso die Forderung nach Unabhängigkeit einher, nicht nur im Sinne der Wahrnehmung und Handlungsfähigkeit des Individuums, sondern auch im Hinblick auf die Einflüsse der Umwelt, die das Bestreben der Kräftebündelung immer wieder durchkreuzen können. Dabei wird eine doppelte Differenz beschrieben, die sich einerseits auf das Individuum auswirkt und andererseits im Menschen liegt. Im Speziellen spricht Humboldt dieses Spannungsverhältnis äußerer Einflüsse auf die Ausprägung des Menschen im Rahmen der akademischen Bestrebungen an, denn die Universität als Institution soll sich frei von staatlichen Diktaten und Einflüssen

entfalten und kann nur dann zu einem Ort des öffentlichen Austauschs werden, wenn diese Unabhängigkeit gewährleistet ist.

Einem wesentlichen Aspekt in dieser prägnanten und zugleich prominenten Formulierung des Bildungsgedankens bei Humboldt habe ich bisher nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Es handelt sich um die Frage danach, was die menschlichen Kräfte eigentlich ausmacht. Für Humboldt ist die Entwicklung der Kräfte gleichbedeutend mit Bildung. Er spricht explizit vom Vernunftgebrauch, jedoch ebenso von der Eigentümlichkeit der Menschen und dies beinhaltet neben rationalen Entscheidungsprozessen vor allem auch die Fantasie also die Einbildungskraft, denn „je ideenreicher die Gefühle des Menschen, und je gefühlvoller seine Ideen, desto unerreichbarer seine Erhabenheit“ (vgl. Humboldt 1851, S. 12). Die Vereinigung der Kräfte zu einem Ganzen bedeutet demnach, dass das Streben nach der Vollkommenheit die Offenlegung der eigenen Kräfte erst bewirken kann. Menze (1965) betont in diesem Zusammenhang auch, dass die Freiheit des Individuums darauf begründet sei, dass der Mensch mehr sei, als er über sich wissen könne (vgl. ebd., S. 95). Die Verbindung der verschiedenen Kräfte ist dabei das Ziel der Vollkommenheit und zugleich der Zweck des Menschen. In diesem lebenslang unabgeschlossenen Prozess ringt der Mensch um die Vielfältigkeit, indem er sich gegen die Einseitigkeit wenden muss, denn so, folgt man Humboldt, vermag „[j]eder Mensch [...] auf Einmal nur mit Einer Kraft zu wirken, oder vielmehr sein ganzes Wesen wird auf Einmal nur zu Einer Thätigkeit gestimmt“ (Humboldt 1851, S. 10). Damit wird das Spannungsverhältnis von Einseitigkeit und Vielfalt deutlich, das sich in der doppelten Differenz von *Ich* und *Welt* andeutet. Es handelt sich hierbei um eine doppelte Differenz, da sowohl die Einflüsse der Welt als auch die Tätigkeiten, die man im Selbstbezug erfahren kann, auf die eigene Selbstbestimmung einwirken und somit äußere sowie innere Einflüsse bei der Menschwerdung einbezogen werden.

2.1.2 Das Wechselverhältnis von Selbst und Welt

Es sollte noch ein weiterer Aspekt in Humboldts Formulierung berücksichtigt werden, den es im Hinblick auf das Bildungsideal genauer zu betrachten lohnt. Er lässt sich entlang der normativen Implikationen seiner zuvor dargestellten Formulierung ableiten, denn wenn es dem Individuum gelingt, seine Kräfte zu einem Ganzen zu bündeln, dann findet dieser Prozess nicht losgelöst von gesellschaftlichen Vorstellungen statt. Auch wenn das eine Prozesshaftigkeit impliziert, indem von der Formung des Menschen gesprochen wird, handelt es sich dabei um einen dem Individuum auferlegten Prozess, der neben ethischen ebenso moralische Entscheidungsbereiche in Betracht zieht und somit eine soziokulturelle Dimension einbezieht. Diese Dimension scheint jedoch nicht vom absoluten Grad der Ausbildung abhängig zu sein, die so gesehen gar nicht davon abhängig sein kann, da die Formung der Kräfte immer die Selbstbestimmung und somit die Verortung des Selbst in der Welt zum Mittelpunkt erhebt. Hieraus ergibt

sich eine Wechselseitigkeit, die einerseits das Individuum ins Zentrum stellt und auf den Vernunftgebrauch verweist, aber andererseits durchaus auch die politisch-gesellschaftliche Situation der Universitäten in den Blick nimmt und folglich ebenso die Abhängigkeit des Individuums von der Gesellschaft und sozialen Aushandlungsprozessen verdeutlicht. Eben jene Werte und Normen, durch die man sich zur Ausprägung der Kräfte leiten lässt und diese dann mitbestimmt, entstehen nicht unabhängig von ihren sozialen und kulturellen Kontexten. Dies nimmt Humboldt dahingehend auf, indem er sich dem Verhältnis von Selbst und Welt im Sinne der andauernden und mannigfaltigen Wechselwirkung beschreibt:

„Die letzte Aufgabe unsres Daseyns: dem Begriff der Menschheit in unsrer Person [...] einen so grossen Inhalt, als möglich, zu verschaffen, diese Aufgabe löst sich allein durch die Verknüpfung unsres Ichs mit der Welt zu der allgemeinsten, regesten und freiesten Wechselwirkung.“
(ebd., S. 9)

Erst indem das Individuum auf die Einflüsse der Welt reagiert und diese in sich aufnimmt, gelingt die Bündelung der Kräfte zu einem Ganzen. Indem sich das *Ich* zur *Welt* verhält, entsteht eine Wechselwirkung, die sich gleichermaßen auf beide Pole auswirken kann und somit nicht nur die Beobachungsposition des Individuums in den Blick nimmt, also den Menschen fokussiert, sondern auch die Dynamiken der Welt einschließt.

Hiermit wird eine weitere Dimension der Wechselwirkung beschrieben, die sich entlang der kulturellen und zwischenmenschlichen Perspektivübernahmen erst entfaltet und somit konstitutiv für die Erfahrung der Pluralität von Welt ist. Damit dies gelingen kann, darf Bildung kein Privileg einiger weniger sein, sondern muss allen Gesellschaftsmitgliedern zugänglich gemacht werden. Zwar stellt Humboldt den Menschen in den Mittelpunkt seiner Bildungstheorie, jedoch wird hieraus schon deutlich, dass die vollkommene Entfaltung der Kräfte zu einem Ganzen nur im Wechselspiel mit der Gesellschaft und der Welt funktionieren kann. Ein solches Ideal menschlicher Vollkommenheit kann nur im gegenseitigen Anerkennen des Unterschiedlichen, also ohne die Aufgabe des „Eigentümlichen“ erreicht werden (vgl. Humboldt 1848, S. 41).⁸ Nur durch Differenz und Pluralität können neue Dinge hervorgebracht und erfahren werden. Im Kern wird hier eine Harmonie des Ganzen angesprochen, die erst in der Anerkennung weltlicher Pluralität entstehen kann. Dieser Aspekt ist nicht trivial, denn

⁸Humboldt (1932) wird diesbezüglich in seiner Schrift „das achtzehnte Jahrhundert“ sehr deutlich, indem er das Ideal menschlicher Vollkommenheit des Einzelnen vom Zusammenspiel mit der Welt abhängig macht und somit insbesondere auf die Individualität des Menschen Bezug nimmt. Ein solches Plädoyer für die Individualität wird vor allem im Hinblick auf moderne Gesellschaften relevant, die von Individualisierung (Beck 1986, 1994), Fragmentierung (Giddens 1996) und Flexibilisierung (Sennett 2000) geprägt sind, um einschlägige soziologische Thesen und Beobachtungen der Moderne an dieser Stelle einzubeziehen.

insbesondere Vertreter der Postmoderne⁹ gehen nicht von einer solchen Übereinkunft, also dem Ideal einer Einheit, aus. Zugleich lässt sich das Bestreben nach Vollkommenheit als Ideal klassifizieren, was sich immer dem Gegenpol der Wirklichkeit aussetzen muss, ganz gleich, ob ein Gelingen realisierbar ist oder nicht. Zwar wird der Mensch in den Mittelpunkt der Bildungstheorie gestellt, jedoch kann Bildung nicht allein auf den Menschen selbst bezogen werden, wie entlang der natürlichen Kräfte, der Bewahrung von Eigentümlichkeit durch die Mannigfaltigkeit der Welt und den Wechselwirkungen beschrieben wurde.

Die individuelle Ausprägung des Menschen bleibt ebenso wie die Ausbildung der Kräfte eine Idealvorstellung, wie Bruno Nieser (1992) zusammenfasst:

„Die voll entfaltete Individualität, in der Humboldt das Ziel aller Bildung und Selbstverwirklichung des Menschen sieht, ist eine idealistische Individualität, d.h., ihre Bestimmung erfolgt von der Idee her, sie repräsentiert das Ideal der Menschheit [...]“ (ebd., S. 247)

Bildung als Prozess kann dann gelingen, wenn sich der Mensch an der Welt abarbeitet und sich dieser in seinem Ideenreichtum widmet und diesen damit zugleich erweitert. Indem das geschieht, so legt Humboldt nahe, verändert sich auch die Welt insofern zu einer besseren, als dass die verschiedenen Perspektiven von ihren jeweils individuellen Charakteristika profitieren. Das hieße anders gesprochen, dass das Maß der Bildung somit ebenso von der Konstruktion von Welt beziehungsweise der Wirklichkeit abhängt. Je stärker das Erkennen sowie die Anerkennung verschiedener Perspektiven ist, desto näher rückt das idealtypische Bild von Welt, das Humboldt in seinen Arbeiten zeichnet.

2.1.3 Zur Bedeutung von Sprache bei Humboldt

Damit die Wechselwirkung von Ich und Welt im Sinne Humboldts und in Anbetracht der Pluralität von Welt funktionieren und somit Bildung als Konzept verwirklicht werden kann, muss sich der Mensch der Sprache(n) bemächtigen. Dies beschreibt Humboldt im Anschluss an seine bildungstheoretischen Schriften vor allem in seinen sprachtheoretischen Betrachtungen. Sprache ist bei Humboldt eine konstitutive Bedingung, um selbst mit Anderen in der Welt in Interaktion zu treten und sich auszudrücken (vgl. Koller 1997, S. 45f. und Koller 2009, S. 40f.). Dieses konstitutive Moment ist abzugrenzen von der Logik, dass Sprache nur eine Funktion der Repräsentation ausübt. Sie ist demnach also nicht bloß ein Medium, um bereits verfasste Gedanken auszuformulieren, sondern als „das bildende Organ des Gedanken“¹⁰ zu verstehen (Humboldt 1960/81,

⁹Hier lässt sich exemplarisch Lyotard als wichtiger Vertreter dieser Strömung anführen, auf den ich mich im späteren Verlauf entlang der Aktualisierung des Bildungsbegriffs vor allem über die Arbeiten Kollers vereinzelt beziehen werde (vgl. Abschnitt 2.2).

¹⁰Die Form der Sprache ergibt sich bei Humboldt aus der „Lautform“ sowie aus der „inneren Sprache“ (Koller 2009, S. 88). Dabei ist die Lautform der Ausdruck des Gedankens durch die Sprache. Die

Bd. III, S. 426, zitiert nach Koller 2004, S. 85). Damit wird die der Sprache zu Grunde liegende Vielfältigkeit angesprochen, die es in all ihren Ausprägungen zu studieren gilt, um unterschiedliche Kulturen der Welt kennenzulernen und um in Austausch treten zu können. Dieser sprachtheoretische Begründungsrahmen verweist auf eine performative Dimension, die der Sprache ganz grundlegend innewohnt, denn es geht Humboldt zufolge nicht um das mechanische Lernen von Symbolen, Zeichen und deren semantische Ordnung, sondern vielmehr um den Austausch, also das Sprechen im Sinne des Erkennens der Anderen, wie es bei der Interpretation unterschiedlicher Sprachstile der Fall ist.

Unter Sprache verstehe ich dabei nicht nur das geschriebene oder gesprochene Wort, sondern verschiedene Artikulationsweisen, die sich im Zuge der medientechnologischen Entwicklungen nachzeichnen lassen. Ich denke, dass dies im Sinne Humboldts insofern anschlussfähig ist, als dass er ebenso von der Pluralität der sprachlich konstituierten Weltansichten ausgeht. Darin liegt die besondere Qualität, die ich weiterverfolgen möchte, denn wenn es Sprache in all ihren Ausprägungen zu lernen und zu erkennen gilt, um sich in der Welt zu verorten und sogleich selbst die Welt in ihrer Vielfalt deuten zu können, dann gilt es hierbei konsequent die digitalen Strukturen, wie sie uns in der heutigen Zeit in unterschiedlichen Weisen durchdringen, in ihren höchst heterogenen Ausprägungsformen zu berücksichtigen. Es geht also auch um Formen des individuellen Ausdrucks, die Sprache nicht nur im engeren, sondern weiten Sinne aufgreifen. Gleichermäßen geht es aber auch um jene digitale Infrastruktur, die in diesem Zusammenhang so tief in gesellschaftlichen Prozessen verankert ist, dass man sie nicht mehr von sozialen Aushandlungen losgelöst denken kann. Schon 1989 macht Meder auf die Problemlage zur Erfindung neuer Sprachen vor dem Hintergrund der Computertechnik und Datenbankstrukturen aufmerksam und weist zudem auf die öffentliche Verbindlichkeit der Sprache hin, indem er danach fragt, wer die Macht habe, neue Sprachen¹¹ zu entwickeln und durchzusetzen (vgl. Meder 1989, S. 41).

Damit habe ich einige wesentliche Punkte angesprochen, die Humboldts Bildungstheorie im Kern kennzeichnen. Es handelt sich um die Herausbildung der Eigentümlichkeit, die Entfaltung der Kräfte und die Bedeutung von Sprache. Sie betreffen das Verhältnis von Selbst und Welt in der Weise, als dass es darum geht, sich in der Welt zu verorten und die Welt gleichsam zu deuten. Dieser Prozess ist nicht mit einer formalen Bildung

innere Sprachform lässt sich über die Gesamtheit der sinnlichen Eindrücke sowie die individuellen Gedanken und Weltansichten umschreiben. Zwar wurden die Ausführungen zur Sprache bei Humboldt später immer wieder kontrovers hinsichtlich ihrer begrifflichen Reichweite diskutiert (vgl. hierzu u. a. Saffer 1996; Trabant 1998), jedoch ist dies in dieser Betrachtung für mich nicht entscheidend. Bedeutsam ist mir, dass sich mit dieser doppelten Bedeutung der Sprache im Sinne der Formenlehre erneut Bezugspunkte zu Kants philosophischer Methodik herausheben lassen.

¹¹Ohne an dieser Stelle auf das Verhältnis von Sprache und Code eingehen zu wollen, bleibt hier vorwegnehmend festzuhalten, dass eben jene digitalen Prozesse des Informations- und Datenaustauschs auch zu neuen Herausforderungen in der Verortung von Sprache erwachsen können und sich hieraus in natürlicher Weise neue Relationen in den Machtgefügen ergeben.

abgeschlossen, es handelt sich um eine lebenslange Entwicklung des Selbst, im steten Abgleich der eigenen subjektiven Erfahrungen mit Wissensbeständen und Weltansichten und damit der stetigen Entwicklung der eigenen Person.¹² Die Idee der Bildung nach Humboldt lässt sich daher am ehesten mit dem Prozess der Menschwerdung im ursprünglichsten aller Sinne beschreiben. Dies schließt den Vernunftgebrauch ebenso ein wie die Vertretbarkeit menschlicher Interessen in ihrer allgemeinen Gültigkeit, also im Sinne der Humanität. Darin eingeschlossen sind neben der Vernunft ebenso Sittlichkeit und Selbstbestimmung. Ein weiteres zentrales Element ist der Wille aber auch die Fähigkeit zur Verständigung und zum kulturellen Austausch. Dies zeichnet sich bei Humboldt insbesondere an den sprachphilosophischen Studien ab, die hier nur in groben Zügen angerissen wurden. Nur durch Sprache kann es dem Menschen gelingen, sich selbst in Beziehung zur Welt zu setzen und seine eigene kulturelle Einbettung in reflexiver Haltung zu begegnen.

Die humanistische Idealvorstellung von Bildung ist nicht normativ begründet, sondern zielt auf die Grundverfassung des Menschen ab und ist somit strukturell geprägt. Sie kann als Folie dafür genommen werden, welchen Anspruch man an einen differenzierten und theoretisch fundierten Bildungsbegriff unter zeitgenössischen Voraussetzungen ansetzt und fragt, wie beziehungsweise unter welchen Bedingungen Bildung überhaupt gelingen kann. Im Hinblick auf die steigende gesellschaftliche Komplexität und kulturelle Pluralität sei es gerade in pädagogischer Hinsicht von unverzichtbarer Bedeutung, über einen Bildungsbegriff zu verfügen, der sich nicht nur an äußeren Vorgaben bemesse, sondern auch nach den inneren Potenzialen des Subjekts frage und so eine kritisch reflektierte Haltung zu gesellschaftlichen Strukturen ermögliche (vgl. Koller 2004, S. 88).

2.2 Zur Aktualisierung des klassischen Bildungsbegriffs

Indem bisher aufgezeigt wurde, wie Bildung im klassischen Verständnis und unter dem Einfluss des deutschen Idealismus bei Humboldt entworfen wurde, bleibt die Frage offen, wie Bildung unter Bedingungen moderner Gesellschaftssysteme zu denken ist und welche Herausforderungen sich diesbezüglich herausarbeiten lassen. In der Weise, wie Humboldt sein Bildungsideal beschreibt, eröffnet er zwar die Möglichkeit des Abgleichs seiner im 18. Jahrhundert aufgestellten Bildungstheorie auf aktuelle gesellschaftliche Zusammenhänge und die Vorbedingungen¹³ zum Gelingen von Bildungsprozessen. Wie diese Potenziale tatsächlich und unter welchen Bedingungen entfaltet werden können, ist dabei als Anschlussfrage zu formulieren und bildet eine zentrale Aufgabe der empirischen Bildungsforschung. Bleibt man jedoch bei der Bildungstheorie, kann die theoretische

¹²Ich verwende hier bewusst den Begriff der stetigen Entwicklung, da der Aspekt des Scheiterns als Bruch der Kontinuität erst in späteren Arbeiten als zentrales Moment bildungstheoretischer Überlegungen aufgegriffen wird.

¹³Mit dem Hinweis auf die Vorbedingungen ist eine Annahme von Bildungspotenzialen gemeint.

Basis auch hinsichtlich aktueller Entwicklungen hinterfragt werden. Schließlich haben sich die gesellschaftlichen und staatlich-politischen Rahmenbedingungen seit jeher massiv gewandelt und die Hoffnungen auf die emanzipatorische Entfaltung sowie Freiheit und Gleichheit, geprägt vom deutschen Idealismus und der Klassik, haben sich nicht erfüllt, sodass sich der Bedeutungsgehalt des Bildungsbegriffs nicht nur innerhalb der Erziehungswissenschaft, sondern auch im gesellschaftlichen Bewusstsein verschoben hat. Aus kritischer Perspektive gesehen, wird eine derartige Auffassung von Bildung durch ihre eigene konzeptionelle Bedeutung, gar durch die eigene Charakteristik unterlaufen.

Ich möchte mit diesem Abschnitt auf Aspekte der Selbstbestimmung und die Bedeutung von Bildung für gesellschaftliche Teilhabe eingehen. Maßgeblich leitend sind für mich dabei Wolfgang Klafki (1959, 1985, 1991) Arbeiten und seine Perspektive auf die Bedingungen und Notwendigkeit der allgemeinen Bildung, die er im Zuge seiner formalen Bildungstheorie entwickelte. Gerade letzteres ist für mich aus zweierlei Gründen wichtig. Zum einen ist die Relevanzsetzung auf die Kriterien der allgemeinen Bildung auch heute noch von hoher Aktualität, schließlich steht ein solches Begriffsverständnis der ökonomisierenden Tendenz von Bildung diametral gegenüber. Zum anderen sind Klafkis Überlegungen die Grundlage für darauf aufbauende Arbeiten, die hier weiterführend verhandelt werden. Somit dient mir die Diskussion als Abgrenzung und zugleich Schärfung des Bildungsbegriffs mit seinen Implikationen, die anschließend vor dem Hintergrund öffentlichkeits-theoretischer Überlegungen eingebettet werden. Dabei ist vor allem der späte Klafki für mich von entscheidender Bedeutung, weshalb ich versuchen werde, den Entwicklungsverlauf bei Klafki auch unter Berücksichtigung einer historischen Perspektive zu rekonstruieren.

Wenn ich hier eine Entwicklungslinie vom klassischen Bildungsverständnis hin zu aktuellen Konzeptionen aufzeige, dann setzt dies voraus, dass ich das Konzept der Bildung als zentralen Gegenstand in der Erziehungswissenschaft¹⁴ verorte, was trotz der recht prominenten Abhandlungen im 18. Jahrhundert nicht selbstverständlich angenommen werden muss. Denn blickt man gerade auf die Entwicklungen der 1960er Jahre, so wurde der Bildungsbegriff angesichts der sich verändernden Gesellschaftsstrukturen und Weltauffassungen an verschiedenen Stellen zur Disposition gestellt, gar für die zeitgemäßen Herausforderungen entgegennend als unangemessen beschrieben und Bemühungen betrieben, ihn durch vermeintlich anschlussfähigere Konzepte zu ersetzen¹⁵ (vgl. Lenzen 1997; dazu auch Koller 2012, S. 10; Luhmann und Schorr 1979)

¹⁴Faulstich (2002) hat dem Diskurs in der Erziehungswissenschaft eine fast schon hegemoniale Dekonstruktion des Bildungsdenkens attestiert und auf die Notwendigkeit zur Rückbesinnung auf die Tradition und systematische Struktur im Verhältnis von Identität und Sozialität hingewiesen (vgl. ebd., S. 16).

¹⁵Neben den Auseinandersetzungen mit dem Bildungsbegriff, haben sich auch alternative Lösungsvorschläge entwickelt, die Bildung beispielsweise durch Lernen oder etwa Sozialisation zu ersetzen vermögen (vgl. hierzu auch Hansmann 1988, S. 24). Während ich auf die Differenz von Lernen

oder den Begriff der Bildung, der seine Wurzeln im Idealismus des 18. Jahrhunderts hat, gar abzuschaffen, da er aufgrund seiner inhärenten machttheoretischen Implikationen den Anforderungen an Emanzipation und Freiheit nicht gerecht werden kann (vgl. Masschelein und Ricken 2003; Ricken und Masschelein 2005).

Diese kritische Linie ist insbesondere deshalb nicht nur für eine mögliche Begriffsvergewisserung relevant, sondern auch für eine fachdisziplinäre Auseinandersetzung von Bedeutung, die sich nicht nur im affirmativen Rahmen bewegen möchte. Ohne jedoch auf den diesbezüglichen Diskurs näher einzugehen¹⁶, möchte ich mich auf einige wenige – für mich zentrale – Aspekte einer zeitgemäßen Konzeption von Bildung konzentrieren und versuchen, deren Reichweiten zu erfassen, indem ich dabei zunächst auf die Arbeiten von Wolfgang Klafki und später auf jene von Winfried Marotzki und Hans-Christoph Koller Bezug nehme. Ich orientiere mich in dieser Perspektive gewissermaßen an jene bildungstheoretische Strömung, die dem Bildungsbegriff gegenüber der Abschaffungsthese eher zu einer Renaissance verholfen und dessen Stellenwert vor allem durch die Verknüpfung von Bildungstheorie sowie empirischen Studien im Feld gefestigt hat.

Dabei werde ich zunächst auf die von Koller entworfene Konzeption von Bildung eingehen und erst danach die von Marotzki entworfene strukturelle Bildungstheorie ansprechen. Damit breche ich die chronologische Entwicklungslinie zu Gunsten der Lesbarkeit aber vor allem mit Blick auf die Struktur der vorliegenden Arbeit auf, denn ich werde im Anschluss an dieses Kapitel ausführlich auf das Konzept der Strukturalen Medienbildung eingehen, welches sich als Fortführung der strukturalen Bildungstheorie verstehen lässt.

2.2.1 **Das Konzept der Allgemeinbildung bei Klafki**

Klafki, der sich in den 1950er Jahren und später ausführlich den Rahmenbedingungen von Bildung hinsichtlich der gesellschaftlich-politischen aber auch kulturellen Dimensionen gewidmet hat, kann hier als Eingang in die Problembereiche moderner

und Bildung später genauer eingehen möchte, konnte bereits bei den Abhandlungen zu Humboldts Bildungsvorstellung deutlich gemacht werden, weshalb Sozialisation eben nicht durch Bildung ersetzt werden kann. Während Sozialisation die Gesamtheit der Erfahrungen unter sich vereint, ist es insbesondere die Kraft der Reflexion, die dem Bildungsbegriff seine unabdingbare Qualität verleiht. Schließlich ist es vor allem die Moralität, die sich innerhalb des Prozesses der Menschwerdung im Wesen entwickelt und demnach nicht nur von höchst individuellem Charakter, sondern auch hinsichtlich der Reflexionspotenziale eine dem Menschen innenwohnende Kraft ist, die sich nicht durch qualifikatorische oder vollkommene Aneignungsbegründungen ersetzen lässt. Sich zur Welt zu verhalten, hieße im Credo der Sozialisation gesprochen, die Verinnerlichung sozialer Normen und nicht zwangsläufig auch das Heraustreten im Sinne reflexiver Momente und die Entfaltung der Kräfte durch die Herausbildung des Eigentümlichen.

¹⁶Weiterführende Auseinandersetzungen zur Bedeutung des Bildungsbegriffs sowie dessen machttheoretische Implikationen im Anschluss an Foucault finden sich bei Lüders (2007) sowie bei von Rosenberg (2014).

Bildungsvorstellungen aufgegriffen werden. Insbesondere die gesellschaftlich-politische Dimension erscheint mir im Hinblick auf die Verflechtung zur öffentlichkeitstheoretischen Betrachtung von einiger Bedeutung, da die Perspektive hiermit einerseits auf individuelle Entwicklungsprozesse aber auch auf institutionelle und organisationale Strukturen entwickelt wird und sich somit unmittelbar auf die Struktur von Öffentlichkeit niederschlägt. Andererseits können Klafkis Bemühungen als eine kritische Reaktion auf den sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts immer stärker entpolitisierten Bildungsbegriff lesen lassen.¹⁷

Die vom Neuhumanismus geprägte Grundannahme, dass der Mensch nie Mittel zum Zweck sein darf, sondern nur Selbstzweck, wird mit einer fortschreitenden Entpolitisierung des Bildungsbegriffs unterlaufen.¹⁸ Diesem Prozess tritt Klafki (1959) mit seiner Dissertation entgegen, in der er eine bildungstheoretische Didaktik begründet. Dabei knüpft er in seiner Konzeption an die Bildungsvorstellung der Klassik an und greift grundlegende Wesenszüge, wie sie schon bei Humboldt verhandelt wurden, auf und setzt diese in Rahmen aktueller gesellschaftlicher Strukturüberlegungen. Dies soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich beide in ihren Konzeptionen in einem Punkt maßgeblich unterscheiden. Während das Studieren von Sprache und Kultur bei Humboldt als ein stetiges somit zeitlich losgelöstes Merkmal begriffen werden kann, spielen die zeitgemäßen Fragen bei Klafki eine immer entscheidendere Rolle, wenn es um die Konkretisierung seines Bildungsbegriffs geht.¹⁹

Nach Klafki sei Bildung, im Anschluss an Humboldts Konzeption der Wechselwirkung, „jenes Phänomen, an dem wir – im eigenen Erleben oder im Verstehen anderer Menschen – unmittelbar der Einheit eines objektiven (materialen) und eines subjektiven (formalen) Momentes innewerden“ (ebd., S. 43). Damit bewegt sich auch Klafki in der schon von Humboldt beschriebenen Wechselwirkung von Mensch und Welt. Hierin wird die Prozesshaftigkeit des zu Grunde liegenden Bildungsverständnisses deutlich, welches sich

¹⁷Heide von Felden (2003, S. 64f.) weist im Rahmen der Abhandlung zu Bildung und Empirie auf die Entpolitisierung des Bildungsbegriffs sowie den daran gebundenen Argumentationen hin und fasst einige zentrale Positionen der Kritischen Erziehungswissenschaft zusammen.

¹⁸Mit der Ausprägung des „Unpolitischen“ beziehe ich in erster Linie gesellschaftliche Mechanismen zur Schaffung und Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen durch Bildung ein. Während der Bildungsbegriff im frühen 19. Jahrhundert noch von Freiheit und Gleichheit und somit durchaus auch politisch geprägt war, entwickelte er sich mit der Verschiebung primär auf das gesellschaftliche Feld hin zu einer Zweckorientierung im Sinne einer reinen Qualifikationsleistung und verlor somit seinen eigentlichen Charakter.

¹⁹Hier lässt sich weiterführend zwischen dem frühen und späten Klafki unterscheiden. Indem die Fokussierung auf die zeitgemäßen Problemlagen in späteren Arbeiten eine zentrale Stellung einnehmen, werden zwei Punkte deutlich. Erstens steigt damit die Differenz zu Humboldts Bildungsgedanken und zweitens ist diese Entwicklung bei Klafki ein Indikator dafür, dass er sich in seiner Position, geprägt durch die Strömung der Kritischen Erziehungswissenschaft, also gewissermaßen selbst durch äußere Einflüsse, weiterentwickelt hat. Eine historisch losgelöste Betrachtung dieser Entwicklungslinie würde, ebenso wie bei Humboldts Bestrebungen gegen den Utilitarismus, zu einer eingeschränkten Perspektive auf Klafkis Arbeiten führen. Die soziale Kritik der kategorialen Bildung und Klafkis politische Wende wird bei Chu (2002, S. 63ff.) ausführlich dargestellt.

über das Sich-Erschließen eines Menschen für jene Inhalte und ihren Zusammenhang als Wirklichkeit (vgl. Klafki 1959, S. 43) abzeichnet. Das Individuum bildet sich dabei durch die Internalisierung allgemeiner Prinzipien der objektiven Wirklichkeit in subjektiven Handlungsvollzügen. In der Verschränkung des objektiven und subjektiven Moments liegt für Klafki also der phänomenologische Kern seines Konzepts von Bildung, welches er als kategoriale Bildung beschreibt:

„Bildung ist kategoriale Bildung in dem Doppelsinn, dass sich dem Menschen eine Wirklichkeit ‚kategorial‘ erschlossen hat und dass eben damit er selbst – dank der selbstvollzogenen ‚kategorialen‘ Einsichten, Erfahrungen, Erlebnisse – für diese Wirklichkeit erschlossen worden ist.“ (ebd., S. 41)

Die darin liegende Dialektik von objektivem Gehalt und subjektivem Erschließen nimmt für spätere Anschlussüberlegungen vor allem im Rahmen der bildungstheoretischen Didaktik eine zentrale Position ein. Klafki fasst Subjektivität und objektive Wirklichkeit zwar als zwei Realien auf, deren pädagogische Bedeutung gleichermaßen berücksichtigt werden sollen, jedoch kommt dem objektiven Pol ein ontologischer Vorrang zu, da es unabhängig von der Subjektleistung aufgefasst wird (vgl. Stojanov 2006, S. 210). Das objektive Moment ist dabei die inhaltliche Bestimmung, die beispielsweise durch Kultur entsteht und somit eine objektive Bedeutung im Sinne von Lerninhalten einnehmen sollte.²⁰ Der Dualismus ergibt sich bei Klafki daraus, dass die zu Grunde liegende objektive Wirklichkeit in subjektive Wissensbestände und Wahrnehmungsweisen gewandelt wird. Dabei entwirft er verschiedene Themen mit Problemen, die in jenes Raster fallen und somit dem Kriterium des Allgemeinen gerecht werden. So gelangt er 1985 zu einer weiteren Festschreibung und der Spezifizierung der allgemeinen Bildung:

„Bildung bzw. Allgemeinbildung bedeutet, in der hier angesprochenen Perspektive, ein geschichtlich vermitteltes Bewußtsein von zentralen Problemen der gemeinsamen Gegenwart und der voraussehbaren Zukunft gewonnen zu haben, Einsicht in die Mitverantwortlichkeit aller angesichts solcher Probleme und Bereitschaft, sich ihnen zu stellen und am Bemühen um ihre Bewältigung teilzunehmen.“ (Klafki 1985, S. 20)

Dabei sind es drei wesentliche strukturelle Merkmale, die Klafki der allgemeinen Bildung zuschreibt. Erstens gilt es, wie schon bei Humboldt, dass Bildung keine Zugangs-limitierung haben kann, sondern für alle zugänglich sein muss, denn nur so könne eine gesellschaftliche Chancengleichheit gewährleistet werden. Zweitens ist die allgemeine Bildung der speziellen Bildung immer vorzuziehen, da sie allseitig wirkt und somit neben einem etablierten Bildungskanon auch aktuelle Themen und gesellschaftlich-kulturelle

²⁰ An dieser Stelle ließe sich eine Anschlussdiskussion hinsichtlich didaktischer Möglichkeiten unter den Bedingungen von digital vernetzten Öffentlichkeiten vertiefen, wie sie vor allem im Kontext von Massive Open Online Courses (MOOC) geführt wird (vgl. hierzu auch Deimann 2014).

Phänomene einbezieht. Die Dreifaltigkeit der allgemeinen Bildung wird dann mit ihrem Wesenszug des Allgemeinen abgeschlossen, darunter fasst Klafki „epochaltypische Schlüsselprobleme“ (ebd., S. 60), also Felder, bei denen es sich um „Strukturprobleme von gesamtgesellschaftlicher, meistens sogar übernationaler bzw. weltumspannender Bedeutung handelt, die gleichwohl jeden einzelnen zentral betreffen“ (ebd., S. 60). Das Spektrum reicht dabei von Fragen der sozialen Ungleichheit über religiöse Konflikte hin zu globalen Problemstellungen, die unsere Umwelt betreffen. Stojanov (2006) bemerkt in diesem Zusammenhang, dass die Gültigkeit und Durchsetzung von Menschenrechten trotz ihrer wohl grundlegendsten und allgemeinen Idee nicht im von Klafki aufgespannten Themenspektrum vorkommen (vgl. ebd., S. 211). Damit werden Problemkategorien benannt, die im Grunde jedes Gesellschaftsmitglied einer demokratisch verfassten Gesellschaft etwas angehen. Dies ist insofern interessant, als dass doch gerade im klassischen Bildungsgedanken die Abkehr und Verneinung von Unmenschlichkeit fest eingeschrieben ist und Bildung besonders auch durch die historischen Betrachtungen des zweiten Weltkriegs zu einer kritischen erwächst, was sich eben dem Humanismus allein zuordnen lässt. Indem Klafki die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Themen dieses Spektrums im gesellschaftlichen Kontext einfordert, verfolgt er die Idee der konsensualen Auseinandersetzung, auch unter Anerkennung eines fortbestehenden Dissens. Hier liegt ein wesentlicher Bedeutungsgehalt in seiner Konzeption von Allgemeinbildung, die sich dem Problem von zunehmend individualisierten und ausdifferenzierten Gesellschaftsstrukturen annimmt.

Ausgehend von den historischen und disziplinären Einordnungen der bildungstheoretischen Bestrebungen entwirft Klafki eine theoretische Rahmung, die Bildung im Zentrum des gesellschaftlichen Interesses sieht (vgl. Klafki 1985, S. 49). Damit wird erneut eine politische Dimension des Bildungsbegriffs angesprochen, die bis dahin an Tragkraft verloren hat. Wenn Bildungsfragen also auch Gesellschaftsfragen sind, werden damit zwei wesentliche Punkte adressiert. Der erste Punkt bezieht sich auf die gesellschaftlich-politischen Implikationen des Bildungsbegriffs, denn hier werden gleichsam Fragen der Teilhabe sowie jene nach einer funktionierenden Demokratie deutlich. Bildung ist somit nicht nur die Aufgabe eines jeden einzelnen, sondern ebenso die Aufgabe im Zusammenleben der Menschen. Ferner wird Bildung damit auch zum Thema des öffentlichen Diskurses, nämlich immer dann, wenn Fragen der Gesellschaft verhandelt werden und sich daraus eine öffentliche Meinung verdichtet. Zweitens geht es neben inhaltlichen Aspekten vor allem um strukturelle Ausprägungen und deren Implikationen für Bildung und Gesellschaft.

Beide Punkte lassen sich bei Klafki auf die drei von ihm formulierten zentralen Fähigkeiten, die den Bildungsbegriff ausmachen, verdichten. Neben der Fähigkeit zur *Selbstbestimmung* geht es ihm um die *Mitbestimmungs-* und drittens die *Solidaritätsfähigkeit* (vgl. ebd., S. 17), schließlich seien Bildungsfragen auch Gesellschaftsfragen (vgl. ebd., S. 49) und das heißt für den öffentlichen Raum vor allem die Identifikation von

gesellschaftlich relevanten Problemfeldern, wobei den Massenmedien eine gewisse Verantwortung zukommt. Diese können aufgrund ihrer Verbreitung und Zugänglichkeit auf Probleme aufmerksam machen und so Diskurse und verschiedene Positionen abbilden.

Auch wenn der Aspekt der Selbstbestimmung hier auf die freie Ausprägung des Menschen in seinen Fähigkeiten zielt, wie es schon Humboldt im Sinn hatte, so dient die Kraft der Selbstbestimmung hierbei ebenso einer gesellschaftstragenden Funktion, indem sie zur Lösung gesellschaftlicher Problemlagen eingesetzt wird. Die Mitbestimmungsfähigkeit impliziert einen für öffentlichkeitstheoretische Betrachtungen zentralen Aspekt, nämlich jenen des freien und offenen Zugangs zu gesellschaftlichen und darüber hinaus politischen Themen und Problemfeldern. Hiermit wird also auf die emanzipatorische Kraft der Bürgerinnen und Bürger im Einzelnen abgezielt. Durch die Allgemeinbildung wird das Bewusstsein für gesellschaftliche Problemstellung geschärft und somit das partizipative Potenzial adressiert. Mit dem Aspekt der Solidaritätsfähigkeit wird abermals auf die gesellschaftliche Dimension abgezielt, die auch im Sinne einer funktionierenden Öffentlichkeit von integraler Bedeutung ist. Es handelt sich hierbei um nichts geringeres als die Legitimation der eigenen Fähigkeit zur Selbst- und Mitbestimmung, die keinen Gesellschaftsmitgliedern vorenthalten werden dürfe (vgl. Klafki 1985, S. 52). Damit steht insbesondere die Fähigkeit zur Solidarität jener von (einseitigen) Anerkennungsansprüchen diametral gegenüber.

Hervorzuheben bleibt mit diesen Kategorien der Aspekt, dass vor allem die Gesellschaftsmitglieder selbst in der emanzipatorischen und solidarischen Verantwortung stehen, Probleme zu thematisieren und im Rahmen diskursiver Prozesse zu verhandeln. Dies ist insofern von besonderer Qualität, als dass die Arbeiten Klafkis nur wenige Jahre vor der rasanten Verbreitung des World Wide Web entstanden sind und sich seither die Strukturen der Informationsbeschaffung aber auch der Umgang und die Wahrnehmung von Welt mit, durch und über Medien wesentlich verändert hat. Dadurch sind die Möglichkeiten zur Herstellung von Orientierungsleistung ebenso zahlreicher geworden, wie jene zur Entfaltung von Teilhabepotenzialen durch das Internet allgemein und das World Wide Web im Speziellen.²¹ Daneben haben sich nicht zuletzt unter dem Aspekt der Interaktion sowie der freien Gestaltungsmöglichkeit des Digitalen ebenfalls Prozesse der Informationsbeschaffung und Wissensarbeit entwickelt, die sich grundlegend von den Logiken der Massenmedien unterscheiden²² und somit die strukturellen Bedingungen der allgemeinen Bildung zwar nicht verändern, wohl aber deren Koordinaten

²¹Vorwegnehmend sei darauf hingewiesen, dass das Internet als technologische Infrastruktur in seiner Komplexität trotz der soziotechnischen Überlagerungen nicht mit dem World Wide Web (WWW) gleichzusetzen ist. Vielmehr ist das WWW eine Ausprägungsform, die aus dem technologischen Fortschritt des Netzes hervorgegangen ist und in sich eine ganz eigene strukturelle Qualität aufweist.

²²Neben der Interaktion, die vor allem durch das Internet ermöglicht wird, stellen die unterschiedlichen Verbreitungsstrukturen diesbezüglich einen Aspekt – wohlgemerkt von vielen – dar. Da sie durch die digitalen Technologien eine Trennung von Raum und Zeitbezügen erlauben, ist es abgesehen von Livestreams oder ähnlichen Übertragungen zunächst egal, wann der Sender seine Inhalte veröffentlicht, da sie im Netz prinzipiell zu jeder Zeit abrufbar sind. Die hieraus entstehende Haltung

verschieben, schließlich werden somit auch Probleme der Entscheidungsfindung im Zuge von Komplexitätsreduktionen und der Abschätzung von Handlungsmöglichkeiten deutlich.

Indem Klafki das Konzept der allgemeinen Bildung in seinen strukturellen Merkmalen beschreibt, gelingt es ihm einen wesentlichen Kritikpunkt seiner früheren Studien hinsichtlich des Bildungskanons zumindest zu relativieren, denn mit fortschreitender Pluralisierung der Gesellschaft scheint es tatsächlich schwer von homogenen Kulturvorstellungen²³ auszugehen und diese dann in vermeintlich relevante Inhalte zu überführen.

Dennoch bleibt die Berücksichtigung der eigenen historisch-kulturellen Kontexte ein zentrales Moment, was neben der Mitbestimmungsfähigkeit ebenfalls auf die politische Dimension verweist. Damit bewegt er sich auch in der Tradition der Kritischen Erziehungswissenschaft, denn für Klafki wird Bildung immer in Abhängigkeit zu wirtschaftlichen sowie politischen Variablen und so gesamtgesellschaftlich gedacht. Aus dieser Perspektive und vor dem Hintergrund Klafkis Überlegungen zum Bildungssystem kommt der Fähigkeit zur Selbstbestimmung eine doppelte Bedeutung zu. Einerseits wird hierbei die Idee der Emanzipation des Selbst zur Mündigkeit beschrieben und andererseits kann es das Heraustreten aus gegenwärtigen Herrschaftsverhältnissen bedeuten. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass die Kritische Erziehungswissenschaft eben nicht der Linie von Adorno und Horkheimer im Sinne der Kritischen Theorie folgt, sondern maßgeblich von den wissenschaftstheoretischen Überlegungen, wie sie Habermas (2001) hinsichtlich des erkenntnisgeleiteten Interesses formulierte, geprägt ist (vgl. hierzu auch Rieger-Ladich 2014, S. 69f.).

Klafki kann insofern als Vertreter der Kritischen Erziehungswissenschaft gesehen werden, als dass er sich in seinen Arbeiten dem Ziel verschrieben hat, pädagogische Aufgaben im gesellschaftlichen Diskurs zu bestimmen. Damit wird die individuelle Mündigkeit des Subjekts in ein direktes Abhängigkeitsverhältnis zur gesellschaftlichen Verfasstheit gesetzt. Es sind nicht zuletzt diese Motive, die den Bildungsbegriff, wie wir ihn in seiner heutigen Erscheinung verhandeln, beeinflusst haben. Daher scheinen mir die hier nur cursorisch aufgezeigten Einflüsse der Kritischen Erziehungswissenschaft²⁴ im Allgemeinen und an Klafki im Speziellen als bedeutsam.

des Einzelnen gegenüber den verfügbaren Informationen führt auch zu neuen Machtverschiebungen innerhalb gesellschaftlicher Strukturen.

²³Damit wird im Grunde jene zuvor erwähnte Weiterentwicklung des Bildungsgedankens durch den späten Klafki beschrieben, bei dem die epochalen Schlüsselprobleme nicht nur von gesellschaftlicher Bedeutung sind, sondern vielmehr auch interkulturelle Aspekte in sich vereinen und zwar enger an aktuellen Gesellschaftsprozessen orientiert sind, auf der anderen Seite jedoch gleichermaßen einer steigenden Ausdifferenzierung unterliegen.

²⁴Dabei ist durchaus klar, dass die Ansätze von Klafki aber auch die Überlegungen von Mollenhauer, die auf Habermas zurückgehen, unüberbrückbare Gegensätze zu den Überlegungen von Heydorn oder Koneffke aufweisen und es sich bei dieser Strömung um eine höchst heterogene Entwicklung handelt, auf die an dieser Stelle nur am Rande verwiesen werden kann.

Entgegen der Bestrebungen zur Abschaffung des Bildungsbegriffs ist es vor allem den Arbeiten von Winfried Marotzki und Hans-Christoph Koller zu verdanken, dass die schon bei Humboldt spezifizierte Wechselwirkung des Menschen mit der Welt als notwendige Voraussetzung zur Entfaltung der menschlichen Kräfte im Konzeptionsrahmen des Bildungsbegriffs eine gewisse Renaissance erfahren hat. Ihnen ist es zudem zu verdanken, dass die Verknüpfung von bildungstheoretischen Überlegungen und empirische Anschlussfähigkeit nicht losgelöst voneinander gedacht werden, sondern vielmehr erst miteinander in Verschränkung ihre ganze Deutungsmacht entfalten, wie sie entlang unterschiedlicher Projektarbeiten aufzeigen. Während beide Konzeptionen zur Bildung in gewissem Maße von der Idee der humanistischen Bildung geprägt sind, unterscheiden sich beide Theorien im Wesentlichen durch das zu Grunde liegende Verständnis des Subjektbegriffs.

Ich werde zunächst auf die Position von Koller (1993, 1997, 1999, 2012) eingehen, um einerseits die Differenzlinie, die sich entlang des Subjektverständnisses beider Positionen beschreiben lässt, aufzuzeigen und andererseits auf wesentliche Herausforderungen zur Konzeption eines zeitgenössischen Entwurfs von Bildungsprozessen – ebenso in Kontrast zu einem klassischen Bildungsbegriff – zu verweisen. Auch wenn Koller streng chronologisch gesehen Bezug auf die früheren Arbeiten Marotzkis nimmt, scheint es im Rahmen der hier angestellten Überlegungen hilfreich, diese zuerst zu besprechen, da hier direkte Anschlusspunkte an das von Humboldt vertretene Bildungsverständnis herauszuheben sind. Im Anschluss daran werde ich mich auf die Arbeiten von Marotzki (1984, 1989, 1990) beziehen, da sie die Grundlage für die weitergehende Betrachtung entlang der Konzeption von Bildung unter medialen Bedingungen darstellen, die im nachfolgenden Kapitel entlang der bildungstheoretischen Weiterentwicklung hin zur Strukturalen Medienbildung dezidiert betrachtet werden (vgl. Jörissen und Marotzki 2009; Marotzki 2004, 2007; Marotzki und Jörissen 2008a).

2.2.2 Bildung und Pluralität bei Koller

Der Frage, wie Bildung unter zeitgemäßen Bedingungen gedacht werden kann, widmet sich auch Hans-Christoph Koller. In seiner Habilitationsschrift aus dem Jahr 1999 [1997], die den Titel „Bildung und Widerstreit“ trägt, entwickelt er eine Konzeption von Bildung, die im Rahmen postmoderner Theoriebildung verortet ist.²⁵ Unter Rückbezug

²⁵Mit dieser Ausrichtung bewegt sich Koller in einem Diskursfeld, das sich entlang der Abgrenzung zwischen Moderne und Postmoderne entfalten lässt und eine spezifische Haltung gegenüber den gesellschaftlichen Transformationsprozessen verkörpert, bei der unter anderem die Abkehr von grundlegenden Ideen der Moderne, wie der Glaube an eine gemeinsame Ordnung oder der Anspruch auf Universalität hinsichtlich von Wahrheit und Objektivität, gefordert wird. Eine ausführliche Rekonstruktion des Verhältnisses von Moderne und Postmoderne wird an dieser Stelle nicht vorgenommen, da es sich aus den in der vorliegenden Arbeit gewählten Referenztheorien ergibt. Das grundlegende Spannungsverhältnis von Moderne und Postmoderne vor dem Hintergrund der erziehungswissenschaftlichen Theoriebildung findet sich bei Fromme (1997) aufgearbeitet.

auf die sprachphilosophischen Überlegungen Lyotards wird Pluralität ins Verhältnis zur Bildungstheorie Adornos gesetzt und unter Rückbezug auf Humboldts Sprachtheorie verhandelt. Bildung wird dabei vor dem Hintergrund der Pluralität und des Umgangs mit Kontingenz und Ambivalenz entworfen.

Bei Lyotard wird Pluralität nicht als konfliktfreies Nebeneinander beschrieben, bei dem die Vielfalt durch die Einsicht des Anderen unter dem Vorzeichen eines gemeinsamen Gesellschaftsentwurfs entsteht. Lyotard richtet sich damit gegen die Idee der Aufklärung, wie sie noch von Kant formuliert wurde, aber auch grundlegend gegen ein philosophisches Verständnis, wie es im Rahmen des Deutschen Idealismus verkörpert wurde. An die Stelle der „großen Erzählungen“²⁶, die im 20. Jahrhundert mehr und mehr an Boden verloren haben, ist die Vielfalt der Diskurse getreten. Die Konsequenz einer solchen Perspektivsetzung ist die immer bestehende Möglichkeit des Konflikts zwischen den verschiedenen Diskursarten, die er unter Rückbezug auf Wittgenstein im Sinne der verschiedenen Sprachspiele entfaltet und schließlich als unauflösbaren „Widerstreit“ beschreibt (Lyotard 1989).

Damit wird der von Koller intendierte Aktualisierungsbedarf des Bildungsideals nach Humboldt bereits recht deutlich. Koller geht es dabei weniger um die Sprache als solche für sich genommen, sondern um die Vielzahl der sich entwickelnden Diskursarten in ihrer kulturellen Einbettung im Horizont der Pluralität. Der Anschluss an Humboldt wird zunächst über das Moment der Eigentümlichkeit hergestellt, der damit auf das Erkennen des Fremden, verkörpert durch andere Sprachen, Kulturen und Rituale, hingewiesen hat. Die These zur Anerkennung der Pluralität durch die Abkehr der großen Erzählungen untermauert Koller zudem mit einer kritischen Betrachtung der Bildungstheorie von Horkheimer und Adorno, deren „Darstellung der Bildungsgeschichte neuzeitlicher Subjektivität einem Leitgedanken der Emanzipation, der die fortschreitende Naturbeherrschung in den Dienst menschlicher Selbsterhaltung, Selbstbehauptung und Selbstbestimmung stellt“ (Koller 1999, S. 114).²⁷

Für Koller sind Bildungsprozesse schließlich jene, „in denen neue Sätze, Satzfamilien und Diskursarten hervorgebracht werden, die den Widerstreit offenhalten, indem sie einem bislang unartikulierbaren ‚Etwas‘ zum Ausdruck verhelfen“ (ebd., S. 150). Mit dem theoretischen Referenzrahmen Lyotards lässt sich der Bildungsbegriff bei Koller in die linguistische Wende einordnen und richtet sich entgegen der bisher etablierten bewusstseinstheoretischen Betrachtung von Bildung. So bestehe der theoriestrategische

²⁶Lyotard unterscheidet zwischen zwei großen Erzählungen, die zur Legitimation der Moderne beitragen. Sie erstrecken sich einerseits entlang der Freiheit des Menschen (repräsentiert durch die Idee der Aufklärung) und andererseits an der bewusstseinsphilosophischen Perspektive zur Entfaltung des Geistes, wie es insbesondere von Hegel ausgearbeitet wurde. Erst mit der Abkehr der großen Erzählungen wird Pluralität ermöglicht und damit sogleich die immer bestehende Möglichkeit des Konflikts (vgl. Lyotard 1999, S. 115ff.).

²⁷Auf die bildungstheoretische Konzeption bei Horkheimer und Adorno werde ich im Rahmen der Vorbedingungen zum Strukturwandel der Öffentlichkeit genauer eingehen.

Vorteil darin, dass Bildung konsequent als sprachlicher Vorgang aufgefasst werden würde, was bedeutet, dass dem Subjekt damit eine neue Position zu kommt, da Subjektivierung nicht mehr außerhalb der Sprache zu denken sei (vgl. Koller 1999). Dies heißt jedoch nicht, dass das Subjekt vollkommen ausgeschlossen ist. Das bildungstheoretische Verhältnis von Subjekt und Sprache begründet Koller wie folgt:

„Die Subjekte, die traditionellerweise im Mittelpunkt des Bildungsgedankens stehen, sind aus diesem Prozeß keineswegs ausgeschlossen; sie werden dabei aber nicht als ursprüngliche Gegebenheiten verstanden, sondern eher als Effekte sprachlicher Vorgänge. Subjektivität ist also nicht etwas, was der Sprache logisch vorausginge in dem Sinne, daß die Subjekte sich zum Zwecke ihrer Bildung der Sprache als eines Mittels oder Werkzeug bedienen würden; Subjekt wird in dieser Perspektive vielmehr auf dem Wege der Verkettung von Sätzen allererst hervorgebracht und sprachlich immer wieder neu konstituiert.“ (ebd., S. 150f.)

Wenngleich Koller hier nicht gänzlich vom Subjekt abkehrt, lässt sich doch ein grundlegender Unterschied zu der von Humboldt konstatierten Entwicklung der Eigentümlichkeit herauslesen, da das Subjekt hier eine den Diskursen nachgeordnete Stellung zugeschrieben wird. Das Subjekt ist in der Verkettung von Sprechakten und Diskursarten lediglich eine Instanz, jedoch nicht mehr der Mittelpunkt. In der Konsequenz können also Fragen der Subjektivierung nicht nur anhand des Subjekts, sondern auch an den Diskursen abgelesen werden. Bildungsprozesse sind somit zugleich empirisch über verschiedene Zugänge erforschbar. Die sprachtheoretische Rahmung ermöglicht also grundlegend die empirische Erfassung von Bildungsprozessen. Dies ist insofern von einiger Bedeutung, da Bildungsprozesse in einer solchen Perspektive, indem sie etwas Neues hervorbringen, nicht als objektive Gegenstände gefasst werden können und die Rekonstruktion derartiger Erfahrungen mit den Sinnzuschreibungen der Subjekte korrelieren. Sprache ist dabei weit mehr als der rein formale Akt der Verständigung, was dann besonders deutlich wird, wenn man Humboldts Verständnis von Sprache hier recht eng gefasst begreift.

Im Anschluss an die theoretischen Grundüberlegungen wendet sich Koller der empirischen Erforschung von Bildungsprozessen zu. Dabei dienen ihm autobiographisch-narrative Interviews nach Fritz Schütze als Grundlage. Hierbei wird der zunächst eng gefasste Begriff der Sprache um genau jene Bedeutungszuschreibungen der Erzählungen erweitert, die für die Freilegung von Bildungsprozessen in einer solchen Perspektive konstitutiv sind, da aus den freien und persönlichen Erzählungen der Interviewten eben jenes Moment der subjektiven Bedeutungsstrukturen hervorgehoben werden kann. Zugleich lässt dies methodische und methodologische Rückschlüsse auf den von Koller entworfenen Bildungsgedanken zu, denn hier werden Prozesse der alltäglichen Erfahrung verstärkt in den Blick genommen und entlang der biographischen Entwicklung verortet. Angesichts der komplexen Sinnstrukturen, die sich durch Sprache repräsen-

tieren lassen, und im Hinblick auf die der Sprache innewohnende historisch-kulturelle Bedeutung können Bildungsprozesse nicht unmittelbar beobachtet werden (ebd., S. 161). Damit wird eine zentrale Problematik angesprochen, die sich vor allem hinsichtlich der biographischen Bildungsforschung in verschiedenen Ausprägungen zeigt. Mit der zuvor entwickelten bildungstheoretischen Perspektive gelingt es Koller schließlich, individuelle lebensgeschichtliche Problemlagen herauszuarbeiten, die systematisch für die Probleme eines (post-)modernen Bildungsverständnisses stehen. Er macht zugleich jedoch darauf aufmerksam, dass die in der Studie erarbeiteten Ergebnisse weiterer Prüfung bedürfen (vgl. ebd., S. 278).

Auch in späteren Arbeiten nutzt Koller Humboldts klassischen Bildungsbegriff als Basis, um die zeitgemäße Konzeption von Bildung entlang des Topos der Sprache zu gestalten (vgl. Koller 2012, S. 11ff.). Damit ist ein nicht unwesentlicher Aspekt verbunden, der sich in der Anerkennung bildungstheoretischer Tradition äußert, denn die Kontrastierung mit Humboldts Bildungsideal stellt nicht bloß einen operationalen Zugang dar, sie verweist zudem auf die dem Diskurs zu Grunde liegende Komplexität, die im Rahmen bildungstheoretischer und der empirischen Bildungsforschung eingeholt werden kann. Ausgehend von dieser Bezugnahme bleiben für Koller mindestens drei grundlegende Fragen bei Humboldts Bildungsbegriff ungeklärt. Zunächst gelte es zu bestimmen, wer oder was eigentlich den Anstoß zu Bildungsprozessen in diesem Sinn gebe (vgl. ebd., S. 14). So wird erstens die Frage aufgeworfen, ob diesbezüglich bereits die bloße Konfrontation mit fremden Sprachen genüge, „sei es nun eine fremde Nationalsprache, die Fachsprache einer bisher unbekanntem Wissenschaft oder der Idiolekt eines anderen Individuums“, oder ob es besonderer Anlässe bedarf, „sich auf eine fremde Sprache und Weltansicht einzulassen“ (ebd.). Zweitens ist für Koller das Verhältnis der Sprachen untereinander von Interesse. Indem er auf Humboldt verweist, der trotz aller Betonungen auf die Differenz „die Beziehungen der Sprachen untereinander noch als eine wechselseitige Ergänzung innerhalb eines harmonisch Ganzen“ beschreibt (ebd.). Für Koller sind die sich wandelnden Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Verhältnisse unter dem Vorzeichen der Pluralität Anlass, um die Aktualität dieser Bezüge grundlegend zu prüfen, was zugleich zu der dritten offenen Frage überleiten lässt, nämlich die empirische Erforschung tatsächlicher Bildungsprozesse. Koller fragt schließlich, ob und inwiefern der von Humboldt entworfene Idealtypus von Bildung als Grundlage genommen werden könne, um Transformationsprozesse des Selbst- und Weltverhältnisses empirisch zu erfassen.

Koller interessiert sich neben der analytisch-deskriptiven Dimension des Bildungsbegriffs vor allem dafür, *wie* Bildungsprozesse ermöglicht werden, also welche Anlässe für die Transformation von Selbst- und Weltverhältnissen vorherrschen können und wie diese Anlässe näher beschrieben werden können. Unter Rückbezug auf Kokemohr (2007) beschreibt er das Moment der Krisenerfahrungen als Anlass zur Transformation des Welt- und Selbstverhältnisses und nennt hier beispielhaft die interkulturelle Begegnung.

Damit unterscheidet sich die skizzierte Neufassung des Bildungsbegriffs von Humboldt, der noch von „einem gleichsam natürlichen Bestreben des Menschen nach Entfaltung seiner Kräfte bzw. nach Erweiterung seiner Weltansicht auszugehen scheint“ (Koller 2012, S. 16), da hier das Scheitern fest in den Prozess der Menschwerdung und somit auch der Bildung eingeschrieben ist. Zudem fragt er danach, wie diese Transformationen des Welt- und Selbstverhältnisses grundlegend zu beschreiben sind und wovon sie sich abgrenzen lassen.²⁸ Hierfür bezieht er sich unter anderem auf die Abgrenzung zu Lernprozessen, die bei Marotzki (1990) auf der Grundlage Batesons herausgestellt wurde und die im Folgenden Abschnitt genauer erläutert wird. Sein konsequentes Bestreben danach, jene theoretischen Überlegungen mit der empirischen Erforschung transformatorischer Bildungsprozesse zu verbinden, zeichnet sowohl die frühen als auch die jüngeren Arbeiten Kollers aus.

2.2.3 Entwurf einer strukturalen Bildungstheorie nach Marotzki

Mit seiner Habilitationsschrift aus dem Jahr 1990 legt Winfried Marotzki seinen Entwurf einer strukturalen Bildungstheorie vor, mit welchem er die Grundannahme vertritt, dass die steigende Komplexität gesellschaftlicher Strukturen es erforderlich machen, sich den Problemlagen im Sinne von innovativen Lernmustern und der Möglichkeit zur Umdeutung anzunehmen, um die jeweiligen individuellen Herausforderungen in der Gesellschaft durch Flexibilisierung des Selbst zu bewältigen. Marotzki interessiert sich für diese Problemstellung vor dem Hintergrund der Transformation von der späten Industriegesellschaft hin zu einer Informations- bzw. Wissensgesellschaft, in der sich individuelle Entscheidungs- und strukturelle Veränderungsprozesse massiv auf die biographischen Entwicklungen und Lebensentwürfe auswirken. Entwickelt wird die bildungstheoretische Position dabei in Verbindung zu empirischen Erkenntnissen aus drei unterschiedlichen Projektarbeiten, unter anderem gemeinsam mit Rainer Kokemohr und Otto Hansmann (vgl. hierzu Hansmann und Marotzki 1988; Kokemohr und Marotzki 1989; Marotzki 1990; Marotzki und Hansmann 1989). Dabei formuliert Marotzki stets den Anspruch, dass empirisches Material, das aus der modernen Biographieforschung gewonnen werden kann, gemeinsam mit bildungstheoretischen Überlegungen und nicht losgelöst voneinander zu verhandeln sei (vgl. Marotzki 1990, S. 18).

Bildung wird bei Marotzki als komplexer Lernprozess von „Konstruktionsprinzipien der Weltaufordnung“ verstanden (ebd., S. 40), bei dem einerseits Muster der Weltwahrnehmungsweisen entwickelt und ausgebildet werden, diese jedoch stets der Überprüfung und Aktualisierung ausgesetzt sind. Daraus ergibt sich ein erster Bestimmungspunkt, den ich festhalten möchte. Bildung wird hier im Sinne einer Prozesshaftigkeit und nicht

²⁸In der Abgrenzung des Bildungsbegriffs geht Koller (2016) der Frage nach, ob jeder Transformationsprozess auch ein Bildungsprozess ist und verweist dabei auf die Frage der Normativität des Konzepts transformatorischer Bildungsprozesse.

ergebnisorientiert gedacht. Marotzki geht es also nicht um die reine Aneignung von Welt durch die Ansammlung von Wissensbeständen, sondern vielmehr um den Umgang mit Welt und den sich daraus entwickelnden subjektiven Handlungsweisen.

In Anlehnung an Gregory Batesons Theorie des menschlichen Lernens unterscheidet Marotzki zwischen mehrstufigen Lern- und Bildungsprozessen, um die Qualität des Bildungsbegriffs zu fassen und die zeitgemäßen Herausforderungen für das Gelingen von Bildung offenzulegen. Während die niedrigste Ebene bei Bateson (1981) sich auf das Verhältnis von Reiz und Reaktion beschränken lässt, bei der keine Verhaltensänderungen vorliegen, beschreibt die nächst höhere Ebene *Lernen I* bereits jene Verhaltensmodifikationen hinsichtlich der gesammelten Erfahrungsmuster des Individuums. Auf der Ebene des *Lernens II* werden die Möglichkeiten der Reaktionsmodi nun erweitert und man lerne zu lernen. Damit verbunden sei die Veränderung von Gewohnheiten und Verhaltensmustern, was also das Lernen von Interpunktionsprinzipien, also die Konstruktionsprinzipien der Weltaufordnung, einschlieÙe (Marotzki 1990, S. 38ff.). In der dritten Stufe habe das Subjekt nicht nur eine situativ aktualisierte Gewohnheit der Weltaufordnung, sondern mehrere zur Verfügung. Dabei lerne das Subjekt etwas über den Vorgang des Wechsels von einer Rahmung zur anderen (vgl. ebd., S. 44). Indem hier auf Transformationen von Referenzrahmen im Sinne von Gewohnheitsmustern verwiesen wird und dem Subjekt zugleich mehrere Auswahlmöglichkeiten zur Verfügung stehen, entsteht eine gewisse Flexibilität im Umgang mit der jeweiligen Situation. Der Handlungsspielraum wird somit erweitert. In dieser qualitativen Distinktion sind also alle Bildungsprozesse immer auch Lernprozesse, jedoch nicht umgekehrt.

Der Bildungsbegriff, so konstatiert Marotzki unter Bezugnahme auf Dilthey, sei demnach nicht inhaltlich, sondern nur strukturtheoretisch bestimmbar (vgl. ebd., S. 42). Damit bewegt er sich in der Linie jener bildungstheoretischen Bestrebungen, die sich ausgehend von einer formalen Betrachtung der Konzeption von Bildung widmen. Clemens Menze bringt die darin zu Grunde liegende Perspektive nochmals auf den Punkt, indem er festhält, dass es keine inhaltliche Definition gäbe, mit der festgelegt werden könnte, was Bildung ein für alle Mal bedeute:

„Lediglich eine formale Kennzeichnung ist möglich, der zufolge sich Bildung als ein komplexer Prozeß begreifen läÙt, in dem eine als wünschenswert ausgegebene Persönlichkeitsstruktur hervorgebracht werden soll.“ (Menze 1983, S. 350)

Die Strukturfokussierung anstelle von Inhalten lässt somit einerseits die Abstraktion zu bildungsphilosophischen Grundfragen zu und andererseits scheint es sie auch im Hinblick auf die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse von einiger Bedeutung und weitreichender als eine rein materiale Begründung, deren Kritik schon bei Klafkis Betrachtung zum materialen Bildungsdenken geprägt durch den Objektivismus und

das Klassische deutlich wurde.²⁹ Dies ist zudem hinsichtlich der Differenz zur Aneignungsproblematik von Bedeutung, denn für den Bildungsbegriff selbst, wie Marotzki in einem früheren Aufsatz herausstellt, gelte eine prinzipielle Einsicht in die Relativität sowie die grundsätzliche Revidierbarkeit von Wissen (Marotzki 1988, S. 312). Diesen Ausführungen folgend unterliegen insbesondere Aus- und Weiterbildungskontexte vor allem Lern- und nicht Bildungsprozessen. Als Prozess, der in dieser Weise über das Lernen hinausgeht, ist der Begriff der Bildung auch von einem Verständnis als kanonisches Wissen im Sinne von *gebildet sein* abgegrenzt.

Komplexe Lernprozesse, die sich auf die Veränderung von Interpunktionsprinzipien von Erfahrung und damit auf die Konstruktionsprinzipien der Weltaufordnung beziehen, werden bei Marotzki als Bildungsprozesse beschrieben (vgl. Marotzki 1990, S. 41). Die Formulierung „komplexe Lernprozesse“ meint dabei den Umstand, dass etablierte Muster der Welt- und Selbstwahrnehmung, also jene zur Herstellung von Orientierung, im Zuge des Deutungsprozesses nicht unverändert bleiben und sich im Rahmen von Bildungsprozessen ebenso transformieren. Wie mit Bateson hervorgehoben wird, entstehe damit dann eine „Dimension des Metaphorischen, des Unbestimmten und Tentativen“ (ebd., S. 51). Darin liegt der Kern der Unterscheidung zu Lernprozessen einerseits und zur Spezifizierung von Bildungsprozessen auf der anderen Seite, diese würden, so Marotzki, mit der Lernstufe II beginnen (vgl. ebd., S. 52).

Es geht also nicht nur um die bloße Aneignung von Informationen und die damit verbundene Herstellung von Wissen, wie es sich im Rahmen niederschwelliger Lernstufen nach Bateson differenzieren lässt, sondern um eine grundlegende Veränderung der Modi, wie Informationen aufgenommen und mit ihnen umgegangen wird. Dies lässt sich bei Marotzki entlang der Unterscheidung zwischen einem subsumtiven und tentativen Umgang mit Gegebenheiten beschreiben. Tentativität kann dabei gegenüber den subsumtiven Weisen der Erfahrungsverarbeitung verortet werden. Letztere seien affirmativ, bei denen das Gegebene mittels bereits vorhandener, in der Sozialisation erworbener und dort bewährter Kategorien eingeordnet werde und dessen logisches Prinzip dieser Operationen von Marotzki unter Rückbezug auf Kant als die *bestimmende Urteilskraft* gefasst werden könne (vgl. Marotzki 1991, S. 82). Eine tentative Erfahrungsverarbeitung hingegen beschreibt einen Prozess, wobei dem Subjekt vorhandene „Kategorien, Typiken und Muster sich als nicht (mehr) geeignet erweisen, neue Erfahrungen zu ordnen, zu interpretieren und zu verarbeiten“ (ebd.). Diese Unterscheidung beider Prinzipien ist für die Identitätstransformation konstitutiv, denn indem

²⁹Klafki hat sich dieser Problematik im Rahmen der Perspektivsetzung bezüglich des „Klassischen“ in umfangreicher Form angenommen (vgl. Klafki 1985, S. 30). Indem sich Wissensbestände immer weiter ausdifferenzieren und der Umgang mit Wissen folglich immer dynamischer und gleichsam komplexer wird, ergibt sich die Problemlage der aktualisierten Wissensbestände, die eine neue Auslegung zwar erlauben, im Rahmen von Lerninhalten aber die Bewertbarkeit dahingehend beeinflussen, als dass sie keine Bezugnahme zur Lebenswelt ermöglichen, da das „klassische“ Wissen bereits obsolet sein kann, da es zwangsläufig auf historische Zusammenhänge rekurriert.

die subsumtiven Verarbeitungsweisen affirmativ sind, könne keine Transformation des Selbst- und Weltverhältnisses angestoßen werden, da hierüber das Unbekannte immer auf das Bekannte reduziert werde (vgl. ebd., S. 83).

Erst wenn man aus den bisherigen Mustern der Informationsverarbeitung und Weltanordnung ausbricht, eröffnen sich die Räume für jene Prozesse, die eine Transformation des Selbst- und Weltverhältnisses ermöglichen. Das kann potenziell immer dann geschehen, wenn Menschen jene Erfahrungen machen, dass die bisherigen Handlungsmuster und Mittel zur Bewältigung von neuen Lebensumständen³⁰ nicht mehr ausreichen. Dies wirkt sich im Kern auf die Herstellung von Orientierung sowie den Umgang mit Kontingenz in komplexen und immer komplexer werden gesellschaftlichen Strukturen aus. In Unterscheidung zu Humboldt und unter Bezug auf Hegel wird hier die Differenzierung deutlich, denn Bildung heißt in diesem Sinne auch Entfremdung und kann als notwendiger Prozess im Sinne einer Differenzierung von Kultur und Reflexivitätssteigerung gefasst werden.³¹ Erst durch die Entfremdung des Selbst und dem damit verbundenen Heraustreten aus dem Eigenen kann die objektive Wirklichkeit in ein dialektisches Verhältnis zum Subjekt und somit dem Selbst gestellt werden. Im Moment des Heraustretens können Aspekte anerkannt werden, die sich dem Bewusstsein zuvor entzogen haben.

Die Auslegung von Wirklichkeit sowie die Deutung des Selbst kann bei Marotzki zudem im Sinne einer experimentellen Haltung erfolgen. In Anlehnung an Kokemohr (1985, S. 187) beschreibt er einen solchen Modus als „tentative Wirklichkeitsauslegung“, der sowohl Natur als auch die soziale Welt in einer befragenden Haltung darstelle und somit Subjektivität bekunde (vgl. Marotzki 1990, S. 145). Bildung sei daher nicht nur als die Herstellung von Bestimmtheit zu beschreiben, sondern bringe überdies Unbestimmtheitsdimensionen zur Geltung (ebd., S. 153). Bestimmtheit und Unbestimmtheit stehen in einem dialektischen Verhältnis zueinander. Durch die Negation bestehender

³⁰Dies lässt sich im ersten Impuls entlang von Krisensituationen beschreiben. Dann, wenn man mit einer Handlungslosigkeit insofern konfrontiert wird, als dass rationale Begründungsmuster nicht mehr ausreichen, um Ereignisse der Welt (im Sinne der Umwelt) zu erklären, dann kann ein solcher Prozess stattfinden. Jedoch, und das sollte auch im Hinblick auf etwaige normative Implikationen des Bildungsbegriffs festgehalten werden, können Situationen, die Bildungsprozesse herbeiführen, auch durch Irritation (ohne zwangsläufig den Charakter der eigenen Krisenerfahrung mittragen zu müssen) ausgelöst werden.

³¹Der sich entfremdete Geist, welcher in seiner objektivierten Erscheinung und unter historisch gewachsenen Bedingungen als ein Fremdes gegenüber dem individuellen Selbstbewusstsein steht, kann als die nötige Grundlage zur Differenzierung von Kultur einerseits und zum Gegenstand, an dem sich das Individuum im Sinne des Erkennens von Vernunft als vorhandener Wirklichkeit abarbeiten hat, andererseits gefasst werden. Damit verweist der Bildungsgedanke Hegels zum einen auf die Bedeutung der historisch-kulturellen Dimension, wie sie einem objektiven Gesichtspunkt zugeordnet sind und auch unter sozialisatorischen Aspekten gesehen werden können. Zum anderen wird auf der Seite des Subjekts die individuelle Tätigkeit zur freien Entfaltung und Schaffung geistiger Ordnung beschrieben, dessen Grenze wiederum der sich entfremdete Geist im Sinne des „Reichs der Wirklichkeit“ (Hegel 1986a, S. 376, Anm. 10) bedeutet.

Verhältnisse wird ein individueller Freiraum geschaffen, um mögliche alternative Entwürfe der Welt zu verhandeln und diese ins eigene Verhältnis zu setzen. Als ein freier Raum des gedanklichen Spiels kann er insofern angesehen werden, als es dabei nicht um einen finalen Zustand der Erkenntnis, sondern vielmehr um den Modus geht, der sich über eine solche Suchbewegung beschreiben lässt.

Die daraus resultierenden Reflexivitätslagerungen sind also für die hier etablierte Bildungsvorstellung den Umgang mit Tentativität von integraler Bedeutung, gleichermaßen sind sie die von Hegel beschriebenen Manifestationen, die so gesehen als Resultate dieser Dialektik von Subjekt und Objekt hervorgehen. Erst in der Transformation der erzeugten Handlungs- und Deutungsmuster entfaltet sich das Potenzial höherstufiger Bildungsprozesse. Diese Differenzierung von Lern- und Bildungsprozessen stellt angesichts der Konzeption von Bildung eine Notwendigkeit dar. Denn wenn sich die Referenzrahmen des Handelns sowie deren Orientierungsweisen im Sinne des konstitutiven Selbst und Weltverhältnisses transformieren, verändern sich nicht nur Ansichten, sondern ebenso Praktiken und somit die Koordinaten für die Wahrnehmung von Welt und in doppelter Differenz dann auch die eigene Verortung des Selbst in der Welt. Anders gesprochen, verändern sich damit nicht nur die kontextbezogenen Deutungsmuster, sondern die Rahmungen der Handlungsweisen selbst. In der Konsequenz dessen können bewährte Verhaltensweisen durch das Selbst zur Disposition gestellt und im Verhältnis zu möglichen Alternativen Entwürfen gesehen werden, was subjekttheoretisch auch bedeutet, einen inneren Widerstand zu überwinden. Jene Transformationsprozesse des Welt- und Selbstbezuges werden von Marotzki wie folgt beschrieben:

„Aktiviert man die Perspektive, Bildungsprozesse als Transformation des Selbstbezuges zu sehen, dann bedeutet das, daß das Subjekt in die Lage versetzt wird, den augenblicklichen Modus der Weltaufordnung als einen unter möglichen anderen zu sehen. Das ist nur möglich, wenn das Subjekt über die Prämissen der eigenen Weltaufordnung und mögliche andere verfügt, wenn es in diesem Sinne die Flexibilität gesteigert hat. Es tritt der Effekt ein, den Hegel so oft beschrieben hat, nämlich die Erfahrung des einzelnen, daß *er selbst* es ist, der die Modi der Weltaufordnung zu ändern in der Lage sich findet. Dadurch wird das Subjekt seiner habhaft.“ (Marotzki 1990, S. 48, Hervorhebung im Original)

Während gefestigte Routinen und Muster für die Bewältigung alltäglicher Probleme und Herausforderungen notwendig sind, um eine gewisse Handlungssicherheit gewährleisten zu können, sind es vor allem Prozesse des Umdeutens, die eine Transformation von Selbst- und Weltverhältnissen insofern in Betracht ziehen, als dass hier die eigene Sicht auf die Welt zumindest im Verhältnis alternativen Ansichten gerückt werden. Damit verändert sich der Referenzrahmen der Welt- und Selbstgewissheit, die Marotzki nach Schütze (1981) und unter Rückbezug auf die Arbeiten von Kokemohr (1985) mit dem Konzept der Modalisierung fest schreibt, um den Zugang zum empirischen Material

zu begründen. Die Veränderung des Referenzrahmens ist dabei insofern angesprochen, als dass die Welt- und Selbstgewissheit zur Disposition gestellt wird und neue Modi der Erfahrungsverarbeitung durch das Subjekt ermöglicht werden:

„Durch Modalisierung (also durch Negation des einen oder der wenigen Muster) verschafft sich das Subjekt Zugang zu anderen, bis nicht im Bereich des kulturell geteilten Wissens liegender Muster der Erfahrungsverarbeitung.“ (Marotzki 1990, S. 149)

Damit erfährt der Bildungsbegriff eine dialektische Figur, indem er zwischen Konformität und Widerstand der eigenen Positionen und Negation verortet wird. Das Subjekt wird hiermit, auch in der Tradition des neuhumanistischen Bildungsideals, in das Zentrum der bildungstheoretischen Überlegungen gestellt. Die Stärkung des Subjekts erfolgt jedoch nicht nur vor dem Hintergrund der biographischen Verfasstheit von Bildungsprozessen, sondern wird von Marotzki mit Bezug auf Adorno ebenso als Notwendigkeit beschrieben, da das Subjekt insbesondere durch die Einflüsse des Spätkapitalismus bedroht sei (vgl. ebd., S. 56).

Eine auf das Subjekt bezogenen Perspektivsetzung ermöglicht es damit, die Komplexität von Bildung in ihren strukturellen Ausprägungen und den jeweiligen sozialen Implikationen zu betrachten. Für Marotzki sind schließlich jene Prozesse interessant, die es dem Subjekt ermöglichen, in eine reflexive Haltung gegenüber den eigenen Handlungsmustern und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu treten. Die strukturtheoretische Bestimmung des Bildungsbegriffs ermöglicht nicht nur die Betrachtung der Momente von Bestimmtheit, sondern fängt in empirischer Perspektive zugleich auch jene Unbestimmtheit ein, die sich im Zuge der Differenzerfahrung abzeichnet.

Auch wenn ich in der hier vorliegenden Arbeit nicht maßgeblich der Frage nachgehe, wie biographische Bildungsprozesse empirisch zu fassen sind, halte ich es aus zwei Gründen für wichtig, den Bezugspunkt der Modalisierungen in Marotzkis Bildungstheorie herauszuheben. *Erstens* handelt es sich hierbei um ein zentrales Konzept, das den Kern dieser Bildungstheorie ausmacht und somit als unverzichtbar bei der Konturierung dieser Entwicklungslinie ist. Dieser Kern liegt nicht allein in der bildungstheoretischen Wendung des Modalisierungsproblems, sondern vor allem in der Konsequenz, die Marotzki daraus ableitet, denn Bildung zielt eben nicht nur auf die Herstellung von Bestimmtheit ab, sondern ermöglicht zugleich auch Unbestimmtheitsdimensionen. *Zweitens* lässt sich hieraus der Aspekt weitertragen, dass Modalisierung nicht nur auf sprachlicher Ebene festzumachen sei, sondern, wie es schon von Kokemohr (1985, S. 195) thematisiert wurde, auf alle Manifestationen bezogen sei und somit immer kulturelle Kontexte einbeziehe (vgl. Marotzki 1990, S. 149).

Die Bedeutung für die vorliegende Arbeit ergibt sich unmittelbar daraus, dass jene Manifestationen im Netz unter dem Vorzeichen der vermittelten Kommunikation entstehen und ihnen sogleich ein biographischer beziehungsweise autobiographischer

Wert zukommt. Das Spektrum der Datenbestände respektive Formate ist dabei recht hoch. Es reicht vom Tweet in 140 Zeichen über die regelmäßige Kollaboration an gemeinschaftlichen Wissensprojekten hin zur eigenen Thematisierung des Selbst in langjährig geführten Blogs oder Vlogs. Sie umfassen sozusagen das gesamte Spektrum audiovisueller Artikulation. Daneben – und dieser Aspekt ist mindestens ebenso relevant für die vorliegende Arbeit – ist es für Fragen der Partizipation und niederschwellig schon der Interaktion entscheidend, ob ein Subjekt die Möglichkeit hat, Modalisierungen im Sinne tentativer Wirklichkeitsauslegungen auszuprobieren.

Indem sich Marotzki in seiner Bildungstheorie auf Hegel bezieht, lässt sich eine Akzentuierung des Bildungsbegriffs insofern herausheben, als dass man sie von der Idee des humboldtschen Bildungsideals hinsichtlich des Verhältnisses von Individualität und Allgemeinheit abgrenzen kann. Während Humboldt die Wechselwirkung zwischen Selbst und Welt in der freisten und regesten Weise formuliert und somit die Entfaltung der Individualität sowie die Eigentümlichkeit in das Zentrum seiner Bildungstheorie stellt, ist es bei Hegel vor allem das Allgemeine, was der individuellen Bildung zu Grunde liegt. Erst indem man sich dem allgemeinen Geschehen verschreibt und sich somit der Gesellschaft integriert, gelingt das Projekt der Bildung.

„[...] das Subjekt schafft nur sich selbst, und dasjenige, zu dem es sich bestimmt, ist wieder nur es selbst; damit es aber wirklich als Geist bestimmt sei, muß es dies Andere negieren und zu sich selbst zurückkommen, denn erst, indem es im Anderen sich selbst weiß, ist es frei.“ (Hegel 2009 [1840], S. 92)

Damit können Hegels Überlegungen gegenüber Humboldts Perspektive auch hinsichtlich moderner Staats- und Gesellschaftssysteme gewendet werden, denn die Notwendigkeit von Verwaltung und Funktionsträgern, also eine gewisse Zweckorientierung des Menschen, lässt sich bei Hegel weiterführend diskutieren (vgl. Koller und Wulftange 2014; Wigger 2016).³² Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft wird später noch entlang der von Hegel entwickelten Begriffsbestimmung zur öffentlichen Meinung herausgearbeitet, die sich in direkter Abhängigkeit zur Konstitution von Öffentlichkeit unter den Einflüssen der Ständeversammlungen ergibt.

Es sind die Anlässe zur Aktualisierung der Selbstgewissheit in einem der Differenzierung zu Grunde liegenden Modus des sich transformierenden Referenzrahmens von

³²Nach Honneth sei hier anzumerken, dass der Einzelne im vermachteten System des Staates nur die Rolle des abhängigen Mitglieds einnehme (vgl. Honneth 2001, S. 75). Er hebt dabei vor allem die anerkennungstheoretische Perspektive hervor, bei der neben den horizontalen Anerkennungsverhältnissen mit dem Staat plötzlich eine vertikale Beziehung getreten ist. Nach Honneth sei Hegels Rechtsphilosophie auch heute noch für die Subjektconstitution vor dem Hintergrund von Anerkennungsprozessen hilfreich, da die normativen Kriterien von Moral, Arbeit aber vor allem Sittlichkeit hierfür eine geeignete Folie darstellen würden, da diese Themen integrale Bestandteile für die Selbstverwirklichung des Subjekts vereinen (vgl. ebd., S. 75f.) und damit Bildungsprozesse insofern begreifen, als dass das Subjekt sich durch die Anderen erkennt.

Selbst- und Weltreferenz, die sich als Impulse für Bildungsprozesse beschreiben lassen. Hierbei werden Grenzerfahrungen insofern thematisiert, als dass sie Möglichkeiten zur Umstrukturierung eigener Handlungsvollzüge darstellen können und aufgrund ihrer destabilisierenden Wirkmacht gleichermaßen die tradierten und eingefahrenen Muster der Gewohnheiten einbrechen lassen. Die Steigerung von Reflexivität unter den Bedingungen sozialer Pluralität sowie die damit verbundene Flexibilisierung des Menschen bildet in Verbindung zur Biographizität den Kern der strukturalen Bildungstheorie. Das von Marotzki entwickelte Bildungsverständnis kann somit als Reformulierung von Bildungsprozessen gelesen werden, die gesellschaftliche Umbrüche und Modernisierungsprozesse mit ihren vielschichtigen Konsequenzen berücksichtigt.

2.3 Zwischenfazit

Mit der bildungstheoretischen Grundlegung habe ich ein zweigeteiltes Interesse verfolgt. *Erstens* diene mir der klassische Bildungsgedanke bei Humboldt zur ersten Einordnung und zur historischen Bezugnahme. Dabei war es mir wichtig, auf die Prozesshaftigkeit einzugehen und die Charakteristika dieser Begriffskonzeption hervorzuheben, um anschließend weiterführend mit dieser Grundlage arbeiten zu können. Die entscheidenden Merkmale habe ich versucht zusammenzufassen. Es handelt sich um die Ausprägung der menschlichen Kräfte, das Wechselverhältnis von Welt- und Selbst und die Bedeutung der Sprache. Indem ich auf die historische Entwicklung hingewiesen und vereinzelt Aspekte des erziehungswissenschaftlichen Diskurses zum Bildungsbegriff aufgegriffen habe, sollte auch der Entstehungs- beziehungsweise Veränderungsprozess abgebildet werden, der mit einem sich wandelnden Bildungsgedanken einhergeht.

Dies schließt die Frage ein, wie sich Sprache unter den Bedingungen von Öffentlichkeit verhält. Schließlich wurde bisher mehrfach auf ein der Aufklärung zu Grunde liegendes Bildungsverständnis hingewiesen, das den Vernunftgebrauch im diskursiven Sinne ebenso einschließt wie Kulturalität und Prozesse der Selbstvergewisserung. Damit rückt Sprache ganz allgemein in den Bereich des Öffentlichen, da sie dort manifestiert wird. Gleichmaßen dient Sprache als jenes Medium, das Öffentlichkeit selbst konstituiert. Damit wird zugleich auf die Grenzen eines solchen Bildungsverständnisses verwiesen. In modernen und pluralisierenden Gesellschaften, bei denen soziale Normen und Werte aufgrund ihrer unterschiedlichen kulturellen Einbettungen an Bedeutung verlieren oder zumindest im Verhältnis zu anderen und somit relativ gedacht werden müssen, ergibt sich das Problem der Komplexitätssteigerung für den Menschen in einer ganz neuen Qualität. Gleichzeitig spielt in diesem Zusammenhang die Produktion von Sprache im öffentlichen Raum dann eine entscheidende Rolle, wenn durch digital vernetzte Strukturen ebenso neue Möglichkeiten des Austauschs geschaffen werden. Dies ist dann interessant, wenn man sich an den Gedanken bei Humboldt erinnert, dass Sprache

in der Ideenwelt entsteht und sich über den Akt des Sprechens ein reflexiver Prozess vollzieht.

Zweitens ging es mir schließlich um die jüngeren Bestrebungen, einen Bildungsbegriff zu formulieren, der auch unter zeitgenössischen Rahmenbedingungen an Gültigkeit gewinnt. Die Arbeiten Klafkis haben sich nicht zuletzt aufgrund der politischen Aufladung von Bildung als entscheidender Schlüssel zur Aktualitätsbegründung herausgestellt. Sie können aufgrund der kritischen Verortung auch hinsichtlich der Öffentlichkeitstheoretischen Rahmung, die in dieser Arbeit verfolgt wird, gewendet werden. Das Konzept der Allgemeinbildung ist dabei ein weiterer Schritt in der Linie der formalen Bildungstheorien, den Prozess der Menschwerdung im Sinne der Offenheit und gleichmäßigen Ausprägung der menschlichen Kräfte zu verstehen. Die von Marotzki vorgeschlagene Differenzierung von Lern- und Bildungsprozessen stellt dabei ein wichtiges Merkmal zur definitorischen Abgrenzung und analytischen Betrachtung von Bildungsprozessen zugleich dar.

Auf den Diskurs zum Stellenwert des Subjekts bin ich daher aus zwei Gründen eingegangen. Zum einen, um die Akzentuierungen im jeweiligen Bildungsverständnis hinsichtlich der Transformationsprozesse von Selbst- und Weltbezügen zu verdeutlichen. Zum anderen scheint die Frage nach dem Subjekt gerade im bildungstheoretischen Diskurs noch Antwortpotenziale bereitzuhalten, die trotz der Differenzierung durch die verschiedenen Vertreter der Postmoderne bisher nicht eingelöst wurden, jedoch eine selbstreferentielle erziehungswissenschaftliche Verortung begünstigen könnten und somit für eine disziplinäre Auseinandersetzung wertvoll erscheinen. Anders als Marotzki, der einen starken Subjektbegriff als Grundlage zur umfassenden Beantwortung von Fragen der Bildung in Verschränkung zu Biographisierungsprozessen sieht, distanziert sich Koller von der Verortung des Subjekts im Mittelpunkt von Bildungsprozessen und setzt den Schwerpunkt auf die Vielfalt der Diskursarten.³³

Das Moment der Krisenerfahrung hingegen kann sowohl bei Marotzki als auch bei Koller als Anlass für Bildungsprozesse im Sinne der Transformation des Selbst- und Weltverhältnisses verortet werden. Wenngleich die Begründungsstrukturen beider Autoren hier genauer zu differenzieren sind, kann damit auf die Problemlage einer zeitgemäßen Konzeption von Bildung hingewiesen werden. Während Koller sich weitestgehend auf Humboldt bezieht und dabei auf die Pluralität der Sprachen abstellt, finden sich in den Arbeiten Marotzkis direkte Bezüge zu der Philosophie Hegels, die zur Begründung einer strukturalen Bildungstheorie beitragen. Entlang dieser Unterscheidung lassen sich die beiden bildungstheoretischen Linien maßgeblich differenzieren. Brüche

³³Kollers Abkehr vom Subjekt wird von Krassimir Stojanov hinsichtlich der sozialen Einbettung anhand eines empirischen Beispiels kritisch hinterfragt, denn indem biographische Bildungsprozesse nicht bloß die Widerspiegelung von lebensgeschichtlichen Umständen, sondern eine subjektive Verarbeitung mit sich bringen, scheint die Verabschiedung des Subjekts genau dann fraglich, wenn es um die Entwicklung eben jener Aufarbeitung sozialer Erfahrung und den daran geknüpften Identifikationen sowie Rollenzuweisungen gehe (vgl. hierzu Stojanov 2006, S. 44f.).

in der individuellen Entwicklung und biographischen Erfahrung sind ein Signum der pluralisierenden Gesellschaft. Sie bieten jedoch auch Anlass zur Reflexion, indem man sich an ihnen abarbeiten kann.

Das Netz stellt hierbei einen gesonderten Raum dar, da der Umgang mit eben jenen Brüchen oder Krisenerfahrungen auf vielfältige Weise geschehen kann. Zugleich ist das Netz selbst kein linear strukturierter Raum, sondern vielmehr das Resultat aus verschiedenen voneinander losgelösten Schauplätzen, bei denen unterschiedliche Regeln und Normen auf sozialer Ebene ausgehandelt werden und strukturelle Möglichkeiten der Artikulation implementiert oder eben auch nicht eingeschrieben sind. Dadurch ergibt sich eine besondere Qualität, die bereits auf Strukturebene, also auf der Ebene der Algorithmen und Ausprägungen der Software, betrachtet werden können. Gerade weil es sich hierbei um ein Zusammenspiel von menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren handelt, scheint es mir wichtig, im Blick zu behalten, welche Auswirkungen Code und Software eben auch auf das Subjekt haben, also welche Subjektivierungsprozesse sich damit abzeichnen.

Für die hier vorliegende Arbeit ist die Herleitung der strukturalen Bildungstheorie daher nicht nur hinsichtlich der Subjektfrage oder einer disziplinären Positionsbestimmung von Bedeutung, sondern vor allem auch im Hinblick auf die Fortführung dieser theoretischen Linie dann ein zentraler Anhaltspunkt, wenn es um die Betrachtung von digitalen vernetzten Architekturen geht und die daraus hervorgehenden sozialen Räume betrachtet werden. Koenig (2011) hat mit seiner Dissertationsschrift gezeigt, dass die Bildungskonzeption von Koller auch auf die sozialen Praktiken im Netz angewendet werden kann. Dies gelingt ihm, indem der Fokus auf die sich herausbildenden Diskurse gelegt und auf die empirische Realität des Netzes bezogen wird. Dabei spielt der Umgang mit Konsens und Dissens für ihn eine entscheidende Rolle, wenn es um die bildungstheoretische Interpretation der beobachteten Praktiken geht, wie er an Beispielen wie „Flame-Wars“³⁴ oder dem „Recht zu forken“³⁵ herausgearbeitet hat (ebd., S. 120ff.).

Im Hinblick auf die von mir angelegte Konzeption der vorliegenden Arbeit scheint mir die bildungstheoretische Position Marotzkis jedoch als geeigneter, da ich nur mit einem starken Subjektbegriff die notwendigen Bezüge herstellen kann, die sich im Schnittfeld meiner öffentlichkeitstheoretischen Betrachtung wiederfinden lassen. Die reine Fokussierung auf Sprache ist mir – trotz einer möglichen weiten Interpretation im Sinne von Erfahrungsräumen – hierfür nicht ausreichend. Ich werde im folgenden

³⁴Flames sind agonale Haltungen oder Kommentare, die sich vor allem durch Polemik und Provokation auszeichnen und sich je nach Aufmerksamkeit und Reichweite hin zu größeren Konflikten, so genannten Flame-Wars, entwickeln können.

³⁵Ein Fork bezeichnet eine Abspaltung in der Softwareentwicklung. Das sogenannte „Recht zu forken“ beschreibt den Prozess, sich von einer Community zu trennen und ein Derivat von deren Arbeit (auch als Konkurrenzprodukt) weiterentwickeln zu dürfen, das durch Freie und Open Source Software Lizenzen und durch die Creative Commons Lizenzen garantiert wird.

Kapitel aufzeigen, dass eine Betrachtung von bildungstheoretischen Implikationen auch oder gerade mit den Mitteln der Strukturalen Medienbildung ermöglicht wird. Da es mir ebenso um strukturelle Veränderungsprozesse der Gesellschaft geht, die sich auf individuelle Orientierungsleistungen niederschlagen, bietet sich eine solche Perspektivsetzung an.

Mit dem Entwurf der strukturalen Bildungstheorie hat Marotzki auf die sich abzeichnenden Veränderungsprozesse der Gesellschaft hingewiesen und die Individualisierungsproblematik bildungstheoretisch gewendet. Im Zuge der Komplexitätssteigerung durch den technologischen Fortschritt und einer medialen Durchdringung aller gesellschaftlicher Bereiche werden diese Überlegungen entlang der Strukturalen Medienbildung, die im folgenden Abschnitt genauer diskutiert wird, aufgegriffen und weitergeführt.

3 Das Konzept der Strukturalen Medienbildung

Nachdem die Rekonstruktion eines klassischen Bildungsbegriffs und die Grundlegung von neueren bildungstheoretischen Arbeiten im vorangegangenen Abschnitt erfolgten, soll nun vertiefend auf das Konzept der Strukturalen Medienbildung nach Jörissen und Marotzki (2009) eingegangen werden, da es den Rahmen für die hier vorliegende Arbeit bildet und als eine der aktuellsten Bemühungen gesehen werden kann, eine Bildungstheorie unter Berücksichtigung medialer Strukturen zu entwerfen. Dabei gehe ich zunächst auf die zentralen Begründungsmuster zur Strukturalen Medienbildung ein, die sich zwar grundlegend in der Tradition der bisher aufgeführten Bildungstheorien verorten lassen, jedoch in verschiedenen Aspekten eine zeitgemäße Aktualisierung aufgrund gesellschaftlicher Wandlungsprozesse erfahren haben. Im Kern möchte ich dabei auf den Aspekt der Krisenerfahrungen sowie der Differenz von Lernen und Bildung zu sprechen kommen, um diese Konzeption von Bildung hinreichend zu beschreiben. Im Anschluss daran soll auf die Dimensionen der Medienbildung hingewiesen werden, die sich an den vier kantischen Fragen orientieren und somit im direkten Verhältnis zum Gedanken der Aufklärung stehen. Es ist mir daher wichtig, die von mir hervorgehobenen Aspekte auf die von mir zuvor diskutierten Referenztheorien zu beziehen.

Nachfolgend gehe ich auf das Verhältnis von Medien und Medialität ein, da ich hier wesentliche Charakteristika des Bildungsverständnisses einerseits und Implikationen für die vorliegende Arbeit andererseits herausarbeiten kann, die ich anschließend explizieren werde, wenn ich die analytischen Optionen dieser Konzeption von Medienbildung auf das Netz darlege.

Indem ich hier von einer Konzeption der Medienbildung spreche, wird bereits deutlich, dass es sich bei diesem Begriffsentwurf mitnichten um eine Einzelercheinung handelt. Vielmehr sind in den letzten Jahren, besonders im medienpädagogischen Kontext, verschiedene Begriffsverständnisse aus dem Diskurs hervorgegangen, weshalb ich im Anschluss an die für die Arbeit zentralen Punkte einen Exkurs hinsichtlich der Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Konzeptionen von Medienbildung führen möchte, um die verschiedenen Positionen einzuordnen und das für die Arbeit zu Grunde gelegte Begriffsverständnis zu schärfen.

Der Titel des Konzepts der Strukturalen Medienbildung geht auf die von Marotzki (1990) entworfene strukturelle Bildungstheorie zurück und verweist somit in unterschied-

lichen Aspekten auf die bildungstheoretische Begründungsfigur, die von einem formalen Bildungsverständnis geprägt ist und auch in der Tradition zur Notwendigkeit der Formulierung des Bildungsbegriffs unter zeitgemäßen Rahmenbedingungen steht. Gemeinsam mit Jörissen wurde das Konzept der Strukturalen Medienbildung in verschiedenen Publikationen begründet (Jörissen und Marotzki 2009; Marotzki 2004, 2007; Marotzki und Jörissen 2008a) und weiter ausgearbeitet sowie im medienpädagogischen Diskurs bestimmt (Jörissen 2011a,b; Jörissen und Marotzki 2014).

Das Konzept der Strukturalen Medienbildung ist grundlegend im Schnittfeld von Bildungs- und Medientheorie zu verorten und greift den von Vertretern der transformativen Bildung schon in den 1990er Jahren formulierten Anspruch auf, Bildungstheorie in Verschränkung zu empirischen Analysen weiterzuentwickeln. So wird die theoretische Konzeption in direkter Verflechtung zu zahlreichen qualitativ-empirischen Untersuchungen medialer und medienkultureller Phänomene begründet. Ausgehend von der Grundannahme, dass Sozialisation unhintergebar medial erfolgt, wenden sich die Autoren einer Konzeption von Bildung zu, bei der Medien in ihrer Wirkmacht eine zentrale Bedeutung beigemessen wird. Es ist recht naheliegend, dass eine solche Schwerpunktsetzung direkte Anknüpfungspunkte an öffentlichkeitstheoretische Fragen bietet, da mediale Strukturen auch im Schnittfeld von öffentlicher Meinungsbildung und gesellschaftlichem Austausch zu verorten sind.³⁶

3.1 Krisen und die Differenz von Lernen und Bildung

Die zentralen bildungstheoretischen Bezugspunkte sowie eine ausführliche methodisch-analytische Diskussion versammeln Jörissen und Marotzki im 2009 erschienenen Einführungsband zur Strukturalen Medienbildung. Unter Rückbezug auf Humboldts Bildungsideal und mit Bezug auf Klafkis Konzeption der allgemeinen Bildung weisen die Autoren dem Subjekt einen zentralen Stellenwert bezüglich der Formulierung einer zeitgemäßen Bildungsvorstellung bei. Schließlich kommt den Menschen in ihren individuellen Lebenslagen mehr und mehr die Aufgabe zu, sich in unterschiedlichen Situationen selbst zu vergewissern und somit Handlungsfähigkeit herzustellen, ohne dabei auf soziale Tradierungen zurückgreifen zu können, da diese durch den gesellschaftlichen Strukturwandel nur noch sehr eingeschränkt greifen.³⁷

³⁶Gleichwohl bleibt vorwegnehmend anzumerken, dass die Massenmedien ausgehend von ihrer Funktionslogik hier eine andere Stellung einnehmen als das Internet und die digital vernetzten Technologien, die dem Netz zu Grunde liegen. Im späteren Verlauf soll genauer auf letzteres und die jeweiligen Implikationen eingegangen werden. Feststellen möchte ich hier jedoch, dass ich den Massenmedien lediglich in historischer Perspektive und als Kontrastfolie zum Netz nachgehen möchte, da der Schwerpunkt auf digitale Öffentlichkeitsstrukturen und die bildungstheoretischen Konsequenzen gelegt ist.

³⁷Damit wird – auch im Anschluss an die frühen Bestrebungen der 90er Jahre zur transformatorischen Bildung – eine Begründungsfigur in den bildungstheoretischen Diskurs überführt, die sich entlang

Mit Heitmeyer (1997) unterscheiden die Autoren drei Krisentypen: Neben den *Strukturkrisen*, also den Krisen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, lassen sich *Regulationskrisen* festhalten, bei denen die Pluralisierung von Werten und Normen im Mittelpunkt stehen. Unter dem dritten Typ lassen sich die *Kohäsionskrisen* fassen, die nach Jörissen und Marotzki (2009) als „Phänomene sozialer Anerkennung, Zugehörigkeit und Bildung“ (ebd., S. 17) gefasst werden können. Damit sind drei Krisentypen beschrieben, die sich auf jeweils unterschiedlich gelagerten Ebenen abzeichnen und somit dazu beitragen, dass die Herstellung von Orientierung in komplexen Gesellschaften davon im Kern betroffen ist. Während der Strukturwandel als gesellschaftliches Transformationsphänomen den übergeordneten Rahmen für Lern- und Bildungsprozesse darstellt, trägt die Relativierung von Normen und Werten in gemeinschaftlichen Zusammenhängen dazu bei, dass die Kontingenzerfahrungen steigen (vgl. ebd.).

Dies fordert zu einer Lockerung der bisherigen Muster und Handlungsweisen im Sinne einer Flexibilitätssteigerung auf. Damit liegt die bildungstheoretische Position in der Tradition der von Marotzki (1990) entwickelten Perspektive, dass ein flexibler Umgang mit den jeweiligen individuellen Krisen und Herausforderungen im Spannungsverhältnis zu bestehenden und erworbenen subjektiven Welt- und Selbstverhältnissen steht. So wird auch bei der Konzeption der Medienbildung auf das von Bateson entwickelte Modell der Lernebenen Bezug genommen, wie es im vorangegangenen Kapitel bereits genauer erläutert wurde. Die Autoren unterscheiden neben den Stufen Lernen I und Lernen II in Bildung I und Bildung II, um die Differenz von Lern- und Bildungsprozessen hervorzuheben (vgl. Jörissen und Marotzki 2009, S. 23f.). Die Unterscheidung in zwei Stufen von Bildung ergibt sich aus der jeweils unterschiedlichen Lagerung von Subjektivität. Während es auf der Ebene Bildung I darum geht, neue Gewohnheiten zu bilden beziehungsweise einen aktiven Gewohnheitswechsel hervorzubringen, lässt sich Bildung II über die Einsicht des Subjekts beschreiben, dass die jeweiligen Erfahrungsschemata immer auch begrenzt seien. In dieser Erkenntnis liegt das Potenzial begründet, sich den jeweiligen Gewohnheiten und Weltansichten bewusst zu entziehen und eine kritische Haltung demgegenüber aufzubauen. Dabei schränken die Autoren gleichermaßen ein, dass die Erreichung dieser Komplexitätsstufe hochgradig aufwändig sei und dieser Zustand mitnichten ständig erreicht werden könne (vgl. ebd., S. 26). Dennoch wird über Prozesse auf der Ebene Bildung II eine „Freiheit von Gewohnheiten erreicht“

soziologischer Betrachtungen unter dem Schwerpunkt der reflexiven Modernisierung zusammenfassen lässt, bei der ein epochaler gesellschaftlicher Umbruch diagnostiziert wird, der in seiner Wirkmacht sämtliche gesellschaftlichen Teilsysteme und damit auch die Grundlagen soziologischer Aufklärung erfasst (vgl. Beck 1994; Giddens 1996). Indem hier am Subjekt im Sinne der Selbstbestimmung festgehalten wird, ist ein solch begründetes Bildungsverständnis auch hochgradig anschlussfähig an die früheren Arbeiten, wie sie im Rahmen der Kritischen Erziehungswissenschaft entstanden sind. Neben den impliziten Hinweisen auf eine solche Lagerung kann die Nähe dieser Denkrichtung ganz offensichtlich an der Argumentation unter Rückbezug auf Klafki abgelesen werden.

(Jörissen und Marotzki 2009), die es ermöglicht, eine solche Haltung einzunehmen, wenn ein Prozess im Sinne von Bildung II einmal erfolgt ist.

Ein für die bildungstheoretische Begründung zentraler Aspekt ist nun, dass die zunächst negative Einsicht der Begrenztheit von jeweiligen medialen und sozialen Erfahrungsschemata positiv gewendet zu einer Flexibilitätssteigerung und Anerkennung des Fremden beziehungsweise Unbekannten führen kann, was eine gewisse Lockerung der klassischen Handlungsmuster im Sinne der ausgebildeten Gewohnheiten mit sich bringt. Das Subjekt nimmt somit eine selbstbeobachtende Position und reflexive Haltung ein, um den Herausforderungen der Gesellschaft in spielerischer Weise zu begegnen.³⁸

3.2 Dimensionen der Medienbildung

Unter Rückbezug auf die vier von Immanuel Kant entworfenen Fragen, welche er in seiner Philosophie der Aufklärung entwickelte, unterscheiden Jörissen und Marotzki vier Dimensionen der Orientierung und zeichnen dabei die jeweiligen Implikationen für Bildungsprozesse unter den Bedingungen der Medialität nach. Die Frage, *was kann ich wissen?*, wird dahingehend gewendet, dass die kritische Reflexion auf Bedingungen und Grenzen des Wissens stößt. Die sich hieraus ergebenden Paradoxien oder Dilemmata können eine Grundlage für die Herstellung von Orientierung bilden.³⁹ Gleichmaßen adressiert die Dimension des Wissensbezugs die ganz grundlegende Frage nach der Bewertbarkeit von Informationen. Gerade im Hinblick auf die Datenfeeds und Informationsströme, die das Netz hervorbringt, ist die Frage danach, wie man die Informationen selektiert und sich zu diesen verhält von grundlegender Bedeutung.⁴⁰

Die zweite Frage, *was soll ich tun?*, zielt auf ethische und moralische Grundsätze bezüglich des Handlungsbezugs ab. Handlungsfähigkeit im Sinne des aufklärerischen Gedankens heißt hier einerseits die Gestaltung des individuellen Lebensentwurfs unter der Maßgabe der Vernunft und andererseits die Bewusstwerdung der eigenen Positionen innerhalb einer gesellschaftlichen Ordnung. Aus diesen beiden Aspekten lässt sich die Herausforderung des eigenen Handelns insbesondere unter Rückbeziehung der zuvor rekonstruierten Krisentypen verdeutlichen, denn wenn klassische und tradierte Handlungsvollzüge und Muster in unterschiedlich starkem Maße relativiert werden, ergibt

³⁸Indem Bildung auch hier als Prozess beschrieben wird, ist es nicht ganz unwesentlich, darauf hinzuweisen, dass die Selbstbeobachtung in dieser bildungstheoretischen Begründung nicht gleichzeitig zur Beobachtung von Welt passieren könne und somit die Kontrolle darüber, was nun genau ausgeblendet werde, nicht beim Subjekt liege (vgl. Jörissen und Marotzki 2009, S. 25).

³⁹Da ich mich im Rahmen dieser Arbeit vor allem auf das Internet beziehe, werde ich nicht näher auf die Filmanalyse eingehen (vgl. hierzu ausführlich Holze und Verständig 2017).

⁴⁰In verkürzter Form könnte man hier vom Umgang mit Informationen sprechen, die es angesichts der hohen Dynamiken durch die digitalen Technologien und die Ubiquität des Netzes zunächst zu entwickeln gilt. Es ist daher ganz folgerichtig, dass im Zuge medienpädagogischer Praxisfragen immer wieder diese Problemstellung in den Mittelpunkt gerückt wird.

sich die Frage danach, wie die Herstellung von sozialer Stabilität unter dem Vorzeichen der Ungewissheit und Umbrüche gelingen kann, in einer besonderen Qualität. Dies impliziert die Berücksichtigung der moralischen Werte insofern, als dass alternative Handlungsentwürfe in die Bewertung der eigenen Situation einfließen und somit die Handlungsstabilität herstellen können. Indem das Subjekt sich hier in eine selbstbeobachtende Position begibt und die Folgen beziehungsweise Kausalitäten des eigenen Handelns abschätzt, entsteht ein Moment der Distanzierung, der sich für die Verortung von Lern- und Bildungsprozessen als zentral erweist.

Die Rolle der Medien wird dabei insofern zu einem tragenden Element, als dass hierüber verschiedene Auslegungsmöglichkeiten inszeniert und dargeboten werden. Medien bieten also eine subjektive Lesart des Erlebten an und können zugleich als Projektionsfläche des Anderen und Fremden dienen. Unmittelbar daran schließt die dritte Frage nach der Transzendenz und Grenzbezug an, die eben jene Phänomene erfasst, die über rationale Begründungen und Reflexionen nicht erfasst werden können. Die vierte Frage, die sich bei Kant auf die anthropologischen Gegebenheiten bezieht, wird von den Autoren einerseits entlang des grundlegenden Verständnisses des Menschseins entfaltet und andererseits unter Verweis auf Dilthey auf die biographische Arbeit des Menschen bezogen (vgl. ebd., S. 36). Dies impliziert auch die Hinwendung zu autobiographischem Material, welches sich im Rahmen der empirischen Bildungsforschung als wertvolle Quelle erweisen kann, wenn es um die Rekonstruktion von Bildungsprozessen geht. Dabei merken Jörissen und Marotzki an, dass eine sinnstiftende Biographisierung nur dann gelingt, wenn die Herstellung von Zusammenhängen erfolgt, „die es erlauben, Informationen, Ereignisse und Erlebnisse in sie einzuordnen und Beziehungen untereinander wie auch zur Gesamtheit herzustellen“ (ebd.). Die Überführung von Informationen in Wissensbestände wird hier mit subjektiven Erfahrungen und den jeweiligen Bedeutungszuschreibungen als wesentliches Merkmal zur Herstellung der Orientierungsleistung verstanden, welches nicht normativ, sondern deskriptiv zu erfassen sei (vgl. ebd.).

Die neue Qualität solcher Prozesse besteht laut Jörissen und Marotzki darin, „dass alle elementaren Lebensentscheidungen reflexiv an die Biographie rückgebunden werden und durch soziale Kontexte und Gemeinschaften nur noch bedingt aufgefangen und getragen werden“ (ebd.). Insbesondere durch die Beschleunigung gesellschaftlicher Prozesse und die gleichzeitige Relativierung von Werten und Normen im Zuge der Pluralisierung scheint die biographische Dimension also von ganz grundlegender Bedeutung, wenn es um ein angemessenes und theoretisch fundiertes Verständnis von Bildungsprozessen geht.

Mit Blick auf das Netz ergibt sich die Frage, wie die generierten und produzierten⁴¹ Daten hinsichtlich biographischer Aspekte zu bewerten sind, wenn sie sich im Raum der öffentlichen Kommunikation versammeln. Betrachtet man die medialen Artikulationen, die sich im Social Web ergeben, so ist die Bandbreite des Materials recht hoch. Sie reicht von Kurzmitteilungen durch Tweets, die auf 140 Zeichen beschränkt sind, über automatisierte Statusupdates, wie es beispielsweise bei der digitalen Protokollierung des Selbst im Sinne des Lifeloggings (Selke 2016) oder bei der Quantifizierung der eigenen Handlungen (Damberger und Iske 2017) zu beobachten sind, über audiovisuelle Artikulationen im Rahmen von Communities und sozialen Netzwerken hin zu kollaborativen Produktionsprozessen (Holze 2017; Koenig 2011), um nur einen kleinen Ausschnitt der komplexen und oftmals kulturell hochgradig unterschiedlichen Phänomene hervorzuheben. Ganz gleich, ob es sich um einen Commit bei GitHub⁴², einen Tweet über die täglich gelaufene Strecke oder eine Videobotschaft auf YouTube zum politischen Geschehen handelt. Die biographische Dimension innerhalb der medialen Beiträge lässt sich nicht ausschließen und kann gleichermaßen autobiographisch relevant werden, wenn es um die Reflexion der eigenen Handlungen geht.⁴³

Damit ergibt sich eine doppelte Differenz, die ich später noch genauer betrachten möchte. Es handelt sich um die Strukturierung der eigenen Ordnung *über* aber auch *durch* Medien. Denn indem Reflexionsangebote geschaffen werden, ist das Subjekt nicht mehr von der medialen Welt losgelöst zu betrachten, was weitreichende Konsequenzen für das Verständnis von Bildung hat, wie es hier vertreten wird.

Die Unterscheidung in die vier hier vorgestellten Dimensionen wird dann hinsichtlich einer empirisch-analytischer Betrachtung von Bildungspotenzialen gewendet. Es ist recht naheliegend, dass die Dimensionen vornehmlich zur analytischen Differenzierung verstanden werden sollten, da sich Überschneidungen einzelner Dimensionen im Handlungsvollzug des Subjekts und im Sinne von Bildungsprozessen ergeben können. So

⁴¹Ich unterscheide an dieser Stelle zwischen automatisch generierten Daten, die sich im Zuge von automatisierten Prozessen und der Aggregation ergeben (beispielsweise beim passiven Lifelogging), und jenen, die von den Akteuren intentional produziert werden. Diese Unterscheidung ist hinsichtlich der vernetzten sozialen Arenen dahingehend relevant, als dass Statusupdates, die über quantifizierende Faktoren beispielsweise publiziert werden, von eigenen produzierten Inhalten abzugrenzen sind. Beides hat jedoch einen direkten Einfluss auf Subjektivierungsprozesse, wenngleich dies womöglich in unterschiedlicher Qualität zu begreifen wäre.

⁴²GitHub ist ein webbasierter Dienst zur Verwaltung von Software. Indem man an anderen Projekten teilnehmen kann, wenn man seine Änderungen in Form einer Anfrage (*pull request*) an den oder die Eigentümer des jeweiligen Codeprojekts sendet, entsteht zugleich die Möglichkeit der Diskussion einzelner Änderungswünsche und tatsächlicher Anpassungen (*commits*). Wie in anderen Versionskontrollsystemen sind die Änderungen reversibel und fest dokumentiert. Mit den Funktionen des Beobachtens oder Folgens von Projekten werden Mechanismen implementiert, die bereits aus anderen sozialen Netzwerken bekannt sind. GitHub ist damit nicht nur ein Werkzeug zur Versionskontrolle, sondern auch ein Ort, an dem soziale Aushandlungen stattfinden, indem sie fest im System verankert sind.

⁴³Diese können wiederum selbst automatisiert über verschiedene Anwendungen und Dienste in die eigenen Timelines der jeweiligen sozialen Arenen *gespült* werden.

weisen die Autoren darauf hin, dass mediale Artikulationen in der Regel mehrere dieser Bezugsdimensionen aufweisen (vgl. Jörissen und Marotzki 2009, S. 39). Manuel Zahn (2012) merkt zudem hinsichtlich der Übersetzung der kantischen Fragen in die jeweiligen Orientierungsdimensionen an, dass es sich lohnen würde, diese Abbildungen vertiefend zu diskutieren. So sei es fraglich, ob die transzendente Dimension mit dem Bezug auf die Grenzen rationalen Verstehens hinreichend beschrieben wäre, oder ob nicht mit der Hoffnung auch der Zukunftsbezug des menschlichen Denkens angesprochen sei (vgl. Jörissen und Marotzki 2009, S. 42).

Wenngleich eine vertiefende Diskussion zu den einzelnen Orientierungsdimensionen hier nicht geleistet werden kann, will ich den von Zahn angesprochenen Aspekt der Transzendenz an dieser Stelle kurz aufgreifen. Ausgehend von Kants programmatischer Intention scheint es hilfreich, die Frage nach dem Grenzbezug sowohl in theoretischer als auch praktischer Dimension zu erfassen, denn für Kant lässt sich die Philosophie gleichermaßen in eine theoretische und praktische unterscheiden. Während erstere die sinnliche Welt und Natur adressiert, bezieht sich letztere auf die moralische Welt und die Herstellung von Freiheit. Für Kant sind beide Bereiche jedoch gleichermaßen wichtig. Sie dürfen nicht losgelöst voneinander betrachtet werden. Dieses Problem versucht er über den Begriff der Hoffnung zu lösen. Hoffnung und der Vernunftgebrauch sind in Verbindung zu denken, wenn es um menschliche Handlungen und sodann auch moralische Abwägungen geht. Im Hinblick auf die menschlichen Handlungsvollzüge bedeutet dies, mit Lutz (2012) gesprochen, „dass das Absolute des praktischen Vernunftgebrauchs immer schon antizipativ“ ist (ebd., S. 317). Dies würde heißen, dass sich der Zukunftsbezug zumindest im Sinne der Hoffnung zwar analytisch, jedoch nicht praktisch vom eigenen Handlungsvollzug trennen ließe. So gesehen wäre weiterführend zu klären, ob oder inwiefern Hoffnung nun als Ziel der Handlungsdimension formuliert werden könne, stellt sie doch das Bindeglied zwischen theoretischer und praktischer Vernunft dar.

Anhand eines aktuellen Problems möchte ich diese Verflechtung und die darin zu Grunde liegende Bedeutungslagerung des Zukunftsbezugs verdeutlichen. Es wird insbesondere im Hinblick auf die biotechnologischen Entwicklungen in Verbindung zum Menschen klar, denn wenn menschliche Daten, Erinnerungen und Informationen ausgelagert, Zellstrukturen regeneriert und Organe künstlich hergestellt werden können, ergibt sich als Konsequenz die Frage nach der Mortalität des Menschen und damit verbunden jener nach der Transzendenz dieser grundlegenden humanistischen Grenze.⁴⁴ Der Mensch überschreitet die Grenzen seiner eigenen Selbstbeschreibung und definiert sich über den technologischen Fortschritt neu. Doch ist dies längst nicht

⁴⁴Hierzu sei auf den Transhumanismus verwiesen, der sich als philosophische Denkrichtung etabliert hat und bei dem Fragen des Menschseins sowie dessen Grenzen vor dem Hintergrund der Maschinen und Automatisierung verhandelt werden (vgl. hierzu auch Becker 2015; Damberger 2015; Haraway 1985).

nur beim Transhumanismus der Fall, sondern schon dann, wenn durch technologische Einwirkungen die Wahrnehmung und Leistungsfähigkeit des Menschen beeinflusst beziehungsweise optimiert wird. Dies ist einerseits dann der Fall, wenn man sich auf die in der Fitness-App generierten Daten verlässt, und andererseits auch dann relevant, wenn man technische Assistenzen für komplexe Abläufe einwirft. Was zunächst der Bremsassistent war, ist heute das vollständig selbstfahrende Auto. All diese Technologien greifen in die Urteilskraft der Menschen ein. Sie optimieren Prozesse auf der einen Seite und sind gleichzeitig anfällig für Fehler und Kontingenz auf der anderen Seite.

Ein solches Bildungsverständnis liegt nun einerseits darin begründet, dass der Umgang mit Wissensbeständen vor dem Hintergrund komplexer Gesellschaftsstrukturen und Kontingenzerfahrungen eben nicht inhaltlich bestimmbar, sondern vielmehr über strukturelle Aspekte geprägt ist. Jene Strukturaspekte lassen sich entlang von Flexibilisierung und Dezentralisierung und den damit verbundenen Prozessen zur Herstellung von Orientierung zwar nicht gänzlich, jedoch umfangreich erfassen. Krisen sowie Kontingenzerfahrungen werden dabei als fest in moderne posttraditionale Gesellschaften eingeschriebene Phänomene verstanden, die sich in unterschiedlicher Qualität auf die Lebensentwürfe ausprägen. Sie sind also Signum moderner Gesellschaften und liegen in ihrer Struktur. Indem moderne Gesellschaften unhintergebar von Medien geprägt sind, erfolgt die Ausbildung von Gewohnheiten und Erfahrungsschemata eben auch unweigerlich unter dem Vorzeichen der vermittelten Kommunikation, was eine genauere Fokussierung dieser Strukturen im Kontext von Bildungsprozessen erforderlich macht, die über die Sprache als geschriebenes oder gesprochenes Wort hinausgehen. Mit dem Konzept der Strukturalen Medienbildung wird ein Medienbegriff transportiert, der aktuelle Strukturgefüge kritisch in den Blick nimmt und zugleich den Analyserahmen nicht nur auf ein einzelnes mediales Phänomen einschränkt, sondern das Zusammenspiel der unterschiedlichen Medienformen und Formate einholt.⁴⁵

Ich möchte im folgenden Abschnitt genauer auf den Medienbegriff beziehungsweise das bildungstheoretische Verhältnis von Medien und Medialität eingehen, um so die Grundlage für die Betrachtungen entlang des Netzes zu schaffen, welches aufgrund seiner technologischen Erscheinung eine besondere Stellung im Diskurs um Medien einnimmt und es somit von Interesse sein kann, Bildungsprozesse auch vor dem Hintergrund von Code und Software zu diskutieren. Schließlich ergeben sich mit Blick auf die digitalen Strukturen zugleich auch neue Herausforderungen einer medientheoretischen Einordnung.

⁴⁵Die Philosophie Kants lässt sich jedoch nicht nur entlang des Einführungsbandes als ein geeignetes Hilfsmittel zur Thematisierung und Erläuterung der Medienbildungstheorie beschreiben. So transportiert sie auch heute noch ein gewisses revolutionäres Potenzial, wie es einst den Thesen Kants zugeschrieben wurde. Vor diesem Hintergrund ist es nur adäquat, die rasanten Umstrukturierungsprozesse unserer Gesellschaft in einer derartigen philosophischen Linie zu begründen.

3.3 Medien und Medialität

Ein zentraler Bestandteil des Konzepts der Strukturalen Medienbildung ist das komplexe Mediengefüge in modernen und ausdifferenzierten Gesellschaften. Medien durchdringen den Alltag in jener beherrschenden Weise, dass sie in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen allgegenwärtig sind und somit nicht nur die Wahrnehmungsweisen der Menschen beeinflussen, sondern diese ebenso in unterschiedlichem Maße vorstrukturieren. Medien entfalten hierbei eine konstitutive Wirkmacht hinsichtlich des sozialen Wandels, aber auch individueller Orientierungsleistungen. Dies lässt sich in erster Linie durch ihre allgegenwärtige Durchdringung des gesellschaftlichen Alltags sowie der Lebenswelten beschreiben.

Bildungsprozesse werden unter den Bedingungen der Medialität als eine Form komplexer, selbstreflexiver Lern- und Orientierungsprozesse (vgl. Marotzki und Jörissen 2008a, S. 100) verstanden und bereits auf strukturimmanenter Ebene insofern verortet, als dass die medialen Architekturen Wahrnehmungsweisen prägen und Handlungsoptionen zwar grundlegend vorstrukturieren, ein Ausbrechen aus den gegebenen Modi jedoch ebenso stattfinden kann. Damit ist der Fokus auf die Medien keineswegs auf eine technologiedeterministische Perspektive zu reduzieren, bei der die Medien als gegebene Instrumente gesehen werden, die keinerlei Wirkmacht auf das Subjekt entfalten. Dieser Annahme und mit dem zu Grunde liegenden Bildungsverständnis genügt es eben nicht, dieses Verhältnis mit Aneignungsprozessen zu beschreiben, schließlich sind Medien im Sinne soziokultureller Bedeutungszuweisungen weit mehr als nur eine Art Werkzeugkasten, aus dem man sich je nach Kontext im instrumentellen Sinne bedienen kann. Eine solche Perspektive würde jene soziale Emergenz oder Wechselwirkung aus dem Blick verlieren.

Die Konzeption von Bildung unter medialen Bedingungen ist daher nicht bloß als ein Sprachspiel zur Beschreibung einer von Medien durchdrungenen Gesellschaft zu verstehen. Vielmehr verweist es auf eine lange Tradition bildungstheoretischer Bestrebungen, Fragen nach der Qualität und den Bedingungen von Bildung aus einer zeitgemäßen Perspektiven zu erfassen. Schon beim Entwurf einer strukturalen Bildungstheorie nach Marotzki wurden Bildungsprozesse in den Horizont zeitgenössisch-gesellschaftlicher Problemfelder gesetzt, indem auf die Individualisierungsproblematik eingegangen wurde und die Bedeutung der Flexibilisierung im Umgang mit steigender Kontingenz und den daraus erwachsenen Problemlagen im Spätkapitalismus thematisiert wurden. Diese Linie anerkennend, hieße Medienbildung dann folglich, dass sich Bildungs- und Subjektivierungsprozesse nicht nur durch den Umgang mit Medien vollziehen, sondern dass Medien die Relation von Subjekt und Welt oder, um mit Humboldt zu sprechen, das Verhältnis von Ich und Welt ganz grundlegend beeinflussen. Bildungsprozesse lassen sich dann nicht nur im (produktiven) Umgang mit Medien verorten, wie es sich beispielsweise im Kontext der Aus- und Weiterbildung unter dem Vorzeichen eines

zielorientierten Bildungsverständnisses vorfinden lässt, noch finden Medienbildungsprozesse in diesem Verständnis lediglich über Medien im Sinne einer kritischen Reflexion über Inhalte und Formate statt. Indem Bildungspotenziale bereits strukturimmanent sind, können jene Prozesse der Transformation von Selbst- und Weltverhältnissen eben auch durch die komplexen Mediengefüge, in denen sich der Mensch bewegt, angestoßen werden.⁴⁶

Dem Subjekt kommt in einer solchen Betrachtung und unter Rückbezug auf dessen theoretische Entstehungsgeschichte eine zentrale Rolle zu. Schließlich seien Medien und Artikulation nicht von Subjektivierungsprozessen zu trennen, wie Jörissen und Marotzki (2009) ausgehend von ihrem theoretischen Referenzrahmen festschreiben:

„Maßgebend für den Gedanken der Medienbildung ist mithin der Umstand, dass erstens Artikulationen von Medialität nicht zu trennen sind, und dass zweitens mediale Räume zunehmend Orte sozialer Begegnungen darstellen, dass also mediale soziale Arenen in den Neuen Medien eine immer größere Bedeutung für Bildungs- und Subjektivierungsprozesse einnehmen.“ (ebd., S. 39)

Neben den klassischen Medien werden die Neuen Medien⁴⁷ hervorgehoben, also maßgeblich die digitalen medialen Technologien rund um das Internet, deren besondere Qualität sich in erster Linie durch Interaktionsprozesse kennzeichnen lässt, was zu einer Aufhebung des rückkanallosen Sender-Empfänger-Prinzips führte, wie es bei den klassischen Massenmedien noch der Fall war. Dieser Umstand ist nicht nur als evolutionäre Konsequenz zu verstehen, denn ausgehend davon, dass dem Erwerb von Orientierungswissen eine soziale Komponente zu Grunde liegt und Fragen nach Ethik und Moral somit immer auch im gesellschaftlich-diskursiven Kontext stehen (vgl. ebd., S. 38), haben sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen durch das Aufkommen der digitalen vernetzten Technologien maßgeblich gewandelt, was unweigerlich zur Restrukturierung medialer Räume führt und sich damit im Zentrum gesellschaftlicher Vergewisserungsprozesse befindet. Die Aushandlung von ethischen und moralischen

⁴⁶An dieser Stelle kann auf die pointierte Feststellung des Medienbildungsbegriffs in fünf Sätzen nach Jörissen (2013) verwiesen werden, der damit einen verdichteten Einblick in die Konzeption der Strukturalen Medienbildung gibt <https://joerissen.name/medienbildung/medienbildung-in-5-satzen/> (Stand: 14.02.2016).

⁴⁷Mit der Festschreibung auf die „Neuen Medien“ sind grundlegend zeitgenössische Medientechnologien gemeint, was den Begriff an sich relativ schwer zu fassen macht. Schließlich ist die zeitbezogene Abhängigkeit ein relativer Faktor, wenn man bedenkt, dass der Begriff gemeinhin alles umschreibt, das mit dem Aufkommen der elektronischen Medien Mitte der 1990er in Verbindung steht, was die Frage nach der Qualität des „Neuen“ bei jenen Medien zulässt. Eine solche Problematisierung scheint mit Blick auf die Theoriebildung sowie hinsichtlich medienpädagogischer Praxisfragen von gesteigertem Interesse. Ausgehend davon, dass insbesondere digital vernetzte Architekturen in Gestalt von Code und Software auf einer „übermedialen“ Ebene fungieren, ergeben sich für die Konzeption einer Medienbildung direkte Konsequenzen, auf die ich im späteren Verlauf genauer eingehen möchte.

Fragen im Rahmen des gesellschaftlichen Diskurses kann vornehmlich nur unter dem Vorzeichen einer funktionierenden Öffentlichkeit gelingen, die durch massenmediale Strukturen und digital vernetzte Architekturen repräsentiert ist. Indem die gesellschaftlichen Ansprüche und Vorbedingungen über die Technologien repräsentiert und in diese eingeschrieben sind, ergeben sich direkte Konsequenzen für die Bedingungen von Medialität unter bildungstheoretischer Schwerpunktsetzung, denn die Einschreibung verschiedener Strukturmerkmale beziehungsweise der Verzicht auf gewisse Implementationen bedingt somit auch gegenläufig die gesellschaftliche Entwicklungsdynamik.

Ein solches Verständnis über die Medien sowie der tiefergreifenden Medialität lässt sich hervorragend mit McLuhan (1964) beschreiben, der auch heute noch als provokanter Medientheoretiker gilt und verschiedene komplexe Zusammenhänge pointiert in Thesen zusammengefasst hat. Eine seiner zentralen Thesen geht von der Annahme aus, dass das Medium selbst die Botschaft sei, es also absolut irrelevant für die menschliche Wahrnehmung und das gesellschaftliche Zusammenleben sei, was beispielsweise in einem Buch stünde, da der Buchdruck selbst als technologische Entwicklung, also das Medium Buch die Gesellschaft bereits maßgeblich verändere:

„What we are considering here, however, are the psychic and social consequences of the designs or patterns as they amplify or accelerate existing processes. For the ‚message‘ of any medium or technology is the change of scale or pace or pattern that introduces into human affairs.“
(ebd., S. 8)

Demnach sei es also egal, was in einem Buch steht oder welches Thema ein Film hat. Indem die tatsächliche Botschaft bereits durch das Medium, also durch dessen strukturelle Ausprägungen, seine soziale Einbettung und folglich die daran anschließenden Nutzungspraktiken repräsentiert wird, kann diese soziotechnische Verflechtung, von der hier im Kontext der Medienbildung die Rede ist, auf den Punkt gebracht werden. McLuhan spricht dabei von Designs zur Optimierung existenter Prozesse. Damit wird auf ein Grundmuster moderner Gesellschaftsentwürfe verwiesen, deren Ausdifferenzierung und Komplexitätssteigerung von Prozessen der Optimierung und Leistungsfähigkeit geprägt ist. Ich werde diesen Aspekt der Vorstrukturierung von Medien und deren Auswirkung auf gegebene Prozesse später am Beispiel der digitalen Technologien aufgreifen, da sich zeigen lässt, dass gerade Code und Software eben jene Strukturprägung in ganz besonderer Qualität und entgegen klassischer medialer Muster beeinflussen.

Der Inhalt des Mediums ist nach McLuhan dann wieder ein anderes Medium. So wäre beispielsweise die Sprache der Inhalt von Schrift und diese wiederum Inhalt des Buchdrucks. Dadurch entsteht eine Kette von Verbindungen, die abhängig von Medientechnologien und innovativen Errungenschaften sind. Es ist daher nur konsequent, dass McLuhan diese Überlegungen auch hinsichtlich der Automatisierung und der

Maschinen weiterdenkt, denen es schließlich egal ist, was sie tatsächlich produzieren, seien es Cornflakes oder ein Cadillac.

„In terms of the ways in which the machine altered our relations to one another and to ourselves, it mattered not in the least whether it turned out cornflakes or Cadillacs. The restructuring of human work and association was shaped by the technique of fragmentation that is the essence of machine technology.“ (McLuhan 1964, S. 7)

Folglich sind damit mediale Strukturen gemeint, also das Feld, das sich im Zusammenspiel unterschiedlicher Medien und dem Subjekt aufspannt und so seine eigene Dynamik entfaltet. Die Botschaft ist demnach darüber zu definieren, wie sich durch die jeweilige Technologie die Wahrnehmungs- und Handlungsweisen der Menschen verändern. Im hier zitierten Beispiel handelt es sich um die Optimierung und Beschleunigung von Produktionsabläufen. Damit verbunden ist für McLuhan immer die Ausweitung der menschlichen Sinne, da diese die Wahrnehmungsweisen beeinflussen.

Als eine Ausweitung oder Erweiterung könne demnach das Auto gesehen werden, da es die Reichweiten der Menschen enorm erhöht. Der Mensch kann weitere Strecken zurücklegen, wodurch eine räumliche Relativierung im Wahrnehmungsmodus eintritt. Dies ist insofern interessant, als dass hier deutlich wird, wie McLuhan neben klassischen Medienformen auch Fahrzeuge unter dem Medienbegriff versammelt und er somit im Grunde jeder neuen Technologie den Status eines Mediums zuschreibt. Spricht man in diesem Zusammenhang von einer Ausweitung oder Erweiterung der menschlichen Sinne, dann heißt das zugleich, dass diese nicht radikal verändert, sondern lediglich die Ausprägungen verstärkt werden. So gesehen ist das zuvor erwähnte Fahrzeug eine Erhöhung menschlicher Mobilität, indem Reichweiten überbrückt werden können, die zu Fuß nur in wesentlich längerer Zeit und mit erheblich mehr Anstrengungen zurückgelegt werden könnten.

Indem McLuhan damit auf eine gewisse Kontinuität im Entwicklungsprozess gesellschaftlicher Strukturen hinweist, entwickelt er zugleich eine methodologische Kritik. Denn die Verschiebung des Inhalts und der Botschaft macht in gewisser Weise und besonders im Hinblick auf neue Technologien blind für die eigentliche Wirkungsweise, womit für McLuhan weitreichende Konsequenzen in der Medienforschung deutlich werden. In der Konsequenz ist diese Kontinuität nicht nur für den gesellschaftlichen Umgang⁴⁸ mit neuen Technologien eher defizitär behaftet, sondern auch im Sinne der Medientheorie schwierig zu fassen, schließlich könne man beispielsweise die Ausprägungen der elektronischen Medien, zu denen er unter anderem den Film und das Fernsehen sowie das Radio zählt, nicht mit dem Verständnis der Buchdruck-Ära beschreiben, da

⁴⁸An dieser Stelle sei vor allem auf die sich herausbildenden Nutzungsweisen verwiesen. So werden neue Medien und Technologien zunächst häufig dafür genutzt, tradierte Gewohnheiten im „Neuen“ zu erleben. Die Umsetzungsprinzipien laufen also in gewisser Weise immer anachronistisch den Möglichkeiten der Technologie hinterher.

es sich bei elektrischen Medien um eine gänzlich andere Ausweitung menschlicher Sinne handelt.

Diese Überlegungen können für einen bildungstheoretischen Zugang gewendet werden, schließlich sind Menschen, seitdem sie sich selbst im Sinne der Erkenntnisfähigkeit thematisieren können, von ihren eigenen Sinneswahrnehmungen fasziniert, wie sich schon entlang Platons Höhlengleichnis aufzeigen lässt. Die Gefangenen sehen im Grunde nur Schattenbilder und Abbilde von anderen Lebewesen und Dingen, halten diese aber für wahrhaftig, da sie keine Alternativen gesehen oder anders wahrgenommen beziehungsweise erfahren haben. Würde man nun den Versuch unternehmen, den Gefangenen diesen Trugschluss zu erklären, würde man auf Ablehnung und Unglaube stoßen. Wäre einer der Gefangenen gar selbst in der Lage aufzustehen und sich den Gegenständen zuzuwenden, deren Schatten er bislang nur gesehen hat, dann würde er das, was sein Blickfeld kreuzt, wohl als weniger real empfinden, als die bisher vertraute Illusion. Es ist schon Platons Intention, darauf hinzuweisen, dass Wirklichkeit über die menschlichen Sinne konstituiert wird.

McLuhans hier mitschwingende Kritik im Umgang mit neuen Technologien und deren Wahrnehmung lässt sich nun keineswegs bloß auf den gesellschaftlichen Alltag abbilden, sondern trifft ebenso den wissenschaftstheoretischen Umgang mit neuen sozio-technologischen Phänomenen. Zwar bezieht McLuhan dies in erster Linie auf eine medientheoretische Perspektive, jedoch lässt sich diese Perspektive auch auf medienpädagogische Problemfelder anwenden. Schließlich haben sich die Koordinaten, wie man mit Informationen und Wissen umgeht, in grundlegender Weise mit dem Aufkommen und der Verbreitung des Netzes gewandelt. Ein maßgebend strukturelles Merkmal hierfür ist der Aspekt der Interaktion, durch den sich neue Kommunikationswege entwickelt haben und klassische, bereits aus den Massenmedien bekannte Phänomene und Praktiken der Kommunikation veränderten.

Ich habe die Verschränkung zu medien- und kommunikationstheoretischen Betrachtungen zur Strukturalen Medienbildung aus zweierlei Gründen eine gesteigerte Aufmerksamkeit geschenkt. Zum einen halte ich es trotz einiger fachdisziplinärer Auseinandersetzungen noch für notwendig, auf die hier dargelegte Verschränkung von Medialität und Bildung aufmerksam zu machen, da die Qualität bildungstheoretischer Überlegungen maßgeblich von einem vorausgehenden Medienbegriff aber auch dem dahinterliegenden Verständnis von Medialität abhängig ist. Damit ist nicht gemeint, dass Medien einer solchen Konzeption von Bildung nachgelagert wären, sie sind vielmehr schon grundlegend bei der Betrachtung von Bildungs- und Subjektivierungsprozessen mitzudenken, da sie in direkter Verflechtung zu einander stehen. Mit einer solchen Perspektive auf Medien kann somit die Differenz zu kompetenzorientierten Projekten herausgearbeitet werden, die insbesondere in lerntheoretischen Betrachtungen eine Rolle spielen, sich jedoch als nicht passgerecht erweisen, wenn es um die Betrachtung komplexer medialer Formate und ihrer heterogenen Auslegungspraktiken in kulturellen Kontexten geht. Die Struk-

turale Medienbildung spezifiziert somit nicht nur die bildungstheoretische Dimension des Konzepts, sondern eröffnet gleichermaßen verschiedene Anknüpfungspunkte für medientheoretische Auseinandersetzungen, die hier lediglich unter dem Bezugspunkt der Theorie McLuhans herausgehoben wurden.

Dies führt zum zweiten Grund, weshalb ich die medientheoretische Linie weiterverfolgt habe. Es handelt sich um die Relevanz für den Öffentlichkeitstopos. Mit einer solchen Grundlage können die bildungstheoretischen Verflechtungen zur Öffentlichkeitstheorie noch einmal deutlich hervorgehoben werden. Algorithmen bilden dafür die strukturelle Grundlage. Sie liegen außerhalb des Sichtfelds der eigentlichen Erscheinung in Form von Software, ihren Anwendungskontexten sowie Diensten und doch sind sie nicht nur eine neutrale Struktur, sondern bestimmen die Wahrnehmung durch ihre Architektur und den implementierten Ideen.

Zusammengefasst erweist sich die medientheoretische Spezifizierung dann als hilfreich, wenn es um die systematische Verortung des Verhältnisses von Subjekt und Welt in einer medial durchdrungenen Welt geht. Die Spezifizierung skizziert somit den Referenzrahmen für die Einbettung in Bildungstheorie sowie Bildungsforschung im Sinne eines strukturellen Medienbegriffs. Erst in der Festlegung eines solchen Verständnisses von Medien und Medialität lässt sich die Komplexität des Konzepts und seiner Implikationen genauer umreißen. Dieser Umstand ist vor allem im fachdisziplinärem Diskurs nicht zu unterschätzen. Die hohe Anschlussfähigkeit an medien- und kommunikationswissenschaftliche Frage- und Problemstellungen hingegen kann hinsichtlich interdisziplinärer Untersuchungsvorhaben als besonders wertvoll angesehen werden.

Damit lässt sich die medientheoretische Grundlage zur Konzeption der Strukturalen Medienbildung beschreiben, die sich nicht auf die Inhalte bezieht, sondern bereits auf die medialen Strukturen abzielt. Demzufolge geht es bei empirisch medienanalytischen Betrachtungen nicht um die Wirkung der jeweiligen Inhalte, sodass hier nicht das Paradigma der Rezeptionsforschung vertreten wird. Wie schon der zu Grunde gelegte Bildungsbegriff zielt also auch das hier angelegte Medienverständnis auf eine den Inhalten vorgelagerte strukturelle Dimension ab, die es im Zuge der theoretischen und empirischen Analysen zu untersuchen gilt. Folglich geht eine solche Betrachtung von Bildungsprozessen und deren Potenziale über das traditionelle Verständnis von Sprache hinaus, indem hier die medialen Formen der audiovisuellen Artikulation einbezogen werden. Der Begriff der Artikulation wird unter Bezugnahme auf Matthias Jung (2005) hinsichtlich des Aufbaus von Orientierungswissen gewendet und beschreibt grundlegend jene Prozesse, bei denen individuelle Erfahrungen qualitativ beschrieben werden (Jörissen und Marotzki 2009, S. 38). Dies müsse nicht nur geschehen, indem man die Erfahrungen und Eindrücke zur Sprache bringt, sondern kann auch über visuelle, auditive oder andere erdenkliche Formen geschehen (vgl. Jung 2005, S. 126).

Der anthropologische Artikulationsbegriff zielt dabei auf die subjektiven Gehalte des Menschen ab und misst ihnen eine unterschiedlich ausgeprägte Reflexivität bei. Jung

differenziert dahingehend drei graduelle Reflexivitätsebenen, die sich durch fortschreitende Assimilierung des externen und internen Standpunktes auszeichnen (vgl. ebd., S. 133). Während die erste Ebene, die präreflexive Zone, voranging, wenngleich nicht ausschließlich, spontan-leibliche Gefühlsausdrücke beschreibt, umfasst die reflexive Zone als zweite Ebene alle (medialen) Ausdrucksformen qualitativer Erfahrungen. Dabei fließt der Sinngehalt des Erlebten in das Medium, löst sich somit vom Subjekt und dem jeweiligen Entstehungskontext ab und gelangt schließlich in den sozialen Raum. Der Geltungsanspruch des Erlebten wird dann intersubjektiv über das Medium hergestellt und durch die Narration oder Beschreibung auf individuelle Ziele abgestimmt. Die dritte und zugleich komplexeste Ebene bezieht sich auf metareflexive Artikulationsformen, welche die reflexiven sprachlichen und nichtsprachlichen Artikulationen in diskursive Bezüge einbetten (vgl. ebd.). Damit werden nach Jung, so Jörissen und Marotzki, Diskurse über multimediale Diskurse erfahr- und thematisierbar. Artikulation bezeichnet dabei vor allem „auch die Fähigkeit, sich kontextabhängig die jeweils angemessenen symbolischen Medien auszuwählen bzw. zu verknüpfen“ (vgl. ebd., S. 134).

Für Jörissen und Marotzki sind nun zwei Aspekte maßgebend: *Einerseits* könne den individuellen medialen Artikulationen bereits ein reflexives Potenzial zugeschrieben werden, das zugleich eine Entäußerung impliziere und somit schließlich den Moment der Distanzierung beinhalte. *Andererseits* könne den Artikulationen selbst ein reflexives Gehalt zugeschrieben werden (Jörissen und Marotzki 2009, S. 39). Damit zielen die Autoren auf die komplexen sozialen Aushandlungsprozesse ab, die ganz wesentlich auch über Medien ablaufen. Sowohl im Prozess der Artikulation als auch in der Artikulation selbst sind also Bildungspotenziale zu verorten. Mit einem solchen anthropologischen Begriffsverständnis von Artikulation wird ein Feld umschrieben, das über das klassische Verständnis der Sprache konsequent hinausgeht und empirisch-analytisch ermöglicht, tieferliegende kulturelle bzw. subkulturelle Praktiken im Verhältnis zu deren strukturalen Bedingungen zu betrachten.

Ausgehend von der Grundannahme, dass sich Bildungs- und Subjektivierungsprozesse grundsätzlich „in medial geprägten kulturellen Lebenswelten und in medialen Interaktionszusammenhängen ereignen“ (Marotzki und Jörissen 2008a, S. 100), entwerfen die Autoren einen Ansatz, der Bildungsprozesse in Konsequenz zu aktuellen gesellschaftlichen Transformationsprozessen rund um die Informations- und Medientechnologien theoretisch erfasst und darin begründete Problem- und Fragestellungen durch eine empirisch-methodisch Fundierung gleichermaßen berücksichtigt. Das Konzept der Strukturalen Medienbildung vereint somit bildungstheoretische Aspekte mit jenen der empirischen Bildungsforschung und schafft damit die Verschränkung der zunächst weitestgehend voneinander abgeschotteten Sphären, wie sie von Tenorth (1997, S. 970) noch als Bereiche beschrieben wurden, die abgesehen von Ausnahmen kaum wechselseitig Einflussnahmen aufwiesen.

3.4 Medienbildung als Analyseschlüssel für Bildungspotenziale im Internet

Das Konzept der Strukturalen Medienbildung nach Jörissen und Marotzki stellt insofern eine innovative Bestrebung dar, als dass hierbei aufgezeigt wird, wie theoretische Analysen in Verschränkung zu empirischen Untersuchungen im Schnittfeld bildungs-, medien- und kulturtheoretischer Ansätze vorangetrieben werden können. Indem davon ausgegangen wird, dass es sich um ein Kompositum komplexer medialer Strukturen handelt, kann eine Betrachtungsposition der sozialen Phänomene im Netz eingenommen werden, die einerseits über ein utilitaristisches Verständnis der jeweiligen Technologien hinausgeht und andererseits einen interdisziplinären Zugang ermöglicht, denn der Ansatz lässt neben den im Zentrum stehenden bildungstheoretischen Betrachtungsweisen auch die Berücksichtigung einer Schwerpunktsetzung aus kultur-, kommunikations- und medientheoretischer Perspektive zu. Somit lassen sich nicht nur bildungstheoretische Problemstellungen in den Blick nehmen, sondern gleichermaßen auch die öffentlichkeitstheoretischen Aspekte, wie sie in der vorliegenden Arbeit im Zentrum stehen.

Neben der disziplinären Anschlussfähigkeit erweist sich die Betrachtung von Bildungspotenzialen auf strukturaler Ebene dann als besonders hilfreich, wenn es um die verschiedenen Komplexitätslagerungen im Netz geht. Schließlich, und hier könnte man auch mit McLuhans Kritik bezüglich anachronistischer Beschreibungsversuche argumentieren, lassen sich Lern- und Bildungsprozesse in ihrer Tiefe nicht bloß über quantitative Befragungen und Erhebungen beschreiben, wie sie in der Tradition von Rezeptions- und Medienwirkungsforschung noch heute auch in (medien-)pädagogischen Forschungsansätzen vorzufinden sind und durch die Brille massenmedialer Strukturlogiken auf das Netz angewendet werden. Neue Technologien erfordern somit eine Akzeptanz hinsichtlich der forschungspraktischen Einstellung. Kritisch zu fragen wäre dann, ob man bisher etablierte Methoden und Methodologien auf die neuen technologischen Ausprägungen anwenden kann und wo die Grenzen liegen.

Das Netz folgt nicht den Regeln der Massenmedien, die sich an einem Sender-Empfänger-Modell und weitestgehend ohne ein interaktives Moment vom passiven Konsumenten ausgehen. Es widerspricht ihnen gar auf ganz grundlegender Ebene, da die soziale Interaktion zur Herausbildung neuer (sub-)kultureller Räume aber auch kollaborativer Vorhaben führen kann, die je nach Kontext eigene Normen und soziale Werte definieren und auf unterschiedlichen Infrastrukturen mit jeweils verschiedenen Kommunikations- und Rückkopplungskanälen arbeiten. Ich werde im späteren Verlauf der Arbeit noch vertiefend auf diesen Aspekt eingehen, da hierfür grundlegende Fragen, wie jene nach dem Prinzip technologischen Infrastruktur des Netzes sowie den sozialen Phänomenen, geklärt werden sollten. Diese Fragen sind nicht trivial, da es sich hierbei

um hochkomplexe soziotechnologische Strukturen mit stark ausgeprägten Ambivalenzen handelt, die zugleich einer großen Dynamik unterliegen.

Vorwegnehmend möchte ich jedoch festhalten, dass es daher nur schwer möglich ist, die Komplexitäten von Lern- und Bildungsprozessen im und durch das Netz mit klassischen Methoden und Forschungsparadigmen zu begründen, die von einem passiven Konsumierenden oder lediglich rezipierenden Nutzenden ausgehen. Ein solches Defizit zeigt sich besonders dann, wenn über quantitative Erhebungsverfahren der Versuch unternommen wird, soziale Phänomene in ihren Ausprägungen durch beispielsweise Nutzungshäufigkeiten bzw. -weisen und Präferenzen zu erheben. Ein solches Verfahren würde in keiner Weise die Heterogenität der emergenten (Sub-)Kulturen in adäquatem Maße erfassen. Somit wäre es insbesondere für die Heraushebung von Subjektivierungspraktiken schwierig, diese überhaupt zu erfassen, da man sie in einer solchen Perspektive den Technologien nachgelagert betrachtet müsste. Indem die vorliegende Arbeit jedoch die Prozesshaftigkeit der Transformation von Selbst- und Weltverhältnissen fokussiert, die sich im Schnittfeld von Subjektivierung befinden, erscheint eine Diskussion der Phänomene ausgehend vom Paradigma der qualitativen Sozialforschung auch dann als sinnvoll, wenn es um die Analyse von Strukturmerkmalen des Netzes und der Herausbildung von Öffentlichkeit unter dem Vorzeichen digitaler Technologien geht. Hierdurch kann eine Thematisierung und vertiefende Diskussion der Anschlusspraktiken erfolgen, die auch Code in den Blick nimmt, da dieser anhand seiner Rezeption nicht ausreichend untersucht werden kann.

Mit einer solchen Perspektivsetzung auf das Internet sind grundlegend zwei Aspekte verbunden: *Erstens* wird das Internet als Kulturraum verstanden und somit grundlegend als sozial situiert verortet, schließlich unterliegen die medialen Artikulationen zwar den jeweiligen Regeln der vermittelten Kommunikation⁴⁹, jedoch sind sie deshalb keineswegs ausschließlich technisch zu begreifen. Jörissen und Marotzki verweisen zudem auf anerkennungstheoretische Gehalte, die den heterogenen sozialen Phänomenen innewohnen. Dies geschieht dann, wenn auch unter Rückbezug auf die Habilitationsschrift von Stojanov (2006) festgehalten wird, dass erworbene Einstellungen zur Welt und zum Selbst nicht im sozialen Vakuum stattfinden, sondern Bildungsprozesse grundsätzlich mit Anerkennungsproblematiken verbunden sind (vgl. Jörissen und Marotzki 2009, S. 38). Damit wird eine Dimension angesprochen, die in der hier vorliegenden Arbeit unter Rückbezug auf den von Klein (2004, 2007) entwickelten *voice divide* thematisiert wird, wenn es um Differenzierungen hinsichtlich der Nutzungsweisen und der

⁴⁹Schon recht früh hat Udo Thiedeke (2004, 2008a,b) auf die *mittelbare Unmittelbarkeit der vermittelten Kommunikation* hingewiesen und somit zentral auf das Verhältnis von sozialer Interaktion und Technik aufmerksam gemacht, welches letzteres aufgrund der Aushandlungen in den Hintergrund stellt. In der empirischen Studie zu Online-Communities von Senioren konnte Kreß (2016) aufzeigen, dass sich hieraus direkte Implikationen für die Identitätsarbeit und Transformationsprozesse des Selbst- und Weltverhältnisses in unterschiedlichem Maße ergeben.

damit verbundenen digitalen Ungleichheit geht, die sich durch relative Positionierungen innerhalb der unterschiedlichen Kontexte und sozialen Räume vollziehen.⁵⁰

Dieser Aspekt begreift die sozialen Aushandlungen und Positionierungen zunächst als Anschlusspraktiken an gegebene technologische Rahmenbedingungen, die sich freilich auch in eine nicht-intendierte Richtung entwickeln können und somit keineswegs von der vorgegebenen Struktur determiniert sind. Damit wird sogleich eine partizipative Dimension eröffnet, die hinsichtlich einer öffentlichkeitstheoretischen Betrachtung an Relevanz gewinnt. Wenn das Netz aufgrund seiner vielfältigen Artikulationsmöglichkeiten Fragen der Teilhabe in sich vereint, dann steht dies unmittelbar mit der Struktur des Netzes selbst in Verbindung. So kann sich die Ermöglichung von Teilhabe auf eine Demokratisierung des Netzes selbst auswirken. Während die Forderung danach, das Netz eben nicht nur als einen mathematischen Raum, sondern als hochgradig komplexen Sozialraum anzuerkennen, zur Jahrtausendwende eine neuartige Perspektive darstellte, ist dies spätestens mit dem Aufkommen des *Web 2.0* oder dem *Social Web* recht unstrittig.⁵¹ Dies hat zu einer gewissen Verschiebung der Perspektive geführt, indem gerade der technologische Raum in seiner strukturellen Gegebenheit den aufkommenden sozialen Phänomenen gewichen ist.

Zweitens lassen sich die sozialen Veränderungsprozesse nicht ohne die technologisch-strukturellen Rahmenbedingungen erfassen. Deshalb ist eine Hinwendung zurück zu den technischen Gegebenheiten und eine vertiefende Betrachtung dieser Strukturen auch für bildungstheoretische Fragestellungen interessant und aus meiner Sicht gar unumgänglich. Indikatoren dafür lassen sich beispielsweise anhand der Filterblasentheematik (Pariser 2011) sowie den sozialen Positionierungen und Aushandlungen im Netz festmachen, die bisher weitestgehend im Anschluss an die technischen Strukturen untersucht wurden. An dieser Stelle kann man noch einmal McLuhan bemühen, dessen These der Verschleierung des eigentlichen Mediums zunächst zu einer Fokussierung auf die oberflächlichen und sichtbaren Ausprägungen führt. Im Hinblick auf Code und die dem Netz zu Grunde liegenden Architekturen trifft dies zu, möchte man den Code und die Hardware als das darunterliegende verstehen, während die Software und in erster Instanz ihre sichtbaren Oberflächen die Interaktionsmedien sind. Es ist mit McLuhan gesprochen also ganz selbstverständlich, dass der Blick hinter die Strukturen auf die Produktionsumgebungen erst nach einem Prozess der Entschleierung oder in mancher Hinsicht gar De-Mystifizierung erfolgt ist.

Eine Hinwendung zur Architektur des Netzes und ein theoretisch fundiertes Verständnis der Wirkmacht von Code und Soft- beziehungsweise Hardware scheint also

⁵⁰Auf das Konzept des voice divide und die Implikationen für die hier vorliegende Arbeit werde ich im späteren Verlauf genauer eingehen (vgl. Kapitel 6.3).

⁵¹Ich halte den Begriff *Web 2.0* angesichts der Entwicklungsdynamik für etwas altmodisch. Zwar wird das Schlagwort immer wieder aufgegriffen, um die sozialen Implikationen des Netzes zu beschreiben, jedoch ist der nun mehr als zehn Jahre alte Begriff einer gewissen Reichweitereinschränkung unterlegen.

von gesteigerter Bedeutung, denn die digitalen Medien und vernetzten Technologien sind nicht bloß dem Subjekt vorgelagerte Objekte. Büching, Walter-Hermann und Schelhowe (2014) halten hierzu wie folgt fest:

„Digitale Medien haben eine eigene, aus dem programmierten Artefakt erwachsende Handlungsmacht mittels derer sie nicht nur die Interaktion mit ihnen, sondern darauf aufbauend auch die Partizipation mitgestalten.“ (ebd., S. 130)⁵²

Die hier beschriebene Wirkmacht digitaler Medien ist ein Indiz dafür, wie sich die Qualität der medialen Strukturen durch digitale Technologien verändern. Das Besondere an den digitalen Medien ist, dass sie ihren Gebrauch nicht determinieren, sondern dadurch überhaupt erst entstehen (vgl. Münker 2009, S. 27). Ein solches Verständnis von digitalen Medien ist für Fragen der Subjektivierung, wie sie im bildungstheoretischen Diskurs Eingang finden, von zentraler Bedeutung, da hierüber einerseits die an Medien anschließenden Praktiken in den Blick genommen werden können und andererseits zugleich auf deren durch das Design und die Produktionsprozesse vorweg implementierte Strukturierung eingegangen werden kann. Nach Jörissen (2014a) ergibt sich die besondere Bedeutung digitaler Medien „einerseits durch die Steigerung der Komplexität medialer Architekturen, andererseits durch die Vervielfachung und Verbreitung medialer Optionen der eigenen, individuellen Artikulation in neuen Öffentlichkeitsgefügen“ (ebd., S. 505). Die potenzielle (Re-)Konfigurierbarkeit von Zuständen, Architekturen und medialen Artikulationen hat weitreichende Auswirkungen auf die Wahrnehmung und Herausbildung von Praktiken ganz unterschiedlicher Natur. Es ist die digitale Medialität, die hier die Möglichkeitsräume in besonderer Weise aufspannt. Indem Code beispielsweise im Netz auch selbstreferenziell thematisiert wird, wie man bei Entwickler-Communities, beispielsweise GitHub, sehen kann, wird zugleich ermöglicht, die digitalen Materialitäten auf eben jene Vorstrukturiertheit zu untersuchen und darüber hinaus auch entlang unterschiedlicher (kollaborativer) Praktiken zu de- oder kontextualisieren.⁵³

⁵²In der Konsequenz fordern die Autorinnen, dass man den Blick auf die grundlegenden technologischen Strukturen richtet. Angesichts der Komplexitätssteigerung hieße dies, dass man die Prozesse der Algorithmen verstehen lernt und sich mit den zu Grunde liegenden Prinzipien vertiefend beschäftigt.

⁵³Damit will nicht gesagt sein, dass man – nur, weil Quellcode im Netz zur Verfügung steht – die Fragen zur Komplexität im Ablauf lösen und den Code somit verstehend entschlüsseln kann. Jedoch ist der Zugang zu eigenen Produktionsumgebungen und die Möglichkeit des Ausprobierens nicht zuletzt durch Idee von Open-Source Soft- und Hardware viel niedrigschwelliger als noch vor zehn Jahren geworden, wie man beispielsweise an den DIY- oder Maker-Bewegungen sehen kann (vgl. hierzu Lindtner 2013).

3.5 Positionen zur Strukturalen Medienbildung im medienpädagogischen Diskurs

Mit Blick auf die verschiedenen Reaktionen und Auseinandersetzungen vor allem in der Medienpädagogik kann zweifelsohne von einer hohen Resonanz bezüglich der Strukturalen Medienbildung gesprochen werden, die es sich aus verschiedenen Gründen genauer anzusehen lohnt.

Zum einen erscheint es mir wichtig, den Diskurs zur Medienbildung vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen und Transformationen zu thematisieren und auf die Implikationen des dabei zu Grunde gelegten Bildungsbegriffs hinzuweisen. Schließlich zielt mein Interesse darauf ab, das Konzept der Strukturalen Medienbildung in seinen Ausprägungen zu erfassen, um ergänzende Perspektiven entlang dieser Konzeption abzugleichen, mögliche Desiderate aufzuzeigen und somit einen Anlass für weitere bildungstheoretische Überlegungen zu geben. Zum anderen kann durch die diskursive Abarbeitung entlang der Strukturalen Medienbildung auf Implikationen für einen analytischen Zugang zu Netzphänomenen aufmerksam gemacht werden, wie sie in vorliegender Arbeit von Bedeutung sind. Hierfür scheint es ebenso hilfreich, auf die verschiedenen Traditionen der (medien-)pädagogischen Forschungs- und Handlungsfelder einzugehen. Schließlich ist der Diskurs zur Medienbildung nicht erst mit dem Konzept der Strukturalen Medienbildung aufgekommen, sondern weist eine recht lange Entwicklungsgeschichte auf. Indem die Positionen in Beziehung zur Strukturalen Medienbildung gesetzt werden, kann freilich nicht auf alle Perspektiven eingegangen werden. Ich orientiere mich bei der Rekonstruktion der relevanten Positionen in erster Line an Iske (2015), der eine systematische Aufbereitung des Diskurses unter Berücksichtigung der heterogenen Begriffsverständnisse darlegt und somit ein breiteres Spektrum erfasst.

Schon vor der Jahrtausendwende hat Stefan Aufenanger (1999) den Begriff der Medienbildung im Rahmen des medienpädagogischen Fachdiskurses vorgeschlagen und gegenüber dem Konzept der Medienkompetenz verortet. Dabei hat er zugleich auf eine Notwendigkeit einer Verschränkung von Bildungstheorie und Medienpädagogik hingewiesen. Medienbildung lässt sich bei Aufenanger als eine reflexive Haltung gegenüber den Medien beschreiben, die aus dem komplexen Zusammenspiel von kognitiver, moralischer, sozial-politischer, ästhetischer und affektiver Dimension resultiere (vgl. ebd., S. 23). Insbesondere diesen frühen Bestrebungen steht, so fasst Spanhel (2010, S. 29) rückblickend zusammen, die Kritik gegenüber, dass Medienbildung keine neuen Perspektiven für die Medienpädagogik eröffne (vgl. Hüther und Schorb 2005, S. 274) und noch viel zu wenig theoretisch und konzeptionell ausgearbeitet sei (vgl. Hugger 2006, S. 34), was eine bis dato eher geringe Rezeption eines Konzepts von Medienbildung zur Folge hatte und man sich vielerorts auf die etablierte Konzeption von Medienkompetenz(en) ausrichtete.

Damit wird ein Sachverhalt angesprochen, der im Diskurs zur Medienbildung allgemein und entlang der Konzeption einer Strukturalen Medienbildung im Speziellen häufig thematisiert wird, nämlich die Frage nach dem Verhältnis von Medienbildung zur Medienkompetenz. Letztere Konzeption lässt sich auf Dieter Baacke zurückführen und hat seit den 1970er Jahren insbesondere die Medienpädagogik in ihren heute noch vertretenen Ziel- und Rollenvorstellungen maßgeblich beeinflusst, denn die Herstellung von Medienkompetenz stellt ein zentrales pädagogisches Handlungsfeld dar. Schließlich entstehe das „medienkompetente Subjekt [...] nicht von selbst und auch nicht aus sich selbst heraus und erst recht nicht aus der bloßen Rezeption und Nutzung von Medien und ihren Produkten“ (Theunert 1999, S. 54).

Der von Baacke zu Grunde gelegte Kompetenzbegriff geht auf die von Jürgen Habermas (1971, 1981a) beschriebene Theorie des kommunikativen Handelns zurück, die wiederum ihren Ursprung bei Noam Chomskys 1965 Sprachkompetenzen hat. Es handelt sich also um ein aus der Linguistik stammendes Konzept, das unter anderem die Fähigkeit beschreibt, sich in unterschiedlichen sozialen Kontexten adäquat auszudrücken und die jeweiligen Symbolsysteme zu deuten. Für Baacke sind also nicht nur mediale Rahmenbedingungen, sondern ebenso gesellschaftliche Strukturen von Bedeutung, wenn er von der Konzeption einer Medienkompetenz im Sinne einer kommunikativen Kompetenz spricht. Indem er hier das Verhältnis von Gesellschaft und Individuum dahingehend aufzeichnet, als dass die Lösung individueller Problemlagen zum Gelingen der gesellschaftlichen Ordnung beiträgt, bewegt er sich in einer ganz ähnlichen Argumentationslinie, wie sie bereits von Klafki verfolgt wurde.

Im Kontext der Medien heißt Kompetenz vor allem, die Fähigkeit zu entwickeln, Inhalte zu decodieren und Produktions- bzw. Gestaltungsprozesse auf ihre instrumentelle Wirkung hin zu beurteilen und so einen sicheren Umgang mit jenen unterschiedlichen Medien zu ermöglichen. Baacke unterteilt Medienkompetenz dabei in vier Dimensionen: Mediennutzung, Mediengestaltung, Medienkunde, Medienkritik (vgl. Baacke 1997, S. 98f.). Während sich die ersten beiden Dimensionen einer Zielorientierung untergliedern lassen, sind die beiden Dimensionen der Medienkritik und Medienkunde im Sinne einer Vermittlung zu betrachten. Angesichts der Fähigkeit zur Medienkritik wird hier schon deutlich, weshalb der Begriff der Medienkompetenz insbesondere in dieser Konzeption auch heute noch von hoher Aktualität ist, schließlich wird es durch sich ausdifferenzierende Medien und mediale Schauplätze immer schwieriger, eine kritisch-reflexive Haltung gegenüber den Inhalten und Formaten zu entwickeln.

Einen weiteren Anhaltspunkt in der Auseinandersetzung zum Verhältnis von Medienkompetenz und Medienbildung, später dann der Strukturalen Medienbildung, liefert Marotzki (2004), indem er für eine Differenzierung beider Konzepte argumentiert, die sich unter Rückbezug auf Jürgen Mittelstraß (1982, 2002) beschreiben lassen. Marotzki greift damit einen für Mittelstraß zentralen Sachverhalt auf, der sich damit beschreiben lässt, dass in modernen Gesellschaften der Abstand zwischen einem Verfügungs- und ei-

nem Orientierungswissen gewachsen ist. Verfügungswissen kann dabei als jenes Wissen beschrieben werden, das sich der Mensch im Laufe seines Lebens in unterschiedlichen Kontexten aneignet. Es handelt sich somit um faktenbasiertes Wissen, um Wirkungsweisen von Zusammenhängen, Praktiken und Technologien. Mit dem Orientierungswissen trete der Mensch sodann in ein reflektiertes Verhältnis zur Welt (vgl. Marotzki 2004, S. 65).

In der Unterscheidung zwischen Medienkompetenz und Medienbildung zielt Marotzki darauf ab, dass es bei der Herstellung von Medienkompetenz um den Erwerb und die Vermittlung von Verfügungswissen gehe und Medienbildung darüber hinaus Orientierungswissen ermögliche. Damit beschreibt Marotzki zwei grundlegend andere Sachverhalte, die sich entlang der verschiedenen Konzepte ableiten lassen und in der Tat scheint es gerade heute von höchster Bedeutung, in pädagogischen Handlungsfeldern jene Vermittlungsleistung von Faktenwissen ergänzend zu den eigenen Erfahrungen und Reflexivitätslagerungen zu gewährleisten. Auf der anderen Seite zeigt sich jedoch, dass im Zuge der ausdifferenzierten Gesellschaftsstrukturen eine Herstellung von Orientierungswissen immer mehr auf individuelle Problemlagen abgebildet wird, was der Forderung zur Vermittlung eben solcher Wissenszusammenhänge, sofern das überhaupt möglich ist, eine gewisse paradoxe Figur einverleibt, die sich kaum auflösen lässt. Es handelt sich dabei um die Herstellung von innerer Autonomie durch äußere Einflüsse, wie sie durch die Vertreter der Kritischen Theorie gefordert und in der Linie der Kritischen Erziehungswissenschaft thematisiert wurde (vgl. Heydorn 1979, S. 162). Im Horizont der medialen Umgebungen sind daher neben einer moralischen Grundvorstellung, wie sie im Rahmen der Gesellschaft ausgehandelt wird, gerade auch ethische und individuelle Perspektiveinnahmen von Bedeutung, die sich unter Einfluss der unterschiedlichen sozialen Arenen entfalten.

Damit habe ich zwei Positionen und Bestrebungen einer theoretisch fundierten Begründung von Medienbildung innerhalb der Medienpädagogik aufgezeigt, auf die sich im späteren Diskursverlauf bezogen wird und die als eine wesentliche Grundlage für die Bemühungen der Verortung von Medienbildung innerhalb der Fachdisziplin genannt werden können. Die Problematisierung von Medienkompetenz und Medienbildung lässt sich dabei entlang der Entwicklung eines modernen Selbstverständnisses der Medienpädagogik beschreiben und stellt keine Randerscheinung, sondern vielmehr einen zentralen und immer wiederkehrenden Gegenstand der Disziplin dar (vgl. hierzu Aufenanger 1999; Hugger 2006; Jörissen 2011b; Marotzki 2004; Thomann 2015). In einer Reihe aufeinanderfolgender Beiträge in der Fachzeitschrift „merz – medien+erziehung“ wird diese Diskussion später fortgeführt und entlang der unterschiedlichen Perspektiven verhandelt.

Ich möchte mich kurz auf einige einschlägige Beiträge hierzu beziehen, um die Relevanz einer theoretischen Fundierung innerhalb der Medienpädagogik zu verdeutlichen und zugleich das Konzept der Strukturalen Medienbildung in seinen Entwicklungsstufen

zu konturieren. In Reaktion auf die von Aufenanger und Marotzki thematisierten Reichweiten des Medienkompetenzmodells nach Baacke fragt Bernd Schorb (2009) danach, ob es eine Möglichkeit zur Überführung der Medienkompetenz in die Medienbildung gibt, indem er Bildung und Kompetenz vor dem Hintergrund medialer Strukturen thematisiert und beide Konzepte hinterfragt. Seine Argumentation richtet sich gegen eine Abkehr vom Medienkompetenzbegriff, da dieser das Verhältnis von Mensch und Welt fokussiere (vgl. ebd., S. 52). Unter Verweis auf die von Habermas entworfene Konzeption der kommunikativen Kompetenz wird hier die Fähigkeit des Subjektes beschrieben, „[...] sich am gesellschaftlichen Diskurs gleichberechtigt zu beteiligen“ (ebd., S. 53). Es ist an der Stelle nicht ganz unwesentlich zu bemerken, dass für den von Habermas entworfenen Subjektbegriff zunächst auch die Frage nach der Subjektivierung gestellt werden muss, wenn hier von einer Orientierungsleistung in unterschiedlichen sozialen Kontexten gesprochen wird. Diese vollzieht sich nach Habermas in erster Linie durch Sprache und Intersubjektivität. Erst durch die jeweiligen Sprechakte und daraus resultierende alternierende und ineinander verschränkter Ansichten bildet sich das Subjekt heraus. Dabei befindet sich das Subjekt in einem fest definierten Rahmen. Schließlich muss es voraussetzen, dass es „vom Adressaten als jemand ernst genommen wird, der sein Handeln an Geltungsansprüchen orientieren kann“ (Habermas 1992a, S. 230).⁵⁴

Damit ist gleichwohl eine Eingrenzung in der Konzeption zu begreifen, die sich nicht nur an der Relation von Subjekt und Welt, sondern in erster Instanz auf die vermittelte Kommunikation auswirkt, da die Heterogenität der Kontexte eine ineinandergreifende Anerkennung von Geltungsansprüchen bedingen kann und sich in Konsequenz auf die Qualität von Individualisierung und Vergesellschaftung des Subjekts auswirkt. Die hier implizierte Zielvorstellung eines mündigen Subjekts ist zudem hinsichtlich der von Habermas (1983a) entworfenen „Entwicklungslogik“ (ebd., S. 138) zu betrachten, da sie einem klar strukturierten Ablauf folgt und nicht etwa durch Kontingenz geprägt ist. Damit richtet sich die Konzeption von Habermas auf das Wesen der Menschen und nicht auf den Gegenstandsbereich der Medien. Nun könnte man einwenden, dass der universalpragmatische Ansatz der kommunikativen Kompetenz auch die mediale Sphäre einschließt, jedoch würde dies zulasten einer theoretischen Trennschärfe geschehen.

Die hier genannten Implikationen der kommunikativen Kompetenz erweisen sich hinsichtlich der Betrachtung von Performanzen und Kompetenzen sowie der Fokussierung auf Lern- und Bildungsprozesse als hilfreich, verweisen zugleich jedoch auch auf unterschiedliche Ebenen. Es müsste daher genauer geklärt werden, wie Prozesse der Subjektivierung unter den Bedingungen medialer Strukturen zu wenden sind. Ein Vorschlag hierfür konnte bereits am Verhältnis von Medien und Medialität im Sinne

⁵⁴Hierauf werde ich vertiefend eingehen, wenn ich mich dezidiert mit Habermas beschäftige, da mich die Konzeption der kommunikativen Kompetenz im Hinblick auf Öffentlichkeit interessiert (vgl. Kapitel 5).

medialer Artikulation und der diesbezüglichen reflexiven Ebenen nach Jung beschrieben werden.

Schorb schlägt vor, die beiden Begriffe Medienkompetenz und Medienbildung nicht nur als sich ergänzende, sondern auch als sich bedingende zu sehen und formuliert dabei Bildung als Ziel und die Kompetenz als Schrittfolge dahin. So könne festgehalten werden, dass jene Menschen, die über die beschriebenen Fähigkeiten verfügen, die sich unter dem Konzept der Medienkompetenz vereinen lassen, auch als gebildet zu bezeichnen wären (Schorb 2009, S. 54). Diese Folgerung ist angesichts der zuvor dargestellten bildungstheoretischen Linien schon kaum haltbar und mit Blick auf die Komplexitätszunahme moderner Gesellschaften umso kritischer zu sehen. Somit bleibt zu fragen, inwiefern eine solche Perspektivsetzung überhaupt anschlussfähig an einen bildungstheoretischen Diskurs ist. Die Schlussfolgerung Schorbs ist jedoch insofern einzugrenzen, als dass sie nur dann funktioniert, wenn man einerseits von einer Bildungsvorstellung unter rigiden Strukturen und der Abwesenheit von strukturellen Veränderungsprozessen ausgeht und andererseits Bildung dann auch als Zielvorstellung und eben nicht als Prozess im Sinne einer transformativen Leistung formuliert. Schließlich, und das wurde bei den Abhandlungen zu Humboldts Bildungsbegriff deutlich, lässt sich die einseitige Ausprägung spezieller Fähigkeiten nicht als Bildung an sich begreifen.

Auch in späteren bildungstheoretischen Abhandlungen wird genau dieser Punkt immer wieder aufgegriffen, wenn es bei Marotzki (1990) beispielsweise um die sich wandelnden Referenzrahmen und die gesteigerte Flexibilisierung des Subjekts im Sinne der Modalisierung geht, was gleichermaßen die Negation im Sinne Hegels mit einbeziehen kann. Was bei Marotzki über strukturelle Prozesse und Einflüsse beschrieben als Bildungsprozess gefasst wird, lässt sich bei Koller (1999) entlang der Sprache(n) und des inneren Widerstreits in Anlehnung an Lyotard (1989) festmachen. Wenngleich sich Koller und Marotzki in ihren theoretischen Begründungen für die Identifikation von Bildungsprozessen sowie deren Trägerstrukturen unterscheiden und somit die Frage nach dem, was Bildung sei, so ist ihnen gemein, dass Bildung als Prozess begriffen wird, der eben nicht im Sinne einer Zielvorstellung zu fassen ist. Dies wird vor dem Hintergrund der sich transformierenden und hochgradig komplexen Mediengefüge nicht umgekehrt, sondern vielmehr verstärkt, schließlich scheint die Individualisierungsproblematik mit ihren aktuellen gesellschaftlichen Auswirkungen längst nicht gelöst.

Schorb (2009) merkt zwar an, dass der Begriff der Medienkompetenz einem Idealtypus folgt und somit unter realen Bedingungen nie die vollkommene Entfaltung erfährt. Dieser Hinweis ist deshalb nicht ganz unwichtig, weil die darin gespiegelten Erwartungen an die Entfaltung einer medienkompetenten Haltung analog zum Bildungsideal regelmäßig der Aktualisierung unterworfen sind. Diesen Sachverhalt berücksichtigend wird indirekt auf die Prozesshaftigkeit des Bildungsbegriffs verwiesen, der eben nicht in einer Kumulation von Wissensbeständen mündet, sondern angesichts lebensweltlicher Erfahrungen immer wieder zur Aktualisierung auffordert. Jedoch löst dies nicht die Differenz zwischen einer

vermeintlich kritischen Haltung, die über die Aneignung von Informationsbeständen und faktischen Zusammenhängen einzelner medialer Architekturen und System entsteht und dann in einer Schleife der Affirmation festhängt.

Die Prozesshaftigkeit des Bildungsbegriffs stellen auch Fromme und Jörissen (2010) in ihrem Beitrag, der ebenfalls in der Fachzeitschrift „merz“ erschienen ist, als Differenzkriterium der Strukturalen Medienbildung zur Medienkompetenz heraus. Wissenschaftstheoretisch argumentieren beide Autoren darin für eine Inkommensurabilität beider Konzepte, da weder der Medienkompetenzbegriff sich in jenen der Medienbildung überführen lasse, noch umgekehrt (vgl. ebd., S. 47ff.). Es handele sich ganz grundlegend um zwei unterschiedliche Perspektiven, die sich einerseits in lern- und kompetenztheoretischen und andererseits im bildungstheoretischen Diskurs verorten lassen. Die Autoren heben zudem hervor, dass das Medienkompetenzmodell vor allem auf empirisch feststellbare Kompetenzen im Umgang mit Medien ausgerichtet sei (vgl. ebd.). Die Erlangung von bestimmten Fähigkeiten kann so im Sinne einer Zielvorstellung thematisiert und im Zuge medienpädagogischen Handelns operationalisiert werden. Während die Fähigkeiten im Sinne der Kompetenzen und Performanzen sichtbar sind, können prozesshafte Reflexivitätslagerungen nur schwer mit dem Konzept der Medienkompetenz in den Blick genommen werden, da der hierfür notwendige theoretische und methodologische Rahmen nicht nativ mit dem Begriffspaar Kompetenz/Performanz konstruierbar sei. Dabei werde jedoch keineswegs ausgeschlossen, dass Medienkompetenz nicht auch auf reflexive Prozesse abziele (vgl. ebd., S. 52). Damit wird eine Abgrenzung der Strukturalen Medienbildung von der Medienkompetenz⁵⁵ begründet und zugleich auf die aufkommenden bildungstheoretisch argumentierenden Positionen in der medienpädagogischen Diskurslandschaft und ihre Potenziale verwiesen. Für die Medienpädagogik und den Diskurs um Medienbildung, so fassen die Autoren zusammen, scheinen die unterschiedlichen paradigmatischen Lagerungen gerade dahingehend bereichernd, als dass damit eine neue Perspektive erschlossen werden konnte, die sich zwar schon bei Baacke abzeichnete, jedoch im Konzept der Medienkompetenz nicht aufging (vgl. ebd.).

Auch Tulodziecki (2010) merkt die unterschiedlichen Bedeutungszuweisungen beider Begriffe an und weist auf deren unterschiedliche Ausrichtungen hin. Wenn es nun nicht darum gehe, die beiden Konzepte in einander zu überführen, dann müsse gefragt werden, wie sie in ein sinnvolles Verhältnis zueinander gestellt werden können (vgl. ebd.). Während er die Positionen von Spanhel (2010) und Schorb (2009) als zu „unbestimmt“

⁵⁵Indem hier auf die paradigmatische Verortung des bildungs- und medientheoretisch differenzierten Konzepts abgehoben wird, sollten auch andere pragmatische Unternehmungen der Medienpädagogik und die darüber begründeten Handlungsfelder differenziert betrachtet werden. Dies heißt jedoch nicht, dass eine Strukturale Medienbildung keinerlei Anreize für die Praxis und professionelle Akteure bietet, schließlich kann die theoretische Begründung und empirische Erfassung von Bildungspotenzialen innerhalb der medialen Strukturen offengelegt und somit pädagogisch operationalisierbar gemacht werden.

kennzeichnet und somit ablehnt, entwickelt er eine direkte Reichweitenbestimmung beider Konzeptionen. Nach Tulodziecki (2010) eigne sich der Medienkompetenzbegriff, um eine Zielvorstellung medienpädagogischen Handelns zu formulieren. Demgegenüber sieht er den Begriff der Medienbildung als Beschreibung des Prozessgeschehens, in dessen Rahmen auch die Weiterentwicklung von Medienkompetenz erfolgen könne (vgl. ebd., S. 52). In einer solchen Perspektive spiegelt sich ebenso die von Marotzki (2004) zu Grunde gelegte Argumentationsfigur wieder, bei der Medienkompetenz beim Erwerb von Verfügungswissen von Bedeutung ist und Medienbildung bei der Herstellung von Orientierungswissen verortet wird. Damit werden in erster Linie Anschlusspraktiken an die technologischen Strukturen fokussiert, wie sie im Rahmen von Online-Communities, digitalen sozialen Netzwerken oder anderen Kontexten herauszuheben sind. Die Frage danach, welche Möglichkeiten der Artikulation bereits im Code eingeschrieben sind und welche nicht, wird dabei anhand der strukturalen Gegebenheiten untersuchbar. Eine solche Perspektivsetzung auf den Code findet im Diskurs jedoch bisher kaum Beachtung. Dabei scheint es gerade mit Blick auf die Verflechtungen alltäglicher Prozesse und der zunehmenden Automatisierung sowie dem Machine Learning von ganz grundlegender Bedeutung, danach zu fragen, welche Wirkmacht der Code hat und wie er unter einer bildungstheoretischen Perspektive verhandelt werden kann.

In systematischer Analyse gibt Jörissen (2011b) über die verschiedenen Begriffsverständnisse und Reichweiten Aufschluss. Dabei werden drei Perspektiven auf Medienbildung in ihren jeweiligen Bedeutungshorizonten erläutert. Es handelt sich zunächst um eine bildungspolitisch-administrative Perspektive, bei der Bildung, thematisiert von politischen Akteuren, Exekutive oder Massenmedien, als Output im Bildungswesen gedacht werde und bei der individuelle pädagogische Prozesse ebenso wenig maßgebend seien, wie eine erziehungswissenschaftliche Theoriebildung (vgl. ebd., S. 213f.).⁵⁶ Damit wird einerseits auf ein reduktionistisches Verständnis von Bildung im Sinne von Problemdefinition und Lösungsmöglichkeiten hingewiesen, andererseits jedoch auch klar daran erinnert, dass der öffentliche Diskurs um Medienbildung eine ganz eigene Dynamik entwickelt, die meist losgelöst von theoriegeleiteten Konzeptionen zu erfassen ist. Dies lässt sich insbesondere an der Schwerpunktsetzung auf „digitale Bildung“ (BMWi [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie] 2016; KMK [Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik] 2016) verdeutlichen, bei der digitale Technologien vor dem Hintergrund von Bildung verhandelt werden. Es geht also einerseits darum, Lern- und Bildungsprozesse durch den Einsatz digitaler Werkzeuge zu verbessern und andererseits die gesellschaftlichen Auswirkungen der

⁵⁶ Auch Iske (2015) merkt einige Jahre später noch kritisch an, dass der Begriff der Medienbildung im öffentlich-politisch Bereich oftmals in einer Engführung und als modisches Schlagwort verwendet würde und damit als Synonym den Begriff der Medienkompetenz ersetze, wobei weder die Komplexität und medienpädagogischen Implikationen des einen, noch des anderen Begriffs berücksichtigt würden (vgl. ebd., S. 20)

Digitalisierung zu begreifen. Indem hier der Fokus programmatisch auf das Digitale gelenkt wird, werden zwangsläufig andere Bereiche der Bildung ausgeklammert. Dies steht entgegen eines theoretisch begründeten Bildungsbegriffs, was bereits im vorangehenden Kapitel dieser Arbeit deutlich wurde. Zwar kann das Projekt der „digitalen Bildung“⁵⁷ als wünschenswert aufgenommen werden, jedoch ergibt sich mit Blick auf die Verortung der jeweiligen Rollenverständnisse der passiven Nutzenden erneut die Problemlage, dass man dem Phänomen der Digitalisierung reaktiv entgegentritt, wenn man die Auswirkungen beschreibt und die Zielsetzung formuliert, mit den Gegebenheiten umgehen zu lernen. Zudem bleiben auch diese Überlegungen weitestgehend an der Oberfläche, wenn es um die Frage nach den Strukturen der Digitalisierung geht, also danach, welcher Logik denn die digitalen Technologien folgen und wie dies auf soziale Prozesse zurück gespiegelt wird.

Eingang in den medienpädagogischen Diskurs finde eine solche Diskussion dann über definierte Bildungsstandards und Zielvorstellungen, die sich als Erfolgskriterien für das Bildungswesen beschreiben lassen. So verweist Jörissen (2011b) auf die von Herzig und Grafe (2010) entwickelten Standards zum Gelingen *der* Medienbildung⁵⁸. Diese orientieren sich an kompetenz- sowie entwicklungstheoretische Modelle und fokussieren das Bildungssystem, was eine Durchlässigkeit an der theoretischen Konsistenz des Bildungsbegriffs mit sich bringe (vgl. Jörissen 2011b, S. 215). Die zweite Perspektive wird über die praxistheoretisch-pädagogischen Diskursbeiträge zusammengefasst. Auch hier nimmt der Bildungsbegriff eine bestimmte Gestalt an, indem er als Ergebnis oder Ziel individueller Lernprozesse gefasst wird. Damit wird eine Position entwickelt, die besonders deutlich in der Diskussion um die Überführung von Medienkompetenz in Medienbildung bei Schorb (2009) ausgeprägt ist. Das Erlernen von Fähigkeiten und Kompetenzen unter Einfluss pädagogischer Handlungen führe demnach zu einem Zustand der im Sinne einer Zielsetzung auch als wünschenswerte Bildung oder Grad an Gebildetsein verstanden werden kann. Indem hier vorrangig das Lernen adressiert wird, gilt es mithin die Frage danach zu stellen, was es denn zu lernen gilt, da man ja irgendwie immer lerne (vgl. Jörissen 2011b, S. 216). Damit ist eine „duale Rahmung impliziert, nämlich einerseits eine qualifikations- bzw. kompetenztheoretische sowie andererseits eine lerntheoretische“ (ebd.). Indem festgeschrieben wird, wie die Lernfelder ausgestaltet sind und diese dann im Sinne der Zielvorstellung zur Erlangung von Kompetenzen und Qualifikationen definiert sind, müssen zudem Lerngegenstände

⁵⁷Eine reaktive Perspektivsetzung ist auch dahingehend schwierig, als dass sich die Rahmenbedingungen durch digitale Technologien schneller ändern als es mit vorhergehenden Technologien der Fall war, weshalb hier wohl das Problem der Beschleunigung des Digitalen zu einer unauflösbaren Paradoxie führt.

⁵⁸Medienbildung wird hier als Programm verstanden und in diesem Sinne gerne auch mit dem bestimmten Artikel, als *die* Medienbildung, wie Jörissen feststellt, in den Diskurs gebracht (vgl. Jörissen 2011b, S. 214). Dabei ist ganz dezidiert die Vermittlung von qualifikatorischen Merkmalen und Kompetenzen gemeint, die im Zuge pädagogischen Handelns operationalisiert wird.

für die Lernenden erfassbar und verfügbar modelliert werden. Damit verweist eine solche Perspektive in dem transportierten Bildungsverständnis zunächst auf eine lerntheoretische und nicht zwangsläufig bildungstheoretische Dimension. Letztere wird über die Schwerpunktsetzung auf die Prozesshaftigkeit von Bildung thematisiert, welche zugleich die dritte Perspektive in dieser Abhandlung bildet. Damit richtet sich der Blick auf das Verhältnis von Subjekt und Welt, welcher im Rahmen bildungstheoretischer Begründungsformationen entfaltet wird.

Neben der Strukturalen Medienbildung als einen bildungstheoretisch begründeten Ansatz, der Bildung als qualitativ-empirische rekonstruierbare Prozesse der Transformation von Selbst- und Weltverhältnissen begreift, lassen sich ausgehend von dem hier nachgezeichneten Diskurs also weitere Begriffsbestimmungen und implizite Deutungen festhalten, die sich maßgebend über die Herleitung des jeweils verwendeten Bildungsbegriff auflösen lassen. Diesen drei skizzierten Perspektiven auf Medienbildung liegen nicht nur unterschiedliche Bildungsverständnisse zu Grunde, ihnen kommt jeweils auch eine andere Bedeutung zu, wenn es um die Einbettung in die jeweiligen Diskurse geht. Dies fordert zu einer differenzierten Betrachtung der jeweiligen Kontexte auf, in denen von Konzepten der Medienbildung gesprochen wird. Daraus lässt sich eine zeitdiagnostische Position entwickeln, die im Grunde die verschiedenen Bestrebungen und Ansätze dahingehend vereint, um die strukturellen Veränderungen der Gesellschaft unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Wandels adäquat zu erfassen. Eine Ausdifferenzierung, wie sie auch im bildungstheoretischen Diskurs stattfand, scheint somit hilfreich, um Antworten auf die Frage zu formulieren, welche Implikationen der aktuelle Strukturwandel mit sich bringt, zu dem wir derzeit nur recht wenig Distanz aufbauen können.

Nach Grünberger (2016) stelle die Konzeption der Strukturalen Medienbildung einen zentralen Bezugspunkt für theoretische Referenzrahmen dar und könne insbesondere hinsichtlich der digital vernetzten Technologien des Netzes als innovationsreiches Konzept gesehen werden, welches die gesellschaftlichen Transformationsprozesse insofern berücksichtigt, als dass es eine Abstraktion hinsichtlich sozialer Interaktionsprozesse ermöglicht und somit analytisch erfassbar gemacht werde (vgl. ebd., S. 292). Dabei ist der Ursprungsgedanke der Strukturalen Medienbildung nicht zu vernachlässigen. Betrachtet man die Entwicklungslinie bis hin zum Entwurf der Strukturalen Bildungstheorie, so werden Medien in ihrem Entstehungskontext und ursprünglichen Sinne der Massenmedien, aber auch der neuen Medien thematisiert. Die verschiedenen medialen Strukturen unterscheiden sich dabei maßgeblich in ihren Ausprägungen voneinander. Dieser Umstand wird hinsichtlich der bildungstheoretischen Rahmung reflektiert. Aufbauend darauf werden im Einführungsband zur Strukturalen Medienbildung von Jörissen und Marotzki verschiedene Medienformen hinsichtlich ihrer Bildungspotenziale untersucht. Die Komplexitätssteigerung hin zum Netz als interaktive Sphäre und als Metamedium ist dabei ein kritischer Faktor, der eine Ausdifferenzierung hinsichtlich

der einzelnen Teilbereiche notwendig macht. Das Netz als solches – und nicht als Gegenstand – kann dabei in der Gesamtheit berücksichtigt werden, nicht etwa, weil sich die Sphären in ihren Strukturen durch das Aufkommen neuer Dienste und Sozialräume verändern, dies könnte noch auf struktureller Ebene eingeholt werden, sondern weil die Ausdifferenzierung durch die Nutzungsweisen und die interaktionistischen Aspekte vor dem Hintergrund der vermittelten Kommunikation eine ganz neue Qualität von Bildungsprozessen ermöglichen. Dies steht ganz grundlegend in einem engen Verhältnis zur Informationsbeschaffung und somit zu der Frage des offenen Zugangs zu den Informationen.

Auch Niesyto (2017) kommt zu dem Schluss, dass die Arbeiten von Jörissen und Marotzki zur Strukturalen Medienbildung eine wesentliche Bereicherung für den medienpädagogischen Diskurs darstellen (vgl. ebd., S. 6). Er hebt jedoch ebenso hervor, dass „analytische Bezüge zu gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturfragen, insbesondere im Hinblick auf Macht- und Herrschaftsinteressen“ bislang kein konstitutiver Bestandteil des Ansatzes der Strukturalen Medienbildung sind (ebd.). Die hier vorliegende Arbeit soll diese Leerstelle unter Berücksichtigung der strukturellen Veränderungsprozesse, wie sie sich am Topos der Öffentlichkeit ablesen lassen, adressieren.

3.6 Zwischenfazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es unter der Perspektive der Strukturalen Medienbildung eben nicht um die Vermittlung von medialen Kompetenzen im Sinne der Medienerziehung geht. Zudem zielt eine solche Konzeption von Bildung nicht auf die Erfassung von sichtbaren Kompetenzen bzw. Performanzen allein ab, vielmehr wird die Entwicklung im Rahmen von Subjektivierungsprozessen in den Mittelpunkt gestellt. Dadurch grenzt sich das Konzept der Strukturalen Medienbildung deutlich von jenem Begriffsverständnis ab, das im Rahmen der administrativ-politischen Debatten zum Einsatz kommt und sollte in der Abgrenzung zu jenen Positionen der Fachdisziplin verortet werden, bei denen Bildung ebenso als Zielkategorie formuliert wird.

In der Betrachtung der Positionen zur Medienbildung konnte auf das Verhältnis zur Medienkompetenz und der unterschiedlichen Abgrenzungs- aber auch Annäherungsversuche hingewiesen werden. Wenngleich Bildung und Kompetenz von einander losgelöst zu denken sind, sind beide auf das Individuum ausgerichtet. Während Kompetenz situations- und somit gegenstandsbezogen ist, entfaltet sich Bildung im Sinne einer Prozesshaftigkeit entlang des Weltbezugs und steht damit im Wechselverhältnis zum Selbstverhältnis des Individuums. Die Differenz beider Konzeptionen liegt in der theoretischen Begründung. Während sich Kompetenzfragen entlang einer lerntheoretischen Rahmung verorten lassen, sind Fragen zur Transformation des Welt- und Selbstverhältnisses bildungstheoretischer Natur.

Die Strukturele Medienbildung kann dabei als umfangreiche Bestrebung gesehen werden, sich der Konzeption einer Medienbildung differenziert und bildungstheoretisch begründet zu nähern. Ich habe die hier dargelegten Begriffsverständnisse daher recht ausführlich erläutert und bewusst Redundanzen sowie Differenzen hervorgehoben, um die steigende Komplexität und Ausdifferenzierung im Fachdiskurs zu akzentuieren, bei denen es den Akteuren zu verdanken ist, dass die Debatte um Medienbildung fest verankert und über die Disziplin der Medienpädagogik hinaus Beachtung findet. Dabei konnte herausgestellt werden, dass es gerade im Diskurs um Medienkompetenz in erster Linie um die Befähigung im Umgang mit digitalen Technologien und Medien geht, der Schwerpunkt auf die zu Grunde liegenden strukturellen Rahmenbedingungen des Codes und der Software bisher lediglich vereinzelt Bestandteil der Diskussion waren. Es handelt sich hierbei also gewissermaßen noch um eine Leerstelle, die es systematisch weiter zu erschließen gilt.⁵⁹ Dies ist insofern für die disziplinäre Auseinandersetzung von Bedeutung, als dass sich damit das Selbstverständnis der Medienpädagogik wandelt und eine Auseinandersetzung mit den digitalen Strukturen keinen für die Informatik exklusiven Bereich mehr darstellt. Für die Medienpädagogik hieße dies zudem, dass damit ein weiterer Schritt gemacht wird, um an den gestalterischen Prozessen der digitalen Strukturen mitwirken zu können.

Weiterhin diene mir die Konturierung der Auffassung von Medienbildung in ihren unterschiedlichen Facetten der Spezifizierung des hier verwendeten Bildungsbegriffs. Bisher offen geblieben ist bisher jedoch die Frage, wie dieses Begriffsverständnis nun vor dem Hintergrund der Netzstrukturen eingebettet werden kann und welche Aspekte hinsichtlich digitaler vernetzter Strukturen im Sinne von Code und Software zu berücksichtigen sind. Es handelt sich dabei um das Moment der digitalen Medialität (vgl. Jörissen 2014a, S. 505f.). Die digitalen Strukturen des Netzes lassen neue Konfigurationen der Architekturen entstehen und bringen somit neue Praktiken hervor, die die Wahrnehmung von Welt in besonderer Weise verändern. Es handelt sich hierbei nicht einfach um die Nutzung von Inhalten oder Angeboten, sondern um die Herstellung neuer digitaler Artefakte bis hin zur Schaffung der Plattformen zur Artikulation durch Code selbst. Diesem Aspekt werde ich mich später widmen. Hierfür möchte ich mich im weiteren Verlauf dieser Arbeit auf das Konzept der Strukturalen Medienbildung beziehen, wenn ich von Interaktionszusammenhängen im Netz und deren bildungs- beziehungsweise subjekttheoretischen Implikationen spreche. Wenn ich also im folgenden Verlauf der Arbeit von *Medienbildung* spreche, beziehe ich mich auf die Perspektive der Strukturalen Medienbildung.

⁵⁹Einige Forderungen wurden diesbezüglich im theoretischen Rahmen insbesondere durch das Magdeburger Theorieforum (2015, 2016 und 2017) thematisiert. Daneben gibt es auch praxisorientierte Bestrebungen, hier zu nennen die Gesellschaft für Medienpädagogik (GMK), deren Jahresversammlung 2016 unter dem an Manovich (2013) angelehnten Titel „Software takes command“ stattfand.

Teil II

Konzeptionen von Öffentlichkeit

4 Zur Konzeption von Öffentlichkeit

In diesem Kapitel geht es zunächst darum, das Feld der öffentlichkeitstheoretischen Forschung in ihren interdisziplinären Bestrebungen nachzuzeichnen und auf die Implikationen und Kernmerkmale der jeweiligen Konzeptionen hinzuweisen, um den Begriff der Öffentlichkeit zu spezifizieren und in der späteren Verwendung dieser Arbeit von anderen Konzeptionen abzugrenzen. Es soll also ganz grundlegend eruiert werden, wie sich unterschiedliche Öffentlichkeitstheorien für die hier vorliegende Arbeit und mit Blick auf das Erkenntnisinteresse wenden lassen. Ziel ist es, vertiefend auf die Aspekte eingehen zu können, die sich einerseits an eine bildungstheoretische Auseinandersetzung anknüpfen lassen und andererseits einen fundierten Zugang zu zeitgenössischen medialen und digital vernetzten Phänomenen ermöglichen.

Schon bei einer ersten Sondierung der öffentlichkeitstheoretischen Forschungen wird deutlich, dass es sich dabei um eine traditionsreiche und zugleich höchst ausdifferenzierte Entwicklung handelt. Dies und die Tatsache, dass sich an einem Konzept in langer Tradition abgearbeitet wird, lässt zugleich erste Rückschlüsse auf den regen Charakter von Öffentlichkeit im Kontext gesellschaftlicher Veränderungsprozesse zu. Doch trotz der verschiedenen intensiven Auseinandersetzungen sei der Öffentlichkeitsbegriff gerade aufgrund seiner Historie nur sehr schwer zu greifen (vgl. Negt und Kluge 1972, S. 17).

Dieser Umstand macht es keineswegs leichter, das elaborierte Feld der Öffentlichkeitsforschung in unterschiedliche Strömungen mit ihren je eigenen Nuancen einzuteilen und zu bestimmen. Vor allem dann nicht, wenn sich der Topos *lediglich* im Schnittfeld des Forschungsinteresses befindet. In der Gewissheit, dass die von mir vorgenommenen Akzentuierungen der Theorielinien auch zu Streitfragen führen können, gehe ich zunächst allgemein auf das Konzept der Öffentlichkeit ein, um so erste Abgrenzungskriterien zu erheben und gleichermaßen auf die Entwicklungstendenz zu einem modernen Öffentlichkeitsverständnis hinzuarbeiten. Anschließend geht es mir darum, verschiedene theoriegeleitete Entwicklungslinien zur Konturierung eines modernen Öffentlichkeitsbegriffs zu thematisieren, um einerseits die Komplexität sowie die Tradition wissenschaftlicher Auseinandersetzungen grundlegend zu erfassen. Andererseits sollen damit die für das weitere Vorgehen relevanten theoretischen Aspekte hervorgehoben werden.

Indem es sich bei der Konzeption von Öffentlichkeit um einen hochgradig interdisziplinär relevanten Begriff handelt, bleibt es nicht aus, dass die theoretischen Referenzen sich nicht zwangsläufig nur auf eine Disziplin zurückführen lassen. So wäre eine vor-

abführende Einordnung der verschiedenen Konzepte beispielsweise nach der Disziplin möglich, wie sie bei Wimmer (2007) vorzufinden ist. Da mir die unterschiedlichen Theoriemerkmale zunächst als grobe Einteilung dienen sollen und ich weiterführend vor allem entlang der deliberativen Öffentlichkeitstheorie nach Habermas arbeiten werde, genügt mir eine grobe Einordnung der jeweiligen theoretischen Konzeptionen, auf die ich unter Berücksichtigung der unterschiedlichen fachlichen Entstehungskontexte zwar hinweise, diese jedoch nicht umfassend expliziere.

4.1 Ein erster Zugang zum Begriff der Öffentlichkeit

Eine erste analytisch-theoretische Auseinandersetzung mit dem Öffentlichkeitsbegriff bietet sich bereits dann an, wenn man auf die verschiedenen Bedeutungsgehalte hinweist, die dem begrifflichen Konzept zu Grunde liegen. Auch wenn es, mit Roesler (1997) gesprochen, ziemlich unmöglich sei, eine genaue Analyse der Merkmale von Öffentlichkeit vorzunehmen, so könne doch hinsichtlich ihrer Bedeutungsdimensionen sowie der gesellschaftlichen Einbettung und Funktionsweise gefragt werden (vgl. ebd., S. 173). Dies könne, so Roesler, darüber geschehen, indem man bestimmte Leitbilder, die hinter dem Öffentlichkeitsbegriff stehen, hinterfragt und analytisch erfasst. Mit der Kategorisierung in „Gesellschafts*ideal*“ und „Gesellschafts*bereich*“ (ebd.) zeigt er einen möglichen Zugang auf, den er mit einer Diskussion entlang der beiden Theoriegebäude von Arendt und Habermas entfaltet und die daraus gewonnenen Erkenntnisse schließlich auf das Netz bezieht. Es ist an der Stelle hilfreich zu berücksichtigen, dass es sich hierbei nicht per se um eine Gegenüberstellung von realiter Öffentlichkeit in Abgrenzung zu ihrem Idealtypus handelt, sondern der Versuch unternommen wird, den doch so diffusen Begriff in der diesbezüglich gewählten Perspektive zu beleuchten und dann hinsichtlich der Netzproblematik zu wenden. Dieser Aspekt ist mir deshalb wichtig, weil er mögliche Fallstricke bei einem spezifischen Modus der Betrachtung offenlegt. Es handelt sich dabei um die Bewegung zwischen einer idealtypischen und kritischen Betrachtung der Öffentlichkeitsproblematik, die auch von Negt und Kluge angesprochen wird:

„Das Wechseln zwischen idealisierender und kritischer Betrachtung der Öffentlichkeit führt nicht zu einem dialektischen, sondern nur zu einem ambivalenten Ergebnis: die Öffentlichkeit erscheint einmal als etwas, das man gebrauchen kann, ein andermal als etwas, das man nicht gebrauchen kann.“ (Negt und Kluge 1972, S. 20)

Ein Abgleich idealtypischer Konzeptionen mit der Realität bringt also keinen definitiven Mehrwert für die Konzeption von Öffentlichkeit. Der sich um den Begriff legende Mythos oder auch dessen Mehrdeutigkeit kann somit nur bedingt zur Einordnung beitragen. Für die Autoren komme es vielmehr darauf an, die Idealgeschichte und die Zerfallsgeschichte der Öffentlichkeit auf ihre identischen Mechanismen hin

zu untersuchen (vgl. ebd.). So wird die Ambivalenz zwar nicht aufgehoben, jedoch operationalisierbar. Diesem Gedanken folgend, will ich den Versuch unternehmen, eine grobe Skizzierung des Topos auch unter historischen Rahmenbedingungen zu erfassen.

Ich möchte den Fortgang einer Begriffsbestimmung entlang des von Hannah Arendt verwendeten Öffentlichkeitsverständnisses weiterführen, da sich an ihrer Perspektive wesentliche Aspekte zur Entwicklung hin zu einem modernen Verständnis von Öffentlichkeit in seinen Grundzügen aufzeigen und somit Anknüpfungs- bzw. Distinktionspunkte hinsichtlich der hier vorliegenden Arbeit herausheben lassen.

4.1.1 Das Öffentliche und Private bei Hannah Arendt

In „Vita Activa oder vom tätigen Leben“ beschäftigt sich Arendt (2010 [1958]) mit den drei Schwerpunkten Arbeiten, Herstellen und Handeln, die sie als grundlegende Bedeutungsdimensionen des menschlichen Daseins erfasst und in ihrer jeweiligen Komplexität aufeinander bezieht. Während das Arbeiten und Herstellen vornehmlich für das Private stehen, ist für das Öffentliche insbesondere die Komponente des Handelns von Bedeutung, da diese auf die zwischenmenschliche Interaktion abzielt und somit die Pluralität ermöglicht, aus der das Öffentliche erst hervorgehen kann. Eine Grundlage für diese Abhandlungen bildet der Raum des Öffentlichen sowie das Private. So widmet sie sich dem Begriff der Öffentlichkeit, indem sie ihre Distinktion zwischen dem Öffentlichen und Privaten anhand der griechischen Antike als Idealtypus nachzeichnet und somit die Schlussfolgerungen für die Transformation von Öffentlichkeit im Speziellen und die Bedingungen des menschlichen Daseins im größeren Bild herausarbeitet.

Für Arendt (2010) ist in diesem Zusammenhang entscheidend, dass das Private für das Öffentliche keine Rolle spiele und als Rückzugsort der Menschen verstanden werde, bei dem die Familie und der Haushalt im Mittelpunkt stehe (vgl. ebd., S. 74). Es ist nicht nur Rückzugsraum, bei dem jeder für sich und nicht unter anderen ist, sondern zudem für die Allgemeinheit und damit auch das Öffentliche unantastbar. Damit bietet dieser Raum zunächst Sicherheit und Stabilität, denn er ermöglicht es den Menschen, sich von der Tätigkeit im öffentlichen Raum zu erholen. Privatheit wird somit zu einem für die Menschen integralen Gut, welches nicht nur Hort des Rückzugs, sondern zudem Eigentum bedeutet.

Für Arendt ist jedoch die Abwesenheit des einen nicht die Erfüllung des anderen, wenn sie darauf hinweist, dass das Private ursprünglich einen Zustand der Beraubung kennzeichne (vgl. ebd., S. 48). Der Zustand der Beraubung lässt sich dabei auf den Mangel an Freiheit des Handelns zurückführen, schließlich ist der Mensch in Arendts Konzeption ein handelndes Wesen und im Raum des Privaten von einer gewissen Abhängigkeit und familiären Hierarchie geprägt, die zugleich hinderlich auf die Herausbildung von Meinungsverschiedenheiten und Interessenskonflikten wirke (vgl. ebd., S. 50).

Das Öffentliche ist für Arendt durch zwei wesentliche Aspekte charakterisiert. „Es bedeutet erstens, daß alles, was vor der Allgemeinheit erscheint, für jedermann sichtbar und hörbar ist, wodurch ihm größtmögliche Öffentlichkeit zukommt.“ (Arendt 2010, S. 62) Für Arendt impliziert der Zustand der öffentlichen Erscheinung eine gemeinsame Welt, der zur Konstitution von Wirklichkeit beiträgt. So erwächst „die Wirklichkeit des öffentlichen Raums aus der gleichzeitigen Anwesenheit zahlloser Aspekte und Perspektiven, in denen ein Gemeinsames sich präsentiert, und für die es keinen gemeinsamen Maßstab und keinen Generalnenner je geben kann“ (ebd., S. 71). Entgegen der immer mehr zu verzeichnenden „Flüchtigkeit öffentlicher Anerkennung“ (ebd.) erfährt das Öffentliche seine Legitimation gerade erst durch die Positionen der Anderen, in der jeder gesehen und gehört wird.

Indem man hier die Verschränkung zum Politischen⁶⁰ herstellt, ist es recht naheliegend, dass dem Staat somit auch die Verantwortung zur Herstellung von Öffentlichkeit und der Sicherung demokratischer Grundwerte zukommt. Gleichzeitig lässt sich aus der Pluralität der Perspektiven auch noch die partizipative Intention Arendts festmachen, denn indem die öffentliche Debatte gelingt und jeder daran teilhaben kann, ergibt sich hierdurch eine fast schon liberale Perspektive auf das Gelingen von Teilhabe unter den Bedingungen der Gleichheit. Diese wird jedoch in zweierlei Hinsicht relativiert. Zum ersten folgt aus den „zahllosen Aspekten und Perspektiven“ selbstverständlich die Konsequenz, dass individuelle Positionen zu verhandeln sind, deren konsensuale Problemlösung nur bedingt realisierbar ist. Zum zweiten muss das Konzept Gleichheit vor dem Hintergrund historischer Rahmenbedingungen eruiert werden, schließlich gab es schon in der griechischen Antike soziale Gruppierungen, die keinen Status des Bürgers innehatten und denen somit der Zugang zur Polis verwehrt wurde, weshalb Arendt in diesem Zusammenhang darauf hinweist, dass Gleichheit in dieser Zeit nichts mit Egalität zu tun habe (vgl. ebd., S. 42), es bedeutete dementsprechend vielmehr „Sich-unter-seinesgleichen-Befinden“ (ebd., S. 50).

Mit dem Aufkommen der Gesellschaft bedeutet Gleichheit zwischen Gesellschaftsmitgliedern jedoch keineswegs mehr Ebenbürtigkeit, „sie erinnert eher an die Gleichheit aller Glieder einer Familie unter der despotischen Macht des Familienoberhaupts; nur daß des einer solche Herrschaft, ausgeübt durch den Einzelnen, der das gemeinsame Interesse und die einstimmige Meinung repräsentiere, innerhalb der Gesellschaft nicht bedürfe, da hier ja die natürlich gewachsene Kraft von Familieninteressen durch die schiere Addierung vieler Familien in eine Gruppe ungeheuer verstärkt wurde“ (ebd.). Angesichts aktueller Gesellschaftsstrukturen ergibt sich hier die Problematik der sozialen

⁶⁰Ohne an dieser Stelle vertiefend auf den Begriff des Politischen einzugehen (vgl. hierzu Arendt 1994; Arendt, Knott und Geisel 1991), sei angemerkt, dass sich die Freiheit des gemeinsamen Handelns in erster Linie aus dem Gedanken des Politischen ableiten lässt, da sich die Menschen im Sinne der politischen Ordnung eben nicht nur verhalten und damit Gegebenes reproduzieren beziehungsweise ausführen, sondern Neues erschaffen (vgl. Solmaz 2016, S. 164).

Ungleichheit, die im Hinblick auf die digitalen Technologien und die damit verbundene Entfaltung von Lebenschancen im Diskurs um eine digitale Ungleichheit münden und hochgradig ausdifferenziert sind.⁶¹ Doch um die idealtypischen Abweichungen geht es Arendt nur in zweiter Instanz, denn in erster Linie schwingt in dieser partizipatorischen Perspektive vor allem die Möglichkeit des Einbringens durch das Handeln mit.

Damit legt sie abermals einen Grundstein für das von ihr vertretene Freiheitsverständnis, das jedem Menschen ein Anrecht auf seinen Platz in der Welt sowie das Recht zum Handeln als Grundlage für das Politische zuschreibt. Damit geht gleichermaßen jene Freiheit einher, die durch den Verbleib allein im Privaten nicht ermöglicht werden kann, da das Politische in der Öffentlichkeit durch das Handeln im Modus des Sprechens⁶² realisiert wird. Es geht also darum, dass jeder Mensch seine Stimme erheben kann, um seine Interessen und Belange im öffentlichen Raum zu artikulieren. Dabei ist es von Bedeutung, dass es sich um keinen institutionalisierten Ort handeln muss, denn indem das von Menschen geschaffene Gemeinsame adressiert wird, lässt dies den Schluss zu, dass Aushandlungen vollkommen losgelöst von einem Ort stattfinden können und immer dort zu verorten sind, wo sich Menschen in der Bereitschaft zur Aushandlung des Gemeinsamen treffen. Freiheit ist in diesem Sinne also vor allem mit dem Heraustreten aus dem Privaten, das einerseits auf ein transzendentes Moment abzielt und andererseits eine risikobehaftete Handlung darstellt. Schließlich sei man von allen Seiten angreifbar und riskiere mitunter gar sein Leben, wenn man den „schützenden Bereich von Hof und Haus“ verlässe (ebd., S. 46), was dem Einzelnen viel Mut abverlangte. Für Arendt ist dieser Schritt in das Öffentliche, der so eng mit Mut verknüpft ist, ein bedeutender, denn Mut wurde somit zur „politischen Kardinaltugend“, die nur wenigen zugesprochen wurde, die jedoch für die Herausbildung der Gemeinschaft von grundlegender Notwendigkeit ist.

Wenn Arendt nun am Beispiel der Polis auf das Kriterium der Exklusion aufmerksam macht, dann mit der Zielstellung, dass die Teilhabe am öffentlichen Raum nicht nur aufgrund des Standes definiert und somit vorstrukturiert wurde, sondern gleichzeitig immer auch vom „heftigsten und unerbittlichen“ Wettstreit geprägt war (ebd., S. 53). Der öffentliche Raum war damit keineswegs ein Platz für den durchschnittlichen Bürger, sondern ein für die Elite exklusiver Ort. Dieser Aspekt ist hinsichtlich der sich ausdifferenzierenden Theorielinien zur Öffentlichkeit von gesteigerter Bedeutung, denn hieraus geht das Grundverständnis hervor, dass es sich bei der Beratschlagung in

⁶¹Auf diese Problemlage werde ich im späteren Verlauf der Arbeit noch ausführlich eingehen (vgl. Kapitel 6 und 7).

⁶²Indem das politische Handeln als ein Prozess des Sprechens aufgefasst wird, liegt es nahe, dass es sich hierbei um eine reziproke Operationalisierung handelt, denn Sprechen heißt einerseits gehört werden, aber andererseits unter dem Vorzeichen der Diskursbereitschaft ebenso das Sehen und Hören des Anderen. Folglich sind die Modi der Kommunikation nicht auf einige wenige beschränkt. Sie können aus klassischen Aushandlungen hervorgehen, jedoch auch neue hervorbringen, weshalb hier erneut der dynamische Charakter des Öffentlichen zu unterstreichen ist.

eben jener Sphäre um einen agonalen Raum handelt. Arendt gebraucht im Zuge dieser Schwerpunktsetzung den Begriff der Wirklichkeit, weshalb zu fragen ist, wie der Begriff bei ihr aufgeladen ist. Dabei hilft ein Blick auf die nachfolgende Formulierung, in der Arendt Welt und Wirklichkeit vor dem Hintergrund der öffentlichen Zusammenkunft spezifiziert:

„Nur wo Dinge, ohne ihre Identität zu verlieren, von Vielen in einer Vielfalt von Perspektiven erblickt werden, so daß die um sie Versammelten wissen, daß ein Selbes sich ihnen in äußerster Verschiedenheit darbietet, kann weltliche Wirklichkeit eigentlich und zuverlässig in Erscheinung treten.“ (Arendt 2010, S. 72)

Wirklichkeit ergibt sich bei Arendt erst im Handeln und in der Vielfalt der Perspektiven. Daraus lässt sich eine zunächst paradoxal erscheinende Struktur von Öffentlichkeit ablesen, denn sie wird somit zur Bedingung von Wirklichkeit, indem sich das Gemeinsame durch die zahllosen Perspektiven ergibt oder anders gesagt: „Ohne Pluralität nichts Gemeinsames und damit keine Öffentlichkeit“ (Roesler 1997, S. 177).

Damit wird ein idealtypisches Modell von Öffentlichkeit beschrieben, was sich in seiner modernen Form durch das Aufkommen der Gesellschaft in einzelnen Aspekten wandelt. Maßgeblich prägend für diesen Wandel ist die Herausbildung der Gesellschaft. Dadurch, dass nun die „Sorgen und Organisationsformen aus dem Dunkel des Hauses in das Licht des öffentlich politischen Bereichs [...]“ (Arendt 2010, S. 48) treten, ergibt sich die Veränderung dessen, was als privater und als öffentlicher Bereich gilt. Durch diesen Wandel verliert das Private seinen ursprünglichen Bedeutungsgehalt. Zugleich verliert das, was den Begriff der Familie bis dahin kennzeichnete, seinen Bedeutungsgehalt und die Prinzipien des öffentlichen Raums im archaischen Sinne, also den Prinzipien des politischen Handelns folgend, werden durch den Modus des „Sich-Verhaltens“ verdrängt, der von Konformität und Normierung geprägt sei (ebd., S. 51f.). Dies hat zur Folge, dass die politische Tugend des Mutes ebenso strittig gemacht wird, da gesellschaftlichen Normierungen und das Aufkommen von Verwaltungsapparaten dem entgegenstehen. Gleichzeitig wird dem Privaten hier eine neue Bedeutung beigemessen, die sich in der Funktion zur Gewährleistung von Intimität auszeichnet. Arendt kommt schließlich zu dem Schluss, dass der Unterschied zwischen dem privaten und dem öffentlichen Bereich letztlich „[...] auf einen Unterschied zwischen Dingen, die für die Öffentlichkeit, und denen, die für die Verborgenheit bestimmt sind“ hinausläuft (ebd., S. 88).

Neben der Öffentlichkeit erfährt also auch das Private eine Neubestimmung einzelner Werte, die angesichts der Entwicklungen um das Internet von hoher Aktualität sind, insbesondere dann, wenn man bedenkt, dass die ordnende Funktion in erster Linie über Automatisierung von Abläufen aber auch Entscheidungsprozessen erfolgt und gesellschaftliche Strukturen somit nicht nur von algorithmischen Einflüssen geprägt sind, sondern hierüber wesentlich mit- bzw. vorstrukturiert werden. Die Frage der

Rückzugsmöglichkeit in den privaten Raum erscheint angesichts dieser Perspektive als eine besonders kritische, denn ausgehend davon, dass die Kommunikation im Netz grundlegend öffentlich stattfindet⁶³, ergibt sich die wechselhafte Verschiebung von Öffentlichem und Privatem als eine Problemstellung von besonderer Komplexität.

Mit Arendt lassen sich nun verschiedene Kriterien herausheben, die den Öffentlichkeitsbegriff umschreiben und sich in den ausdifferenzierten Theorielinien immer wieder, wenn auch teilweise in kritischen Perspektiven relativiert, vorfinden lassen. So kann zunächst festgehalten werden, dass es sich dabei um keinen greifbaren Gegenstand handelt und dieser in direkter Abhängigkeit zur räumlich-zeitlichen Einbettung steht, aber auch durch die Pluralität der einzelnen Perspektiven erst zu dem Raum erwächst, der sich dann Öffentlichkeit nennen lässt. Dieser Raum entsteht bei Arendt im Speziellen erst durch das Handeln, dessen Modus dabei das Sprechen ist. Gesprochen und festgehalten werden dabei stets gesellschaftliche Fragen, die im Interesse der Allgemeinheit stehen. Indem sich das Öffentliche vom Privaten abgrenzt und die Rolle der Menschen in der Welt adressiert wird, erfährt der Öffentlichkeitsbegriff bei Arendt eine normative Aufladung, die sogleich kennzeichnend für ihre macht- und demokratietheoretischen Abhandlungen ist. Vor diesem Hintergrund allgemein und angesichts des Öffentlichkeitsbegriffs im Speziellen stellt der Zugang zu den verhandelten Themen oder besser zu dem Handlungsraum einen integralen Aspekt dar. Dieser wird auch in anderen Öffentlichkeitstheorien immer wieder adressiert und vor unterschiedlichen Problemhorizonten diskutiert.

Das von Arendt formulierte Öffentlichkeitsverständnis lässt sich dabei in erster Linie am Politischen festmachen und bezieht sich somit auf eine spezifische Sphäre. Das Öffentliche ist in diesem Zusammenhang nicht bloß die reine Präsenzöffentlichkeit im institutionellen Sinne, sondern vielmehr ein dynamischer Kommunikationsraum, der sich in seiner gesamten Struktur der Vermittlung von Inhalten und Perspektiven verschrieben hat und somit eine Art, von Medien vermittelte, holistische Sphäre repräsentiert. Die öffentliche Sphäre entsteht jedoch nicht durch die einzelnen Themen, die verhandelt werden, sondern durch strukturgebende Veränderungsprozesse, die das Verhältnis von privater und öffentlicher Sphäre in den Blick nehmen.⁶⁴ Trotz der Grenzziehung zwischen Privatem und Öffentlichem kann es zu sphärenübergreifenden

⁶³Damit sei auf die Grundstruktur des Netzes und die infrastrukturelle Beschaffenheit verwiesen, denn auch wenn soziale Räume geschaffen und als privat gekennzeichnet werden können, folgen sie immer noch den Regeln der dieser Kommunikation zu Grunde liegenden Protokolle, die zunächst nicht abgeschlossen, sondern gerade Gegenteil, also offen konzipiert sind. Deshalb erfährt die Bedeutung der Privatheit im Netz nochmals eine besondere Akzentuierung. Eine radikale Perspektive wäre hier zu sagen, dass alle Kommunikation im Netz öffentlich ist. Dies wäre wohl aus einer rein technologischen Sicht ein valider Punkt, jedoch ergibt sich, wie nun an den Ausführungen Arendts gezeigt, eine soziale Dimension aus dem Gedanken der Privatheit, der für das Soziale ebenso wie für das Öffentliche konstitutiv ist.

⁶⁴Hierauf werde ich im nachfolgenden Kapitel unter Rückbezug auf den Strukturwandel der Öffentlichkeit nach Habermas (1990) genauer eingehen (vgl. Kapitel 5).

Entwicklungen kommen, indem private Angelegenheiten im Lichte der öffentlichen Sphäre zu einem für die Allgemeinheit relevanten Gegenstand erwachsen kann. Arendt spricht sich jedoch für eine strikte Trennung beider Bereiche aus, da die öffentliche Sphäre nur in der Differenz zum Privaten herausgebildet werden kann. Indem beide Bereiche mit ihren Kräften aufeinander einwirken, droht die Gefahr der Assimilation des einen Bereichs durch den anderen. Demzufolge bedarf es des Schutzes des privaten Bereichs als Rückzugsort und später als Schutz der Intimsphäre. Auf der anderen Seite heißt dies, dass die öffentliche Sphäre ebenso vor dem Übergriff aus dem Privaten gesichert werden muss, wenn das Öffentliche ein Raum der Freiheit und der Offenheit bleiben soll. Im Kern geht es also um das Wechselverhältnis von Staat und Gesellschaft, welches sich entlang der Folie von Privatheit und Öffentlichkeit abbilden lässt.

4.1.2 Das Prinzip der Publizität vor dem Hintergrund der Aufklärung

Wie García Leguizamón (2009) festhält, ist das moderne Verständnis von Öffentlichkeit ein Produkt der Aufklärung und maßgeblich geprägt vom Aufstieg der Bourgeoisie und dem daraus hervorgehenden Selbstverständnis eines Publikums, was die Beziehung von Staat und Gesellschaft maßgeblich verändert (vgl. ebd., S. 13). Bei Kant lassen sich diesbezüglich zentrale Anhaltspunkte finden, die dieses Verhältnis in den Blick nehmen und so den Begriff der Öffentlichkeit vor dem Hintergrund der Aufklärung erfassen. Die Veränderungsprozesse zwischen privatem und öffentlichem Raum lassen sich demnach an der Rolle des Staates sowie am Selbstverständnis des Volkes festmachen, was sich gegenüber der Obrigkeit und den wechselnden Herrschaftsstrukturen als rasonierendes Publikum beschreiben lässt. Mit dem Heraustreten aus dem Privaten und dem Positionieren im öffentlichen Raum ist für Kant in dieser historischen Entwicklung ein zentrales Motiv verbunden: der *öffentliche Vernunftgebrauch*. Dieser steht dem *privaten Vernunftgebrauch* gegenüber. Kant unterscheidet dabei wie folgt:

„Ich verstehe aber unter dem öffentlichen Gebrauche seiner eigenen Vernunft denjenigen, den jemand als Gelehrter von ihr vor dem ganzen Publikum der Leserwelt macht. Den Privatgebrauch nenne ich denjenigen, den er in einem gewissen ihm anvertrauten bürgerlichen Posten, oder Amte, von seiner Vernunft machen darf.“ (Kant 1977, Bd. XI, S. 55)

Der Privatgebrauch der Vernunft dürfe dabei durchaus auch Einschränkungen erfahren, ohne der Aufklärung hinderlich zu sein, so zum Beispiel dann, wenn man im Dienste einer anderen Aufgabe handelt (vgl. ebd.). Für Kant ist die Öffentlichkeit, hier noch in Gestalt der ganzen Leserwelt, zunächst also eine Sphäre der Gelehrten⁶⁵, in

⁶⁵Im engeren Sinne adressiert er in seiner Abhandlung über den Streit der Fakultäten die Philosophie, deren Vertreter sich unabhängig von den Interessen der Regierung allein von der Vernunft leiten lassen (vgl. Kant 1977, Bd. XI, S. 297). In Anbetracht der oberen Fakultäten (Theologie, Recht und

der sich die Geistigen über die publizierten Schriften austauschen und frei von äußeren Einflüssen, demzufolge losgelöst von einer Zweckmäßigkeit, verständigen. Da man sich in dieser Position mit dem Anspruch auf Wahrheit an die Welt richtet, bedarf es einer uneingeschränkten Freiheit, sich der eigenen Vernunft zu bedienen. Das Motiv des öffentlichen Vernunftgebrauchs wird damit von Kant aufgegriffen und unter dem Prinzip der Publizität vor dem Hintergrund der vorherrschenden Rechtsverhältnisse thematisiert. Aus dem französischen *publicité* abgeleitet, verweist der Begriff der Publizität einerseits auf die emanzipatorischen Entwicklungen der Französischen Revolution und beschreibt andererseits das Verhältnis von staatlichen Angelegenheiten gegenüber der Gesellschaft.⁶⁶

Kants Interesse besteht in der Wiederherstellung der Vermittlung von Politik und Moral. So schreibt er im Anhang seines Entwurfes zum ewigen Frieden, dass die wahre Politik keinen Schritt tun könne, „ohne vorher der Moral gehuldigt zu haben, und obzwar Politik für sich selbst eine schwere Kunst ist, so ist doch die Vereinigung derselben mit der Moral gar keine Kunst; denn diese haut den Knoten entzwei, den jene nicht aufzulösen vermag, sobald beide einander widerstreiten“ (ebd., Bd. XI, S. 243, zitiert nach Habermas 1990, S. 179). Damit wird Politik in der Moral gesehen, dieser untergeordnet und schließlich von der Autorität des Herrschenden befreit. Zwang könne nicht länger in Gestalt persönlicher Herrschaft oder gewaltsamer Selbstbehauptung ausgeübt werden, sondern nur so, dass einzig Vernunft Gewalt habe (vgl. Habermas 1990, S. 179f.). Ein Rechtssystem mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit kann so ohne die Transparenz der öffentlichen Sphäre nicht funktionieren. Sie regelt die Beziehung des menschlichen Zusammenlebens innerhalb eines Staates und zugleich ist sie Grundlage für das Verhältnis der Staaten untereinander, denn alle „auf das Recht anderer Menschen bezogene Handlungen, deren Maxime sich nicht mit der Publizität verträgt, sind unrecht“ (Kant 1977, Bd. XI, S. 245). Damit beschreibt Kant die transzendente Formel des öffentlichen Rechts, die sich in ihrer negativen Implikation mit der Kontradiktion von Recht und Publizität auszeichnet, im positiven Sinne jedoch die Übereinkunft von Recht und Publizität insofern beschreibt, als dass jene Handlung, die dem Prinzip der Publizität entspricht, dann und nur dann als gerechte und legitimierte Handlung beschrieben werden kann.

Im Hinblick auf die Schaffung von Rechtsnormen bedeutet dies, dass die Allgemeingültigkeit eines Gesetzes nur im Lichte der Öffentlichkeit und nach den Prinzipien

Medizin), an denen die Regierung unterschiedliche Interessen deutlich macht, dient die Philosophie zur Kontrolle, da die Nützlichkeit, welche diese der Regierung versprechen, für die philosophische Fakultät zweitrangig ist (vgl. ebd., Bd. XI, S. 290).

⁶⁶Das Prinzip der Publizität findet bei Kant noch eine weitere rechtsphilosophische Ausprägung, die sich einerseits an den inneren Angelegenheiten (im Sinne republikanischen Staatsordnung mit innerer Freiheit) und andererseits an die äußeren Verhältnisse, also jene der Staaten untereinander (mit dem Anspruch auf eine pazifistische Förderation der Weltbürger), richtet (vgl. Habermas 1990, S. 179).

der praktischen Vernunft erlangt werden kann. Die Achtung des Rechts, also die Akzeptanz einer Rechtsordnung, die auch moralischen Ansprüchen gerecht werden kann, müsse bedingungslos gesichert werden und dürfe nicht durch zweckorientierte Belange angetastet werden:

„Das Recht dem Menschen muß heilig gehalten werden, der herrschenden Gewalt mag es auch noch so große Aufopferung kosten, man kann hier nicht halbieren, und das Mittelding eines pragmatisch-bedingten Rechts (zwischen Recht und Nutzen) aussinnen, sondern alle Politik muß ihre Knie vor dem ersteren beugen, kann aber dafür hoffen, ob zwar langsam, zu der Stufe zu gelangen, wo sie beharrlich glänzen wird.“
(Kant 1977, Bd. XI, S. 244)

Damit wird die politische Herrschaft durch die moralische Kraft des Volkes beschränkt und strukturiert. Kant spezifiziert dies in der Bestimmung des öffentlichen Rechts, das die allgemeine Bekanntmachung erfordert und auf die Zustimmung des Volkes angewiesen ist.

Ohne den Begriff der Öffentlichkeit selbst zu verwenden, begreift Kant sie damit als Rechtsordnung und vor allem als Mittel der Aufklärung (vgl. Habermas 1990, S. 180). Gegen einen revolutionären Gedanken gerichtet, wird Aufklärung als ein langsamer und kontinuierlicher Prozess begriffen, bei dem das Publikum sich selbst aufklärt, wenn man ihm die Freiheit zugesteht. Nimmt man dem Publikum die Öffentlichkeit, geht nicht nur die innere Rechtsgrundlage verloren, es werden auch die Sicherungsprinzipien des Friedens zwischen den Staaten, also die nach außen gerichteten Beziehungen unterlaufen. Nur in Kongruenz zu dem Prinzip der Publizität kann die Aufklärung zur Volksaufklärung⁶⁷ werden. Mit einem Verbot der Publizität werde gleichermaßen der gesellschaftliche Fortschritt zu einem besseren verhindert (vgl. Kant 1977, Bd. XI, S. 363). Das Publikum, das bei Kant auf eine weltweite Leserschaft ausgedehnt ist, beschränke sich jedoch nicht nur auf die Gelehrten, sondern umfasse alle, die sich so verhalten, als ob sie Gelehrte wären, sich also im Modus des Publizisten befinden (vgl. Habermas 1990, S. 182). Nicht zuletzt hierdurch kommt dem Prinzip der Publizistik eine besondere Bedeutung zu, da es unauflösbar mit der Volkssouveränität verwoben ist und eine die Welt umspannende Ordnung beschrieben wird.

Als ein Ergebnis aber auch eine Bedingung für Öffentlichkeit lässt sich das Konzept der öffentlichen Meinung ableiten, die einerseits aus den Verhandlungen hervorgeht, welche für jeden einsehbar und von Belang sind und andererseits einen vermeintlichen Rückkopplungskanal für die Aktualisierung von Öffentlichkeit bildet. Im Anschluss an das von Kant ausformulierte Prinzip der Publizität ergibt sich hieraus eine besondere Qualität, denn das zuvor unterjochte Publikum erhebt sich nun in die Position derer,

⁶⁷Kant versteht unter der Volksaufklärung „[...] die öffentliche Belehrung des Volkes von seinen Pflichten und Rechten in Ansehung des Staats, dem es angehört“ (Kant 1977, Bd. XI, S. 362).

die der Obrigkeit eben diese Grenze selbst auferlegen. Publizität ist also auch auf die öffentliche Meinung und Zustimmung des Volkes angewiesen.

4.1.3 Zum Verhältnis von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung

In enger Verflechtung zur Herausbildung eines modernen Öffentlichkeitsbegriffs steht das Verhältnis von Staat und Gesellschaft und das daran anschließende Konzept der öffentlichen Meinung. Inwiefern sich diese historisch gewachsenen Begriffsverständnisse aufeinander beziehen lassen, kann im Rahmen der vorliegenden Arbeit nur in Ansätzen nachgezeichnet werden. In Anbetracht des Erkenntnisinteresses gilt es jedoch die Struktur und Funktion der öffentlichen Meinung zumindest in ihren Grundzügen so einzuholen, dass hierüber Rückschlüsse auf ihre Beschaffenheit sowohl in historischer als auch aktueller Form gemacht werden können. Anders gesagt, soll die Hinwendung zur öffentlichen Meinung Rückschlüsse auf die strukturelle Ausprägung von Öffentlichkeit zulassen. Es bietet sich daher zunächst an, kurz auf die Grundzüge und Entstehungsgeschichte der öffentlichen Meinung einzugehen, um dann vertiefend entlang einer ausgewählten Position weiter zu arbeiten.

Opinion, so hält Habermas (1990) fest, „übernimmt im Englischen und im Französischen die unkomplizierte Bedeutung von lat. *Opinio*, der Meinung, des ungewissen, nicht voll ausgewiesenen Urteils“ (ebd., S. 161) und entspreche darin genau dem Sinnverständnis der Alltagssprache (vgl. ebd.). Mit der Ungewissheit des Urteils und dem Prozess des Urteilens werden gleich zwei Kategorien angesprochen, die sich hinsichtlich bildungstheoretischer Überlegungen als bedeutsam erweisen. Indem der bloßen Meinung ein Vergewisserungsprozess vorausgeht, liegt in ihr das Potenzial der Reflexion über die jeweiligen Begebenheiten. Die Meinung im Sinne einer imaginativen Kraft⁶⁸ bietet somit eine erste Grundlage für tiefere Auseinandersetzungen. Aus dem gleichen Grund der Ungewissheit steht sie jedoch dem Vernunftgedanken (der *ratio*) gegenüber und lässt sich nicht in diesen überführen. Sie ist somit das Produkt einer Urteilsbildung, aufgrund ihrer nicht restlos ausgeräumten Wahrheitsanspruchs jedoch kein finaler Zustand und somit gleichzeitig der Zugang zu anderen Ansichten, zu denen man sich verhalten kann.

Mit der Herausbildung der *public opinion* bzw. der *opinion publique* erfährt der Begriff der Meinung vor dem Hintergrund der Öffentlichkeit eine neue Bedeutungslagerung, die sich im späten 18. Jahrhundert entlang demokratiethoretischer Perspektivsetzungen in England und Frankreich durchaus unterschiedlich herausgebildet haben. Im Englischen findet die *public opinion* ihren Weg über die *public spirit*, bei der noch Züge der Unmittelbarkeit zu erkennen seien (vgl. ebd., S. 166). Im Französischen lässt sich mit dem Gedanken der *opinion publique* über die Entwicklung der *public éclairé* die strenge Bedeutung einer Meinung beschreiben, „die durch kritische Diskussion in der

⁶⁸Hier in Anlehnung an Spinozas Begriff der Einbildung (*imaginatio*) gedacht (vgl. Spinoza 1970).

Öffentlichkeit zur wahren Meinung geläutert ist“ (vgl. Habermas 1990, S. 168). Damit löse sich der Gegensatz von *opinion* und *critique* auf, wie Habermas unter Verweis auf die dabei maßgeblichen Arbeiten Hobbes‘ nachzeichnet (vgl. ebd.). In dem die Meinungsbildung über öffentliche Angelegenheiten nicht mehr nur einer spontanen Neigung entspringt, sondern dem privaten Nachdenken öffentlicher Angelegenheiten vorausgeht, ergibt sich die Komplexität einer generalisierten und öffentlichen Meinung. Auf diese Weise kann die öffentliche Meinung als Medium zur Artikulation von Positionen verstanden werden, denen man sich anschließen oder die man ablehnen kann. Sie stellt ganz grundlegend ein Angebot dar, zu dem man sich verhalten kann.

Weiterhin bietet die öffentliche Meinung die Möglichkeit der Verhandlung unterschiedlicher Positionen und Erkenntnisse, sodass sie ganz unabhängig vom eigentlichen Gegenstand zu einer nicht unerheblichen Instanz im Prozess der Meinungsbildung des Individuums zählen kann, wenn sie das Produkt des Allgemeinen oder von vielen ist. Indem hierbei auf das Raisonement im Privaten verwiesen wird, entfaltet die öffentliche Meinung ihren bildungstheoretischen Gehalt nicht nur hinsichtlich ihres Einflusses auf die Öffentlichkeit, sondern verweist zugleich auf die subjektiven Lagerungen innerhalb des privaten Aushandlungsraums. Die Ausbildung von Subjektivität im privaten Raum kann somit als Gegenfolie zur Artikulation im öffentlichen Raum angelegt werden. Diese Entwicklung ist jedoch keineswegs für sich genommen gegeben, sie ist vielmehr auch das Resultat der Herausbildung einer modernen Gesellschaftsstruktur, wie am Verhältnis von Gesellschaft und Privatheit bei Arendt bereits aufgezeigt werden konnte. Indem der Austausch im öffentlichen Raum von einer gewissen Pluralität und der ungezwungenen Zusammenkunft abhängig ist, lässt dies die weitergehende Frage nach dem Verhältnis von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung zu. Gerade letztere scheint hinsichtlich der eigenen Verortung im Raum und der Informationsbeschaffung von gesteigerter Bedeutung, wie bereits an der historischen Annäherung beziehungsweise Auflösung der Differenz von *opinion* und *critique* angedeutet wurde. Dabei ist das Verständnis davon, was die öffentliche Meinung nun tatsächlich ausmacht, gerade im Hinblick auf moderne Öffentlichkeitstheorien höchst ausdifferenziert und mit unterschiedlichem Bedeutungsgehalt aufgeladen. Um eine Einordnung vornehmen zu können, gehe ich zunächst auf eine eher historische Perspektive dieser Beziehung ein, anschließend werden die Implikationen für die bildungstheoretische Perspektive, die hier aufgespannt wird, entlang der jeweiligen Bereiche weiterführend diskutiert.

Wenn man danach fragt, wie sich die öffentliche Meinung darstellt und welche Wirkmacht sie für unterschiedliche Akteure entfalten kann, scheint es mir hilfreich, Hegels Differenzierung von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung heranzuziehen. Indem sich Hegel in seinen rechtsphilosophischen Abhandlungen mit der gesetzgebenden

Gewalt befasst, geht er auf die Rolle des modernen Staates ein, was die Herausbildung der öffentlichen Meinung und ihre Bedeutung für Öffentlichkeit selbst einbezieht.⁶⁹

Ich halte die Perspektive Hegels aus zweierlei Gründen für relevant. *Erstens* lässt sich damit eine erste Ausdifferenzierung des modernen Öffentlichkeitsbegriffs beschreiben, der seine Akzentuierung über die Rolle des Staates im Verhältnis zur Gesellschaft gewinnt. Damit wird zugleich die historische Einbettung berücksichtigt und somit auf den durch die Aufklärung geprägten Öffentlichkeitsbegriff Bezug genommen. *Zweitens* lassen sich hieran direkte Implikationen für bildungstheoretische Anschlussüberlegungen ableiten, denn ausgehend von Hegels Geistesbegriff lässt sich die Verflechtung von Allgemeinheit und Individualität, die somit auf das Bewusstsein wirkt, weiter verdeutlichen.

Was aus dem Publikum der rasonierenden Privatleute hervorgeht, kann, mit Hegel gesprochen, als die Gedanken der vielen beschrieben werden, die sich aus unterschiedlichen Positionen zur öffentlichen Meinung herausbilden:

„Die formelle, subjektive Freiheit, daß die Einzelnen als solche ihr eigenes Urteilen, Meinen und Raten über die allgemeinen Angelegenheiten haben und äußern, hat in dem Zusammen, welches *öffentliche Meinung* heißt, ihre Erscheinung.“ (Hegel 1986b, §316, S. 482)

Das Allgemeine trifft mit der öffentlichen Meinung somit auf das „Substantielle und Wahre“ (ebd.). Dies heißt einerseits, dass das Bewusstsein des Einzelnen ins Verhältnis zum Allgemeinen gesetzt wird, und andererseits lässt sich hier Hegels Vernunftanspruch verorten, denn wenn das Wahre nun in Form des „gesunden Menschenverstandes“ hervortritt, behauptet es sich nicht nur gegen die Gestalt von Vorurteilen, sondern stellt zugleich die „sittliche Grundlage“ des Staates dar (ebd., §316, S. 483).⁷⁰ Damit wird die öffentliche Meinung Hegels Anspruch an die vernunftbegründete Willensfindung jedoch noch nicht gerecht, denn sie spiegelt neben dem Vernünftigen eben auch das Urteilen,

⁶⁹Liesegang (2004) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es Hegels Zielsetzung sei, die Diskurse von Wissen und Macht von einer öffentlichen Meinung abzuschotten (vgl. ebd., S. 176). Damit wird unter anderem auf Hegels Verhältnis von Wirklichkeit und Philosophie verwiesen, worauf ich an dieser Stelle jedoch nicht gesondert eingehen werde (vgl. hierzu Gostmann 2015, S. 74f.).

⁷⁰Damit wird ein Hinweis darauf gegeben, dass Hegel den Freiheitsbegriff im Hinblick auf den Staat anders als Kant akzentuiert, der ihn noch als Freiheit von äußerer Handlungsbeschränkung und der intuitiven, willkürlichen Urteilsfindung beschrieben hat. Während Kant noch zwischen innerer Freiheit des moralischen Gesetzes und der äußeren, phänomenalen Freiheit zwischen den Bürgern unterscheidet, fällt diese Differenz bei Hegel weg. Hegels Freiheitsbegriff ist, wie von der Pfordten (2003) festhält, „in der politischen Sphäre von vornherein kein individueller, in der Außenperspektive willkürlicher, sondern ein sittlicher, allgemeiner“ (ebd., S. 117). Auf die Divergenz des Freiheitsbegriffs bei Hegel und Kant hinzuweisen, gibt Aufschluss darüber, wie der Staatsbegriff bei beiden entwickelt wird. Für die vorliegende Arbeit soll es zunächst genügen, auf diese Divergenz hinzuweisen, ohne die Differenzen im Detail zu diskutieren, da es hier in erster Linie um die intersubjektiven Aushandlungsprozesse im Lichte der Öffentlichkeit und nicht die Konturierung des Staatsbegriffs geht.

Meinen und Raten, also eine offenbar willkürliche Zusammensetzung unterschiedlicher Positionen wieder, wodurch Hegel ihr eine widersprüchliche Struktur zuschreibt, deren Bedeutungslagerung er bezüglich der Herausbildung einer öffentlichen Meinung verortet:

„Die öffentliche Meinung verdient daher ebenso geachtet als verachtet zu werden, dieses nach ihrem konkreten Bewußtsein und Äußerung, jenes nach ihrer wesentlichen Grundlage, die, mehr oder weniger getrübt, in jenes Konkrete nur scheint.“ (Hegel 1986b, §316, S. 483)

Hierbei artikuliert Hegel nicht nur das ambivalente Verhältnis, welches er der öffentlichen Meinung beimisst, er lässt darüber hinaus auch eine Konkretisierung seines Öffentlichkeitsverständnisses zu. Indem er darauf hindeutet, dass die öffentliche Meinung als solche geachtet und anerkannt werden müsse, da sie das Allgemeine in sich vereint und in ihrer allgegenwärtigen Form in Erscheinung tritt. Die öffentliche Meinung ist damit jedoch noch nicht hinsichtlich ihrer Wechselwirkung zwischen Bürger und Staat beschrieben. Hierzu ist es wichtig zu sehen, dass sie keine fest gesetzte Konstante, sondern vielmehr von den veröffentlichten Ergebnissen der Ständeversammlungen abhängig ist. Den Bürgern obliegt es, sich den Themen aus den Verhandlungen zu widmen und sich zu informieren, wenngleich sie eben nicht direkt partizipieren können. Mit der Herausbildung der öffentlichen Meinung kann sodann das Vernünftige in Erscheinung treten. Dadurch sei sie nach Hegel eines der größten Bildungsmittel (ebd., §315, S. 482). Auf der anderen Seite jedoch gilt es die öffentliche Meinung zu verachten, denn sie ist gleichermaßen auch das Konglomerat individueller Positionen und Ausdrücke, deren Ordnung und Wirkmacht unter der Willkür und Unwissenheit der Einzelnen untergeht. Hegel beschreibt dieses Verhältnis wie folgt:

„In der öffentlichen Meinung ist alles Falsche und Wahre, aber das Wahre in ihr zu finden, ist die Sache des großen Mannes. Wer, was seine Zeit will und ausspricht, ihr sagt und vollbringt, ist der großen Mann der Zeit. Er tut, was das Innere und Wesen der Zeit ist, verwirklicht sie, - und wer die öffentliche Meinung, wie er sie hier und da hört nicht zu verachten versteht, wird es nie zu Großem bringen.“ (ebd., §316, S. 485f.)

Zwar bringen die Stände die öffentliche Meinung hervor, jedoch scheint es für Hegel verwerflich, sich von eben dieser einnehmen zu lassen. Angesichts der historischen Rahmenbedingungen sollte festgehalten werden, dass die Stände nicht jene Gewalt entwickelten, wie der moderne Rechtsstaat, jedoch wird hieraus bereits die Abhängigkeit und verführerische Wirkung der öffentlichen Meinung in ihrer Gestalt deutlich. Damit wird an jenen Aspekt der politischen Tugenden erinnert, den Arendt in Hinwendung des Handelns beschrieben hat. Zudem lässt sich hier eine grundlegende Kritik Hegels an der bürgerlichen Öffentlichkeit beschreiben, denn der Wahrheitsanspruch in seiner

moralischen Dimension trifft hier auf die subjektiven Interessen des Einzelnen und steht ihnen somit diametral gegenüber.

Die Aussagen zur öffentlichen Meinung lassen weiterhin direkte Rückschlüsse auf das von Hegel zu Grunde gelegte Verständnis von Öffentlichkeit zu. Diese ist demnach geprägt von individuellen Meinungen einerseits sowie den in den Ständeversammlungen hervorgebrachten Themen und deren Ergebnisse andererseits. Damit diene die Öffentlichkeit der Ständeversammlung nicht etwa „dem Zusammenhang parlamentarischer Diskussionen mit dem politischen Raisonement des Publikums, das die Staatsgewalt kritisierte und kontrollierte. Sie ist vielmehr Prinzip der staatsbürgerlichen von oben [...]“ (Habermas 1990, S. 190). Erst durch diese vermittelnde Instanz könne es gelingen, über die Staatsangelegenheiten vernünftiger zu urteilen (Hegel 1986b, §315, S. 481). Somit sei es auch die Aufgabe der gesetzgebenden Gewalt, die maßgeblich durch die Ständeversammlung repräsentiert wird, „die moderne Tendenz der Ablösung der bürgerlichen Gesellschaft aus dem politischen Bereich einzudämmen und sie wieder in den Staat zu integrieren“ (Wang 2004, S. 249).

Es kann bereits hier ein Bezug zu der von Arendt postulierten Differenz von Öffentlichkeit und Privatheit beschrieben werden, denn mit dem Begriff der Freiheit, wie ihn Hegel gebraucht, lässt sich auch der Zustand der Beraubung, wie ihn Arendt mit dem Verbleib im Privaten beschreibt, erfassen.⁷¹ Nun bleibt anzumerken, dass Hegel hier eine abweichende Auffassung davon hat, wie die öffentliche Meinung entsteht, denn indem die öffentliche Meinung aus den Stände Verhandlungen hervorgeht, nimmt sie eine strukturgebende Rolle ein, die jedoch selbst der stetigen Veränderung unterliegt. Erst indem man sich der Öffentlichkeit mitteilt und die Stimme im öffentlichen Raum erhebt, entsteht das Potenzial der Freiheit und durch die Integration des Allgemeinen sodann der Moment des Erkennens von Wahrheit. Die Problematik, die sich für das Bewusstsein ergibt, ist in der Differenz zwischen dem individuellen Willen und dem Allgemeinen zu verorten, schließlich mystifiziere die existente aber verdunkelte Vernunft eine vernünftige Substanz öffentlicher Meinung (Liesegang 2004, S. 175).

4.2 Öffentlichkeit in diskurstheoretischer Perspektive

Unter diskurstheoretischen Öffentlichkeitskonzepten lassen sich jene zusammenfassen, bei denen die Sphäre der Öffentlichkeit grundlegend als ein holistischer Kommunikationsraum begriffen wird. In einer solchen Theorietradition wird Öffentlichkeit nicht

⁷¹Hannes Bajohr (2011) weist bei der Abhängigkeit der absoluten Herrschaft, wie sie Arendt verortet, auf die Nähe zu Hegels Dialektik von Herrschaft und Knechtschaft hin (vgl. ebd., S. 54). Damit erwächst der Raum des Privaten trotz seiner Unfreiheit nicht bloß zu einem Ort des Rückzugs. Er ist gerade deswegen auch jene Sphäre, in der, die hegelsche Dialektik angewendet, die Ausprägung der Individualität stattfindet und sich das Bewusstsein in dialektischen Bewegungen hin zum Selbstbewusstsein entwickelt. Es ist genau diese Differenz, die der öffentlichen Meinung ihre Ambivalenz nach Hegel verdankt.

selten als Idealtypus aufgefasst, dessen Konzeption dazu dienen kann, eine Kontrastfolie zu bilden und die Spezifizierung jeweiliger faktischer Abweichungen empirisch und analytisch erfassbar zu machen. Auch wenn der Idealtypus naturgemäß von realen Bezugspunkten abweicht, erfüllt er damit dennoch eine normative Funktion. An eine solche Perspektivlinie sind also unmittelbar normative Voraussetzungen geknüpft, die sich einerseits in den Vorbedingungen des Diskurses, also den Zugangsmöglichkeiten, den Mitspracheregeln und der Entscheidbarkeit bzw. allgemeinen Gültigkeit, sowie andererseits im Diskursprozess selbst durch die Herstellung einer an Regeln und Normen gebundenen Gesprächssituation ableiten lassen. Damit verweist der Begriff der Deliberation in Abgrenzung zu anderen Formen der kommunikativen Auseinandersetzung auf die normativen Ansprüche, wie sie sich entlang des herrschaftsfreien Diskursraums sowie der Berufung auf rationale Argumente und Transparenz bei der Verhandlung zurückführen lassen. Schließlich, folgt man Gutmann und Thompson (1996), müsse die Beratschlagung nicht ausschließlich auf den Vernunftgebrauch abzielen und könne ebenso andere Formen der Aushandlung einbeziehen, um die Idee der Deliberation zu unterstützen (vgl. ebd., S. 135f.).

Weiterhin sind diskurstheoretische Modelle der Öffentlichkeit immer auch an die jeweiligen Demokratiekonzepte gebunden, aus denen sie zumeist hervorgehen. Demzufolge steht der Öffentlichkeitsbegriff hierbei in seiner theoretischen Ausdifferenzierung ebenso zur Disposition, wenn es um die analytische Erfassung der Qualität von Öffentlichkeit vor dem Hintergrund des zu Grunde liegenden Demokratiekonzeptes geht. Schließlich lässt sich der Schwerpunkt durch die demokratietheoretische Verflechtung vermeintlich leicht auf die diskursive Form der politischen Öffentlichkeit lenken. Dies ist vor dem Hintergrund einer pluralisierenden Gesellschaft, in der es zunehmend schwerer wird, einen Wissens- aber vor allem auch Wertekanon zu definieren, zwar eine analytisch klar definierte Position, ermöglicht jedoch für kulturelle Implikationen nur eine eingeschränkte Perspektivsetzung.

Eine diesbezügliche Differenzierung lässt sich anhand der liberalen Öffentlichkeitstheorien festmachen, die sich ausgehend von demokratietheoretischen Ansätzen entwickelt haben. Dabei lassen sich die repräsentativ-liberalen (Ackerman 1980; Rawls 1993) und partizipativ-liberalen (Barber 1984; Hirst 1994) Modellierungen unterscheiden. Erstere gehen von einer demokratischen Eliteherrschaft einzelner zumeist politischer Akteure aus. Damit wird eine grundlegend skeptische Haltung gegenüber der Informationsfähigkeit der Bürger betont, die sich ganz direkt auf die Selektionsfähigkeit und somit auch auf gesellschaftliche Teilhabeprozesse auswirkt. In der Konsequenz hieraus lässt sich freilich nicht von einem offenen Zugang für alle Gesellschaftsmitglieder sprechen, sondern vielmehr von einer aktiven Gestaltung und Beeinflussung der gesellschaftlich relevanten Themen von einer recht geringen und somit elitären Gruppierung,

die die aktive Öffentlichkeit bilden.⁷² Hinsichtlich der Informationsvermittlung und Transparenz bei der Informationsbeschaffung wird hier klar, dass mit einer solchen Perspektivsetzung nicht nur eine kritische Haltung gegenüber der aktiven Gestaltung von Öffentlichkeit durch gesellschaftliche Partizipation aufgebaut wird, sondern auch die Frage nach den Auswirkungen eines mangelnden Informationsflusses zu stellen sind. Es geht dabei zunächst nicht einmal um die Frage nach der allgemeingültigen Relevanz von Informationen, sondern deren Verfügbarkeit. Denn wenn in einer solchen Perspektive nur ein sehr geringer Teil der Bevölkerung faktisch aktiv ist, scheinen (mediale) Gatekeeper oder Multiplikatoren eine besondere Rolle einzunehmen, um die Zahl der partizipativen Aktivitäten potenziell zu steigern. In einer solchen Perspektivsetzung kommt also den Medien, insbesondere den Massenmedien eine entscheidende Rolle bei der Informationsverteilung zu.

Die partizipativ-liberalen Modellierungen (Barber 1984; Hirst 1994) von Öffentlichkeit hingegen vertrauen auf einen freien Zugang aller Bevölkerungsschichten. Neben den Positionen der Elite wird hier also die Öffnung der Meinungen und Positionen ganz unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure im Sinne des Empowerments abgezielt.⁷³ Damit einher geht zudem die Schwerpunktsetzung auf eine Kraft der Meinungsvielfalt und der unterschiedlichen Artikulationsmöglichkeiten, um die jeweiligen Interessen zu thematisieren. In Anlehnung an Klafki (1985) wird damit auf die Bewusstwerdung gesellschaftlicher Interessensgebiete durch die einzelnen verwiesen. Es ist hierbei im Sinne der Informationsbeschaffung also auch die Aufgabe aller gesellschaftlichen Akteure, für einen unbeschränkten Zugang an Informations- und Datenbeständen zu sorgen, die für die Allgemeinheit von Interesse sein können, weshalb sich solche Konzeptionen ebenfalls hinsichtlich der Dynamiken von sozialen Bewegungen und Gegenöffentlichkeiten analytisch-theoretisch erfassen lassen.

Eine solche Konzeption von Öffentlichkeit steht damit nicht nur den repräsentativ-liberalen Ansätzen gegenüber, sondern lässt sich zugleich an den Gedanken der deliberativen Demokratietheorie anknüpfen, wenn man die normativen Aspekte von freiem Zugang und Meinungspluralität anlegt. Den liberal-demokratischen Theorien bleibt jedoch grundlegend gemein, dass sie sich entgegen einer radikal deliberativen Konzeption von der partizipativen Wirkmacht aller gesellschaftlichen Akteure distanzieren.

⁷²Folgt man Dahrendorf (1993), so sind es maximal bis zu 10% der erwachsenen Bevölkerung, die sich fortwährend in Fragen des politisch-gesellschaftlichen Geschehens einmischen und die Themen somit aktiv mitgestalten würden (vgl. ebd., S. 45).

⁷³Der Grundgedanke des Empowerments zielt auf die Selbstermächtigung des Subjekts innerhalb der sozialen Lebenswelt. Dieser Gedanke ist insofern für eine partizipativ-liberale Konzeption von Öffentlichkeit wichtig, als dass hier auf die individuellen Reflexivitätsslagerungen im diskursiven Austausch abgestellt wird. In einer solchen demokratietheoretischen Betrachtung ist ebenso die Forderung nach Flexibilität aber auch Kreativität (Alkemeyer, Budde und Freist 2013, S. 10) fest verankert, was vor dem hier dargestellten bildungstheoretischen Rahmen ebenfalls als ein Kerngedanke im Sinne des tentativen Umgangs im Horizont von Unbestimmtheit gesehen werden kann.

Da die vorliegende Arbeit jedoch in theoretischer Modellierung auf die partizipativen Potenziale des Subjekts und Prozesse der Subjektivierung abzielt, scheint eine genauere Betrachtung der Deliberation von gesteigerter Bedeutung.

Einer der wohl prominentesten Vertreter der deliberativen Öffentlichkeitstheorie ist Jürgen Habermas, der durch seine Arbeiten zum Strukturwandel der Öffentlichkeit (vgl. Habermas 1990) aber auch der Diskursethik (vgl. Habermas 1983a, 1991) sowie der Theorie des kommunikativen Handelns (vgl. Habermas 1981a,b) entscheidend zur Entwicklung und theoretisch fundierten Diskussion in verschiedener Hinsicht beigetragen hat. Er versteht unter dem Diskurs die „durch Argumentation gekennzeichnete Form, der Kommunikation [. . .], in der problematisch gewordene Geltungsansprüche zum Thema gemacht und auf ihre Berechtigung hin untersucht werden“ (Habermas 1971, S. 130). Dem Modus der Beratschlagung gehen verschiedene normative Grundannahmen, wie die thematische Offenheit, eine uneingeschränkte Teilnahme durch jeden am Diskurs sowie die Diskursfunktion selbst, die im späteren Verlauf dieser Arbeit entlang des Öffentlichkeitsstos bei Habermas ausführlich betrachtet werden, voraus. Dabei soll ebenfalls die Rekonstruktion eines normativen Ideals von Öffentlichkeit erfolgen, auf welches bisher lediglich zur Einordnung dieser theoretischen Linie hingewiesen wurde.

Festzuhalten bleiben zunächst zwei Aspekte. *Erstens* setzt eine solch theoretische Perspektive auf Öffentlichkeit das individuelle Abwägen sowie Prozesse des Überdenkens (auch im privaten Raum) sowie der rational begründeten Beratschlagung mit dem Ziel der Schaffung eines Konsensus voraus. Dies kann im Hinblick auf mediale Strukturen vor allem dahingehend ausgelegt werden, wenn es um die Beeinflussung politischer Routinen und Entscheidungsprozesse geht. Das politische System und seine Entscheidungsträger sollen hierdurch eng an die öffentliche Meinung gebunden werden, die das Resultat der freien Deliberation aller Staatsbürger darstellt (vgl. Imhof 2003, S. 203). *Zweitens* beschränkt sich diese Perspektive auf jene zivilgesellschaftliche Dimension der Artikulation, was auch den medial vermittelten Raum anbelangt. Die Wechselwirkung von individuellen Meinungen, die vor allem durch Medien kondensiert zur öffentlichen Meinung hervorgebracht werden und so den Spiegel der Gesellschaft bilden, sowie die kollektive Beratschlagung und die daran gebundene Voraussetzung des freien Zugangs zur diskursiven Sphäre lässt sich dialektisch zu Herrschaftsstrukturen sehen. Indem der rationale Diskurs nicht gelingt, versagt die Öffentlichkeit und weiterführend eine demokratisch verfasste Gesellschaft.

Damit steht diese Theorieperspektive in unmittelbarer Abhängigkeit zu den normativen Vorannahmen der Beratschlagung und kann als Folie für weitere empirische sowie theoretische Anschlussarbeiten genutzt werden. Rationalität wird dabei nicht nur als Grundlage zur Schaffung eines konsensstiftenden Diskursraums verstanden und somit zu einer festen Voraussetzung deklariert, es wird damit zudem auf die enge Verflechtung von Subjekt und Wissen verwiesen. Nach Habermas gehe es dabei weniger um die Erkenntnis als Verfügungsgut selbst, sondern um die Prozesshaftigkeit, also „wie

sprachlich- und handlungsfähige Subjekte *Wissen erwerben und verwenden*“ (Habermas 1981a, 25, Hervorhebung im Original).

Die Schwerpunktsetzung ist im Zusammenhang der vorliegenden Arbeit vor allem hinsichtlich des zu Grunde liegenden Bildungsbegriffs von Bedeutung, der eben nicht auf eine reine Verfügung von Wissensbeständen abzielt, sondern ebenso auf die Leistung des Subjekts zur Herstellung von Orientierung hinsichtlich komplexer soziotechnologischer Strukturen ausgerichtet ist. Wenn nun rationale „Äußerungen auf die Kritisierbarkeit und Begründungsfähigkeit zurückzuführen“ sind (ebd., S. 27), dann ergibt sich in bildungstheoretischer Perspektive die Frage nach den reflexiven Möglichkeitsräumen jener Beurteilungsprozesse, die schließlich zur Meinungsbildung beitragen. Dabei wird recht schnell deutlich, dass die (medialen) Artikulationen eben nicht nur entlang argumentativer Beiträge vorzufinden sind. Daraus folgt, dass eine mögliche Einschränkung innerhalb der hier dargestellten Öffentlichkeitstheorie aufgezeigt wird, die sich an der Voraussetzung und Zielbedingung der Beratschlagung durch den Vernunftgebrauch einerseits und den zwangsfreien Austausch andererseits bezieht. Zugleich findet sich bei der Konzeption einer deliberativen Öffentlichkeit die Einschränkung auf zivilgesellschaftliche Prozesse. Handlungsvollzüge, die sich beispielsweise am zivilen Ungehorsam orientieren (Arendt 1991; Habermas 1983b), werden dabei zumindest teilweise ausgeklammert.⁷⁴ In Kontrastierung zu der hier behandelten Theorie einer deliberativen Konzeption von Öffentlichkeit lässt sich die Linie der agonistischen Öffentlichkeit hervorheben.

4.3 Zum Konzept der agonistischen Öffentlichkeit

Während die zuvor vorgestellten Konzepte der deliberativen beziehungsweise diskursiven Öffentlichkeit auf die Herbeiführung einer konsensualen Lösung basieren, gehen insbesondere die jüngeren agonistischen Öffentlichkeitstheorien davon aus, dass der Konsens eben nicht als erstrebenswert und vor allem nicht realisierbar anzusehen sei (vgl. Mouffe 2007, 157f.). Die Herausbildung dieser Theorielinie kann dabei als kritische Reaktion zu den zuvor beschriebenen diskurstheoretischen Öffentlichkeitskonzepten

⁷⁴Auch wenn Habermas davon ausgeht, dass eine funktionierende Demokratie zivilen Ungehorsam als Bestandteil der politischen Kultur aushalten müsse (Habermas 1983b, S. 32), nimmt die Partizipation abseits der argumentativen Beratschlagung hier aus mehreren Gründen ganz zwangsläufig eine Sonderstellung ein. Zwar hält Habermas fest, dass der moralisch begründete Protest unter dem Vorsatz zur Verletzung von Rechtsnormen eine symbolische Bedeutung hat und somit auf gewaltfreie Protestmittel verweist, jedoch ergibt sich hieraus unmittelbar die Streitfrage nach der Gewaltfreiheit. In Nähe zu Rawls wird hier davon ausgegangen, dass sich der zivile Ungehorsam eher als Ausnahmeerscheinung zur sonstigen Akzeptanz der staatlichen Autorität herausbildet und somit die eingeforderten Veränderungsprozesse wieder in das staatliche Rechtssystem eingebettet sind, ist selbst das punktuelle Heraustreten aus eben jenen zivilgesellschaftlichen Rahmen nicht automatisch dem Muster der konsensstiftenden Diskurskultur zuzuordnen, da mit dem Heraustreten bewusst auf den Dissens (zumeist in performativer Form) hingewiesen wird.

verstanden werden und wurde in jüngeren Arbeiten maßgeblich durch die Bestrebungen von Chantal Mouffe (1999b, 2000, 2007, 2014, 2015) geprägt.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, zunächst das von Mouffe vertretene Demokratieverständnis anzusprechen, da ihre Konzeption von Öffentlichkeit daraus begründet ist. Die Grundlage für die von Mouffe entwickelte Demokratietheorie bilden die Arbeiten mit Ernesto Laclau zur Hegemonie und radikaler Demokratie (vgl. Laclau und Mouffe 1985). Damit begründen beide nicht nur ihre post-marxistische Position, sondern legen zugleich den Schwerpunkt auf die hegemonialen Strukturen des Politischen. Es wird ein Demokratiemodell entworfen, das sich in erster Linie der Volkssouveränität widmet, während es sich zugleich gegen die Einflüsse Dritter richtet und somit die Werte wie Freiheit und Gleichheit und damit zugleich partizipatorische Fragen in den Mittelpunkt stellt.

Demokratie wird dabei als strategisches Feld von Machtverhältnissen beschrieben, das grundlegend durch konfliktbehaftete Prozesse gekennzeichnet ist. Damit weisen Laclau und Mouffe jegliche Möglichkeit zu einer wie auch immer bestimmten Letztbegründung sozialer Verhältnisse zurück und heben vor allem den kontingenten Charakter dieser hegemonialen Strukturen und Artikulationen hervor, der für das Politische zugleich konstitutiver Gestalt ist. Schließlich sei jede gesellschaftliche Ordnung politischer Natur, die auf dem Prinzip der Ausschließung beruhe (vgl. Mouffe 2007, S. 27). Glasze und Mattissek (2009) fassen diesen regen Veränderungsprozess, der die immer bestehende Möglichkeit des Antagonismus mitträgt, wie folgt zusammen:

„Aufgrund der Instabilität der immer wieder neu strukturierten gesellschaftlichen Sinnstrukturen und der sich immer wieder neu etablierenden und wieder zerbrechenden Gemeinschaften scheitert letztlich jeder Versuch, eine permanente und universelle soziale Wirklichkeit zu etablieren, weil jegliche Form von Fixierung immer nur temporär bestehende Widersprüche und Heterogenitäten überdecken kann.“ (ebd., S. 161)

Das Gesellschaftliche und Politische müsse folglich voneinander unterschieden werden. Die Grenze zwischen dem Gesellschaftlichen und Politischen sei dabei nicht festgelegt, sondern folge ständigen Verschiebungen und Neuverhandlungen zwischen den gesellschaftlich Handelnden, wie es im Zuge des zu Grunde liegenden Diskursbegriffs vorangestellt wurde. Jede hegemoniale Ordnung könne dabei von kontrahegemonialen Verfahrensweisen in Frage gestellt werden, um die bestehende Ordnung zu destabilisieren und eine andere Form der Hegemonie zu installieren (vgl. Mouffe 2007, S. 27).

Es ist an dieser Stelle notwendig, auf das Konzept des Politischen einzugehen, um so die Intention der agonistischen Öffentlichkeitstheorie zu präzisieren und in ihrer Reichweite einholen zu können, da es sich hierbei um einen für die poststrukturalistische Diskurstheorie zentralen Begriff handelt. Dabei gilt es zunächst den Begriff des Antagonismus sowie jenen der Hegemonie einzuholen, um das Politische in diesem

demokratiethoretischen Ansatz bestimmen zu können, da er hier als unauflösbare gesellschaftlich immanente Struktur verstanden wird.

„The social only exists as a partial effort for constructing society – that is, an objective and closed system of difference – antagonism, as a witness of the impossibility of a final suture, is the ‚experience‘ of the limits of the social. Strictly speaking, antagonisms are not internal, but external to society; or rather, they constitute the limits for society, the latter’s impossibility of fully constituting itself.“ (Laclau und Mouffe 1985, S. 85)

Damit trägt der Antagonismus zur Spezifizierung des hier verwendeten Diskursverständnisses bei, da dieser in erster Linie über die Grenzen des artikulierbaren Moments definiert wird. Andererseits wird im Zuge der Grenzziehung eben auch auf den Bereich außerhalb des Diskurses verwiesen, was dem Konzept gleichermaßen eine paradoxe Struktur zuschreibt, da mit der Grenzziehung ebenso auf die Grenzen der diskursiven Objektivität verwiesen wird. Mit dieser Grenzziehung erfährt er ein für den Diskurs konstitutives Moment. Demirović (2007) stellt in diesem Zusammenhang den Moment der „subjektiven Identität“ heraus, der mit dem von Laclau und Mouffe zu Grunde liegenden Diskursbegriff transportiert werde, indem sie einerseits mit beispielhaften Beschreibungen auf der Ebene des Individuums operieren und andererseits mit identitätstheoretischen Annahmen verbinden (vgl. ebd., S. 74). Ein Antagonismus bilde sich demnach dann heraus, wenn eine Identität zu ihrer vollen Präsenz gelangen will, dies aber nicht erreichen könne (vgl. ebd.).⁷⁵

Hieraus lässt sich die Verflechtung von Erkenntnis in Anbetracht des Allgemeinen im Zusammenspiel mit der Pluralität von Werten und Normen herausheben, die ungeachtet der unklaren Bestimmung des Identitätsbegriffs⁷⁶ zumindest Rückschlüsse auf jene konfliktbehafteten Aushandlungsprozesse im öffentlichen Raum hinweisen. Würde man diese Linie weiterverfolgen, müsste man zunächst den Subjektbegriff bei Laclau und Mouffe genauer klären, denn indem Laclau das Subjekt nicht grundlegend von der Struktur des Diskurses und somit den hegemonialen Einflüssen trennt und eher von einer Subjektposition spricht, ergeben sich weitere Verflechtungen für die hegemonialen Strukturen und Handlungspraktiken, die sich entlang der Entscheidbarkeit bzw. einer Unentscheidbarkeit entwickeln (vgl. Laclau 1999, S. 125ff.). Eine Übereinkunft

⁷⁵Demirović (2007) kritisiert die identitätstheoretischen Verflechtungen, die bei Laclau und Mouffe konstitutiv für hegemoniale Strukturen sind. Auf die daran gebundenen Abhandlungen soll hier jedoch nicht weiter eingegangen werden (vgl. ebd., S. 75f.).

⁷⁶Mouffe (2007) hält fest, dass die Wir-Sie-Unterscheidung zur Herausbildung von politischen Identitäten immer zum Ort eines Antagonismus werden könne (vgl. ebd., S. 25). Durch die Abgrenzung zu einem „Außen“ wird hier jedoch keineswegs nur auf das Individuum abgestellt, denn die Grenzziehung und dadurch auch die Herstellung sozialer Wirklichkeit und Ordnung verläuft ebenso für Gemeinschaften und kann somit eher für kollektive Identitäten gefasst werden, wie dies beispielsweise im Rahmen sozialer Bewegungen der Fall ist, weshalb hier zunächst geklärt werden müsste, wie sich eine personale Identität in diesem Zusammenhang zur kollektiven verhält.

des Besonderen mit dem Allgemeinen, wie sie noch bei Hegel veranlagt ist, gibt es bei Laclau und Mouffe nicht. Begründet ist dies durch den kontingenten Charakter der hegemonialen Artikulationen, auf den ich im Anschluss an die Betrachtung des Antagonismus noch genauer eingehen werde.

Weiterhin lässt sich feststellen, dass der Freiheitsbegriff hier ähnlich zu den klassischen diskurstheoretischen Modellen zu begreifen ist, wenn Freiheit die Abstinenz von Herrschaftsstrukturen meint. Anders als Arendts frühe Konzeption von Gleichheit in der griechischen Antike heißt diese hier nicht gleich innerhalb einer exklusiven Gruppe zu sein, sondern erhebt vielmehr einen gültigen Anspruch auf gesamtgesellschaftliche Verhältnisse. Dies ist sogleich der Kern des radikalen Demokratiemodells. Mit einer solchen Konzeption haben sich Laclau und Mouffe, so Glasze und Matissek, zu einem zentralen Fluchtpunkt poststrukturalistischer Theoriebildung entwickelt (Glasze und Matissek 2009, S. 153).⁷⁷ Ausgehend davon hat Mouffe ein Demokratiemodell entworfen, welches sie selbst das Modell des „agonistischen Pluralismus“ (Mouffe 2014, S. 11) nennt. Für Mouffe ist das Bekenntnis zum Vorhandensein des Antagonismus innerhalb gesellschaftlicher Strukturen von zentraler Bedeutung. Nur unter dieser Berücksichtigung könne die Herausforderung adäquat formuliert und bearbeitet werden, die Herausbildung von Antagonismen unter Kontrolle zu halten, indem das „Wir/Sie“ auf andere Weise konstruiert werde (Mouffe 2007, S. 25) und so aus der Differenz eine Beziehung entsteht und der Antagonismus in einen Agonismus transformiert wird:

„To foster allegiance to its institutions, a democratic system requires the availability of those contending forms of citizenship identification. They provide the terrain in which passions can be mobilized around democratic objectives and antagonism transformed into agonism.“ (Mouffe 2000, S. 16)

Agonismus wird in dieser Perspektive nicht als demokratiehinderlich gesehen, sondern vielmehr als Hinwendung zur Bedeutung von Dissens als konstitutive Kraft für eine demokratische Öffentlichkeit verstanden. Mouffe bekennt sich zu grundlegenden demokratischen Werten, wie Freiheit und Gleichheit, stellt jedoch fest, dass die Art und Weise, wie diese Werte in gesellschaftliche Prozesse implementiert sind, keineswegs konsensual aufgefasst werden müssen (vgl. ebd., S. 15). Damit wird an die bereits von Gutmann und Thompson (1996) abgestellte Pluralität des Deliberationsprozesses erinnert, wenngleich hier auf die Anerkennung des Dissens abgezielt wird. Für Mouffe sei eine funktionierende Demokratie gar auf die Pluralität der Positionen im Sinne eines „konfliktualen Konsens“ (Mouffe 2007, S. 158) angewiesen. Wenn diese

⁷⁷Es ist anzumerken, dass die politikwissenschaftlichen Bestrebungen letztlich nicht auf eine Arbeit zu reduzieren sind, vielmehr zeichnet sich hierbei eine kontinuierliche Entwicklung der Theoriebildung ab (vgl. Laclau 1990; Laclau und Mouffe 1985; Mouffe 1999a, 2000), die im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht eingeholt werden kann und auf das vorliegende Erkenntnisinteresse nur bedingt Einfluss nimmt.

Konfrontationen nämlich schwinden, so wäre die demokratische Ordnung grundlegend gefährdet (vgl. Mouffe 2000, S. 16). In der Anerkennung des Dissens wird sich von der Idee verabschiedet, dass es eine geordnete Struktur der Gesellschaft gebe:

„To make room for dissent and to foster the institutions in which it can be manifested is vital for a pluralist democracy and one should abandon the very idea that there could ever be a time in which it would cease to be necessary because the society is now ‚well ordered‘“ (ebd., S. 17)

Damit ist das wohl wesentlichste Unterscheidungsmerkmal zum deliberativen Demokratiemodell, wie es von Habermas vertreten wird, herausgehoben. Während es bei der agonistischen Grundlage in erster Linie um die Anerkennung des Dissens geht, wird dieser bei Habermas zu Gunsten der Überlegenheit der Konsensfindung eliminiert, indem er den Fokus auf die vernunftbegründete Beratschlagung legt und die Perspektive einer grundlegend uneinigen Politik gar als demokratiehinderlich erkennt (vgl. Mouffe 2007, S. 21).

Für die Konzeption einer agonistischen Öffentlichkeit kann an dieser Stelle erneut der Hinweis auf Arendt erfolgen, denn auch sie beschreibt in ihren Arbeiten den Moment des Wettstreits und skizziert somit weniger eine konsensorientierte als vielmehr eine agonale Struktur des öffentlichen Raums. Seyla Benhabib (1997) macht in diesem Zusammenhang und unter Rückbezug auf Arendts Theorie des Totalitarismus auf die Unterscheidung zwischen einer agonalen und assoziativ gefassten Öffentlichkeit aufmerksam, wobei letztere das Prinzip der Kommunikation ins Zentrum stelle und nicht auf das Elitäre abziele (vgl. ebd., S. 151). Während also die agonale Lesart den Kampf um Anerkennung und Beifall beschreibt, sei es die Vorstellung des Assoziationsraums, die zur Herausbildung von Freiheit führe (vgl. ebd.). Im Unterschied zu Arendt geht Mouffe jedoch nicht von einer Öffentlichkeit als Gemeinsames aus, sondern von fragmentierten Strukturen mit unterschiedlichen hegemonialen Herrschaftsgefügen, die somit verschiedene Öffentlichkeiten ergeben, bei denen die sozialen Aushandlungen und Kämpfe in unterschiedlichen Sphären und jeweils nach verschiedenen Logiken sowie Regeln folgen. Gerade der letzte Aspekt ist mit Blick auf die Herausbildung von Gegenöffentlichkeiten und soziale Bewegungen sicherlich von recht hoher Bedeutung, da hier eine theoretische Anschlussmöglichkeit für die darin zu Grunde liegenden Dynamiken in ihrem Wechselverhältnis gegeben wird. Dadurch werden einzelne Bewegungen nicht mehr losgelöst von einander, sondern in Abhängigkeit zueinander untersuchbar.

4.4 Ein systemtheoretischer Blick auf Öffentlichkeit

Nachdem nun die Linien der deliberativen und Diskursöffentlichkeit im Verhältnis zu einer agonistischen Perspektive vorgestellt und grundlegend rekonstruiert wurden, sollte zumindest darauf hingewiesen werden, dass diese lediglich einen Teil des Forschungsfeldes abdecken und insbesondere hinsichtlich der Konzeption dieser Arbeit hervorgehoben wurden, um eine möglichst klare Kontrastierung der jeweiligen Öffentlichkeitstopoi vorzunehmen. Daneben haben sich weitere Theorielinien herausgebildet, die teilweise in der Tradition der bisher vorgestellten Perspektiven stehen, sich teils jedoch auch aus anderen Referenztheorien entwickelt haben.

Ich möchte an dieser Stelle auf die systemtheoretische Entwicklungslinie (Luhmann 1970, 1996; Marcinkowski 1993) eingehen, um die Kontrastierung zu den vorhergehenden Perspektiven aufzuzeigen. Mit einer empirisch-analytischen Perspektive solle weniger auf die Herrschaftsstrukturen abgezielt werden, es gehe in erster Linie darum, den Komplexitätszuwachs einer modernen Gesellschaft zunächst deskriptiv und ohne normative Ansprüche zu erfassen, um so den Unzulänglichkeiten diskursiver oder liberaler Öffentlichkeitstheorien entgegenzuwirken, beziehungsweise deren blinde Flecken sichtbar machen zu können (vgl. Luhmann 1996, 10f.). Im Mittelpunkt dieser Theorielinie stehen also nicht die Rolle des Staates oder Fragen der Volkssouveränität, sondern vor allem jene zur Erfassung und Beschreibung der Sozialstrukturen im Sinne der Ausdifferenzierung durch Subsysteme und ihrer daraus hervorgehenden semantischen Zusammenhänge (vgl. Luhmann 1994, S. 73). Damit bildet sie neben den zuvor vorgestellten Theorieperspektiven einen weiteren Zugang zur Thematisierung von Öffentlichkeit.

Will man nun die systemtheoretische Perspektive auf Öffentlichkeit einfangen, gelingt dies nicht allein, indem man sich Luhmanns Arbeiten zuwendet. Denn obwohl der Begriff der Öffentlichkeit schon recht früh von Luhmann im Rahmen seiner Abhandlung zur öffentlichen Meinung aufgegriffen wurde, so ist dieser Topos lange Zeit eher eine Randerscheinung der Systemtheorie, die vorrangig von anderen Autoren aufgegriffen und spezifiziert wird.⁷⁸ Darüber hinaus scheint es notwendig, sich zunächst die Grundprämissen der Systemtheorie zu vergegenwärtigen.⁷⁹

„Von sozialen Systemen kann man immer dann sprechen, wenn Handlungen mehrerer Personen sinnhaft aufeinander bezogen werden und dadurch in ihrem Zusammenhang abgrenzbar sind von einer nichtdazu-

⁷⁸Hervorzuheben sind hier zunächst die Arbeiten von Gerhards (1994) und Baecker (1996). Erst später greift Luhmann die Konzeption von Öffentlichkeit im Rahmen seiner Abhandlung zu den Massenmedien vertiefend auf und entwickelt die recht prominente Spiegelmetapher (vgl. Luhmann 1996).

⁷⁹Es soll an dieser Stelle nur ein knapper Abriss zu der Grundidee systemtheoretischer Betrachtungen gegeben werden, eine systematische und weitaus umfangreichere Abhandlung zur systemtheoretischen Perspektivsetzung auf Öffentlichkeit findet sich bei Wimmer (2007, S. 90ff.).

gehörigen Umwelt. Sobald überhaupt Kommunikation unter Menschen stattfindet, entstehen soziale Systeme; denn mit jeder Kommunikation beginnt eine Geschichte, die durch aufeinander bezogene Selektionen sich ausdifferenziert, indem sie nur einige von vielen Möglichkeiten realisiert.“ (Luhmann 1975, S. 9)

Wenn ein System nun keine spezifische Funktion mehr erfüllt, löst es sich auf. Bonacker (1997) hebt in diesem Zusammenhang das Verhältnis von Konsens und Dissens hervor, indem er anmerkt, dass Konflikte nach Luhmann nicht diametral gegenüber dem Konsens zu verorten seien, sondern gleichermaßen neutral in die Beobachtung einfließen müssten (vgl. ebd., S. 76). Soziale Systeme sind dadurch nicht auf Konsensfähigkeit angewiesen, um zu bestehen.

Hinsichtlich der hier vorliegenden Arbeit ist es an dieser Stelle wertvoll, nochmals auf die Bedeutung der Differenz von Systemen einzugehen. Indem sich unterschiedliche Systeme auf sich selbst beziehen und sich somit von der Umwelt abgrenzen, ergibt sich ein Moment der Selbstreferenzialität. Dieser Moment ist hinsichtlich der Subjektfrage von nicht unwesentlicher Bedeutung, da Luhmann hier den Subjektbegriff überwindet. Schließlich stehe es vor dem Hintergrund sozialer Veränderungsprozesse nicht mehr allein mit dem Anspruch, Selbstreferenz zu repräsentieren. Selbstreferenz sei schließlich nicht länger ein Privileg des erkennenden Subjekts, da alle Handlungssysteme über Selbstreferenz verfügen würden (vgl. Luhmann 1999, S. 140). Neben der Tatsache, dass sich verschiedene Systeme aufeinander beziehen, also hinsichtlich ihrer Anschlusskommunikation nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können, ist dieser Aspekt auch hinsichtlich der Erfassung von Öffentlichkeit von Bedeutung, da der Mensch als handelnder Akteur somit innerhalb eines Systems operiert, indem er Kommunikation betreibt.

Während hier auf die strukturelle Beschaffenheit des kommunikativen Prozesses abgezielt wird, kann Öffentlichkeit in Anlehnung an Baecker (1996) als „Reflexion jeder gesellschaftsinterne Systemgrenze“ (Luhmann 1996, S. 126) beziehungsweise als „gesellschaftsinterne Umwelt der gesellschaftlichen Teilsysteme, also aller Interaktionen und Organisationen, aber auch der gesellschaftlichen Funktionssysteme und der sozialen Bewegungen“ (ebd., 184f.) aufgefasst werden. Sie kann somit als Spiegel der Gesellschaft verstanden werden, bei dem Luhmann von einer Durchlässigkeit ausgeht, die eine generelle Öffnung anderer Teilsysteme in sich vereint und sich somit ebenso als Reflexionsmedium beschreiben lässt, da die Bündelung und Veröffentlichung unterschiedlicher Bereiche wie Recht, Politik, Wirtschaft und Kultur auch rückbindend auf diese Bereiche selbst und somit gesellschaftliche Entscheidungsprozesse wirkt.

Durch die stetige Verbreitung von Informationen, insbesondere über die Massenmedien, kann Öffentlichkeit nicht nur als Beobachtungssystem der Gesellschaft aufgefasst werden. Sie nimmt gleichermaßen eine komplexitätsreduzierende Rolle ein, da sie Anschlusskommunikation ermöglicht und somit Handlungsspielraum bereitstellt. Damit

kommt dem Konzept von Öffentlichkeit in systemtheoretischer Perspektive eine steigende Bedeutung zu, denn ausgehend davon, dass sich gesellschaftliche Problemlagen auf das Individuum übertragen und somit auch ein, nicht unwesentlicher, Zuwachs an Komplexität zu verzeichnen ist. Die Komplexitätsreduktion funktioniert, wie Wimmer (2007) mit Görke (2000) aufzeigt, beispielsweise, „indem sie Irritationsroutinen anderer Funktionssysteme momenthaft unterbricht, deren Grenzziehung fremdbeobachtet und diese wiederum mit der Kontingenz der eigenen Grenzziehung konfrontiert“ (ebd., S. 439, zitiert nach Wimmer 2007, S. 106). Im Gegensatz hierzu, so hält Wimmer (2007) unter Rückbezug auf Luhmann und in Anbetracht der Massenmedien fest, könne Öffentlichkeit ebenfalls durch ihre Funktionsweise die Komplexität einer funktional differenzierten Gesellschaft weiter erhöhen (vgl. ebd., S. 106f.). Für die Konzeption von Öffentlichkeit folgt aus dieser Perspektivsetzung, dass der Fokus nicht auf ein bestimmtes System beschränkt ist. Aufgrund der Funktionsweise von Öffentlichkeit könne sich diese in unterschiedlichen Teilsystemen herausbilden und ebenso wieder auflösen.

Aus der thematischen Selektion durch die Medien, insbesondere die Massenmedien, geht dann die öffentliche Meinung hervor. Sie ist also nicht die gebündelte und zu einer singulären Erscheinung verdichtete Meinung der Bürger innerhalb einer Gesellschaft und somit komplett losgelöst von der Idee einer Volkssouveränität. Bei der öffentlichen Meinung handelt es sich lediglich um ein Produkt journalistischer Arbeit beziehungsweise das Ergebnis der durch die Medien repräsentierten Themen, wodurch sie als Spiegel fungiert. Hieraus resultiert eine gewisse Simulation, denn die politischen Akteure sehen nicht das, was die Menschen denken, sondern vielmehr sich selbst und andere Politiker, die sich vor dem medialen Spiegel bewegen. Gleichermäßen, so hält Luhmann fest, sehe er „die Konkurrenten, die quertreibenden Bestrebungen, die Möglichkeiten, die nicht für ihn, aber für andere attraktiv sein könnten“ (Luhmann 1990, S. 181). Mit der Spiegelmetapher ergibt sich die Konsequenz der Undurchlässigkeit, denn man ist nicht in der Lage, durch diesen Spiegel hindurch zu sehen, vielmehr ist man in der Beobachtung zweiter Ordnung auf die Repräsentation der Themen hinsichtlich der Wirklichkeitskonstruktion angewiesen.

Damit lässt sich eine wesentliche Unterscheidung zu Hegels Verständnis zur öffentlichen Meinung feststellen, der seine Konzeption im Spannungsfeld von Staatsinteressen und der subjektiven Willensbildung des Bürgers verortet hat. Die Einsicht in die verhandelten Themen und Beschlüsse wird hier nicht mehr dem Einzelnen auferlegt, sondern den Medien, die sodann die Ordnungsstruktur in institutionalisierter Erscheinung der Massenmedien repräsentieren. Andererseits scheint gerade die Aufgabe der öffentlichen Meinung dann auch im Hegelschen Sinne erfüllt, wenn sie zur Reduktion von Komplexität beiträgt, schließlich wird damit die Herstellung einer Ordnung ermöglicht, die sogleich eine stabilisierende Wirkung aufweist. Ferner scheint die reflexive Bedeutung der öffentlichen Meinung im Sinne der Spiegelmetapher hierüber eingeholt.

Mit der systemtheoretischen Perspektive stellt Luhmann bisher vorherrschende Entwürfe in Frage und wendet sich gegen die Strömung der Kritischen Theorie. Indem Luhmann die soziologische Kategorie des Subjekts ablehnt, erfährt er insbesondere von Habermas die Kritik, dass dem Subjekt eine dem System nachgestellte Rolle zukäme (vgl. Habermas 1985, S. 431). Die Differenz beider Positionen lässt sich am ehesten und wesentlich heruntergebrochen als jene einer Gesellschaftskritik bei Habermas und die einer Analyse (im Sinne der Beobachtung) gesellschaftlicher Prozesse bei Luhmann beschreiben. Ohne an dieser Stelle weitergehend auf die doch recht populäre Kontroverse beider Autoren einzugehen (vgl. hierzu Habermas und Luhmann 1971), scheint mir die systemtheoretische Perspektive aufgrund ihrer Abkehr normativer Vorstellungen gerade im Hinblick auf die bisher dargelegten bildungstheoretischen Überlegungen nur recht eingeschränkt als zielführende Linie zu dienen. Gleichwohl ist sie im zeithistorischen Kontext gesehen eine wertvolle Konstante, da hierüber nicht nur die Konzeption von Öffentlichkeit im Horizont massenmedialer Strukturen erfasst wird, sondern auch ein ideologischer Aufbruch hinsichtlich der Beschreibung gesellschaftlicher Prozesse zu beobachten ist. Gleichmaßen kann der systemtheoretische Blick auf Öffentlichkeit hier angeführt werden, um die Konzeption eines auf Deliberation abzielenden Öffentlichkeitsbegriffs in seiner Beschaffenheit abzugrenzen.

4.5 Zwischenfazit

Die Konzeption von Öffentlichkeit in ihrer komplexen Entwicklungsgeschichte zu erfassen, ist keine triviale Aufgabe, wie sich entlang der vorhergehenden Abhandlungen gezeigt hat. Zusammenfassend lassen sich folgende Punkte festhalten: Das *Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit* kann als dynamische Folie für gesellschaftliche Entwicklungsprozesse gesehen werden. Entlang der ersten Auseinandersetzung mit Arendts Öffentlichkeitsbegriff und dem Verhältnis zum Privaten konnte herausgestellt werden, dass eben jene Grenzziehung ein Produkt der sich verändernden Gesellschaft samt ihren sozialen Praktiken ist. Indem sich die Bereiche nicht ineinander überführen oder gar auflösen lassen, wird deren konstitutive Kraft für eine demokratisch verfasste Gesellschaft deutlich und bietet somit unter aktuellen Gesichtspunkten eine relevante Folie zur Reflexion über das Verhältnis von Öffentlichem und Privatem.

Bildungstheoretisch sowie bildungspraktisch lassen sich bereits an diesem Verhältnis ganz grundlegende Aspekte ableiten. In theoretischer Konzeption scheint es angebracht, die Komplexität des Wechselverhältnisses hinsichtlich der sozialen Aushandlungen zu betrachten und das Spannungsfeld der Subjektivierung in beiden Bereichen zu berücksichtigen. Bildungspraktisch ergibt sich aus dem Bedeutungswandel in aktueller Perspektive zumindest die Herausforderung, sich den vermeintlichen Grenzziehungen zwischen dem was öffentlich ist und dem Privaten im Hinblick auf die vermittelte Kommunikation des Netzes hinzuwenden, denn der Umgang mit digitalen Daten wird

angesichts der Fragen von Privatheit zu einem kritischen Moment – nicht nur für das einzelne Individuum, sondern vor allem auch für die zu Grunde gelegten Sozialräume, bei denen Werte und Normen im Einzelnen ebenso ausgehandelt werden wie im gesellschaftlichen Gesamtkontext.

Mit dem *Prinzip der Publizität* bei Kant wurde auf das aufklärerische Moment der Öffentlichkeit im Zusammenhang einer gesellschaftlich etablierten Rechtsordnung hingewiesen. Kant hatte einst die Entwicklung einer unabgeschlossenen Leserwelt im Sinn, die sich auf Basis moralischer Werte in eine Weltgesellschaft entwickelt und das Zusammenleben der einzelnen Menschen im Staate untereinander sowie der Staaten zueinander regelt. Für das Gelingen eines solchen Projektes sah er die Herausbildung einer Öffentlichkeit als legitimierende Instanz gesellschaftlicher Strukturen als unabdingbar an. Es ist recht naheliegend, dass dieser Aspekt im Hinblick auf die digitalen Strukturen des Netzes, wodurch Daten in weniger als 500 Millisekunden von einem Ort zu einem beliebigen anderen Ort der Welt nicht nur transportiert, sondern auch kommentiert werden können, nicht nur durch die räumlich-zeitliche Entkopplung zu einer neuen Qualität der Publizität führt. So stellt die von Kant kritisierte menschliche Schwäche der Bequemlichkeit einen ersten Anhaltspunkt dar, den es im Hinblick auf das politische aber auch soziale Handeln im Netz kritisch zu hinterfragen gilt.

In der Auseinandersetzung mit *drei grundlegenden Strömungen der Theoriebildung* wurde bewusst kein allumfassendes Bild der Entwicklungslinien wiedergegeben. Die Unterteilung der drei Bereiche diente mir jedoch zur Kontrastierung der einzelnen wesentlichen Theorieangebote, die sich innerhalb der Forschungsbestrebungen zur Öffentlichkeit manifestiert haben. Indem die drei Theorielinien aufeinander bezogen wurden, konnte der Öffentlichkeitsbegriff in seinen verschiedenen Facetten betrachtet und zugleich auf die jeweiligen Spezifika eingegangen werden. Mit einer solchen Sortierung wurde die Komplexität der Begrifflichkeit jedoch keineswegs reduziert, vielmehr diente sie mir der Veranschaulichung verschiedener Traditionen und der Akzentuierung jeweiliger Kernmerkmale hinsichtlich von Öffentlichkeit. So spricht Arendt vornehmlich von einer politischen Öffentlichkeit, während in der agonistischen Perspektive zwar auch die politische Öffentlichkeit im Mittelpunkt steht, diese jedoch durch kulturelle Prozesse aufgebrochen oder beeinflusst werden kann. Hierbei ergeben sich Differenzlinien, die es zumindest zu berücksichtigen gilt. Entscheidend ist mir dabei, dass durch die unterschiedlichen Theorien selbstverständlich auch gewisse Einschränkungen in der Reichweite hinsichtlich der Verhandlung bildungstheoretischer Implikationen bestehen. Demnach könnte unter Anerkennung verschiedener Teilöffentlichkeiten danach gefragt werden, wo sich Anlässe finden lassen, bei denen sich kulturelle Öffentlichkeiten hin zu politischen Öffentlichkeiten entwickeln. Dies werde ich im späteren Verlauf der Arbeit exemplarisch thematisieren (vgl. hierzu Kapitel 6 und 7).

Anders gewendet diente diese Sondierung der Theorielinien zur Konkretisierung und weiteren Abgrenzung, auf der nun aufgebaut werden kann. Schließlich wurden drei

verschiedene Linien aufgezeigt, die den Öffentlichkeitsbegriff in unterschiedlichen Facetten konturieren und neben einigen Kongruenzen jeweils auch perspektivisch abhängige Charakteristika hervorheben. Mein Ziel war es, ein Bild zu skizzieren, das die breite des Feldes beschreibt, um einerseits die Komplexität der wissenschaftlichen Traditionen aufzuzeigen und andererseits die Grundlage für eine weitere Operationalisierung des von mir weiter verfolgten Öffentlichkeitskonzepts in Abgrenzung zu anderen Theorielinien. Dabei wurde freilich nicht auf jede Linie explizit eingegangen, sondern vielmehr der Versuch einer Kontrastierung zur Abbildung des Spektrums mit prominenten Vertretern gewählt.⁸⁰

Neben den vorgestellten Strömungen lassen sich zugleich sozialpsychologische Aspekte hinsichtlich des Öffentlichkeitstopos wenden, die hier zunächst ausgeklammert wurden. Zwar zielen derartige Konzeptionen vor allem auf das Kommunikationsverhalten der Menschen ab und könnten demnach hinsichtlich transformatorischer Bildungsprozesse unter Einfluss sozialer Aushandlungen im Netz betrachtet werden, jedoch scheint mir der Brückenschlag zu den hier dargelegten bildungstheoretischen Linien mit sozialpsychologisch begründeten Ansätzen als ungünstig.

An der Diskussion zum *Verhältnis von öffentlicher Meinung und Öffentlichkeit* konnte gezeigt werden, dass der Prozess der Meinungsbildung keineswegs als gegebenes Phänomen, sondern vielmehr als Problembereich dargestellt werden kann, wenn es darum geht, die Willensbildung vor dem Hintergrund des tatsächlichen Informationsflusses und Zugangs zu beschreiben. Mit der Bezugnahme auf Hegel konnte auf die Ambivalenz des Begriffs der öffentlichen Meinung hingewiesen werden, der auch heute unter den Bedingungen der Massenmedien sowie vor allem der verschiedenen digital vernetzten Architekturen eine besondere Qualität zukommt. Entlang der drei unterschiedlichen Theorielinien nimmt das Konzept der öffentlichen Meinung eine jeweils anders gelagerte Stellung ein, weshalb es hierbei weniger um die Hervorhebung eines spezifischen Verständnisses, als vielmehr um die differenzierte Bedeutungslagerung ging. Indem die Entwicklung von Öffentlichkeitskonzepten auch mit gesellschaftstheoretischen Betrachtungen einhergeht, erweist sich die Betrachtung der öffentlichen Meinung als hilfreich. Gleichmaßen ist sie erst in diesem Zusammenspiel möglich. Denn mit der Beobachtbarkeit gesellschaftlicher Prozesse lässt sich die *öffentliche Meinung* im gemeinsamen Geltungsbereich definieren und zugleich lassen sich somit erst Problemstel-

⁸⁰Eine systemtheoretische Betrachtung von Öffentlichkeit sowie der öffentlichen Meinung, wie man sie bei Luhmann (1970, 1990) und im Anschluss daran bei Marcinkowski (1993) findet, könnte ebenso interessant sein, um eine Anschlussfähigkeit zu bildungspraktischen Fragen, besonders durch die Prozesshaftigkeit, die der systemtheoretischen Betrachtung innewohnt, herzustellen. Jedoch bewegt sich eine solche Perspektivsetzung einerseits bereits im Schnittfeld der diskursiven Öffentlichkeitstheorie - ohne jedoch die normativen Ansprüche gesellschaftlicher Prinzipien mitzuführen. Andererseits scheint die rein funktionale Betrachtung hinsichtlich der wechselseitigen Beziehung von Subjekt und Umwelt im Kontext von Bildungsprozessen hier nicht ausreichend, um dem formulierten Erkenntnisinteresse nachgehen zu können.

lungen und Herausforderungen – auch für individuelle Handlungsweisen – herausstellen. Öffentlichkeit kann somit als Grundprinzip für Gestaltbarkeit gesellschaftlichen Miteinanders gesehen werden. Die Herausbildung und Erscheinung der öffentlichen Meinung ist insofern von bildungstheoretischer Relevanz, als dass sich hierüber Prozesse des Verhältnisses von Selbst- und Welt erfassbar machen lassen. Gleichmaßen wird hier die Frage nach der Herstellung von Orientierungsleistung insofern adressiert, als dass die öffentliche Meinung angesichts der pluralisierenden Gesellschaft und komplexen medialen Strukturen selbst zur Disposition gestellt werden kann. Denn die Kongruenz einer durch Medien veröffentlichten Meinung zur öffentlichen Meinung ist keineswegs selbstverständlich.

Für die weitere Betrachtung und Hinwendung zum Netz werde ich mich der Öffentlichkeitskonzeption nach Jürgen Habermas vertiefend widmen, da hier eine idealtypische Kontrastfolie gegeben wird und zugleich auch Merkmale bestimmt werden, die sich in ihrer Struktur prüfend auf das Netz abbilden lassen. In diesem Zusammenhang ist der von Habermas beschriebene Strukturwandel der Öffentlichkeit von zentraler Bedeutung. Dabei geht es mir nicht bloß um die Konzeption einer solchen, sondern vielmehr um ihre zeitgenössische Einbettung, die dann vor dem Hintergrund des Netzes diskutiert werden soll. Die Arbeiten von Habermas entstammen einer Zeit, zu der es das Internet noch nicht gab und die Formen digitaler Teilhabe und medienkultureller Artikulationen im öffentlichen Raum des Netzes folglich nicht existierten. Seine Aktualisierungen in jüngeren Aufsätzen und Schriften beziehen das Netz zwar mit ein, jedoch wird es hierbei nicht als konstitutives Moment, sondern eher als Ergänzung deliberativer Prozesse gesehen. Daher kann danach gefragt werden, ob die Konzeption des Öffentlichkeitsideals, wie es Habermas in seiner Theorie entwickelt und mehrfach weiter ausgearbeitet hat, in besonderer Qualität durch das Netz repräsentiert wird. Damit wird die Schwerpunktsetzung auf den Gegenstand Internet und die damit verbundenen Strukturfragen gelenkt. Um später Antworten dahingehend formulieren zu können, werde ich im Folgenden auf den Öffentlichkeitsbegriff bei Habermas eingehen und dabei auch die Entstehungsbereiche beschreiben, auf jene seine theoretischen Arbeiten begründet sind.

Eine vertiefende Betrachtung der Konzeption von Öffentlichkeit bietet sich aus zwei Gründen für das vorliegende Erkenntnisinteresse an. *Erstens* lässt sich mit dem Strukturwandel der Öffentlichkeit eine ausführliche Grundlage dafür finden, wie ein gesellschaftlicher Wandlungsprozess im Zusammenspiel von Medien, Politik und Wirtschaft beschrieben wird und sich daraus ein aktuelles Öffentlichkeitsverständnis herausgebildet hat. Damit und mit dem zu Grunde liegenden deliberativen Demokratieverständnis wird dem seit den 90er Jahren soziologischen Begründungen einer mehr und mehr pluralisierenden Gesellschaft Rechnung getragen, bei der sich durch Individualisierungsprozesse die unterschiedlichen Lebensweisen ebenso wenig auf einen Nenner bringen lassen, wie die daraus resultierenden Werte und Normen, die mit steigender Ausdifferen-

zierung auch eine Relativierung erfahren. Das Modell berücksichtigt diese Entwicklung insofern, als dass der Pluralismus selbst zum Wert erhoben wird, ohne jedoch eine radikal-demokratische Überspitzung in der Fokussierung auf die Partizipationsfähigkeit der Einzelnen zu legen.

Zweitens lassen sich die normativen Grundannahmen, die dem Öffentlichkeitskonzept bei Habermas in ihrer idealtypischen Formgebung zu Grunde liegen, als strukturgebende Folie für die Abbildung aktueller Problembereiche auf die Strukturen des Netzes wenden. Das Internet und dessen strukturelle Erscheinungsform soll dabei weniger einem Abgleich des Ideals von Öffentlichkeit dienen, denn schließlich kann die Ambivalenz der Normativität an dieser Stelle nicht ganz ausblendet werden. Es geht vielmehr um die Schaffung einer Diskussionsgrundlage entlang normativer Grundannahmen, wie Zugangsfreiheit oder Chancengleichheit, als modelliertes Bild, um damit auf die abstrakten Implikationen und Wirkweisen von Code und Software hinzudeuten und deren Problemlage hinsichtlich der hier dargelegten Bildungsproblematik zu erfassen. Schließlich soll die Frage der Normativität hinsichtlich der Algorithmen gewendet werden, die schon aufgrund ihrer Implementation durch die Programmierenden nicht losgelöst von Werten und Normen sowie deren Abbildung von Welt- und Selbstbildern gedacht werden können.⁸¹

⁸¹Ein alternativer Entwurf einer solchen Betrachtung könnte sich hinsichtlich der von Koller (1999) entwickelten Bildungstheorie im Anschluss an Lyotard (1989) und unter Berücksichtigung der agonistischen Öffentlichkeit bei Mouffe (1999a, 2007) als aufschlussreiches Vorhaben erweisen, wenn es insbesondere um den Umgang mit Konflikten auf der Ebene der digital vernetzten Architekturen sowie den daran anschließenden Nutzungspraktiken geht.

5 Der Öffentlichkeitsbegriff bei Habermas

Es ist nicht zuletzt Jürgen Habermas zu verdanken, dass die öffentlichkeitstheoretische Forschung derartig ausdifferenziert ist. So hat er mit seiner grundlegenden Analyse zum Strukturwandel der Öffentlichkeit maßgeblich zur Förderung eines modernen Begriffsverständnisses beigetragen. Einige Entwicklungslinien wurden im vorangegangenen Kapitel bereits cursorisch aufgezeigt. Allen Theorielinien ist dabei die enge Verflechtung zu gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen gemein, jedoch trifft dies im besonderen Maße auf die Arbeiten von Habermas zu, der den Topos der Öffentlichkeit untrennbar in seine gesellschaftstheoretische Arbeit eingliedert und somit nicht nur eine umfangreiche Systematik entwirft, sondern damit auch die Entwicklung des Öffentlichkeitsbegriffs in seiner Reichweite beeinflusst. Maßgeblich prägend für den Prozess des sozialen Wandels ist der nicht zu unterschätzende Umstand, dass sich die Grenzen zwischen privater und öffentlicher Sphäre im Zuge verschiedener und hochkomplexer Strukturveränderungen auflösen. Mit seinen Beobachtungen und Analysen werden Thesen formuliert, die vielerorts für einschlägige und anhaltende Debatten gesorgt haben und deren Diskussionsgehalt auch heute – oder gerade heute – noch von hoher Aktualität sind. Sämtliche Arbeiten von Habermas, nicht nur die der öffentlichkeitstheoretischen Fokussierung, sind von aufklärerischem und demokratischem Denken durchzogen und mit gesellschaftskritischen Argumentationsfiguren gekennzeichnet.

Für die Frage nach der Öffentlichkeit in Verbindung zu einem Konzept von Bildung wird dies insofern relevant, als dass sich das Wesen der Demokratie durch die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen auszeichnet und diese sich erst in einer Gesellschaft mündiger Menschen verwirklicht. Die Funktion von Demokratie ist damit keine Geringere, als dass sie „die weitreichenden gesellschaftlichen Wandlungen vollstreckt, die die Freiheit der Menschen steigern und am Ende vielleicht ganz herstellen können. Demokratie arbeitet an der Selbstbestimmung der Menschen Menschheit, und erst, wenn diese wirklich ist, ist jene wahr“ (Habermas 1961, S. 11f.). Versteht man Bildung als die Befähigung zur vernunftbegründeten Selbstbestimmung, die eine Emanzipation von Fremdbestimmungen insofern einschließt, als dass die kritische Urteilskraft ermöglicht wird, ergibt sich hieraus im Sinne Kants die Freiheit des eigenen Denkens sowie jener nach eigener moralischer Entscheidungen (vgl. Klafki 1991, S. 19). Damit werden Orientierungsrahmen hergestellt und jene gleichsam verändert, um Handlungsräume in einer modernen Gesellschaft zu ermöglichen.

Daraus ergibt sich ein direktes Wechselverhältnis, welches ich im Verlauf der Arbeit weiterverfolgen und vor allem mit Blick auf das Internet und den daran geknüpften sozialen Aushandlungsprozessen aber auch den an die digitalen Räume anschließenden Praktiken in ihrer neuen Qualität offenlegen möchte. Damit dieser Schritt gelingen kann, werde ich mich dem Öffentlichkeitsbegriff bei Habermas und der von ihm formulierten deliberativen Demokratietheorie widmen. Eine erste Einordnung seiner Arbeiten werde ich entlang der Vorentwicklung und Grundannahmen abhandeln, bevor der Strukturwandel der Öffentlichkeit als zentraler Gegenstand dieses Kapitels thematisiert wird. Meine primäre Zielsetzung liegt darin, die normativen Grundannahmen, die dem Öffentlichkeitsbegriff zu Grunde liegen, herausstellen, um so die Basis für die Abbildung auf das Internet zu bewirken. Andererseits soll mit der Betrachtung auf den sozialen Wandel eingegangen werden, den Habermas beschreibt, um diesen in einem historisch-gesellschaftlichen Kontext einzubetten. Ein genaues Verständnis hierüber ist für die daraus folgende Betrachtung entlang des Netzes von entscheidender Wichtigkeit, da sie es erlaubt, direkte Bezugspunkte zum Strukturwandel der Öffentlichkeit herauszustellen und so die neuen Qualitäten zu beschreiben, die dem Netz bereits auf infrastruktureller Ebene innewohnen. Im Anschluss daran wende ich mich kursorisch den Aktualisierungen des hier verhandelten Öffentlichkeitskonzepts zu und verweise zudem auf bisherige Bestrebungen, die eine Bezugnahme dieser Theorie auf das Netz vorgenommen haben.

5.1 Vorentwicklungen und Grundannahmen

Die Habilitationsschrift von Jürgen Habermas steht in der Tradition der Kritischen Theorie und ist in ihrer zeitgemäßen Analyse geprägt durch die Kulturindustriethesen, wie sie von Horkheimer und Adorno (2006 [1944]) in der Dialektik der Aufklärung aufgestellt und empirisch begründet wurden. Dabei wird erstmals der Versuch unternommen, „das Wechselverhältnis von Medium, seinen strukturellen Bedingungen, Inhalt und Rezeption sowie die Legitimationsbedürftigkeit staatlicher Institutionen gleichzeitig zu berücksichtigen“ (Imhof 2003, S. 198). Die analytisch herausgearbeitete Wirkmacht der *Kulturindustrie*⁸² für die Gesellschaft bildet dabei den Kern der Auseinandersetzungen und mündet in der Feststellung, dass die Ökonomisierung zur Standardisierung und Trivialisierung der medienvermittelten Massenkultur führt und dies wiederum zur Konformität und der Herabsetzung von Kulturprodukten, da die neuerlichen Verwertungs- und Tauschmechanismen im Spätkapitalismus zu einem „Warencharakter“ (Horkheimer und Adorno 2006, S. 166) verkommen. In der Konsequenz dieser gesellschaftlichen

⁸²In ursprünglichen Entwürfen wurde der Begriff der Massenkultur gewählt, der später durch Kulturindustrie ersetzt wurde, um klar herauszustellen, dass es sich eben nicht „[...] um etwas wie spontan aus den Massen selbst aufsteigende Kultur handele, um die gegenwärtige Gestalt von Volkskunst“ (Adorno 1997, S. 337).

Entwicklungen werden Konformität und affirmative Bewusstseinsstrukturen diagnostiziert. Schließlich wird die ganze Welt durch den Filter der Kulturindustrie geleitet (vgl. ebd., S. 134), was in letzter Instanz zu einem Verfall der Kultur selbst führt, denn „Kultur ist eine paradoxe Ware. Sie steht so völlig unterm Tauschgesetz, daß sie nicht mehr getauscht wird; sie geht so blind im Gebrauch auf, daß man sie nicht mehr gebrauchen kann“ (ebd.). Getrieben von Umsatzzahlen und Gewinnmaximierung geht die „Überlegenheit des Menschen“ verloren und die Aufklärung⁸³ wandelt sich „zum totalen Betrug der Massen um“ (ebd., S. 49). Gerade dieser Punkt scheint mit Blick auf weitere Betrachtungen von Bedeutung, denn es handelt sich hier in der kritischen Perspektive nicht vordergründig um eine rein kulturpessimistische These, vielmehr wird hier der Schein oder die Illusion an der Teilnahme von gesellschaftlich-demokratischen Prozessen deutlich, was öffentlichkeitstheoretisch ebenso von einiger Bedeutung ist, denn durch die hier beschriebene Verblendung durch die Kulturindustrie wird eine Abkehr vom eigentlichen Kunstwerk oder dem kulturellen Objekt in Gang gesetzt, die als Prozess unumkehrbar ist und demnach auch die Repräsentation von Kultur verändert:

„Was man den Gebrauchswert in der Rezeption der Kulturgüter nennen könnte, wird durch den Tauschwert ersetzt, anstelle des Genusses tritt Dabeisein und Bescheidwissen, Prestigegewinn anstelle der Kenner-schaft.“ (ebd., S. 167)

Es geht hier also weniger um die Fokussierung auf ein kulturelles Gut oder die Aufführung eines Stücks als vielmehr um die individuelle Selbstdarstellung im öffentlichen Raum und die individuelle Wahrnehmung dessen, was aus der Kulturindustrie hervorkommt.

Mit den Beobachtungen von Tausch- und Verwertungsmechanismen sowie Standardisierungsprozessen heben Horkheimer und Adorno eben jene Charakteristika heraus, die später im Netz in einer ganz neuen Dimension zu beobachten sind. Doch zunächst zeigen sie, insbesondere am Beispiel des Kinos, den frühen Ursprung der massenmedialen Strukturen in ihren gesellschaftlichen aber auch politischen Ausprägungen auf, ohne dabei jedoch den Begriff der Massenmedien so einzusetzen, dass der Eindruck entste-

⁸³Horkheimer und Adorno fassen Aufklärung nicht bloß als historische und abgeschlossene Epoche auf, sondern weisen auf die Ambivalenz von Fortschritt der Technik und der damit verbundenen Entfremdung der Natur hin. Indem die Medien die Welt nach den Ansprüchen der Menschen gestalten, geben sie nicht nur den Rahmen dessen vor, was die Menschen denken können und wollen, sondern prägen vielmehr auch die Grenzen davon, was sie denken sollen wollen. Die Herausbildung des Subjekts im Sinne der rationalen Entscheidungs- und Urteilskraft steht damit im dialektischen Verhältnis zur Natur, was daran aufgezeigt wird, „[...] wie die Unterwerfung alles Natürlichen unter das selbtherrliche Subjekt zuletzt gerade in der Herrschaft des blind Objektiven, Natürlichen gipfelt“ (Horkheimer und Adorno 2006, S. 6). Damit wird Herrschaft zum integralen Prinzip nicht nur im Verhältnis zum Natürlichen, sondern aller Beziehungen.

hen könnte, die Medien würden dem Volke dienen und somit zur Demokratisierung beitragen.

Ich habe den Bezug zur Kulturindustrie hier aus zweierlei Gründen hergestellt. Erstens stehen die Arbeiten von Adorno und Horkheimer im Verhältnis zur historisch-gesellschaftlichen Analyse von Jürgen Habermas und zweitens erweist sich insbesondere der hier formulierte Transformationsprozess von Kultur als anschlussfähig für bildungstheoretische Überlegungen im Horizont der digitalen vernetzten Architekturen. Diese Anschlussfähigkeit lässt sich später über die Rolle des Subjekts herstellen, denn in der hier beschriebenen Fokussierung auf eine Kulturindustrie wird das Individuum in der Rolle des passiven Konsumenten, der sich in affirmativer Form dem massenkulturellen Angebot hingibt, gesehen. Das Heraustreten aus diesen Strukturen im Sinne der emanzipatorischen Leistung, die sich in der Trennung von Geist und Natur vollzieht, bezahle das Subjekt mit der betäubenden Wirkung der konformen Kulturwaren durch die Einwilligung in den Konsum, denn „Vergnügtsein heißt Einverständnis“ (Horkheimer und Adorno 2006, S. 153). In der Konsequenz hat sich die Aufklärung durch die stetige Selbstvergewisserung von Fortschritt und Emanzipation wieder zu dem Mythos verwandelt, der sie ursprünglich einmal war und somit ihre komplette Wirkmacht verloren.

Diese Vorarbeiten, auf die sich Habermas später direkt aber auch indirekt bezieht, sind jedoch nicht nur im Hinblick auf die Überlegungen zur Kulturindustrie von Bedeutung. Sie sind vielmehr als Teil eines größeren Projekts der Frankfurter Schule zu verstehen und dazu gehören Adornos theoretische Überlegungen zum Konzept von Bildung. Genau genommen geht Adorno davon aus, dass Kultur sich gar mit Bildung gleichsetzen lässt (Adorno 1959, S. 94). So wird das Prinzip der Verschleierung und Verblendung in all seinen Konsequenzen schon bei Adornos Konzept der „Halbbildung“ zum zentralen Thema deklariert. Adorno geht in seiner kritischen Analyse davon aus, dass eben jene Halbbildung das Produkt einer gesellschaftlichen Entwicklungstendenz ist, die, im Charakter des Anti-Intellektualismus geprägt, durch die Unterhaltungskultur in Erscheinung tritt:

„Das Halbverstandene und Halberfahrene ist nicht die Vorstufe der Bildung, sondern ihr Todfeind: Bildungselemente, die ins Bewußtsein geraten, ohne in dessen Kontinuität eingeschmolzen zu werden, verwandeln sich in böse Giftstoffe [...]“ (ebd., S. 111f.)

So gesehen scheint Adornos Konzeption der Halbbildung nicht nur hinsichtlich der gesellschaftlich-institutionellen Entwicklungen von Bedeutung, sondern ist ebenso dahingehend zu wenden, dass die Vermittlung von Inhalten, die Produktion von Nachrichten aber auch die Reproduktion von Kultur(en) über die Medien im diametralen Verhältnis zu emanzipatorischen Kräften und damit der Konstitution eines kritischen Bewusstseins stehen. Darüber hinaus wird hierbei deutlich gemacht, wie sehr die Prinzipien und

Mechanismen der Kulturindustrie einem Ideal von Bildung und der daran gebundenen Freiheit stehen, denn wer den immer steigenden Anforderungen der Kulturindustrie nicht gerecht werden will, ist gezwungen, sich weiterzubilden. Gleichsam wird es dem Individuum genau durch eben jene Kulturindustrie und die dadurch geprägte Gesellschaft erschwert, aus dieser geschaffenen Umwelt auszubrechen. Somit werde Bildung einzig noch zum Mittel der Integration in das bestehende Gesellschaftssystem, nicht aber könne sie aufklären und ein kritisches Bewusstsein konstituieren (vgl. ebd., S. 125). Folgt man dieser Logik, so liegt der Schluss einer pessimistischen Gesellschaftskritik nur dann nah, wenn man den Schwerpunkt lediglich auf die Ausprägung eines halbgebildeten Menschen legt, denn grundlegend besteht die Möglichkeit zum kritischen Denken dann, wenn man in diesem Sinne als ungebildet gilt. Im Sinne des aufklärerischen Gedankens steht und fällt das Bildungspotenzial also mit dem Vertrauen in das gesellschaftliche System und den Möglichkeiten, sich dazu in Beziehung zu setzen oder sich diesem zu entziehen.

Der blinde Fleck ist hier also jener, dass man sich dem sicheren Gefühl hingibt, gebildet zu sein und damit aufhört, sich und die Gesellschaft zu hinterfragen. Medien tragen nach Adorno entscheidend zu diesem Gefühl bei, was sogleich die Bildung der öffentlichen Meinung in ganz grundlegender Weise in Frage stellt. Doch wie kann man sich den Mediensystemen überhaupt entziehen? Schließlich beschreibt Adorno hierbei neben den Momenten der Reflexion vor allem jene der Flexibilisierung, die im Zuge der Modernisierungstheorien immer wieder als zentrale Anhaltspunkte beschrieben und bisweilen gar als notwendiges Kriterium zur Herstellung von Orientierungsleistung diagnostiziert werden (vgl. Sennett 2000). Die Abkehr von den Massenmedien spricht schon per Definition gegen die Gestalt der medialen Systeme. Eine Entzauberung der Unterhaltungskultur hieße demnach zwar die kritische Hinterfragung kulturindustrieller Produktionsmechanismen, wirft gleichermaßen aber auch die Frage nach dem eigenen Nutzungsinteresse auf, denn für Adorno heißt Halbbildung eben nicht die kritische und selbstbestimmte Reflexion, sondern „ephemere Informiertheit, der schon anzumerken ist, daß sie im nächsten Augenblick durch andere Informationen weggewischt wird“ (Adorno 1959, S. 115). Der daraus resultierende Konformismus überlagert die Erfahrung und greift somit direkt in die Wahrnehmungsformation von Welt ein. Das hieraus resultierende Problem ist weniger darin zu suchen, dass die Prägung von Leitbildern durch Produktionsprozesse der Kulturindustrie maßgeblich beeinflusst wird. Dies ist mit Blick auf ein historisches Bewusstsein und den Umgang mit der eigenen Geschichte zwar kein unwesentliches Merkmal, jedoch im Hinblick auf das Verhältnis von Subjektivität und Objektivität nicht das entscheidende, denn was hier im Zentrum steht, ist der damit verbundene ideologische Gehalt. Das Ziel der Bildung soll es sein, zukünftig antidemokratische Gesellschaftsformen zu verhindern und somit einen Rückfall in die Barbarei zu unterbinden.

Zwar fordert Adorno die Hinwendung zu einem kritischen Umgang mit der Geschichte insofern ein, als dass darüber emanzipatorische Potenziale entfaltet werden können, jedoch bleibt – und das scheint mir für die Diskussion zu Grunde liegende Problematik bedeutend – die Frage nach der Bewertbarkeit von Informationen noch immer die Entscheidende, denn die Annahme sich den Mediensystemen vollends zu entziehen, um so gesehen aus den Fängen der verderbenden Kulturindustrie zu entkommen, scheint kein Ausweg zu sein. Zudem, und daraus ergibt sich die Ambivalenz, scheint es für die Auflösung des falschen Bewusstseins, geschaffen durch die Medien, keine Notwendigkeit zu geben (vgl. Schweppenhäuser 1992, S. 94f.).

Mit Blick auf die digitalen Architekturen des Netzes werden diese Prämissen und Folgen des sozialen Wandels hier einerseits aufgebrochen und andererseits in besonderer Qualität verstärkt, wenn es um die Informationsbeschaffung geht, beziehungsweise in diesem Prozess dann gar umgekehrt, wenn es zur Produktion eigener Inhalte kommt. Aufgebrochen werden sie im Grunde genommen schon dahingehend, dass die Ausgangslage für ein homogenes und passives Publikum nur noch bedingt haltbar ist, da sich das Netz zumindest strukturell durch ein hochgradig interaktives Phänomen beschreiben lässt. Umgekehrt werden die von Adorno und Horkheimer beschriebenen Mechanismen von Tausch- und Verwertung in dem Maße verstärkt, indem das Social Web als übergeordneter Interaktionsraum nur nach diesem Prinzip funktionieren kann, denn das Soziale ergibt sich hierbei nur durch den Austausch und den Umgang mit den Angeboten einerseits sowie der freien Gestaltung eigener Kulturobjekte und Praktiken andererseits. Das von Adorno abgegrenzte *authentische Kunstwerk* ist dabei insofern interessant, als dass es hier in einer ebenso radikalen Weise in Erscheinung tritt, wie sich die Ökonomisierung des Netzes der letzten Jahre ausgeprägt hat.

Weiterhin sind diese Überlegungen, wie sie sich entlang der *Kulturindustrie* zeigen, ins Verhältnis zu Adornos Theorie der Halbbildung zu setzen, nicht etwa weil die hier beschriebenen Phänomene der strukturellen Veränderungsprozesse genuin im Kontext der Kritischen Theorie zu verhandeln sind, sondern eher da die Verflechtungen von Öffentlichkeit und Bildung im Sinne einer strukturalistischen Perspektive von weitaus größerer Tragkraft sind, wenn man sich den historischen Linien in einer kongruenten Perspektive widmet. Die Forderungen nach der Erziehung zur Mündigkeit, also der inneren Freiheit und der Selbstbestimmung, durch äußere Einwirkung herbeizuführen, wie sie hier durch die Linie der Kritischen Theorie vertreten wird, steht den bildungstheoretischen Überlegungen, wie sie sich entlang des humboldtschen Bildungsideals und auch den späteren Strömungen der transformativen Bildung beschreiben lassen, diametral gegenüber. Die Paradoxie, innere Autonomie durch äußere Einwirkungen zu schaffen, lässt sich in Anbetracht der unterschiedlichen Theorielinien nicht auflösen. Der Exkurs zu Adornos Theorie der Halbbildung sollte jedoch deutlich machen, wie sich die historischen Linien der Bildungstheorie zueinander verhalten.

An diese Überlegungen knüpft Habermas mit seinen Untersuchungen des Strukturwandels der Öffentlichkeit an, indem er einen umfassend historisch-gesellschaftlichen Blick auf das klassische Verständnis von Öffentlichkeit legt und über die Analysen der Kulturindustrie hin zum Strukturwandel der Öffentlichkeit im Spätkapitalismus geht und diesen in seiner vollen Ausprägungskraft präzise erfasst, ohne jedoch der kritischen Linie von Horkheimer und Adorno strikt zu folgen. Habermas orientiert sich bei der normativen Grundlegung an der Methode des idealtypischen Verfahrens nach Max Weber und bleibt insofern auch der kritischen Theorie treu. Dies geschieht, indem er a priori ein prototypisches Konzept von Öffentlichkeit entwickelt, welches in der Tradition der Aufklärung steht und in den sachlichen Merkmalen als Kontrastfolie zur sozialen Realität entfaltet wird, um die ursprünglich angelegten Freiheitspotenziale analytisch zu erfassen. Die Entwicklung des idealen Öffentlichkeitskonzeptes folgt der Grundannahme, dass es sich bei dem entworfenen und aus den Analysen abgeleiteten Öffentlichkeitsverständnis um ein diskursives Modell handelt, bei der die Beratschlagung und Aushandlung im Prozess der öffentlichen Kommunikation zum normativen Kern erhoben wird. Damit wird vernunftbegründete Beratschlagung als Handlungsvollzug ebenso vorausgesetzt wie die allgemeine Zielsetzung, vernünftige Resultate im Rahmen der Beratschlagung zu erzeugen.

5.2 Zum Strukturwandel der Öffentlichkeit

Den *Strukturwandel der Öffentlichkeit* beschreibt Habermas in seiner gleichnamigen Habilitationsschrift, die erstmals 1962 publiziert wurde. Die Öffentlichkeitstheorie, die ihre Gültigkeit, ausgehend von historischen, soziologischen aber auch politikwissenschaftlichen Linien, in der Moderne beansprucht, nimmt noch heute einen wichtigen Stellenwert ein, wenn es um aktuelle Fragen zur Öffentlichkeitsforschung geht. Die moderne Öffentlichkeit wird dabei entlang der Entstehung eines rasonierenden Publikums von Privatleuten im 17. Jahrhundert, der Manifestierung durch die Einflüsse der Aufklärung und den klassischen Liberalismus und schließlich ihrem Zerfall durch die elektronischen Massenmedien beschrieben.

Schon beim ersten Zugang zum Begriff der Öffentlichkeit im vorangegangenen Kapitel habe ich mit Arendt (2010) auf das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit hingewiesen. Indem der öffentliche Raum über das Handeln und das Private über das Herstellen charakterisiert wurde, konnte der Idealtypus einer attischen Öffentlichkeit beschrieben werden, den Habermas und Arendt zunächst ohne größere Differenzen auffassen. Wie sich dieser soziale Wandel hin zum modernen Öffentlichkeitsverständnis vollzogen hat, konnte an der Stelle noch nicht erfolgen, da die Konzeption der vorliegenden Arbeit die Berücksichtigung des Strukturwandels von Öffentlichkeit unter der theoretischen Perspektive von Habermas vorsieht und die von Arendt diesbezüglich herausgestellten Merkmale eine andere Schwerpunktsetzung verlangen würden. Da

die Entwicklung hin zu einem modernen Öffentlichkeitsbegriff jedoch für diese Arbeit als zentrales Moment verstanden wird, soll eine solche Entwicklung nun entlang des Strukturwandels der Öffentlichkeit von Habermas erfolgen.

Über die Verschiebung der Grenzen von Privatheit und Öffentlichkeit samt ihrer Bedeutungsgehalte lässt sich nach Habermas zunächst der Wandel von der repräsentativen hin zur *bürgerlichen Öffentlichkeit* beschreiben. Die *repräsentative Öffentlichkeit* findet ihren Höhepunkt im Mittelalter und ist an die Attribute der Person, wie Gestus, Habitus und Rhetorik, geknüpft (vgl. Habermas 1990, S. 61). Repräsentiert werden hierbei einerseits der eigene soziale Status, der eng an die Exklusivität im Zugang geknüpft ist, und andererseits die Herrschaft des Adels über das Volk. Damit erfährt die repräsentative Öffentlichkeit, insbesondere im angelsächsischen Raum, einen kontrollierenden Charakter. Zugleich wird hier auf die höfischen Tugenden abgestellt, die an die personalen Handlungen des jeweiligen Adelsvertreters gebunden waren, wodurch diese öffentliche Sphäre „durch eine Aura feudaler Autorität“ geprägt war, der es zugleich durch diese Prägung an einer konkreten Verortung fehlte (ebd., S. 62). In dieser Perspektive nimmt die Öffentlichkeit lediglich die Repräsentation des Monarchen ein, was sich gegenläufig zu der Idee des Staates und dessen Herausbildung bestimmen lässt. Indem sich die öffentliche Sphäre mehr und mehr als staatlich geprägter Bereich beschreiben lässt, der durch öffentliche Personen als Funktionsträger, beziehungsweise Diener des Staates, steigende Verwaltungsmechanismen und objektivierte Institutionen gekennzeichnet ist, verliert die repräsentative Öffentlichkeit ihre Gültigkeit, da sie hierdurch in das Private gedrängt wird:

„Mit Bürokratie und Militär (zu einem Teil auch mit der Gerichtsbarkeit) objektivieren sich die Institutionen der öffentlichen Gewalt gegenüber der nach und nach privatisierten Sphäre des Hofes. – Aus den Ständen schließlich entwickeln sich die herrschaftsständischen Elemente zu Organen der öffentlichen Gewalt, zum Parlament [...]“ (ebd., S. 67)

Da sich die demokratische Staatsform gegenüber dem Feudalismus durchgesetzt hat, gelang es der bürgerlichen Öffentlichkeit, sich zu konsolidieren und gleichsam die Koordinaten der damit verbundenen Herrschaftsgefüge zu verändern. Gegenüber der Obrigkeit der öffentlichen Gewalt traten nun jene Tätigkeiten und Abhängigkeiten in das Licht der Öffentlichkeit, die vormals dem Privaten zugeschrieben wurden. Damit wird genau jene öffentlich relevant gewordene Privatsphäre der Gesellschaft angesprochen, die bereits Arendt in ihrer Dichotomie des antiken Verständnisses zum modernen Öffentlichkeitsbegriff skizzierte (vgl. ebd., S. 76; Arendt 2010). Dieser Prozess ist einerseits geprägt durch die Einflüsse der Wirtschaft und den aufkommenden Handelsbestrebungen mit dem daran gebundenen Nachrichtenverkehr und andererseits durch kulturelle Einflüsse in Erscheinung des Publikums, welches sich durch Tischgesellschaften, Salons und Kaffeehäuser zwar mit unterschiedlichen Selbstverständnissen, jedoch mit der

gleichen Tendenz der Verstetigung des Rasonnements unter Privatleuten organisiert. Diese Sphäre der zum Publikum versammelten Privatleute lässt sich grundlegend als jene *bürgerliche Öffentlichkeit* erfassen (vgl. Habermas 1990, S. 86). Ein maßgebliches Merkmal zur Herausbildung dieser Sphäre ist dabei die Publizität, der zunächst keine größere Bedeutung für den Nachrichtenverkehr und die privaten Korrespondenzen der Handelstreibenden zukam, jedoch mit dem Aufkommen und der Verbreitung der Druckpresse den Kommunikationsraum radikal verändert hat.

Darüber hinaus haben sich neue Themengebiete erschlossen, da die Druckerzeugnisse der Presse einem breiteren Publikum zugänglich waren. Gleichermaßen haben sich hierüber gar neue Themengebiete und Adressatengruppen herausgebildet, die sich auch auf die Subjektivität auswirkten und somit das Publikum vor dem Hintergrund der vernunftbegründeten Aushandlung prägten. Für Habermas stellt die Entstehung des Sozialen in diesem Zusammenhang und der damit verbundene Gedanke von Humanität den wesentlichen Differenzpunkt zum vormodernen Öffentlichkeitsverständnis dar:

„Mit der Entstehung einer Sphäre des Sozialen, um deren Regelung die öffentliche Meinung mit der öffentlichen Gewalt streitet, hat sich das Thema der modernen Öffentlichkeit, im Vergleich zur antiken, von den eigentlich politischen Aufgaben der gemeinsam agierenden Bürgerschaft [...] zu den eher zivilen Aufgaben einer öffentlich rasonierenden Gesellschaft [...] verschoben.“ (ebd., S. 116)

Das sich herausbildende Publikum kann dabei keineswegs als heterogene Gruppierung gesehen werden, werden durch das Prinzip des Marktes doch unterschiedliche Nachfragen und Interessenslagerungen mit ganz verschiedenen Ansprüchen bedient. Es ist an dieser Stelle nicht unwesentlich zu erwähnen, dass die literarische Öffentlichkeit in erster Linie ästhetisch-kulturelle Fragen diskutierte und sich hieraus nicht per se eine politische Dimension ableiten lässt. Diese erwächst durch die Thematisierung partizipatorischer Fragen. Je nach thematischer Ausrichtung kann es hier eine Überschneidung sowohl im Publikum als auch in der Form der Zusammenkunft geben, jedoch würde es wohl zu kurz greifen, wenn man diese zwar dynamische aber immerhin existente Trennlinie unerwähnt lässt.

Trotz der unterschiedlichen Auffassungen und jeweiligen Ausprägungsformen, die sich unter dem Begriff des Publikums fassen lassen, entwickelt Habermas hier drei Kriterien, die den Zusammenkünften prinzipiell gemein sind. Zum ersten wird hierbei ein gesellschaftlicher Verkehr identifiziert, der den sozialen Status intentionell ausklammert und somit unter Rückbezug auf Plessner (1924) eine Form der „Ebenbürtigkeit“ hervorbringt, auf deren Basis „allein die Autorität des Arguments sich gegen die soziale Hierarchie durchsetzt“ (Habermas 1990, S. 97). Mit diesem Aspekt werde die Idee des Publikums, das sich losgelöst von den Einflüssen der öffentlichen Ämter verstehe, jedoch noch nicht dessen Verwirklichung manifestiert. Als zweites institutionalisiertes

Kriterium setzt Habermas „die Problematisierung von Bereichen voraus, die bislang nicht als fragwürdig galten“ (Habermas 1990, S. 97f.). Über die Produktion von Werken, die dem Publikum als Ware verfügbar waren, wurde hier der Zugang für das rasonierende Publikum in erster Linie durch Kunst und Kultur und später dann auch gesellschaftliche Belange beschrieben. Mit dem Prozess der Überführung von Kultur in Warenform wird das Publikum gleichermaßen für prinzipiell unabgeschlossen erklärt, was Habermas als den dritten gemeinsamen Aspekt erfasst. Die prinzipielle Unabgeschlossenheit ergibt sich also aus der thematischen Offenheit sowie der potenziellen Aktivierung verschiedener gesellschaftlicher Bereiche.

Für die bürgerliche Öffentlichkeit folgt hieraus ein sich wandelndes Selbstverständnis, das sich im Zuge des Entwicklungsprozesses weiter ausdifferenziert, wie Habermas beispielhaft zunächst entlang der Kunstkritik und später an der Verbreitung von ökonomischen und politischen Themen beschreibt (vgl. ebd., S. 103). Es ist die Fähigkeit des vernünftigen Urteilens, die über diese Konsolidierung der öffentlichen Sphäre mit dem Ursprung im Privaten herangebildet und entlang unterschiedlicher Formate durch das Publikum manifestiert wird. Dieser Entwicklungsprozess ist deshalb von Bedeutung, weil er ein wesentliches Prinzip verdeutlicht, denn „der Nachrichtenverkehr entwickelt sich ja nicht nur im Zusammenhang mit Bedürfnissen des Warenverkehrs, die Nachrichten selber werden zu Waren“ (ebd., S. 78). Damit unterliegt die gewerbsmäßige Berichterstattung den Gesetzen des Marktes, die sie erst hervorgebracht hat. Dies hat unter anderem zur Folge, dass die öffentliche Meinung mehr und mehr zum Korrektiv für die Obrigkeit heranwächst und das politische Handeln somit ein Moment der Vergewisserung der Herrschenden hinsichtlich der Reaktionen des Volkes mit sich bringt (vgl. ebd., S. 152ff.). Diesbezüglich reglementierende Eingriffe durch die Herrschenden in Form einer Zensur der Presseerzeugnisse stellen durch das hieran gebundene Selbstverständnis eine Einschränkung der bürgerlichen Freiheit und zugleich einen Eingriff die Intimsphäre - den Kern des Privaten - dar, da hierüber das politische Bewusstsein adressiert wird:

„In der bürgerlichen Öffentlichkeit entfaltet sich ein politisches Bewußtsein, das gegen die absolute Herrschaft den Begriff und die Forderung genereller und abstrakter Gesetze artikuliert, und schließlich auch sich selbst, nämlich öffentliche Meinung, als die einzig legitime Quelle dieser Gesetze zu behaupten lernt.“ (ebd., S. 119)

Eng hieran geknüpft ist der schon bei Hegel thematisierte Gedanke des Vernunftgebrauchs, der über allen anderen Herrschaftsverhältnissen zu verorten ist und dem eine idealtypische Charakterisierung inbegriffen ist. Doch auch wenn die Differenz zum vormals formulierten Ideal der Vernunft besteht, lässt sich die Wirkmacht der bürgerlichen Öffentlichkeit in dieser Phase darüber sehr gut einfangen. In der Konsequenz wird die politische Öffentlichkeit der emanzipierten Bürgerschaft auch staatlich berück-

sichtigt, indem das Recht auf Rede und Meinungsfreiheit sowie die Pressefreiheit zwar keineswegs geradlinig, jedoch grundlegend konsistent institutionalisiert und rechtlich verankert und somit unmittelbar zur Stärkung des Selbstbewusstseins beigetragen haben (ebd., S. 137).

Doch mit der weiteren Etablierung kapitalistischer Strukturen und der steigenden Aufhebung der für die bürgerliche Öffentlichkeit konstitutiven Grenzziehung von Staat und Gesellschaft und der immer stärkeren Ausbreitung öffentlicher Kompetenzen, verbunden mit einer Komprimierung daraus resultierenden Aushöhlung des privaten Bereichs und der Komprimierung der Intimsphäre, verliert die bürgerliche Öffentlichkeit ihr kritisches Moment (vgl. ebd., S. 223ff.). Dieser Prozess vollzieht sich durch aufkommende sozialstaatliche Angebote und Sicherungsmechanismen, durch welche der Staat mehr und mehr in die Gesellschaft greift und auf die Autonomie der Privatleute wirkt. Waren Beruf und Arbeitswelt im 18. Jahrhundert im privaten Bereich verortet, sind sie nun Teil der Öffentlichkeit, die einerseits von Wirtschaft und andererseits von staatlichen Eingriffen geprägt wird. Damit schrumpft der Bereich des Privaten auf die Familie zusammen, wobei der Intimsphäre aufgrund dieser Auflösungstendenzen eine stärkere Bedeutung zugesprochen wird. Damit zerspringt der Resonanzboden einer zum öffentlichen Gebrauch des Verstandes erzogenen Bildungsschicht, da sich „das Publikum in Minderheiten von nicht-öffentlich rasonierenden Spezialisten und in eine große Masse von öffentlich rezipierenden Konsumenten gespalten“ hat und schließlich der Zerfall der literarischen Öffentlichkeit zusammengefasst werden kann (Habermas 1990, S. 266).

Öffentlichkeit wird damit zu einem Medium der Werbung. Den Regeln des Marktes folgend entwickelt sich die Presse, die sich nun auf die Massenproduktion eingestellt hat, weg von einem Produzenten kritischer Themen hin zu einem Lieferanten für die vom Verbraucher nachgefragten Inhalte. Damit wandelt sich der Charakter der Publizität grundlegend:

„Inzwischen ermöglicht sie die eigentümliche Ambivalenz einer Herrschaft über die Herrschaft der nichtöffentlichen Meinung: sie dient der Manipulation *des* Publikums im gleichen Maße wie der Legitimation vor ihm. Kritische Publizität wird durch manipulative verdrängt.“ (ebd., 270, Hervorhebung im Original)

Hieran gebunden verschiebt sich die Bedeutung der öffentlichen Meinung abermals, denn während sie früher aus dem Rasonnement der versammelten Privatleute hervorging, treten nun an die Stelle der Presse der liberalen Ära die Massenmedien, die eine ungleich größere Reichweite und Wirkmacht entfalten und somit die öffentliche Meinung selbst prägen (vgl. ebd., S. 275ff.). Während sich die öffentliche Sphäre im 18. Jahrhundert noch durch den direkten sprachlichen Austausch durch die Zusammenkünfte der Privatleute auszeichnet, löst sich diese mit steigender Verbreitung der Druckerzeugnisse

und später der elektronischen Massenmedien mehr und mehr auf. An ihrer Stelle tritt die vermittelte Kommunikation. Die Produktion kritischer Inhalte unterliegt immer mehr den Unterhaltungszwecken und lässt sich als affirmative Reproduktion des Bestehenden beschreiben. Dies zieht sich durch alle Bereiche und gilt sowohl für Kunst, Kultur als auch für das Politische. Letzteres tritt in seiner Verschmelzung von Werbung und Politik besonders in einer Praxis der public relations zum Vorschein. Die Öffentlichkeit nimmt durch diese affirmative und konformistische Reproduktion wieder feudale Züge an:

„Die »Angebotsträger« entfalten repräsentativen Aufwand vor folgebereiten Kunden. Publizität ahmt jene Aura eines persönlichen Prestiges und übernatürlicher Autorität nach, die repräsentative Öffentlichkeit einmal verliehen hat.“ (Habermas 1990, S. 292)

Interessensverbände, die sich im Zuge der Entwicklung in Erscheinung von Großorganisationen herausgebildet haben, können, wenngleich sie aufgrund ihres privaten Charakters nicht über weitreichende politische Macht verfügen, die öffentliche Meinung manipulieren, ohne sich selbst von ihr kontrollieren lassen zu müssen (vgl. ebd., S. 297). Diese Verflechtungen sind der Nährboden für steigende Abhängigkeiten des Staates gegenüber der Wirtschaft und den einzelnen Interessensgruppen, die dem Anspruch einer gesamtgesellschaftlichen Vertretung des Allgemeinen diametral gegenüberstehen, da die unterschiedlichen Positionen nicht nur von einander losgelöst agieren, sondern zugleich auch eigene Kommunikationskanäle entwickelten. Mit dem Zerfall der kritischen Öffentlichkeit durch das rasonierende Publikum verliert die öffentliche Meinung immer mehr an kritischer Aufladung: „Die staatsrechtliche Fiktion der öffentlichen Meinung im realen Verhalten des Publikums selbst nicht mehr zu identifizieren.“ (ebd., S. 347)

Trotz einzelner Bestrebungen zum öffentlichen Vernunftgebrauch haben die Massenmedien eine bis dahin schon erkennbare Tendenz radikal verstärkt. Der Diskurs im Modus der vermittelten Kommunikation beispielsweise durch das Fernsehen lässt sich nicht mit der Zusammenkunft der Privatleute ersetzen und hat auch gar nicht diesen Anspruch. Der von Adorno und Horkheimer beschriebene Konformitätszwang sowie die Entwicklung der Kulturindustrie haben eine vom politischen Geschehen losgelöste und interaktionsfreie soziale Struktur geschaffen, die jedoch nicht unüberwindbar ist. Hier wird der zuvor beschriebene Bezug zur Kritischen Theorie besonders deutlich, da die verschlingende Logik des Marktes ein Kernmerkmal der Kulturkritik darstellten. Zugleich eröffnet dieser Punkt die Distanzierung durch Habermas, schließlich lässt er verschiedene Überlegungen einfließen, wie die kritische Öffentlichkeit wiederhergestellt werden kann. Die massenmedialen Strukturen anerkennend geht es dabei in erster Linie darum, einen Kommunikationszusammenhang des rasonierenden Publikums von Privatleuten über organisationale Strukturen herzustellen, um auch die informellen Meinungen, die sich abseits der veröffentlichten Meinung befinden, zu bündeln und so

der vermachteten Sphäre, geprägt durch Interessen von Wirtschaft und Politik und dem zirkulären System der Massenmedien, entgegenzuwirken. Der Kommunikationszusammenhang eines Publikums könne sich unter den Bedingungen sozialstaatlicher Massendemokratie nur herstellen lassen, wenn der „[...] förmlich kurzgeschlossenen Kreislauf der »quasi-öffentlichen« Meinung mit dem informellen Bereich der bisher nicht-öffentlichen Meinung durch eine in organisationsintern Öffentlichkeiten entfachte kritische Publizität vermittelt wird“ (ebd., S. 359).

Mit dem Zerfall der bürgerlichen Öffentlichkeit und der Entwicklung von einem rasonierenden hin zu einem konsumierenden Publikum lässt sich der Strukturwandel in seinen sich verändernden Kommunikationsbedingungen erfassen. Gleichzeitig lassen sich hieraus grundlegende normative Annahmen ableiten, die für die weiterführende Betrachtung von Interesse sind, da gefragt werden kann, wie sich die Parameter der normativen Gehalte mit dem Aufkommen und der Ausprägung des Internet bewerten und bildungstheoretisch einordnen lassen.

5.3 Normativität des zu Grunde liegenden Öffentlichkeitskonzepts

Die Qualität des hieraus gewonnenen Öffentlichkeitsbegriffs lässt sich nun daran bemessen, dass ihm ein normativer Charakter innewohnt, der in Anlehnung an Gimmler (2000) durch drei wesentliche Aspekte verdichtet werden kann.

Erstens lässt sich hier der Anspruch auf Offenheit des Zugangs zum öffentlichen Diskurs als konstitutives Merkmal für eine wie auch immer herausgebildete öffentliche Sphäre herausstellen. „Eine Öffentlichkeit von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen wären, ist nicht etwa nur unvollständig, sie ist vielmehr gar keine Öffentlichkeit.“ (Habermas 1990, S. 156) Damit wird der konstitutive Charakter von Öffentlichkeit nicht nur dadurch manifestiert, dass Offenheit hier eine integrale Rolle spielt, es wird gleichzeitig auf die normative Bedingung der Zugangsfreiheit und Gleichberechtigung abgezielt. Es mag zunächst unproblematisch klingen, dass jedem der Zugang zu Fragen und Problemen der Allgemeinheit gewährleistet sein sollte, weshalb dieses Kriterium hinsichtlich der funktionalen Struktur von Öffentlichkeit zunächst nicht kritisch zu betrachten wäre, jedoch ergibt sich mit der voranschreitenden Ausdifferenzierung der Gesellschaft das Problem der Individualisierung und, wie Giddens (1996) festhält, der Fragmentierung von Lebensräumen. Dies führt zu einer ungleichen Ressourcenverteilung unterschiedlicher Art, die im faktischen Ausschluss aus der partizipativen Sphäre mündet. Zudem ist das Verhältnis von Gleichheit hier ebenfalls eingeschränkt, wenn es um die verschiedenen Kompetenzen hinsichtlich der

kommunikativen Zusammenhänge geht.⁸⁴ Die Frage des Zugangs wird insbesondere von Fraser (1992) problematisiert, die als direkte Reaktion zu der von Habermas vorgelegten Studie des Strukturwandels der Öffentlichkeit gelten kann. Fraser stellt heraus, dass es Gruppierungen gibt, die aufgrund ihres sozialen Status de facto keinen Zugang zur Öffentlichkeit haben und verweist damit auf die Strukturen sozialer Ungleichheiten und hegemonialer Machtverhältnisse, bei denen Deliberation zur Reproduktion bestehender Machtverhältnisse der herrschenden Klasse dient (vgl. ebd., S. 57f.). Sie spricht dabei von subalternen Gegenöffentlichkeiten, die sich als Diskursräume parallel zur vorherrschenden universalen Öffentlichkeit herausbilden (vgl. ebd., S. 67). Als zentrales Beispiel dient ihr hierbei die Frauenbewegung in den Vereinigten Staaten von Amerika des späten 20. Jahrhunderts. Ähnlich, wie später auch Mouffe (1999a, 2000, 2007) beschreibt, entfalten die marginalisierten sozialen Gruppierungen ihr emanzipatorisches Potenzial besonders durch die Abgrenzung zu den dominanten Akteuren der Öffentlichkeit, also durch die Sichtbarmachung von Dissens und nicht der Priorisierung von Konsens. Unter Berücksichtigung dieser Perspektivsetzung erfährt der von Habermas formulierte normative Anspruch des freien Zugangs zu den relevanten Themen eine besondere Qualität. Dies zeige sich nach Fraser (1992) bereits in der Festlegung der für die Allgemeinheit relevanten Themen (vgl. ebd., S. 71).

Zweitens lässt sich die konsensorientierte Beratschlagung als normative Grundannahme hervorheben, bei der allein das bessere Argument zählt, welches sich als immun gegen den sozialen Status und daran gebundene Herrschaftsverhältnisse erweist. Damit wird nicht nur auf das Prinzip der Gleichberechtigung einzelner Diskursteilnehmenden, sondern auch auf den konsensorientierten Diskurs verwiesen. Letzterer setzt eine bestimmte Sprechsituation und daran gebunden verschiedene Bedingungen des Sprechakts selbst voraus, die Habermas zum Zeitpunkt seiner Untersuchungen zum Strukturwandel der Öffentlichkeit noch nicht theoretisch ausgearbeitet hat. Erst in den Folgejahren wird dies im Rahmen der Theorie des kommunikativen Handelns begründet und gesellschaftstheoretisch gewendet. Es scheint daher sinnvoll, diesen Aspekt im Anschluss genauer zu betrachten, um die diskurstheoretischen Grundlagen hierzu herauszustellen (vgl. hierzu Abschnitt 5.4).

Drittens lässt sich die Legitimationsfunktion der Öffentlichkeit ableiten, die sich in zweierlei Hinsicht entfaltet. Einerseits sind die Verfahren der institutionalisierten Willens- und Entscheidungsfindung auf die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit angewiesen, um die Verfahrensweise eines demokratischen Rechtsstaatsprinzips zu legitimieren. Andererseits kann sich eine kritische Öffentlichkeit unter dem Vorzeichen der Deliberation gewinnbringend auf die politischen Akteure auswirken (vgl. Gimmler 2000,

⁸⁴Hier zeigt sich die Kritik durch Fraser (1996) besonders deutlich, die im Kern den Ausschluss marginalisierte Gruppen an der Öffentlichkeit beschreibt und im Zuge dessen auf die Rolle der „Gegenöffentlichkeit“ als einer alternativen Öffentlichkeit hinweist, in der sich parallel zur Öffentlichkeit Diskursräume entwickeln und gegenläufige Diskurse begründet werden (ebd., S. 163f.).

S. 193). Dieses doppelte Fundament der Öffentlichkeit greift Habermas in späteren Arbeiten wieder auf, indem er Öffentlichkeit vor dem Hintergrund der deliberativen Demokratie verhandelt, weshalb ich seine Weiterentwicklung dazu im späteren Verlauf weiter erörtern werde (vgl. hierzu Abschnitt 5.5).

Mit diesen hier vorgestellten Kriterien wird neben der Partizipationsfähigkeit einzelner Individuen ebenfalls auf den Gedanken der selbstreflexiven Vernunft abgezielt. Dieses Vernunftprinzip wird beim Strukturwandel der Öffentlichkeit in erster Linie über das Moment der Publizität deutlich. Erst durch die Ermöglichung und Entfaltung des Vernunftgebrauchs kann die Idee einer freien und demokratischen Gesellschaft ernstgenommen werden. Habermas setzt hierbei ganz dezidiert auf das Medium der Sprache, da ihm zufolge ihr und nicht dem einzelnen Subjekt die Vernunft innewohnt. In Erinnerung an Humboldt ist Vernunft also nicht im Subjekt zu verorten, sondern vielmehr intersubjektiv in der Kommunikation verhaftet. Die Sprache ist dabei nicht nur Ausdruck der Eigentümlichkeit eines Volkes oder einer Kultur, sie ist gleichzeitig der Spiegel für die zu Grunde gelegten Normen und Werte, sie gibt Einblick in die Prozesse der Aushandlung und ist zugleich ihr Schlüssel zur Wahrnehmung von Welt. Erst über die Sprache gewinnt der Mensch seine Individualität und erst durch die Sprache gelangen Menschen zur Aushandlung über fundamentale und allgemeingültige Normen der jeweiligen Gesellschaft.

Öffentlichkeit bekommt somit eine grundlegend kritische und zugleich stabilisierende Funktion zugeschrieben, deren Potenzialentfaltung hinsichtlich der verschiedenen Aktualitätsbezüge und entlang der normativen Vorstellungen abgeglichen werden kann. Hinsichtlich der Offenheit ergibt sich bereits die Frage nach der möglichen Informationsaufbereitung, als jene nach der Qualität und de facto Zugänglichkeit von Informationen. Dieser Umstand mag zunächst unbedeutend erscheinen, doch mit dem Aufkommen von immer größeren Datenbeständen und den daraus resultierenden Kontextualisierungsmöglichkeiten ergeben sich ganz grundlegend Herausforderungen für die Aufbereitung von Informationen und Daten. Peters (1994) macht in diesem Zusammenhang auf verschiedene Implikationen hinsichtlich der Präsentation von Informationen aber auch zu den strategischen Motivationen der Sprecher aufmerksam (vgl. ebd., S. 61f.).

Festzuhalten bleibt dennoch, dass Öffentlichkeit durch Sprache selbst begrenzt ist. Der implizite Anspruch, dass alles zur Kommunikation gewendet werden kann, steht damit der Sprache und den sozialen Aushandlungsprozessen grundlegend gegenüber. Eine Auflösung dieser Problematik kann entlang der normativen Vorannahmen, die der Diskurstheorie zu Grunde liegen angestrebt werden.

5.4 Die Konzeption von Lebenswelt und der rationale Diskurs

Im vorhergehenden Kapitel wurden bereits diskurstheoretische Öffentlichkeitsmodelle allgemein unterschieden. Hier soll nun die Spezifizierung anhand des von Habermas dar-

gelegten Diskursverständnisses erfolgen, um so Öffentlichkeit in ihren Abhängigkeiten und Ausprägungen genauer bestimmen zu können.

5.4.1 Kommunikative Rationalität

Das von Habermas entworfene Öffentlichkeitskonzept legt ein Modell der Kommunikation zu Grunde, das sich im Zuge seiner kommunikations- und gesellschaftstheoretischen Arbeiten weiter ausgeprägt hat. Eine zentrale Stellung nimmt dabei die Diskursethik ein, die Habermas in Anschluss an Karl-Otto Apel vorangetrieben hat. Für den Öffentlichkeitsbegriff ist dies insofern von Bedeutung, als dass dabei, anders als bei Kant, nicht das Subjekt allein, das sich seiner Grenzen bewusst ist und im Sinne des kategorischen Imperativs zur Entfaltung der Rationalität befähigt ist, sondern Vernunft durch Aushandlungen also intersubjektiv mit dem nachgelagerten Anspruch der Allgemeingültigkeit ermittelt werden. Damit, und unter Berücksichtigung eines deliberativen Demokratieverständnisses, wird recht schnell deutlich, dass die Herstellung von Diskursräumen auch im Verhältnis zum Gelingen von Öffentlichkeit als stabilisierendes Instrument für die demokratisch verfasste Gesellschaft steht. Diskurs meint in diesem Zusammenhang die rationale Begründung von Argumenten unter bestimmten Bedingungen der Sprechsituation mit dem Ziel einer Konsensfindung über den verhandelten Gegenstand. Es geht letztlich darum, durch ein vernunftbegründetes Vorgehen herauszufinden, ob ein Sachverhalt wahr oder richtig ist. Dahinter steckt, wie Günther und Wingert (2001) festhalten, die Überzeugung, die Habermas mit Kant teilt, dass Wahrheiten sich nicht intuitiv offenbaren, sondern nur mit Hilfe von Gründen und Begründungen hervorgebracht werden können (vgl. ebd., S. 7).

Um den von Habermas zu Grunde gelegten Diskursbegriff in seiner Komplexität zumindest grob erfassen zu können, scheint es zunächst nötig, auf die in der Theorie des kommunikativen Handelns (Habermas 1981a,b) angelegte Konzeption von Lebenswelt im Zusammenhang von Rationalität einzugehen. Unter der Lebenswelt fasst er dabei zunächst „die kulturellen Deutungssysteme oder Weltbilder, die das Hintergrundwissen sozialer Gruppen spiegeln und für einen Zusammenhang in der Mannigfaltigkeit ihrer Handlungsorientierungen bürgen“ (Habermas 1981a, S. 73). Diese erste und recht offene Annäherung wird im Zuge der Theorie des kommunikativen Handelns umfassend aufgebaut und weiterentwickelt. Die von Habermas entworfene Theorie soll schließlich eine „Konzeptualisierung des gesellschaftlichen Lebenszusammenhangs, die auf die Paradoxien der Moderne zugeschnitten ist, ermöglichen“ (ebd., S. 8). Rationalität wird dabei zum Kern seiner Gesellschaftstheorie erhoben und lässt sich anhand der Unterscheidung zwischen kommunikativer und instrumenteller Rationalität als sich durch die gesamte Theorie ziehende Grundlinie begreifen. Der Rationalitätsbegriff wird, um den von Habermas formulierten Anspruch an das Projekt der Moderne gerecht zu werden, dabei um die klassischen Perspektiven von Weber, Horkheimer und Adorno

(ebd., S. 208) erweitert, da diesen eine wesentliche Schwäche gemein ist, durch die das Problem der Rationalität im Zuge der Moderne nicht beantwortet werden kann. Die Schwäche der jeweiligen Konzeptionen liege schließlich darin, dass sich die Idee einer umfassenden gesellschaftlichen Rationalität auch der Ausdifferenzierung einzelner Systeme Rechnung tragen müsse, dies jedoch nicht geschehe (ebd., S. 209). Habermas entwickelt unter Bezugnahme auf die klassischen soziologischen Überlegungen daher eine Position, die dem Komplexitätszuwachs der Moderne Rechnung trägt, indem er die Systemebene losgekoppelt von der Lebenswelt erfasst. Durch diese Trennung gelingt ihm die Beschreibung einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaftsstruktur, die zur Grundlage für das Verständnis einer modernen Gesellschaft wird.

5.4.2 Die ideale Sprechsituation

Indem Habermas den Vernunftgebrauch ausgehend von intersubjektiven Verständigungsprozessen verortet, stellt er ein Modell der idealen Sprechsituation heraus, die in ihrem Gelingen von verschiedenen Geltungsansprüchen abhängig ist. Die rationale Äußerung bildet somit den Kern des Diskurses und lässt sich sowohl auf subjektiver als auch objektiver Ebene einholen. Sie ist beispielsweise im Modus des kommunikativen Handelns in direkter Verbindung zur Wahrhaftigkeit, also dem Anspruch auf Wahrheit des Handelnden und der täuschungsfreien Sprecherintention, gebunden:

„Äußerungen, die mit Ansprüchen auf normative Richtigkeit und subjektive Wahrhaftigkeit in ähnlicher Weise verknüpft sind wie andere Akte mit dem Anspruch auf propositionale Wahrheit und Effizienz, erfüllen die zentrale Voraussetzung für Rationalität: sie können begründet und kritisiert werden.“ (ebd., S. 35f.)

Wahrhaftigkeit allein beschreibt jedoch nicht alle Geltungsansprüche, die zum Gelingen einer rationalen Verständigung im Sinne eines Sprechakts nötig sind. Ganz grundlegend setzt Habermas hier weiterhin voraus, dass alle Teilnehmenden des Diskurses verständlich sprechen, zudem faktisch argumentieren, also sich in Bezug auf die Welt der Tatsachen versichern, und hinsichtlich der sozialen Beziehungen angemessen kommunizieren. Es zeigt sich schon hier, dass die Anerkennung von Geltungsansprüchen keineswegs als triviale Zusammenhänge beschrieben werden können, da sie im Zuge des Verständigungsprozesses für den Argumentationsverlauf notwendig sind und zugleich von den jeweils anderen Teilnehmern eingelöst werden müssen, um ihre Gültigkeit erst zu bekommen. Damit beziehen sie sowohl die subjektive Wahrnehmung als auch objektive Bezüge in den Prozess der Verständigung mit ein.

Nach Habermas lassen sich Sprechhandlungen im Modus des kommunikativen Handelns in einem dreifachen Weltbezug verorten, der sich grundlegend auf die drei Handlungstypen des teleologischen, normenregulierten und dramaturgischen Handelns beziehen lässt. Für mich sind an dieser Stelle zunächst die Weltbezüge interessant,

die eine verständigungsorientierte Sprechhandlung ausmachen. Mit dem Begriff des teleologischen Handelns werden Beziehungen zwischen einem Akteur und einer Welt existierender Sachverhalte vorausgesetzt (vgl. Habermas 1981a, S. 129f.). Diese objektive Welt sei als Gesamtheit der Sachverhalte definiert, die bestehen oder eintreten bzw. durch gezielte Intervention herbeigeführt werden können. Diesen Sachverhalten gegenüber könne das Subjekt sodann Meinungen ausbilden oder Absichten entwickeln, um bestimmte Sachverhalte zu erzeugen. Indem diese Meinungen auf die objektive Welt, also gegebene Sachverhalte, bezogen sind, entsteht eine rationale Prüf- und Kritisierbarkeit entlang objektiver Maßstäbe. Weiterhin weist Habermas mit dem Begriff des normenregulierten Handelns auf die Beziehung zur sozialen Welt hin. Diese wird dabei ergänzend neben der objektiven Welt ins Verhältnis zum Subjekt vorausgesetzt. Eine soziale Welt besteht aus einem normativen Kontext, „der festlegt, welche Interaktionen zur Gesamtheit berechtigter interpersonaler Beziehungen gehören“ (ebd., S. 132). Damit ist der Akteur ein „rollenspielendes Subjekt“ von weiteren, die untereinander „normativ geregelte Interaktionen aufnehmen können“ (vgl. ebd.). Analog zur Bezugnahme auf die Sachverhalte der objektiven Welt kann dies zu den Normen in der sozialen Welt geschehen. Das heißt also, dass die Übereinstimmung einzelner Handlungsabsichten mit geltenden Normen abgeglichen werden kann. Es können also Normen hinsichtlich ihrer Geltungskraft befragt werden (vgl. ebd., S. 134).

Der dritte Bezug schließlich richtet sich auf die subjektive Welt, den Habermas in Anlehnung an Goffmans Untersuchung über Selbstdarstellung im Alltag thematisiert und als dramaturgisches Handeln wie folgt auszeichnet:

„Unter dem Gesichtspunkt dramaturgischen Handelns verstehen wir eine soziale Interaktion als Begegnung, in der die Beteiligten ein füreinander sichtbares Publikum bilden und sich gegenseitig etwas vorführen. ›Encounter‹ und ›performance‹ sind die Schlüsselbegriffe.“ (ebd., S. 136)

Hierüber werden die Erfahrungen und Erlebnisse des handelnden Subjekts eingeholt und ins Verhältnis zur Interaktion gesetzt. Damit wird auf eine reflexive Ebene verwiesen, die in den beiden zuvor dargestellten Bezügen noch nicht existent war, denn das Subjekt hat hier einerseits einen exklusiven Zugang zu den eigenen Erfahrungen und andererseits wird es aufgefordert, sich zu seiner eigenen subjektiven Welt zu verhalten. In Verbindung hierzu steht die Aufrichtigkeit oder Wahrhaftigkeit, die man im Zuge der repräsentativen Sprechhandlung als Geltungsanspruch formulieren kann. Habermas hebt zudem heraus, dass subjektive Erlebnisse nicht als „mentale Zustände“ oder „innere Episoden“ aufzufassen seien, da man sie damit an Entitäten der objektiven Welt angleichen würde (ebd., S. 137). Der Bezug zur subjektiven Welt verweist auf die Thematisierung von Wünschen und Gefühlen, die schließlich am Kriterium der Wahrhaftigkeit befragt werden können.

Habermas folgt damit dem Paradigma der Universalpragmatik, zurückgehend auf die von Austin und Searle entwickelte Theorie der Sprechakte⁸⁵. Ohne an dieser Stelle alle linguistischen Grundlagen einzuholen und die verschiedenen Sprechakte zu erörtern (vgl. ebd., S. 369ff.), geht es grundlegend um die Perspektivsetzung, dass Sprechen hierbei als eine Form des menschlichen Handelns aufgefasst wird. Dem Verständigungsprozess liegen dabei verschiedene Geltungsansprüche zu Grunde, die auch im Verhältnis zu den zuvor dargestellten Weltbezügen stehen. Sie können von den Teilnehmenden stillschweigend akzeptiert oder im Diskurs thematisiert werden. Diese Geltungsansprüche sind die Grundlage für eine ideale Sprechsituation, wie sie entlang der normativen Kriterien zur Öffentlichkeit als zweiter Punkt herausgestellt wurden.

Die ideale Sprechsituation wird von Habermas durch vier Geltungsansprüche gekennzeichnet, die im Verhältnis zu den zuvor dargestellten Weltbezügen stehen. Die Geltungsansprüche lassen sich zunächst in zwei triviale und zwei komplexe Bedingungen unterscheiden. Die erste zunächst noch triviale Bedingung bezieht sich darauf, dass alle potentiellen Teilnehmenden eines Diskurses die gleiche Chance haben müssen, kommunikative Sprechakte zu verwenden, so dass jederzeit der Diskurs eröffnet werden kann und die Rede sowie Gegenrede fortwährend gewährleistet wird. Zweitens müssen alle Diskursteilnehmenden die gleiche Chance haben, „Deutungen, Behauptungen, Empfehlungen, Erklärungen und Rechtfertigungen aufzustellen und deren Geltungsansprüche zu problematisieren“ (Habermas 1989, S. 177).

Die dritte und vierte Bedingung sind nach Habermas nicht trivial, da sie sich nur mittelbar auf den Diskurs, jedoch unmittelbar auf die Organisation von Handlungszusammenhängen beziehen, um einen herrschaftsfreien Diskurs letztlich zu ermöglichen, wie er nur im Kontext des kommunikativen Handelns möglich ist. So sind drittens nur Sprechende zum Diskurs zugelassen, die als Handelnde gleiche Chancen haben, repräsentative Sprechakte zu verwenden. Schließlich sei nur „das reziproke Zusammenstimmen der Spielräume individueller Äußerungen und das komplementäre Einpendeln von Nähe und Distanz in Handlungszusammenhängen“ die Garantie dafür, dass „die Handelnden auch als Diskursteilnehmer sich selbst gegenüber wahrhaftig sind und ihre innere Natur transparent machen“ (ebd., S. 178). Als vierte Bedingung werde schließlich die Zulassungsbeschränkung zum Diskurs auf lediglich jene Sprechende eingegrenzt, die als Handelnde die gleiche Chance haben, regulative Sprechakte zu verwenden. Hier wird auf die Gleichheit der Teilnehmenden abgezielt, sich gegenseitig zu widersetzen, zu befehlen, zu erlauben und zu verbieten. Damit einher gehe eine „vollständige Reziprozität der Verhaltenserwartungen, die Privilegierungen im Sinne einseitig verpflichtender Handlungs- und Bewertungsnormen ausschließen“ und so könne die fortwährende Gleichverteilung der Chancen zur Eröffnung und Fortsetzung von Redebeiträgen gewährleistet werden (ebd.). Sind diese vier Bedingungen erfüllt, könne

⁸⁵Eine ausführliche Betrachtung zur Universalpragmatik im Kontext der öffentlichkeitstheoretischen Betrachtung findet sich bei García Leguizamón (2009, S. 45ff.).

man von einer idealen Sprechsituation ausgehen und wenn diese vorherrscht, könne wiederum der erzielte Konsens als Wahrheit beschrieben werden, denn die Einigung in einem herrschaftsfreien Diskurs entspricht einem vernünftigen Konsens.

Für Habermas bezieht sich der Rationalitätsbegriff auf ein System von Geltungsansprüchen.⁸⁶ Rationalität ist bei ihm „eine Disposition sprach- und handlungsfähiger Subjekte“, „für die jeweils gute Gründe bestehen. Das bedeutet, daß rationale Äußerung einer objektiven Beurteilung zugänglich sind. Das trifft für alle symbolischen Äußerungen zu, die mindestens implizit mit Geltungsansprüchen verbunden sind [...]“ (Habermas 1981a, S. 44). Indem Rationale Äußerungen damit der Kritisierbarkeit unterliegen, sind sie erst verbesserungsfähig, was angesichts des Gelingens eines fortwährenden Diskurses von grundlegender Bedeutung ist (ebd., S. 38). Habermas spricht in diesem Zusammenhang und in Anbetracht unterschiedlicher kommunikativer Handlungsweisen von der kommunikativen Praxis und verortet die kommunikative Rationalität schließlich intersubjektiv. Das Ziel des kommunikativen Handelns ist es, eine nachhaltige Dialogsituation zu schaffen, bei der alle beteiligten Akteure unter gleichen Bedingungen und unter Verfolgung eigener Zielstellungen und Strategien der Argumentation zur Übereinkunft kommen. Kommunikative Vernunft beruft sich so gesehen nicht bloß auf die subjektive Fähigkeit über das Wissen von sprachlichen Normen und deren Anwendung, sie zielt vielmehr auf die grundlegende Haltung einer konsensfähigen Verständigung ab.

„Zusammenfassend lässt sich sagen, daß normenregulierte Handlungen, expressive Selbstdarstellungen und evaluative Äußerungen konstative Sprechhandlungen zu einer kommunikativen Praxis ergänzen, die vor dem Hintergrund einer Lebenswelt auf die Erziehung, Erhaltung und Erneuerung von Konsens angelegt ist, und zwar eines Konsenses, der auf der intersubjektiven Anerkennung kritisierbarer Geltungsansprüche beruht.“ (ebd., S. 37)

Die Argumentationen im Rahmen des kommunikativen Handelns sind also stets rational begründbar. Zugleich sind sie immer situationsbehaftet und somit an einen Kontext gebunden, was zur Folge hat, dass Rationalität in dieser Perspektive eine Einbettung in alltägliche Kommunikations- und Aushandlungsprozesse erfährt. Nun könnte man kritisch einwenden, dass es bei der Motivation zur Kommunikation weniger um die konsensfähige Aushandlung geht, als vielmehr um die Teilhabe am Diskurs und damit um anerkennungstheoretische Fragen, die einen Dissens ermöglichen können. Dies scheint zunächst als gegenläufig zu dem von Habermas definierten Diskursrahmen zu gelten, wird jedoch über das Individuum insofern eingeholt, als dass auch Gefühle einer kommunikativen Begründbarkeit unterliegen.

⁸⁶Im Zuge dieser Erläuterungen differenziert Habermas zudem zwischen verschiedenen Argumentationstypen und Diskursmodi, die hier nicht weiter eingeholt werden sollen, da es an dieser Stelle grundlegend um die Logik des Diskurses vor dem Hintergrund von Öffentlichkeit geht.

5.4.3 Lebenswelt und kommunikative Rationalität

Mit dem Konzept der Lebenswelt geht Habermas den Schritt von der bewusstseinsphilosophischen Perspektivsetzung hin zur Intersubjektivität, die durch das kommunikative Handeln erfassbar wird. Das Entscheidende hierbei ist, dass der Gedanke kommunikativer Rationalität eng mit der Ausdifferenzierung der Lebenswelt verwoben ist:

„Das posttraditionale Verständnis von Normen ist mit einem Begriff kommunikativer Rationalität verwoben, der erst in dem Maße aktuell werden kann, wie sich die Strukturen der Lebenswelt differenzieren und die Angehörigen divergierende eigene Interessen ausbilden.“ (Habermas 1981b, S. 65)

Schon beim Strukturwandel der Öffentlichkeit wurde die Tendenz deutlich hervorgehoben, dass sich der Staat sowie die Wirtschaft durch die Auflösung der Grenze zwischen Privatheit und Öffentlichkeit von der Lebenswelt loslösen. Damit geht Habermas auf die steigende Komplexität einer pluralisierenden Gesellschaft insofern ein, als dass er eine grundlegende Abkehr vom Zweckrationalismus in der lebensweltlichen Sphäre der Menschen verortet. Indem die kommunikativ handelnden Subjekte im Horizont „unproblematischer Hintergrundüberzeugungen“ (Habermas 1981a, S. 107) agieren, wird eine Kongruenz der alltäglichen Situationsdefinitionen sichergestellt. Habermas unterscheidet bei der Lebenswelt zwischen den drei auseinandertretenden strukturellen Komponenten Kultur, Gesellschaft und Persönlichkeit:

„*Kultur* nenne ich den Wissensvorrat, aus dem sich die Kommunikationsteilnehmer, indem sie sich über etwas in einer Welt verständigen, mit Interpretationen versorgen. *Gesellschaft* nenne ich die legitimen Ordnungen, über die die Kommunikationsteilnehmer ihre Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen regeln und damit Solidarität sichern. Unter *Persönlichkeit* verstehe ich die Kompetenzen, die ein Subjekt sprach- und handlungsfähig machen, also instandsetzen, an Verständigungsprozessen teilzunehmen und dabei die eigene Identität zu behaupten.“ (Habermas 1981b, S. 209, Hervorhebung im Original)

Der Wissensvorrat, wie er sich unter dem Begriff der Kultur versammelt, kann hinsichtlich sozialer Deutungsmuster beschrieben werden. Eine Konzeption, die sich auf sich auf Schütz (1932) zurückführen lässt. Es handelt sich dabei um Typisierungen von Erfahrungen und bewährten Problemlösungen, die aufgrund ihrer reduktionistischen Funktion verkürzt gesagt Handlungsspielräume ermöglichen. Es werden also lebensweltliche Selbstverständlichkeiten erfasst, die in unterschiedlichen Situationen mobilisiert werden können und sich nicht selten unbewusst herausbilden, dann jedoch thematisiert und im Zuge dessen reflektiert werden können. Dieser Wissensvorrat wird allgemein durch soziales Lernen erworben und verändert die Grenzen des Selbst- und Weltverhältnisses. Möchte man den bildungstheoretische Position einholen, genügt dies zunächst

nicht unbedingt, da die Rahmenbedingungen von Welt hierbei als bereits gegeben zu verstehen sind, wie entlang der Unterscheidung zur Sozialisation in Abschnitt 2.2 dargelegt wurde. Dennoch bildet die Ausprägung von kommunikativen Kompetenzen und Schaffung von Handlungsoptionen zur alltäglichen Lebensbewältigung hierfür ein zentrales Fundament, weshalb es für eine Betrachtung von Bildungspotenzialen hilfreich ist, sozialisatorische Aspekte zu berücksichtigen.

Die Gesellschaft bietet trotz ihrer pluralisierenden Tendenz den Rahmen zur Ausprägung der kommunikativen Kompetenz insofern, als dass sie eine stabilisierende Funktion durch die Integration in verschiedene soziale Gruppen ermöglicht, was sich schließlich auf den Bereich der Persönlichkeit auswirkt, da einerseits die individuelle Handlungsfähigkeit hierdurch hergestellt wird und dies andererseits auch Identitätsstiftend wirkt. Die Lebenswelt wird von Habermas als Sphäre beschrieben, in der die soziale Integration symbolisch in unterschiedlichen Bereichen reproduziert wird. Für die Rationalisierung der Lebenswelt folgt aus dem Zusammenspiel von Kultur, Gesellschaft und Persönlichkeit eine Ablösung des mythischen Weltverständnisses (vgl. Habermas 1981b, S. 219ff.) hin zu einem falsifizierbaren Modus der Begründungsstrukturen. Auf gesellschaftlicher Ebene ist es hier die Durchsetzung von Recht und Moral als legitimierende und zugleich legitimierte Instanz aber auch in Reaktion auf die Kontingenzsteigerung zwischen sozialen Beziehungen, denn die Prinzipien der Rechtsordnung sind durch ihren universellen Anspruch immer weniger auf konkrete Lebensformen zugeschnitten. Hinsichtlich der Persönlichkeit ergibt sich hieraus, dass die Erneuerung von Traditionen immer stärker von der Kritikbereitschaft und Innovationsfähigkeit der Individuen abhängig ist.

Das zweckrationale Handeln wird dabei einem kommunikativen Handeln gegenübergestellt. Während ersteres noch immer in ökonomischen und politischen Systemen vorzufinden ist und davon ausgeht, dass die Handelnden in erster Linie das Interesse der Erreichung eigener Ziele verfolgen, bei denen absehbare Handlungsfolgen als Nebenbedingungen des Erfolgs kalkuliert werden (vgl. Habermas 1981a, S. 385), findet kommunikatives Handeln nur in der Lebenswelt statt. Derartige Handlungen liegen vor, „[...] wenn die Handlungspläne der beteiligten Akteure nicht über egozentrische Erfolgskalküle, sondern über Akte der Verständigung koordiniert werden“ (ebd.). Im Gegensatz zum zweckrationalen Handeln geht es den Beteiligten hier nicht um den eigenen Erfolg, vielmehr verfolgen sie ihre individuellen Ziele unter „der Bedingung, daß sie ihre Handlungspläne auf der Grundlage gemeinsamer Situationsdefinitionen aufeinander abstimmen können“ (ebd.). System und Lebenswelt stehen sich somit zunächst gegenüber und verweisen auf differente Handlungsweisen. Die Lebenswelt wird jedoch von den unterschiedlichen, sich von ihr abkoppelnden Systemen, in verschiedener Weise überlagert. Dies geschieht durch die Einflussnahme von Steuerungsmedien wie Geld und den zu Grunde liegenden Symboliken. Damit greift die Zweckrationalität in lebensweltliche Bereiche, was er hinsichtlich der Technisierung von Lebenswelt als ambivalentes

Verhältnis beschreibt, da dies einerseits als „Entlastung von Kommunikationsaufwand“ und andererseits „als eine Konditionierung von Entscheidungen in erweiterten Kontingenzspielräumen“ erscheint (Habermas 1981b, S. 273). Die Ausdifferenzierung von System und Lebenswelt beschreibt Habermas entlang der Mediatisierung der Lebenswelt. Diese vollziehe sich entlang der Strukturen der Lebenswelt und gehöre nicht zu den Vorgängen, die innerhalb der Lebenswelt thematisch verfügbar seien (vgl. ebd., S. 277). Für Habermas stellt das Gleichgewicht von systemischen Mechanismen und Formen der sozialen Integration, also von System und Lebenswelt, einen entscheidenden Faktor dar:

„Am Ende verdrängen systemische Mechanismen Formen der sozialen Integration auch in jenen Bereichen, wo die konsensabhängige Handlungskoordination nicht substituiert werden kann: also dort, wo die symbolische Reproduktion der Lebenswelt auf dem Spiel steht. Dann nimmt die *Mediatisierung* der Lebenswelt die Gestalt einer *Kolonialisierung* an.“ (ebd., S. 293)

Die Pointe einer solchen Perspektivsetzung liegt im ethisch verantwortbaren Diskurs von Individuen unter der Maßgabe der zuvor in groben Zügen rekonstruierten Regeln der Kommunikation. Eine solche Bedeutungszuweisung verlagert sich, wenn es zu einer sich verschiebenden Wertzuweisung hin zum Tausch und Handel kommt.⁸⁷

Um an dieser Stelle zurück auf das kommunikative Handeln zu kommen: Derartige Handlungen liegen also vor, wenn die Verständigung im Mittelpunkt steht und nicht die Erfüllung eigener Ziele der Handelnden. Verständigung selbst wird hier als Prozess „der Einigung unter den sprach- und handlungsfähigen Subjekten“ begriffen, das bereits durch die sprachliche Struktur nicht von außen induziert werden könne (Habermas 1981a, S. 386), und somit zunächst einige Herrschaftsfaktoren ausschließt. Zwar geht es Habermas bei dieser Konzeption in erster Linie um den direkten sprachlichen Dialog zwischen Individuen, jedoch bezieht er auch die Massenmedien ein, denen er aufgrund der räumlichen und zeitlichen Entkopplung einen allgemeinen Reichweiten und Rezeptionsvorteil zuschreibt (vgl. ebd., S. 571f.). Da es den Massenmedien durch die vermittelte Kommunikation jedoch an Interaktionsmöglichkeiten mangelt, können die jeweils kritisierbaren Geltungsansprüche nicht hinterfragt beziehungsweise überprüft werden, das schon dadurch zu einer strukturellen Verkürzung eines herrschaftsfreien Diskurses führt, da die Zuschauenden per se keine Teilnehmenden sind, sondern lediglich Empfänger einer produzierten Meinung, deren Sprechakt sie nicht unterbrechen oder anderweitig aktiv beeinflussen können.

⁸⁷Hieran lässt sich vorwegnehmend das Spannungsverhältnis von Kommerzialisierung und Commons im Sinne der gemeinschaftlich kollaborativen Arbeit beziehungsweise der Gemeingüter im Netz verdeutlichen. Ich werde diesen Aspekt daher später vertiefend aufgreifen (vgl. hierzu Abschnitt 6.1.2).

Für Habermas ist der Vernunftgebrauch innerhalb der individuellen Aushandlungen verortet. Grenzt man das strategische, als erfolgsorientiertes Handeln, von dem kommunikativen Handeln ab, wird somit eine Antwort auf die Frage formuliert, wie die Bedingungen der Verständigung ganz allgemein an Gültigkeit gewinnen. Der Sprache kommt damit eine besondere Bedeutung zu, da diese sowie die normativen Vorannahmen maßgebend für das Gelingen von freien Aushandlungen sind:

„Verständigung wohnt als Telos der menschlichen Sprache inne. Zwar verhalten sich Sprache und Verständigung nicht wie Mittel und Zweck zueinander. Aber wir können das Konzept der Verständigung nur erklären, wenn wir angeben, was es heißt, Sätze in kommunikativer Absicht zu verwenden.“ (Habermas 1981a, S. 387)

Damit lässt sich auf die von Humboldt zu Grunde gelegte Bedeutung von Sprache hindeuten, die zur Ausbildung der Eigentümlichkeit aber auch zur Menschwerdung im Sinne der allgemeinen und proportionalen Ausprägung der Kräfte beiträgt. In der Sprache liegen Grenzen und Möglichkeiten gleichermaßen, denn bei der Rückbindung und Interpretation von Geltungsansprüchen ist sie der Dreh- und Angelpunkt.

Selbstverständlich ist eine solche Konzeption von Diskurs nicht unangreifbar, doch darum geht es mir an dieser Stelle nicht. Mir ist es hierbei wichtig, die normativen Vorannahmen an den auf konsensabzielenden Diskurs im Modus der Deliberation hervorzuheben, um die daraus folgende Modellierung von Öffentlichkeit näher bestimmen zu können, die sich im Schnittfeld von kommunikativen Interaktions- bzw. Handlungsprozessen und gesellschaftstheoretischer Konzeption befinden. Den Diskurs sehe ich hier im Spannungsfeld der zuvor dargestellten normativen Vorannahmen und der individuellen Lebensführung der Menschen. Entscheidend für das Verhältnis von Bildung und Sozialität ist also die Beziehung von System und Lebenswelt, die Habermas im Hinblick auf Zweckrationalität um das kommunikative Handeln erweitert hat.

Die von Habermas verfolgte Perspektivsetzung auf Sprache, hier im engeren Sinne, beschreibt einen Entwicklungsschritt, den ich im Zuge der weiteren Betrachtung um das Moment der Artikulation (Jung 2005) erweitert auffasse. Ohne an dieser Stelle weiter auf die sprachtheoretischen Grundlegungen und Entwicklungslinien einzugehen, halte ich eine dementsprechende Erweiterung der Begrifflichkeit vor allem hinsichtlich der medialen Artikulationsmöglichkeiten, die sich bereits aufgrund ihrer vermittelten Grundbeschaffenheit ausdifferenzieren, für bedeutsam. Während noch in den frühen Jahren des Netzes viel über textbasierte Kommunikationstechnologien, wie E-Mail, Mailinglisten, Newsgroups, MUDS und MOOs, kommuniziert wurde, ist es nicht zuletzt dem Web 2.0 und schließlich dem Social Web zu verdanken, dass die Interaktion und Kommunikation über ein weitaus breiteres Spektrum an niederschweligen Möglichkeiten

des Austauschs, der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Organisation von Inhalten stattfinden kann.⁸⁸

Der Versuch zur Abbildung unterschiedlicher Sprechakte auf die vermittelte Kommunikation ist sicherlich ein möglicher Schritt und aus einer linguistischen Perspektive womöglich unausweichlich, jedoch zielt die diskursanalytische Betrachtung nach Habermas auf Argumentationsfolgen ab, weshalb sie sich für bildhafte und audiovisuelle Expressionen nicht eigne (vgl. Marotzki 2008, S. 9). Zudem würde damit die hier verfolgte Schwerpunktsetzung aus dem Fokus geraten. Mir geht es schließlich in erster Linie darum, herauszustellen, wie die strukturellen Bedingungen von Öffentlichkeit mit der Idee der intersubjektiven Aushandlung verbunden sind und welche Bedeutung dem Netz dabei zugesprochen werden kann. Der Begriff der Artikulation erfährt dabei einen Doppelcharakter, wie Jörissen (2011a) unter Rückbezug auf Jung (2005) festhält. So verweist er „[...] einerseits auf einen handlungsförmigen Prozess des ›Artikulierens‹ und andererseits auf die Manifestation dieses Prozesses, das ›Artikulierte‹“ (Jörissen 2011a, S. 68f.). Nach Jung ist die reflexive Artikulation dadurch gekennzeichnet, dass sich „plastische, piktorale, musikalische natürlich sprachliche Symbolmedien [...] von der für den elementaren Ausdruck charakteristischen Bindung an das Hier und jetzt der Erfahrung gelöst“ haben und dafür genutzt werden, „den Sinn des Erlebten durch Bezug auf intersubjektiv geltende Systeme der Bedeutungsbestimmung zu explizieren“ (Jung 2005, S. 132).

In seinem Aufsatz über Bildung, Visualität und Subjektivität verhandelt Jörissen diesen Bezug vor dem Hintergrund der machtanalytischen Betrachtung nach Foucault und weist auf die doppelte Positionierung hin, die der medialen Artikulation zu Grunde liegt. Sie richte sich zu sich selbst und gleichzeitig auch zu anderen (Jörissen 2011a, S. 69). Damit ist zwar ein wichtiges Moment zur Subjektivierung vor dem Hintergrund diskursiver Machtpraktiken angesprochen, der sich der reflexiven Artikulation annimmt, jedoch liegt dieser Abhandlung noch ein weiterer Hinweis zu Grunde. Es handelt sich um die Bedeutung der intersubjektiven Geltung, die Jörissen dabei aufgreift, um mediale Artikulation auf der Folie von der foucaultschen Machttheorie zu entfalten. Sie bietet den Transferpunkt, um von der Sprache, deren Regelsystem bei Habermas intersubjektive Geltung besitzt, das Moment der reflexiven Artikulation zu erweitern. Eine solche

⁸⁸Ich werde später noch auf das Netz eingehen (vgl. Kapitel 6 und 7). Da es mir um die Bedeutung der Strukturen geht, kann an dieser Stelle jedoch vorwegnehmend festgehalten werden, dass die Technologien, die dem Web 2.0 zum Durchbruch verholfen haben, keineswegs grundlegend Neue waren. So gab es die Architekturen bereits zum Ende der 90er Jahre. Was sich bei dieser Entwicklung geändert hat, ist also weniger der Code und dessen Paradigmen selbst, JavaScript gibt es beispielsweise schon seit 1995, sondern die Qualität der damit entwickelten webbasierten Software, die zunehmend den Charakter von Anwendungen bekamen. Der Begriff des Web 2.0, wie er sich Mitte der 2000er Jahre herausgebildet hat, mag heute anachronistisch wirken, wie ich bereits angedeutet habe. Er verweist unter der Perspektive eines Entwicklungsprozesses jedoch schon auf die enge Verflechtung von sozialen Praktiken und technologischen Rahmenbedingungen. Damit bildet er heute einen Meilenstein in der Entwicklung hin zu einem partizipativen Netz.

Übernahme scheint mir insofern eine pragmatische Wendung, als dass die medialen Artikulationen im Netz hierbei weitestgehend offen und verlustfrei berücksichtigt und zugleich die Bedingungen der vermittelten Kommunikation anerkannt werden können. Damit erfährt der Begriff der Artikulation analog zum Medienbegriff in der Strukturalen Medienbildung eine Öffnung gegenüber einem eng gefassten Sprachverständnis, was die Betrachtung medialer Artikulationen und deren Bildungspotenziale ermöglicht.

Bevor dieser Schritt der Analyse erfolgen kann, ist es von Bedeutung, die öffentlichkeitstheoretische Linie bei Habermas weiterzuverfolgen, da sich gerade in den Arbeiten, anschließend an die Theorie des kommunikativen Handelns, noch einmal eine gesellschaftstheoretische Neubestimmung des Öffentlichkeitsbegriffs vor dem Hintergrund rechtsstaatlicher Verfasstheit und einem deliberativen Demokratieverständnis erfassen lassen.

5.5 Aktualisierungen des Öffentlichkeitskonzepts

Die Kontrastierung in Form des Idealtypus von Öffentlichkeit wurde in verschiedenen Bereichen teilweise kontrovers diskutiert (vgl. Fraser 1992; Heming 1997; Imhof 2003, 2011; Negt und Kluge 1972). Dabei wurden vor allem die normativen Ansprüche an die Konzeption und das Gelingen von Öffentlichkeit in den Mittelpunkt der Diskussionen gestellt. Es wäre daher zu kurz gegriffen, wolle man den Öffentlichkeitsbegriff bei Habermas nur anhand seiner frühen Studie zum Strukturwandel beschreiben, schließlich haben sich seine gesellschaftstheoretischen Arbeiten erst im Anschluss und aufbauend auf dem Strukturwandel entwickelt. Dem Öffentlichkeitsbegriff wird dabei stets Beachtung geschenkt, weshalb es naheliegend erscheint, dass mit fortschreitenden gesellschaftstheoretischen Schwerpunktsetzungen auch dieser Begriff eine Weiterentwicklung erfährt.

Schon im Vorwort zur Neuauflage des Strukturwandels der Öffentlichkeit nimmt Habermas (1990) auf die Diskussion und Kritikpunkte vor allem hinsichtlich der Überstilisierung aber auch bezüglich des heteronomen Charakters der bürgerlichen Öffentlichkeit Stellung und revidiert schließlich seine zunächst pessimistische Einschätzung des Massenpublikums:

„Kurzum, meine Diagnose einer geradlinigen Entwicklung vom politisch aktiven und privatistischen, ‚vom kulturräsonierenden zum kulturkonsumierenden Publikum‘ greift zu kurz. Die Resistenzfähigkeit und vor allem das kritische Potential eines in seinen kulturellen Gewohnheiten aus Klassenschranken hervortretenden, pluralistischen, nach innen weit differenzierten Massenpublikums habe ich seinerzeit zu pessimistisch beurteilt.“ (ebd., S. 30)

Damit relativiert er die zunächst kritische Haltung, die er in Anlehnung der Kulturindustrie entwickelt hat. Mit dem Hinweis auf die Resistenzfähigkeit und das kritische Potenzial des Publikums wird die zunächst eher pessimistische Einschätzung von elektronischen Massenmedien revidiert, da hier die unterschiedlichen Resonanzräume und ihre verschiedenen Publika in den Blick genommen werden. Zwar wurden die unterschiedlichen Interessensgruppen bereits im Strukturwandel herausgestellt, jedoch ging in erster Linie das kritische Potenzial der jeweiligen Teilöffentlichkeiten, die sich auf das Allgemeine besonnen zu einem Gesamtpublikum beschreiben lassen, gegenüber dem Konsum und der Massenproduktion medialer Inhalte unter. Die Weiterentwicklung einer Konzeption von Öffentlichkeit ist damit jedoch noch nicht gänzlich berührt, vielmehr kann diese Einordnung als eine Momentaufnahme gesehen werden, die sich zwar im Zuge der Abhandlungen zur Theorie des kommunikativen Handelns andeuten, spätestens jedoch mit der rechtstheoretischen Arbeit unter dem Titel *Faktizität und Geltung* eine weitere Begriffsbestimmung findet. Diese soll die Theorie des kommunikativen Handelns um eine rechtspolitische Position ergänzen und nimmt dabei die Struktur von Öffentlichkeit unter den Bedingungen einer demokratisch verfassten Gesellschaft in den Blick.

In der historisch-analytischen Perspektive, wie sie beim Strukturwandel noch weitestgehend eingenommen wird, scheint es hinsichtlich der Öffentlichkeit keinen anderen Schluss zu geben, als jenen von Horkheimer und Adorno, dass die Aufklärung schon durch die Veranlagung der instrumentellen Vernunft zum Scheitern verurteilt ist. Dies wird entlang des Zerfalls einer bürgerlichen Öffentlichkeit durch die Massenmedien, dem Gesetz des Marktes und der damit zusammenhängenden Entwicklung hin zur Konsumption beschrieben. Den Ausweg aus einem solchen Entwurf schlägt Habermas bereits mit der paradigmatischen Wende hin zur Lebenswelt vor, die er im Rahmen seiner Theorie des kommunikativen Handelns ausformuliert hat. Damit wird die ideengeschichtliche Perspektivsetzung zu Gunsten der diskurstheoretischen Legitimitätsbegründung ersetzt. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wie das Zusammenspiel von Demokratie und Rechtsstaat gelingen kann, ohne dass beide Teile gegeneinander ausgehebelt werden. Moral und Recht sind dabei die für Habermas zentralen Kategorien, die trotz ihrer Ausdifferenzierung im Übergang zur Moderne zueinander in Verbindung stehen.⁸⁹ Unter »Recht« versteht Habermas das „moderne gesatzte Recht, das mit dem Anspruch auf systematische Begründung sowie verbindliche Interpretation und Durchsetzung auftritt“ (Habermas 1992a, S. 106).

Recht stelle nicht nur wie die postkonventionelle Moral eine Form des kulturellen Wissens dar, es bilde zugleich eine wichtige Komponente des gesellschaftlichen Institutionensystems und sei damit sowohl Wissenssystem als auch Handlungssystem (vgl.

⁸⁹Habermas macht deutlich, dass er Recht und Moral grundlegend voneinander unterscheidet und sich nicht wie Rawls mit der Unterscheidung zwischen Moral und politischer Gerechtigkeit zufriedengibt, da diese auf der gleichen Ebene normativer Geltungsansprüche lägen (vgl. Habermas 1992a, S. 106).

ebd.). Es lasse sich als ein Text von Normsätzen und -interpretationen sowie als Komplex von Handlungsregulativen verstehen: „Weil Motive und Wertorientierungen im Recht als Handlungssystem miteinander verschränkt sind, kommt den Rechtssätzen die unmittelbare Handlungswirksamkeit zu, die moralischen Urteilen als solchen fehlt.“ (Habermas 1992a, S. 146) Das Demokratieprinzip gewährleistet dabei die Schaffung und Gestaltung legitimen Rechts, das sich dann als Kern des Systems von Rechten in Form des Rechtsstaats herausbildet. Damit wird Sittlichkeit zugleich im Recht kodifiziert, wodurch sich die Gesellschaft als politisches Gemeinwesen in einem konkreten Zusammenhang konstituiert und Deliberation nicht mehr von der Tugend der partizipierenden Akteure abhängig gemacht werden muss. Seinen vollen normativen Sinn erhalte das Recht dann durch ein Verfahren der Rechtsetzung, das Legitimität erzeuge (vgl. ebd., S. 169).

In Anlehnung an Arendt beschreibt Habermas bezüglich der Beschlussfassung die Transformationsleistung von kommunikativer hin zu administrativer Macht. Kommunikative Vernunft kann sich dabei nur in „nicht-deformierten Öffentlichkeiten bilden und aus Strukturen der unversehrten Intersubjektivität einer nicht-verzerrten Kommunikation hervorgehen“ (ebd., S. 184). Den Schlüssel für die politische Meinungs- und Willensbildung sieht Habermas in der Diskurstheorie, die nicht allein von einer kollektiv handlungsfähigen Bürgerschaft ausgeht, wie es einem republikanischen Demokratiemodell entspricht, sich jedoch auch nicht von einem liberalen Demokratieverständnis allein leiten lässt, sondern sich von Elementen von beiden Seiten bedient. In Übereinstimmung mit dem Republikanismus rückt die Diskurstheorie „den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß in den Mittelpunkt, ohne jedoch die rechtsstaatliche Verfassung als etwas Sekundäres zu verstehen“ (ebd., S. 361):

„[...] vielmehr begreift sie [...] die Prinzipien des Rechtsstaates als konsequente Antwort auf die Frage, wie die anspruchsvollen Kommunikationsformen einer demokratischen Meinungs- und Willensbildung institutionalisiert werden könne.“ (ebd.)

Damit baut das deliberative Demokratiemodell auf zwei Säulen auf und grenzt sich sogleich von den Vorstellungen einer radikal-demokratischen Perspektive ab, da weder allein der Rechtsstaat noch die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger eine Legitimität begründen. Insbesondere vor dem Hintergrund der Globalisierung sowie der digitalen Strukturen, welche transnationale Öffentlichkeiten hervorbringen, im privatwirtschaftlichen Sektor eine bedeutsame Wirkmacht⁹⁰ entwickeln und so die

⁹⁰Im direkten Zusammenhang hierzu lässt sich auf den von Shoshana Zuboff (2015) thematisierten „Überwachungskapitalismus“ in radikaler Ausprägung verweisen. Dabei handelt es sich um einen Problembereich, der aus den Geschäftsmodellen der Unternehmen wie Facebook und Google hervorgeht, die durch die Sammlung von Daten der Nutzenden nicht nur in der Lage sind, wirtschaftliche Geschäftspraktiken grundlegend neu zu definieren, sondern zugleich Handlungsweisen zu strukturieren und lebensweltliche Verhaltensmuster grundlegend umzugestalten. Berechenbarkeit wird somit zum

Willens- und Meinungsbildung beeinflussen, können demokratische Verfahren alleine nicht die legitimierende Kraft für rechtsstaatliche Fragen sein. Darüber hinaus erwächst hieraus eine besondere Bedeutung für die Verortung von Öffentlichkeit, da sie die Sphäre der diskursiven Aushandlungen ermöglicht und in Anbetracht der Volkssouveränität die politische Willens- und Meinungsbildung legitimiert:

„Die Diskurstheorie macht das Gedeihen deliberativer Politik nicht von einer kollektiv handlungsfähigen Bürgerschaft abhängig, sondern von der Institutionalisierung entsprechender Verfahren und Kommunikationsvoraussetzungen, sowie vom Zusammenspiel der institutionalisierten Beratung mit informell gebildeten öffentlichen Meinungen. Die Prozeduralisierung von Volkssouveränität und die Rückbindung des politischen Systems an die peripheren Netzwerke der Öffentlichkeit gehen zusammen mit dem Bild einer dezentrierten Gesellschaft.“ (ebd., S. 362)

Habermas nimmt in diesem Zusammenhang auch die Kritik von Fraser (1992) insofern auf, als dass er die Exklusion marginalisierter Gruppen im Sinne der idealtypischen Konstruktion einer „nicht-vermachteten politischer Öffentlichkeit“ adressiert und somit den inklusiven Charakter seines Öffentlichkeitsbegriffs verfestigt. Öffentlichkeit müsse sich schließlich auf eine gesellschaftliche Basis stützen können, „in der die gleichen Staatsbürgerrechte soziale Wirksamkeit erlangt haben“ (Habermas 1992a, S. 374). Dabei stärkt er zugleich seine Perspektive auf die Deliberation, denn nur auf einer Basis, „die aus Klassenschranken hervorgetreten ist und die jahrtausendealten Fesseln gesellschaftlicher Stratifikation und Ausbeutung abgeworfen hat, kann sich das Potential eines freigesetzten kulturellen Pluralismus voll entfalten“ (ebd.).

In diesem Zusammenhang kommt der Zivilgesellschaft vor dem Hintergrund der politischen Öffentlichkeit einige Bedeutung zu, da hierdurch die Solidarität von Fremden unter Fremden gewährleistet wird und das Zusammenleben der Menschen rechtlich begründet wird. Während es sich bei der historischen Analyse des Strukturwandels der Öffentlichkeit noch um die Zusammenkünfte von Privatleuten als Eigentümer handelte, stehen im zivilgesellschaftlichen Kontext nun die Menschen als Staatsbürger mit ihren Interessen im Mittelpunkt. García Leguizamón (2009) hebt in diesem Zusammenhang heraus, dass diese „auf normative Neuinterpretationen der Gesellschaft, den Schutz von Lebensformen und die Konstruktion kultureller Gegenöffentlichkeiten ausgerichtet sind“ (vgl. ebd., S. 57).⁹¹

neuen Geschäftsmodell und die Daten sind das Kapital. Nicht zuletzt hieraus ergeben sich direkte Auswirkungen auf die Freiheit zur Selbstbestimmung und die Frage nach der rechtsstaatlichen Regulierung einer solchen Entwicklung. Daneben hat diese Entwicklung eine direkte Auswirkung auf Prozesse der Meinungsbildung, da Informationen in digitalen sozialen Netzwerken anderen publizistischen Validierungskriterien zu Grunde liegen.

⁹¹Mit dem Begriff der Gegenöffentlichkeiten lässt sich eine Kritik an der von Habermas entworfenen Öffentlichkeit ableiten, der diese unter Anerkennung von individuellen Teilöffentlichkeiten trotzdem noch als holistischen Sphäre der Kommunikation erfasst.

Habermas bezieht sich bei dieser Betrachtung der Zivilgesellschaft zunächst auf eine politische Öffentlichkeit, die über ihre zivilgesellschaftliche Basis in der Lebenswelt verwurzelt ist und als „Resonanzboden für Probleme“ beschrieben werden kann (Habermas 1992a, S. 435). Die Aufgabe der Öffentlichkeit könne es jedoch nicht nur sein, Probleme zu erkennen, sie müsse zugleich den Problemdruck verstärken und einflussreich thematisieren, um ihrer demokratiethoretischen Funktion gerecht zu werden. Zwar sei die Öffentlichkeit ein elementares gesellschaftliches Phänomen, wie Handlung, Akteur, Gruppe oder Kollektiv, jedoch entziehe sie sich den herkömmlichen Begriffen für soziale Ordnung aufgrund ihrer Struktur, da sie weder institutionalisiert werden könne, noch als Organisation aufzufassen sei (vgl. ebd., S. 435f.). Auch als System könne sie nicht beschrieben werden, da sie trotz einer inneren Grenzziehung nach außen hin offen und durchlässig sowie durch verschiebbare Horizonte gekennzeichnet sei.⁹² Öffentlichkeit könne am ehesten als „ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von *Meinungen* beschrieben“ (ebd., S. 436, Hervorhebung im Original) werden, die sich wie die Lebenswelt selbst über kommunikatives Handeln reproduziert.

Unter Verweis auf den Netzwerkbegriff nimmt Habermas den Aspekt der Herausbildung von Teilöffentlichkeiten in seine Theoriebildung auf und erkennt an, dass sich das Publikum in unterschiedliche öffentliche Sphären ausdifferenziert, was er mit der architektonischen Metapher des umbauten Raumes, wie Foren, Bühnen und Arenen, beschreibt:

„Diese Öffentlichkeiten haften noch an den konkreten Schauplätzen eines anwesenden Publikums. Je mehr sie sich von dessen physischer Präsenz lösen und auf die medienvermittelte virtuelle Gegenwart von verstreuten Lesern, Zuhörern oder Zuschauern ausdehnen, desto deutlicher wird die Abstraktion, die mit der Öffentlichkeitsgeneralisierung der Raumstruktur einfacher Interaktionen einhergeht.“ (ebd., S. 437)

Hier wird deutlich, dass Habermas zwar sehr wohl auf die Herausbildung von Teilöffentlichkeiten angesichts der Massenmedien eingeht und diese anerkennt, jedoch werden die verschiedenen Bereiche der (sub-)kulturellen und literarischen sowie medialen Teilöffentlichkeiten in demokratiethoretischer Konzeption der politischen Öffentlichkeit als holistischen Kommunikationsraum untergeordnet. Der Aspekt der verschiedenen, voneinander losgelösten Diskursräume ist zugleich einer der wesentlichen Kritikpunkte an dem von Habermas dargelegten Öffentlichkeitsbegriff, weshalb sich verschiedene Theoriemodelle herausgebildet haben, die sich gegen einen holistischen Öffentlichkeitsbegriff wenden. Beispielhaft kann hier auf die Position von Fraser (1992), aber auch die bereits dargestellte Konzeption von Mouffe (1999a, 2007) verwiesen werden. Ger-

⁹²Damit findet abermals eine klare Distanzierung im Begriffsverständnis zu Luhmanns Auffassung von Öffentlichkeit statt, der diese als selbstreferentielles System kennzeichnet, wie im vorangegangenen Kapitel bereits weitergehend erläutert wurde (vgl. hierzu Kapitel 4.4).

hards und Neidhardt (1991) vertreten ebenfalls ein Modell, das Öffentlichkeit nicht als singuläre Sphäre versteht, sondern diese in verschiedene Teilöffentlichkeiten und Ebenen untergliedert, die sich aufgrund ihrer Beschaffenheit jeweils durch andere Funktions- und Reichweiten auszeichnen. Sie haben in Anlehnung einer systemtheoretischen Begründung die Unterscheidung in verschiedene Formen von Öffentlichkeiten modelliert, die sich in die drei Ebenen der Encounter-, Versammlungs- und massenmedial hergestellte Öffentlichkeiten unterteilen lassen (vgl. ebd., S. 49ff.). Zwar beziehen sich die Autoren mit ihrem Modell in erster Linie auf die klassischen Massenmedien, jedoch bietet sich die Metapher der Arena im Hinblick auf die sozialen Räume im Netz ganz grundlegend dahingehend an, als dass hier unterschiedliche Akteure auf das jeweilige Publikum treffen. Zugleich erinnert diese Metapher jedoch an die Trennung von aktiv und passiven Teilnehmenden. Dies mag zunächst irritieren, schließlich kann im Netz potenziell jeder ohne viel Aufwand zu einem Produzenten von Inhalten und Gestaltenden eigener Räume werden. Ich werde dieses Verhältnis daher im späteren Verlauf genauer untersuchen (vgl. hierzu Abschnitt 6.3).

Der Verweis auf die verstreuten Schauplätze, wie Habermas ihn hier formuliert, lässt grundsätzlich jedoch zwei weitere Überlegungen zu, da der Begriff der verstreuten Ausbreitung von Teilöffentlichkeiten den Schluss nahelegt, dass die angestrebte Bündelung der Kräfte einer aktiven Zivilgesellschaft unter den losgelösten Teilaktivitäten leidet, wie schon die bürgerliche Öffentlichkeit unter dem strukturellen Einfluss der Massenmedien litt. Andererseits wird insbesondere durch den Hinweis auf ein sich ausdifferenziertes Publikum die Frage danach möglich, wie sich die Zuhörenden oder Zusehenden tatsächlich im jeweiligen Kontext verhalten, schließlich handelt es sich hierbei dann potenziell auch um verschiedene Publika.

Im Mittelpunkt dieser Entwicklung steht dabei nun die Zivilgesellschaft, die anders als die bürgerliche Gesellschaft nicht mehr die privatrechtlich konstituierte Ökonomie in sich vereint, sondern ihren Kern in nicht-staatlichen und nicht-ökonomischen freien Zusammenschlüssen findet:

„Die Zivilgesellschaft setzt sich aus jenen mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, welche die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten. Den Kern der Zivilgesellschaft bildet ein Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeiten institutionalisiert.“ (Habermas 1992a, S. 443)

Die Zivilgesellschaft ist dabei nicht mit Öffentlichkeit gleichzusetzen, wie bereits an der doppelten Auslegung der deliberativen Demokratietheorie aber auch dem Hinweis auf die unterschiedlichen Teilöffentlichkeiten verdeutlicht wurde. Öffentlichkeit fungiert als intermediäre Struktur zwischen Staat und Bürgerschaft. Die Unversehrt-

heit privater Lebensbereiche spielt dabei eine kritische Rolle. Sie wird unter anderem durch das Persönlichkeitsrecht, das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit gewährleistet. Doch grundrechtliche Garantien allein können, so Habermas, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft vor der Deformation nicht bewahren. „Die Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit müssen vielmehr von einer vitalen Bürgergesellschaft intakt gehalten werden.“ (Habermas 1992a, S. 447) Erst durch die aktive politische Teilnahme und die Einlösung der durch die Grundrechte gewährten partizipativen Potenziale wird die Staatsbürgerschaft hinsichtlich der Subjektivierung im Sinne einer problemzentrierten und verantwortlichen Haltung gegenüber anderen Gesellschaftsmitgliedern ermöglicht.

Je mehr die vergesellschaftende Kraft des kommunikativen Handelns erlahmt, desto stärker werden die Akteure voneinander isoliert, was zur Folge hat, dass die strukturelle Kraft der Öffentlichkeit die private Basis angreift, wie Habermas unter Rückbezug auf Arendt und den Totalitarismus beschreibt:

„Der enge Zusammenhang zwischen autonomer Bürgergesellschaft und unversehrter Privatsphäre zeigt sich deutlich im Gegenlicht totalitärer staatssozialistischer Gesellschaften. Hier kontrolliert ein panoptischer Staat nicht nur unmittelbar die bürokratisch ausgetrocknete Öffentlichkeit, er untergräbt auch die private Basis dieser Öffentlichkeit.“ (ebd., S. 446)

Die Einschränkung von Assoziationsmöglichkeiten und die Zerschlagung von Netzwerken durch potenzielle Eingriffe des Staatsapparates steht den Entfaltungsmöglichkeiten zum politischen Handeln damit als undemokratische Machtausübung, die sich in alle Lebensbereiche erstreckt, diametral gegenüber. Mit dem Hinweis auf die Einschränkung der Autonomie einer privaten Bürgergesellschaft wird hier ein radikaler Gegenentwurf aufgezeigt, der sich nicht nur zivilgesellschaftlich als kritisch erweist, sondern auch gesamtgesellschaftlich hinsichtlich der Funktion von Öffentlichkeit thematisiert werden sollte, da der Autonomieverlust zwingt, dass man in einer reaktiven Haltung verhaftet ist.

Damit die Verständigungsprozesse im Rahmen der öffentlichen Kommunikation anschlussfähig bleiben, finden diese in einer lebensweltlichen und allgemeinverständlichen Sprache statt. Dies bedeute, so Habermas, jedoch nicht zwangsläufig, dass sich dadurch reduktionistische Perspektiven ausprägen. Öffentlichkeit selbst stellt dabei „ein hochkomplexes Netzwerk dar, das sich räumlich in eine Vielzahl von überlappenden internationalen, nationalen, regionalen, kommunalen, subkulturellen Arenen verzweigt“ (ebd., S. 451f.). Da die verteilten sozialen Arenen als Bestandteile eines hochkomplexen Netzwerkes gesehen werden, sind sie vollständig nicht voneinander losgelöst im Sinne einer Fragmentierung, wie es beispielsweise in der antagonistischen Öffentlichkeitstheorie nach Mouffe (1999a, 2007) der Fall ist.

Nicht zuletzt werden damit auch bildungstheoretische Implikationen angesprochen, denn wenn Bildung ausgehend von Hegel heißt, dass der Mensch sich „allgemein“ macht, dann umfasst dies nicht nur die Hinwendung zur Kultur im Sinne von Kunst, Religion und Wissenschaft, sondern ebenso die Integration in Staat und Gesellschaft (vgl. Wigger 2016, S. 118). Diesen Aspekt hat Klafki in seinen Arbeiten immer wieder betont und Bildung damit als Aufgabe der Gesellschaft verortet. Angesichts der enormen Komplexitätssteigerung durch die digitalen Strukturen kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass Medien hiervon unberührt bleiben, vielmehr nehmen sie eine wirklichkeitskonstruierende Rolle ein, die sich in unterschiedlichen Ambivalenzen beschreiben lässt. Für Öffentlichkeit ist es in erster Linie entscheidend, wie die Kommunikation aufgebaut ist und welche Möglichkeiten die Teilnehmenden schon auf struktureller Ebene haben, Verständigungsprozesse zu realisieren. Aus der Perspektive der Strukturalen Medienbildung kann dieser Frage insofern nachgegangen werden, als dass die formalen Aspekte der Informations- und Kommunikationsarchitekturen in den Blick genommen werden. Die Beantwortung ist jedoch keineswegs trivialer Natur, da hier die Komplexität der algorithmischen Informationsverarbeitung in Verschränkung zu sozialen Prozessen der Aushandlung zu betrachten sind, wie ich im nachfolgenden Kapitel ausführlich aufzeigen werde.

Damit ist das Konzept einer Öffentlichkeit vor dem Hintergrund der deliberativen Demokratie nach Habermas weitestgehend umrissen. Die rechtsphilosophischen Überlegungen von Habermas stellen einen zentralen Bestandteil dar, wenn es um die umfassende Beschreibung eines modernen Öffentlichkeitsbegriffs geht, der sich vor dem Hintergrund der gesellschaftstheoretischen Rahmung entfaltet. Mit der Ausdifferenzierung von Moral und Recht kann auf ein wesentliches Merkmal dieser theoretischen Rahmung aufmerksam gemacht werden. Indem letzteres als Gegengewicht zu den Schwächen der autonomen Moral konzipiert wird und somit unmittelbar in die Lebenswelt eingegliedert ist, ergeben sich direkte Implikationen für das zivilgesellschaftliche Selbstverständnis vor dem Hintergrund der sich kontinuierlich verschiebenden Grenzen von Privatheit und Öffentlichkeit.

Erst durch die Weiterentwicklung mit Faktizität und Geltung entfaltet das Modell der deliberativen Demokratietheorie seine Ausprägung, bei dem die institutionalisierten Prozesse der Willens- und Entscheidungsfindung der parlamentarischen Demokratie auf die partizipatorische Kraft der Bürgerschaft in Verkörperung der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit angewiesen sind. Für Gimmler (2000) ergibt sich hieraus gegenüber anderen Demokratiemodellen ein Legitimitätsvorteil, da dieser ganze Prozess an zwei Ausformungen von Volkssouveränität gekoppelt ist, die in dieser Perspektive einerseits die legitimierende Grundlage des demokratischen Rechtsstaates und seiner Institutionen ist. Andererseits hebt sie hier die Volkssouveränität in ihrer „direkten, kommunikativen und diskursiven Ausformung als zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit“ hervor (ebd., S.

193f.). Der politische Prozess wird somit durch institutionelle Verfahren und Bürgerbeteiligung gleichermaßen und in Verschränkung zueinander bestimmt.

Nach Habermas dient vor allem die politische Öffentlichkeit zur Herausbildung und Identifikation von gesamtgesellschaftlichen Problemen:

„Das deliberative Modell begreift die politische Öffentlichkeit als Resonanzboden für das Aufspüren gesamtgesellschaftlicher Probleme und zugleich als diskursive Kläranlage, die aus den wildwüchsigen Prozessen der Meinungsbildung interessenverallgemeinernde und informative Beiträge zu relevanten Themen herausfiltert und diese »öffentlichen Meinungen« sowohl an das zerstreute Publikum der Staatsbürger zurückstrahlt wie an die formellen Agenden der zuständigen Körperschaften weiterleitet.“ (Habermas 2008, S. 144)

Will man nun die von Klafki (1985) formulierte Forderung an Bildung als Gesellschaftsaufgabe aufgreifen, dann kommt der politischen Öffentlichkeit eine integrale Rolle zu, da sie als Instrument der Bewusstwerdung von Problembereichen funktionieren kann und in Form der öffentlichen Meinung auf das zerstreute Publikum der Staatsbürger zurückstrahlt.

Aus der von Habermas entwickelten rechtsphilosophischen Perspektive ergibt sich noch eine weitere Implikation, die sich im Zuge der hier vorliegenden Arbeit als nicht ganz unwesentlich erweist. Es handelt sich um den Aspekt des Rechts. Habermas sieht hierin in erster Instanz die Funktion der sozialen Integration, da es die strategischen Interaktionen der Akteure im Konfliktfall auf normativer Basis regelt (vgl. Habermas 1992a, S. 44). Ich halte diesen Punkt deshalb für wertvoll, da er sich angesichts der digitalen Strukturen auf Code und Software abbilden lässt und es gar notwendig scheint, eine solche Perspektivsetzung im gesellschaftstheoretischen Rahmen einzuholen. Hier lässt sich direkt an die von Lessig (1999, 2010) postulierte These zur Wirkmacht von Code anschließen. In dieser Perspektivsetzung ist Code, im Sinne von Hard- und Software, direkt mit der freien Meinungsäußerung und einem deliberativen Demokratieverständnis verknüpft, da Regeln entweder implementiert sind, also in den Code eingeschrieben sind, oder eben nicht. Damit bietet Lessigs Perspektive die weiterführende Diskussion entlang struktureller Merkmale des Netzes an, weshalb sie sich in Konjunktion zur Strukturalen Medienbildung weiterverfolgen lässt, wie ich in den nachfolgenden Kapiteln aufzeigen werde (vgl. Kapitel 6 und 7).

Der Aspekt des Rechts findet bei Habermas (2013) ebenfalls erneute Berücksichtigung, wenn er die institutionellen Strukturen des Rechtsstaates ins Verhältnis zum Netz setzt. Im Hinblick auf die stetig fortschreitende Durchdringung medialer Strukturen des lebensweltlichen Alltags und gesellschaftlicher Prozesse, die Habermas unter Berücksichtigung des Netzes als „digitale Revolution“ beschreibt, sieht er „nur einen weiteren Schritt in der kommunikativen Vernetzung und Mobilisierung der Bürgerschaft“ und fordert sogleich die Abkehr „von einem institutionell gefrorenem Bild des demokratischen

Rechtsstaates“ (ebd., S. 68). Die Dynamiken des Netzes, die Habermas hierbei zunächst dem World Wide Web zuschreibt, tragen zur kommunikativen Verflüssigung der Politik bei und können in diesem Kontext als Katalysator für Partizipationschancen gesehen werden, wie rechtsstaatliche Fragen hierüber rückgekoppelt und im Zuge privater Autonomie verhandelt werden können. Habermas stellt zudem fest, dass die zunehmende soziale Spaltung hierbei als Legitimitätsproblem rechtsstaatlicher Ordnung begriffen werden müssten:

„Eine positive Rückkoppelung zwischen privater und öffentlicher Autonomie ist eine notwendige Bedingung für die Legitimität der Ordnung eines demokratischen Rechtsstaates. Diese Legitimität ist gefährdet in Gesellschaften mit zunehmender sozialer Spaltung, in denen sich eine negative Rückkoppelung schichtspezifisch einspielt. Hier verstärken sich gegenseitig die steigende Wahlenthaltung der marginalisierten und unprivilegierten Gesellschaftsschichten auf der einen und die Bevorzugung von Politikmustern, die die Interessen dieser Bevölkerungssegmente vernachlässigen, auf der anderen Seite.“ (ebd., S. 71f.)

Die daraus resultierende Ambivalenz entfaltet vor dem Hintergrund einer digitalen Ungleichheit eine besondere Qualität, die ich im Rahmen der vorliegenden Arbeit einzuholen versuche. Damit ziele ich vor allem auf den Aspekt der Beschaffung und Verarbeitung von Informationen ab, der in den von Habermas entworfenen Perspektivsetzungen eine eher randständige Position einnimmt. Schließlich kann der rationale Diskurs nicht ohne ein gewisses Maß an Informationen geführt werden. Dies setzt Habermas in seinen Arbeiten zwar voraus, es kann in Anbetracht der Tatsache, dass man heutzutage nicht mehr von einem Wissenskanon oder einem grundlegenden Informationsbestand ausgehen kann, jedoch nicht als selbstverständlich betrachtet werden. Gerade im Hinblick auf Lern- und Bildungsprozesse zeigt sich hier eine Leerstelle, die es weitergehend zu berücksichtigen gilt. Setzt man eine, wie auch immer gefasste, Informationsgrundlage nicht mehr als per se gegeben voraus, ergeben sich für das sich informierende Subjekt einige Herausforderungen, die sich durch das Netz und seiner dezentralen Struktur potenzieren. Während also die Hemmschwelle der Partizipation durch publizistische Aktivitäten im Netz sinkt, steigt die Herausforderung der Informationsbeschaffung und Bewertung weiter an, was zur Folge hat, dass sich die Problemdimensionen dahingehend verschieben, wie ich im anschließenden Kapitel noch verdeutlichen werde (vgl. hierzu Kapitel 6).

5.6 Bezugspunkte zur Bildungstheorie

Die von Habermas entworfene Konzeption von Öffentlichkeit bietet einige Anknüpfungspunkte an die hier dargelegte bildungstheoretische Position. Dies ist nicht zuletzt dadurch begründet, dass die von Habermas entwickelte Theorie des kommunikativen

Handelns weitergehende Bezüge auf die Lebenswelt zulässt und somit die Bewältigung von sozialen Prozessen im Rahmen einer komplexen Gesellschaftstheorie zu erfassen versucht. Mir ist es an dieser Stelle wichtig, auf die für mich zentralen Bezugspunkte hinzuweisen, da bereits an der Diskussion von Medienkompetenz und Medienbildung deutlich wurde, dass es einige theoretische Herleitungen und Anwendungen gibt, die ebenfalls eine Anschlussfähigkeit gewährleisten können. Schließlich stellt der von Habermas entworfene sprachtheoretische Rahmen die Grundlage für die Konzeption von Medienkompetenz nach Baacke (1997) dar. Würde man nun auf die Entwicklung von Kompetenzen ganz gleich welcher Art abzielen, so böte sich die von Habermas entworfene Theorie des kommunikativen Handelns zwar an, jedoch werde hier bereits das Vorhandensein einer kommunikativen Kompetenz vorausgesetzt (vgl. Fromme, Biermann und Kiefer 2014, S. 63). Eine solche Perspektivsetzung ist angebracht, wenn es um Lernprozesse geht. Fragt man jedoch nach den Potenzialen oder Prozessen, die sich in der Transformation des Selbst- und Weltverhältnisses abzeichnen lassen, ist sie nicht ausreichend. Bildungstheoretisch geht es mir jedoch nicht allein um die Sichtbarmachung von möglichen Kompetenzerweiterungen, sondern um ein strukturelles Verständnis der Reflexionsangebote im, durch und über das Netz. In ähnlicher Argumentation macht schon Schäfer (2011) darauf aufmerksam, dass erworbenes Wissen und Kompetenzen nötig seien, um sich in der Welt zu orientieren. Sie können jedoch nicht als das gelten, „was die entsprechenden Selbst- und Weltverhältnisse zu determinieren vermag“, vielmehr werden mit „dem Wissen oder den Kompetenzen auch jene Unterscheidungen erworben, mit deren Hilfe man sich noch einmal zum Wissen oder den Kompetenzen in ein Verhältnis setzen, sie beurteilen kann“ (ebd., S. 15). Hieraus ergibt sich ein Möglichkeitsraum, der in erster Linie von den sozialen Erfahrungen und Kontexten abhängig ist.

Da sich im Netz kulturelle Phänomene identifizieren lassen, die sich jenseits sozialisatorischer Erfahrungsweisen bewegen und somit etwas grundlegend Fremdes beinhalten können, bei denen subsumtive Verarbeitungsweisen nicht mehr greifen, ergibt sich die Problematik der Bewertung und Einordnung in bisher etablierte Muster der Weltwahrnehmung. Eine solche Einordnung in bereits bekannte Schemata wäre jedoch nötig, wenn man sich im definierten Rahmen der kompetenztheoretischen Perspektivsetzung bewegen will. Mir geht es daher weniger um die Betrachtung von Kompetenzen im Umgang mit Medien, sondern vielmehr um das von Habermas herausgestellte Verhältnis von Mensch und Welt, weshalb sich hier einerseits eine Brücke zur Medienbildung herstellen und andererseits eine Abgrenzung zur kompetenztheoretischen Konzeption vornehmen lässt. Dabei dienen die drei Weltbezüge, die Habermas im Rahmen der verschiedenen Sprechhandlungen herausgearbeitet hat und die sich in der kommunikativen Handlung entfalten, als geeigneter Zugang.

Für einen Anschluss an die Bildungstheorie und das hier verfolgte Erkenntnisinteresse ergeben sich jedoch auch grundlegende Herausforderungen, wenn es um die

Betrachtung der Lebenswelt nach Habermas geht. Indem die Lebenswelt im Zuge der Kommunikation stets im Hintergrund bleibt und dem Subjekt fraglos gegeben erscheint, kann diese nicht problematisiert werden, höchsten zusammenbrechen (vgl. Habermas 1981a, S. 198f.). Der Umgang mit dem Unbekannten kann sich somit ebenfalls der Begründbarkeit und der Bewertung von Geltungsansprüchen, besonders im Hinblick auf interkulturelle Schwerpunktsetzungen, trotz des normativ zugeschriebenen Einverständnisses, entziehen. Es scheint daher wichtig, dass die Selbstverständlichkeit der Lebenswelt im Sinne der Aneignung von kulturellen Wissensbeständen nicht mit dem Aufbrechen von Welt- und Selbstverhältnissen gleichzusetzen ist, da es sich hierbei gar um entgegengesetzte Perspektivsetzungen handelt, die eine Abgrenzung zu bildungstheoretischen Fragestellungen ermöglicht. Während sich die Entwicklung von kommunikativen Kompetenzen in erster Linie entlang lerntheoretischer Fragen beantworten lässt, erweisen sich Bildungsprozesse als über die Grenzen der Lebenswelt hinausgehend beziehungsweise wird die Selbstverständlichkeit des Gegebenen zur Disposition gestellt, wodurch sich erst das Verhältnis von Welt und Selbst transformiert.

Erst durch die grundsätzliche paradigmatische Wende von der Bewusstseinsphilosophie hin zu einer kommunikationstheoretischen Betrachtung wird die kommunikative Intersubjektivität gewinnbringend in den gesellschaftstheoretischen Fokus gestellt. Bildungstheoretisch lässt sich hieraus die doppelte Differenz von Sprache und Handlung herausheben, denn Sprache wird einerseits von den Individuen geprägt und konstruiert. Es entwickeln sich also soziale Bezüge und kulturelle Werte heraus. Andererseits nehmen die Individuen erst durch den Sprachgebrauch eine gewisse Sicht auf die Welt ein und verändern diese gleichsam. Sprache, im Sinne der Handlung begriffen, verweist dabei auf ein breites Spektrum an Artikulationsmöglichkeiten, wie es im Kapitel zur Bildungstheorie und der Medienbildung bereits herausgehoben wurde.

Daneben kann auf einen weiteren Anknüpfungspunkt verwiesen werden, der sich entlang der kommunikativen Vernunft entfalten lässt. Der Vernunftgebrauch stellt ein zentrales Motiv bei der Herstellung und Gestaltung von Öffentlichkeit dar, was unmittelbar Reflexionspotenziale ermöglicht, da die öffentliche Positionierung stets mit Prozessen der sozialen Aushandlung, Konflikten aber vor allem auch der Konsensfindung verbunden ist. Dass diese nicht immer bewusst stattfindet, steht außer Frage, und doch ist es genau dieser Aspekt, der für die bildungstheoretische Betrachtung so interessant ist. Denn wenn soziale Positionierungen und Aushandlungen, ganz gleich welcher Ausprägung, mit einer Verortung in den sozialen Sphären in Verbindung steht, dann stellt sich die Frage nach den Strukturen dieser digitalen Räume. Welche Möglichkeiten begünstigen die Aushandlung in welcher Form und welche Möglichkeiten sind im Rahmen der vermittelten Kommunikation nicht in den Code eingeschrieben? Damit werden grundlegend auch medienpädagogische Interessenslagerungen angesprochen. Interessant ist in diesem Zusammenhang jedoch vor allem die Frage nach den Nutzungspraktiken, die nicht-intendierte Nutzungsweisen hervorbringen. Wenn man

also mit der digitalen Umgebung insoweit vielleicht gar spielerisch umgeht und damit neue Nutzungsweisen hervorbringt, die sich beispielsweise an subversiven Praktiken abzeichnen lassen.

Hinsichtlich einer sich emanzipierenden Gesellschaft bleibt die Kritik jedoch insofern bestehen, als dass der Vernunftbegriff bei Habermas ins Verhältnis zu postmodernen Strömungen gesetzt werden kann.⁹³ Um dieser Kritik nachzugehen, scheint es mir hilfreich, danach zu fragen, worauf der Vernunftbegriff in den jeweiligen Kontexten abzielt und wie dessen Reichweite zu verhandeln ist. Ich möchte mich hierbei eines zwar nicht mehr ganz aktuellen, jedoch recht treffenden Argumentes bedienen, welches sich bei Käte Meyer-Drawe (1989) auffinden lässt. Sie macht darauf aufmerksam, dass es der französischen Postmoderne vornehmlich um die Selbstkritik der Vernunft und damit um erkenntnistheoretische Fragen geht, die zunächst losgelöst von politischer und gesellschaftlicher Emanzipation zu denken seien (vgl. ebd., S. 79f.). Postmoderne Vernunftkritik stellt so gesehen nicht die unterschiedlichen emanzipatorischen Potenziale einer Gesellschaft in Frage, sondern fragt ganz grundlegend nach der Gestalt eines Vernunftkonzepts. Diese Differenzierung ist insofern hilfreich, als dass der Vernunftbegriff bei Habermas hinsichtlich seiner aufklärerischen Wirkmacht genau einzugrenzen ist, denn schließlich geht es vornehmlich um die Herausbildung und Manifestation eines öffentlich rasonierenden Publikums in Abgrenzung zum privaten Nachdenken und somit den dabei beschriebenen sozialen Wandel, wie er auch von Horkheimer und Adorno (2006) festgehalten wird. Dies berührt die Frage nach Vernunft im erkenntnistheoretischen Sinne zunächst kaum.

Wenn sich nun das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit in dem Maße verändert, dass die privaten Orte nun die Funktion der vormals öffentlichen einnehmen, wird nicht nur der Zerfall der Öffentlichkeit durch die Massenmedien diagnostiziert, sondern vor allem auch die Frage nach der Herstellung von individuellen Orientierungsrahmen aufgeworfen. Denn die Öffentlichkeit als solche kann demnach nicht mehr als Garantin dafür gesehen werden, gesellschaftliche Diskurse im Modus der Deliberation zu gewährleisten. Dies betrifft einerseits die Beschaffung und Bewertung von Informationen durch die Individuen und andererseits die aktive Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen, die somit nur den Charakter der scheinbaren Partizipationskraft vermittelt. Verstärkt wird diese Diskrepanz durch die digitalen und vernetzten Architekturen, denen der

⁹³Die Diskussion des Vernunftbegriffs verweist auf eine lange philosophische Tradition, die damit auch Fragen des Bewusstseins, dem Selbst und Wissensformationen im Horizont des Rationalismus berührt. So ist es naheliegend, dass sich diese Diskussion ebenso im erziehungswissenschaftlichen Feld zu einem eigenständigen Diskurs entwickelt hat (vgl. hierzu auch Koller 2007; Meyer-Drawe 1989; Vogel 1989). Ich beziehe mich hierbei vor allem auf die Vernunftkritik bei Lyotard (1989) und sein Konzept der „Paralogie“, in dem er das bewusste Übertreten von Diskursregeln, mit dem Interesse daraus neue Erkenntnisse, Einsichten und Aussagen zu gewinnen, formuliert und dieser Intention nicht nur eine dekonstruierende, sondern vor allem kreative Leistung im Sinne des Sprachspiels zuschreibt.

Pluralismus bereits strukturimmanent ist. Die Frage des öffentlichen Vernunftgebrauchs, die Habermas im Kontext der Massenmedien ausgearbeitet hat, kann somit ebenso auf das Netz ausgeweitet werden. Das individuelle Verhältnis von Selbst und Welt wird insofern ganz grundlegend durch andere strukturelle Parameter geprägt und unterliegt den Regeln der Medien. Damit verändern sich die Koordinaten der Wahrnehmung von Welt in einer besonderen Qualität, denn die Vermittlungsstruktur der Beratschlagung wandelt sich dadurch zu einer publizistischen Abbildung von Ideen, die eine Integration der privaten Meinungen nur bedingt zulässt. Ambivalent ist dies insofern, als dass die Medien hierbei trotzdem neue Erfahrungsräume bereitstellen. Damit wendet Habermas die einst grundlegende Kritik an der Kulturindustrie hin zu einem Möglichkeitsraum, geschaffen durch die Medialität, wodurch auch kulturelle Praktiken des eigenen Gestaltens und Umdeutens von nicht geringer Bedeutung sind.

5.7 Zwischenfazit

In diesem Kapitel ging es mir zunächst darum, die von Habermas dargelegte Öffentlichkeitskonzeption in ihrer Entstehung und Entwicklung nachzuzeichnen, um so mögliche Anschlusspunkte an die zuvor dargelegte bildungstheoretische Position zu schaffen. Die Anschlussfähigkeit kann dabei entlang der von Habermas entworfenen Begründungsstrukturen in Anlehnung an Hegel und Kant hinsichtlich der Subjektfrage hergestellt werden. Der öffentliche Vernunftgebrauch ist dabei ein zentrales Motiv, was sich durch alle Arbeiten von Habermas abzeichnet. Während die frühe Studie zum Strukturwandel der Öffentlichkeit schon Grundzüge davon erkennen lässt, werden diese in den späteren Arbeiten systematisch ausgebaut und im Rahmen der Sprach- und Handlungstheorie verortet und vor der zentralen Frage der Rationalität verhandelt. Eine diskursive Öffentlichkeit bildet hierfür den Nährboden und stellt zugleich einen notwendigen Faktor für das Gelingen einer demokratisch verfassten Gesellschaft dar.

Der von Habermas entworfene herrschaftsfreie Diskurs kann durch die ideale Sprechsituation beschrieben werden. Dabei stellt er ein kontrafaktisches Modell dar, was in erster Linie die normativen Kriterien hervorheben soll, um eine ideale Sprechsituation und letztlich die herrschaftsfreie Konsensfindung zu erzielen. Die Bezugspunkte einer rationalen Argumentation wurden entlang der vier Geltungsansprüche herausgestellt. Aufgrund des Universalanspruchs auf Kommunikation in gesellschaftlichen Prozessen stehen sie im Zusammenhang mit den normativen Vorannahmen, wie Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Freiheit im Zugang sowie der Partizipation am Diskurs. Da das Netz aus modellierten Architekturen besteht, könnte man nun die Frage stellen, wie man die normativen Kriterien implementieren kann, um sich diesem Ideal anzunähern.

Die Auseinandersetzung nach den deliberativen oder auch demokratisierenden Potenzialen des Netzes ist keineswegs neu, vielmehr kann sie als ständiger Begleiter der soziotechnologischen Entwicklung gefasst werden (vgl. Dahlgren 2005, 2013; Gimmler

2000; Rheingold 1993, 2003; Thiedeke 2010). Die stetige Aktualität ergibt sich aus der hohen Dynamik, die den technologischen Entwicklungsprozess auszeichnet. Die Frage danach ist also nicht neu, was jedoch neu ist, sind die Entwicklungen auf infrastruktureller Ebene, also auf der Ebene von Hard- und Software gleichermaßen. Die Konsequenz dieser Entwicklung ist eine hohe Ambivalenz.

Auf der einen Seite ist es heute grundlegend einfacher denn je, sich mit Code und Software selbst zu befassen, da die Materialien, Dokumentationen und Anwendungsbeispiele insbesondere durch Open-Source Software und Entwicklungsmöglichkeiten bereitgestellt werden. Auch die Entwicklung von Skriptsprachen für Webanwendungen ist mit der gesellschaftlichen Durchdringung des Netzes vorangetrieben worden. Auf der anderen Seite sind die digital vernetzten Systeme so komplex geworden, dass es nur noch schwer möglich ist, die etablierten Architekturen in ihrer gesamten Funktionsweise und Wirkmacht zu erfassen. Empfehlungs- und Ratgebersysteme sind in direkter Verbindung zur Interaktion der Akteure zu verorten. Auch die algorithmische Selektion und Filterung von Datenströmen haben direkten Einfluss auf die Nutzungserfahrung, selbst wenn hier die Grenzen der Bewusstwerdung schon stark verschwimmen können. Vom Hochfrequenzhandel⁹⁴ wird dabei weniger gesprochen, direkt betrifft er nur eine relativ geringe Anzahl von Akteuren, indirekt beeinflusst er die privatwirtschaftliche Situation radikal. Allen Beispielen ist die ökonomische Dimension gemein. Damit wirken sich die digitalen Architekturen auf die menschliche Wahrnehmung der Welt aus. Es sind dabei nicht ausschließlich Medien, sondern eben auch digitale Infrastrukturen, weshalb sich mein Fokus im weiteren Verlauf der Arbeit genau darauf richtet. Die von Habermas entworfene Konzeption von Öffentlichkeit bietet sich hierbei gleich in zweifacher Hinsicht an. Einerseits können mit digitalen Werkzeugen neue Öffentlichkeiten geschaffen werden und andererseits kann mit dem theoretischen Rahmen, die Habermas bereitstellt, gefragt werden, wie die strukturellen Steuerungsmechanismen von bestehenden Architekturen zu betrachten sind.

⁹⁴Beim Hochfrequenzhandel werden Transaktionen auf Basis von Algorithmen in Mikrosekundenbereich ausgeführt, die sich aufgrund ihrer hohen Geschwindigkeit durch einen enorm hohen Umsatz auszeichnen. Hierbei spielt die Infrastruktur des Netzes eine entscheidende Rolle, da es prinzipiell darum geht, Latenzzeiten zu minimieren. Daneben wäre die Frage nach der Autonomie solcher Systeme zu stellen, was schließlich die Forderung nach einer Regulierung mit sich bringt.

Teil III
Bildung und digital vernetzte
Öffentlichkeiten

6 Das Netz und Öffentlichkeit

In den vorangegangenen Abschnitten habe ich mich zunächst der bildungstheoretischen Perspektive und anschließend der öffentlichkeitstheoretischen Konzeption gewidmet. Bildung unter den Bedingungen der Medialität wird dabei als die Herstellung von Orientierung in komplexen Gesellschaftsstrukturen verstanden. Bildungstheoretisch handelt es sich also um komplexe Lernprozesse, die sich als Transformation der Selbst- und Weltverhältnisse bestimmen lassen. Vor dem Hintergrund des hier vorliegenden Erkenntnisinteresses geht es vor allem um die Frage nach den Bildungspotenzialen unter den Bedingungen der digitalen Medialität. Dies umfasst neben klassischen medialen Strukturen und bisherigen Ausprägungen in erster Linie den Umgang mit den digitalen Technologien, wie sie sich zwar nicht ausschließlich, jedoch maßgeblich an vernetzten Technologien in ganz unterschiedlicher Weise beschreiben lassen.

An dem von Habermas entworfenen Öffentlichkeitsbegriff konnten verschiedene Merkmale herausgearbeitet werden, die sich auf die jeweiligen Bereiche der Offenheit im Zugang, die Gleichberechtigung der Teilnehmenden am Diskurs und die Legimitationsfunktion der Öffentlichkeit beziehen. Erste Implikationen für das Verhältnis von Bildung und Öffentlichkeit konnten entlang des von Habermas entworfenen Modells der öffentlichen Sphäre in Verbindung zur gesellschaftstheoretischen Abhandlung zur Lebenswelt hergestellt werden.

Die von Habermas entwickelte Perspektive auf Öffentlichkeit basiert zunächst auf der historischen Analyse zur Entstehung einer bürgerlichen Öffentlichkeit, die von diskursivem Austausch und Beratschlagung gekennzeichnet und von emanzipatorischer Kraft geprägt ist. Dieser Entwicklung stehen die Mechanismen der Massenmedien gegenüber, die das Publikum in eine passiv rezipierende Rolle zurückdrängen und so zum Zerfall der bürgerlichen Öffentlichkeit beitragen. Dabei entwickelt Habermas normative Kriterien, die für eine idealtypische Öffentlichkeit beansprucht werden können. Sie zeichnen sich in der *Offenheit des Zugangs* zu allen Themen von allgemeiner Bedeutung für alle gesellschaftlichen Gruppen, der *Gleichberechtigung aller Diskursteilnehmenden* sowie dem Prinzip der *Diskursivität* aus.

In diesem Kapitel geht es nun darum, zu fragen, inwiefern die dargestellten Merkmale auf das Netz angewendet werden können, wo die Grenzen liegen und welche Implikationen sich hieraus für die Konzeption von Bildung ergeben. Es bieten sich nun verschiedene Optionen, wie man diese Kriterien auf das Internet beziehen kann. Dabei nimmt das Prinzip der Publizität eine entscheidende Rolle in der Herausbildung der

öffentlichen Meinung ein und bildet somit einen zentralen Anhaltspunkt, wenn es um die Legitimität der institutionalisierten Willen- und Entscheidungsfindung geht. Die öffentliche Meinung ist in verschiedenen Punkten von den Bedingungen der Öffentlichkeit abhängig und beeinflusst diese aktiv mit. Daher ist es für mich interessant, dieses Verhältnis vor dem Hintergrund der strukturellen Gegebenheiten des Netzes sowie der Subjektivierung mit in den Blick zu nehmen.

Da es mir ebenso um die Berücksichtigung von Code geht, werde ich die Verflechtungen auf zwei Ebenen herleiten, die zueinander in Beziehung stehen. Ich beziehe mich dabei sowohl auf die Ebene des Sozialen als auch auf jene der Technologie. Beide sind vor dem Hintergrund der digitalen Medialität nicht voneinander zu trennen, sie verweisen jedoch auf unterschiedliche Aspekte und Implikationen, die es hinsichtlich der wechselseitigen Verschränkung herauszuarbeiten gilt. Ich werde mich daher zunächst der Vernetzung und dem Prinzip des Netzwerks in einer solchen dualen Perspektive widmen und erst im Anschluss daran auf die zuvor herausgearbeiteten Merkmale eingehen und die Strukturen von Öffentlichkeit, angewendet auf das Internet unter Berücksichtigung von Bildungspotenzialen, untersuchen. Es geht mir bei dieser Diskussion zunächst darum, soziale Anschlusspraktiken an die digitalen Architekturen zu verdeutlichen und bildungstheoretisch zu betrachten.

6.1 Netzwerke und Vernetzung

Habermas hat Öffentlichkeit als ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Meinungen beschrieben und nicht zuletzt damit auf die verstreute Struktur gesellschaftlicher Verhältnisse abgezielt. Der Netzwerkbegriff lässt sich hier gleich in zweifacher Hinsicht als Grundlage für weitere Betrachtungen heranziehen. Einerseits dient der Netzwerkbegriff als abstraktes Beschreibungsmerkmal für gesellschaftliche Strukturen, wie es Castells (2000, 2003, 2009, 2012) herausgearbeitet hat. Den Bezug von Habermas zu Castells herzustellen, ist trotz der wissenschaftstheoretischen Differenz recht naheliegend, da hier der Zugang zu weiteren Überlegungen hinsichtlich der Netztechnologien aber auch der Beschreibung einer modernen Zivilgesellschaft entfaltet werden kann. Andererseits kann hier die Verbindung zum Netzwerk als technologisches Konzept hergestellt werden. Dies ist zunächst vielleicht nicht so naheliegend, da Habermas hier sehr klar auf das Soziale abzielt, jedoch bietet es sich für meine Betrachtung von Öffentlichkeit im Schnittfeld von Bildungstheorie und Netztechnologie zunächst an, um die Strukturmerkmale des Netzes selbst in den Blick zu nehmen. Um zu beschreiben, wie sich soziale Dynamiken im Internet herausbilden können und demzufolge auch Bildungsprozesse im Horizont digitaler Medialität ermöglicht werden, scheint mir die Perspektivsetzung auf die Struktur von gesteigerter Bedeutung, weshalb ich mich dem zweiten Aspekt, also der technologischen Konzeption, als erstes zuwenden werde.

6.1.1 Netzwerk als technologisches Konzept

Das Internet ist nicht mit dem World Wide Web gleichzusetzen, auch wenn die synonyme Begriffsverwendung nicht nur im alltäglichem Sprachgebrauch, sondern ebenso in der öffentlichen Diskussion anzutreffen ist. Dies lässt sich nach Schmitt darin begründen, „dass das Internet erst durch das Web als einfaches Nutzerinterface öffentlich Verbreitung fand und beide technisch eng zusammenhängen“ (Schmitt 2016, S. 38). Neben dem Web gibt es noch eine Vielzahl anderer Dienste, die auf der Infrastruktur des Netzes aufsetzen, so zum Beispiel die Übersetzung zwischen Domainnamen und IP-Adressen (DNS), E-Mail, Filesharing oder Videodienste.

Das Internet ist vom Prinzip her so konzipiert, dass Computer untereinander kommunizieren, um Daten in Form von gestückelten Paketen auszutauschen. Wie dies unter welchen Umständen genau geschieht, hängt vom jeweiligen Kontext, den verwendeten Protokollen und der Abstraktionsebene ab. Ein maßgebender Anhaltspunkt ist hierbei der Hinweis auf das OSI⁹⁵-Referenzmodell oder auch Schichtenmodell genannt. Es gliedert den gesamten Kommunikationsprozess im Netzwerk in sieben einzelne Schichten und dient als Referenz für die Entwicklung von Protokollfamilien (vgl. Meinel und Sack 2012, S. 42ff.). Die niedrigste Ebene ist die Bitübertragungsschicht, also die physische Ebene, die dem Transportsystem der Daten zugeordnet ist.⁹⁶ Die höchste Schicht ist jene der Anwendung. Sie ist, neben der Darstellungs- und Sitzungsschicht, dem Anwendungssystem zugeordnet. Die Schichten operieren unabhängig voneinander, das heißt, dass keine in die andere greift. Die logische Trennung zwischen den einzelnen Ebenen trage maßgeblich zum Erfolg und der Verbreitung des Internet bei (vgl. Schmitt 2016, S. 44).

Als ein weiteres grundlegendes Netzwerkprinzip lässt sich das „Routing“ hervorheben (ebd., S. 41). Hier werden Datenpakete in einem Netzwerk von einem Start- zum Zielknoten transportiert. Die Datenpakete selbst enthalten neben Kontrollinformationen und den Nutzdaten die Adresse des Ziels, aber nicht den exakten Weg dorthin. Hieran sind verschiedene grundlegende Strukturmerkmale geknüpft, die das Internet auszeichnen. Es ist einerseits der Prozess der *Paketvermittlung* (*packet switching*) und andererseits das *Ende-zu-Ende Prinzip* (*end-to-end*). Beide stehen im unmittelbaren Verhältnis zueinander, wirken sich auf das Design der Anwendungen aus und prägen die Architektur des Netzwerks.

Mit dem Ende-zu-Ende Prinzip wird auf ein Architekturmerkmal des Netzes hingedeutet, das sich in seiner konkreten Ausprägung und Umsetzung durchaus unterschiedlich zeigen kann. Das Prinzip geht auf die Arbeit von Baran (1964) zurück und wurde 1981

⁹⁵OSI steht für Open Systems Interconnection Model und ist ein Modell für Netzwerkprotokolle, das insbesondere den Zweck erfüllen soll, netzwerkübergreifende Kommunikation zu ermöglichen.

⁹⁶Daneben gehören die nächst höheren drei Schichten, also die Sicherheits-, Vermittlungs- und Transportschicht, dem Transportsystem an. Erst die darüber liegenden Ebenen sind auf das Anwendungssystem gerichtet (vgl. Meinel und Sack 2012, S. 42).

von Saltzer, Reed und Clark ausgearbeitet und in einer überarbeiteten Fassung 1984 veröffentlicht. Die grundlegende Idee dahinter ist, dass zwei Geräte miteinander direkt kommunizieren. Das Prinzip steht für die Modularität im Netzwerkdesign. Es erlaubt unterschiedlichen Akteuren unabhängig voneinander – und ohne Berücksichtigung von Hard- und Software – ihre Interessen zu verfolgen und die eigenen Anwendungen und Technologien zu implementieren, indem die wesentlichen Leistungsmerkmale an den Endknoten und nicht im Netzwerk selbst angesiedelt sind. Dies betrifft einerseits die Verschlüsselung von Daten, die Unterdrückung mehrfacher identischer Nachrichten sowie die Fehlerkorrektur bei der Datenübertragung und die Bestätigung einer erfolgreichen Übertragung (vgl. Saltzer, Reed und Clark 1984, S. 277). Die Autoren sprechen bei diesem Prinzip vor allem von einem Argument, da die Umsetzung keineswegs strikt vorgegeben wäre.

Barbara van Schewick (2010) macht in ihrer Analyse des von Saltzer, Reed und Clark 1984 vorgelegten Papers auf zwei unterschiedliche Auslegungen dieser Architektur aufmerksam. Neben einer engen Variante unterscheidet sie zudem eine weitgefaste Variante der Ende-zu-Ende Argumentation (vgl. van Schewick 2010, S. 57f.). Diese Unterscheidung ist für van Schewick ein wesentlicher Anhaltspunkt zur Differenzierung in der aktuellen Debatte um die Netzarchitektur, wie sie im Zuge von Regulierungsmaßnahmen im Politischen diskutiert wird. Während die enge Auslegung eher in der Informatik als technologische Beschreibung diskutiert wird, findet die weite Auslegung insbesondere in politischen Auseinandersetzungen Verwendung. Die enge Variante sieht vor, Ende-zu-Ende-Funktionen, zum Beispiel jene der Fehlerkorrektur, bereits in den niedrigen Schichten zu implementieren, was zwar redundant sei, jedoch die Leistung und Qualität des Netzwerks steigern würde (vgl. Saltzer, Reed und Clark 1984, S. 278f.). Während die enge Auslegung also auf eine Implementation von Funktionen in der Schicht (oder darüber) abzielt, in welcher ein Ereignis eintritt, sehe die weite Auslegung des Ende-zu-Ende Prinzips die Implementation anwendungsspezifisch auf höheren Ebenen des Endknotens vor und nicht im Kern des Netzwerks selbst (vgl. van Schewick 2010, S. 103).

Das Ende-zu-Ende Prinzip ist eines der zentralen Designmerkmale des Netzes. Es steht in beiden Auslegungen für die modulare und offene Implementation eigener Anwendungen, deren spezifische Funktionalitäten an den Endknoten angesiedelt sind. Damit erlaubt es eine hohe Bandbreite an Designentscheidungen bei der Implementation von Funktionen. Aufgrund der recht breiten Interpretationsmöglichkeiten bestehen bei der Implementation durchaus Varianzen, weshalb eine saubere Kapselung der Schichten keineswegs gewährleistet sein muss. Darüber hinaus dient die Ende-zu-Ende Argumentation der Fortführung einer kontroversen Diskussion über Designentscheidungen und Richtlinien in der Umsetzung (vgl. ebd., S. 104f.). Dieser Aspekt ist mit Blick auf die ökonomischen Tendenzen des Netzes sowie der Konvergenz von Inhalt und Struktur von erheblicher Bedeutung, wie ich im späteren Verlauf entlang der Debatte

um Netzneutralität aufzeigen werde (vgl. hierzu Abschnitt 7.3.1). Hier wird bereits ersichtlich, dass es sich mit diesem Prinzip um eine normative Designrichtlinie handelt, die sowohl Offenheit und damit Anschlussfähigkeit als auch Modularität und damit Freiheit in der technologischen Gestaltung ermöglichen soll.

Die Paketvermittlung ist die vorherrschende Kommunikationsmethode in digitalen Netzen, bei der die zu übermittelnden Daten in eine fest definierte Größe geteilt und unabhängig voneinander vom Absender zum Empfängerknoten transportiert werden. Bemerkenswert ist dabei zunächst, dass durch das Ende-zu-Ende Prinzip lediglich der Start- sowie der Zielknoten insofern miteinander kommunizieren, als dass sie über Informationen zueinander verfügen. Alle Zwischenknoten, die das Datenpaket passiert, fungieren lediglich als Weiterleitungen. Dieses Prinzip stellt die Gleichheit der Daten in einem größeren Netzwerk sicher, es ermöglicht somit den Durchfluss von Datenmengen, ohne einzelne Datenpakete zu priorisieren. Das heißt, dass prinzipiell weder der Absender noch der Empfänger und schon gar nicht die Zwischenknoten Einfluss auf die Qualität der Datenvermittlung nehmen können.⁹⁷ Das Netzwerk agiert also im Modus des Versendens den Inhalten gegenüber neutral (Schmitt 2016, S. 42). Die Identifikation eines Knotens im Netzwerk erfolgt dabei über die IP-Adresse (den Host). Damit ist ein wesentliches Grundprinzip des Internet beschrieben.

Weiterhin ist für die Paketvermittlung interessant, dass nicht automatisch der schnellste Weg zum Ziel genommen wird, also nicht zwangsläufig der Weg mit den wenigsten Kanten im Netzwerk, sondern die Pakete von einem Knoten zum nächst besten transportiert werden, bis das Ziel erreicht ist. Bei größeren Netzwerken oder Störungen im Netzwerk bietet es sich an, auf andere Knoten auszuweichen, die nicht so stark belastet sind, um das Gesamtnetzwerk zu entlasten.⁹⁸ Die *Intelligenz* liegt dabei den Endknoten inne, die das Netzwerk konstituieren, nicht bei den durchlaufenen Knoten im Netzwerk selbst.

Verantwortlich für diesen Prozess der Kommunikation im Netzwerk ist die TCP/IP-Protokollfamilie, die maßgeblich auf die Arbeiten von Robert E. Kahn und Vinton Cerf in den frühen 1970er Jahren zurückgeht. Die Herausforderung war es, die Kommunikation verschiedener Netzwerke miteinander zu ermöglichen. Das TCP (Transfer Control

⁹⁷Die Untersuchung der Datenpakete ist, wie auch Schmitt (2016) festhält, jedoch durchaus möglich. Sie wird Deep Packet Inspection genannt (vgl. ebd., S. 42). Dieser Aspekt wird hinsichtlich der Debatte zur Netzneutralität von zentraler Bedeutung, da hierdurch die Trennung von Struktur und Inhalt aufgehoben wird.

⁹⁸Je nach Protokoll und Auslastung gibt es unterschiedliche Dienstgütestufen, weshalb neben dem einfachen Dienst nach dem Best-Effort Prinzip zwischen einem differenzierten Dienst (differentiated/imperfect service) und garantierten Dienst (integrated/predicted service) unterschieden werden muss. Die Gewährleistung bestimmter Stufen der Dienstgüte steht dabei im engen Verhältnis zur Kapazität des Netzwerks (vgl. Meinel und Sack 2012, S. 512).

Protocol)⁹⁹ wurde dabei gemeinsam mit dem IP (Internet Protocol)¹⁰⁰ in „enger Zusammenarbeit US-amerikanischen und internationalen Netzwerkexperten entwickelt“ (Schmitt 2016, S. 212). Mit diesen Bestrebungen wurde eine Methode entworfen, um die Datenpakete sicher zu übertragen, ohne die Garantie zu haben, dass das Netzwerk selbst als beständig gilt. Das heißt, dass hier durchaus auch immer mit Verlust bei der Paketübertragung gerechnet wird.

Das Internet Protocol in der Version 4 stellt bis dato einen de facto Standard für die weltweite Kommunikation von Rechnern dar. Erst durch die TCP/IP-Protokollfamilie wird das Internet zu dem Netzwerk von Netzwerken, wie wir es heute kennen. Mit einer netzwerkübergreifenden Kommunikation können mehr Knoten aufgenommen, das Netzwerk gestärkt und Informationen vervielfältigt werden.

Erst kürzlich wurde die Neuentwicklung des Internet Protocol in der Version 6 (IPv6)¹⁰¹ eingeführt, das seit 1998 als standardisiertes Verfahren zur Übertragung von Daten in paketvermittelten Rechnernetzen gilt. Dies soll die gegenwärtig noch hauptsächlich genutzte Version 4 (IPv4) ersetzen, um den steigenden Bedarf an zu vergebenden Netzwerkadressen gerecht zu werden. In erster Linie lässt sich hier der Entwicklungstrend der vielfältigen internetfähigen Geräte im Horizont des Internet der Dinge beschreiben. Neben Computern als Rechnern sind es mehr und mehr andere alltäglich gebrauchte Geräte, wie der Fernseher, der Kühlschrank oder das Auto, die über einen Internetzugang verfügen. Die Version 6 stellt dabei streng genommen keine Weiterentwicklung dar, sondern basiert auf einer nicht abwärtskompatiblen Infrastruktur.

Damit sind einige technologische Aspekte von digitalen Netzwerken allgemein und dem Internet im Speziellen angesprochen. Das Internet, wie wir es heute kennen, ist das Produkt einer mehr als 40 Jahre langen Entwicklungsgeschichte. Das World Wide Web ist noch wesentlich jünger, doch in Anbetracht der Implikationen, die sich aus diesem technologischen Fortschritt für den privaten Bereich, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ergeben, ist damit eine äußerst komplexe Entwicklungsgeschichte verbunden. Die enge Verflechtung von Technologie und Sozialem ist bereits bei der Entstehungsgeschichte und Weiterentwicklung des Internet zu beobachten, schließlich war die Konzeption der Standards und Protokolle von gegenkulturellen Einflüssen und unterschiedlichen Interessenslagerungen bei der Realisierung von lokalen und globalen Netzwerkarchitekturen gekennzeichnet (ebd., S. 207f.). Mit Hilfe dieser Grundlage um die wesentlichen technologischen Prinzipien, die das Internet charakterisieren, kann nun nach weiteren sozialen Implikationen gefragt werden.

⁹⁹Siehe hierzu das Dokument der Funktionen von TCP vom Dezember 1974 <https://tools.ietf.org/html/rfc675> (Stand: 11.1.2017).

¹⁰⁰Siehe hierzu die Internet Protocol Spezifikation vom September 1981 <https://tools.ietf.org/html/rfc791> (Stand: 11.1.2017).

¹⁰¹Siehe hierzu die Internet Protocol Version 6 (IPv6) Spezifikation vom Dezember 1998 <https://www.ietf.org/rfc/rfc2460.txt> (Stand: 11.1.2017).

6.1.2 Vernetzung als Beschreibung des Sozialen bei Castells

Habermas hat die Vernetzung des Sozialen zwar in seinen Abhandlungen immer wieder hervorgehoben, jedoch bislang nicht konsequent unter den Bedingungen der digitalen Strukturen erarbeitet. Das Netz stellt für ihn eher eine Ausprägung im Gesamtkompositum der gesellschaftlichen Transformation dar. Im Gegensatz dazu bildet das Netz und das Prinzip der Vernetzung eine zentrale Rolle in der von Manuel Castells (2000, 2003) entwickelten Theorie. Das Netzwerk ist für ihn das paradigmatische Bild der Beschreibung des Sozialen. Es bietet sich daher ein Blick darauf an, inwiefern die von Castells entwickelte Theorie der Netzwerkgesellschaft anschlussfähig erscheint, um die von Habermas grundlegend beschriebenen Differenzierungsprozesse unter den Bedingungen des Netzes zu erfassen.

Informationstechnologien nehmen bei Castells (2000) einen zentralen Stellenwert ein, da sie in Verflechtung zu ökonomischen Entwicklungen zum gesellschaftlichen Transformationsprozess beitragen und damit die Selbstbeschreibungsoptionen der Zivilgesellschaft grundlegend berühren. Seine These des Umbruchs von einer Industriegesellschaft hin zur Informationsgesellschaft hat sich im Grunde parallel zu den Arbeiten von Habermas entwickelt. Castells bezieht ebenso wie Habermas ökonomische, soziale und politische Faktoren in seine Analyse mit ein und erhebt den Netzwerkbegriff als entscheidendes Strukturmerkmal seiner Studien. Seine Definition von Netzwerken hat sich in den verschiedenen Studien nicht wesentlich geändert, weshalb ich mich an dieser Stelle auf eine recht junge Bestimmung des Netzwerkbegriffs beziehe, die Castells (2009) in seinem Band „Communication Power“ dargelegt hat:

„A network is a set of interconnected nodes. Nodes may be of varying relevance to the network, and so particularly important nodes are called ‚centers‘ in some versions of network theory. [...] Nodes increase their importance for the network by absorbing more relevant information, and processing it more efficiently. The relative importance of a node does not stem from its specific features but from its ability to contribute to the network’s effectiveness in achieving its goals, as defined by the values and interests programmed into the networks.“ (ebd., S. 19)

Netzwerke sind hier als dynamische Konstrukte zu verstehen, die sich entlang ihrer Knoten entfalten, verändern und damit immer wieder neu anordnen können. Der Aspekt der Rekonfiguration eines Netzwerks ist dabei ein zentrales Element:

„However, all nodes of a network are necessary for the network’s performance, although networks allow for some redundancy as a safeguard for their proper functioning. When nodes become unnecessary for the fulfillment of the networks’ goals, networks tend to reconfigure themselves, deleting some nodes, and adding new ones. Nodes only exist and function as components of networks. The network is the unit, not the node.“ (ebd.)

Der hier dargelegte Begriff des Netzwerks scheint trotz seiner abstrakten Konzeption recht nah an einer mathematisch-technologischen Definition. Dennoch ist er nicht mit einem konkreten Netzwerk gleichzusetzen. Dies zu leisten ist auch gar nicht die Intention des zu Grunde liegenden Begriffs, da es im Wesentlichen um die gesellschaftlichen Transformationsprozesse geht. Die notwendige Abstraktion ergibt sich aus dem Zusammenspiel von Politik, Ökonomie und Gesellschaft. Für Castells geht es dabei in verschiedenen Arbeiten um die dialektische Betrachtung von technologischem Fortschritt und den sozialen Konsequenzen, weshalb gerade das Thema der digitalen Ungleichheit sowie sozialer Exklusionsmechanismen gegenüber technologischer Innovationskraft ein sich durch verschiedene Arbeiten durchziehendes Muster ist.

Für den von Castells entwickelten Netzwerkbegriff ist es interessant, dass soziale Exklusion dabei nicht als Zustand, sondern kontinuierlicher Prozess zu verstehen ist (vgl. Castells 2000, S. 101ff.). Dies ist mit Blick auf die zuvor beschriebene Logik des Netzwerks von besonderer Bedeutung, denn entweder ist ein Knoten Teil des Netzwerks oder nicht. Die Strukturveränderung wird dabei vor dem Hintergrund der Globalisierung und im Kontext New Economy beschrieben und explizit an einer globalen Perspektive zur digitalen Ungleichheit entfaltet (vgl. ebd., S. 134f.).

Ich halte die Hinwendung zur Ungleichheitsforschung aus zwei Gründen für hilfreich. *Einerseits* kann hier auf strukturelle Ausprägungen verschiedener Aspekte der digitalen Ungleichheit aufmerksam gemacht werden, die sich entlang inhaltlicher Betrachtungsweisen wohl dem Fokus entziehen würden, da das Internet einer hohen Dynamik hinsichtlich soziotechnologischer Entwicklungen unterliegt, und sich Themen sowie soziale Praktiken mit dem jeweiligen Entwicklungsprozess verändern können. *Andererseits* lässt sich mit der Frage nach digitalen Ungleichheiten eine Gegenfolie zu den von Habermas (1990, 1992a) entwickelten normativen Vorannahmen zum Gelingen von Öffentlichkeit in einer demokratisch verfassten Gesellschaft herstellen, die über einen bloßen Realitätsabgleich einzelner Erscheinungsformen hinausgeht.

Ich werde mich daher in den nachfolgenden Abschnitten einer solchen Negativfolie bedienen und so die Abbildung auf die Netzstrukturen schaffen. Es ist mir dabei wichtig zu erwähnen, dass die Fokussierung auf Ausprägungen digitaler Ungleichheit zunächst losgelöst von den bildungstheoretischen Begründungen stattfindet und es sich dadurch um keine per se defizitäre Entwicklungslogik handelt. Schließlich ist es keine neue These, dass bisher jeder gesellschaftliche Transformationsprozess Gewinner und Verlierer hervorgebracht hat. Die Durchdringung von vernetzten Technologien und digitalen Architekturen in den lebensweltlichen Alltag, wie wir sie im Begriff der Digitalisierung und maßgeblich verkörpert durch das Internet vorfinden, ist da keine Ausnahme. Vor dem Hintergrund der hier vorliegenden Fragestellung gilt es also nicht zu bestätigen, dass eine moderne Gesellschaft auf komplexe Informationstechnologien angewiesen ist, sondern zu klären, wie sie sich mit dem technologischen Fortschritt selbst beschreibt und welche Herausforderungen dem Individuum dabei zukommen.

An dieser Stelle möchte ich auf einen weiteren Aspekt hindeuten, der sich im Zuge des gesellschaftlichen Wandels entlang von Code im sprichwörtlichen Sinne der Raumarchitektur festmachen lässt. Für Castells (2000) ist die infrastrukturelle Ebene die Basis des kommunikativen Netzwerks. Was in der Industriegesellschaft die Eisenbahnlinien waren, sind nun die elektronischen Kommunikationsmedien. Daraus ergibt sich für die Struktur der Netzwerke eine ganz grundlegend räumliche Konfiguration:

„[...] the network of communication is the fundamental spatial configuration: places do not disappear, but their logic and their meaning become absorbed in the network. The technological infrastructure that builds up the network defines the new space, very much like railways defined ‚economic regions‘ and ‚national markets‘ in the industrial economy; or the boundary-specific, institutional rules of citizenry (and their technologically advanced armies) defined ‚cities‘ in the merchant origins of capitalism and democracy. This technological infrastructure is itself the expression of the network of flows whose architecture and content is determined by the powers that be in our world.“ (Castells 2009, S. 412)

Mit dem gerade zuvor diskutierten Begriff des Netzwerks erwächst aus dieser Raumkonfiguration eine besondere Qualität, denn der Raumbegriff ist hier über die Dynamik des Netzwerks definiert. Ein Netzwerk konstituiert sich in diesem Sinne über die Bewegungen der Knoten mit ihren jeweiligen Interessen, Zielen und Funktionen. Somit ist der Raum streng genommen kein fixer und territorialer, sondern ein durch stetige Transformation ausgezeichnetes Zusammenspiel sozialer Ordnungen. Für mich ist dabei entscheidend, dass die hier dargestellte relationale Raumkonfiguration als konstitutives Merkmal eines Netzwerks verstanden werden kann. Erst durch die Herstellung der dynamischen Transformation entsteht ein solches Kommunikationsnetzwerk.

Dieses Prinzip der losen Vernetzung und damit der gezielten Bündelung von individuellen Interessen zu einem bestimmten Anlass oder Zweck lässt sich besonders gut anhand des GuttenPlag¹⁰² Wikis verdeutlichen. Dabei handelt es sich um ein 2011 gegründetes kollaboratives Projekt mit der Zielsetzung der öffentlichen Dokumentation von Plagiatsstellen in der Dissertation des damaligen Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg. Es ist ein kollaboratives Projekt, das sich sowohl in der kulturellen als auch der politischen Sphäre bewegt und somit das Wechselverhältnis beider Bereiche betont. Reimer und Ruppert (2013) haben in ihrer Studie zu GuttenPlag Wiki darauf hingewiesen, wie Netzaktivisten die Aufgabe von professionellen Journalisten in der „Recherche, Einordnung und Darstellung“ übernommen haben und so zur Herstellung von Öffentlichkeit innerhalb kürzester Zeit beigetragen haben (vgl. ebd., S. 303f.).

¹⁰²Siehe http://de.guttenplag.wikia.com/wiki/GuttenPlag_Wiki (Stand: 16.1.2017).

Die Kraft des Netzwerks und der losen Bündelung individueller Produktivkräfte führt zur Sichtbarkeitssteigerung und verschafft dem Thema Öffentlichkeit. Gleichmaßen kann darüber politischer Druck gegenüber politischen Akteuren ausgeübt werden, wie es bei zu Guttenberg deutlich wurde, der schließlich aufgrund der „Plagiatsaffäre“ seinen Rücktritt von seinen Ämtern am 1. März 2011 verkündete. Die Arbeit der Mitwirkenden von GuttenPlag Wiki hatte hieran einen erheblichen Anteil, denn ebenfalls die zur Prüfung eingesetzte Kommission „Selbstkontrolle in der Wissenschaft“ der Universität Bayreuth bezieht sich auf das Wiki.¹⁰³

Das Prinzip der Vernetzung und Synchronisierung unterschiedlicher Interessen innerhalb eines Kommunikationsraums lässt sich grundlegend zwar auf nahezu alle kollaborativen Projekte beziehen, zeigt sich hier jedoch in einer besonderen Qualität, da die Netzaktivisten einen direkten Einfluss auf politische Prozesse ausgeübt haben. Zudem wurde das Beispiel verstärkt von den klassischen Massenmedien aufgegriffen, was gleichzeitig zu einer Sichtbarkeitssteigerung geführt hat (vgl. Reimer und Ruppert 2013, S. 312). Die Akteure, die sich an diesem Projekt beteiligten, verkörpern das sich emanzipierende Publikum in einer Qualität, die ohne das Netz wohl nicht möglich gewesen wäre. Ihnen ist es mit diesem Projekt gelungen, eine prüfende Instanz zu schaffen und so über kollaborative Prozesse der Recherche und Dokumentation politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Die vernetzte Kommunikation und selbstorganisierten Kollaborationsprozesse können demnach als „Keimzellen politischer Praktiken gewertet werden, da sie eine massenmedial kompatible, hierarchisch strukturierte politische Öffentlichkeit aufbrechen“ (Wimmer 2014, S. 51). Durch das Internet können somit nicht nur neue Formen des Protests und damit auch Gegenöffentlichkeiten hervorgebracht werden. Es bietet ganz grundlegend vielfältige kulturelle, soziale aber auch politische Möglichkeiten zur Konsolidierung von Interessensgruppierungen, die innerhalb des politischen Systems nicht möglich wären.

Ich habe dieses Beispiel gewählt, da es nicht nur für die Herstellung von Öffentlichkeit relevant ist, sondern auch hinsichtlich der Reflexivitätslagerung innerhalb der kollaborativen Arbeit einige Bedeutung gewinnt. Schließlich beruht der Umgang „mit Wissen in einem Wiki auf Prozessen gesteigerter Reflexivität“, da es zum „Gegenstand und zum Resultat von Interaktionsprozessen“ wird (Iske und Marotzki 2010, S. 146). Die Interpretation der Daten findet in verschiedenartigen Formen entlang der Sammlung und Gegenüberstellung von Belegen statt. Das Wiki ist damit nicht nur eine Interaktionsplattform, sondern es wird selbst zum Bestandteil der sozialen Aushandlungen, indem die Beiträge, Fundstellen und Interpretationen im Rahmen der Aushandlung erstellt, verändert und gedeutet werden. Es wird somit zu einem von der Artikulation der Teilnehmenden untrennbaren Bestandteil, der in seiner Formgebung die Dynamik

¹⁰³ Über den Dienst <https://archive.org> ist der Bericht der Kommission vom 5. Mai 2011 noch abrufbar: https://web.archive.org/web/20110728033454/http://www.uni-bayreuth.de/presse/info/2011/Bericht_der_Kommission_m__Anlagen_10_5_2011_.pdf (Stand: 16.1.2017).

des Projektes strukturiert. Es wäre also zu kurz gegriffen, würde man das Wiki hier lediglich als ein Werkzeug zur Analyse und Recherche sehen. Vielmehr ist es in die sozialen Praktiken eingebettet und entfaltet erst dadurch eine subjektkonstituierende Wirkmacht, indem es gewisse normative Anforderungen an die beteiligten Akteure stellt und somit Arbeitsabläufe strukturiert, aber auch Handlungsvollzüge erst hervorbringt. Für die Beschreibung des Sozialen ist dies ein zentrales Merkmal, da aus der Interaktion heraus neue Formen der Subjektivierung ermöglicht werden.

Darüber hinaus ist GuttenPlag Wiki ein geeignetes Beispiel für die Überschneidung kultureller und politischer Öffentlichkeiten. Im Grunde lässt sich hieran die Idee des von Habermas beschriebenen rasonierten Publikums in spezifischer Erscheinung verdeutlichen. Es handelt sich um ein aktives Publikum, das durch die Dokumentation und Recherche die legitimierende Macht entfaltet und unter dem Vorzeichen der demokratischen Meinungsbildung zur Urteilsfindung gelangt. In diesem Prozess zählt lediglich der Zwang des besseren Arguments. Das Argument ist dabei die Validierung oder eben die Falsifizierung eines Plagiatsverdachts. Die Verdachtsmomente werden entlang von Interpretationsversuchen untereinander abgewogen und ins Verhältnis zueinander gesetzt. Dabei werden verschiedene Plagiatsarten definiert, die als Muster dienen. Dazu ist es nicht unwesentlich zu erwähnen, dass die Beteiligung ebenso anonym erfolgen kann und die Anonymität beziehungsweise die Pseudonymität in diesem Projekt eine gesteigerte Rolle spielt. Damit treten die Akteure in den Hintergrund, während der Gegenstand, die Prüfung der Dissertationsschrift, zum Mittelpunkt erhoben wird. Konsens wird dabei nicht über die inhaltliche Diskussion einzelner Plagiatsstellen definiert, sondern über die gemeinsame Tätigkeit am Projekt.

Nach Reimer und Ruppert (2013) könne darüber hinaus ein neuartiges Zusammenspiel zwischen Akteuren im Social Web und den traditionellen Massenmedien beobachtet werden, bei denen sich beide Parteien nicht nur als Konkurrenten bei der Herstellung von Öffentlichkeit begreifen lassen, sondern sich ebenso ergänzen und wechselseitig voneinander profitieren (ebd., S. 325). Damit ist das Beispiel ein Signum dafür, dass die Herstellung von Öffentlichkeit kein Privileg des professionellen Journalismus als Gatekeeper ist. Die Möglichkeiten der Vernetzung können, wie hier gezeigt, massenmediale und fest institutionalisierte Strukturen berühren und somit verschiedenen Themen zu Sichtbarkeit verhelfen. Diese Sichtbarkeit wird sodann von den Massenmedien über die Berichterstattung zumindest temporär verstärkt.

Ausgehend von diesem Projekt haben sich weitere Formate im Netz entwickelt, so zum Beispiel das VroniPlag Wiki, das sich mit der Durchsicht von unterschiedlichen Hochschulschriften befasst, bei denen der Verdacht auf ein Plagiat besteht und anlässlich der Untersuchung der von Veronica Saß vorgelegten Dissertationsschrift gegründet wurde. Seit der Gründung dieses Wikis wurden bis Anfang Februar 2017 182 Dissertationsschriften erfasst und zumindest teilweise untersucht. Es gibt dabei keine gemeinschaftlichen Forderungen und die Motivationen und Ziele der Beitragen-

den sind höchst unterschiedlich. Auf den Seiten zu allgemeinen Fragen wird darauf hingewiesen, dass viele Mitwirkende sich bei der Teilnahme an der Dokumentation gegen akademisches und wissenschaftliches Fehlverhalten richten würden.¹⁰⁴

Mit diesem Beispiel lässt sich die von Castells beschriebene Logik des Netzwerks in ihrer funktionalen Beschaffenheit erklären. Es entstehen Knoten, wenn sie gebraucht werden oder sie einen Zweck erfüllen. Sie bilden dann ein emergentes Kommunikationsnetzwerk und lösen sich wieder auf, sobald sie keine Funktion mehr erfüllen. Es würde an dieser Stelle zu weit gehen, die soziologische Perspektive Castells in ihrer ganzen Komplexität einzuholen, dies ist für die vorliegende Arbeit auch nicht der zentrale Aspekt. Mir dient die Darstellung der Netzwerkmetapher hier als grundlegende Abbildungsmöglichkeit, um das Wechselverhältnis von Technologie und Sozialem zu beschreiben. Castells entfaltet somit einen abstrakten Netzwerkbegriff, der nicht unmittelbar auf das Internet zu beziehen ist, da er verschiedene Organisationsformen und Phänomene in sich vereint. In seinen abstrahierten Strukturmerkmalen jedoch die Ausprägungsformen der kulturellen Praktiken des Netzes analytisch erfassbar macht.

Wie diese Phänomene analytisch gefasst werden können, lässt sich entlang der Kommunikationsprinzipien des Netzes beschreiben, die sich grundlegend von denen der Massenmedien unterscheiden. Dem von Habermas diagnostizierten Zerfall der bürgerlichen Öffentlichkeit durch die Massenmedien liegt der strukturelle Aspekt zu Grunde, dass massenmediale Kommunikation auf einem klassischen Sender-Empfänger-Modell ohne direkte Rückkopplungskanäle beruht. Das klassische Sender-Empfänger-Modell wird im Internet jedoch strukturell abgelöst, jeder Empfänger ist zugleich ein potenzieller Sender. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf die Publizität im Netz. Gerade niederschwellige Angebote zur audiovisuellen Artikulation können wahrgenommen werden, um sich in unterschiedlichen sozialen Domänen auf ganz verschiedene Weise mitzuteilen und in den Austausch zu treten. Castells (2009) spricht in diesem Zusammenhang von einer Kommunikation, die sich einerseits auf die Masse bezieht und andererseits das Selbst, also die Selbstreferentialität, in den Blick nimmt. Er nennt dieses Prinzip *mass self-communication*:

„It is mass communication because it can potentially reach a global audience, as in the posting of a video on YouTube, a blog with RSS links to a number of web sources, or a message to a massive e-mail list. At the same time, it is self-communication the production of the message is self-generated, the definition of the potential receiver(s) is self-directed and the retrieval of specific messages or content from the World Wide Web and electronic communication is self-selected.“ (ebd., S. 61)

Mit der Massenkommunikation wird das möglich, was Kant hinsichtlich der Publizität noch als Idee formulierte, indem er die Möglichkeit beschrieb, sich einer weltweiten

¹⁰⁴Siehe http://de.vroniplag.wikia.com/wiki/VroniPlag_Wiki:FAQ (Stand 16.1.2017).

Leserschaft zu widmen. Da dies jeder selbst mit eigenen Werkzeugen und Mitteln realisieren kann, wird eine Handlungsautonomie des Individuums hervorgebracht. Die Ambivalenz ergibt sich jedoch aus der selektiven Informationsverarbeitung. Es ist längst nicht jedem möglich, alle publizierten Themen, Informationen und Daten zu lesen. Zwar bezieht sich Castells damit auf die grundlegend offenen Strukturen des Netzes, er erkennt jedoch auch die Problematik an, die sich in Gestalt der individuellen Informationsbewertung und -verarbeitung widerspiegelt. Diese ist ganz natürlich begrenzt und wird durch Algorithmen maßgeblich beeinflusst und strukturiert. Ich werde mich dem Prinzip der Publizität unter den Bedingungen der digitalen Medialität im späteren Verlauf noch genauer widmen (vgl. Abschnitt 6.4). Zunächst bietet es sich jedoch an, den Verweis zu digitalen sozialen Netzwerken herzustellen.

6.1.3 Soziale Netzwerke als Praktiken der Deliberation

Das Konzept der von Castells beschriebenen *mass self-communication* lässt sich zwar auch auf die frühen Formen der computervermittelten Kommunikation, wie E-Mail oder Newsgroups, beziehen, es wird jedoch besonders im Kontext des Social Web und der Herausbildung von digitalen Sozialen Netzwerken interessant. Diese können unter Berücksichtigung der zuvor dargestellten Bezugspunkte nicht nur als Gegenstände und Räume sozialer Aushandlung gesehen werden, sondern sind aufgrund der engen sozio-technologischen Wechselverhältnisse auch als Praktiken aufzufassen, aus denen erst Bedeutungszuweisungen und somit Formen der Subjektivierung hervorgehen.

Die Sozialen Netzwerke zeichnen sich in der Regel durch eine hohe Anschlussfähigkeit und niederschwellige Partizipationsmöglichkeiten aus. Wenn ich hierbei von digitalen Sozialen Netzwerken spreche, dann meine ich grundlegend Plattformen, wie beispielsweise Facebook, die boyd und Ellison 2007¹⁰⁵ als Social Network Sites (SNS) charakterisiert haben:

„We define social network sites as web-based services that allow individuals to (1) construct a public or semi-public profile within a bounded system, (2) articulate a list of other users with whom they share a connection, and (3) view and traverse their list of connections and those made by others within the system. The nature and nomenclature of these connections may vary from site to site.“ (ebd., S. 211)

Wenn eine Plattform nun über diese drei Merkmale verfügt, kann sie in der hier dargestellten Abgrenzung als Social Network Sites (SNS) aufgefasst werden. Schon das erste Charakteristikum lässt eine weiterführende Betrachtung entlang des Öffentlichkeitstopos zu, denn hier gilt es weiter zu fragen, was denn mit einem semi-öffentlichen Profil gemeint ist. Dass es sich dabei um eine diffuse Grenzziehung handelt, wird dann

¹⁰⁵Der Name wird bewusst klein geschrieben (siehe hierzu <http://www.danah.org/name.html> (Stand: 16.03.2016)).

klar, wenn die graduelle Abstufung der Sichtbarkeit des eigenen Profils immer feiner wird. Zwar ist das Öffentliche nicht ohne das Private zu denken, dennoch möchte ich mich zunächst auf den Aspekt des Öffentlichen im Sinne eines offenen Netzwerks konzentrieren und die Strukturmerkmale diesbezüglich betrachten. Die beiden weiteren Definitionskriterien zielen in erster Linie auf das Beziehungsmanagement ab. Das heißt, dass unter einem solchen Begriffsverständnis nicht nur informelle, sondern auch formale Kontexte gefasst werden können, da über die Qualität der Verbindungen zunächst keine Aussage getroffen wird. Ebenso verhält es sich mit der Verbindungsstruktur, weshalb hierunter sowohl bidirektionale Verbindungen als auch unidirektionale Verbindungen gefasst werden können.

Darüber hinaus sind Soziale Netzwerke Räume, in denen alltagskreative Selbstentwürfe und -inszenierungen stattfinden. Geprägt von „Kommunikationen, Interaktionen, Aushandlungsprozessen, von kulturellen und subkulturellen Inszenierungen [...]“ (Jörissen und Marotzki 2014, S. 327) stellen sie grundlegend deliberative Räume dar. Je nach Plattform oder Angebot unterliegen diese sozialen Aushandlungsprozesse bestimmten strukturellen Ausprägungen. Die Form der Kommunikation auf YouTube, durch Videos und textbasierte Kommentare, weist andere Strukturmerkmale auf als beispielsweise die Kommunikation über den Microblogging-Dienst Twitter, bei dem eine Statusmeldung grundlegend auf 140 Zeichen beschränkt ist. Dies hat dementsprechend auch Auswirkungen auf die Beschaffenheit von Diskursen in ihrer Herausbildung, dem Verlauf sowie der Beständigkeit. Es findet also bereits aufgrund der Struktur der Plattform ein Prozess der sozialen Ausdifferenzierung statt.

Für die Herausbildung einer digitalen öffentlichen Sphäre sind dies wertvolle Indikatoren, denen man auf technologischer Ebene versucht entgegenzuwirken. So zielen SNS schon durch die strukturelle Implementation von Ausstattungsmerkmalen auf die Bestätigung der Anderen ab. Es wird also durch die Implementation von Funktionalitäten auf die Herstellung von Konsens abgezielt. Dies lässt sich beispielsweise durch die Darstellung von Bestätigung durch die Kennzeichnung von Likes auf Facebook, dem Verteilen von Herzen auf Instagram und Twitter zu einzelnen medialen Artikulationen aufzeigen. Die Implementation affirmativer Rückkopplungskanäle ist jedoch maßgeblich bei kommerziellen Angeboten ausgeprägt, weshalb hier keine Generalisierung möglich ist, da dies keineswegs andere Schauplätze, wie Blogs, Foren, Mailinglisten, Chats oder digitale Spielwelten, einschließt. Bemerkenswert sind die Implementationen der Affirmation jedoch allemal, da sie sich zumindest indirekt auf die Diskursqualität auswirken, indem sie die phatische Kommunikation strukturell verstärken.

Röll (2014) hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass SNS auf unterschiedlichen Ebenen die Architektur der traditionellen Konzeption von Öffentlichkeit beeinflussen (vgl. ebd., S. 266). Er nennt hier die vier Merkmale Beständigkeit, Suchbarkeit, Wie-

derherstellbarkeit und schließlich ein unsichtbares Publikum.¹⁰⁶ Beständigkeit ergebe sich daraus, dass die Kommunikation in Netzwerken aufgezeichnet werde, was zugleich eine asynchrone Kommunikation ermögliche. Seine Folgerung lautet, dass damit die Existenz der Information gesichert sei. Als weiteren Punkt entfaltet er den Aspekt der Suchbarkeit, indem er festhält, dass „die digitale Identität von Autoren“ innerhalb kürzester Zeit festzustellen sei (ebd.). Mit der Wiederherstellbarkeit zielt er im Grunde auf die Reproduzierbarkeit des Digitalen ab, so könne man schließlich „identische Kopien von Äußerungen“ herstellen (ebd.). Die letzte Ebene ist die des unsichtbaren Publikums. So könne nicht festgestellt werden, wer alles Zeuge einer Äußerung sei. Mit diesen Strukturmerkmalen wird das klassische Verständnis von Öffentlichkeit konfrontiert. Dabei lässt sich aus den dargestellten Merkmalen eine hohe Ambivalenz ableiten, wenn man in Betracht zieht, dass sich soziale Räume in verschiedenen Kontexten herausbilden und dann wieder zerfallen können.

Die Beständigkeit der Daten ist letztlich auch von der Struktur der digitalen Architektur abhängig. Werden Themen, Gruppen, Profile oder andere Daten und Inhalte von Akteuren gelöscht, sind sie nicht mehr ohne Weiteres zugänglich. Zwar können sie zum Zeitpunkt der Veröffentlichung von anderen Personen im Beziehungsnetzwerk oder Publikum kopiert und somit gesichert werden, jedoch liegt die Qualität der Daten damit nicht allein in der Beständigkeit, sondern vielmehr in der Varianz, da sie auch einer gewissen Flüchtigkeit unterliegen. Ein Beispiel hierfür beschreibt boyd (2014) in ihrer qualitativ-empirischen Studie mit Heranwachsenden:

„In DC, I met an African American seventeen-year-old named Shamika who found that her peers loved to use old status updates and point to them in a new context in order to ‚start drama‘. She found this infuriating because the posts that she wrote a month earlier were never intended as fodder for current arguments. To deal with this, Shamika took radical measures to delete content from the past. Each day, when she logged into Facebook, she’d read comments she received and then delete them. She’d scan through the comments she’d left on friends’ updates and photos and delete those. She systematically cleansed her Facebook presence in a practice known as ‚whitewalling‘ in which she made certain that the front of her Facebook page—originally called the ‚wall‘—was blank, revealing the background color of white.“ (ebd., S. 64)

Der hier dargestellte Umgang mit den Daten verweist genau auf jene Ambivalenz, die sich aus Beständigkeit und Flüchtigkeit ergibt. Alternative Kommunikationsarchitekturen zu nutzen oder eine andere Infrastruktur selbst aufzubauen, stehen gar nicht zur Debatte. Dieser Aspekt ist insofern interessant, als dass Facebook in diesem Fall uneingeschränkt als Bestandteil des Sozialen akzeptiert wird und eher ein Weg gesucht

¹⁰⁶ Auch boyd (2014) stellt vier recht ähnliche Merkmale heraus, die sich im Zuge vernetzter Öffentlichkeiten ableiten lassen. Es handelt sich dabei um Persistenz, Sichtbarkeit, Teilbarkeit und Suchbarkeit von Daten und Informationen (vgl. ebd., 11f.).

wird, um diese bestehende Struktur zu verändern, als von ihr abzuweichen. Zugleich wird damit auf ein Wechselverhältnis von sozialen und technologischen Einflussfaktoren hingewiesen:

„When I remarked to Shamika that anyone could copy and paste that content and bring it back at a later date, she nodded knowingly before telling me that doing so would be ‚creepy‘. In other words, by using technology to signal what was expected, she shifted the burden from being a matter of technological access to being about a violation of social norms.“ (boyd 2014)

Hieraus lässt sich im Detail eine Diskrepanz zwischen technisch möglichen Praktiken und sozialer Erwünschtheit beschreiben. Zwar ist es technisch möglich, die Daten der anderen Akteure zu kopieren, jedoch ist dies in dem hier beschriebenen Beispiel keineswegs als selbstverständliche Handlung im Sozialen zu begreifen, wie die Bemerkung auf die Nachfrage nahelegt. Die technologische Machbarkeit steht damit hinter den sozialen Normen, jedoch lässt dies die Frage danach zu, ob die in der Öffentlichkeit artikulierten Beiträge tatsächlich ein Bewusstsein für das Öffentliche mit sich bringen, schließlich scheint aufgrund der digitalen Architekturen die Wahrnehmung über das Vorhandensein von Öffentlichkeit beeinflusst zu werden. Die Aushandlung dieser sozialen Normen zum Umgang mit den digitalen Daten erfolgt zunächst jedoch nicht explizit, sondern vollzieht sich eher implizit entlang der Eingriffe und Änderungen der jeweiligen Interaktionsteilnehmenden. Ich werde diesem Aspekt daher in späteren Ausführungen genauere Aufmerksamkeit schenken (vgl. hierzu Abschnitt 6.3 und Kapitel 7).

An dieser Stelle soll mir zunächst der Hinweis darauf genügen, dass soziale Normen und Werte ebenso über das Digitale reproduziert werden, die gerade in eher losen Beziehungsnetzwerken zu unterschiedlichen kontextuellen Grenzziehungen führen können und somit zur Thematisierung der Werte und Normen auffordern. Die Aushandlung von Normen steht dabei immer in Abhängigkeit zu den technologischen Rahmenbedingungen. Demzufolge können die digital vernetzten Räume, trotz ihrer unterschiedlich stark ausgeprägten agonistischen Gehalte, schließlich auch als Orte der Deliberation aufgefasst werden. Diese Räume sind jedoch keineswegs als *gesetzt* zu verstehen, sondern befinden sich aufgrund der zuvor dargestellten Prozesse einerseits auf sozialer und andererseits auf technologischer Ebene immer im Wandel.

Lessig (2010) macht zudem darauf aufmerksam, dass sich der Code als umfassende Konfiguration von Hard- und Softwaresystemen selbst ständig im Wandel befindet, weshalb besonders eine administrative Regulierung im Umgang mit Daten und einer institutionellen Normenfindung in verschiedener Hinsicht schwierig sei. Digitale Plattformen entwickeln neue Möglichkeiten der Artikulation und Interaktion und verändern bestehende Gegebenheiten. Ein Beispiel hierfür ist die Tendenz zur Live-Berichterstattung über das Smartphone. Die Daten sind hier keineswegs persistent,

sondern vielmehr von Flüchtigkeit gekennzeichnet, was eine Herausforderung für die staatliche Regulierung dieser Datenaufkommen mit sich bringt. Regulatorische Eingriffe sind im Kern zwar über die Plattformen möglich, da diese meist an Unternehmen gebunden sind und so einer nationalen Gerichtsbarkeit unterliegen, praktisch jedoch nur schwer zu realisieren. Eine Regulierung einzelner Plattformen hat jedoch bei weitem keine Allgemeingültigkeit für das Netz selbst, denn aufgrund der offenen und dezentralen Architektur und seiner globalen Ausprägung entzieht es sich gewissermaßen nationalen und regionalen Einflüssen bereits auf technologischer Ebene. Die Beständigkeit der Daten einer Plattform zu sichern, hieße demnach zweierlei.

Zum *Ersten* müsste es eine Möglichkeit seitens der Plattformbetreiber geben, dass die Daten verfügbar bleiben. Ist dies gegeben, lässt sich der Anspruch an Beständigkeit erfüllen. Hierbei sind die Teilnehmenden (wieder zurückgeworfen auf die Rolle der Nutzenden) jedoch vom Plattformbetreiber abhängig, da sie darauf hoffen müssen, dass dies überhaupt der Fall ist und dieses Angebot bestehen bleibt.

Damit wird der *zweite* Punkt deutlich. Es handelt sich um die eigenständige Herstellung von Beständigkeit, indem die teilnehmenden Akteure zumindest ihre eigenen Daten in der Form verwalten und reproduzieren, dass diese unabhängig davon, bei welchem Plattformbetreiber sie liegen, wiederhergestellt werden können. Dies ist natürlich insofern problematisch, als dass die Qualität der Daten ja gerade aus der Abbildung des kommunikativen Netzwerks besteht. Diese zweite Perspektive macht es also erforderlich, Praktiken und Methoden zu entwickeln, um aus dem bestehenden Ökosystem ausbrechen zu können. Es ist das Eingangs angesprochene Spannungsfeld von Kontrolle und Autonomie, das sich hier an den ökonomischen Interessen und technologischen Mechanismen um „Data-Mining“ (Ester und Sander 2000) sowie dem Bewusstsein der individuellen Akteure, sozusagen dem Publikum, über den Wert der eigenen personalisierten Daten zeigt.

Die Gefahr der Verdrängung gilt gleichermaßen für die Dienste selbst. Die Entwicklungen rund um das Social Web haben gezeigt, dass Ideen und Umsetzungen zu verschiedenartigen SNS aufgekommen sind und sich im Zuge der Marktbewegungen wieder aufgelöst haben. Die Beständigkeit der Daten hängt hierbei wesentlich von den ökonomischen Linien und Marktpositionierung verschiedener Unternehmen ab. Das Kriterium der Suchbarkeit ist hierbei besonders interessant, da sich nicht nur auf die spezifische SNS berufen werden muss, sondern Suchmaschinen im Netz bemüht werden können, um einzelne Aussagen zu erfassen und schließlich wiederherstellen zu können, sofern sie irgendeiner Indexierung unterliegen.

Interessant ist jedoch die Herausbildung von spezifisch auf diesen Aspekt abzielenden Nutzungspraktiken. So können Äußerungen von beispielsweise politischen Akteuren oder anderen Personen per Screenshot von anderen Akteuren, sozusagen den Beobachtern, festgehalten und im Falle einer Löschung wiederhergestellt werden. Selbstverständlich ist dies vor dem Hintergrund der Manipulierbarkeit von digitalen Daten kein Garant

für Transparenz und schon gar nicht für Wahrhaftigkeit, jedoch bietet es den Menschen Anlass zur Reflexion. Die Wiederherstellbarkeit ist also nicht nur von der Architektur des spezifischen SNS abhängig, sondern vielmehr ein Grundmerkmal digitaler Technologien.

Ein besonderes Merkmal ist dabei der Aspekt des unsichtbaren Publikums. Die digitalen Architekturen sehen ein Prinzip der Publizität vor, das die Leserschaft nur im aktiven Diskurs sichtbar macht. Man weiß also nicht, wer wann welche Information liest. Man ist sich somit selbst der ständigen Beobachtung durch die anderen Akteure des Netzwerks ausgesetzt. Dieses Prinzip wird von Jörissen (2011a) in Anlehnung an Foucaults machttheoretische Arbeiten hinsichtlich der Bedeutung von Bildungs- und Subjektivierungsprozessen ausgearbeitet. Eine Rekonstruktion der sozialen Praktiken vor dem Hintergrund der panoptischen Strukturen medialer Architekturen, wie es vor allem im Social Web zu erfassen ist, würde hier zu weit führen, weshalb ich mich dem Prinzip zur Herstellung von Sichtbarkeit im späteren Verlauf dezidiert widmen möchte (vgl. hierzu Abschnitt 6.3.3).

Bezüglich der Idee von Netzwerken ist das Prinzip der Vernetzung ein integraler Bestandteil des Sozialen. Menschen vernetzen sich, um Informationen auszutauschen und mit anderen in Kontakt zu kommen. Die Größe des Netzwerks steht dabei in unmittelbarer Beziehung zu den im Netzwerk verarbeiteten Informationen. Es lässt sich abermals ein technologischer Bezug herstellen. Der Computernetzwerkexperte Robert Metcalfe, der seiner Zeit als Mitarbeiter von Xerox maßgeblich an der Entwicklung von Ethernet beteiligt war, stellte 1976 das *Metcalfe'sche Gesetz* auf, welches besagt, dass der Wert eines Netzwerks exponentiell steige, je mehr kompatible Kommunikationssysteme sich innerhalb des Netzwerks befinden (vgl. Schmitt 2016, S. 221). Je größer das Netzwerk also war, desto größer ist die Menge an zu verarbeitenden Informationen und desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, im Netzwerk auf etwas Neues zu stoßen. Bricht man dieses Prinzip auf die konkrete Architektur, beispielsweise bei Twitter, herunter, zeigt sich, dass das Maß an Kreativität und Informationsvielfalt im Netzwerk grundlegend im Verhältnis zu der Zahl an Personen steht, denen man folgt. Sind dies nur sehr wenige, bleibt die Menge an Informationen womöglich überschaubar, werden es mehr, können grundlegend mehr Informationen und damit potenziell mehr unterschiedliche Perspektiven verarbeitet und dargestellt werden.¹⁰⁷

Mit der Idee der digitalen Vernetzung lässt sich das von Granovetter (1973) begründete Prinzip von der Stärke der schwachen Verbindungen neu denken. Unternehmungen dahingehend sind nicht neu (vgl. Ellison, Steinfield und Lampe 2007; Gross, Acquisti und Heinz 2005; Röhl 2014). Daher werde ich hier nur kurz auf die grundlegende Idee des Prinzips eingehen, um im Anschluss daran die von Röhl (2014) herausgearbeiteten Implikationen für Lernprozesse grob darzustellen. Ein Netzwerk unterscheidet sich demnach

¹⁰⁷Inwiefern diese Überlegung tatsächlich auf das Soziale im Netz zu übertragen ist, werde ich im späteren Verlauf der Arbeit entlang der Phänomene um Filterblasen (vgl. Pariser 2011) und Echokammern (vgl. Wallsten 2005) genauer beschreiben (vgl. hierzu Abschnitt 6.4).

in starke und schwache Beziehung, also Menschen mit engen und losen Verbindungen zueinander (vgl. Granovetter 1973, S. 1360ff.). Während starke Beziehungen durch die Selbstbeschreibung zu einer sozialen Grenzschießung nach außen hin tendieren, zirkuliere der Informationsfluss gerade zwischen schwachen wesentlich besser. Nach Granovetter funktioniere die Kommunikation dann besser, wenn ein Netzwerk mehr aus schwachen, anstelle von starken Beziehungen verfüge (ebd., vgl.). Bezieht man dieses Prinzip nun auf die SNS, dann würde das heißen, dass viele Kontakte eben mehr Informationsfluss bedeuten, was ungefähr dem Netzwerkeffekt nach Metcalfe entspricht. Für Röll (2014) heißt dies, dass das Individuum gerade von einem großen Netzwerk profitiere, da mehr Informationen im Umlauf sind. Digitale soziale Netzwerke können dabei zum Identitätsmanagement, also der Selbstbeschreibung beitragen, indem sie die vielerorts geforderte Flexibilität durch ein hohes und informationsdichtes Netzwerk erfahren. Sich in solchen sozialen Arenen zu bewegen, hieße gleichermaßen, sich in einem ständigen Lernprozess zu befinden: „Das Individuum muss lebenslang erhebliche Eigenleistungen bringen, um die heterogenen Selbsterfahrungen (Patchwork) zu einem sinnvollen (kohärenten) Zusammenhang zu verdichten.“ (ebd., S. 274) Der hier beschriebene Prozess der Identitätsbildung entfaltet sich in den unterschiedlichen Kontexten immer wieder neu. Damit verweist Röll auf eine bildungstheoretische Implikation, da die verschiedenen digitalen Architekturen dazu auffordern, sich selbst in Beziehung zu anderen zu verorten, indem alle, für das Selbst relevante Erfahrungen aufeinander bezogen werden. Es kommt „[...] zur Erprobung unterschiedlicher Bedeutungszusammenhänge und damit auch zu einer Fragmentierung der Identitätsrepräsentation. Teilidentitäten können selektiv aktiviert werden“ (ebd.).

6.1.4 Identität und Vernetzung

Habermas hat unter Rückbezug auf Goffman (1959) das Spiel mit der Identität beschrieben, dabei jedoch noch nicht die vielfältigen Möglichkeiten des Digitalen im Blick haben können. Offen bleibt damit, wie die Qualität einer Fragmentierung der Identitätsrepräsentation vor diesem Hintergrund verhandelt werden kann. Fragmentierung hieße, dann dass einzelne Repräsentationen des Selbst im Netz zu einem gewissen Grad losgelöst voneinander existieren. Es kommt zur Erprobung unterschiedlicher Interaktionsweisen und der Einsicht in verschiedene Bedeutungszusammenhänge durch eine bestimmte Rollenübernahme. Dies kann bewusst geschehen, wenn man beispielsweise unter einem anderen Benutzerkonto aktiv sein möchte, als man es gewöhnlich ist. Turkle (1997) beobachtete hier schon recht früh die Praktik des gender-swappings, bei der sich Menschen in Online-Communities mit anderen Attributen der Selbstbeschreibung ausgestattet haben, und so in eine andere Rolle geschlüpft sind, indem sie eine andere Identität im Netz angenommen haben. Das spielerische Ausprobieren mit den Möglichkeiten im Netz hat sie damals als einen bereichernden Aspekt für die eigene Identitätsbildung beschrieben. Nun liegt diese Studie mehr als zwanzig Jahre zurück, was angesichts der sich wandelnden technologischen Rahmenbedingungen nicht unwesentlich ist, schließlich findet die Repräsentation des Selbst heute maßgeblich auch unter Einfluss audiovisueller Kommunikationsmöglichkeiten statt. Dennoch hat auch boyd (2014) aufgezeigt, dass das Spiel mit der Identität und Repräsentation des Selbst heute nach wie vor eine zentrale Bedeutung hinsichtlich der Identitätsentwicklung zukommt, da es grundlegend in das Soziale eingeschrieben ist. Ich werde diesen Aspekt im späteren Verlauf der Arbeit genauer aufgreifen und vor dem Hintergrund von Anonymität und Pseudonymität im Netz verhandeln (vgl. Abschnitt 6.3). Schließlich hängt hieran auch grundlegend das Verständnis der Sprechsituation unter dem Vorzeichen der vermittelnden Kommunikation, weshalb der Gegenstandsbereich eine genaue Betrachtung notwendig macht.¹⁰⁸

Um bei den von Röhl (2014) angesprochenen lern- und bildungstheoretischen Implikationen zu bleiben, bietet sich seine Hinwendung zur Reflexivitätslagerung an, die er vor dem Hintergrund des Spielerischen im Verhältnis zur Sprache hervorhebt:

„Das Wiedererkennen, die Kontextualisierung und das Reflektieren der eigenen Person geschehen über Geschichten erzählen, über das Spielen mit Sprache, Bildern und Tönen. Letztlich geht es um die Dokumentation einer fortlaufenden Selbstnarration. Die Selbstdarstellungen in den SNS haben den Charakter eines fortlaufenden Texts, den der Autor

¹⁰⁸Zusammen mit Jens Holze konnte in einer Betrachtung zur Ludifizierung des Sozialen durch digitale Räume unter anderem anhand von Twitter aufgezeigt werden, wie sich durch den Dienst ein spielerischer Umgang mit Sprache und der Erkundung von Welt vollziehen kann (vgl. Holze und Verständig 2014).

zum Teil für sich, zum Teil in Auseinandersetzung mit seinen Lesern fortschreibt.“ (ebd., S. 274f.)

Das Spielerische kann als Suchbewegung beschrieben werden und bietet damit direkten Anschluss an die von Jörissen und Marotzki (2009) fokussierte Tentativität, also den Umgang mit Unbestimmtheit und der grundlegenden Bereitschaft zur Erkundung und Begegnung mit dem Fremden. Auch Röhl (2014) weist darauf hin, dass ein flexibler Umgang mit den sich verändernden Strukturen neben der fortlaufenden Selbstbeobachtung zu verorten ist. Damit wird grundlegend auf das Verhältnis von Welt und Selbst abgezielt. Für Röhl sind SNS besonders dahingehend wertvoll, als dass die Identitätsarbeit nicht von einem monologischen Subjekt ausgehend bewältigt wird, sondern in der Intersubjektivität begründet ist (ebd.).

Versteht man Bildung, wie zuvor dargelegt, als eine komplexe Form des Lernens, dann gelingt der Schritt hin zur Betrachtung von Bildungspotenzialen ausgehend von der Grundlage des stetigen Lernens in unterschiedlichen sozialen Kontexten recht schnell. Von Bedeutung ist mir dabei jedoch, dass Subjektivierung im Sinne der Prozesshaftigkeit verstanden wird. Das heißt zunächst, dass man nicht von einem Subjekt ausgehen kann, das sich in einem bestimmten Kontext etwas aneignet. Vielmehr werden Weltbezüge hier erst in der Interaktion und Begegnung ermöglicht und thematisierbar. Erst daraus gehen Reflexivitätslagerungen insofern hervor, als dass das Verhältnis von Selbst und Welt einer Überprüfung und Aktualisierung ausgesetzt werden kann. Prozesslogisch gedacht, heißt das dann auch, dass diese Anlässe mit sich verändernden sozialen, kulturellen, individuellen und politischen Kontexten immer wieder neu hervorgehen können. Wie bereits im Kapitel 3 zur Konzeption von Medienbildung aufgezeigt wurde, handelt es sich hierbei um ein hochkomplexes Gefüge von sozialen Positionierungen und Aushandlungen und medialen Strukturgefügen. Anlässe zur Reflexion werden also einerseits strukturimmanent verortet und andererseits nicht nur auf ein Medium bezogen, sondern auf das Gefüge der verschiedenen Medienstrukturen, die in ihrem Zusammenspiel zur individuellen Weltwahrnehmung beitragen. Die Medien selbst geraten dann in den vermeintlichen Hintergrund, bleiben jedoch untrennbar mit den Artikulationsweisen verbunden, wenn sie zu Orten sozialer Aushandlung werden, wie am Beispiel der siebzehnjährigen Shamika bei boyd (2014) gezeigt wurde.

Für die Öffentlichkeit heißen diese Punkte, dass der gesicherte Informationsfluss in digitalen Netzwerken von integraler Bedeutung ist. Die Herstellung von Öffentlichkeit steht somit in struktureller Abhängigkeit zur wie auch immer etablierten Netzwerkstruktur. Das Internet kann dabei zumindest auf strukturell-konzeptioneller Ebene helfen, verschiedene Teilöffentlichkeiten miteinander zu verbinden und somit nicht nur einzelne Diskursräume zu etablieren, sondern auch sphärenübergreifende Diskurse zu ermöglichen.

6.2 Das Prinzip der Offenheit

Habermas hat Offenheit des Zugangs für alle gesellschaftlichen Gruppen zum öffentlichen Diskurs und den für die Allgemeinheit relevanten Themen als normative Vorbedingung hinsichtlich der Konstruktion von Öffentlichkeit beschrieben. Dies impliziert zugleich eine Unabgeschlossenheit des Publikums, denn der offene Zugang zu relevanten Themen ist nicht auf eine elitäre oder privilegierte Gruppe beschränkt. Gleichzeitig liegt der Konzeption von Öffentlichkeit eine thematische Offenheit zu Grunde, durch die es möglich sein soll, die Selektion der Themen so breit wie möglich zu erfassen. Dieser Aspekt ist dahingehend von einiger Bedeutung, da grundsätzlich nicht alle Themen in der Öffentlichkeit verhandelt werden können, schließlich ist die Leistungsfähigkeit der Öffentlichkeit diesbezüglich ebenso wie die Rezeptionsleistung des Publikums ganz natürlich limitiert. Hieraus lassen sich direkte Implikationen für die Betrachtung entlang der Netzstrukturen ableiten.

Für Habermas impliziert der Begriff der Offenheit jedoch noch eine weitere Bedeutung, die über den Zugang hinausgeht, denn die Gesprächssituation bezieht eine Offenheit der Diskutierenden über die Geltungsansprüche mit ein. Gemeint ist damit die Offenheit der Teilnehmenden im Austausch. Die von Habermas formulierte Intersubjektivität entsteht schließlich erst dann, wenn eine vollständige Reziprozität der Subjekte gewährleistet ist. Somit bezieht sich das Prinzip der Offenheit einerseits auf den Zugang zu Themen und Diskursräumen und andererseits auf den deliberativen Prozess selbst.

6.2.1 Dezentralität und Redundanz

Das Netz basiert in technologischer Hinsicht auf Dezentralität und Redundanz. Die Dezentralität gewährleistet nicht nur Offenheit und Vielfalt, sie ermöglicht auch die sichere Datenvermittlung durch das Packet-Switching und verteilte Netzwerke, die auf den gleichen Standards der Kommunikation basieren. Redundanz erlaubt ebenfalls den sicheren Transport von Daten und kann hier im Sinne einer Ausfallsicherheit verstanden werden. Es sind diese beiden Ideen des Netzes, die es so robust gegen Störungen aber auch Kontrolleingriffe macht, weshalb es sich anbietet, Offenheit unter dieser Perspektive vertiefend zu betrachten.

Aus technologischer Perspektive können die von Habermas hervorgebrachten Ansprüche an Offenheit zumindest hinsichtlich der Verfügbarkeit und Verteilung von Informationen und Daten eingeholt werden. Das Netz selbst ist strikt nach dem Prinzip der Offenheit und Dezentralität konzipiert. Dies geht bereits aus der Protokollebene hervor, wie Schmitt (2016) entlang seiner Studie zur Historie des Netzes am Beispiel des Siegeszuges von TCP/IP-Protokollfamilie beschreibt (vgl. ebd., S. 211ff.). Damit ist das Netz auf technologischer Ebene insofern redundant, als dass die Datenvermittlung zufriedenstellend erfolgen kann, schließlich werden die Pakete so häufig gesendet, bis sie sich am Ziel fehlerfrei rekonstruieren lassen. Die Paketvermittlung selbst erfolgt dann

über verschiedene Routen, sodass hier auf einen Störfall automatisiert reagiert werden kann. Diese technologische Basis, in ihrer offenen und abstrakten Struktur, lege nahe, dass durch die Implementation dieser Konzepte eine größtmögliche Annäherung an die von Habermas formulierte ideale Sprechsituation gelingen könne, wie Yochai Benkler 2006 unter Verweis auf Froomkin 2003 festhält (vgl. Benkler 2006, S. 412).

Das Internet besteht aus einem Verbund verschiedener Rechner in unterschiedlichen Netzwerken, was eine dezentrale Struktur zur Folge hat. Dezentralität soll dabei in erster Linie eine Ausfallsicherheit garantieren. Fällt ein Knoten des Netzes aus, dann wird eine alternative Verbindung genutzt, wie es bereits entlang des Prinzips der Paketvermittlung thematisiert wurde. Pakete werden so oft gesendet, bis der Zielknoten alle zu übertragenden Daten erhalten hat. Die dezentrale Architektur führt bestenfalls¹⁰⁹ nicht nur zu einem stabileren technischen System, sie impliziert unter anderem auch, dass Kontrollmechanismen, Hierarchisierung und Zensur systematisch umgangen werden können. Dezentralität ist daher ebenfalls die Grundlage verschiedener Projekte und Praktiken im Netz. Es wird bewusst genutzt, um eine zuverlässige Datenübertragung durch Redundanzen zu gewährleisten und Informationen vor einer möglichen Zensur zu schützen.

Als ein Beispiel lässt sich hier WikiLeaks anführen, deren veröffentlichte Dokumente und Inhalte auf verschiedenen Servern in unterschiedlichen Ländern gespiegelt wurden, als es 2010 Versuche gab, enthüllte Informationen zu löschen.¹¹⁰ Der hier beschriebene konkrete Fall lässt sich auf den Streisand-Effekt zurückführen. Dieses nach der Musikerin und Schauspielerin Barbra Streisand benannte Phänomen beschreibt den Effekt, dass beim Versuch der Sperrung und Zensur von Informationen und Daten meist mit erhöhter Verbreitung durch ein gesteigertes Interesse an eben diesen zu rechnen ist. Die Daten werden erst aufgrund der Bemühungen interessant, sie aus dem Licht einer vermeintlichen Öffentlichkeit heraus zu bewegen.

Das Internet als Netzwerk von Netzwerken bietet hierfür die strukturellen Gegebenheiten wie keine andere Technologie. Auch Castells (2003) sieht in der offenen und dezentralen Architektur des Netzes die besondere Stärke der Technologie, da Knoten ohne größere Kosten zum Netzwerk hinzugefügt werden können und die Nutzenden somit schon zu aktiven Produzenten werden.¹¹¹ Jeder, der über das nötige technische

¹⁰⁹Diese Einschränkung ist insofern nötig, als dass in größeren Netzwerken eben auch mehrere Störfaktoren vorzufinden sein können. Das heißt, dass die Stabilitätssteigerung kein selbstverständlicher wenn auch wünschenswerter Zustand ist.

¹¹⁰Als Gegenbewegung zum Versuch, die Seite aus dem Netz zu nehmen, haben sich mehr als 2000 Seiten herausgebildet, die die Inhalte gespiegelt haben (vgl. <http://www.nytimes.com/2010/12/06/world/europe/06wiki.html>). Zum Zeitpunkt der Untersuchung im Herbst 2016 sind viele der gespiegelten Seiten jedoch nicht mehr verfügbar, was abermals für die hohe Dynamik des Netzes und die Flüchtigkeit der Daten spricht. Knoten entstehen, wenn sie eine Funktion erfüllen, und lösen sich wieder auf, wenn es für sie keine Notwendigkeit mehr gibt.

¹¹¹Im Hinblick auf nutzergenerierte Inhalte spricht Bruns hierbei vom Konzept der „Produsage“ (Brunns 2008). Durch die Erstellung eigener Inhalte, Remix, Mashups oder kollaborative Projekte entfalten

Wissen verfüge, könne also am Internet partizipieren (Castells 2003, S. 27f.). Damit ist zugleich schon eine der wesentlichen Einschränkungen angesprochen, die es im späteren Verlauf und unter verschiedenen Perspektiven noch genauer zu betrachten gilt. Es handelt sich um das Wissen über die Technologie und ihre Funktionsweisen und daraus folgend auch um die Herstellung von Orientierungsleistungen. Schließlich führt die Redundanz der Informationsverarbeitung zu einem steigenden Angebots- und Datenaufkommen, weshalb gerade die verschiedenen Praktiken im Umgang damit von wesentlicher Bedeutung sind. Die Ausbildung von Praktiken findet auf sozialer Ebene statt. Sie trifft jedoch stets auf die technologischen Konzeptionen. Einige dieser Überschneidungsbereiche lassen sich im Zuge der Zugangsproblematik ganz grundlegend erfassen.

6.2.2 Die Zugangsproblematik

Das Internet ist mit seiner dezentralen Architektur grundlegend offen. Diese Offenheit wird gewährleistet, da die infrastrukturellen Standards offen sind und jeder darauf aufbauen kann. Eines der wohl prominentesten Beispiele ist das World Wide Web, welches von Tim Berners-Lee unter der Maßgabe der offenen Verteilung von Informationen und freien Vernetzung von Daten und schließlich auch Menschen entwickelt wurde. Das 1994 von Berners-Lee begründete World Wide Web Consortium (W3C), das sich die Zielstellung gesetzt hat, technische Spezifikationen und Richtlinien zu entwickeln, um eine bestmögliche Kommunikation unterschiedlicher infrastruktureller Schichten zu gewährleisten und den Informationsfluss zu optimieren, folgt auch heute noch dieser Idee der offenen Standards.¹¹²

Der Zugang zu den unterschiedlichen Themen wird jedoch im Hinblick auf das Netz in mehrfacher Hinsicht strukturell beeinflusst. Grundlegend lässt sich hier zwischen materiellen und immateriellen Aspekten unterscheiden. Auf materieller Ebene betrifft dies den Zugang zum Internet und zu den Informationen. Über eine Internetverbindung zu verfügen, stellt ein notwendiges und ebenso offensichtliches Kriterium dar, um weitergehend mit den Daten und Informationen im Netz und anderen Menschen über das Netz interagieren zu können. Hierbei lässt sich ebenso der sozioökonomische Status der Akteure anführen, schließlich ist der Zugang mit Kosten verbunden, weshalb das Einkommen und Vermögen der Individuen nicht gänzlich ausgeblendet werden kann, wenn es um den materiellen Zugang geht.

die Akteure eine Produktivkraft, welche die Grenzen von passiven Konsumenten und aktiven Produzenten zunehmend verschwimmen lässt. Gewissermaßen ist das Spiegeln von Inhalten auf der eigenen Seite oder einem eigenen Bereich im Netz genau diese Praktik der Produktion, die sogleich auch partizipative Potenziale entfaltet.

¹¹²Allen voran sind hier die Standards der Hypertext-Auszeichnungssprache (HTML) und die Stylesheet-Sprache CSS zu nennen, die für die Darstellung von Inhalten in Webbrowsern die Grundlage bilden.

Daneben spielen immaterielle Ressourcen eine entscheidende Rolle beim Zugang zu Daten und Informationen im Netz, denn aufgrund der architektonischen Struktur und trotz der algorithmischen Unterstützung von Suchmaschinen hängt es von den jeweiligen Fertigkeiten des Einzelnen ab, sich Zugang zu Informationen zu verschaffen, diese zu verarbeiten und schließlich zu bewerten. Die Komplexität ergibt sich hierbei aus den unterschiedlichen Nutzungsweisen und stellt hinsichtlich der Untersuchung von Bildungspotenzialen im Digitalen einen entscheidenden Faktor dar, der auch hinsichtlich der Gestaltung von Öffentlichkeit von einiger Bedeutung ist. Bevor ich diesen Aspekt jedoch genauer betrachte, scheint es sinnvoll, sich den Fragen des materiellen Zugangs zu widmen.

Die Problematik des materiellen Zugangs zum Internet hat sich insbesondere durch die Berichte der amerikanischen National Telecommunications and Information Administration (NTIA) „Falling Through the Net“ (National Telecommunications and Information Administration, NTIA 1995, 1998, 1999) zu einem zentralen Schwerpunkt der Ungleichheitsforschung herauskristallisiert. Für derartige Ungleichheiten im Zugang entwickelte sich recht schnell der Begriff des *digital divide*. Geleitet von der Prämisse, dass das Internet, ähnlich wie das Telefonnetz, eine flächendeckende Verbreitung erfährt, wurden dabei neben persönlichen Motivationen vor allem die vorhandenen oder nicht-vorhandenen technischen Rahmenbedingungen des Zugangs untersucht. Das Netz, in dieser Hinsicht noch als separater Raum verstanden, ermöglicht den Zugang zu unterschiedlichen Ressourcen. In einer umfassenden Analyse hat sich Nicole Zillien (2009) der Rekonstruktion dieser Forschungsphase angenommen und darauf hingewiesen, dass die Ausgangshypothese dabei über die wachsende Wissenskluft in einer sich ausdifferenzierenden und komplexen Gesellschaft beschreiben lasse (vgl. ebd., S. 70f.), wie sie auf Tichenor, Donohue und Olien (1970) zurückgeht. Dieser These zufolge seien maßgeblich die Massenmedien ein Katalysator für die wachsende Wissenskluft, da sie dem demokratischen Prinzip des freien Informationszugangs eher entgegenstehen, was in der Konsequenz jenen, die über einen höheren sozioökonomischen Status verfügen, zu einem Informationsvorteil ver helfe und somit eine privilegierte Position gegenüber sozial schwächeren Gesellschaftsmitgliedern weiter untermauere (vgl. ebd., S. 160ff.). Damit erfährt die Zugangsproblematik recht schnell eine Bedeutungswendung hin zu Fragen der Nutzung, die sogleich mehrere Bereiche umfassen. Dies wird besonders bei der von Norris (2001) vorgestellten Definition zu *digital divide* deutlich, da sie die Problembereiche mehrdimensional verortet. Neben einer globalen Spaltung, die sich zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern vollzieht, beschreibt sie die soziale und demokratische Dimension:

„The *social divide* concerns the gap between information rich and poor in each nation. And finally within the online community, the *democratic divide* signifies the difference between those who do, and do not, use

the panoply of digital resources to engage, mobilize, and participate in public life.“ (Norris 2001, S. 4, Hervorhebung im Original)

Vor dem Hintergrund der öffentlichkeitstheoretischen Betrachtung lässt sich hier die demokratische Dimension herausheben, die jedoch in Verschränkung zum dargelegten Bildungsverständnis mit der sozialen Dimension korreliert. Norris, die sich verschiedenen bestehenden Ansätzen in analytischer Perspektive widmet, verweist mit dieser multidimensionalen Betrachtung auf die Implikationen, die sich aus der Komplexität der neuen Informationstechnologien für Fragen der Teilhabe aber auch des Sozialen ergeben. Die Probleme des Zugangs sind somit in erster Linie Probleme der Nutzung, wie Norris entlang unterschiedliche Beispiele aufzeigt und vor dem Hintergrund der demokratisierenden Kraft des Netzes kritisch erörtert. In einer solchen Verflechtung von Nutzungs- und Zugangsfragen haben sich dann auch verschiedene Modelle herausgebildet, die sich diesem Problembereich widmen. Der Forschungsstand hierzu ist sehr gut aufgearbeitet, sodass zu Fragen des Zugangs und den sozialen Rahmenbedingungen verschiedene Studien vorliegen (vgl. Bolt und Crawford 2000; Hargittai 2002; Norris 2001; Warschauer 2002). Auch wenn den Studien unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und Begründungsmuster zu Grunde liegen, ist ihnen allen gemein, dass sie auf das enge Verhältnis zwischen materiellen und immateriellen Ressourcen hindeuten und damit die Problemstellung der Nutzung stets in Verbindung zu technologischen Rahmenbedingungen thematisieren. Die Zugangsproblematik erstreckt sich also nicht nur über die Fragen des formalen Zugangs, sondern ebenso über einen effektiven Zugang, der somit die Nutzungsweisen in den Blick nimmt.

In der kritischen Perspektive zu den dichotomen Betrachtungsweisen der Zugangsproblematik entwickelte Hargittai (2002) das Konzept der digitalen Spaltung zweiter Ordnung, den *second-level digital divide*, womit sich der Forschungsfokus von den Zugangsvoraussetzungen, die unter dem Begriff der Digitalen Spaltung beziehungsweise Ungleichheit erster Ordnung (*first-level digital divide*) gefasst wurden, auf die Differenzen und Abhängigkeiten in der Mediennutzung verlagert. Die individuellen Nutzungsweisen werden von Hargittai auf unterschiedlich ausgeprägte Fertigkeiten zurückgeführt. Zugang zum Internet alleine stelle keine Garantie dafür dar, dass man die Potenziale der digitalen Kommunikation sowie der weltweiten Informationsbeschaffung tatsächlich entfalten kann.

Hargittais empirische Untersuchungen nehmen weiterhin das Nutzungsverhalten unter Berücksichtigung der Nutzungsdauer in den Blick. Dieser Aspekt ist mit Blick auf die zeitliche Entwicklung von einiger Bedeutung, denn die mobile Netznutzung unter anderem durch das Smartphone hat sich erst einige Jahre nach diesen vorliegenden Studien maßgeblich durchgesetzt. Damit handelt es sich nicht mehr lediglich um eine digitale Kluft oder Spaltung, zwischen jenen mit Zugang zum Internet und denjenigen, die über keinen Zugang verfügen, sondern um eine digitale Ungleichheit

(*digital inequality*), die sich entlang verschiedener sozioökonomischer Merkmale ablesen lässt.

Warschauer (2002) bezieht sich ebenfalls auf unterschiedliche Nutzungsweisen und stellt den direkten Zusammenhang zwischen physischen und sozialen Ressourcen dar, indem er auf die Wechselwirkung von sozialer Einbettung und Wissensgenerierung durch die digitalen Technologien hinweist, wobei er verschiedene Fertigkeiten beschreibt. Es sind dabei soziale Praktiken, die den Zugang zu materiellen Ressourcen ermöglichen und schließlich dazu beitragen, dass sich Nutzungsweisen im digitalen Raum entwickeln. Das Wissen um die Technologien selbst stelle dabei nicht automatisch einen Vorteil dar, erst durch die Einbettung in soziale und kulturelle Prozesse entfalten sich jene Potenziale im Umgang mit den digitalen Technologien (vgl. ebd.).

Mit der steigenden Verbreitung des Netzes und der hohen Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen hat sich die Problemstellung des materiellen Zugangs zwar nicht gänzlich aufgelöst, da sich Ungleichheiten noch immer entlang sozioökonomischer Faktoren herleiten lassen. Allerdings haben sich die Schwerpunkte der Ungleichheitsforschung mit der zunehmenden Durchdringung digitaler Strukturen in die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche, verstärkt hin zur Betrachtung von Nutzungsweisen und den daran geknüpften Ausdifferenzierungen verschoben (vgl. ebd., S. 46). Diese Entwicklung ist einerseits ein Signum dafür, dass das Netz zu einer Komplexitätssteigerung beigetragen hat. Andererseits wird hierbei deutlich, dass das Netz nicht ungleichheitsblind ist, sondern soziale Ungleichheiten im digitalen Raum verstärkt. Dieser Eindruck wird auch durch jüngere Studien gestärkt (vgl. DiMaggio et al. 2004; Iske, Klein, Kutscher und Otto 2007; Klein 2004, 2007; Zillien 2009).

Bei der Zugangsproblematik werden sprachliche Barrieren angeführt (vgl. García Leguizamón 2009; Warschauer 2002). Diese sind sicher noch für synchrone Kommunikationswege von einiger Relevanz. Mit Blick auf asynchrone Wege des Austauschs ist hierbei jedoch festzustellen, dass sich diese Hürde insbesondere durch maschinelle Übersetzungsmöglichkeiten immer stärker relativiert. Zwar ist eine solche automatisierte Form der Übersetzung auch heute noch keineswegs frei von Fehlern, so kann die Differenzierung zwischen Hasskommentaren und kritischer Meinungsäußerungen eine ebenso große Herausforderung sein wie die Erkennung von satirischen Beiträgen, weshalb es heute noch eine gängige Praxis ist, menschliche Akteure in diese Prozesse der Bewertung und Übersetzung einzubeziehen, da die kulturellen Ausprägungen und jeweiligen Sinnzusammenhängen algorithmisch bisher nur eingeschränkt abgebildet werden können. Dennoch ist hier eine stetige Verbesserung der Qualität zu verzeichnen.

Es sind vor allem Bestrebungen der großen Unternehmen, wie Facebook, Microsoft und Google, die an dieser Problematik arbeiten. Indem beispielsweise Facebook die Möglichkeit der Übersetzung von fremdsprachigen Beiträgen anbietet, wird die Freiheit geschaffen, sich einen ungefähren Eindruck vom Inhalt zu verschaffen, der für die Leserschaft übersetzt wurde, und diesen direkt im Beitrag anzeigen zu lassen. So ermög-

lichen Algorithmen eine grundlegende Auseinandersetzung mit der anderen Sprache, um zumindest einen Eindruck vom Kontext zu bekommen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Qualität der maschinellen Übersetzungen durch Methoden des algorithmischen beziehungsweise maschinellen Lernens maßgeblich verbessert wird.¹¹³ Dennoch stellt der Umgang mit Sprache nach wie vor einen kritischen Aspekt in der vermittelten Kommunikation dar, den es auch im Hinblick auf soziale Ausdifferenzierungsprozesse und Ungleichheiten zu betrachten gilt. Dies soll entlang der Problemstellung um eine Gleichberechtigung der Teilnehmenden am Diskurs im Netz verdeutlicht werden.

6.3 Diskursivität und Gleichberechtigung der Teilnehmenden

Neben einem freien Zugang zum Diskurs stellt die Gleichberechtigung der am Diskurs teilnehmenden Akteure eine weitere normative Vorbedingung zum Gelingen von Öffentlichkeit und grundlegend auch von Kommunikation dar.

Die Kommunikation im Netz unterliegt aufgrund der Tatsache, dass sie immer eine vermittelte ist, gewissen Spielregeln, die sich nur teilweise in einer klassischen Gesprächssituation abbilden lassen. Die vermittelte Kommunikation kann also dahingehend gewendet werden, um bestehende soziale Ungleichheiten oder Statuszuweisungen zu eliminieren und damit eine Dialogsituation zu schaffen, bei der lediglich der Zwang des besseren Arguments vorherrscht. Diese Überlegungen sind keineswegs neu, sondern wurden seit den ersten Stunden des Netzes immer wieder thematisiert und kritisch diskutiert (vgl. Klein 2007; Lovink 2008, 2014; Rheingold 1993; Thiedeke 2004, 2008b, 2010).

Wie schon bei der Zugangsproblematik deutlich geworden, können die Fragen der Gleichberechtigung von Akteuren im Netz jedoch vor aktuellen Rahmenbedingungen erneut gestellt werden, da das Netz auch in dieser Hinsicht einige technologische Entwicklungsschritte erfahren hat, die zu einer aktualisierten Betrachtung auffordern. So hat sich beispielsweise die synchrone Kommunikation in Form des audiovisuellen Austauschs quasi von Angesicht zu Angesicht durch Videokonferenz und IP-Telefonie-Dienste auf dem Smartphone insbesondere im mobilen Einsatz herausgebildet.

Für das Prinzip von Öffentlichkeit ist diese Art der Kommunikation von einiger Bedeutung, bedenkt man, dass die Konstitution der Privat- beziehungsweise Intimsphäre der Bürgerinnen und Bürger hiervon beeinflusst wird und die Möglichkeiten der Live-Berichterstattung und Bildung von ad hoc Öffentlichkeiten damit in einer neuen Qualität ermöglicht werden. Was für die Herstellung von Öffentlichkeit an dieser Stelle weiterhin interessant ist, lässt sich an dem von Castells beschriebenen Prinzip der *mass*

¹¹³Erst im September 2016 stellte Google ein neues System vor, um die Lücke zwischen menschlicher und maschineller Übersetzung zu schließen, indem auf ein neuronales Netzwerk für Maschinen (das sogenannte Google-Neural-Machine-Translation-System) zurückgegriffen wird: <https://research.googleblog.com/2016/09/a-neural-network-for-machine.html> (Stand 23.04.2017).

self-communication beschreiben. Die Teilnahme an Diskussionen im digitalen Raum allein legitimiert jedoch noch nicht den Prozess der Deliberation. Erst eine weitestgehend unabhängige Struktur der Medien kann sicherstellen, dass die emanzipatorische Kraft der Zivilgesellschaft tatsächlich entfaltet wird. Das heißt im Hinblick auf das Netz, dass kommerzielle Angebote der Beratschlagung in Form von SNS bereits eine kategoriale Einschränkung erfahren, da die Interessen der Unternehmen nicht ausgeklammert werden können. Dennoch bietet das Netz eine Vielzahl von alternativen Möglichkeiten der Artikulation. Eine entscheidende Rolle nimmt nach wie vor die Blogosphäre ein, die zwar ebenso auf kommerzielle Angebote zurückgreifen kann, jedoch auch auf einer eigenen infrastrukturellen Lösung aufbauen und so weitestgehend autonome Kanäle der Meinungsbildung bereitstellen kann.

6.3.1 Selbstbeschreibung und Entgrenzung

Da die Repräsentation des Selbst zumeist an eine potenzielle Zielgruppe beziehungsweise an ein potenzielles Publikum gerichtet ist, lässt sich vor dem Hintergrund der Gleichberechtigung der Teilnehmenden danach fragen, wie dieses Verhältnis von Selbst und Publikum im Sinne von Welt zu fassen ist. Da die Kommunikation im Netz stets eine vermittelte ist, ergeben sich verschiedene Möglichkeiten der Selbstrepräsentation in den digitalen sozialen Arenen. In Abhängigkeit zu den strukturellen Gegebenheiten der unterschiedlichen Dienste, Angebote oder Plattformen und Räume variieren die Ausprägungen der Selbstbeschreibung. Zusammengefasst lassen sich solche Möglichkeiten nach Schmidt (2011) als Identitätsmanagement (vgl. ebd., S. 73ff.) beschreiben. Schmidt argumentiert ebenfalls vor dem Hintergrund des sozialen Wandels und der Modernisierung dahingehend, dass dem Identitätsmanagement aufgrund der Individualisierung ein Doppelcharakter zukommt. Einerseits können sich die Menschen selbst beschreiben und somit ihr Leben frei entfalten. Andererseits müssen sie dies auch, da sie, wie schon mit Marotzki (1990) im zweiten Kapitel zur Bildungstheorie und Heitmeyer (1997) im dritten Kapitel zur Strukturalen Medienbildung aufgezeigt, immer mehr vor individuellen Problemlagen stehen und diese in einer pluralisierenden Gesellschaft zunehmend losgelöst von traditionellen Bindungen verhandeln müssen. Diese Tendenz wird durch die digitalen sozialen Arenen dadurch verstärkt, da sie stets zur Selbstbeschreibung auffordern und somit Anlass zur Selbstthematisierung aber auch zur Reflexion bieten. Damit liegen den digitalen sozialen Arenen bereits auf der Ebene des Identitätsmanagements Bildungspotenziale zu Grunde, deren Entfaltungsspektrum vom Anspruch daran, was man tatsächlich als Bildungsprozess versteht, abhängig ist. Da das Identitätsmanagement in dieser Perspektive kein abgeschlossener Zustand, sondern ein fortwährender Prozess ist, lassen sich Anlässe zur Selbstreflexion in unterschiedlichen Kontexten vorfinden und stehen zugleich in Abhängigkeit zu den jeweils etablierten Praktiken.

Es ist mir an dieser Stelle wichtig festzuhalten, dass Schmidt (2011, S. 80) bereits auf die integrale Rolle der Entwickler und Designer von digitalen Plattformen hinweist. Schließlich entscheiden sie darüber, welche Inhalte wie repräsentierbar sind und welche Möglichkeiten des Identitätsmanagements angeboten also implementiert werden und welche nicht zur Verfügung stehen. Den Spielraum der Selbstdarstellung legen also weitestgehend die Entwickler und Designer fest. Das heißt jedoch nicht zwangsläufig, dass dieser durch die Implementation des Codes determiniert ist, schließlich lassen sich auch subversive oder nichtintendierte Nutzungsweisen in den Anschlusspraktiken beobachten, die gewissermaßen Lücken der Implementierung sichtbar machen und somit den definierten Spielraum der Artikulationsmöglichkeiten erweitern. Ein Beispiel hierfür ist die Nutzung von Bildern mit Text, um die vorgegebene Zeichenbeschränkung bei Microblogging-Diensten zu umgehen. Ein anderes Beispiel lässt sich abermals bei boyd (2014) finden. Sie beschreibt die Praktik einer Teenagerin, die ihr Facebook-Konto nur dann aktiviert, wenn sie wirklich mit ihren Freundinnen und Freunden chatten möchte und danach wieder deaktiviert:

„[...] She deactivated her account. The next day, she logged in and reactivated her account, chatted with friends, and caught up on the day’s conversations. When she was done, she deactivated her account again. The next night, she repeated this same pattern. By repeatedly deactivating and reactivating her account, she turned Facebook into a real-time tool. Anyone who checked in on her when she was logged in would find her account, but if they searched for her during off hours, she was missing. From Mikalah’s perspective, this was a privacy-achieving practice because she only logged in at night, whereas the adults she encountered seemed to log in only during the day. By repurposing the deactivation feature to meet her needs, Mikalah found a way to control the social situation to the best of her ability.“ (ebd., S. 71)

Für die Teenagerin Mikalah wird Facebook somit zu einem Echtzeitwerkzeug, was erst aus dieser besonderen Praktik an Bedeutung gewinnt. Indem Mikalah ihr Facebook-Konto also nur aktiviert, wenn sie tatsächlich mit ihren Freunden chatten will und es ansonsten vollständig deaktiviert hat, also abgesehen von früheren Inhalten im Netz auch nicht gesucht werden kann, entzieht sie sich der Überwachung anderer, hier im speziellen Fall ihrer Eltern. Sie schafft sich ihre eigene Sphäre und nutzt den Dienst entgegen der ursprünglichen Intention, indem sie gerade keine Sichtbarkeit herstellt, sondern sich der Sichtbarkeit entzieht. Mit derartigen subversiven Nutzungspraktiken ist eine Form der Entgrenzung angesprochen, bei der man die vorgegebenen, also im Code eingeschriebenen Grenzen, überschreitet ohne die Software selbst zu verändern.

Es werden undefinierte Bereiche sichtbar gemacht, die so zu neuen Nutzungsweisen führen können.¹¹⁴

Der Aspekt der Entgrenzung erfährt darüber hinaus im Hinblick auf das Soziale und den individuellen Handlungsvollzug einige Bedeutung, wenn man ihn nach Thiedeke (2007) hinsichtlich der Kontrolle und Steuerung von Erwartungshaltungen beschreibt. Entgrenzung ist dann:

„[...] mehr als das Ergebnis einer zufällig eintretenden anarchischen Handlungssituation. Sie scheint auf einem Spiel mit Kontingenzen zu beruhen, das überwiegend nicht mehr unter kollektiver, sondern unter individueller Kontrolle steht.“ (ebd., S. 101)

Damit spricht Thiedeke nicht nur die Dynamik im Zuge der Vergemeinschaftung und Individualisierung online an, er verweist zugleich auf ein bildungstheoretisch bedeutsames Moment, nämlich das Spiel mit Kontingenzen. Was hier unter Rückgriff auf Luhmann dann als Selbstentgrenzung beschrieben wird, lässt verschiedene Beobachtungen zu, die Thiedeke im Anschluss daran weiter ausarbeitet. Einerseits wird dieser Prozess als Entthemung beschrieben, in welcher die negativen Konsequenzen besonders stark hervortreten und entlang von Normbrüchen zur Geltung kommen können. Thiedeke zeigt hier verschiedenartige Beispiele und Praktiken solcher Entgrenzungsphänomene entlang der Kommunikation via E-Mail auf (vgl. ebd., S. 102f.). Damit kann sich die vermittelte Kommunikation schnell zu einer Praktik entwickeln, die auch als *trollen* verstanden wird (vgl. Donath 1999).

Der Troll beschränkt sich in seiner Intention darauf, innerhalb einer sozialen Gruppe emotionale Provokationen herbeizuführen und so die Kommunikation zu stören: „Trolling is a game about identity deception, albeit one that is played without the consent of most of the players“ (ebd., S. 43). Damit wird nicht nur der Diskurs gestört und es kann soweit kommen, dass das Vertrauen in die soziale Gruppe nachhaltig erschüttert wird. Donath zeigt entlang ihrer frühen Untersuchung auf, dass die beabsichtigte Störung der Kommunikation hier eine andere Qualität als die Thematisierung von Normen und Regeln mitbringen kann und eine Unterscheidung dahingehend nicht nur im Hinblick auf die jeweiligen sozialen Gruppierungen als auch die unterschiedlichen Kontexte nötig ist. Indem Trolle die Regeln der bestehenden sozialen Ordnung nicht anerkennen, ist der Fortgang des Diskurses nicht nur inhaltlich gefährdet, sondern strukturell gehemmt, da die Bereitschaft der rationalen Konsensfindung nicht vorhanden ist. Der Diskurs kann also schon ab dem Punkt kein herrschaftsfreier mehr sein, wenn Eingriffe nötig werden, um den weiteren Diskursverlauf zu garantieren - sei es auf sozialer Ebene durch Moderatoren oder auf technologischer Ebene durch die Bewertung oder Steue-

¹¹⁴Dieses Beispiel kann jedoch nur deshalb funktionieren, weil Facebook zu diesem Zeitpunkt die Löschung des Kontos nicht wirklich vollzieht. Es werden also die relationalen Verbindungen und Daten zum Benutzerkonto nur als *gelöscht* markiert, jedoch nicht wirklich gelöscht.

zung von Kommentarbeiträgen. Während die Moderation noch als Sicherstellung des Anspruchs an Verständlichkeit ausgelegt werden kann, führt die Infragestellung des Wahrhaftigkeitsanspruchs durch derartige kommunikative Verzerrungen des Trolls zu sozialen Schließungsprozessen. Das Phänomen der Selbstentgrenzung erweist sich also nicht nur hinsichtlich der Frage nach den Selbst- und Weltverhältnissen der Akteure als wichtiges Kriterium, sondern auch im Hinblick auf das Gelingen der Deliberation in digitalen Öffentlichkeiten prinzipiell als sensibles Moment.

Andererseits kann Selbstentgrenzung „durchaus auch als Ermutigung zur *selbstverantworteten Beteiligung*“ verstanden werden (Thiedeke 2007, S. 105, Hervorhebung im Original). Schließlich mache es der scheinbare Wegfall persönlicher Normzurechnung besonders leicht, „sich aus den sozialen Fesseln askriptiver Stigmatisierung zu befreien und physische sowie soziale Handicaps und Marginalisierungen bei der Kommunikation“ im Netz hinter sich zu lassen (ebd.). Für die Artikulation im Netz ergeben sich hieraus grundlegend Möglichkeitsräume, die in der klassischen Gesprächssituation im Sinne einer face-to-face Kommunikation so nicht möglich sind. Sie sind die Konsequenz der vermittelten Gesprächsführung und tragen zu einem nicht unerheblichen Maße zur Vergemeinschaftung im Digitalen bei. Hinsichtlich der Selbstentgrenzung hält er schließlich zusammenfassend fest, dass die Kommunikation im Netz von einer Dispositionsfreiheit hinsichtlich Normorientierungen und Normakzeptanz geprägt sei (vgl. ebd., S. 108). Selbstentgrenzung entfalte sich dabei „graduell in einem Kontinuum, das vom Unterlaufen von Verhaltensgrenzen, bis zu deren gezielter Erfindung oder permanenten Aushandlung und Rekonstruktion reicht“ (ebd.).

Die Überlegungen zur Entgrenzung bilden für das hier begründete Erkenntnisinteresse wertvolle Anknüpfungspunkte, da Thiedeke entlang empirischer Beispiele den Umgang mit Normen in sozialen Aushandlungsprozessen und der individuellen Selbstentfaltung also der pseudonymen Positionierung herausstellt. Damit ist die Konzeption von Öffentlichkeit im Digitalen ganz fundamental betroffen, da die Artikulationsweisen hier von der Repräsentation des Selbst als Eigenschaftskonzept abhängig sind. Das heißt, dass bereits die gewählten Mittel der Selbstrepräsentation dazu führen können, Verhaltenserwartungen aktiv zu beeinflussen und zu gestalten. Dies kann geschehen, indem man einzelne Erwartungshaltungen gezielt durch das eigene Identitätsmanagement oder die Handlung aufbaut. Es kann jedoch auch bewusst auf die Auslassung einzelner Aspekte der Selbstbeschreibung und Handlungsvollzüge gesetzt werden, um sich so selbst nur in einem gewissen Bereich nach außen hin zu öffnen. Dadurch werden bestimmte Erwartungshaltungen gar nicht erst aufgebaut. Dieser hier beschriebene Möglichkeitsraum verweist auf ein breites Spektrum an Strategien zur Selbstbeschreibung im Netz. Die mögliche Grenzüberschreitung und aktive Adressierung von Normen zwingt die soziale Gruppe zur Thematisierung eben dieser, sie fordert aber auch die Akteure zur Reflexion über die grundlegend vorherrschenden Normen, weshalb die Selbstentgrenzung zur Entfaltung von Bildungspotenzialen beitragen kann. Zudem

ist dieser Prozess bei Habermas im Sinne der Thematisierung von Geltungsansprüchen wiederzufinden. So kann beispielsweise durch die Aushandlung aufgrund von Grenzerfahrungen im Sozialen geprüft werden, ob die geltenden Normen überhaupt an Gültigkeit Bestand haben oder ob sie aktualisiert beziehungsweise gar revidiert werden müssen, um zukünftigen Diskursen gerecht zu werden.

Einen diesbezüglich wichtigen Bezugspunkt stellt Jens Holze (2017) heraus, indem er die Komplexität der Entgrenzung am Beispiel der Edit-Wars verdeutlicht, die als Nebeneffekt der kollaborativen Wissensarbeit in der Wikipedia schnell hervortreten und sich aufgrund der dynamischen Aushandlungsprozesse im Zuge neuer Vernetzungsweisen entsprechend schnell wieder auflösen können. Er macht damit auf die besondere Qualität der vernetzten Wissensarbeit unter den Bedingungen der digitalen Medialität aufmerksam, da er aufzeigt, dass die kommunikativen Prozesse von unterschiedlichen Akteuren im Netzwerk entlang verschiedener Dimensionen der konstruierten Symbolwelt geprägt sind. Die entgegengesetzten Wahrnehmungsweisen der Akteure können damit längst nicht als alleiniger Anlass für Konfliktpotenzial gesehen werden, da derartige Potenziale bereits in der Netzwerkstruktur verhaftet seien (ebd., S. 104).

Die Pseudonymität spielt im Hinblick auf die Herausbildung digitaler Öffentlichkeiten ebenfalls eine ambivalente Rolle, denn nimmt man die Diskursethik ernst und geht von einem herrschaftsfreien Diskurs aus, bei dem lediglich das bessere Argument zählt, dann spielt es keinerlei Rolle, von wem das Argument letztlich eingebracht wird. Neben Pseudonymität kann hier also ebenso Anonymität den Diskurs in seiner Qualität sowohl positiv als auch negativ beeinflussen. Durch die vernetzten Architekturen bietet sich jedoch die Möglichkeit zum Transfer der Argumente in unterschiedliche soziale Räume, weshalb eine Entkopplung vom Urheber hier strukturell angelegt sein kann. Dieses Phänomen lässt sich entlang von Meme-Kulturen beobachten, bei denen Sachverhalte an unterschiedliche audiovisuelle Medienfragmente gebunden werden. Die bereits existenten medialen Artikulationen werden somit erneut zusammengesetzt und in den sozialen Sphären geteilt. Somit kann die zunächst rein (sub-)kulturelle Praxis genutzt werden, um kreative Proteste zu formulieren und schließlich in die politische Öffentlichkeit übertragen werden (vgl. Coleman 2017; Wimmer 2014).

Die Selbstbeschreibung in den digitalen sozialen Sphären lässt verschiedene Rückschlüsse auf die zuvor dargelegte bildungstheoretische Rahmung zu. Einerseits fordern die digitalen Architekturen gerade dazu auf, sich selbst zu repräsentieren und zu beschreiben, was zur Folge hat, dass bereits hier ein Reflexionsanlass darüber gegeben werden kann, wie man sich selbst im jeweiligen Kontext und im Rahmen der verschiedenen gegebenen Möglichkeiten darstellen möchte. Andererseits ist die Repräsentation des Selbst längst nicht auf die eigene Abbildung reduziert, sondern als Prozess stets an das Handeln geknüpft. Dies wurde entlang der verschiedenen Erwartungshaltungen in der Interaktion und hinsichtlich der Selbstentgrenzung grob aufgezeigt. Im Hinblick auf die Gleichberechtigung der Teilnehmenden eines Diskurses oder des sozialen Austauschs

bleibt nun zu klären, wie die Konstitution des kommunikativen Prozesses strukturell verhaftet ist und welche Bedingungen damit einhergehen.

6.3.2 Zur Konstitution des kommunikativen Prozesses

Frasers (1992) Kritik am von Habermas entwickelten Öffentlichkeitsbegriff galt unter anderem dem Ausschluss verschiedener sozialer Gruppen aufgrund struktureller Hindernisse. Sie machte damit auf ein Grundproblem sozialer Ungleichheiten aufmerksam, das sich entlang horizontaler und vertikaler Differenzierungen zeigte. Damit hat Fraser nicht nur die Grenzen der von Habermas beschriebenen bürgerlichen Öffentlichkeit aufgezeigt, sondern auch die Implikationen sozialer Ungleichheit für den Prozess der Deliberation verdeutlicht. Die von Fraser aufgeworfenen Hinweise scheinen mir daher ein günstiger Einstieg zu sein, um der Frage nachzugehen, wie die Diskursivität unter den Bedingungen digitaler Medialität gedacht werden kann, schließlich lassen sich ebenso im Netz soziale Inklusions- bzw. Exklusionsphänomene beobachten, die sich dann ebenso auf die Konstitution des kommunikativen Prozesses und somit auf die Diskursivität auswirken.

Unter Rückbezug auf das von Hirschman (1970) entwickelte Konzept zu Exit, Voice und Loyalty hat Klein (2004, 2007) auf die Problematik der sozialen Differenzierung im Netz aufmerksam gemacht und das Konzept des *voice divide* ausgearbeitet. Damit werden grundlegend jene Problembereiche der Partizipation adressiert, die auch Fraser (1992) in ihrer Antwort auf die Konzeption von Öffentlichkeit nach Habermas formuliert hat, jedoch noch nicht auf das Netz abbilden konnte. Unter Voice wird in diesem Zusammenhang der Widerspruch und die Artikulation eigener Vorstellungen in einem bestimmten Angebot beschrieben. Es geht hierbei also um die Artikulation der eigenen Interessen und die Durchsetzungsfähigkeit unterschiedlicher Akteure unter Berücksichtigung sozialer Ausdifferenzierungsprozesse gegenüber einer Plattform sowie den Akteuren selbst. Ganz grundlegend lässt sich die Problemlage damit beschreiben, dass eine Abwanderung von sozialen Angeboten dann stattfindet, wenn die individuelle Artikulation der eigenen Interessen nicht gehört oder gesehen wird. Zwar hat Klein diese Problematik entlang von sozialen Beratungsangeboten im Netz aufgezeigt, jedoch lässt sich die Bedeutung von Zugehörigkeit ebenso auf andere soziale Kontexte im Netz abbilden, da es sich hierbei um die Anerkennung grundlegender sozialstruktureller Abhängigkeiten handelt.

Die Perspektivsetzung des *voice divide* nimmt gerade nicht die technologischen Rahmenbedingungen in den Blick, sondern zielt vor allem auf den effektiven Zugang zu Angeboten im Netz. Damit gehen die Bedingungen der gleichberechtigten Teilhabe über jene des formalen Zugangs deutlich hinaus. Erste Indikatoren hierfür wurden zwar bereits entlang der Untersuchungen zum *second-level-digital divide* aufgezeigt, jedoch geschah dies vorwiegend unter der Fokussierung auf die Nutzungsweisen und die

Herausbildung unterschiedlicher Fertigkeiten. Für die Konstitution des kommunikativen Prozesses ist die Fokussierung auf einen *voice divide* jedoch von zentraler Bedeutung, da die Artikulation von Interessen und Meinungen an Voraussetzungen gebunden sind, die sich technologisch bislang nicht hinreichend kompensieren lassen, da klassische und vom Internet unabhängige sozialstrukturelle Selektivitäten im Netz ebenso Anwendung finden beziehungsweise reproduziert werden. Das von Klein entwickelte Konzept bietet somit einen Erklärungsrahmen für interessensgeleitete Aushandlungs- und soziale Ausdifferenzierungsprozesse. Damit wird eine Begründungsstruktur geschaffen, die sich dem Verhältnis von aktiv und passiv teilnehmenden Akteuren widmet. Schließlich ermöglichen die digitalen Architekturen nicht nur die aktive Beteiligung an sozialen Aushandlungsprozessen, sondern zugleich die Beobachtung der jeweils anderen. Das Phänomen der Lurker, also jene Akteure, die lediglich mitlesen oder beobachten, sich jedoch nicht aktiv in den Diskurs einbringen, wurde schon recht früh von Stegbauer und Rausch (2001) entlang von digitalen Diskussionsforen thematisiert. Es handelt sich dabei nicht um eine Minderheit, sondern stellt vielmehr die Mehrheit der Akteure in unterschiedlichen sozialen Kontexten im Netz dar. Es handelt sich hierbei also um ein strukturelles Problem digitaler Diskurse.¹¹⁵

Der Faktor Voice spielt für die Konstitution der Sprechsituation unter den Bedingungen der vermittelten Kommunikation somit eine entscheidende Rolle. Er verweist mit seinem Ursprung bei Hirschman (1970) jedoch auch ganz grundlegend auf die demokratische Reichweite dieser Problemstellung. Indem diese Problematik von Klein (2004, 2007) auf das Internet bezogen wird, ist ein Einwand vorgebracht, der das Gelingen des herrschaftsfreien Diskurses im Netz radikal in Frage stellt:

„Die effektive Wahrnehmung und Reichweite der ‚Voice-Option‘ ist immer ein Ausdruck und Bestandteil der bestehenden Machtverhältnisse der jeweiligen Organisationen, Gruppen, Angebote usw. Die per se technisch erleichterten Möglichkeiten der Interessenartikulation gewährleisten gewiss keine Herrschaftsfreiheit.“ (Klein 2007, S. 536)

Eine solche Betrachtung bezieht sich also nicht voranging auf die technologische Dimension, sondern dezidiert auf die Frage eines effektiven Zugangs zu Angeboten im Netz und fragt somit nach den sozialen Implikationen der vermittelten Kommunikation und sozialen Ressourcen. Die Voice-Option bietet das Potenzial zur Bündelung von Kräften, die sich gegen Entscheidungen kommerzieller Plattformbetreiber richten können. Hierdurch kann die Gestaltung der angebotenen Kommunikationsräume aktiv

¹¹⁵Antin und Cheshire (2010) haben in ihrer Studie entlang der Wikipedia herausgestellt, dass das Lesen selbst bereits eine Form der Partizipation darstellt, da hier der erste Zugang den soziographischen Strukturen, also auch den Normen und Werten der Gemeinschaft, geschaffen und so ein Grundstein für die aktive Teilnahme am Projekt gelegt werde (vgl. ebd., 128f.). Ein ausgeprägtes Verständnis der jeweiligen Gemeinschaft ist ebenfalls bei Habermas ein entscheidendes Kriterium zum Gelingen des praktischen Diskurses.

beeinflusst werden (vgl. Schmidt 2011, S. 165). Somit kann die Zustimmung zu bestehenden sozialen Arrangements gesichert werden, die sich als implizite Grundlage für die Artikulation von Interessen beschreiben lassen (vgl. Klein 2007, S. 507), was für die Beteiligung in sozialen Gruppen im Netz von gesteigerter Bedeutung ist, da hierüber die Stabilität des Raums begründet wird. Erst hierdurch kann der fortwährende inhaltliche Diskurs prinzipiell ermöglicht werden.

Neben rein inhaltlichen Interessenkonvergenzen Bedarf es, wie Klein unter Rückbezug auf Schönberger (1999) herausstellt, Konvergenzen in sozialer, ökonomischer, kultureller und weltanschaulicher Hinsicht. Dies heißt im Hinblick auf die Ausdifferenzierung der sozialen Räume und Angebote im Netz, dass die soziale Grenzüberschreitung einen entscheidenden Faktor bei der Konstitution von kommunikativen Prozessen und Aushandlungen im Netz einnimmt. Diese Faktoren lassen sich jedoch nicht durch eine möglichst neutrale Architektur des Angebots oder der Plattform relativieren, da die Möglichkeiten der Wertzuweisung nicht nur strukturell implementiert oder herausgelassen werden können, sondern auch im Prozess der Aushandlung entstehen. In dieser Hinsicht kann die Voice-Option auch als Reflexionspotenzial gesehen werden, da sie einerseits mit der Positionierung im sozialen Raum verbunden wird und andererseits auf den Prozess der vorhergehenden inneren Aushandlungen des Individuums hinweist.

Iske, Klein und Kutscher (2004) schlagen darüber hinaus eine Perspektivsetzung hin zur *voice inequality* vor. Analog zur Entwicklung um einen digital divide hin zur digital inequality, also der Abkehr von dichotomen Unterscheidungspaaren und der Hinwendung zu differenzierten multidimensionalen Analysen zur relativen Positionierung im sozialen Feld. Eine solche Perspektivsetzung ist also „stärker auf die Konstitution der kommunikativen Prozesse selbst gerichtet“, bei der es darum gehe, darüber zu „reflektieren, auf welche Weise den beteiligten Akteuren bzw. den beteiligten Akteurgruppen interaktiv Einfluss zu- oder abgesprochen wird“ (ebd., S. 14). Im Hinblick auf die Herstellung von Öffentlichkeit lässt sich diese Problematik in ähnlicher Konstellation bei Noelle-Neumann (1980) mit dem Konzept der Schweigespirale wiederfinden. Dabei soll keineswegs suggeriert werden, dass sich die verschiedenen Konzepte ineinander überführen lassen, sie verweisen in ihrer jeweiligen Komplexität und theoretischen Begründung für sich genommen auf unterschiedliche Problemfelder hin. Was jedoch thematisiert werden kann, ist eine phänomenologische Kongruenz. Klein (2007) hat aufgezeigt, dass der Umstand, mit eigenen Interessen nicht gehört zu werden, zur Abwanderung von Angeboten und sozialen Schließungsprozessen im Digitalen führt. Die Bekundung der eigenen Meinung im öffentlichen Raum hängt bei Noelle-Neumann davon ab, wie hoch die Akzeptanz der eigenen Position in der Öffentlichkeit ist. Findet die eigene Position Anerkennung in der sozialen Auseinandersetzung, ist man eher bereit, sich mitzuteilen, da man Bestätigung erfahre. Menschen neigen nach Noelle-Neumann jedoch auch dazu, ihre Meinung nicht zu artikulieren, wenn sie den Druck verspüren,

sich mit ihrer Position sozial zu isolieren.¹¹⁶ Die Kongruenz beider Konzeptionen ergibt sich aus der demokratischen Dimension, die beide Ansätze bei der Problematisierung und Anerkennung von Machtverhältnissen im Rahmen sozialer Aushandlungen mit sich tragen.

Damit ist eine direkte Anschlussfähigkeit zur Frage nach Bildungspotenzialen hergestellt, denn die sozialen Aushandlungen fordern die Teilnehmenden dazu auf, sich im öffentlichen Raum zu artikulieren, die eigene Meinung herauszubilden und diese zu vertreten. Es ist naheliegend, dass die Machtverhältnisse in den jeweiligen sozialen Arenen unterschiedlich ausgeprägt sind und somit die Artikulation der eigenen Sichtweisen im Netz durchaus von den verschiedenartigen strukturellen aber auch sozialen Rahmenbedingungen abhängen. Dabei spielt die Herstellung von Sichtbarkeit für die eigene Position und Interessen aus verschiedenen Gründen, die ich nachfolgend genauer betrachten möchte, eine entscheidende Rolle.

6.3.3 Herstellung von Sichtbarkeit

Die Herstellung von Sichtbarkeit stellt bei der vermittelten Kommunikation und den vernetzten Öffentlichkeiten einen entscheidenden Faktor dar. Sichtbarkeit herzustellen kann dabei einerseits heißen, sich mit seinem Anliegen Gehör zu verschaffen und auf die eigene Position aufmerksam zu machen. Sichtbarkeit herzustellen heißt andererseits jedoch auch, dass man auf Informationen und Daten zugreifen kann, indem man sie zunächst einmal in den Blick bekommt. Wird dieser Blick versperrt, verschleiert oder das Bild verzerrt, hat dies grundlegende Auswirkungen auf die Herstellung von Öffentlichkeit und das Gelingen der Deliberation.

Die digitalen Architekturen sind bereits aufgrund ihrer Ausprägung von zentraler Bedeutung, schließlich kann man sich der Welt in unterschiedlichen Kontexten mitteilen, kennt jedoch sein Publikum nur dann, wenn es selbst aktiv wird. Als Akteur im Social Web befindet man sich also in der Position des Beobachters und des Beobachteten zugleich. Für die Herstellung von Orientierungswissen folgt aus dieser Differenz, dass die digitalen Architekturen nicht nur zur Beobachtung von Welt einladen, sondern ferner zur Selbstbeobachtung auffordern, da der Moment, an dem man in den aktiven Austausch mit anderen Menschen treten kann, in diesem Setting unbestimmt bleibt. Subjektivierung erfolgt also in diesem „Modus als Effekt einer gesellschaftlichen Praxis, die wesentlich auf der Internalisierung des fremden, normierenden Blicks beruht“ (Jörisen 2011a, S. 63). Der normierende Blick konstituiert sich durch die sozialen Gefüge

¹¹⁶Ich habe diesen doch recht populären Ansatz bislang nicht betrachtet, da ich zuvor sozialpsychologische Perspektivsetzungen ausgeklammert habe. Der Hinweis auf die von Noelle-Neumann entwickelte Theorie zur Schweigespirale und öffentlichen Meinung soll jedoch nicht ausbleiben, da hiermit eine Perspektivsetzung ermöglicht wird, die sich entgegen der Vorstellung eines rationalen Subjekts verorten lässt.

und lebensweltlichen Zusammenhänge, die untrennbar von massenmedialen Strukturen, digitalen Architekturen und vernetzten Öffentlichkeiten verbunden sind.

Dabei erweist sich die zunehmende Personalisierung von Daten als Herausforderung für das Individuum, wenn es um die freie Suchbewegung nach neuen Informationen oder unbekanntem Bereichen geht. Da die Algorithmen zur Herstellung von Sichtbarkeit Komplexität reduzieren, indem sie Daten selektieren, bestimmte Informationen ein- und andere wiederum ausblenden, wirken sie auf die freie Informationsbeschaffung ein. Dies geschieht, indem algorithmische Systeme die Gewohnheiten der Menschen aufzeichnen und ausgehend davon neue Optionen vorschlagen oder Daten präsentieren, die in das Weltbild passen. Damit geben die Algorithmen im Grunde Prognosen ab, die das Handeln aktiv beeinflussen. Hierzu haben sich in den letzten Jahren einige kritische Positionen herausgebildet (vgl. Morozov 2011; Pariser 2011; Pasquale 2015; Wallsten 2005).

Wallsten (2005) beschreibt ausgehend von seiner Studie zu politischen Blogs den Effekt der *Echokammern*, bei dem eigene Informationen, Ideen oder Ansichten innerhalb des eigenen Beziehungsnetzwerks verstärkt werden und somit eine affirmative Grundstruktur entwickelt wird. Demgegenüber werden abweichende Ansichten oder Positionen abgelehnt oder ausgeblendet. Für Wallsten ist das Bloggen über politische Ereignisse und Entscheidungsbildung weniger die Teilhabe am politischen Prozess, sondern eher der Ausdruck politischer Sichtweisen der Blogger (vgl. ebd., S. 5f.). Seiner These folgend sei die politische Blogosphäre eine Echokammer, da sie die Themen der massenmedial hergestellten Öffentlichkeit aufnimmt und reproduziert. Zwar sind die Echokammern keine grundlegend neue Erscheinung, denn sie haben eine ganz ähnliche Struktur wie der von Habermas beschriebene Resonanzboden der bürgerlichen Teilöffentlichkeiten, die sich aus unterschiedlichen sozialen Gruppen sowie Interessensvereinigungen zusammensetzen, an verschiedenen Orten zusammenkommen und spezifische Themen diskutieren. Jedoch zeigen die digitalen Echokammern hier eine neue Qualität, da die Herstellung von Sichtbarkeit vermeintlich gegeben ist, de facto jedoch nicht unbedingt realisiert wird.

So gesehen ist die skeptische Position von Habermas (2008) zunächst nachvollziehbar, wenn er konstatiert, dass das Publikum „im virtuellen Raum in eine riesige Anzahl von zersplitterten, durch Spezialinteressen zusammengehaltenen Zufallsgruppen“ zerfalle und die bestehenden nationalen Öffentlichkeiten auf diese Weise unterminiert werden (ebd., S. 162). In einer solchen Perspektivsetzung wird jedoch die Komplexität der sozialen Aushandlungen im Netz unter Berücksichtigung der verschiedenen Kontexte gewissermaßen unterschlagen. So weisen beispielsweise die Forschungen zu Ungleichheiten in der Nutzung auf die verschiedenen habituellen Ausprägungen hin, wenn eine direkte Verbindung der Konstitution sozialer Beziehungen mit den technologischen Nutzungskontexten aufgezeigt wird. Die kulturellen Praktiken des Teilens und des Austauschens sind ebenso ein Indikator dafür, dass die Nutzungsweisen hochgradig

ausdifferenziert sind und Akteure sich in unterschiedlichen Kontexten durchaus an unterschiedliche Publika wenden können, weshalb die Spezialinteressen schon beim Individuum differenziert zu betrachten sind.

Berücksichtigt man dazu noch den theoretischen Hintergrund der medialen Artikulation und die den Medien innewohnende Reflexivität, ergibt sich ein hochgradig komplexes Gefüge aus unterschiedlichen Sinnzuschreibungsprozessen, die sich auch auf die politische Meinungsbildung auswirken können, jedoch keineswegs nur darauf beschränkt sind, wie Gruppierungen, Projekte und Ideen der kollaborativen Arbeit im Netz in ganz unterschiedlichen Bereichen verdeutlichen. Indem sich die Menschen in unterschiedliche Kontexte der vernetzten Öffentlichkeiten einbringen, lässt sich die Emergenz sozialer Aushandlungen im Hinblick auf die Herausbildung von Themen und neuen Strukturen beschreiben.

Für die Herausbildung der öffentlichen Meinung ist dieser Aspekt wichtig, da das die Gesellschaft beobachtende Individuum nur einen Ausschnitt wahrnimmt, der zudem die eigenen Perspektiven und Meinungen verstärkt. Im Hinblick auf *voice inequality* ist der Effekt der Echokammern umso bedeutsamer, da die eigene Meinung dann verstärkt wird, wenn sie bestätigt wird, die Mehrheitsgrundlage der geteilten Positionen jedoch eine kontrafaktische sein kann. In der Folge gibt es Clusterbildungen von sozialen Gruppierungen, die ihre Ansichten selbstverständlich vertreten und die anderer ausblenden und so die Gestaltung einer gemeinsamen Welt nicht mehr realisiert werden kann. Im Hinblick auf die Diskurslandschaft hieße dies, dass die Diskursräume voneinander losgelöst werden und somit unsichtbare Barrieren entstehen, die einerseits die Informationsbeschaffung beeinflussen und andererseits die Meinungsbildung entgegen demokratischer Prinzipien prägen.

Für die Herstellung von Sichtbarkeit scheint zudem die Position von Pariser (2011) von gesteigerter Bedeutung, der mit seiner Arbeit den Begriff der Filterblase geprägt hat und auf die Implikationen von Personalisierung und kommerziellen Entwicklungen des Netzes hingewiesen hat:

„The basic code at the heart of the new Internet is pretty simple. The new generation of Internet filters looks at the things you seem to like—the actual things you’ve done, or the things people like you like—and tries to extrapolate. They are prediction engines, constantly creating and refining a theory of who you are and what you’ll do and want next. Together, these engines create a unique universe of information for each of us—what I’ve come to call a filter bubble—which fundamentally alter the way we encounter ideas and information.“ (ebd., S. 10)

Die Filterblase habe grundlegend drei Merkmale. *Erstens* befinde man sich alleine in dieser Sphäre, die durch unsichtbare Grenzen definiert ist. Zwar gibt es für die Unternehmen, denen es um die Personalisierung der zielgruppenspezifischen Daten geht,

mehrere Menschen, die gleiche oder ähnliche Interessen und Ansichten haben, also in die gleiche Zielgruppe gehören, jedoch wird man durch die technologische Struktur des Netzes direkt adressiert. In einem Zeitalter, in dem es darum geht, Informationen zu tauschen und zu teilen, ist die Filterblase somit eine zentrifugale Kraft, die die Menschen auseinandertreibt (vgl. Pariser 2011, S.10f.).

Zweitens ist die Filterblase unsichtbar. Pariser führt hier das Beispiel von klassischen Nachrichtensendern an, von denen der politische Standpunkt der Allgemeinheit meist bekannt ist. Demgegenüber stellt er die Agenda von Google, die er als undurchsichtig beschreibt, da Google nicht darüber aufklärt, wie die Ergebnisse nach einer individuellen Suche im Browser dargestellt werden. Während man bei den jeweiligen Nachrichtensendern recht sicher sagen könne, dass sie eine bestimmte Zielgruppe ansprechen, könne das bei Google vorgenommen werden. Google gebe nicht heraus, wie es welche Zielgruppe definiere. Die Zielgruppe, wenn man überhaupt davon sprechen kann, ist das Individuum selbst. Im Zuge der Personalisierung werden Annahmen über die Nutzenden¹¹⁷ für die Zusammensetzung und Repräsentation zukünftiger Suchergebnisse und Vorschläge gesammelt und ausgewertet, ohne jedoch darüber aufzuklären, wie das Prinzip funktioniert, wie die komplexen Algorithmen zusammenspielen, welche Parameter hierbei entscheidende Faktoren sind und wie sie sich auf die maschinellen Antworten der Suchanfragen auswirken:

„Google doesn’t tell you who it thinks you are or why it’s showing you the results you’re seeing. You don’t know if its assumptions about you are right or wrong—and you might not even know it’s making assumptions about you in the first place. My friend who got more investment-oriented information about BP still has no idea why that was the case—she’s not a stockbroker. Because you haven’t chosen the criteria by which sites filter information in and out, it’s easy to imagine that the information that comes through a filter bubble is unbiased, objective, true. But it’s not. In fact, from within the bubble, it’s nearly impossible to see how biased it is.“ (ebd., S.10f.)

Hinsichtlich der Informationsbeschaffung macht Pariser hier auf einen zentralen Aspekt aufmerksam. Es ist die verzerrte Darstellung von Daten auf Basis der eigenen Nutzungsweisen und Gewohnheiten. Damit wird ein Phänomen adressiert, das sich schon entlang der Herausbildung verschiedener Interessensgruppen im Social Web im Zuge des second-level digital divide und den Nutzungsdifferenzen sowie einem voice divide gezeigt hat. Die affirmative Architektur der sozialen Netzwerke, bei denen Konsens verstärkt

¹¹⁷In dieser Perspektive fällt es schwer, von einer aktiven Gestaltungskraft der Teilnehmenden auszugehen, da hier die Abhängigkeiten des Konsumsubjekts direkt adressiert werden. Der Begriff des Nutzers meint hierbei jedoch nicht den instrumentellen Umgang mit einer Technologie. Dies würde dem komplexen Gesamtgefüge um Subjektivierungsprozesse nicht gerecht werden. Vielmehr soll hier auf die neoliberalen Implikationen des Marktes hingedeutet werden, die sich ebenso wie beispielsweise Kultur auf Subjektivierungsweisen auswirkt.

und Dissens ausgeräumt werden soll, wird hier im Rahmen der Informationsbeschaffung ebenfalls durch Algorithmen getrieben, entlang der Suchbarkeit unterstellt. Für das sich informierende Subjekt folgt hieraus zunächst, dass es sich von der Idee verabschieden müsse, dass Nachrichten und Themen ungefiltert, also auch ohne die Beanspruchung einer bestimmten Position absolut objektiv und neutral präsentiert werden.

Als *drittes Merkmal* stellt Pariser heraus, dass, anders als bei der klassischen und verhältnismäßig transparenten Zielgruppenfindung, man nicht aktiv entscheidet, ob man in die Filterblase möchte oder nicht. Auch dieses Merkmal verdeutlicht er entlang der Gegenfolie zu massenmedialen Strukturen:

„When you turn on Fox News or read *The Nation*, you're making a decision about what kind of filter to use to make sense of the world. It's an active process, and like putting on a pair of tinted glasses, you can guess how the editors' leaning shapes your perception. You don't make the same kind of choice with personalized filters. They come to you—and because they drive up profits for the Web sites that use them, they'll become harder and harder to avoid.“ (ebd., S. 10f., Hervorhebung im Original)

Personalisierung wird hier als aktiver Prozess und Eingriff in die individuellen Nutzungsweisen verstanden. Damit wird die Lebenswelt vom System in radikaler Weise erfasst, da hier die Logik des Marktes die Parameter für die Qualität und den Grad der Personalisierung beschreibt. Dadurch findet die Ausdehnung der Öffentlichkeit in private Bereiche statt, die sich direkt auf die Intimsphäre auswirken, da wirtschaftliche Einflüsse von außen auf das Selbstverständnis der Menschen einwirken. Hierdurch wandelt sich das Prinzip der Suchbarkeit in einem verschleierte Prozess hin zu einem Problem von Sichtbarkeiten, wie sich am Beispiel von Google besonders deutlich zeigen lässt. Indem man sich dem Tracking aussetzt, werden Suchanfragen insofern beeinflusst, als dass sie Präferenzen, Gewohnheiten und darüber hinaus natürlich geobasierte Daten berücksichtigen. Das Prinzip der Suchbarkeit wird dann umgekehrt, wenn einem aufgrund dieser Daten Empfehlungen gegeben werden und die digitale Umgebung auf Basis der verschiedenen Parameter aktiv umgestaltet wird. Auf Basis der algorithmischen Berechenbarkeit werden somit Verhaltensweisen analysiert und in der Konsequenz zukünftiges Verhalten nicht nur beeinflusst, sondern vorhergesagt.

Auf den großen sozialen Plattformen wie Twitter oder Facebook wird dies dahingehend umgesetzt, dass die jeweiligen Timelines und Feeds nicht mehr chronologisch, sondern nach Relevanz dargestellt werden. Über die Relevanz entscheiden die Nutzenden, indem sie Präferenzen an Kontakten, Freunden oder Themen angeben. Auf dieser Basis wird dann die Oberfläche gestaltet und somit die Nutzererfahrung aktiv beeinflusst. Die Nutzenden entscheiden also nur zu einem sehr eingeschränkten Grad über die Freiheit der Veränderung ihrer Benutzeroberfläche. Einen wesentlichen Teil der Entscheidungen nehmen die Selektions- und Filteralgorithmen ab. Die Plattformen

schlagen dann neue Kontakte, Themen und Interessensgruppen auf Basis des jeweiligen Nutzungsverhalten vor. In kommerziellen Kontexten werden diese Ratgebermechanismen noch um Produktempfehlungen ergänzt, sodass man selbst nicht mehr suchen muss, sondern vielmehr neue Ansichten, Perspektiven und Produkte einfach findet. Positionen und Interessen unterliegen dabei dem Prinzip der Empfehlungen und bekommen somit die Werte von Waren und Gütern zugeschrieben. Damit wird eine Ökonomisierung des Sozialen beschrieben, was Habermas in Grundzügen entlang der Kolonialisierung der Lebenswelt (vgl. Habermas 1981a, S. 293 und S. 471f.) aufgezeigt hat, jedoch findet dies in einer bisher unbekanntem Qualität statt.

Für Pariser sei dabei entscheidend, dass es sich nicht um ein Phänomen dezentraler Strukturen und Vernetzung handele, sondern um eine zentralisierte Steuerung durch Unternehmen, die hier als Akteure maßgeblich nicht nur den Markt, sondern auch das politische Geschehen beeinflussen (vgl. Pariser 2011, S. 78). Für das Gelingen einer demokratisch verfassten Gesellschaft ist nach Habermas der zivilgesellschaftliche Dialog unabdingbar. Der Dialog selbst ist ebenso voraussetzungsvoll, so sollen die einzelnen Akteure dazu befähigt sein, über ihre eigenen Standpunkte und Interessen hinaus die gemeinsame Welt zu gestalten und zu begreifen. Die Filterblase stehe diesem Prinzip jedoch entgegen:

„[...] it creates the impression that our narrow self-interest is all that exists. And while this is great for getting people to shop online, it's not great for getting people to make better decisions together.“ (ebd., S. 90)

Algorithmen werden zu Akteuren im Prozess der Meinungsbildung. Dabei bleiben sie weitestgehend unsichtbar, da wir nur ihre äußere Erscheinung in Form der Softwareoberfläche erfassen können. Dementsprechend kritisch ist Parisers Position zur Personalisierung:

„Personalization has given us something very different: a public sphere sorted and manipulated by algorithms, fragmented by design, and hostile to dialogue.“ (ebd., S. 91)

Die von Pariser vertretene technikdeterministische Position unterschlägt dabei die Wirkmacht der emergenten sozialen Praktiken zur Herstellung von Sichtbarkeit, welche die intendierten Nutzungsweisen der digitalen Architekturen unterlaufen können und somit den Handlungsspielraum erweitern können. Dies können Praktiken des Teilens durch Remix, Mashups oder Memes sein. Es können aber auch Praktiken sein, die oftmals von hoher Kreativität geprägt sind. Das Heraustreten aus der Echokammer oder der Filterblase bedarf zweifelsohne einer gewissen Anstrengung, es ist jedoch die Frage, inwiefern diese Anstrengung von jenen Akteuren überhaupt wahrgenommen wird, die einen offenen Umgang mit Unbestimmtheit entwickelt haben oder dies im Zuge der

Praktiken entwickeln. Das Konzept der Öffentlichkeit verändert sich durch die Praktiken, die mit den sozialen Medien einhergehen, radikal. Das von Pariser beschriebene Prinzip der Filterblase macht deutlich, wie tiefgreifend diese Veränderungsprozesse tatsächlich sind. Auch wenn die Erläuterungen keinen tiefen Einblick in die Codestrukturen gewährleisten können, so können sie doch dazu beitragen, die Kommerzialisierung im Netz zu begreifen und so die Auswirkungen auf das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit zu beschreiben.

Die Herstellung von Sichtbarkeit im Netz kann ohne Algorithmen nicht ausreichend beschrieben werden, da die automatisierte Verarbeitung der Daten einen zentralen Bestandteil in der Reduktion von Komplexität und der Sichtbarmachung von Daten für die Menschen darstellen. Dies greift dem Prozess der Subjektivierung entlang der Anwendungsoberfläche insofern voraus, als dass die Nutzeroberfläche erst individuell aufgebaut und die Daten dem Nutzenden dann präsentiert werden.

6.4 Publizität im Netz

Für die Herstellung von Öffentlichkeit stellt das Prinzip der Publizität einen integralen Bestandteil dar. Es geht hier prinzipiell um die Selektion, Aufbereitung und Sichtbarmachung von Themen, die für die Allgemeinheit von Bedeutung sind. Die Dezentralität des Netzes führt, wie gezeigt, zur Etablierung verschiedener sozialer Interaktionsräume, die sich je nach kultureller Ausprägung entlang unterschiedlich ausgehandelter Konventionen und Normen beschreiben lassen. Diese Räume können zwar über die Beziehungsnetzwerke und sich überschneidende Publika miteinander verbunden sein, müssen es jedoch nicht. Je nachdem, in welchem Kontext man sich befindet, kann das eigene Verhalten auf das jeweils individuelle Publikum im Sinne des Beziehungsnetzwerks abgestimmt werden. Dies kann bewusst, aber auch unbewusst geschehen. Das Entscheidende dabei ist jedoch, dass hier das Zusammenspiel von Akteur und Publikum im Mittelpunkt steht, was zugleich anerkennungstheoretische Problemlagen mit ins Feld führt, da die eigene Verortung in den unterschiedlichen Sozialen Räumen nicht unbedingt nach eigener Präferenz stattfindet, sondern in einem nicht geringen Maße an der sozialen Akzeptanz und somit der Bestätigung der anderen festzumachen ist (vgl. Kutscher und Otto 2014, S. 293). Dies wurde vor allem entlang der Problematik um *voice inequality* deutlich, die sich in erster Linie auf soziale Aushandlungsprozesse bezieht und somit die Meinungsbildung im Netz beeinflusst. Vor einem bildungstheoretischen Hintergrund ist hier neben der publizistischen Kraft des Individuums, die Befähigung zur Herstellung von Sichtbarkeit innerhalb der unterschiedlichen sozialen Arenen und möglicherweise über einzelne digitale Räume hinweg von einiger Bedeutung, da sie zur Ausbildung von Selbst- und Weltreferenzen beitragen und somit eine Ausprägung von Reflexionsmustern mit sich bringen. Die Positionierungen finden dabei im Zuge der

sozialen Aushandlung statt, die nicht zwangsläufig dem Modus der Deliberation im engeren Sinne folgen müssen.

6.4.1 Individualität und persönliche Öffentlichkeiten

Mit der Ausdifferenzierung von Nutzungsweisen und im Hinblick auf die unterschiedlichen sozialen Kontexte ist zunächst eine Tendenz der Individualisierung zu erkennen. Indem sich das Individuum durch die Positionierungen im sozialen Raum ins Verhältnis zu anderen setzt, sei es im Zuge der Deliberation oder dem konflikthaften Handeln, entwickelt es Strategien im Umgang mit Reflexionsmustern. Das Individuum verortet sich im Verhältnis zu seiner Umwelt und beschreibt sich ausgehend von den eigenen Erfahrungen im Austausch mit anderen. Es erkennt sich selbst. Insofern ist Individualität unter Rückbezug auf Habermas in erster Linie nicht als „Singularität oder askriptives Merkmal“, sondern Eigenleistung gedacht, und „Individuierung als eine Selbstrealisierung des Einzelnen“ (Habermas 1992b, S. 190). Im Verhältnis von Individualität und Vergesellschaftung ist es nach Habermas die sprachliche Verständigung, die hier als Medium in doppelter Differenz eintritt:

„Die Identität vergesellschafteter Individuen bildet sich zugleich im Medium der sprachlichen Verständigung mit anderen und im Medium der lebensgeschichtlich-intrasubjektiven Verständigung mit sich selbst.“
(ebd., S. 191)

Ausgehend von Humboldt aber auch mit Blick auf Habermas habe ich bereits den Aspekt beschrieben, dass Sprache hier weiter gefasst im Horizont der Artikulation gedacht werden kann. Dadurch können die sozialen Kontexte im Netz über die Sprache entlang von audiovisuellen Artikulationen entfaltet werden, wie sie sich anhand von Praktiken des Social Sharings, Remix oder Mashups zeigen.

In diesem Zusammenhang lässt sich auf das von Schmidt (2011) herausgearbeitete Konzept der „persönlichen Öffentlichkeiten“ hinweisen, das sich insbesondere für die Befragung nach Bildungspotenzialen im Social Web als geeigneter Anknüpfungspunkt erweist. Persönliche Öffentlichkeiten sind nach Schmidt:

„[...] das Geflecht von online zugänglichen kommunikativen Äußerungen zu Themen von vorwiegend persönlicher Relevanz verstehen, mit deren Hilfe Nutzer Aspekte ihres Selbst ausdrücken und sich ihrer Position in sozialen Netzwerken vergewissern. [...] Persönliche Öffentlichkeiten entstehen an den Stellen im Netz, an denen Nutzer sich mit ihren eigenen Interessen, Erlebnissen, kulturellen Werken oder Meinungen für ein Publikum präsentieren, ohne notwendigerweise gesellschaftsweite Relevanz zu beanspruchen.“ (ebd., S. 107)

Diese Formen von Öffentlichkeiten sind als Positionierungen von Nutzenden zu verstehen, die sich im Rahmen persönlicher Interessen und Präferenzen einem Publikum

präsentieren, ohne zunächst eine gesellschaftliche Relevanz zu beanspruchen. Damit bietet das Modell der persönlichen Öffentlichkeiten eine Perspektivsetzung an, die kulturelle Praktiken im Social Web erfassbar macht und zugleich verdeutlicht, wie die Grenzen von Sender- und Empfängerrollen zunehmend aufgebrochen werden. Im Hinblick auf Wissensformationen und den Umgang mit Informationen wird gesellschaftliche Pluralität durch die vernetzten Öffentlichkeiten reproduziert, was zu einem Konflikt mit dem von Habermas dargelegten Konzept von Öffentlichkeit und den daran gebundenen normativen Vorannahmen führt. Die nach persönlicher Relevanz geteilten Inhalte müssen keinen besonderen Qualitätskriterien entsprechen. Texte müssen nicht „literarisch oder journalistisch“ sein (ebd., S. 191), um geteilt zu werden. Es finde eine zunehmende Entkopplung von Zugänglichkeit und gesellschaftlicher Relevanz statt, da es zur Herstellung von Öffentlichkeit keine große und professionelle Infrastruktur bedürfe (ebd.).

Die von Schmidt entwickelte Konzeption der persönlichen Öffentlichkeiten basiert grundlegend darauf, dass sich im Social Web verschiedene Nutzungspraktiken beschreiben lassen, die sich erst aus der wechselseitigen Verflechtung von Technologie und Sozialem ergeben. Subjektivierung meint also auch hier, dass der Technologie kein Subjekt vorausgeht, sondern erst der Umgang mit der Technologie und die Entwicklung von bestimmten, wie auch immer ausgeprägten Praktiken, zu Formen der Subjektivierung führt. Diese Praktiken grenzt Schmidt analytisch auf drei Bereiche ein. Es handelt sich um das *Identitäts-*, *Beziehungs-* und *Informationsmanagement*.

Das *Identitätsmanagement* bezieht sich auf den Umgang der Menschen mit sich selbst. Es geht grundlegend darum, wie sich Menschen selbst beschreiben, welche Daten sie von sich veröffentlichen und welche Erwartungshaltungen sie damit beim Publikum wecken. Die Selbstbeschreibung erfolgt also unter dem Blickwinkel der Selbstreflexion, indem es darum geht, wie man sich selbst sieht und letztlich in den unterschiedlichen sozialen Kontexten einordnet:

„Das Selbst bringt sich kontinuierlich neu hervor, um die eigene Identität an die Kontingenz, Ambivalenz und Unsicherheit der umgebenden sozialen Welt anzupassen.“ (ebd., S. 77)

Die Selbstbeschreibung sei nicht losgelöst von der sozialen Umwelt möglich, sie ist also in direkter Weise mit dem *Beziehungsmanagement* verschränkt (vgl. ebd., S. 86ff.). Die Frage, wie man sich selbst sieht, hängt ebenfalls damit zusammen, wie man von anderen gesehen wird. Durch das Social Web werden soziale Beziehungen nun explizit gemacht, indem man Kontakte bestätigt oder nicht, sein Netzwerk erweitert oder die Strukturen des Netzwerks verändert. Dies schließt den Umgang mit Unbestimmtheit insofern ein, als dass hier auch Unbekannte in das eigene Netzwerk eintreten können. Der Umgang mit den sozialen Beziehungen und die Abbildung von Freunden oder professionellen Kontakten fordert zur Reflexion darüber auf, wie dieses Netzwerk

gestaltet und beschaffen sein soll. Es bietet zugleich die Möglichkeit der eigenen Verortung, indem man sich selbst gegenüber den anderen sieht.

Das *Informationsmanagement* ist schließlich die dritte Praktik, die beschrieben wird. Es geht grundlegend um den Umgang mit Informationsbeständen jeglicher Art (vgl. Schmidt 2011, S. 96ff.). Dies kann die Erstellung nutzergenerierte Inhalte, das Verfassen eines Blogposts oder die Verwaltung eigener Fundstücke im Netz in Form von Bookmarks sein. Auch das Social Sharing, also der Umgang mit Informationen im eigenen Beziehungsnetzwerk, stellt einen Aspekt des Informationsmanagements dar. Es kann daher als eine Auseinandersetzung mit Welt begriffen werden, die das Subjekt-Objekt-Verhältnis in einer ganz bestimmten Form und abhängig von den strukturellen Gegebenheiten der Plattform berührt. Individuierung vollzieht sich demnach im Modus der sozialen Aushandlung innerhalb des jeweiligen Beziehungsnetzwerks.

Da Informationen in den persönlichen Öffentlichkeiten nach der individuellen Relevanz und somit ohne Anspruch auf Allgemeingültigkeit ausgewählt werden, entsteht eine Auseinandersetzung mit Themen und Informationen, die immer gekoppelt an die sozialen Beziehungen stattfindet, da sich die Informationen an ein bestimmtes Publikum richten oder aus einer Gruppe hervorgehen und dadurch mit dem Beziehungsnetzwerk verknüpft sind. Hieraus entstehen Geflechte von kommunikativen Äußerungen, die an den Modus der Konversation erinnern, teils jedoch auch dem Prinzip der Publizität entsprechen (vgl. ebd., S. 132).

Die persönlichen Öffentlichkeiten unterscheiden sich damit nicht nur von den Mechanismen des professionellen Journalismus, sondern sie können als eine Sphäre der Auseinandersetzung und Positionierung mit Themen verstanden werden, die zunächst lediglich von individueller persönlicher Relevanz sind und somit verschiedene Reflexionspotenziale zur Auseinandersetzung mit sich und der Welt aufweisen, da sie lebensgeschichtliche Aspekte beschreibbar machen und in den Prozess des sozialen Austauschs integrieren. Es sind die persönlichen Öffentlichkeiten, die auf das Selbst- und Weltverhältnis in Form der zu Grunde liegenden Praktiken verweisen und es den Individuen in besonderer Qualität ermöglichen, sich im Rahmen sozialer Aushandlungen wechselseitig zu erkennen und sich so ins Verhältnis zum Allgemeinen zu setzen. Hierfür muss sich das Individuum jedoch selbst fremd werden. Es muss sich von bisherigen Erfahrungsmustern, die Orientierung und Stabilität herstellen, abwenden, um so das Fremde oder das Neue zu erkennen, um bei der Rückkehr zu sich über weitere Erfahrungsmuster und die Perspektive des Anderen zu verfügen. Dieser Prozess der Entfremdung unterliegt jedoch den Bedingungen von Code insofern, als dass sich das Subjekt durchdrungen von den Sichtbarkeiten der digitalen Architekturen verortet und somit erst dieser Möglichkeitsraum eröffnet wird.

6.4.2 Ausdifferenzierung und Entkopplung

Entlang der Ausdifferenzierungen vor dem Hintergrund der Reproduktion sozialer Ungleichheiten im Netz wurden bereits einige Aspekte angesprochen, die an der Entfaltung eines sich emanzipierenden Publikums Zweifel aufkommen lassen. Schließlich ist die Herausbildung von unterschiedlichen Teilöffentlichkeiten eben nicht nur von aktiven Akteuren, sondern ebenso von passiven Rezipienten geprägt. Diesen Aspekt nimmt Habermas gut sechszehn Jahre später auf, indem er hinsichtlich des Netzes bemerkt, dass es nicht nur neugierige Surfer hervorgebracht habe, sondern auch „die historisch versunkene Gestalt eines egalitären Publikums von schreibenden und lesenden Konversationsteilnehmern und Briefpartnern wiederbelebt“ (Habermas 2008, S. 161). Das egalitäre Publikum kann hier also ins Verhältnis zur Fragmentierung der öffentlichen Strukturen gesetzt werden und so wiederholt Habermas die These der Schwächung von Öffentlichkeit durch die dezentralisierten Botschaften und vernetzten Möglichkeiten des Austauschs im Hinblick auf das Netz:

„Das Web liefert die Hardware für die Enträumlichung einer verdichteten und beschleunigten Kommunikation, aber von sich aus kann es der zentrifugalen Tendenz nichts entgegensetzen. Vorerst fehlen im virtuellen Raum die funktionalen Äquivalente für die Öffentlichkeitsstrukturen, die die dezentralisierten Botschaften wieder auffangen, selektieren und in redigierter Form synthetisieren.“ (ebd., S. 162)

Habermas vermisst in der digitalen Sphäre die funktionalen Äquivalente für die Öffentlichkeitsstrukturen, die jene bündelnde Kraft aufbringen und die verstreuten Informationen wieder auffangen und verdichten. Es ist der Journalismus, der diese bündelnde Kraft im Rahmen der massenmedialen Strukturen aufbringt, dessen Reichweite aufgrund der dezentralen Strukturen des Netzes jedoch eingeschränkt sind. Neuberger (2009) hält hierzu kritisch fest, dass der Journalismus diese Aufgabe auch im Internet erfüllt und somit „als Bindemittel den Zerfall der Öffentlichkeit“ verhindert (ebd., S. 20). Man kann Journalismus in einer solchen Lesart als Gatekeeper verstehen, wodurch Themen für das jeweilige Publikum selektiert und aufbereitet werden. Interessant ist dabei die Entwicklung des Marktes, denn die klassischen Prinzipien der Print- und Massenmedien werden durch die Architektur des Netzes ausgehebelt, sodass hier eine Bewegung vollzogen wird, die sich dieser offenen und dezentralen Architektur anpasst, indem man Angebote auch im Netz zur Verfügung stellt. Das ist nicht deswegen bemerkenswert, weil hier eine gewisse Dynamik zu verzeichnen ist, sondern weil ein ganz grundlegendes Prinzip der klassischen Kulturindustrie weiter aufbricht. Während es früher Zeitschriften und andere Presseerzeugnisse waren, die in einem Gesamtangebot präsentiert und verkauft wurden, findet eine strukturelle Fragmentierung ebenfalls in den Verlagen statt, die ihre Angebote ins Netz stellen. Durch den Online-Journalismus ist die Leserschaft nicht mehr an einen Herausgeber gebunden, Informationen können

vielerorts und selektiv bezogen werden. Dabei haben sich nicht nur die Distributionswege verändert, es wurden auch klassische Prinzipien des Printjournalismus vor neue Herausforderungen gestellt. Gleichzeitig wird hierdurch eine direkte Rückkopplung zu den Rezipienten durch verschiedene Kommunikationskanäle, wie Kommentarfunktionen oder Chats, möglich. In einer solchen Betrachtung wird das Augenmerk daraufgelegt, dass die Mechanismen der Massenmedien auf das Netz übertragen werden.

Was sich an dieser Entwicklung aufzeigen lässt, ist eine Suchbewegung von institutionalisierten Systemen, die sich nun der Wirkmacht des Netzes in seiner vielfältigen Ausprägung konfrontiert sehen und gewissermaßen auf diese Entwicklungen reagieren müssen. Es wird damit also ein ganz natürlicher Veränderungsprozess sichtbar, bei dem das Netz klassische Strukturen aufbricht, dazu auffordert, die digitalen Technologien in diese Bereiche eindringen zu lassen, und schließlich von innen heraus teilweise gar neu definiert. In dieser Perspektivsetzung wird also eine kontinuierliche Entwicklung angenommen und sichtbar gemacht. Diese allein auf das innovative Potenzial des Netzes zu beschränken, wäre jedoch naiv, es zeigt sich hier vielmehr, dass kommerzielle Interessen und Marktpositionierungen dazu führen, dass sich Unternehmensstrukturen verändern und das Angebot an publizistischen Erzeugnissen zumindest teilweise in einer neuen Form aufbereitet, präsentiert und letztlich auch vertrieben wird. Nach Imhof (2011) zeichne sich hierbei eine Tendenz ab, die den neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit in einer weiteren Facette beschreibt, indem er kritisch anmerkt, dass an die Stelle der rasonierenden Bürger nun populistische Medienstrukturen treten würden, die analog zum Phänomen der Echokammern keine kritische Kraft entwickeln, da „die Sozialfigur des Journalisten sich primär an Seinesgleichen“ orientiere und „das thematisiert, was alle thematisieren oder von dem er ausgeht, dass es alle thematisieren werden“ (ebd., S. 248).

Eine etwas weniger pessimistische Perspektivsetzung als jene der kontinuierlichen Fortentwicklung bestehender Strukturen lässt sich mit Benkler (2006) beschreiben, der darauf aufmerksam macht, dass sich im Netz Praktiken entwickeln, die sich von jenen der Massenmedien grundlegend unterscheiden. Erst durch eine Kultur des offenen Austauschs von Informationen konstituiert sich ein öffentlicher Raum, der frei von administrativ-regulatorischen Eingriffen eine öffentliche Meinung hervorbringen kann und so dem demokratischen Ideal recht nah kommt (vgl. ebd., S. 184f.). Dezentralität und Vernetzung sind für Benkler die entscheidenden Merkmale, die dem Netz seine demokratisierende Wirkung einverleiben. Zentralistische Strukturen, wie sie sich entlang der Massenmedien herausgebildet und institutionalisiert haben, stehen der freien und offenen Vernetzung entgegen. Dabei spielt auch die Verteilung der Internetdienstanbieter eine entscheidende Rolle:

„The risk of concentration in broadband access services is that a small number of firms, sufficiently small to have economic power in the

antitrust sense, will control the markets for the basic instrumentalities of Internet communications.“ (ebd., S. 240)

Ich werde mich im nachfolgenden Kapitel mit den Auswirkungen der infrastrukturellen Entwicklungen des Netzes unter dem ökonomischen Einfluss am Beispiel der Netzneutralitätsdebatte vertiefend widmen, weshalb der von Benkler vorgebrachte Aspekte hier lediglich als Hinweis für die neue Qualität des Netzes hinsichtlich sozialer Praktiken aufgefasst werden soll (vgl. Kapitel 7).

Das Netz ermöglicht die niederschwellige Teilnahme an öffentlichen Diskursen, fordert jedoch gleichzeitig zu einer aktiven Haltung der Individuen auf, die sich von dem Prinzip der passiven Leserschaft qualitativ und quantitativ unterscheidet:

„The change is as much qualitative as it is quantitative. The qualitative change is represented in the experience of being a potential speaker, as opposed to simply a listener and voter. It relates to the self-perception of individuals in society and the culture of participation they can adopt. The easy possibility of communicating effectively into the public sphere allows individuals to reorient themselves from passive readers and listeners to potential speakers and participants in a conversation.“ (ebd., S. 213)

Für Benkler ist die beobachtende und verantwortungsvolle Haltung der Individuen gegenüber der Gesellschaft von Bedeutung. Wie schon Klafki (1985) hinsichtlich der Bewusstwerdung von gesellschaftlichen Problemen und der Bereitschaft zur Teilhabe thematisierte, findet man diese Bewusstwerdung hier als voraussetzungsvolles Merkmal zum Gelingen von öffentlicher Kommunikation.

Auch Castells (2009) hat mit der zuvor beschriebenen *mass-self communication* auf die verschiedenen Implikationen der digital vernetzten Praktiken hingewiesen und die Möglichkeit der niederschweligen Teilhabemöglichkeiten stark gemacht. Was sich bei dieser Entwicklung und der Herausbildung der neuen Praktiken im Netz beobachten lässt, ist eine Entwicklung hin zur persönlichen Relevanzsetzung der einzelnen Menschen. Diese Entwicklung habe ich im Hinblick auf die Frage der Diskursivität unter Bezugnahme auf die Konzeption von *persönlichen Öffentlichkeiten* nach Schmidt (2011) aufgezeigt (vgl. Kapitel 6.4.1). Die Qualität der vernetzten Öffentlichkeiten ergibt sich erst aus den ihr zu Grunde liegenden Praktiken sowie ihren verschiedenen Akteuren. Sowohl die Kontexte und Akteure als auch die Praktiken unterscheiden sich von den jeweiligen sozialen Arenen, der gemeinsame Nenner bleibt jedoch die architektonische Infrastruktur des Netzes. Sie bestimmt grundlegend, welche Möglichkeiten eröffnet werden und welche nicht.

Für Habermas ist die Bündelung der einzelnen Bereiche zu einem Ganzen und die Kondensierung der verschiedenen Themen zu einer öffentlichen Meinung ein integrales Prinzip zur Konstitution von Öffentlichkeit. Es ist daher nicht verwunderlich, dass er dem Netz eben jene Leistung der Kondensierung zunächst abspricht. Da das Netz jedoch

durch die dezentrale und vernetzte Struktur ein sich selbst regulierender Kulturraum ist, bleibt zu fragen, inwiefern ein solches Korrektiv überhaupt nötig ist.¹¹⁸ Für die Herausbildung einer öffentlichen Meinung ist diese Heterogenität zwar ein strukturelles Problem, für die Entfaltung von Bildungspotenzialen stellt sie jedoch einen besonders geeigneten Möglichkeitsraum dar. Wenn sich das Netz nun in gewisser Weise selbst reguliert, dann ist dies maßgeblich auf die ihm zu Grunde liegenden Strukturen zurückzuführen. Indem sich der Journalismus, wie nahezu alle anderen Bereiche ebenfalls, den technologischen Prinzipien des Netzes bedient, unterwirft er sich den Regeln des Netzes insofern, als dass hier auf die offene Architektur aufgebaut wird, um das eigene Interesse des Absatzes sowie der Informationsbündelung zu verfolgen. Dies ist abermals ein Indikator auf die von Lessig (1999, 2010) beschriebene Wirkmacht des Codes, der hier als eigentliche Basis zur Konstitution von Öffentlichkeit gesehen werden kann, da er das Fundament sowohl auf Ebene der Soft- als auch der Hardware bildet.

Im Hinblick auf die Software werden die Mechanismen der Informationsbeschaffung schließlich maßgeblich durch Algorithmen der Filterung, Selektion und Suchbarkeit beeinflusst. Die Synthese der Themen erfolgt also nicht bloß durch professionelle menschliche Akteure, sondern maßgeblich ebenso durch automatisierte Maschinenprozesse. Das ist insofern interessant, als dass Algorithmen der Selektion hier nicht nur eine fragmentierende Wirkung beigemessen werden kann, sondern auch Themen gebündelt werden. Ein Beispiel hierfür stellen die Trends bei Twitter dar (vgl. Gillespie 2017, S. 85f.). Die Algorithmen beobachten das Verhalten der Teilnehmenden Akteure sowie ihre thematischen Präferenzen und bündeln die Masse an Beiträgen in Form von Trends. Besonders nachhaltig wird dies bei politischen oder gesellschaftlichen Großereignissen deutlich. Wenn beispielsweise Krisen in Form von Terroranschlägen zu verzeichnen sind, dann dienen die Algorithmen als Seismographen der gesellschaftlichen Lage. Algorithmen übernehmen somit eine beobachtende Funktion. Sie beobachten das gesellschaftliche Zusammenleben und dienen somit ebenfalls dem Journalismus als günstige Anlaufstelle, wenn es um die Sondierung relevanter Themen geht. Dies geschieht vornehmlich auf der Seite von Software.

Die Hardware hingegen stellt die Basis für individuelle Nutzungsweisen und Kontexte dar, wie man es insbesondere an der Entwicklung der mobilen Endgeräte in Form von Smartphones tagtäglich sehen kann. Die Beobachtungen durch Menschen werden erst durch die gesteigerte Mobilität besser möglich und somit verlässlicher. Die Hardware ist damit zugleich die Grundlage für eben jene algorithmischen Operationen, die nicht ohne Hardware existieren können, sei es durch das Smartphone oder die Serverfarm. Die Sichtbarkeit dieser algorithmischen Prozesse ist jedoch nur teilweise und wenn

¹¹⁸Ich beziehe die von Habermas verwendete Bezeichnung des Webs hier auf das Internet und nicht bloß auf das World Wide Web, da das Internet als grundlegende Infrastruktur eine weitergehende Perspektive zulässt, schließlich ist das Web im Sinne des WWW lediglich einer von vielen Diensten im Internet.

überhaupt meist an den Schnittstellen der Anwendungsbereiche gegeben. Man kann beispielsweise Trends anzeigen lassen oder selbst Themen vorschlagen und hoffen, dass sie die Allgemeinheit erreichen und somit die Parameter beeinflussen. Es ist jedoch ungleich schwerer, die Algorithmen bei Twitter aktiv zu verändern, da dies dem Unternehmen vorbehalten ist. Diese Diskrepanz von Sichtbarkeit und weitestgehend unsichtbarer Infrastruktur spielt für die Wahrnehmung von Algorithmen und ihren Funktionen eine entscheidende Rolle, da sich Prozesse der Subjektivierung hier entlang unbestimmter oder nur schwer durchdringbarer Faktoren vollziehen. Dies ist insofern problematisch, als dass jene Wirkweisen häufig erst dann wahrgenommen werden, wenn sie der Sichtbarkeit unterliegen. Nun sind gerade Filter- und Selektionsalgorithmen dahingehend konzipiert, dass sie Komplexität reduzieren indem sie Sichtbarkeit nur in einem eingeschränkten Maße herstellen.

6.5 Zwischenfazit

In diesem Kapitel ging es zunächst darum, auf die Verflechtungen von Öffentlichkeit und der Architektur des Netzes hinzuweisen. Die von Habermas aufgestellten normativen Vorannahmen zur Herstellung von Öffentlichkeit und das Gelingen des rationalen Diskurses konnten weitestgehend auf die Strukturmerkmale des Netzes abgebildet werden. Dabei zeigt sich eine tiefe Verschränkung von sozialen Strukturen mit den technologischen Rahmenbedingungen. Das Gelingen eines herrschaftsfreien Diskurses wird strukturell bereits auf der Ebene des Zugangs zum Internet problematisiert, wie ganz grundlegend entlang des *first-level-digital divide* aufgezeigt werden konnte. Zwar bietet das Netz aufgrund seiner offenen Architektur die Grundlage der freien Deliberation, jedoch steht die Dezentralität der Bündelung einzelner Bereiche diametral gegenüber.

Daraus ergibt sich eine neue Qualität des Öffentlichkeitsbegriffs, wie es entlang der *vernetzten Öffentlichkeiten* mit Castells (2000, 2009, 2012) oder der *persönlichen Öffentlichkeiten* nach Schmidt (2011) gezeigt wurde. Indem sich jeder selbst artikulieren kann, fungiert das Internet als Bühne zur Inszenierung des Selbst. Die digitalen Architekturen der sozialen Räume fordern dazu auf, sich während der Artikulation ebenso zu präsentieren. Daraus entsteht eine doppelte Differenz, die sowohl auf das Selbstverhältnis als auch auf das Verhältnis zum jeweils anderen gerichtet ist. Indem die Selbstrepräsentation eine entscheidende Rolle beim Diskurs erfährt, ist sie nicht von der Interaktion zu trennen. Das Subjekt konstituiert sich im kommunikativen Prozess, da es hier die Möglichkeit bekommt, andere Akteure aber auch sich selbst zu beobachten. Es erkennt sich selbst in den Auseinandersetzungen mit den Anderen.

Hier könnte man abermals die Perspektive Arendts anführen, bei der das Handeln im öffentlichen Raum von grundlegender Bedeutung für die Herstellung von Freiheit zu verstehen ist. Das Handeln im Netz bezieht sich dabei einerseits auf den inhaltlichen

oder medial artikulierten Prozess der Teilnahme an sozialen Aushandlungen, es bezieht sich allerdings zugleich auf die Repräsentation der eigenen Person. Das Netz liefert also auf strukturaler Ebene bereits verschiedenartige Anlässe zur Reflexion über die eigene Identität und das Verhältnis zur Welt. Es bietet die Möglichkeit zur Entfaltung der eigenen Perspektiven, sei es über das eigene Blog, in sozialen Netzwerken, digitalen Spielwelten oder kollaborativen Gemeinschaften. Marotzki spricht in diesem Zusammenhang von der „Reflexivität des Mediums“ (Marotzki 2008, S. 12) und weist darauf hin, dass die medialen Artikulationen je nach Kontext und Struktur von unterschiedlicher Qualität geprägt seien (vgl. ebd., S. 12). Für die Betrachtung von Öffentlichkeit ist es dabei von Bedeutung, dass die medialen Artikulationen, ganz gleich wie sich ihr reflexives Potenzial entfaltet, nicht von der Positionierung und somit von der Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu trennen sind und die vermittelte Diskussion demzufolge stets auch eine Frage der Formgebung ist.

In Anlehnung an Arendt kann die Entwicklung vom *second-level-digital divide* und einer *voice inequality* kritisch interpretiert werden. Da es trotz des demokratischen Potenzials nicht jedem möglich ist, seiner Position zu Sichtbarkeit zu verhelfen und sich schließlich Gehör zu verschaffen. Im Hinblick auf die Gleichberechtigung der am Diskurs teilnehmenden Akteure werden damit zugleich Einwände hervorgebracht, die sich gegen einen herrschaftsfreien Diskurs und den Zwang des besseren Arguments richten. Bildungstheoretisch sind diese Problemlagen jedoch keineswegs als determinierend zu sehen, da Bildungsprozesse im Sinne des transformatorischen Prozessgeschehens auch als Umgang mit Grenzen und deren Deutungsweisen verstanden werden können. Die Definition von Grenzen kann hierbei sehr breit ausgelegt werden, sie reicht von Exklusionsmomenten in sozialen Prozessen über Grenzen des Verstehbaren hin zu existenziellen Problemstellungen. Es liegt bei den Menschen, ob sie Grenzen als unüberwindbare Schranken oder Herausforderungen begreifen, die Reflexion darauf stelle jedoch eine Grundstruktur von Bildung dar und könne somit als Bildungsarbeit verstanden werden (vgl. Jörissen und Marotzki 2009, S. 34). Grenzen können im kreativen Umgang mit der Technologie ebenso erweitert werden, wie anhand einiger Beispiele aufgezeigt wurde. Demnach lassen sich entlang der Technologien und den sozialen Praktiken trotz ihrer empirisch beobachtbaren sozialen Schließungsphänomene Bildungspotenziale zuschreiben. Dies liegt nicht zuletzt darin begründet, dass hier von Formen der Subjektivierung ausgegangen wird, die sich erst im Wechselspiel von Technologie und Sozialität ergeben, also aus den sozialen Praktiken hervorgehen.

Die höchst unterschiedlichen Praktiken der vermittelten Kommunikation innerhalb vernetzter Öffentlichkeiten stellen ferner das Prinzip der Publizität grundlegend in Frage. Die von Kant beschriebene Idee, dass jeder sich einer weltweiten Leserschaft mitteilen könne, ist durch das Netz zumindest technologisch möglich geworden, dennoch gibt es verschiedene Einwände, die zur Reichweitenbegrenzung auch in digitalen Räumen beitragen. Sie befinden sich grundlegend im Spannungsfeld von transnationalen

Öffentlichkeiten und lokal beziehungsweise national gebunden Relevanzbeschreibungen der Akteure. Daneben werden weitere Barrieren sichtbar respektive thematisierbar, die sich durch die digital vernetzten Öffentlichkeiten ergeben. So stellen zum Beispiel sprachliche Barrieren, die nach wie vor existent sind und vor allem den Zugang zu fremden Kulturen und Subkulturen beeinflussen, einen entscheidenden Faktor bei der Herstellung von Öffentlichkeit dar. Selbst wenn man statt eines eng gefassten Sprachbegriffs ein weites Verständnis der medialen Artikulation einräumt, ergeben sich soziokulturelle Ausdifferenzierungsprozesse, die zur jeweiligen Selbstbeschreibung der sozialen Gruppe ebenso Mechanismen der Ausgrenzung hervorbringen. Hinzukommend zeigt sich, dass Algorithmen einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Synthese der Themen und somit die individuelle Meinungsbildung haben können. Doch es wäre eine verkürzte Perspektive anzunehmen, dass die Technologie hier als nichtmenschlicher Akteur allein ins Feld tritt, schließlich werden Dienste und damit die Möglichkeiten der Artikulation von Menschen konzeptioniert, implementiert und weiterentwickelt.

Das Netz reproduziert bestehende soziale Ungleichheiten in unterschiedlicher Ausprägung, wie unter Rückbezug auf die Studien von Hargittai (2002), Klein (2007) und Zillien (2009) grob aufgezeigt werden konnte. Damit stehen die sozialen Aushandlungsprozesse im Netz in direkter Abhängigkeit zu den technologischen Rahmenbedingungen, weshalb die Vermutung naheliegt, dass auch Algorithmen in ihrer Ausprägung und Struktur von den jeweiligen Selbst- und Weltbildern der Entwicklerinnen und Entwickler geprägt sind. Zwar basiert das Netz in seiner Architektur auf grundlegend offene Standards, jedoch gibt es einen erheblichen Spielraum bei der Implementation von Algorithmen. Bereits am Netzwerk wurde gezeigt, dass die unterschiedlichen Schichten des OSI-Referenzmodells zwar grundlegend voneinander unabhängig sind, eine faktische Umsetzung jedoch keineswegs auf eine strikte Trennung der Schichten bestehen muss. Die offene Architektur des Netzes muss sich also auf der Ebene der Anwendungen keineswegs an freien Prinzipien orientieren, wie Zittrain (2008) an den *walled gardens* nicht nur als Technologiekonzept, sondern vor allem auch als Geschäftsmodell besonders deutlich aufzeigt.

Algorithmen sind für viele Unternehmen heute eine notwendige Grundlage, um am Markt bestehen zu können, für manche Unternehmen gar die einzige Existenzgrundlage, weshalb die Algorithmen allein schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht frei und offen sein können. Damit wird eine Beurteilung auf die Implementation von Normen und Werten meist nur an den jeweiligen Oberflächen und Ausprägungen der Software sichtbar.

7 Code und gesellschaftliche Transformationsprozesse

Im vorangegangenen Kapitel wurde das Internet ins Verhältnis zu der von Habermas entworfenen Konzeption von Öffentlichkeit gestellt und unter Berücksichtigung verschiedener sozialer Praktiken diskutiert. Es ging mir dabei um die den Technologien eingeschriebenen Reflexionspotenziale, die sich schließlich im komplexen Gefüge sozialer Aushandlungen entfalten können. In diesem Teil soll es nun um eine Perspektivsetzung auf die rechenbasierte Infrastruktur gehen, die sich entlang unterschiedlicher Transformationen und Entwicklungen festmachen lassen.

Die verschiedenartigen Entwicklungen lassen sich hinsichtlich des hier verfolgten Erkenntnisinteresses auf *drei* zentrale Aspekte verdichten. Beim ersten Aspekt handelt es sich um die *disruptive* aber auch *synthetisierende* Kraft von Algorithmen in Abhängigkeit zu sozialen Praktiken im Netz. Dabei lässt sich ein ambivalentes Verhältnis beschreiben, das sich zunächst auf die Herstellung von Öffentlichkeit auswirkt und zugleich das Verhältnis von Selbst- und Welt bei der Herstellung von Orientierung berührt, da die hohe Dynamik und Komplexität der vernetzten Öffentlichkeiten den Umgang mit Unbestimmtheit in einer besonderen Qualität betrifft, schließlich handelt es sich um Prozesse, die sich der Sichtbarkeit für die Akteure entziehen, jedoch in ihren Wirkweisen durchaus spürbar erscheinen.

Hieran lässt sich der *zweite Aspekt* anknüpfen. Es geht dabei um *die Abhängigkeiten der Werte und Normen*. Digitale Architekturen, das wurde bereits gezeigt, sind keineswegs losgelöst vom Sozialen ausreichend zu beschreiben. Auch wenn es sich weitestgehend um automatisierte Abläufe und rechenbasierte Prozesse handelt, liegen den digitalen Architekturen unterschiedliche Werte zu Grunde, die sich in der Umsetzung in Form von Regelsystemen zeigen. Abläufe werden klar strukturiert und zunächst vorgeschrieben. Dies beginnt bei den Möglichkeiten, die implementiert sind, um sich selbst zu beschreiben, geht über die strukturellen Modi der vermittelten Kommunikation hin zu Steuerungen der Verhaltensweisen in Form von Maßnahmen der algorithmischen Reduktion von Komplexität.

Aus diesen beiden Bereichen lassen sich schließlich die Entwicklungen thematisieren, die sich in erster Linie an infrastrukturellen Fragen hinsichtlich der Erscheinungsform und tieferliegend anhand ökonomischer Wandlungsprozesse beschreiben lassen und so die Konzeption von Öffentlichkeit einerseits zur Aktualisierung auffordert. Andererseits

gehen daraus neue Herausforderungen zur Bestimmung eines theoretisch fundierten Bildungsbegriffs hervor, da die Komplexität gerade durch jene Architekturen gesteigert wird, die sie eigentlich reduzieren sollen. Der dritte Aspekt umfasst also die ambivalente Problematik der *Unabgeschlossenheit*. Verdeutlichen lässt sich dies beispielhaft an der Debatte um Netzneutralität. Hier werden die komplexen Veränderungsprozesse vor einem kommerziellen Hintergrund thematisierbar. Dabei spielt die zunehmende Auflösung der Trennung von Struktur und Inhalt sowie die Konvergenz unterschiedlicher Medienangebote und Dienste eine entscheidende Rolle. Sie wirkt sich in direkter Konsequenz auf den Zugang zu digitalen Ressourcen und die Nutzungsweisen aus und berührt letztlich auch Grundfragen zur offenen und dezentralen Struktur des Netzes.

7.1 Zwischen Disruption und Synthese

Entlang der Diskussion zur Publizität im Netz sowie den Effekten von Filterblasen und Echokammern konnte im vorangegangenen Kapitel ein ambivalentes Bild der algorithmischen Strukturen verdeutlicht werden. Algorithmen haben keineswegs nur eine disruptive Auswirkung auf vernetzte Öffentlichkeiten, sie synthetisieren auch Kommunikationsräume, indem Daten unter bestimmten Bedingungen automatisiert erfasst und aufbereitet werden. Ein Beispiel für die Herstellung von Öffentlichkeit durch Algorithmen sind die Trendthemen auf Twitter. Auf Basis algorithmischer Berechnung werden häufige Vorkommnisse in den Tweets der Nutzenden zu Themen auf ein Schlagwort verdichtet und dann als Trends vorgeschlagen. Indem es sich hierbei um Quantifizierungen von einzelnen Aussagen unter einer bestimmten Begriffsverwendung handelt, stellt sich die Frage nach der Manipulierbarkeit der Themen. Diese ist grundsätzlich dann möglich, wenn ein Thema ein anderes Thema rein quantitativ überlagert. Ein Mittel zur Einflussnahme stellen Social Bots dar. Es handelt sich dabei unter anderem um automatisierte Benutzerkonten in sozialen Netzwerken, die auf bestimmte Eingabeparameter im Diskurs reagieren und sich dann mit definierten Antworten oder Beiträgen einschalten.¹¹⁹ Indem es sich dabei um eine Vielzahl von Konten handelt, die zunächst den Anschein eines menschlichen Akteurs vermitteln können, wenn sie über verschiedene digitale Attribute der Selbstbeschreibung verfügen, wird die Kommunikationssituation strukturell beeinflusst.¹²⁰

¹¹⁹Dies ist nur eine Ausprägung von vielen, die Social Bots verkörpern können. Social Bots müssen längst nicht nur auf einer Plattform laufen, sie können auch auf eigenen Servern auf Inhalte anderer Plattformen zugreifen, wie Geiger (2014) am Beispiel von Wikipedia-Bots aufzeigt. Das Beispiel von Bots, die auf den Plattformen laufen, erscheint mir hier jedoch hilfreich, da sowohl die Herstellung von Öffentlichkeit als auch das reflexive Gehalt in einer besonderen Qualität bei dieser Form von Social Bots berührt werden.

¹²⁰Kritisch zu hinterfragen wäre die tatsächliche Reichweite und Wirkmacht dieser automatisierten Skripte. Zwar erfahren sie anlässlich aktueller politischer Debatten eine gesteigerte Bedeutungszuweisung, jedoch scheint dies auch das Resultat einer starken Mystifizierung zu sein.

Doch es sind genau genommen nicht die Social Bots, die Meinungsbildungsprozesse manipulieren, es sind Menschen, die hinter den meist recht einfachen Skripten stehen und somit die Sichtbarkeiten für gewisse Ideen oder Meinungen herstellen.¹²¹ Die Bots selbst nehmen dabei lediglich eine Stellvertreterposition ein und können, je nach Zweck und Konzeption, im Grunde diese Prozesse automatisiert gestalten, die beispielsweise der Troll zuvor selbst manuell übernommen hat. In einem solchen Verständnis lassen sich Bots als digitale Materialitäten beschreiben, die als das Produkt einer medialen Artikulation zu verstehen sind. Zugleich sind sie als Prozess zu begreifen, da sie zwar automatisiert, jedoch nicht willkürlich auf die Diskurse reagieren und somit die implementierten Perspektiven der Ersteller verkörpern.

Betrachtet man diese Konzepte ganz unvoreingenommen, sind es Automatisierungsroutinen, die dafür genutzt werden können, um Themen und Interessen zu verbreiten und damit eine Öffentlichkeit herzustellen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die gleichen Prinzipien, die vor allem im Kontext politischer Meinungsbildung so kritisch aufgeladen diskutiert werden, auch von Unternehmen und journalistischen Institutionen zur effektiven Verarbeitung von Daten und Themen sowie der Herstellung von Sichtbarkeit eingesetzt werden. Social Bots können dann dazu dienen, Themen unsichtbar zu machen, indem einfach andere Themen in den quantifizierbaren Mittelpunkt des Interesses gerückt werden. Unsichtbarkeit heißt in diesem Fall nicht die datenseitige Löschung einer Interessensgruppierung, sondern bedeutet lediglich, dass so viel Rauschen durch ein anderes Thema erzeugt wird, um das ursprüngliche Thema oder die Position unauffindbar zu machen. Für die an der Interaktion teilnehmenden Menschen heißt dies zunächst, dass sie erkennen müssen, ob es sich um einen Social Bot handelt oder nicht.¹²² Damit ist den Social Bots allein aufgrund ihrer wie auch immer beschaffenen Gestalt ein reflexives Potenzial eingeschrieben, indem sie Distanzierungsmöglichkeiten eröffnen. Dieses Potenzial kann sich jedoch erst in der Ausführung der Skripte, also ihrer Anwendung sowie der Interaktion mit den Nutzenden, entfalten.

Es ist interessant, dass der Wegbereiter für die massenhafte Verbreitung von Social Bots nach Leistert (2017) die kommerziellen Plattformen seien, die eine Durchlässigkeit

¹²¹Ein hochgradig spannendes Beispiel hierfür ist der von Microsoft entwickelte Chatbot Tay, der im Dezember 2015 auf Twitter online ging und innerhalb weniger Stunden durch Beobachtung der Twittersphäre rassistische und antisemitische Äußerungen reproduzierte, Minderheiten angriff und schließlich recht schnell wieder deaktiviert wurde. Das Twitter-Konto ist zwar noch sichtbar, die Inhalte sind jedoch geschützt <https://twitter.com/tayandyou> (Stand: 15.02.2017).

¹²²Eine interessante Initiative zur Sichtbarmachung der Strukturen von Social Bots ist „Botswatch“ (<http://botswatch.de/>). Ehrenamtlich werden von einem interdisziplinären Team (Journalismus, Webentwicklung, Digitalstrategie) unterschiedliche Aufkommen von Social Bots in politischen Debatten untersucht und deren Reichweite thematisiert. Somit trägt das Team zur Aufklärung über diese Prozesse bei, indem aufgezeigt wird, wie sich die nicht-menschlichen Akteure unter anderem an der Anschlusskommunikation der massenmedial hergestellten Medienöffentlichkeit beteiligen. Auch das Projekt „Bot or Not?“ (<http://truthy.indiana.edu/botornot/>) untersucht Twitterkonten und bietet die Möglichkeit, einzelne Konten selbst zu überprüfen, ob es sich um einen Bot oder einen menschlichen Akteur handelt.

erst durch ihre Architektur ermöglichen würden. Diese Form der Skripte ist ein Signum für die ökonomischen Entwicklungen der digitalen Sphäre. Sie beschreibt zugleich die weitere Entkopplung des Mediensystems vom Politischen. Bots docken an die Plattformen an und formen somit die Kanäle unbezahlter Arbeitsprozesse um (vgl. Leistert 2017, S. 225). Indem die Quantifizierung von Beziehungsnetzwerken zur Herstellung von Sichtbarkeit als Ware längst in der Kulturindustrie sei, genüge es nicht mehr, lediglich nach der jeweiligen Ausprägung zu fragen, wenn man diese vielschichten Entwicklungen begreifbar machen wolle. Es geht um die dahinterstehenden Prinzipien des Marktes, die es zu betrachten gilt, um die Auswirkungen der kulturellen Praktiken, die lediglich ein Symbol dieser Prozesse sind, zu beschreiben. Für die Herstellung von Öffentlichkeit aber auch für das Gelingen einer demokratisch verfassten Gesellschaft ist eine solche Perspektivsetzung auf Medialität unabdingbar, schließlich handelt es sich hier in letzter Instanz um algorithmisch produzierte Öffentlichkeiten. Eine Hilfestellung bietet hier der Blick auf die strukturellen Merkmale und deren Veränderungsprozesse. Die daraus hervorgehenden Inhalte sind dann lediglich Ausdruck austauschbarer Symboliken, die sich in ihrer Beschaffenheit verändern, neu anordnen sowie auflösen können.

Die Ambivalenz von Disruption und Synthese wurde hier entlang des Beispiels von Social Bots aufgezeigt. Diese können Sichtbarkeiten herstellen und so Akteuren und Gruppierungen Gehör verschaffen, denen es ohne die technologischen Eingriffe nicht möglich wäre. Sie können aber auch als Praktik verstanden werden, um die Blicke in bestimmte Richtungen zu lenken. Sie nehmen somit eine Steuerungsfunktion ein, deren kontrollierende Akteure in diesem Prozess im Hintergrund stehen. Die Qualität und Wirkweise der Social Bots hängt in erster Linie von den implementierten Werten im doppelten Sinne ab: Formal geht es um die Werte im Sinne von Eingabeparametern, auf die das Skript reagiert, und im sozio-technologischen Gefüge um das Weltbild, die jeweilige politische, soziale oder kulturelle Position, die das System in der Interaktion repräsentiert und die darüber zum Ausdruck gebracht wird. Letzteres berührt grundlegend jedes rechenbasierte System.

7.2 Die Abhängigkeiten der Werte und Normen

Schon vor mehr als zwanzig Jahren haben Friedman und Nissenbaum (1996) darauf aufmerksam gemacht, dass rechenbasierte Systeme nicht neutral sind, sondern von bestehenden sozialen, technischen und aus der Nutzung hervorgehenden emergenten Verzerrungen geprägt seien (vgl. ebd., S. 332f.). Ein System ist schon dann nicht mehr neutral, wenn es im Designprozess entworfen und schließlich umgesetzt wird, da hier zumindest implizit Werte sowie Normen und damit Weltbilder in die Architektur eingeschrieben werden:

„Preexisting biases may originate in society at large, in subcultures, and in formal or informal, private or public organizations and institutions. They can also reflect the personal biases of individuals who have significant input into the design of the system, such as the client or system designer.“ (ebd.)

Die Konzeption und das Design spielen dabei, wie Friedman und Nissenbaum herausstellen, eine kritische Rolle, da bereits während der konzeptionellen Phase Entscheidungen zur Architektur getroffen werden, die von den Werten und Weltbildern der an diesem Prozess beteiligten Akteure beeinflusst sind. Daneben gibt es Verzerrungen auf technischer Ebene, die sich darin beschreiben lassen, dass die Umsetzung eines Designs ebenso von der technischen Machbarkeit beeinflusst wird und damit nicht zuletzt ein kompromissbehafteter Prozess sein kann. Dies betrifft sowohl Hardware als auch Software. Schließlich beschreiben Friedman und Nissenbaum emergente Verzerrungseffekte, die sich erst im Anschluss an den Produktionsprozess aus den Nutzungspraktiken ergeben, wenn das System bereits im Einsatz ist. Diese Emergenz begründen sie mit den sich aus der Interaktion entwickelnden Wertzuschreibungen sowie den gesellschaftlichen und kulturellen Veränderungsprozessen.¹²³

Berücksichtigt man die Perspektive von Friedman und Nissenbaum bei der Herstellung von Sichtbarkeit im Netz, zeigt sich, dass die Verflechtung von Werten und Weltbildern mit technologischen Konzeptionen weitaus tiefergehend ist und mehr berührt als die bloße Erscheinung in Form der Anwendung. Die hohe Dynamik ergibt sich aus den Verflechtungen der Veränderungsprozesse in technologischer und sozialer Hinsicht. Beide greifen ineinander, beide verweisen jedoch auch auf unterschiedliche Implikationen. Gerade im Zusammenspiel ergeben sich Reflexivitätspotenziale, da die Herausbildung von Praktiken im Umgang mit den digitalen Architekturen und den gemachten Erfahrungen als Anlässe zur Transformation von Selbst- und Weltverhältnissen gesehen werden können, indem hier der Umgang mit kulturellen Traditionen und Normen entlang technologischer Symboliken abgebildet wird. Die vernetzten und rechenbasierten Architekturen stellen somit Angebote bereit, sich mit der Welt auseinanderzusetzen. Indem sich die Systeme in nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche

¹²³Im Hinblick auf Designfragen wird daher deutlich, weshalb es sich bei Software meist selbst um einen Prozess handelt, der sich am Verständnis von user experience beschreiben lässt und besonders im Kontext der App- aber auch Webentwicklung anzutreffen ist. Zwar gibt es genügend Bereiche, in denen Software als Produkt entworfen und veröffentlicht wird, jedoch ist die Tendenz zur Prozesshaftigkeit bei der Softwareentwicklung nicht von der Hand zu weisen. Gerade webbasierte Dienste entwickeln sich ausgehend von ihrer Konzeption regelmäßig weiter und es entstehen auf Basis bewährter Konzeptionen, Funktionalitäten und Frameworks neue Umsetzungsvarianten. Die stetige Veränderung der Nutzungsmöglichkeiten durch die Einführung neuer Funktionen der großen sozialen Netzwerke ist ein Beispiel dafür. In Anlehnung an Rifkin (2000) lässt sich zudem die kommerzielle Entwicklung hin zu Geschäftsmodellen vorfinden, bei denen man über Abonnements oder (Premium-)Mitgliedschaften Produkte nicht kauft, sondern lediglich die Nutzungserfahrung erwirbt (vgl. ebd., S. 73f.).

einschreiben, kann eine solche zunächst unsichtbare Wechselwirkung in Form unterschiedlicher Anlässe hervortreten. Dies betrifft vielleicht weniger eine falsche oder unpassende Produktplatzierung, wird jedoch dann sehr wohl spürbar, wenn ein Flug gebucht wird, man bereits im Flugzeug sitzt und trotz Buchung und gültigem Ticket nicht mitfliegen darf.¹²⁴

In einem solchen Verständnis sind soziale Ungleichheiten und Herrschaftsgefüge nicht normativ gesetzt, sondern gesellschaftlich reproduzierte Problembereiche, die grundsätzlich bearbeitbar und unter den Bedingungen postnationaler Konstellationen veränderbar seien (vgl. Habermas 1998, S. 92). Mit steigender Ausdifferenzierung durch transnationale Entwicklungen der Globalisierung findet eine zunehmende Kontrollverschiebung auf den unterschiedlichen Bereichen von Politik, Ökonomie und Gesellschaft statt, die in ihren Auswirkungen die Legitimität des Nationalstaates berühren. Das Internet nimmt dabei eine zentrale Rolle ein, wie Lessig (1999, 2010) schon recht früh thematisiert und später weiter ausgearbeitet hat. Die Entwicklungen haben gezeigt, dass die Schwächen der rechtsstaatlichen Entwicklungen keineswegs zur demokratischen Freiheit geführt haben, wie es 1996 noch von John Perry Barlow beschrieben wurde.¹²⁵ Vielmehr hat sich herausgestellt, dass an die Stelle des Rechtsstaats nun die Ökonomie getreten ist und unterschiedliche aber keineswegs neutrale Wertesysteme implementiert.

Das Netz als offenes System ist dadurch zwar nicht grundlegend angegriffen, da es nach wie vor Möglichkeiten zur Herstellung von Freiheit gibt und die Stärkung demokratischer Grundsätze verfolgt werden kann. Es steht nationalstaatlichen Konzeptionen jedoch diametral gegenüber, da die sozialen Räume, die über die vernetzte Infrastruktur aufgespannt werden, nicht nur kontextuell, sondern auch hinsichtlich der Werte und Normen hochgradig ausdifferenziert sind. Die Institutionalisierung von Normen und Standards durch beispielsweise die IETF¹²⁶ sind dabei wichtige Bestandteile in der Konsolidierung von Netz und Gesellschaft, können jedoch nicht als alleinige Alternative zur rechtsstaatlichen Autorität gesehen werden, da es an der Durchsetzungsfähigkeit von Rechten selbst mangelt.

Es ist aber genau diese Beschaffenheit, die für die Betrachtung von Bildungspotenzialen abseits der größeren sozialen Schauplätze so interessant ist. Diese liegen im Grunde nicht in der sozialen Veranlagung dieser Architekturen, sondern ganz sprichwörtlich im Netzwerk, also in der Struktur des Codes. Lessig (1999, 2010) hat darauf hingedeutet,

¹²⁴Ein solcher Vorfall im Frühjahr 2017 sorgte nicht zuletzt aufgrund des radikalen Vorgehens der Fluggesellschaft für einiges Aufsehen: <https://www.nytimes.com/2017/04/10/business/united-flight-passenger-dragged.html> (Stand: 11.04.2017).

¹²⁵Barlows Erklärung zur Unabhängigkeit des Cyberspace steht unter anderem auf den Seiten der Electronic Frontier Foundation zur Verfügung: <https://www.eff.org/de/cyberspace-independence> (Stand: 14.03.2017).

¹²⁶Die Internet Engineering Task Force (IETF) befasst sich mit der Erstellung von Dokumentationen und Standards und ist für die technische Weiterentwicklung des Netzes von integraler Bedeutung. Siehe hierzu auch: <https://www.ietf.org/> (Stand: 11.04.2017).

dass die Frage nach der Entfaltung von Freiheitspotenzialen eng mit der Frage nach Kontrolle verbunden ist. Daraus ergeben sich machttheoretische Abhängigkeiten, die sich schließlich auf Subjektivierungsprozesse auswirken, indem sie neue Subjekt-Objekt Relationen hervorbringen. Nach Galloway (2004) seien es die Protokollebene, die den Netzwerken zu Grunde liegt. Protokolle regulieren aufgrund ihrer Universalität nicht nur, wie verschiedene Hosts untereinander kommunizieren, sie durchdringen und regulieren auch menschliche Prozesse:

„Protocol is a universal description language for objects. Protocol is a language that regulates flow, directs netspace, codes relationships, and connects life-forms.“ (ebd., S. 74)

Galloway plädiert daher für ein tiefergehendes Verständnis für die infrastrukturelle Ebene von Code, um ausgehend davon Rückschlüsse auf gesellschaftliche Abläufe ziehen zu können. Es handelt sich dabei um eine radikale Perspektivsetzung, die von Galloway und Thacker (2007) weitergehend netzwerktheoretisch fundiert und entlang unterschiedlicher Beispiele aufgearbeitet wird. Die Subjekt-Objekt Relation wird dabei insofern berührt, als dass die Autoren die Position vertreten, dass es sich im Netzwerk eben nicht mehr nur um menschliche, sondern auch um nicht-menschliche Akteure handelt. Die Kontrolle liegt also im Netzwerk, genau genommen auf der Protokollebene. Demzufolge stehen die handelnden Akteure mit ihren sozialen Wertzuweisungen immer in Abhängigkeit zu den Parametern der technologischen Beschreibung und sind nie wirklich frei von diesen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich Machtgefüge hinsichtlich der Kontrollstrukturen nicht von einem Ort an den nächsten bewegen, sondern unterschiedliche Lücken im Netzwerk sichtbar gemacht und ausgenutzt werden, die in einem bestehenden System bereits existent sind (vgl. ebd., S. 81).

Die Autoren stellen mit ihrer Perspektive einen direkten Verweis zu den Praktiken des Hackings¹²⁷ her, bei denen Schwachstellen im System gefunden und ausgenutzt werden. Ein Exploit kann dabei eine ganz unterschiedliche Qualität haben. Er kann zur Sichtbarmachung von Schwachstellen dienen, aber auch eine Möglichkeit sein, um sich unsichtbar in einem System bewegen zu können. Weiterhin kann er dazu dienen, ein System von innenheraus aufzubrechen. Die für Subjektivierungsfragen relevante Perspektive ergibt sich aus der von Galloway und Thacker (ebd.) postulierten These, dass sich durch die Netzwerkstrukturen eben keine Machtzentren verschieben oder institutionalisieren, sondern an vereinzelt Knoten im Netzwerk bereits existente Strukturen unterschiedlich ausgenutzt werden (vgl. ebd., S. 81). Es geht hierbei also um die Auslegung von scheinbar festgeschriebenen Strukturen, die einer klaren, al-

¹²⁷Diese Betrachtung ist wesentlich komplexer als nur die metaphorische Konstruktion einer Praktik im Umgang mit Technologie. Wie Levy (1984) entlang der frühen Hackerkultur aufzeigt, handelt es sich dabei um eine Subkultur, deren Umgang mit Unbestimmtheit zum zentralen Bestandteil ihres Handelns geworden und somit bildungstheoretisch als hochinteressantes Phänomen zu beschreiben ist (vgl. Holze 2013).

gorithmischen Logik folgen und durch die definierte Prozessualität eigentlich gerade keinen Auslegungsspielraum ermöglichen sollten.

Ausgehend von einer technologischen Perspektive beruhen Exploits gerade nicht auf bereits definierten Problemen, sondern vielmehr auf *nicht-definierte* Zustände, die sodann zumindest zu einem gewissen Grad frei interpretiert werden können, indem man Systeme hackt und eine Umdeutung des Codes durchführt. Bei Hochsprachen, wie Java oder C, können die Probleme ebenso Zustände, die nicht beim Design der Software bedacht wurden, sein. Dadurch können beispielsweise so genannte Null Pointer Exceptions oder fehlerhafte Speicherzuweisungen provoziert werden, die auf einen leeren Punkt im Codeobjekt deuten und dazu führen, dass das Programm entweder eine Ausnahmebehandlung vorsieht oder abstürzt beziehungsweise den Raum für Umdeutungen ermöglicht. Damit unterscheiden sich die Praktiken des Umdeutens von Code grundlegend von den diskurstheoretischen Annahmen, im klassischen Verständnis kommunikativer Prozesse, da es hier gerade nicht darum geht, bereits bekannte Ansichten oder Positionen zu bewegen oder gar durch eine neue Bedeutungszuschreibung zu negieren, sondern vor allem neue Optionalitäten hervorgebracht werden. Code ist somit gerade nicht nur die mechanistische Abfolge von Routinen, sondern ihm sind sowohl auf der Ebene des Quellcodes, als auch in der Gestalt von Software Reflexionspotenziale eingeschrieben. Denn wenn man solche undefinierten Zustände in den Anwendungen während der Laufzeit finden und umdeuten kann, besteht die Möglichkeit der Auslegung, indem man diese leere Stelle gewissermaßen undefiniert beziehungsweise ihr überhaupt erst einen Zustand beigemessen wird. Diesen Prozessen geht ein Verständnis der bestehenden Ordnungssysteme voraus, zu denen sich das Individuum unter Berücksichtigung des eigenen Zugangs zur jeweiligen Symbolwelt ins Verhältnis setzt, was zur selbstbestimmten Verortung in dieser beiträgt.

Daraus ergeben sich Möglichkeiten der Auslegung von vermeintlich gesetzten Abläufen und Strukturen. Code – sowohl auf der Ebene des Quellcodes, als auch im Sinne der Software und Hardware – bietet diese Optionen des Auslegens in einer ganz neuen Qualität, da hier ein gestalterischer und in gewisser Weise spielerischer Umgang mit den Systemen stattfindet, der sich in erster Linie durch die bisher etablierten Verfügungsrahmen von Welt definiert. Diese werden jedoch gleichzeitig in Frage gestellt, da man sich im Handeln gegen die Konformität des wie auch immer geschaffenen Systems wendet. Den logischen und damit auch den *protokolllogischen Systemen* liegen somit Reflexionsangebote zu Grunde, die jedoch erst durch die Eigenleistung des Individuums im Handeln zur Entfaltung kommen können. Die intersubjektive Relation ergibt sich dann einerseits aus der Architektur und ihrer von den Entwicklerinnen und Entwicklern eingeschriebenen Gesetzmäßigkeiten sowie den exegetischen Deutungsleistungen des Individuums. Code nimmt hierbei eine Stellvertreterposition ein, um die Figuren des Selbstverhältnisses im Sinne autonomer Handlungsvollzüge zu verwirklichen. Ferner schließt dies ebenso die Umdeutung der Ordnung des Sozialen ein, die eben nicht als vorgegeben zu verstehen

ist, sondern in den Handlungen erst strukturgebend hervorgeht. Dementsprechend wird die soziale Ordnung nicht nur über Code reproduziert, sondern es findet ebenso eine Rekonfiguration des Sozialen statt, woraus sich neue Bedeutungszusammenhänge erst ergeben.

Für die Herstellung von Öffentlichkeit ist dies insofern von Bedeutung, als dass hierbei Methoden der Destabilisierung unterschiedlicher Bereiche stattfinden. Es wird also die Plattform der Öffentlichkeit selbst modifiziert, da sie sich nicht nur durch Sprache oder an die Technologie anschließende Artikulationsprozesse beschreiben lässt, sondern ebenso durch die Modifikation der Plattform selbst, die zur Herstellung von Öffentlichkeit genutzt wird. Dies habe, so Cox und McLean (2013), eine destabilisierende Wirkung auf Technologie und gegebene Gesetzmäßigkeiten (ebd., S. 93).¹²⁸

In Anlehnung an Arendts Auffassung von Öffentlichkeit, die sich erst durch die zahllosen Aspekte und den individuellen Perspektiven des menschlichen Handelns konstituiert, lässt sich die Frage nach Freiheit hier unter den Bedingungen vernetzter Technologien in besonderer Qualität diskutieren. Das Handeln ist nicht nur untrennbar mit dem Code verbunden, Code ist zugleich das Medium der Artikulation und Produkt, das aus den Handlungen hervorgeht. Diesen Aspekt verfolgt Cox unter Bezugnahme auf Arendt in systematischer Weise, wenn es um die Herstellung von Öffentlichkeit durch Code-Praktiken, also die Erstellung, Umschreibung und Verwendung von Skripten zur Artikulation der eigenen Interessen und Meinungen geht. Cox nennt diese Formen der Öffentlichkeit „coding publics“ (ebd., S. 69f.). Erst durch die Handlung mit Code, also erst durch die kollektiven Praktiken, entfalten sich Erfahrungsräume, die ebenso als Teilhabeprozesse an der Gesellschaft zu fassen sind.

Zu unterscheiden lässt sich daher zwischen Praktiken im Anschluss an die Architekturen und jenen, die sich direkt innerhalb der Architekturen verorten lassen. Beide folgen der von Cox beschriebenen Logik, jedoch auf unterschiedlichen Ebenen. *Erstere* lässt sich grundlegend auf das von mir angesprochene Beispiel des GuttenPlag-Wikis beziehen. Das Wiki als Plattform entsteht erst im Prozess des Handelns und der Aushandlung. Die Plattform wäre ohne die Inhalte, Arbeiten und die sich daraus ergebenden Strukturen lediglich ein leeres Objekt. Erst durch die kollektiven Aushandlungen und die gemeinsame Arbeit am Projekt findet die Positionierung der beteiligten Akteure statt. Daneben sind es auf der *zweiten Ebene* Praktiken im Umgang mit Code selbst, die nicht im Anschluss an die Architektur, sondern untrennbar mit der Positionierung verbunden sind, da Code zum Medium der Artikulation wird. Dies lässt sich entlang unterschiedlicher Formen des Hackings und den daraus folgenden Umgang mit Code aufzeigen. Ein zentrales Beispiel hierfür ist die Offenlegung von Quellcode. Gerade Open Source Projekte lassen den Quellcode als Ressource erst zur Geltung kommen, wodurch er erst selbst thematisierbar wird.

¹²⁸Der Band ist gewissermaßen das Produkt einer zweigeteilten Zusammenarbeit, während Cox die theoretischen Bezüge verhandelt, wurden die verwendeten Codebeispiele von McLean beigeleitet.

In der Konsequenz entwickelt sich durch Code¹²⁹ eine gouvernementale Struktur, die jedoch losgelöst von administrativ-regulatorischen Einflüssen entfaltet wird. Um die komplexen sozio-technologischen Gefüge der protokolllogischen Strukturen erfassen zu können, genüge es nach Galloway und Thacker (2007) nicht, die Technologien als losgelöste Artefakte und Zustände technologischer Entwicklungen zu beschreiben. Abhängigkeiten im Hinblick auf Kontrollfragen und deren konstitutive Kraft für das Soziale müssen vielmehr aus der Logik der Protokolle betrachtet werden (vgl. ebd., S. 63). Die Kontrollfrage ist besonders im Hinblick auf die unterschiedliche Qualität der Protokolle von Bedeutung, da hier häufig lediglich auf die TCP/IP-Protokollfamilie rekurriert wird (vgl. Reichert 2013; Sprenger und Kelty 2015). Dies ist nicht verwunderlich, da Galloway (2004) zwar auf die verschiedenen Protokolle in unterschiedlichen Schichten hinweist, jedoch verstärkt auf TCP/IP als eine der wohl prominentesten Protokollfamilien eingeht.

Geht man nun jedoch davon aus, dass Protokolle eine spezielle Wirkmacht entfalten, dann scheint es strukturtheoretisch nur konsequent zu sein, danach zu fragen, welche Qualitäten sich in den jeweiligen Protokollen tatsächlich vorfinden lassen und wie diese beschaffen sind. Betrachtet man nun anstelle der TCP/IP-Protokollfamilie beispielsweise das verbindungslose User Datagram Protocol (UDP)¹³⁰ allein, dann wird deutlich, dass es sich mindestens in zweierlei Hinsicht um grundlegend andere Ausprägungen und Wirkweisen als bei TCP handelt, wenngleich beide auf IP basieren.¹³¹ *Erstens* findet UDP entgegen TCP in anderen Bereichen Anwendung, beispielsweise dem Online-Gaming oder Multimedia-Streaming. UDP kommt meist dann zum Einsatz, wenn es um zeitkritische Anwendungen geht. Daraus ergeben sich spezifische Implikationen für den Aufbau der Architekturen und folglich ebenfalls für die Sozialräume, die darauf oder daraus entstehen. *Zweitens* werden via UDP Daten gesendet, ohne den Verbleib zu prüfen. Dies geschieht schließlich auf Anwendungsebene, während die Überprüfung der Datenübermittlung bei TCP auf der Netzwerkebene abgesichert wird. Auf rein technischer Ebene bietet UDP also wesentlich weniger Kontrollmöglichkeiten im Netzwerk selbst. Hier sind es die Anwendungen, die dafür verantwortlich sind. Die Anwendungen können, wie bereits mehrfach gezeigt, entlang unterschiedlicher Merkmale umgedeutet werden, weshalb es nicht nur hinsichtlich der emergenten Sozialphänomene wichtig ist, hier genau zu differenzieren, sondern auch schon auf Ebene der technologischen

¹²⁹Für Galloway und Thacker (2007) sind dies die Protokolle. Die Autoren beziehen darin auch die Anwendungsschicht in Anlehnung an das OSI-Referenzmodell ein und machen darauf aufmerksam, dass es wohl die wichtigste Schicht für die menschlichen Akteure sei, da der Inhalt auf dieser Ebene präsentiert wird (ebd., S. 43).

¹³⁰Siehe <https://tools.ietf.org/html/rfc768> (Stand: 12.03.2017).

¹³¹Sowohl TCP als auch UDP basieren zwar prinzipiell auf IP, zeichnen sich aber durch einen grundlegend unterschiedlichen Strukturaufbau aus. UDP erlaubt beispielsweise das Senden von Nachrichten an mehrere Empfänger, während TCP für die Kommunikation von zwei Knoten konzipiert wurde. Der Begriff der Nachricht wurde hier bewusst gewählt, da es sich bei TCP anders als bei UDP eben nicht um Datenströme handelt.

Infrastruktur grundlegende Unterschiede bestehen. Es ist dann schließlich eine Frage der Kontrolle über die Anwendungen.

Die technologische Infrastruktur in Form von Hardware unterliegt ebenso wie die Implementation der Software unterschiedlichen Abhängigkeiten, die sich auf die Auslegung von Wertesystemen beziehen und somit ganz fundamental auf eine gesellschaftliche Selbstbeschreibung zurückführen lassen. Dadurch verschieben sich die Koordinaten für die individuelle Herstellung von Orientierung innerhalb dieser komplexen sozio-technologischen Gefüge. Eine demokratisch verfasste Gesellschaft ist auf die Pluralität der Perspektiven angewiesen. Demzufolge ist sie von jenen Akteuren abhängig, die eine Umdeutung der technologischen Strukturen ermöglichen können, um das Erkennen des Anderen oder des Fremden überhaupt erst zu ermöglichen. Dies kann durch die Sichtbarmachung von Prozessen und Mechanismen geschehen, die zunächst im Verborgenen operieren und für die Menschen nicht sichtbar sind. Es kann aber auch dahingehend beschrieben werden, wenn Systeme subversiv gewendet werden und so neue Möglichkeiten im Umgang damit und folglich auch mit Weltbezügen entstehen. Schließlich müssen beim Hacking in erster Linie logische Kräfte mobilisiert werden, um sich Zugang zu einem System zu verschaffen. Der Reflexionsrahmen erstreckt sich hier also im Spannungsfeld von technologischer Machbarkeit und ethischer Vertretbarkeit des Handelns. Das Subjekt verschafft sich durch diese Bewegungen Zugang zu anderen Mustern der Erfahrungsverarbeitung, die möglicherweise auch neue Muster hervorbringen und den Referenzrahmen von Selbst- und Weltverhältnissen verändern können.

7.3 Die Aporien der Unabgeschlossenheit

Die zuvor behandelten Themen verweisen auf subjektorientierte Implikationen sowie überindividuelle Zusammenhänge gesellschaftlicher Veränderungsprozesse, die durch unterschiedliche Faktoren beeinflusst werden. Interessant ist dabei die Konvergenz von Struktur und Inhalt, die nicht zuletzt auf ökonomische Einflussfaktoren zurückzuführen ist. Dies ist bereits am Beispiel der Filtermechanismen zur Herstellung von Sichtbarkeit deutlich geworden, deren Ursprung im Feld kommerzieller Bestrebungen der Personalisierung durch Empfehlungssysteme ganz unterschiedlicher Art zu verorten sind.

Im Hinblick auf infrastrukturelle Fragen ergeben sich für die Filterung und Priorisierung von Daten noch weitere Konsequenzen, die sich nicht nur auf der Ebene von Software und Algorithmen beschränken, sondern auch die Infrastruktur des Netzes berühren. Es handelt sich um die grundlegende Frage danach, inwiefern das Internet als modulare Netzwerkarchitektur eine Datenvermittlung ohne Berücksichtigung also Priorisierung oder Diskriminierung von Daten und Inhalten bestehen kann. Das Netz, das wurde bereits eingeholt, ist offen konzipiert und basiert auf Standards, die über die

Modularität der Anwendungen zugleich eine hohe Dezentralität ermöglichen. Damit basieren Designentscheidungen zur Architektur des Netzes weitestgehend auf dem Prinzip der Trennung von Inhalt und Struktur. Dieses Prinzip ist jedoch keineswegs als gesetzt zu verstehen und wird im Hinblick auf neue Geschäftsmodelle, die sich durch das Netz eröffnen, von unterschiedlichen Akteuren in Frage gestellt. Damit verbunden ist die Forderung nach administrativer Regulierung des Netzes, die sich entlang verschiedener Argumentationspunkte abzeichnet und seit einigen Jahren insbesondere an der Debatte um Netzneutralität festmachen lässt. Zugleich wird durch die Debatte das Spannungsverhältnis von Struktur und Inhalt deutlich, was sich schließlich auf die Implementation und Priorisierung von Werten im Hinblick auf das Soziale auswirkt.

7.3.1 Neutrale Netzwerke

Durch die Problematik um Netzneutralität erfahren sowohl die Zugangs- als auch Nutzungsproblematiken mit steigendem Bedarf nach Regulierung und Priorisierung eine aktuelle Brisanz. Vor dem Hintergrund der neuen Verflechtungen von Netzen und Netzanbietern sowie Inhalten und Inhalteanbietern verändern sich die Rahmenbedingungen zu Fragen des Zugangs sowie der Nutzung auf die digitalen Medien und Informationen im Netz. An der Debatte um Netzneutralität lässt sich also die Verflechtung von Inhalt und Struktur vor dem Hintergrund kommerzieller Entwicklungslinien des Netzes und im Hinblick auf regulatorische Fragen sowie deren Implikationen für die zivilgesellschaftliche Partizipation aufzeigen. Die Debatte ging von den USA aus und wird seit einiger Zeit auch in Europa geführt (vgl. Vogelsang 2010, S. 6). In Deutschland hat sie besonders durch die Ankündigungen zu den geplanten Festnetz-Tarifänderungen der Deutschen Telekom im April 2013 an Aufmerksamkeit gewinnen können.

Netzneutralität bedeutet auf technischer Ebene die ungehinderte und diskriminierungsfreie Übermittlung der Datenpakete von einem Ausgangs- zu einem Zielknoten. Bei dieser Idee der Datenübertragung spielt es keine Rolle, an welches Ziel die Pakete übermittelt werden, woher sie kommen, um welchen Inhalt oder um welche Art des Dienstes es sich handelt (vgl. Wu 2003). Damit wird ganz grundlegend auf die offene und dezentrale Konzeption des Netzes zurückgegriffen, wie sie im vorangegangenen Kapitel entlang des technologischen Netzwerkbegriffs und der TCP/IP-Protokollfamilie umrissen wurde. Unter dieser Bestimmung von Netzneutralität werden nun verschiedene Interessengruppen und Perspektiven zusammengefasst, die sich in unterschiedlichen Verhältnissen und Abhängigkeiten zueinander befinden. So betrifft die rein infrastrukturelle Betrachtung einerseits die Endkunden und Nutzenden und andererseits die Internetdiensteanbieter sowie kommerzielle oder nicht-kommerzielle Inhalteanbieter. Hahn und Wallsten (2006) verweisen dabei auf einen wesentlichen Aspekt, der das Problem der Netzneutralität und seine ökonomischen Auswirkungen für die Endkunden sichtbar macht:

„[Net Neutrality] usually means that broadband service providers charge consumers only once for Internet access, don't favor one content provider over another, and don't charge content providers for sending information over broadband lines to end users.“ (ebd., S. 1)

Hier spitzt sich die Perspektive auf die kommerziellen Verflechtungen zwischen Endkunden und Anbietern zu. Diese wirtschaftliche Entwicklung ist der bislang un-abgeschlossene Prozess, der stellvertretend für die der technologischen Entwicklung des Netzes und die ökonomischen Tendenzen gesehen werden kann. Das Internet ist historisch gewachsen und hat im Laufe der Jahre einen enormen Komplexitätszuwachs erfahren. Diese kontinuierliche Entwicklung, geprägt von mehrdimensionalen Transformationsprozessen, schlägt sich ganz natürlich auf die technologische Infrastruktur nieder. Während der Datenverkehr stets zunimmt, stoßen die Internetdiensteanbieter beim Netzausbau an infrastrukturelle Grenzen. Ausgehend von der Diskrepanz des Netzausbaus zur ansteigenden Datenmengen, die es je nach Dienstgüte¹³² zu übertragen gilt, kommt es zu Engpässen bei der Datenübertragung, mit denen unterschiedlich umgegangen werden kann.

In erster Linie werden für das hohe Datenaufkommen häufig kommerzielle Streamingdienste, wie Netflix, thematisiert. Aber auch YouTube hat sich zu einem regelrechten Schwergewicht im Social Web entwickelt. Die Videoplattform zeichnet sich durch vielfältige Möglichkeiten der audiovisuellen Artikulation und sozialen Vernetzung aus. Am Beispiel von YouTube wird sehr gut deutlich, wie das klassische Sender-Empfänger-Modell strukturell aufgebrochen wird, da jeder Nutzer zugleich ein potenzieller Produzent von Inhalten sein kann. Jörissen und Marotzki (2014) machen hier darauf aufmerksam, dass YouTube zu einem nicht geringen Anteil im Kontext der Fankultur zu verorten ist (vgl. ebd., S. 325), weshalb sich hieraus nicht nur Implikationen für den Markt ergeben, sondern ganz grundlegende Strukturveränderungsprozesse in der Kultur zu verorten sind, da sich YouTube nicht zuletzt dadurch auszeichnet, dass privat verbreitete Videos durch virale Ausbreitungsformen Zuschauerzahlen in mehrfacher Millionenhöhe generieren können.

Diese Verbreitungsmöglichkeiten in Verbindung zur Selbstthematizierung haben nicht zuletzt zu einer Etablierung sowie Professionalisierung des Videobloggings beigetragen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich YouTube wiederum für viele Unternehmen zu einem zentralen Anlaufpunkt entwickelt hat, wenn es um die Vermarktung der Inhalte und Produkte geht (vgl. Marshall 2011, S. 415 und Simanowski 2012, S. 20). Die dahinterstehende Problematik im Streit um ein neutrales Netzwerk trifft nicht nur YouTube, sie bezieht sich grundlegend auf alle Inhalte- und Anwendungsanbieter. Dabei

¹³²Die Dienstgüte (auch Quality of Service) stellt einen zentralen Begriff in der Bemessung von Leistungsgrößen im Netzwerk dar und lässt sich in unterschiedlichen Stufen zwischen einem garantierten Dienst (Integrated/Predicted Service) und einem einfachen Dienst (Best Effort Service) beschreiben (vgl. Meinel und Sack 2012, S. 512).

kann es sich um Streaming-Portale, wie Netflix, Amazon Instant Video oder Spotify, ebenso wie um Blogs und unterschiedliche Webseiten aber auch VoIP-Anwendungen¹³³ handeln.

Die hier angeführten Beispiele sind sicher nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was tagtäglich in Form von Bits und Bytes durch das Netz transportiert wird, sie genügen jedoch, um die Bandbreite aufzuzeigen und die dahinterstehende Problematik im ersten Schritt zu verdeutlichen. Es sind die neuen Verflechtungen von Inhalten/Inhalteanbietern und Netzen/Netzanbietern beziehungsweise Internetdiensteanbietern (vgl. Vogelsang 2010, S. 5f.), die neue Problemstellungen und Fragen aufwerfen. Im Hinblick auf nutzergenerierte Inhalte erwächst hieraus eine Problematik, die sich auch auf Teilhabechancen der vielfältigen Medienkulturen auswirken kann. Indem verschiedene Akteure und Interessensgruppen im Feld sind, ergeben sich ganz unterschiedliche Positionen und Begründungsmuster, die sich maßgebend zwischen Nutzenden sowie Inhalte- und Diensteanbietern ausdifferenzieren lassen, schließlich gehen mit den unterschiedlichen Positionen unterschiedliche wirtschaftliche und technische sowie soziale Abhängigkeiten einher.¹³⁴

Vogelsang (ebd.) definiert Netzneutralität aus einer wirtschaftswissenschaftlichen Perspektive grundlegend so, „[...] dass eine netzseitige Chancengleichheit des Wettbewerbs zwischen Inhalte- und Diensteanbietern im weiten Sinne“ erfüllt sei (ebd., vgl.). Damit wird die Innovationskraft des Netzes angesprochen und die Problematik dahingehend gewendet, dass es Unternehmen gibt, die sich auf einen Bereich spezialisiert haben und somit eine Monopolstellung eingenommen haben. Dies beginnt bei der vermeintlichen Vielfalt der Netzanbieter und zieht sich bis hin zur Anwendungsebene durch, wenn man an die wenigen Webbrowser denkt, die den Markt bestimmen oder die sozialen Netzwerke in Betracht zieht. Es gibt also bereits jetzt eine Marktentwicklung, die von wenigen Akteuren maßgeblich beeinflusst werden kann und somit direkte Auswirkungen auf die Endverbraucher haben, die mit einem bestimmten Gerät im Netz sind und gewisse Dienste nutzen. Der Ansatz von Vogelsang zur Netzneutralität klammert die Endverbraucher zunächst jedoch aus. In Ergänzung dazu beschreibt Berners-Lee (2011) Netzneutralität aus Sicht der Nutzenden wie folgt:

¹³³Anhand der Anwendungen zu Voice over Internet Protocol (VoIP), die grundlegend Internettelefonie ermöglichen, wird die Verflechtung der Netze abermals deutlich. VoIP findet aber auch im Online-Gaming eine breite Verwendung. Dabei kommunizieren die Spielenden über Sprachkanäle unter Zuhilfenahme externer Dienste oder durch die Nutzung spielintegrierter Sprachkommunikation.

¹³⁴Wie komplex diese Abhängigkeiten sind, wird bereits dann deutlich, wenn man bedenkt, dass die Umsätze vom Versandhandel Amazon nicht nur durch den Verkauf im Einzelhandel als Vertriebsplattform und Marktplatz für Dritthändler definiert werden, sondern das Unternehmen immer größere Umsätze in der Bereitstellung von Rechen- und Serverleistung durch Amazon Web Services erwirtschaften. Damit nimmt Amazon eine zentrale Position bei der Verteilung von infrastrukturellen Ressourcen ein.

„If I pay to connect to the Net with a certain quality of service, and you pay to connect with that or greater quality of service, then we can communicate at that level.“ (ebd., S. 155)

Diese Perspektive auf das Prinzip der Netzneutralität ist deshalb interessant, weil sie einen grundlegenden Gedanken zum Zugang von Informationen zulässt und somit für die Herstellung von Öffentlichkeit von gesteigerter Bedeutung ist. Ein neutrales Netzwerk bildet die Basis dafür, dass zwei individuelle Parteien trotz unterschiedlicher Zugangsvoraussetzungen auf einer grundlegenden Basis miteinander kommunizieren können. Berners-Lee spricht sich dabei in erster Linie für einen gleichberechtigten Zugang zu digitalen Kommunikationsräumen aus. Dies kommt dem Prinzip des allgemeinen Zugangs, wie es Habermas (1990) formuliert hat, insofern nah, als dass der digitale Diskurs ebenso frei von Zugangsbarrieren im Sinne von Priorisierungen sein sollte (vgl. ebd., S. 156). Im Hinblick auf die Herstellung von Sichtbarkeit zeigt sich zudem, dass Filtermechanismen bereits in die Beschaffenheit von Diskursen einwirken. Mit der Priorisierung von Daten kann sich diese Entwicklung verschärfen, da unterschiedliche Dienste um die Kapazität des Netzes gewissermaßen konkurrieren und Eingriffe der Internetdiensteanbieter beispielsweise in Form von Drosselung der Bandbreite, wie es bei der Telekom diskutiert wurde, de facto zu einem Ausschluss von bestehenden Diskursräumen führen.

Priorisierung findet in der praktischen Umsetzung durch das *Zero-rating* statt. Dabei nimmt der Internetdiensteanbieter bestimmte Dienste oder Daten vom monatlichen Bandbreitenverbrauch der Kunden aus dem Volumenverbrauch heraus und bietet diese somit kostenfrei an. Im Hinblick auf die Kunden werden Angebote geschaffen, die sich an spezielle Zielgruppen richten. Es entstehen in kritischer Perspektive gewissermaßen Überholspuren für bestimmte Angebote. Im Hinblick auf die Verfügbarkeit kann *Zero-rating* eingesetzt¹³⁵ werden, um beispielsweise Angebote in Regionen zu ermöglichen, die nicht über eine hohe Netzanbindung verfügen. Ein Beispiel hierfür ist das Projekt *Wikipedia Zero*. Dabei werden Inhalte der Wikipedia ohne große Mediendaten an mobile Endgeräte übertragen, um so Kosten und Zeit zu sparen. Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit Mobilfunkbetreibern insbesondere in Schwellenländern eingesetzt. Zwar ist das Projekt ein Versuch, um der digitalen Kluft zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten entgegen zu wirken und Informationen frei unter geringstmöglichen Kosten zur Verfügung zu stellen, jedoch sehen Kritiker und Netzaktivisten hierbei eine Schwächung der Netzneutralität, da Internetdiensteanbieter beispielsweise eigene Angebote priorisieren können.¹³⁶

¹³⁵Analog dazu lässt sich die Kooperation von Facebook mit einigen Mobilfunkanbietern sehen. Facebook Zero überträgt ebenfalls nur textbasierte Inhalte.

¹³⁶Jeremy Malcom von der Electronic Frontier Foundation sieht dabei vor allem Gefahren hinsichtlich der strategischen Ressourcenverteilung und Marktpositionierung von Unternehmen. Siehe:

Die Schwächung oder gar Verletzung der Netzneutralität ist weiterhin darin begründet, dass die Methoden zur Klassifizierung des Datenverkehrs Einblick in die Datenpakete fordern. Zero-rating hat somit weitreichende Auswirkungen auf die Nutzungsweisen. So bemerkt van Schewick (2016) unter Rückbezug auf unterschiedliche empirische Studien, dass Angebote, die nicht gegen Volumenverbrauch gerechnet werden, ganz natürlich eine höhere Akzeptanz bei den Endkunden finden (vgl. ebd., S. 11). Je nach Kooperation und individuellem Angebot haben Internetdiensteanbieter und Mobilfunkbetreiber damit einen weiteren Hebel, um sich am Markt gegenüber der Konkurrenz zu behaupten. Zwar beziehen sich derartige Kooperationen und Umsetzungen in erster Linie auf Unterhaltungsangebote, jedoch können auch innerhalb dieser Sphären diskursive Prozesse und soziale Aushandlungen stattfinden. So wurde bereits auf die vielfältigen Formen der Selbstthematizierung durch unterschiedliche Bildpraktiken entlang von YouTube hingewiesen. Diese erstrecken sich auch, wie Rodewald (2017) festhält, über nutzergenerierte Unterhaltungsangebote wie Let's Play-Videos (vgl. ebd., S. 106). Es sind gerade derartige Verflechtungen von kulturellen und sozialen Praktiken, die für die Betrachtungen von Bildungspotenzialen aus Perspektive der Medienbildung von Bedeutung sind, da sich an der Herausbildung von unterschiedlichen Praktiken und den jeweiligen sozialen Bedeutungszuweisungen die strukturimmanenten Angebote zur Reflexion herausstellen lassen.

Die hier dargelegte Skizzierung des Netzneutralitätsbegriffs zeigt, dass es sich um ein mehrdimensionales Problemfeld handelt, da sowohl technische als auch kulturelle Aspekte sowie unterschiedliche ökonomische und politische Interessen ineinander verwoben sind. Die Herausforderungen ergeben sich dabei einerseits aus den unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen der einzelnen Länder und andererseits aus der Architektur des Netzes, die keine Ländergrenzen kennt. Den radikalen Forderungen nach Netzneutralität, die sich gegen eine jegliche Kontrollinstanz im Netz aussprechen, stehen die Befürworter von Regulierungs- und Priorisierungssystemen gegenüber. Dazwischen sind Überlegungen zu hybriden Lösungsansätzen angesiedelt, wie Marsden (2010) herausarbeitet.

Wenngleich die Situation zur Netzneutralität in den USA eine andere ist als in Europa und es selbst innerhalb Europas verschiedene Richtlinien und gesetzliche Regelungen zur Netzneutralität gibt, bleiben die Kernargumente oft ähnlich. Diese beschäftigen sich mit den Fragen der Regulierung und Priorisierung. Durch Eingriffe in die Infrastruktur des Netzes ergeben sich entlang des administrativ-regulatorischen Bereichs neue Grundsatzfragen. Wer darf die Daten in welchem Maße regulieren und welche Auswirkungen haben Mechanismen zur Priorisierung von Daten und Datenverkehr auf den freien Zugang? Damit wird die demokratisierende Kraft des Netzes direkt adressiert, da durch Methoden der Priorisierung auch Mechanismen der

<https://www.eff.org/deeplinks/2014/07/net-neutrality-and-global-digital-divide>
(Stand: 13.04.2017).

Überwachung von Daten und somit Nutzungsweisen einhergehen. Es spielt dann bei der Datenübertragung sehr wohl eine Rolle, wer unter welchen Bedingungen welche Pakete wohin gesendet hat.¹³⁷

Mit der Debatte um Netzneutralität lassen sich also einerseits die Verflechtungen von Struktur und Inhalt und damit grundlegend paradigmatische Fragen zur Architektur des Netzes thematisieren. Andererseits lässt sich hierdurch eine Position einnehmen, mit der die umfassenden ökonomischen und Transformationsprozesse in ihrer tiefgreifenden Komplexität erfasst werden können. Die Kommerzialisierung des Netzes ist dabei kein neues Phänomen, schließlich waren schon in frühen Entwicklungsphasen unterschiedliche durchaus kommerzielle Akteurs- und Interessengruppen an der technologischen Gestaltung beteiligt. Es wäre daher falsch anzunehmen, dass diese Veränderungsprozesse nun als grundlegend neue Entwicklungen zu begreifen sind. Darum soll es auch nicht gehen, vielmehr sollen hierbei die individuellen sowie überindividuellen Implikationen betrachtet werden, die sich an diesen aktuellen Veränderungen beschreiben lassen. Es handelt sich um ökonomisch-strategische Entwicklungen, die das Spannungsverhältnis von System und Lebenswelt nach Habermas in einer neuen Qualität beschreiben. Indem die Thematik um Netzneutralität hervortretenden Konflikte beider Bereiche sichtbar macht, werden Eingriffe in die Nutzungsweisen deutlich. Dementsprechend werden durch die Entscheidungen, welche Dienste priorisiert werden sollen, Fragen hinsichtlich der Priorisierung von Werten deutlich, da die Implementation eine Designentscheidung ist, wie entlang der Thematik um die Ende-zu-Ende Argumente aufgezeigt werden konnte.

7.3.2 Zum Zero-level-digital divide

Die jüngeren Entwicklungen sind ein Indikator dafür, dass die Forschung zur digitalen Ungleichheit vor neuen Herausforderungen und Problembereichen steht, die sich sowohl auf Zugangsfragen als auch auf Nutzungsweisen beziehen und aufgrund der Ubiquität des Netzes diesen Fragen bereits strukturell vorgelagert sind. Schon auf der grundlegenden Ebene der Architektur des Netzes kann von einer technologisch-infrastrukturellen Spaltung und daraus resultierenden Ungleichheiten gesprochen werden, die am Beispiel von Netzneutralität als Ausprägungserscheinung des ökonomischen und administrativ-regulativen Entwicklungsprozesses besonders deutlich zum Ausdruck kommt.

Diesen Problembereich nenne ich in Anlehnung an die historische Entwicklung der digitalen Ungleichheitsforschung den *zero-level-digital divide*.¹³⁸ Ausgehend davon, dass

¹³⁷Im Kontext der politischen Überwachung ist spätestens seit Snowden deutlich geworden, dass derartige Mechanismen längst ein fester Bestandteil im Repertoire der großen westlichen Geheimdienste sind und sich darüber hinaus auch noch einige lukrative Geschäftsmodelle aus der digitalen Überwachung entwickelt haben.

¹³⁸Der Begriff lässt sich auch als Metapher auf die ambivalente Bedeutung der Zahl 0 und ihrer ambivalenten Zustandsbeschreibungen in der Informatik verstehen und kann als konsequente

Sozialisation heute unhintergebar medial stattfindet, Medien in ihrem komplexen Zusammenspiel also einen zentralen Stellenwert bei der Vermittlung kultureller, sozialer und politischer Werte einnehmen und das Netz, wie aufgezeigt, durch Prinzipien der Personalisierung das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft in neuer Qualität definiert, lässt sich nicht mehr von technologisch induzierten Lösungsansätzen sprechen, um jene sozialen Ungleichheiten zu adressieren, die sich durch die digitale Vernetzung ergeben.

Daraus folgend verändern sich die Koordinaten für Lern- und Bildungsprozesse. In Anlehnung an McLuhan kann die Durchdringung des Netzes und die daraus resultierenden Implikationen für die Selbstbeschreibung der Gesellschaft als eine strukturelle Implosion beschrieben werden (vgl. McLuhan 1964, S. 25), die sich nicht durch die selektive Veränderung einzelner Parameter aus einer von digitalen Technologien geprägten Gesellschaft herausdividieren lässt. Es muss vielmehr grundlegend gefragt werden, welche Implikationen Code für die Konstitution von Selbst- und Weltverhältnissen einnehmen, welche Herausforderungen sich dabei für die Ungleichheitsforschung ergeben und wie gesellschaftliche Teilhabe unter diesen Bedingungen realisiert werden kann.

Der *zero-level digital divide* liegt sowohl dem *first-level-digital divide* im Sinne des Zugangs als auch dem *second-level-digital divide* im Sinne der Nutzung als vorgelagertes Problem zu Grunde:

- Die technologisch-strukturelle Ebene des Codes ist dem *first-level-digital divide* vorgelagert, da die Problematik des Zugangs neu und auf komplexerer Weise als ein Spektrum von Konnektivität diskutiert werden muss. Dies lässt sich zunächst entlang der steigenden Verbreitung von mobilen Endgeräten und Prinzipien wie der Priorisierung von Inhalten durch *Zero-rating* im Kontext der Netzneutralitätsdebatte festmachen. Das heißt auf technologischer Ebene zunächst, dass es hier zu neuen Problemstellungen bezüglich der Daten- und Informationsverarbeitung kommt, bei der Algorithmen durch ihre Selektivität eine immer größere Rolle im Prozess der Reduktion von Komplexität einnehmen. Zugleich werden hierbei bereits bekannte Fragestellungen der digitalen Ungleichheitsforschung vor neuen Rahmenbedingungen diskutierbar, denn der Zugang zu Daten und Informationen hängt maßgeblich von der technischen Verfügbarkeit und Repräsentation dieser Daten ab. Beeinflusst werden können diese Prozesse durch unterschiedliche Geschwindigkeiten in der Übertragung und ganz grundlegend durch die unterschiedlichen Endgeräte. Denn trotz der offenen Standards des Netzes haben sich

Fortsetzung des Diskurses um Digitale Ungleichheit gelesen werden. Es handelt sich hierbei um eine Perspektivsetzung, die im Rahmen der 5. NachwuchsforscherInnentagung bzw. dem 6. Magdeburger Theorieforum 2013 grundlegend thematisiert und im Anschluss entlang verschiedener Publikationen gemeinsam mit Stefan Iske und Alexandra Klein weiter erarbeitet und aus unterschiedlichen Perspektivsetzungen begründet wurde (vgl. Iske, Klein und Verständig 2016; Iske und Verständig 2016; Verständig 2016; Verständig und Iske 2014).

technologische Ökosysteme herausgebildet, die aufgrund kommerzieller Interessen von den offenen Standards zwar profitieren, jedoch Offenheit nicht im Geschäftsmodell vorsehen und stattdessen geschlossene Plattformen entwickeln, über die vor allem die Anbieter und Unternehmen dieser Systeme die Kontrolle haben. Zudem ist der *zero-level-digital divide* der Zugangsproblematik insofern vorge-lagert, als dass die Trennung von Inhalt und Struktur durch Verschiebung der Grenzen von Netzen und Netzanbietern sowie Inhalten und Inhalteanbietern mehr und mehr aufgelöst wird. Die administrativ-regulatorischen Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse verweisen dabei auf eine hohe Diskrepanz zu faktischen Praktiken im Umgang mit kulturellen Gütern und sozialen Symboliken. Entlang der Diskussion um Netzneutralität konnte aufgezeigt werden, wie sich wirtschaftliche Interessen zum Politischen verhalten und welche Auswirkungen sich hieraus für demokratische Grundwerte wie die Redefreiheit oder auch die Herstellung und Sicherung der Intimsphäre ergeben. Mit der Auflösung der kategorialen Trennung von Struktur und Inhalt im Netz werden diese Werte unterwandert, was sich im Umkehrschluss auf die Herstellung von Öffentlichkeit auswirkt, da dies zivilgesellschaftliche Bereiche berührt und demokratische Grundwerte in Frage stellt.

- Die technologisch-strukturelle Ebene von Code ist den Betrachtungen eines *second-level-digital divide* insofern vorgelagert, als dass die Fragen der Nutzung und jene nach sozialen Ausdifferenzierungsprozessen unter Berücksichtigung des direkten Umgangs mit der Technologie stattfinden. Im Hinblick auf die Durchdringung des Netzes und die ubiquitäre Verfasstheit digitaler Strukturen ergibt sich jedoch eine Komplexität, deren Implikationen auf passive und soziale Aushandlungsprozesse abseits der digitalen Strukturen greifen. Eine derartige Entwicklung haben DiMaggio et al. (2004) bereits im Hinblick auf die ökonomischen Veränderungsprozesse kritisch betrachtet. Damit wird eine Doppelperspektive aus allgemeinen und spezifischen Faktoren eingenommen, die zunehmend den Möglichkeitsraum für Nutzungsweisen beschreibt und Handlungsmöglichkeiten strukturell vorwegnimmt. Verstärkt werden diese Entwicklungstendenzen durch Mechanismen der Personalisierung und Überwachung, wie ich sie auf ökonomischer Ebene hergeleitet habe. Blickt man zudem auf die Problembereiche politischer Überwachungsarchitekturen (vgl. Bauman und Lyon 2013; Hebert 2017; Iske 2016), werden die Komplexitätslagerungen für eine zivilgesellschaftliche Selbstbeschreibung besonders deutlich.

Aus der Perspektive eines *zero-level digital divide* werden damit Implikationen und Herausforderungen für den Diskurs um digitale Ungleichheiten unter veränderten Rahmenbedingungen thematisiert. Eine Perspektivsetzung dieser infrastrukturellen Problemstellungen, die sich im breiten Schnittfeld von Ökonomie, Politik und Gesell-

schaft verorten lassen, kann bisher womöglich unberücksichtigte Aspekte beleuchten und somit neue Erkenntnisse über das komplexe Gefüge um eine digitale Medialität zu Tage fördern.

Das Netz unterliegt einem stetigen Wandel, weshalb es erforderlich erscheint, die aktuellen Veränderungsprozesse auch im Hinblick auf die historische Entwicklung des Netzes zu betrachten. Diese Perspektive habe ich versucht einzuholen. Dabei ist deutlich geworden, dass selbst die frühe Entwicklung des Netzes weniger durch Deliberation, sondern mehr von hegemonialen Aushandlungsprozesse gekennzeichnet ist, bei denen von Anbeginn nicht nur wissenschaftliche, sondern auch wirtschaftliche Interessensvertretungen eine Rolle gespielt haben.

Die Debatte um Netzneutralität, wenngleich sie hier nur auszugsweise angerissen wurde, gibt in zweierlei Hinsicht darüber Auskunft, wie das Verständnis von Öffentlichkeit vor dem Hintergrund infrastruktureller Fragen des Netzes verhandelt werden kann. *Einerseits* wird ganz grundlegend die Frage nach der Verhältnismäßigkeit von Eingriffen in die Inhalte und damit auch jene Frage nach der Steuerung und Priorisierung der Datenvermittlung und den bemächtigten Akteuren aufgeworfen. Es geht hierbei also grundlegend um die Frage nach Kontrolle über die Daten und Kontrollierbarkeit des Datenverkehrs. *Andererseits* zeigt sich, dass die Entkopplung der Ökonomie vom Politischen hier eine Qualität erreicht hat, die grundlegende Prinzipien der Regulierung nicht nur hinsichtlich nationalstaatlicher Grenzen erschweren, sondern sich das Gefüge der Wertesysteme ganz fundamental verändert hat, schließlich sind es die großen Unternehmen, die in ihren Anwendungen und Diensten verschiedene Werte abbilden und Handlungsmöglichkeiten implementieren, sich dabei den staatlichen Regulierungen aufgrund der Globalisierung jedoch ohne größere Hindernisse entziehen können. Damit erfährt die Öffentlichkeit keineswegs eine Entfesselung von den Zwängen regulatorischer Steuerungsmechanismen, sondern wird von den digitalen Schauplätzen mit ihren unterschiedlichen Implementierungen und damit dem Markt geprägt. Handlungsnormen werden in diesem Zusammenhang also keineswegs unparteiisch begründet.

Beide Aspekte verweisen auf Praktiken von Subjektivität und die hohe Komplexität, die sich unter den Bedingungen der Medialität für die Beschreibung eines wie auch immer beschaffenen Subjekts ergeben. Die Übersetzung technologischer Prinzipien stellt einen kritischen Faktor für die Beschreibung von komplexen Lernprozessen dar und bildet zugleich einen unabdingbaren Schritt, wenn es um die Frage nach Bildungspotenzialen im Netz geht.

Wenn Bildung in, durch und über Medien stattfindet, dann berührt die Diskussion um Netzneutralität das Feld von Nutzungsmöglichkeiten und Handlungsspielräumen der vermittelten Kommunikation und verweist somit auf Anlässe zur Reflexion, die sich unter den veränderten Rahmenbedingungen ergeben beziehungsweise daraus erst hervorgehen. Im Hinblick auf den Möglichkeitsraum kann dieser mehr durch sozio-ökonomische Faktoren beeinflusst werden, was in der Konsequenz, rein normativ betrachtet, zur

verstärkten Reproduktion sozialer Ungleichheiten führt. Wenn sich jedoch dieser Möglichkeitsraum durch ökonomische Einwirkung verkleinert, heißt das längst nicht, dass dies ebenso defizitär hinsichtlich der Entfaltung von Bildungspotenzialen zu betrachten wäre, da Bildung immer auch die Erfahrung von Grenzen und die Bearbeitbarkeit jener bedeutet. Ausgehend von einer Grenzziehung können und werden sich neue Praktiken im Umgang mit den Rahmenbedingungen ergeben. Da es sich hierbei vor allem um emergente Phänomene handelt, wäre die Prognose zu Ausprägungen verschiedener Praktiken wohl ein sehr vages Unterfangen, jedoch ist es mit Blick auf die Entwicklungen von entscheidender Bedeutung, hier nicht in eine kulturpessimistische Haltung zu verfallen, sondern den Blick dafür zu schärfen, was sich im komplexen Zusammenspiel von Medien- oder Netztechnologien und sozialen Aushandlungen tatsächlich vollzieht.

Schlussbemerkungen

8 Zusammenfassung und Ausblick

Die vorliegende Arbeit befindet sich im Schnittpunkt von Bildungstheorie und öffentlichkeitstheoretischer Forschung. Damit wurden zwei große Bereiche adressiert, um auf die tieferliegenden Transformationsprozesse und deren bildungstheoretische Implikationen hinzuweisen. Öffentlichkeit diente mir dabei als Folie, um die verschiedenen Verflechtungen von Code und Sozialem unter den Bedingungen digitaler Medialität aufzuzeigen und so die unterschiedlichen Reflexivitätsgrade zu diskutieren, die den digitalen Medien einerseits und der darunter liegenden Infrastruktur andererseits eingeschrieben sind. Damit wurde eine Differenz zwischen den medialen Erscheinungsformen und der Technologie des Netzes aufgemacht, die weitere Einblicke in die Gestalt von digitalen Medien eröffnet.

8.1 Konsequenzen für Bildung im Horizont digitaler Medialität

Mit dem Prinzip des freien Zugangs, wie es Habermas für Öffentlichkeit formuliert hat, lassen sich verschiedene Strukturmerkmale des Internet bestimmen, die zumindest auf technologischer Ebene das Prinzip der Offenheit realisieren. Zugleich zeigt sich jedoch, dass die Konzeption von Öffentlichkeit allein entlang dieser normativen Vorannahme auf einige Herausforderungen stößt, wenn man die Zugangsproblematik vor dem Hintergrund der digitalen Ungleichheitsforschung betrachtet. Der hier festgestellte Zusammenhang von sozialen Praktiken und technologischer Verfügbarkeit entwickelt dabei eine doppelte Abhängigkeit. Einerseits ist der materielle Zugang notwendig, um auf das Netz zuzugreifen, andererseits reicht dieser allein längst nicht aus, um der Vorstellung vom Zugang zu Informationen tatsächlich gerecht zu werden. Die neue Qualität in der Herstellung von Verfügungsrahmen über Welt ergibt sich aus den hochgradig flexibilisierenden digitalen Architekturen, die nicht nur kollektive Prozesse beeinflussen und verschiedene soziale Gruppen durchdringen, sondern hochgradig individualisiert auf die persönlichen Erfahrungsmuster der Menschen einwirken.

Die Konzeption der Strukturalen Medienbildung bietet zunächst einen geeigneten Rahmen zur Betrachtung und Beschreibung von medialen Anschlusspraktiken, also der Untersuchung von Praktiken, die sich in den sozialen Räumen entwickeln. Beispielhaft können hier kollaborative Projekte der Wissensarbeit, soziale Aushandlungen und kulturelle Praktiken des Teilens und Remix sowie der medialen Inszenierung des Selbst

angeführt werden. Medienbildung in einem solchen Verständnis ist, dem Paradigma der qualitativen Sozialforschung entsprechend, dazu geeignet, um sich den Prozessen in explorativer Form zu nähern und eine strukturtheoretische Schwerpunktsetzung aufzubauen, die es erlaubt, die unterschiedlichen Praktiken losgelöst von ihrer bloßen inhaltlichen Ausprägung verstehend und systematisch zu analysieren.

Die kontinuierliche Veränderung bereits auf der Ebene von Code fordert dazu auf, die stetige Veränderung der Umwelt anzuerkennen. Der unsichtbaren Grenzziehung durch Filterblasen und Echokammern aktiv entgegen zu treten und sich Freiräume zu schaffen, bedeutet zunächst, die Anstrengung aufzubringen, sich entgegen eingefahrener Gewohnheiten zu verhalten. Hierzu bedarf es an Bewusstsein über diese Grenzen, um sie schließlich durch verschiedene Praktiken überwinden zu können. Dies richtet sich weniger an bestimmte Objekte, als vielmehr auf die Weltsicht, bei der es dann im Zuge der Flexibilisierung darum geht, nicht nur Bestimmtheit herzustellen, sondern auch Unbestimmtheit anzuerkennen. Untrennbar daran gebunden ist das Selbstverhältnis, was durch die sozialen Interaktionen und Begegnungen berührt wird.

Die algorithmischen Priorisierungs- und Filtermechanismen durchziehen die gesamte Architektur des Netzes, wie entlang der Problemlage um Netzneutralität aufgezeigt wurde. Durch die Verwendung von Such- und Selektionsmechanismen unterschiedlicher Dienste im Netz entstehen vordefinierte Informationsblöcke, die für die Akteure relevant sein könnten. Im kommerziellen Bereich lassen sich hierbei Ratschlag- und Empfehlungssysteme nennen, die das Nutzungsverhalten speichern, analysieren und darauf aufbauend personalisierte Produktempfehlungen geben. Im Bereich der sozialen Netzwerke werden Empfehlungen hinsichtlich neuer Kontaktmöglichkeiten, Interessensgruppen oder anderen Themen deutlich. Auf der grundlegenden Ebene der Informationsbeschaffung werden also die Aktivitäten der Akteure im Netz ausgewertet und interpretiert. Ausgehend davon, dass bisherige Bewegungen analysiert werden, kommt es durch die algorithmische Filterung dazu, dass zukünftige Empfehlungen affirmativ selektiert oder entwickelt werden. Dissens wird somit weitestgehend ausgeschlossen, was sich auch auf einen zivilgesellschaftlichen Diskurs auswirken kann.

In Verbindung zu dem Problemfeld um *voice inequality* genügt es also nicht, sich den sozialen Phänomenen als Auswirkungen dieser Prozesse im diagnostischen Sinne zu widmen. Ebenso scheint es nicht ausreichend, sich lediglich den Anschlusspraktiken allein zu nähern. Die strukturellen Veränderungsprozesse legen nahe, dass eine ganz grundlegende Auseinandersetzung mit den zunächst unsichtbaren Strukturen der Algorithmen in Verflechtung zu ihren sozialen Implikationen erfolgen muss, um weitergehende Antworten zur Beschaffenheit einer digitalen Gesellschaft formulieren zu können. Dies habe ich auf den Problembereich um einen *zero-level-digital divide* verdichtet. Damit konnte unter Berücksichtigung verschiedener empirischer Studien und theoretischer Arbeiten aufgezeigt werden, dass ein effektiver Zugang zum Internet und die daran gebundenen Nutzungsmöglichkeiten heute in einer starken Abhängigkeit zu

regulatorischen Fragen und ökonomischen Entwicklungen stehen und sich dadurch eine neue Problemdimension eröffnet, die sich sowohl auf die technischen Aspekte bezüglich des Zugangs als auch auf sozio-kulturelle Strukturen ausprägt und damit nicht nur die Grundstruktur des Netzes berührt, sondern ebenso gesellschaftliche Prozesse in einer von digitalen Technologien geprägten Welt maßgeblich beeinflusst. Am Topos der Öffentlichkeit lassen sich diese für sich genommen scheinbar losgelösten Phänomene des Sozialen, des Politischen und der Ökonomie zusammenziehen. Daraus können übergeordnete Muster identifiziert werden, die sich entlang der *Herstellung von Sichtbarkeiten* und der *De- sowie Rekonstruktion digitaler Formationen* beschreiben lassen.

Die Strukturelle Medienbildung erweist sich als geeignete Referenztheorie, um die komplexen Gefüge und verschiedenartigen Praktiken in den Blick zu nehmen. Gleichwohl scheint eine weitergehende Prüfung sinnvoll, wie Medienbildung im Verhältnis zu Code-Praktiken zu verorten ist. Im Hinblick auf die Entwicklungslinie der digitalen Medialität und deren daraus erwachsenen Folgen für die Materialität von Code – dabei vor allem Software – stellt sich weitergehend die Frage, wie ein methodisch-analytischer Rahmen gestaltet werden kann, um diese Prozesse und Praktiken zu erfassen, wenn man es dabei nicht mehr mit einem wissenschaftlich begründbaren Medienbegriff erfassen kann, sondern Ausprägungen digitaler Artefakte hat, die sich der Logik des Mediums bereits aufgrund ihrer Beschaffenheit entziehen.

Trotz der verstärkten Hinwendung zu Algorithmen und rechenbasierten Architekturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften bleibt die Frage nach der hinreichenden Beschreibung dieser hochgradig flexibilisierenden Prozesse noch weitestgehend unbeantwortet. Die Gründe hierfür sind einerseits mangelnde Übersetzungsleistungen schon auf deskriptiver Ebene, die, so denke ich, nur interdisziplinär eingeholt werden können. Die vorliegende Arbeit kann als eine solche Bestrebung gesehen werden. Die große Diskrepanz zeigt sich andererseits anhand von Forderungen danach, Quellcode lediglich offen zu legen, um ihn verstehend lesen zu können. Sicherlich ist Transparenz eine notwendige Bedingung zur Analyse von Algorithmen, jedoch konnte insbesondere entlang der infrastrukturellen Betrachtung gezeigt werden, dass es für ein umfassendes Verständnis über die Wirkweisen von Code eben nicht ausreicht, diesen lediglich offen zu legen, da somit verschiedene Abhängigkeiten und Dynamiken von Code gar nicht erfasst werden können. Dies zeigt sich schon im Prozess der Übersetzung von Quellcode zur Maschinensprache, bei der sich die Beschaffenheit grundlegend verändert und in diesem Translationsprozess weitere Komplexitäten für die Analyse verborgen liegen. Es sind gerade diese Komplexitäten, die eine allgemeingültige Beantwortung der Frage, wie Bildung im Netz funktioniert, eben nicht ermöglichen können. Zwar lassen sich die Praktiken der diskursiven und performativen Artikulationen im Sozialen und unter den Bedingungen sozio-technologischer Systeme empirisch analysieren, jedoch zeigt sich gerade entlang der Diskussion um die Re- und Dekonstruktion von Code und den digitalen

Materialitäten, wie schwer es tatsächlich ist, die jeweiligen Bedeutungszusammenhänge zu erfassen und bildungstheoretisch zu interpretieren.

Darüber hinaus sehe ich begründete Zweifel darin, dass die Komplexität von Code durch die Betrachtung von Quellcode gänzlich zu erfassen ist. Quellcode möglicherweise verstehend lesen zu können, sofern das bei komplexeren Anwendungen überhaupt machbar ist, genügt nicht, um die kulturellen Implikationen und deren Bedeutungszuweisungen im Sozialen zu decodieren. Eine konsequente Hinwendung zur digitalen Medialität würde dann nicht nur Ausprägungen im Anschluss an die Architekturen in den Blick nehmen, sondern sich schon im Prozess des Designs (und dann konsequenter Weise der Hardware) den Fragen sozialer Implikationen und Wirkungsweisen widmen. Ein wichtiger Hinweis hierzu konnte durch die frühen Betrachtungen von Friedman und Nissenbaum (1996) gegeben werden. Software Systeme können in unterschiedlicher Hinsicht diskriminieren, jedoch auch neue Perspektiven sichtbar machen und somit auf Problemstellungen hindeuten. Eine Qualität der Diskriminierung durch Algorithmen liegt darin begründet, dass sie erst in der Anwendung mit den menschlichen Akteuren emergente Phänomene unter den Einflüssen der gemeinsamen Welt sichtbar machen können. Dies ist nur ein Aspekt von vielen, der sich im Zuge der Verschränkung von Sozialem und technologischer Infrastruktur ergibt und somit zur Steigerung von Komplexität beiträgt.

Daneben sind die uns durchdringenden rechenbasierten Systeme bereits so komplex, dass selbst Entwicklerinnen und Entwickler in großen Teams nur einzelne Bereiche überschauen und das große Ganze in den Hintergrund gerät, um eine produktive Handlungsfähigkeit gewährleisten zu können. Das Defizit der Überschaubarkeit von Software und ihren Wirkweisen mag man unter Zuhilfenahme von spezifisch darauf abgestimmten Analysemethoden noch einholen können, im Hinblick auf maschinelles Lernen kann es jedoch nicht mehr gelingen, da hier die Prozessualität der Ausführung zu emergenten Effekten führt, die eben nicht nur durch die Betrachtung des Ausgangspunktes abgedeckt werden können.

Zudem würde eine Spezialisierung auf die konkrete Ausprägung von Code als Software am Grundproblem von Bildung vorbeigehen, was im humanistischen Ideal noch besonders stark unter der gleichmäßigen Ausprägung der menschlichen Kräfte und in jüngeren Betrachtungen hin zur allgemeinen Ausformung und Bewusstwerdung der Komplexitäten formuliert wurde. Lediglich die Hinwendung zu Code als Produktionsprozess hieße weitergedacht, zunächst nur den aktuellen Bedürfnissen und Entwicklungen des Marktes gerecht zu werden, ohne die kulturellen und sozialen Implikationen zu erfassen, die nicht von 0 auf 1 einfach in die Gesellschaft gesetzt werden, sondern das temporäre Resultat jahrzehntelanger kultureller Entwicklungs- und sozialer Aushandlungsprozesse darstellen. Im Hinblick auf Bildung gilt es eben jene tiefgreifenden Verflechtungen einzuholen, um einen reduktionistischen Blick auf Digitalität zu vermeiden. Die Problemstellung liegt somit in erster Linie nicht in der Erscheinung von Software, sondern

in den implementierten Werten und Normen, die sodann die Bedeutungszuweisung im Sozialen beeinflussen. Damit wird auch das Problem zur Herstellung von Orientierungsrahmen angesprochen, das sich eben nicht auf ein mediales oder technologisches Artefakt bezieht, sondern vielmehr in den Lebenswelten verhaftet ist.

8.2 Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?

Die Frage nach einem neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit ist vor dem Hintergrund der hier aufgezeigten Komplexitäten sowie der eingenommenen Perspektivsetzung sicherlich eine gewagte Formulierung, jedoch konnten in der Arbeit einige Hinweise dahingehend freigelegt werden, die es sich lohnt, hier zusammenzufassen.

Es konnte herausgestellt werden, dass Algorithmen bei der Herstellung von Sichtbarkeiten von zentraler Bedeutung sind. Besonders deutlich zeigte sich diese Qualität entlang unterschiedlicher Kommerzialisierungslinien des Internet, indem unterschiedliche Akteure verschiedene Bereiche – in Anlehnung an das OSI-Referenzmodell besser gesagt Schichten der Netzarchitektur – strategisch besetzen. Zwar ist eine solche Besetzung von Infrastrukturen keineswegs neu, wie Habermas schon entlang der massenmedialen Strukturen aufgezeigt hat, jedoch entwickelt die hier gemeinte Einschreibung eine besondere Qualität, da die Durchdringung der Lebenswelt jedes einzelnen Individuums dabei hochgradig unterschiedlich und personalisiert erfasst wird.

Wie Schmidt (2011) systematisch aufgezeigt hat, finden im Social Web verschiedene Formen der Herstellung von Öffentlichkeit statt, die nicht zwangsläufig an gesellschaftliche Relevanz gebunden sind, sondern individuellen Präferenzen und Bedeutungszuweisungen entspringen. Sie entstehen neben den professionell hergestellten Öffentlichkeiten. Gleichzeitig nehmen die Angebote der Informationsbeschaffung zu, denn mit relativ geringem technischen Aufwand können Inhalte geteilt, Plattformen besetzt und Handlungen unterschiedlicher Natur vollzogen werden. Die *persönlichen Öffentlichkeiten* sind ein Beispiel von Formen der Öffentlichkeit, die unter den Bedingungen des Netzes neben klassischen Formen erscheinen. Sie sind ein Signum für die sich verändernden Strukturen, die ebenso den Journalismus dazu auffordern, sich in seiner institutionalisierten Ausformung zu verändern. Anders gesagt, das Internet wirkt auf die etablierten institutionalisierten Strukturen ein und verändert sie.

Während mit den persönlichen Öffentlichkeiten in erster Linie Anschlusspraktiken im Social Web beobachtbar und analysierbar werden, sind es die *coding publics*, die sich direkt in das technologische Gefüge eingebettet beschreiben lassen. Beide Ausprägungen verweisen auf jeweils unterschiedliche Implikationen für die Herstellung von Öffentlichkeit, wie anhand von verschiedenen Beispielen diskutiert wurde. Code spielt bei beiden hier diskutierten Praktiken eine entscheidende Rolle, er kann als jenes Ganze gesehen werden, was diese Artikulationsräume aufspannt. Zwar sollte eingewendet werden, dass die von Habermas entworfene Perspektive auf Öffentlichkeit, trotz ihrer

Aktualisierungen heute an die Grenzen der Erklärungskraft stößt, wie entlang verschiedener Kritikpunkte zur Vernetzung im Digitalen aufgezeigt wurde, jedoch konnte unter anderem durch die Position von Benkler (2006) darauf hingewiesen werden, dass es durchaus möglich ist, die theoretischen Merkmale von Öffentlichkeit auch auf das Netz und dessen Potenziale für die Deliberation anzuwenden. Demgegenüber stellt die von Habermas entwickelte rechtsphilosophische Position einen wichtigen Anknüpfungspunkt für aktuelle Diskurse um Gemeingüter und die Regulierung von Werten und Normen dar. Darüber hinaus können hierdurch Implikationen für die Durchsetzungsfähigkeit von Recht im digitalen Raum abgebildet werden.

Auch das Hacking kann dem größeren Ganzen dienen, obwohl es eine Dekonstruktion der Systeme ist. Deshalb ist es keineswegs nur auf der Seite des zivilen Ungehorsams zu verorten, sondern vielmehr als Ausdruck über die Beratschlagung zur Architektur gegebener Systeme zu sehen. In einer von digitalen Technologien durchzogenen Gesellschaft ist dies eine nicht unerhebliche Form des Raisonnements, die wie alle medialen Artikulationen stets als performative Prozesse zu verstehen sind, deren Qualität der Artikulation sich dabei jedoch in dieser Weise direkt auf die Beschaffenheit des Systems auswirkt. Daraus ergibt sich eine doppelte Differenz, die exemplarisch für einen tentativen Umgang mit Welt beschrieben werden kann. Deren Ausprägungen besser zu verstehen, bedarf es jedoch weitergehende Forschungsvorhaben, schließlich sind es jene Praktiken der Exploration, die abgesehen von einigen wenigen Initiativen in erster Linie nicht in der Öffentlichkeit verhandelt werden. Hier kommt die öffentlichkeitstheoretische Perspektivsetzung nach Habermas jedoch an ihre Grenzen der Erklärungskraft, da sich diese Prozesse (bislang) nicht oder nur sehr marginal im zivilgesellschaftlichen Blickfeld befinden.

Die vor allem im letzten Kapitel thematisierte Entkopplung der Ökonomie von der staatlichen Regulierung, die über einzelne Mechanismen der Priorisierung und Filterung von Daten thematisiert und exemplarisch entlang der Netzneutralitätsdebatte verdeutlicht werden konnte, kann dabei als wesentlicher Indikator für die sich verändernden Strukturen gesehen werden. Sie wirken sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche aus und verändern somit das Verhältnis von Privatem und Öffentlichkeit ganz grundlegend, da die vernetzten Strukturen keineswegs nur mehr soziale Gruppen, sondern individuelle Akteure in ganz unterschiedlicher Weise durchdringen.

Ich habe mich in dieser Arbeit nicht explizit der politischen Öffentlichkeit und ihren Ausprägungsformen im Netz gewidmet, da es in meinem Interesse lag, auf die strukturtheoretischen Implikationen kultureller Praktiken zu blicken. Diese haben, wie ich entlang der *Abhängigkeiten von Normen und Werten* im doppelten Sinne sowie im Hinblick auf unterschiedliche Umgangsweisen mit Code und der Netzstruktur, gerade vor dem Hintergrund ökonomischer Entwicklungslinien gezeigt habe, ebenso tiefgreifende Auswirkungen auf das Politische.

8.3 Ausblick

Die Konzeption der vorliegenden Arbeit unterliegt selbstverständlich auch einigen Einschränkungen. Trotz einer strukturtheoretischen Perspektivsetzung kann nur ein Ausschnitt des komplexen Gesamtgefüges digitaler Medialität adressiert werden. Dabei habe ich bereits auf konzeptioneller Ebene verschiedene Bereiche ausklammern müssen. So wurde eine machtheoretische Position nur am Rande und entlang der Kontrollstrukturen der Protokolle und Code thematisiert. Die Auseinandersetzung mit Unterwerfungsprozessen ausgehend von den flexiblen und hochgradig dezentralen Strukturen von Code und den daran anschließenden beziehungsweise darin verorteten Praktiken weisen jedoch einige weitere Möglichkeiten der Perspektivsetzung auf. Hier bedarf es weiterer systematischer Analysen, die durch empirische Arbeiten, beispielsweise online-ethnographische Studien, realisiert werden könnten.

Im Hinblick auf die Herausbildung neuer Sprachformationen könnte zudem die Betrachtung von expressiven Artikulationen im Kontext der Praktiken mit Code vertiefend sowohl in produktiv-kollaborativer Hinsicht als auch in kulturell-ästhetischer Perspektivsetzung untersucht werden. Genauer bieten hier esoterische Programmiersprachen oder ästhetische Artikulationen durch Quellcode und Software eine Grundlage, um sich noch weiter mit den selbstreferentiellen Strukturen von Code zu befassen und hieraus bildungstheoretische Interpretationen abzuleiten. Dabei soll nicht das Missverständnis aufkommen, dass Code mit Sprache gleichzusetzen wäre, jedoch könnten entlang der verschiedenen Subkulturen weitere Einblicke in die digitalen Materialitäten eröffnet werden, die sich abseits ökonomisch-produktiver Perspektiven in der Lebenswelt formieren.

Daneben kommt der Thematisierung von Gegenöffentlichkeiten in dieser Arbeit nur eine nachgeordnete Bedeutung zu. Sie lassen sich in meiner Perspektivsetzung zwar nicht vollkommen herausnehmen, prägen jedoch nicht die Struktur und das Format der Arbeit. Eine solche Betrachtung erweist sich insofern von einiger Bedeutung, als dass soziale Bewegungen im Netz mit den Prinzipien der Technologie selbst konfrontiert sind und sich hieraus eine doppelte Differenz ergibt, die sich einerseits nach außen entlang der politischen Positionierungen und andererseits nach innen gerichtet auf die Selbstbeschreibung der sozialen Gruppen wirkt. Kritisch zu hinterfragen wäre in diesem Zusammenhang, ob hieraus tatsächlich eine neue Ordnung des Sozialen hervorgeht, oder ob es sich dabei um bisher etablierte Mechanismen der Reproduktion bestehender sozialer Strukturen handelt.

Literatur

- Ackerman, B. A. (1980). *Social justice in the liberal state*. New Haven, Conn.: Yale Univ. Press.
- Adorno, T. W. (1959). Theorie der Halbbildung. In: Adorno, T. W. (Hrsg.), *Gesammelte Schriften*. Bd. 8. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 93–121.
- (1997). Résumé über Kulturindustrie. In: Tiedemann, R. (Hrsg.), *Gesammelte Schriften*. Bd. 10.1. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 337–345.
- Alkemeyer, T., Budde, G. und Freist, D. (2013). Einleitung. In: Alkemeyer, T., Budde, G. und Freist, D. (Hrsg.), *Selbst-Bildungen*. Praktiken der Subjektivierung. Bielefeld: transcript, S. 9–30.
- Antin, J. und Cheshire, C. (2010). Readers are not free-riders. In: Inkpen, K., Gutwin, C. und Tang, J. (Hrsg.), *Proceedings of the 2010 ACM conference on Computer supported cooperative work - CSCW '10*. New York, New York, USA: ACM Press, S. 127–130.
- Arendt, H. (1991). Ziviler Ungehorsam. In: Arendt, H., Knott, M. L. und Geisel, E. (Hrsg.), *Zur Zeit*. Rotbuch-Zeitgeschehen. Hamburg: Rotbuch-Verl., S. 119–159.
- (1994). Freiheit und Politik. In: Arendt, H. und Ludz, U. (Hrsg.), *Zwischen Vergangenheit und Zukunft*. München: Piper, S. 201–226.
- (2010). *Vita activa: Oder Vom tätigen Leben*. 9. Aufl. München [u.a.]: Piper.
- Arendt, H., Knott, M. L. und Geisel, E. (Hrsg.) (1991). *Zur Zeit: Politische Essays*. Rotbuch-Zeitgeschehen. Hamburg: Rotbuch-Verl.
- Aufenanger, S. (1999). „Medienkompetenz oder Medienbildung: Wie die neuen Medien Erziehung und Bildung verändern“. In: *Bertelsmann Briefe* 142, S. 21–24.
- Baacke, D. (1997). *Medienpädagogik*. Bd. 1. Grundlagen der Medienkommunikation. Tübingen: Niemeyer.
- Baecker, D. (1996). Oszillierende Öffentlichkeiten. In: Maresch, R. (Hrsg.), *Medien und Öffentlichkeit*. München: Boer, S. 89–107.
- Bajohr, H. (2011). *Dimensionen der Öffentlichkeit: Politik und Erkenntnis bei Hannah Arendt*. Erstausg., 1. Aufl. Berlin: Lukas.
- Baran, P. (1964). „On Distributed Communications Networks“. In: *IEEE Transactions on Communications* 12.1, S. 1–9.
- Barber, B. R. (1984). *Strong democracy: Participatory politics for a new age*. Berkeley: University of California Press.

- Bateson, G. (1981). Die logischen Kategorien von Lernen und Kommunikation. In: Bateson, G. (Hrsg.), *Ökologie des Geistes*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 362–399.
- Bauman, Z. und Lyon, D. (2013). *Daten, Drohnen, Disziplin: Ein Gespräch über flüchtige Überwachung*. Dt. Erstausg., 1. Aufl. Bd. 2667. Edition Suhrkamp. Berlin: Suhrkamp.
- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Erstausg., 1. Aufl. Bd. 1365 = N.F., 365. Edition Suhrkamp. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, U. (Hrsg.) (1994). *Risikante Freiheiten: Individualisierung in modernen Gesellschaften*. Erstausg., 1. Aufl. Bd. 1816 = N.F., 816. Edition Suhrkamp. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Becker, P. v. (2015). *Der neue Glaube an die Unsterblichkeit: Transhumanismus, Biotechnik und digitaler Kapitalismus*. Deutsche Erstausgabe. Passagen Philosophie. Wien: Passagen Verlag.
- Benhabib, S. (1997). „The Embattled Public Sphere: Hannah Arendt, Juergen Habermas and Beyond“. In: *Theoria: A Journal of Social and Political Theory* No. 90, The Scope and Limits of Public Reason, S. 1–24.
- Benkler, Y. (2006). *The wealth of networks: How social production transforms markets and freedom*. New Haven Conn.: Yale University press.
- Benner, D. (1989). Humboldt und die Französische Revolution: Eine Untersuchung zum bildungstheoretischen Kern der neuzeitlichen Verhältnisbestimmung von Pädagogik und Politik. In: Marotzki, W. und Hansmann, O. (Hrsg.), *Diskurs Bildungstheorie II: Problemgeschichtliche Orientierungen*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag, S. 111–147.
- (2002). „Die Struktur der Allgemeinbildung im Kerncurriculum moderner Bildungssysteme“. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 48.1, S. 68–90.
- Berners-Lee, T. (2011). Net Neutrality: This is serious. In: Martínez, J. P. (Hrsg.), *Net Neutrality*. Lectura Plus, S. 155–158.
- BMWi [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie] (2016). *Digitale Bildung: Der Schlüssel zu einer Welt im Wandel*. Berlin. URL: <http://www.de.digital/DIGITAL/Redaktion/DE/IT-Gipfel/Publikation/2016/digitale-bildung.html> (besucht am 20.12.2016).
- Bolt, D. B. und Crawford, R. A. K. (2000). *Digital divide: Computers and our children's future*. New York: TV Books.
- Bonacker, T. (1997). *Kommunikation zwischen Konsens und Konflikt: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Rationalität bei Jürgen Habermas und Niklas Luhmann: Teilw. zugl.: Dipl.-Arb.* Studien zur Soziologie und Politikwissenschaft. Oldenburg: Bibliotheks- u. Informationssystem d. Univ.
- boyd, d. m. (2014). *It's complicated: The social lives of networked teens*. 1. Aufl. New Haven: Yale University press.

- boyd, d. m. und Ellison, N. B. (2007). „Social Network Sites: Definition, History, and Scholarship“. In: *Journal of Computer-Mediated Communication* 13.1, S. 210–230.
- Bruns, A. (2008). *Blogs, Wikipedia, Second Life, and beyond: From production to produsage*. Bd. 45. Digital formations. New York, NY: Peter Lang.
- Büching, C., Walter-Hermann, J. und Schelhowe, H. (2014). Partizipative Kultur Revisited. In: Biermann, R., Fromme, J. und Verständig, D. (Hrsg.), *Partizipative Medienkulturen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 113–132.
- Casale, R. (Hrsg.) (2007). *Bildung und Öffentlichkeit: Jürgen Oelkers zum 60. Geburtstag*. Beltz-Bibliothek. Weinheim: Beltz.
- Castells, M. (2000). *The rise of the network society*. The information age. Cambridge, Mass.: Blackwell.
- (2003). *The Internet Galaxy: Reflections on the internet, business, and society*. Reprinted. Oxford: Oxford Univ. Press.
- (2009). *Communication power*. Oxford, UK und New York: Oxford University Press.
- (2012). *Networks of outrage and hope: Social movements in the internet age*. Cambridge: Polity Press.
- Chomsky, N. (1965). *Aspects of the theory of syntax*. Cambridge Mass.: MIT Press.
- Chu, C.-H. (2002). „Von der kategorialen zur politisch orientierten Bildung: Untersuchungen zur Theorie der Bildung von Wolfgang Klafki“. Dissertation. Tübingen. URL: <http://d-nb.info/965219518/34> (besucht am 04.05.2015).
- Chun, W. H. K. (2011). *Programmed visions: Software and memory*. Software studies. Cambridge, Mass und London, England: MIT Press.
- Coleman, G. (2017). „From Internet Farming to Weapons of the Geek“. In: *Current Anthropology* 58.15, S. 91–102.
- Cox, G. und McLean, C. A. (2013). *Speaking code: Coding as aesthetic and political expression*. Software studies. Cambridge, Mass: The MIT Press.
- Crawford, K. (2015). „Can an Algorithm be Agonistic? Ten Scenes from Life in Calculated Publics“. In: *Science, technology, et human values* 41.1, S. 77–92.
- Dahlgren, P. (2005). „The Internet, Public Spheres, and Political Communication: Dispersion and Deliberation“. In: *Political Communication* 22.2, S. 147–162.
- (2013). *The political web: Media, participation and alternative democracy*. 1. publ. Basingstoke u.a.: Palgrave Macmillan.
- Dahrendorf, R. (1993). Aktive und passive Öffentlichkeit: Über Teilnahme und Initiative im politischen Prozeß moderner Gesellschaften. In: Langenbucher, W. R. (Hrsg.), *Politische Kommunikation*. Studienbücher zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Wien: Braumüller, S. 42–51.
- Damberger, T. (2012). „Menschen verbessern! Zur Symptomatik einer Pädagogik der ontologischen Heimatlosigkeit.“ Diss. Darmstadt: Technische Universität Darmstadt. URL: <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/2976/> (besucht am 05.04.2015).

- Damberger, T. (2015). *Quantified Self and Transhumanism – A Means to an End*. Hrsg. von J. Hughes. Connecticut, USA. URL: <http://ieet.org/index.php/IEET/more/damberger20150817> (besucht am 05.02.2017).
- Damberger, T. und Iske, S. (2017). Quantified Self aus bildungstheoretischer Perspektive. In: Biermann, R. und Verständig, D. (Hrsg.), *Das umkämpfte Netz*. Medienbildung und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 17–36.
- Deimann, M. (2014). Open Education als partizipative Medienkultur? Eine bildungstheoretische Rahmung. In: Biermann, R., Fromme, J. und Verständig, D. (Hrsg.), *Partizipative Medienkulturen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 185–205.
- Demirović, A. (2007). Hegemonie und die diskursive Konstruktion der Gesellschaft. In: Nonhoff, M. (Hrsg.), *Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie*. Edition moderne Postmoderne. Bielefeld: transcript.
- DiMaggio, P. et al. (2004). Digital Inequality: From Unequal Access to Differentiated Use. In: Neckerman, K. M. (Hrsg.), *Social inequality*. New York, NY: Russell Sage, S. 355–400.
- Donath, J. S. (1999). Identity and deception in the virtual community. In: Kollock, P. (Hrsg.), *Communities in Cyberspace*. London u.a.: Routledge, S. 27–58.
- Dörpinghaus, A., Mietzner, U. und Platzer, B. (2015). *Bildung an ihren Grenzen: Zwischen Theorie und Empirie*. Darmstadt: WBG - Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Ehrenspeck, Y. (2009). Philosophische Bildungsforschung: Bildungstheorie. In: Tippelt, R. und Schmidt, B. (Hrsg.), *Handbuch Bildungsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 155–169.
- Ellison, N. B., Steinfield, C. und Lampe, C. (2007). „The Benefits of Facebook Friends Social Capital and College Students' Use of Online Social Network Sites“. In: *Journal of Computer-Mediated Communication* 12.4, S. 1143–1168.
- Ester, M. und Sander, J. (2000). *Knowledge Discovery in Databases: Techniken und Anwendungen*. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg.
- Faulstich, P. (2002). „Verteidigung von "Bildung" gegen die Gebildeten unter ihren Verächtern“. In: 49, S. 15–25. URL: <http://www.die-bonn.de/id/1468>.
- Felden, H. von (2003). *Bildung und Geschlecht zwischen Moderne und Postmoderne: Zur Verknüpfung von Bildungs-, Biographie- und Genderforschung*. Bd. 21. Studien zu Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fraser, N. (1992). Rethinking the public sphere. A contribution to the critique of actually existing democracy. In: Calhoun, C. (Hrsg.), *Habermas and the public sphere*. Studies in contemporary German social thought. Cambridge, Mass.: MIT Press, S. 109–142.

- (1996). Öffentlichkeit neu denken. Ein Beitrag zur Kritik real existierender Demokratie. In: Scheich, E. (Hrsg.), *Vermittelte Weiblichkeit*. Hamburg: Hamburger Ed, S. 151–182.
- Friedman, B. und Nissenbaum, H. (1996). „Bias in computer systems“. In: *ACM Transactions on Information Systems* 14.3, S. 330–347.
- Fromme, J. (1997). *Pädagogik als Sprachspiel: Zur Pluralisierung der Wissensformen im Zeichen der Postmoderne: Zugl.: Bielefeld, Univ., Habil.-Schr., 1995*. Pädagogik - Theorie und Praxis. Neuwied: Luchterhand.
- Fromme, J., Biermann, R. und Kiefer, F. (2014). Medienkompetenz und Medienbildung: Medienpädagogische Perspektiven auf Kinder und Kindheit. In: Tillmann, A., Fleischer, S. und Hugger, K.-U. (Hrsg.), *Handbuch Kinder und Medien*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 59–73.
- Fromme, J. und Jörissen, B. (2010). „Medienbildung und Medienkompetenz: Berührungspunkte und Differenzen nicht ineinander überführbarer Konzepte“. In: *merz.medien+erziehung* 5, S. 46–54.
- Froomkin, A. M. M. (2003). „Habermas@discourse.net: Toward a Critical Theory of Cyberspace“. In: *SSRN Electronic Journal*.
- Fuller, M. (Hrsg.) (2008). *Software studies: A lexicon*. Leonardo. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Galloway, A. R. (2004). *Protocol: How control exists after decentralization*. Leonardo. Cambridge Mass. u.a.: MIT Press.
- Galloway, A. R. und Thacker, E. (2007). *The exploit: A theory of networks*. Bd. 21. Electronic mediations. Minneapolis, Minn, London: University of Minnesota Press.
- García Leguizamón, F. M. (2009). „Vom klassischen zum virtuellen öffentlichen Raum: das Konzept der Öffentlichkeit und ihr Wandel im Zeitalter des Internet“. Dissertation. Berlin: Freie Universität Berlin. URL: http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_00000015529 (besucht am 04.09.2016).
- Geiger, R. S. (2014). „Bots, bespoke, code and the materiality of software platforms“. In: *Information, Communication & Society* 17.3, S. 342–356.
- Gerhards, J. (1994). Politische Öffentlichkeit: Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In: Neidhardt, F. (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie : Sonderhefte. Opladen: Westdt. Verl., S. 77–105.
- Gerhards, J. und Neidhardt, F. (1991). Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit : Fragestellungen und Ansätze: Discussion Paper FS III 90-101 des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. In: Müller-Doohm, S. und Neumann-Braun, K. (Hrsg.), *Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation*. Studien zur Soziologie und Politikwissenschaft. Oldenburg: BIS Bibliotheks- und Informationssystem der Univ, S. 31–89.

- Giddens, A. (1996). *Konsequenzen der Moderne*. 1. Aufl., [Nachdr.] Bd. 1295. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gillespie, T. (2014). The Relevance of Algorithms. In: Gillespie, T., Boczkowski, P. J. und Foot, K. A. (Hrsg.), *Media technologies*. Inside technology. Cambridge, Mass.: MIT Press, S. 167–194.
- (2017). #trendingistrending: Wenn Algorithmen zu Kultur werden. In: Seyfert, R. und Roberge, J. (Hrsg.), *Algorithmuskulturen*. Kulturen der Gesellschaft. Bielefeld: transcript, S. 75–106.
- Gimmler, A. (2000). Deliberative Demokratie, Öffentlichkeit und das Internet. In: Sandbothe, M. und Marotzki, W. (Hrsg.), *Subjektivität und Öffentlichkeit*. Köln: von Halem, S. 191–208.
- Glasze, G. und Mattissek, A. (2009). Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe. In: Glasze, G. und Mattissek, A. (Hrsg.), *Handbuch Diskurs und Raum*. Sozialtheorie. Bielefeld: transcript, S. 153–180.
- Goffman, E. (1959). *The presentation of self in everyday life*. New York: Anchor Books.
- Görke, A. (2000). Systemtheorie weiterdenken. In: Löffelholz, M. (Hrsg.), *Theorien des Journalismus*. Wiesbaden und s.l.: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 435–454.
- Gostmann, P. (2015). Die Öffentlichkeit der Soziologie. In: Merz-Benz, P.-U. (Hrsg.), *Öffentliche Meinung und soziologische Theorie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 61–91.
- Granovetter, M. (1973). „The strength of weak ties“. In: *American journal of sociology* 78.6, S. 1.
- Gross, R., Acquisti, A. und Heinz, H. J. (2005). Information revelation and privacy in online social networks. In: Atluri, V., Di Capitani Vimercati, S. de und Dingledine, R. (Hrsg.), *Proceedings of the 2005 ACM workshop on Privacy in the electronic society*. New York, NY: ACM, S. 71.
- Grünberger, N. (2016). „Bildung reloaded : zu pädagogischen Implikationen gegenwärtiger sozio-kultureller Entwicklungen“. Dissertation. Innsbruck: Universität Innsbruck. URL: <http://diglib.uibk.ac.at/ulbtirolhs/content/titleinfo/1322389> (besucht am 04.02.2017).
- Günther, K. und Wingert, L. (2001). Vorwort. In: Wingert, L. und Günther, K. (Hrsg.), *Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit*. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 7–12.
- Gutmann, A. und Thompson, D. F. (1996). *Democracy and disagreement: [why moral conflict cannot be avoided in politics, and what should be done about it]*. Cambridge Mass. u.a.: The Belknap Press of Harvard Univ. Press.
- Habermas, J. (1961). Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung. In: Habermas, J. (Hrsg.), *Student und Politik*. Neuwied: Luchterhand, S. 11–55.
- (1971). Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz. In: Habermas, J. und Luhmann, N. (Hrsg.), *Theorie der Gesellschaft oder*

- Sozialtechnologie - was leistet die Systemforschung?* Theorie-Diskussion. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 101–141.
- (1981a). *Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*. 2. Auflage. Bd. Bd. 1. Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
 - (1981b). *Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. 2. Auflage. Bd. Bd. 2. Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
 - (1983a). Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln. In: Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln, *Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln*. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 127–205.
- Habermas, J. (1983b). Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat: Wider den autoritären Legalismus in der Bundesrepublik. In: Glotz, P. (Hrsg.), *Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat*. Edition Suhrkamp. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 29–53.
- (1985). Exkurs zu Luhmanns systemtheoretischer Aneignung der subjektphilosophischen Erbmasse. In: Exkurs zu Luhmanns systemtheoretischer Aneignung der subjektphilosophischen Erbmasse, *Der philosophische Diskurs der Moderne*. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 426–445.
- Habermas, J. (1989). *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*. 3. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- (1990). *Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. 2. Aufl. Bd. 891. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
 - (1991). *Erläuterungen zur Diskursethik*. 1. Aufl. Bd. 975. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
 - (1992a). *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
 - (1992b). Individuierung durch Vergesellschaftung: Zu G. H. Meads Theorie der Subjektivität. In: Individuierung durch Vergesellschaftung: Zu G. H. Meads Theorie der Subjektivität, *Nachmetaphysisches Denken*. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 187–241.
- Habermas, J. (1998). *Die postnationale Konstellation: Politische Essays*. Orig.-Ausg., Erstausg., 1. Aufl. Bd. 2095. Edition Suhrkamp. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- (2001). *Erkenntnis und Interesse: Mit einem neuen Nachwort*. 13. Aufl. Bd. 1. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
 - (2008). *Ach, Europa*. Bd. 2551. Edition Suhrkamp. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
 - (2013). *Im Sog der Technokratie: Kleine politische Schriften*. 1., Originalausgabe. Bd. 2671. Edition Suhrkamp. Berlin: Suhrkamp.
- Habermas, J. und Luhmann, N. (Hrsg.) (1971). *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie - was leistet die Systemforschung?* Theorie-Diskussion. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Hahn, R. W. und Wallsten, S. (2006). „The Economics of Net Neutrality“. In: *SSRN Electronic Journal*. URL: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=943757 (besucht am 03.03.2017).
- Hansmann, O. (1988). Kritik der sogenannten „theoretischen Äquivalente“ von „Bildung“: Zur engeren thematischen Einführung am Beispiel ausgewählter Ersatzbegriffe. In: Hansmann, O. und Marotzki, W. (Hrsg.), *Diskurs Bildungstheorie I: Systematische Markierungen*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag, S. 21–54.
- Hansmann, O. und Marotzki, W. (Hrsg.) (1988). *Diskurs Bildungstheorie I: Systematische Markierungen*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Haraway, D. J. (1985). „Manifesto for Cyborgs: Science, Technology, and Socialist Feminism in the 1980’s“. In: *Socialist Review* 80, S. 65–108.
- Hargittai, E. (2002). „Second-Level Digital Divide: Differences in People’s Online Skills“. In: *First Monday* 7.4.
- Hebert, E. (2017). Machtstrukturen im Kontext von Überwachung im Internet und deren Relevanz für die Pädagogik. In: Biermann, R. und Verständig, D. (Hrsg.), *Das umkämpfte Netz. Medienbildung und Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 67–80.
- Hegel, G. W. F. (1986a). *Phänomenologie des Geistes: Theorie-Werkausgabe [TWA]: Hrsg. von Eva Moldenhauer, Karl Markus Michel*. Bd. 603. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- (1986b). *Grundlinien der Philosophie des Rechts: Theorie-Werkausgabe [TWA]: Hrsg. von Eva Moldenhauer, Karl Markus Michel*. Bd. 607. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- (2009). *Vorlesungen über die Philosophie der Religion ; 2: Vorlesungen über die Beweise vom Dasein Gottes*. 7. [Aufl.] Bd. 617. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (1997). Gesellschaftliche Integration, Anomie und ethnisch-kulturelle Konflikte. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.), *Was treibt die Gesellschaft auseinander?* Edition Suhrkamp, S. 629–653.
- Heming, R. (1997). *Öffentlichkeit, Diskurs und Gesellschaft*. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Hentig, H. v. (1996). *Bildung: Ein Essay*. 2. [Dr.] München und Wien: Hanser.
- Herzig, B. und Grafe, S. (2010). Entwicklung von Bildungsstandards für die Medienbildung – Grundlagen und Beispiele. In: Herzig, B. et al. (Hrsg.), *Jahrbuch Medienpädagogik 8*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 103–120.
- Heydorn, H.-J. (1979). *Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft: Bildungstheoretische Schriften Band 2*. Frankfurt am Main: Syndikat.
- Hirschman, A. O. (1970). *Exit, Voice and Loyalty: Responses to decline in firms, organizations, and states*. Cambridge, Mass.: Harvard Univ. Press.
- Hirst, P. (1994). *Associative Democracy: New Forms of Economic and Social Governance*. Hoboken: Wiley.

- Holze, J. (2013). Eine Geschichte der Hackerkultur - Subkultur im Digitalen Zeitalter. In: Samleben, J. und Schumacher, S. (Hrsg.), *Informationstechnologie und Sicherheitspolitik*. Books on Demand, S. 263–274.
- (2017). Das umkämpfte Wissen. In: Biermann, R. und Verständig, D. (Hrsg.), *Das umkämpfte Netz*. Medienbildung und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 95–110.
- Holze, J. und Verständig, D. (2014). Die Ludifizierung des Sozialen durch Digitale Räume. In: Schäfer, A. und Thompson, C. (Hrsg.), *Spiel*. Pädagogik - Perspektiven. Paderborn: Schöningh, S. 129–156.
- (2017). Film und Bildung. In: Heinze, C., Geimer, A. und Winter, R. (Hrsg.), *Handbuch Filmsoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, im Erscheinen.
- Honneth, A. (2001). *Leiden an Unbestimmtheit: Eine Reaktualisierung der Hegelschen Rechtsphilosophie*. Bd. 18144. Universal-Bibliothek. Stuttgart: Reclam.
- Horkheimer, M. und Adorno, T. W. (2006). *Dialektik der Aufklärung: Philosophische Fragmente*. Bd. 7404. Fischer-Taschenbücher Fischer Wissenschaft. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verl.
- Hugger, K.-U. (2006). Medienkompetenz vs. Medienbildung? Anmerkungen zur Zielwertdiskussion in der Medienpädagogik. In: Lauffer, J. und Röllecke, R. (Hrsg.), *Methoden und Konzepte medienpädagogischer Projekte*. Bielefeld: Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur in der Bundesrepublik, S. 29–36.
- Humboldt, W. v. (1848). *Gesammelte Werke*. Berlin: G. Reimer. URL: <https://books.google.de/books?id=w8gFAAAAQAAJ> (besucht am 05.04.2015).
- (1851). *Ideen zu einem Versuch, die Gränzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen*. Breslau: E. Trewendt. URL: <https://books.google.de/books?id=eavLesJp5xYC> (besucht am 05.04.2015).
- (1932). *Das achtzehnte Jahrhundert: (Von Wilhelm von Humboldt.) [Zwischentitel.]* Literatur, Deutsche, [X.] Reihe, Klassik, Bd. 11, S. 204 - 253. Leipzig: Philipp Reclam jun. URL: <https://books.google.de/books?id=aUystgAACAAJ> (besucht am 05.04.2015).
- Hüther, J. und Schorb, B. (Hrsg.) (2005). *Grundbegriffe Medienpädagogik*. 4., vollst. neu konz. Aufl., Studienausg. München: kopaed.
- Imhof, K. (2003). Öffentlichkeitstheorien. In: Bentele, G., Brosius, H.-B. und Jarren, O. (Hrsg.), *Öffentliche Kommunikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 193–209.
- (2011). *Die Krise der Öffentlichkeit: Kommunikation und Medien als Faktoren des sozialen Wandels*. Sozialwissenschaften 2011. Frankfurt am Main: Campus.
- Iske, S. (2015). „Medienbildung“. In: *EEO Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online*, S. 1–26.

- Iske, S. (2016). Medienbildung im Kontext digitaler Personenprofile. In: Verständig, D., Holze, J. und Biermann, R. (Hrsg.), *Von der Bildung zur Medienbildung*. Medienbildung und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 257–280.
- Iske, S., Klein, A. und Kutscher, N. (2004). *Digitale Ungleichheit und formaler Bildungshintergrund: Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über Nutzungsdifferenzen von Jugendlichen im Internet*. Bielefeld: Universität Bielefeld. URL: <http://www.kib-bielefeld.de/externelinks2005/digitaleungleichheit.pdf> (besucht am 04.02.2017).
- Iske, S., Klein, A., Kutscher, N. und Otto, H.-U. (2007). Virtuelle Ungleichheit und informelle Bildung. Eine empirische Analyse der Internetnutzung Jugendlicher und ihre Bedeutung für Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. In: Kompetenzzentrum Informelle Bildung (Hrsg.), *Grenzenlose Cyberwelt?* VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 65–91.
- Iske, S., Klein, A. und Verständig, D. (2016). Informelles Lernen und digitale Spaltung. In: Rohs, M. (Hrsg.), *Handbuch informelles Lernen*. Springer Reference Sozialwissenschaften, S. 567–583.
- Iske, S. und Marotzki, W. (2010). Wikis: Reflexivität, Prozessualität und Partizipation. In: Bachmair, B. (Hrsg.), *Medienbildung in neuen Kulturräumen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 141–151. (Besucht am 27.09.2013).
- Iske, S. und Verständig, D. (2016). Medienpädagogik und die digitale Gesellschaft im Spannungsfeld von Regulierung und Teilhabe. In: Sonderegger, R. et al. (Hrsg.), *Medienimpulse*. Wien: new academic press, S. 235–249.
- Jörissen, B. (2011a). Bildung, Visualität, Subjektivierung. In: Meyer, T. et al. (Hrsg.), *Kontrolle und Selbstkontrolle*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 57–73.
- (2011b). „Medienbildung“ – Begriffsverständnisse und -reichweiten. In: Moser, H., Grell, P. und Niesyto, H. (Hrsg.), *Medienbildung und Medienkompetenz*. München: kopaed, S. 211–235.
- (2013). *Medienbildung in 5 Sätzen*. URL: <https://joerissen.name/medienbildung/medienbildung-in-5-satzen/> (besucht am 05.01.2017).
- (2014a). Digitale Medialität. In: Wulf, C. und Zirfas, J. (Hrsg.), *Handbuch Pädagogische Anthropologie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 503–513.
- (2014b). „Medialität und Subjektivierung: strukturelle Medienbildung unter besonderer Berücksichtigung einer historischen Anthropologie des Subjekts“. Habilitationsschrift. Magdeburg: Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.
- Jörissen, B. und Marotzki, W. (2009). *Medienbildung - Eine Einführung: Theorie - Methoden - Analysen*. Bd. 3189 : Erziehungswissenschaft, Medienbildung. UTB. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.

-
- (2014). Medienbildung in der digitalen Jugendkultur. In: Hugger, K.-U. (Hrsg.), *Digitale Jugendkulturen*. Digitale Kultur und Kommunikation. Wiesbaden: Springer VS, S. 317–331.
- Jörissen, B. und Verständig, D. (2017). Code, Software und Subjekt: Zur Relevanz der Critical Software Studies für ein nicht-reduktionistisches Verständnis „digitaler Bildung“. In: Biermann, R. und Verständig, D. (Hrsg.), *Das umkämpfte Netz*. Medienbildung und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 37–50.
- Jung, M. (2005). "Making us explicit": Artikulation als Organisationsprinzip von Erfahrung. In: Schlette, M. und Jung, M. (Hrsg.), *Anthropologie der Artikulation*. Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 103–142.
- Kant, I. (1777). *Werkausgabe: In 12 Bänden*. 15. Aufl. Bd. 192. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Klafki, W. (1959). *Kategoriale Bildung: Zur bildungstheoretischen Deutung der modernen Didaktik*. Weinheim: Beltz.
- (1985). *Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik: Beiträge zur kritisch-konstruktiven Didaktik*. Weinheim: Beltz.
- (1991). *Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik: Zeitgemäße Allgemeinbildung und kritisch-konstruktive Didaktik*. Weinheim: Beltz.
- Klein, A. (2004). Von Digital Divide zu Voice Divide: Beratungsqualität im Internet. In: Kutscher, N. und Otto, H.-U. (Hrsg.), *Informelle Bildung Online*. Edition Soziale Arbeit. Weinheim u.a.: Juventa, S. 97–121. (Besucht am 06.03.2017).
- (2007). „Soziales Kapital online: Soziale Unterstützung im Internet ; eine Rekonstruktion virtualisierter Formen sozialer Ungleichheit“. Diss. URL: <https://pub.uni-bielefeld.de/publication/2301811> (besucht am 01.03.2017).
- KMK [Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik] (2016). *Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen Welt“, Version 1.0 (Entwurf), Stand 27. April 2016*. URL: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2016/Entwurf_KMK-Strategie_Bildung_in_der_digitalen_Welt.pdf (besucht am 25.05.2016).
- Koenig, C. (2011). „Bildung im Netz: Analyse und bildungstheoretische Interpretation der neuen kollaborativen Praktiken in offenen Online-Communities“. Dissertation. Darmstadt: Technische Universität Darmstadt. URL: <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/2641> (besucht am 10.12.2016).
- Kojima, T. (2015). *Die Öffentlichkeiten der Erziehung: Eine historisch vergleichende Untersuchung: Zugl.: Frankfurt am Main, Goethe-Univ., 2013*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kokemohr, R. (1985). Modalisierung und Validierung in schulischen Lehr-Lern-Prozessen. In: Kokemohr, R. und Marotzki, W. (Hrsg.), *Interaktionsanalysen in pädagogischer Absicht*. Frankfurt am Main, Bern und New York: Peter Lang, S. 177–235.

- Kokemohr, R. (2007). Bildung als Welt- und Selbstentwurf im Anspruch des Fremden: Eine theoretisch-empirische Annäherung. In: Koller, H.-C. (Hrsg.), *Bildungsprozesse und Fremdheitserfahrung*. Theorie Bilden. Bielefeld: transcript, S. 13–68.
- Kokemohr, R. und Marotzki, W. (Hrsg.) (1989). *Biographien in komplexen Institutionen - Studentenbiographien I*. Bd. 4. Interaktion und Lebenslauf.
- Koller, H.-C. (1993). Bildung im Widerstreit: Bildungstheoretische Überlegungen im Anschluß an Lyotards Konzeption pluraler Diskurse. In: Marotzki, W. und Sünker, H. (Hrsg.), *Kritische Erziehungswissenschaft - Moderne - Postmoderne*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag, S. 80–104.
- (1997). Bildung in einer Vielfalt der Sprachen: Zur Aktualität Humboldts für die bildungstheoretische Diskussion unter den Bedingungen der (Post-) Moderne. In: Koch, L. und Bauer, W. (Hrsg.), *Die Zukunft des Bildungsgedankens*. Schriften zur Bildungs- und Erziehungsphilosophie. Weinheim: Deutscher Studien Verlag, S. 45–64.
- (1999). *Bildung und Widerstreit: Zur Struktur biographischer Bildungsprozesse in der (Post-)Moderne: Zugl.: Hamburg, Univ., FB Erziehungswiss., Habil.-Schr., 1997*. München: Fink.
- (2004). *Grundbegriffe, Theorien und Methoden der Erziehungswissenschaft: Eine Einführung*. Bd. 480. Kohlhammer-Urban-Taschenbücher Pädagogik/Erziehungswissenschaft. Stuttgart: Kohlhammer.
- Koller, H.-C. (Hrsg.) (2007). *Bildungsprozesse und Fremdheitserfahrung: Beiträge zu einer Theorie transformatorischer Bildungsprozesse*. Bd. 7. Theorie Bilden. Bielefeld: transcript.
- (2009). Der klassische Bildungsbegriff und seine Bedeutung für die Bildungsforschung. In: Wigger, L. (Hrsg.), *Wie ist Bildung möglich?* Bad Heilbrunn: Klinkhardt, S. 34–51.
- (2012). *Bildung anders denken: Einführung in die Theorie transformatorischer Bildungsprozesse*. Pädagogik. Stuttgart: Kohlhammer.
- (2016). Ist jede Transformation als Bildungsprozess zu begreifen? Zur Frage der Normativität des Konzepts transformatorischer Bildungsprozesse. In: Verständig, D., Holze, J. und Biermann, R. (Hrsg.), *Von der Bildung zur Medienbildung*. Medienbildung und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 149–161.
- Koller, H.-C. und Wulfstange, G. (Hrsg.) (2014). *Lebensgeschichte als Bildungsprozess? Perspektiven bildungstheoretischer Biographieforschung*. Theorie Bilden.
- Kreß, J. (2016). *Onlinecommunities für Senioren: Wie virtuelle Netzwerke als Unterstützung im Alltag dienen*. 1. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Kutscher, N. und Otto, H.-U. (2014). Digitale Ungleichheit – Implikationen für die Betrachtung medialer Jugendkulturen. In: Hugger, K.-U. (Hrsg.), *Digitale Jugendkulturen*. Digitale Kultur und Kommunikation. Wiesbaden: Springer VS, S. 283–298.

- Laclau, E. (1990). *New reflections on the revolution of our time*. Phronesis. London: Verso.
- (1999). Dekonstruktion, Pragmatismus, Hegemonie. In: Mouffe, C. (Hrsg.), *Dekonstruktion und Pragmatismus*. Passagen Philosophie. Wien: Passagen-Verl., S. 111–153.
- Laclau, E. und Mouffe, C. (1985). *Hegemony and socialist strategy: Towards a radical democratic politics*. London: Verso.
- Lanier, J. (2010). *You are not a gadget: A manifesto*. 1. Aufl. New York, NY: Knopf.
- Leistert, O. (2017). Social Bots als algorithmische Piraten und als Boten einer technoenvironmentalen Handlungskraft. In: Seyfert, R. und Roberge, J. (Hrsg.), *Algorithmenkulturen*. Kulturen der Gesellschaft. Bielefeld: transcript, S. 215–234.
- Lenzen, D. (1997). „Lösen die Begriffe Selbstorganisation, Autopoiesis und Emergenz den Bildungsbegriff ab? Niklas Luhmann zum 70. Geburtstag“. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 43.6, S. 949–968.
- Lessig, L. (1999). *Code and other laws of cyberspace*. New York, NY: Basic Books.
- (2010). *Code: Version 2.0*. 2. Auflage. [S.l.]: SoHo Books.
- Levy, S. (1984). *Hackers: Heroes of the computer revolution*. 1. Auflage. Garden City, NY: Anchor Press.
- Liesegang, T. (2004). *Öffentlichkeit und öffentliche Meinung: Theorien von Kant bis Marx (1780 - 1850): Zugl.: Karlsruhe, Univ., Diss., 2002*. Bd. 351. Epistemata Reihe Philosophie. Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Lindtner, S. (2013). „Making Subjectivities: How China’s DIY Makers Remake Industrial Production, Innovation & the Self“. In: *SSRN Electronic Journal*. URL: <https://ssrn.com/abstract=2282420> (besucht am 01.03.2017).
- Lovink, G. (2008). *Zero Comments: Elemente einer kritischen Internetkultur*. Kultur- und Medientheorie. Bielefeld: transcript.
- (2014). *Das halbwegs Soziale*. Medienwissenschaft. Bielefeld: transcript.
- Lüders, J. (2007). *Ambivalente Selbstpraktiken: Eine Foucault’sche Perspektive auf Bildungsprozesse in Weblogs: Univ., Diss.–Hamburg, 2006*. Bd. 8. Theorie Bilden. Bielefeld: transcript.
- Luhmann, N. (1970). „Öffentliche Meinung“. In: *Politische Vierteljahresschrift* 11, S. 2–28.
- (1975). Interaktion, Organisation, Gesellschaft. In: Luhmann, N. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung 2*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–20.
- (1990). Gesellschaftliche Komplexität und öffentliche Meinung. In: Gesellschaftliche Komplexität und öffentliche Meinung, *Soziologische Aufklärung 5*. Soziologische Aufklärung. Opladen: VS Verl. für Sozialwiss, S. 170–182.
- Luhmann, N. (1994). Die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft. In: Luhmann, N. (Hrsg.), *Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft*. Soziologische Aufklärung. Opladen: VS Verl. für Sozialwiss, S. 67–73.

- Luhmann, N. (1996). *Die Realität der Massenmedien*. 2., erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- (1999). *Soziale Systeme: Grundriß einer allgemeinen Theorie*. 7. Aufl. Bd. 666. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. und Schorr, K. E. (1979). *Reflexionsprobleme im Erziehungssystem*. Bd. 740. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lutz, R. (2012). *Der hoffende Mensch*. 1. Aufl. Tübingen: Narr Francke Attempto Verlag GmbH Co. KG.
- Lyotard, J.-F. (1989). *Der Widerstreit*. 2., korrigierte Aufl. Bd. 6. Supplemente. München: Fink.
- (1999). *Das postmoderne Wissen: Ein Bericht*. 4., unveränd. Neuaufl. Bd. 7. Edition Passagen. Wien: Passagen-Verl.
- Manovich, L. (2001). *The language of new media*. Leonardo. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- (2013). *Software Takes Command*. International Texts in Critical Media Aesthetics. London: Bloomsbury Publishing.
- Marcinkowski, F. (1993). *Publizistik als autopoietisches System: Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Marotzki, W. (1984). *Subjektivität und Negativität als Bildungsproblem: Tiefenpsychologische, struktur- und interaktionstheoretische Perspektiven moderner Subjektivität: Mit einem Vorwort von Rainer Kokemohr*. Frankfurt am Main, Bern, New-York, Nancy: Peter Lang.
- (1988). Bildung als Herstellung von Bestimmtheit und Ermöglichung von Unbestimmtheit: Psychoanalytisch-lerntheoretisch geleitete Untersuchungen zum Bildungsbegriff in hochkomplexen Gesellschaften. In: Hansmann, O. und Marotzki, W. (Hrsg.), *Diskurs Bildungstheorie I: Systematische Markierungen*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag, S. 311–333.
- (1989). Strukturen moderner Bildungsprozesse: Über einige systematische Voraussetzungen der Bildungstheorie G.W.F. Hegels. In: Marotzki, W. und Hansmann, O. (Hrsg.), *Diskurs Bildungstheorie II: Problemgeschichtliche Orientierungen*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag, S. 147–180.
- (1990). *Entwurf einer strukturalen Bildungstheorie: Biographietheoretische Auslegung von Bildungsprozessen in hochkomplexen Gesellschaften: Zugl.: Hamburg, Univ., Habil.-Schr., 1989*. Bd. 3. Studien zur Philosophie und Theorie der Bildung. Weinheim: Dt. Studien-Verl.
- (1991). Bildung, Identität, Individualität. In: Benner, D. und Lenzen, D. (Hrsg.), *Erziehung, Bildung, Normativität*. Weinheim: Juventa-Verl., S. 79–94.
- (2004). Von der Medienkompetenz zur Medienbildung. In: Brödel, R. und Kreimeyer, J. (Hrsg.), *Lebensbegleitendes Lernen als Kompetenzentwicklung*. Erwachsenenbildung und lebensbegleitendes Lernen. Bielefeld: Bertelsmann, S. 63–73.

-
- (2007). Dimensionen der Medienbildung: Abschätzung und Reichweiten am Beispiel audiovisueller Formate (Film). In: Hartwich, D., Swertz Christian und Witsch, M. (Hrsg.), *Mit Spieler*. Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 127–140.
 - (2008). „Multimediale Kommunikationsarchitekturen: Herausforderungen und Weiterentwicklungen der Forschungen im Kulturraum Internet“. In: *MedienPädagogik: Zeitschrift für Theorie und Praxis der Medienbildung* 14.0. URL: <http://www.medienpaed.com/article/view/92> (besucht am 06.02.2016).
- Marotzki, W. und Hansmann, O. (Hrsg.) (1989). *Diskurs Bildungstheorie II: Problemgeschichtliche Orientierungen*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Marotzki, W. und Jörissen, B. (2008a). Medienbildung. In: Sander, U., Gross, F. v. und Hugger, K.-U. (Hrsg.), *Handbuch Medienpädagogik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 100–109.
- (2008b). Wissen, Artikulation und Biographie: theoretische Aspekte einer Strukturalen Medienbildung. In: Fromme, J. und Sesink, W. (Hrsg.), *Pädagogische Medientheorie. Medienbildung und Gesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 51–70.
- Marsden, C. T. (2010). *Net Neutrality: Towards a Co-regulatory Solution*. Bloomsbury Academic.
- Marshall, D. P. (2011). Newly Mediated Media: Understanding the Changing Internet Landscape of the Media Industries. In: Consalvo, M. und Ess, C. (Hrsg.), *The Handbook of Internet Studies*. Oxford, UK: Wiley-Blackwell, S. 406–423.
- Masschelein, J. und Ricken, N. (2003). „Do We (Still) Need the Concept of Bildung?“ In: *Educational Philosophy and Theory* 35.2, S. 139–154.
- McLuhan, M. (1964). *Understanding Media: The Extensions of Man*. New York: McGraw Hill.
- Meder, N. (1989). Destruktion der öffentlichen Verbindlichkeit von Sprache durch Neue Technologien. In: Oelkers, J., Peukert, H. und Ruhloff, J. (Hrsg.), *Öffentlichkeit und Bildung in erziehungsphilosophischer Sicht*. Janus-Wissenschaft. Köln: Janus-Verl.-Ges, S. 39–62.
- Meinel, C. und Sack, H. (2012). *Internetworking: Technische Grundlagen und Anwendungen*. X.media.press. Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag Berlin Heidelberg.
- Menze, C. (1965). *Wilhelm von Humboldts Lehre und Bild vom Menschen*. Ratingen: Henn.
- (1983). Bildung. In: Lenzen, D. und Mollenhauer, K. (Hrsg.), *Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Bd. 1*. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 350–356.
- Mersch, D. (2002). *Ereignis und Aura: Untersuchungen zu einer Ästhetik des Performativen*. Orig.-Ausg., 1. Aufl. Bd. 2219. Edition Suhrkamp Aesthetica. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Meyer-Drawe, K. (1989). Strukturwandel der Öffentlichkeit: Zerfall oder Befreiung von Vernunft? Merkmale und Konsequenzen postmoderner Rationalitätskritik. In:

- Oelkers, J., Peukert, H. und Ruhloff, J. (Hrsg.), *Öffentlichkeit und Bildung in erziehungsphilosophischer Sicht*. Janus-Wissenschaft. Köln: Janus-Verl.-Ges, S. 63–88.
- Mittelstraß, J. (1982). *Wissenschaft als Lebensform: Reden über philosophische Orientierungen in Wissenschaft und Universität*. 1. Aufl. Bd. 376. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- (2002). Bildung und ethische Maße. In: Killius, N. (Hrsg.), *Die Zukunft der Bildung*. Edition Suhrkamp. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 151–170.
- Morozov, E. (2011). *The net delusion: The dark side of internet freedom*. 1. ed. New York: Public Affairs.
- Mouffe, C. (Hrsg.) (1999a). *Dekonstruktion und Pragmatismus: Demokratie, Wahrheit und Vernunft*. Dt. Erstaug. Passagen Philosophie. Wien: Passagen-Verl.
- (1999b). „Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism“. In: *Social Research* 66.3, S. 745–758.
- (2000). *The democratic paradox*. Phronesis. London: Verso.
- (2007). Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft. In: Nonhoff, M. (Hrsg.), *Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie*. Edition moderne Postmoderne. Bielefeld: transcript, S. 41–53.
- (2014). *Agonistik: Die Welt politisch denken*. Orig.-Ausg., 1. Aufl. Bd. 2677. Edition Suhrkamp. Berlin: Suhrkamp.
- (2015). *Über das Politische: Wider die kosmopolitische Illusion*. Bd. 2483. Edition Suhrkamp. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münker, S. (2009). *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten: Die sozialen Medien im Web 2.0*. Orig.-Ausg., 1. Aufl. Bd. 26. Edition Unseld. Frankfurt, M: Suhrkamp.
- National Telecommunications and Information Administration, NTIA (1995). *Falling Through the Net - A Survey of the Have-Nots in Rural and Urban America*. Washington, DC. URL: <https://www.ntia.doc.gov/ntiahome/fallingthru.html> (besucht am 23.02.2017).
- (1998). *Falling Through the Net II: New Data on the Digital Divide*. Washington, DC. URL: <https://www.ntia.doc.gov/ntiahome/net2> (besucht am 23.02.2017).
- (1999). *Falling Through the Net: Defining the Digital Divide*. Washington, DC. URL: <https://www.ntia.doc.gov/report/1999/falling-through-net-defining-digital-divide> (besucht am 23.02.2017).
- Negt, O. und Kluge, A. (1972). *Öffentlichkeit und Erfahrung: Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Neuberger, C. (2009). Internet, Journalismus und Öffentlichkeit. In: Nuernbergk, C. und Rischke, M. (Hrsg.), *Journalismus im Internet*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 19–105.
- Nieser, B. (1992). *Aufklärung und Bildung: Studien zur Entstehung und gesellschaftlichen Bedeutung von Bildungskonzeptionen in Frankreich und Deutschland im Jahrhundert*

- dert der Aufklärung: Univ., Habil.-Schr.–Marburg, 1991. Dr. nach Typoskript. Bd. 20. Studien zur Philosophie und Theorie der Bildung. Weinheim: Dt. Studien-Verl.
- Niesyto, H. (2017). „Medienpädagogik und digitaler Kapitalismus. Für die Stärkung einer gesellschafts- und medienkritischen Perspektive“. In: *MedienPädagogik: Zeitschrift für Theorie und Praxis der Medienbildung* 27. URL: <http://www.medienpaed.com/article/view/435/432> (besucht am 01.04.2017).
- Noelle-Neumann, E. (1980). *Die Schweigespirale: Öffentliche Meinung - unsere soziale Haut*. München: Piper.
- Norris, P. (2001). *Digital divide: Civic engagement, information poverty, and the Internet worldwide*. 1. publ. Communication, society and politics. Cambridge u.a.: Cambridge Univ. Press.
- Oelkers, J., Peukert, H. und Ruhloff, J. (Hrsg.) (1989). *Öffentlichkeit und Bildung in erziehungsphilosophischer Sicht: Beiträge der Kommission "Erziehung und Bildungswissenschaft" zur 11. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft*. Bd. 12. Janus-Wissenschaft. Köln: Janus-Verl.-Ges.
- Pariser, E. (2011). *The filter bubble: What the Internet is hiding from you*. New York: Penguin Press.
- Pasquale, F. (2015). *The black box society: The secret algorithms that control money and information*. Cambridge: Harvard University Press.
- Peters, B. (1994). Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Neidhardt, F. (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie : Sonderhefte. Opladen: Westdt. Verl., S. 42–76.
- Pfordten, D. v. d. (2003). Zum Begriff des Staates bei Kant und Hegel. In: Ameriks, K. und Stolzenberg, J. (Hrsg.), *Der Begriff des Staates*. Internationales Jahrbuch des Deutschen Idealismus / International Yearbook of German Idealism, S. 103–120.
- Plessner, H. (1924). *Grenzen der Gemeinschaft: Eine Kritik des sozialen Radikalismus*. Bonn: Friedrich Cohen.
- Poenitsch, A. (2004). „Ermessene Reflexivität? Zum Verhältnis von Bildungstheorie und Bildungsforschung“. In: *Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik* H. 4, S. 442–455.
- Rawls, J. (1993). *Political liberalism*. New York u. a.: Columbia Univ. Press.
- Reichert, R. (2013). *Die Macht der Vielen: Über den neuen Kult der digitalen Vernetzung*. Edition Medienwissenschaft. Bielefeld: transcript.
- Reimer, J. und Ruppert, M. (2013). GuttenPlag-Wiki und Journalismus. Das Verhältnis eines neuen Medienakteurs im Social Web zu den traditionellen Massenmedien. In: Dolata, U. (Hrsg.), *Internet, Mobile Devices und die Transformation der Medien*. Berlin: edition sigma, S. 303–330.
- Rheingold, H. (1993). *The virtual community: Homesteading on the electronic frontier*. Reading, Mass.: Addison-Wesley Pub. Co.
- (2003). *Smart mobs: The next social revolution*. Cambridge, MA: Perseus Pub.

- Ricken, N. und Masschelein, J. (2005). 'Bildung' and Critique. In: Gur-Ze'ev, I. (Hrsg.), *Critical Theory and Critical Pedagogy today. Toward a New Critical Language in Education*. Haifa: University of Haifa Press, S. 208–225.
- Rieger-Ladich, M. (2014). Pädagogik als kritische Theorie? Intellektuelle Stellungskämpfe nach 1945. In: Fatke, R. und Oelkers, J. (Hrsg.), *Das Selbstverständnis der Erziehungswissenschaft*. Zeitschrift für Pädagogik : Beiheft. Weinheim u.a.: Beltz Juventa, S. 66–84.
- Rifkin, J. (2000). *The age of access: The new culture of hypercapitalism, where all of life is a paid-for experience*. New York, NY: Tarcher/Putnam.
- Rodewald, V. M. (2017). Die Lust am Vorspielen. Zur theatralen Inszenierung des Computerspielens. In: Ackermann, J. (Hrsg.), *Phänomen Let's Play-Video*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 105–117.
- Roesler, A. (1997). Alexander Roesler Bequeme Einmischung. Internet und Öffentlichkeit. In: Münker, S. und Roesler, A. (Hrsg.), *Mythos Internet*. Edition Suhrkamp. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 171–192.
- Röll, F. J. (2014). Social network Sites. In: Hugger, K.-U. (Hrsg.), *Digitale Jugendkulturen*. Digitale Kultur und Kommunikation. Wiesbaden: Springer VS, S. 209–224.
- Rosenberg, F. v. (2014). *Bildung und Habitustransformation*. 1. Aufl. Pädagogik. Bielefeld: transcript.
- Saffer, S. (1996). *Sprachindividualität: Untersuchungen zum Weltansichtstheorem bei Wilhelm von Humboldt und Martin Heidegger: Zugl.: Aachen, Techn. Hochsch., Diss., 1995*. 1. Aufl. Aachen: Mainz.
- Saltzer, J. H., Reed, D. P. und Clark, D. D. (1984). „End-to-end arguments in system design“. In: *ACM Transactions on Computer Systems* 2.4, S. 277–288.
- Schäfer, A. (2011). *Das Versprechen der Bildung*. Paderborn: Schöningh.
- Schmidt, J. (2011). *Das neue Netz: Merkmale, Praktiken und Folgen des Web 2.0*. 2., überarb. Aufl. Kommunikationswissenschaft. Konstanz: UVK.
- Schmitt, M. (2016). *Internet im Kalten Krieg: Eine Vorgeschichte des globalen Kommunikationsnetzes*. Histoire.
- Schönberger, K. (1999). Neue Online-KommunikationspartnerInnen? Qualitative und quantitative Annäherungen. In: Reips, U.-D. et al. (Hrsg.), *Current Internet science - trends, techniques, results*. Köln: Deutsche Gesellschaft für Online-Forschung e.V. URL: www.gor.de/gor99/tband99/pdfs/q_z/schoenberger.pdf (besucht am 02.03.2017).
- Schorb, B. (2009). „Gebildet und kompetent: Medienbildung statt Medienkompetenz?“ In: *merz. medien+erziehung* 3, S. 50–56.
- Schütz, A. (1932). *Der Sinnhafte Aufbau der Sozialen Welt: Eine Einleitung in die Verstehende Soziologie*. Vienna: Springer Vienna.

- Schütze, F. (1981). Prozeßstrukturen des Lebensablaufs. In: Matthes, J. (Hrsg.), *Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Soziologentages*. Frankfurt am Main: Campus, S. 67–156.
- Schweppenhäuser, G. (1992). Adornos Begriff der Kritik. In: Marotzki, W. und Sünker, H. (Hrsg.), *Kritische Erziehungswissenschaft - Moderne - Postmoderne*. Studien zur Philosophie und Theorie der Bildung. Weinheim: Dt. Studien Verl., S. 75–100.
- Selke, S. (Hrsg.) (2016). *Lifelogging*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Sennett, R. (2000). *Der flexible Mensch: Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Vollst. Taschenbuchausg., 3. Aufl. Bd. 75576. [Goldmann]. München: Goldmann.
- Simanowski, R. (2012). *Textmaschinen - kinetische Poesie - interaktive Installation: Zum Verstehen von Kunst in digitalen Medien*. Kultur- und Medientheorie. Bielefeld: transcript.
- Smith, Z. (2011). Generaytion Why? In: Danticat, E. und Atwan, R. (Hrsg.), *The Best American Essays 2011*. Houghton Mifflin Harcourt, S. 185–199.
- Solmaz, K. (2016). „Das Politische bei Arendt“. In: *HannahArendt.net* 8.1. URL: <http://www.hannaharendt.net/index.php/han/article/download/349/478> (besucht am 03.02.2017).
- Spanhel, D. (2010). Mediale Bildungsräume – Ihre Erschließung und Gestaltung als Handlungsfeld der Medienpädagogik. In: Bauer, P., Hoffmann, H. und Mayrberger, K. (Hrsg.), *Fokus Medienpädagogik*. München: kopaed, S. 29–44.
- Spinoza, B. d. (1970). *On the Improvement of Understanding*. New York: Dover books on Western philosophy.
- Sprenger, F. und Keltly, C. M. (2015). *Politik der Mikroentscheidungen: Edward Snowden, Netzneutralität und die Architekturen des Internets*. Digital Cultures. Lüneburg: meson press Hybrid Publishing Lab.
- Stalder, F. (2016). *Kultur der Digitalität*. Originalausgabe, erste Auflage. Bd. 2679. Edition Suhrkamp. Berlin: Suhrkamp.
- Stegbauer, C. und Rausch, A. (2001). „Die schweigende Mehrheit — „Lurker“ in internetbasierten Diskussionsforen / The Silent Majority — "Lurkers" on Mailing Lists“. In: *Zeitschrift für Soziologie* 30.1, S. 48–64.
- Stojanov, K. (2006). *Bildung und Anerkennung: Soziale Voraussetzungen von Selbst-Entwicklung und Welt-Erschließung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Süssenguth, F. (2015). *Die Gesellschaft der Daten: Über die digitale Transformation der sozialen Ordnung*. 1. Auflage. Sozialtheorie. Bielefeld: transcript.
- Tenorth, H.-E. (1997). „Bildung“ - Thematisierungsformen und Bedeutung in der Erziehungswissenschaft“. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 43.6, S. 969–984.
- Theunert, H. (1999). Medienkompetenz: Eine pädagogische und altersspezifisch zu fassende Handlungsdimension. In: Schell, F. (Hrsg.), *Medienkompetenz*. Reihe Medienpädagogik. München: kopaed, S. 50–59.

- Thiedeke, U. (Hrsg.) (2004). *Soziologie des Cyberspace: Medien, Strukturen und Semantiken*. Wiesbaden: Springer.
- (2007). *Trust, but test! Das Vertrauen in virtuellen Gemeinschaften: Univ., Habil.-Schr.–Mainz, 2005*. Konstanz: UVK Verl.-Ges.
 - (2008a). Die Gemeinschaften der Eigensinnigen: Interaktionsmediale Kommunikationsbedingungen und virtuelle Gemeinschaften. In: Gross, F. v., Marotzki, W. und Sander, U. (Hrsg.), *Internet - Bildung - Gemeinschaft*. Medienbildung und Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, S. 45–73.
 - (2008b). Virtuelle Gemeinschaften, Gruppen und Netzwerke in Neuen Medien. In: Sander, U., Gross, F. v. und Hugger, K.-U. (Hrsg.), *Handbuch Medienpädagogik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 428–431.
 - (2010). Von der "kalifornischen Ideologie" zur "Folksonomy": Die Entwicklung der Internetkultur. In: Grell, P., Marotzki, W. und Schelhowe, H. (Hrsg.), *Neue digitale Kultur- und Bildungsräume*. Medienbildung und Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 51–60.
- Thomann, M. (2015). „Medienkompetenz oder Medienbildung? Zur Frage nach dem Zielwert medienpädagogischer Praxis: 1-14 Seiten / MedienPädagogik: Zeitschrift für Theorie und Praxis der Medienbildung, Einzelbeiträge“. In: *MedienPädagogik: Zeitschrift für Theorie und Praxis der Medienbildung*. URL: <http://www.medienpaed.com/article/view/179> (besucht am 07.03.2016).
- Tichenor, P. J., Donohue, G. A. und Olien, C. N. (1970). „Mass Media Flow and Differential Growth in Knowledge“. In: *Public Opinion Quarterly* 34.2, S. 159–170.
- Trabant, J. (1998). *Artikulationen: Historische Anthropologie der Sprache*. 1. Aufl. Bd. 1386. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Tulodziecki, G. (2010). „Medienkompetenz und/oder Medienbildung? Ein Diskussionsbeitrag“. In: *merz. medien+erziehung* 3, S. 48–53.
- Turkle, S. (1997). *Life on the screen: Identity in the age of the Internet*. 1. Touchstone ed. A Touchstone book. New York, NY: Touchstone.
- van Schewick, B. (2010). *Internet Architecture and Innovation*. Cambridge, Mass.: The MIT Press.
- (2016). *T-Mobile's Binge On violates key net neutrality principles*. Stanford, CA. URL: <https://cyberlaw.stanford.edu/downloads/vanSchewick-2016-Binge-On-Report.pdf> (besucht am 02.02.2017).
- Verständig, D. (2016). Digitale Öffentlichkeiten und Netzneutralität. In: Fromme, J., Kiefer, F. und Holze, J. (Hrsg.), *Mediale Diskurse, Kampagnen, Öffentlichkeiten*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 35–54.
- Verständig, D. und Iske, S. (2014). „Digitale Teilhabe und Digitale Ungleichheiten: Perspektiven auf die Vielfalt und Komplexität mobiler Internetnutzung“. In: *Computer+Unterricht* 96, S. 27–30.

- Vogel, P. (1989). Ermöglichung von Öffentlichkeit aufgrund neuer Technologien: Bildungstheoretische Implikationen. In: Oelkers, J., Peukert, H. und Ruhloff, J. (Hrsg.), *Öffentlichkeit und Bildung in erziehungsphilosophischer Sicht*. Janus-Wissenschaft. Köln: Janus-Verl.-Ges, S. 89–116.
- Vogelsang, I. (2010). Die Debatte um Netzneutralität und Quality of Service. In: Klumpp, D. et al. (Hrsg.), *Netzwelt - Wege, Werte, Wandel*. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg, S. 5–14.
- Wallner, C. und Adolf, M. (2011). Zur Erklärungskraft von Öffentlichkeitstheorien für Kommunikationsinnovationen. Eine Metastudie zu klassischen Öffentlichkeitstheorien. In: Wolling, J., Will, A. und Schumann, C. (Hrsg.), *Medieninnovationen*. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Konstanz: UVK Verl.-Ges, S. 409–426.
- Wallsten, K. J. (2005). „Blogs and the Bloggers Who Blog Them: Is the Political Blogosphere an Echo Chamber?“ American Political Science Association’s Annual Meeting, Washington, D.C.
- Wang, Z.-H. (2004). *Freiheit und Sittlichkeit: Zugl.: Heidelberg, Univ., Diss., 2003*. Bd. 358. Epistemata Reihe Philosophie. Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Warschauer, M. (2002). „Reconceptualizing the Digital Divide“. In: *First Monday* 7.7. URL: <http://firstmonday.org/ojs/index.php/fm/article/view/967> (besucht am 02.03.2017).
- Wiesing, L. (2008). Was sind Medien? In: Münker, S. und Roesler, A. (Hrsg.), *Was ist ein Medium?* Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 235–248.
- Wigger, L. (2004). „Bildungstheorie und Bildungsforschung in der Gegenwart: Versuch einer Lagebeschreibung ; Heinz-Elmar Tenorth zum 60. Geburtstag“. In: *Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik* H. 4, S. 478–493.
- (2016). Hegels Bildungstheorie und die bildungstheoretische Biografieforchung: Traditionslinien und Perspektiven. In: Verständig, D., Holze, J. und Biermann, R. (Hrsg.), *Von der Bildung zur Medienbildung*. Medienbildung und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 109–130.
- Wimmer, J. (2007). *(Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft: Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses: Ludwig-Maximilians-Univ., Diss.–München*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- (2014). Zwischen Fortführung, Transformation und Ablösung des Althergebrachten: Politische Partizipationskulturen im Medienalltag am Fallbeispiel KONY 2012. In: Biermann, R., Fromme, J. und Verständig, D. (Hrsg.), *Partizipative Medienkulturen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 49–68.
- Wu, T. (2003). „Network Neutrality, Broadband Discrimination“. In: *Journal of Telecommunications and High Technology Law* 2, S. 141–179.

- Zahn, M. (2012). *Ästhetische Film-Bildung: Studien zur Materialität und Medialität filmischer Bildungsprozesse*. Bd. 28. Theorie Bilden. Bielefeld: transcript.
- Zillien, N. (2009). *Digitale Ungleichheit: Neue Technologien und alte Ungleichheiten in der Informations- und Wissensgesellschaft*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden.
- Zittrain, J. L. (2008). *The future of the Internet: And how to stop it*. New Haven und Conn. [u.a.]: Yale Univ. Press.
- Zuboff, S. (2015). „Big other: Surveillance capitalism and the prospects of an information civilization“. In: *Journal of Information Technology* 30.1, S. 75–89.

Lebenslauf

Stand: Datum der Einreichung, 7. Juni 2017

Persönliche Angaben

Name: Dan Verständig
Geburtsort: Elsterwerda
Geburtstag: 18. Juni 1983
Staatsangehörigkeit: deutsch

Wissenschaftlicher Werdegang

- *09/2011 - 09/2017* Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
- *04/2009 - 08/2011* Studium der Medienbildung an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg mit Abschluss Master of Arts
- *04/2005 - 03/2009* Studium der Medienbildung an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg mit Abschluss Bachelor of Arts
- *10/2003 - 03/2005* Studium der Computervisualistik an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg